

Markus Lammert  
Der neue Terrorismus

# **Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte**

Herausgegeben vom Institut für  
Zeitgeschichte

Band 114

*Markus Lammert*

## **Der neue Terrorismus**

Terrorismusbekämpfung in Frankreich  
in den 1980er Jahren

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

ISBN 978-3-486-76422-2  
E-ISBN (PDF) 978-3-11-040059-5  
E-ISBN (EPUB) 978-3-11-040061-8  
ISSN 0481-3545

**Library of Congress Cataloging-in-Publication Data**

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston

Titelbild: Anschlag in der Pariser Rue Marbeuf, 22. 4. 1982/Rue des Archives/AGIP/Süddeutsche Zeitung Photo

Einbandgestaltung: hauser lacour

Satz: fidus Publikations-Service GmbH, Nördlingen

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

☼ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

# Inhalt

Vorwort .....	IX
Einleitung .....	1
Fragestellung (2) – Methodik (5) – Terrorismus als „essentially contested concept“ (7) – Forschungsstand (9) – Quellen (13)	
I. Politische und historische Rahmenbedingungen .....	15
1. Das politische System Frankreichs .....	15
1.1 Die Verfassung der V. Republik .....	15
1.2 Das Parteiensystem .....	17
1.3 Die Sicherheitsbehörden .....	19
2. Französische Terrorismuserfahrungen .....	21
2.1 Algerien: Krieg und Terrorismusbekämpfung (1954–1962) ...	23
Terrorismusbekämpfung in Algerien (24) – Terrorismusbekämpfung in Frankreich (27) – Der Kampf gegen die OAS (31) – Opposition gegen den Krieg (33)	
2.2 Mai 1968 und kein Terrorismus .....	35
Politische Gewalt im Nach-Mai (36) – Die Priorität der öffentlichen Sicherheit (38) – Die symbolische Dimension der politischen Gewalt (39) – Ausbau des Rechtsstaates (41) – Freiheiten und Bürgerrechte – die gesellschaftliche Gegenbewegung (43)	
3. Terrorismusbekämpfung in den 1970er Jahren .....	45
3.1 Die Wahrnehmung politischer Gewalt in den 1970er Jahren ..	45
3.2 Einheimischer Terrorismus .....	48
Bretagne (48) – Korsika (50) – Linksrevolutionäre Gewalt (51) – Die positiven Folgen der gescheiterten Entpolitisierung (53)	
3.3 Internationaler Terrorismus .....	56
Sanctuary doctrine (56) – Diskrete Aufrüstung (58)	
II. Terrorismusbekämpfung in Frankreich in den 1980er Jahren .....	61
1. Die Linke an der Macht .....	61
1.1 Das sozialistische Konzept der Terrorismusbekämpfung .....	62
Liberalisieren gegen den Terrorismus (62) – Robert Badinter und die Doktrin der absoluten Rechtsstaatlichkeit (64)	
1.2 Die Amnestie der politischen Gefangenen .....	66
1.3 Die Reformen der Justiz .....	69
Die Abschaffung der Todesstrafe (70) – Die Auflösung des Staatssicherheitshofes (71) – Streichung „repressiver Gesetze“ (75)	
1.4 Eine Politik der Öffnung für Korsika .....	76
1.5 Asyl für die Freiheitskämpfer der Welt .....	79
Zusammenfassung .....	84

2.	Terrorismus und Unsicherheit . . . . .	86
2.1	Frankreich im Zentrum des Terrorismus . . . . .	86
	Die Rückkehr des einheimischen Terrorismus (87) – Die Eskalation des internationalen Terrorismus (89) – Israel/Palästina-Konflikt (91) – Libanon (93) – Iran (93) – Eine „nébuleuse terroriste“ (94)	
2.2	Der neue Sicherheitsdiskurs . . . . .	95
	Die neue Unsicherheit (95) – Die Entdeckung der Banlieue (99) – Der Front National und die Ethnisierung der sozialen Frage (101) – Terrorismus und Unsicherheit (103)	
	Zusammenfassung . . . . .	104
3.	Mitterrands neuer Kurs . . . . .	106
3.1	Von der Öffnung zur Repression . . . . .	107
	Mitterrands Fernsehinterview vom 17. August 1982 (107) – Die inhaltliche Neuausrichtung (109)	
3.2	Die Präsidentialisierung der Anti-Terrorismus-Politik . . . . .	110
3.3	Ein „schwarzes Kabinett“ im Namen des Antiterrorkampfes . . . . .	118
	Die Iren von Vincennes (119) – Die Abhör-Affäre im Élysée-Palast (120)	
3.4	Der investigative Journalismus als demokratische Kontrollinstanz . . . . .	121
	Zusammenfassung . . . . .	126
4.	Zwischen Unnachgiebigkeit und Konfliktvermeidung . . . . .	127
4.1	Fahndung nach <i>Action Directe</i> . . . . .	128
4.2	Rückkehr der Staatsmacht auf Korsika . . . . .	132
4.3	Internationaler Terrorismus – Kein Ende der <i>sanctuary doctrine</i> ? . . . . .	135
	Die Zerschlagung von ASALA (137) – Verhandlungen mit Abu Nidal (139) – Gefangenaustausch mit den FARL (141) – Staatsterrorismus und Rückzug aus dem Nahen Osten (142) – Der relative Erfolg der Strategie der Konfliktvermeidung (144)	
4.4	Vorsichtige Wende im Umgang mit politischen Flüchtlingen . . . . .	145
	Abkehr vom Auslieferungsstopp (146) – Die italienischen Flüchtlinge und die Mitterrand-Doktrin (147) – ETA und der Beginn einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Spanien (149)	
	Zusammenfassung . . . . .	156
5.	Die Rückkehr der Konservativen . . . . .	158
5.1	Das konservative Konzept der Terrorismusbekämpfung . . . . .	160
	Unsicherheit als Wahlkampfthema (160) – Das konservative Anti-Terror-Programm (163)	
5.2	Der neue Stil in der Terrorismusbekämpfung . . . . .	168
	Das Regierungsprogramm zur Wiederherstellung der Sicherheit (168) – Die neue Macht des Innenministeriums (170) – Die Grenzen der Politik der Härte (175)	
5.3	Das Anti-Terrorismus-Gesetz vom September 1986 . . . . .	176
	Das Gesetzesprojekt zum Kampf gegen den Terrorismus und gegen Angriffe auf die Sicherheit des Staates (178) – Die Debatte in der Nationalversammlung (183)	
	Zusammenfassung . . . . .	186

6.	Der neue Terrorismus: Krieg, Konsens, Islam . . . . .	188
6.1	Das Terrorjahr 1986 . . . . .	188
	Die Geiseln im Libanon (190) – Die Anschläge des CSPPA in Paris (192)	
6.2	Die gewandelte Wahrnehmung des Terrorismus . . . . .	196
	Omnipräsenz in Medien und Politik (196) – September 1986: Kriegsrhetorik, nationale Einheit und gefühlter Ausnahmezustand (198) – Konsens über die Natur und den Umgang mit dem Terrorismus (201)	
6.3	Ein neues Feindbild? . . . . .	205
	Einwanderung als Sicherheitsproblem (205) – Islamischer Fundamentalismus (212) – Der muslimische Araber als „Feind im Innern“? (214)	
	Zusammenfassung . . . . .	216
7.	Fahndungserfolge und Verhandlungen . . . . .	218
7.1	Die Zerschlagung von <i>Action Directe</i> und das Ende des Linksterrorismus . . . . .	219
7.2	Korsika – Rückfall in die 1970er Jahre? . . . . .	223
7.3	Internationaler Terrorismus – Auf dem Weg zur Unnachgiebigkeit? . . . . .	226
	Sicherheitsmaßnahmen auf dem Höhepunkt des Terrorismus (226) – Die Regierung jagt die Falschen (229) – Die Zerschlagung des Terrornetzwerkes von Fouad Saleh (230) – Verhandlungen über die Geiseln im Libanon (233) – Der Fall Gordji und der „Krieg der Botschaften“ (236) – Fortführung der Strategie der Konfliktvermeidung (239)	
7.4	Internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus . . . . .	240
	Verändertes Auftreten auf dem internationalen Parkett (240) – Die Ratifizierung der Straßburger Konvention (242) – An der Seite Spaniens gegen die ETA (244)	
	Zusammenfassung . . . . .	246
	Schlussbetrachtungen . . . . .	251
	Die 1980er Jahre als Scharnierjahrzehnt (251) – Der neue Terrorismus (252) – Drei Phasen der Terrorismusbekämpfung (253) – Politik der Öffnung (1981–1982) (253) – Politik der Repression (1982–1986) (254) – Politik der Härte (1986–1988) (255) – Die Macht der Geschichte (256) – Terrorismusbekämpfung und Rechtsstaat (258) – Die 1980er Jahre als Jahrzehnt der Unsicherheit (260) – Die Strategie der Konfliktvermeidung (262) – Europäisierung (264) – Konsens über die Natur und den Umgang mit politischer Gewalt (266) – Terrorismus, Ausländerfeindlichkeit und Islam (268) – Das französische Modell der Terrorismusbekämpfung (270) – Ausblick (272)	
	Abkürzungen . . . . .	275
	Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	279
	Personenregister . . . . .	299



## Vorwort

Die vorliegende Studie ist die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 2014 an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Université Paris-Sorbonne angenommen wurde. Bedanken möchte ich mich zuerst bei meinen deutsch-französischen „Doktoreltern“ Prof. em. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller und Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix, die meine Forschungen von Anfang an mit Interesse begleitet haben. Besonderer Dank gilt außerdem Prof. Dr. Johannes Hürter für seine so verständnisvolle wie fachlich exzellente Betreuung im Rahmen des Terrorismus-Projektes am Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ).

Dem IfZ schulde ich überhaupt großen Dank: etwa für die Möglichkeit, längere Zeit in Paris zu forschen, die privilegierte Nutzung seiner großen Forschungsbibliothek und vor allem den Austausch mit den Kollegen. In besonders guter Erinnerung bleibt die Zusammenarbeit mit meinem Büro-Mitbewohner Dr. Jörn Retterath. Direktor Prof. Dr. Andreas Wirsching und dem Beirat des Instituts danke ich für die Aufnahme meiner Studie in die Reihe „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“. Rouven Janneck möchte ich für seine unverzichtbare Hilfe bei der Sichtung des Archivs von *Le Monde* danken. Angelika Reizle hat das Manuskript vor der Veröffentlichung Korrektur gelesen, Gabriele Jaroschka die Drucklegung im Verlag De Gruyter Oldenbourg betreut.

Mehr zum Gelingen der Arbeit beigetragen, als ihnen bewusst ist, haben meine Münchner und Pariser Freunde Danny, Nico und Paulina, Matze, Norbert, Laura, Chris und Gustl, Hendrik, Benjamin und Wiebke. Und ohne Estelas Toleranz und Unterstützung wäre das Buch an den vielen Abenden und Wochenenden in Warschau, Berlin, Madrid und Brüssel nie fertig geworden. Der größte Dank gilt meinen Eltern Dr. Andreas und Christiane Lammert, deren Vertrauen mich auf bisher allen Stationen und in allen Lebenslagen getragen hat. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Brüssel, März 2017



# Einleitung

Am Abend des 3. Oktober 1980 explodierte im XVI. Pariser Arrondissement eine Bombe vor dem Eingang der Synagoge in der Rue Copernic.<sup>1</sup> Der auf dem Gepäckträger eines Motorrads versteckte Sprengsatz verwüstete einen ganzen Straßenabschnitt. Vier Menschen starben, 46 wurden verletzt. Ein größeres Blutbad wurde nur verhindert, weil die zur Sabbat-Feier versammelte Gemeinde sich noch im Inneren der Synagoge befand.<sup>2</sup> Der Anschlag löste eine Welle der Empörung aus. 200 000 Menschen demonstrierten gegen Antisemitismus in den Straßen von Paris.<sup>3</sup> In der Nationalversammlung warf Oppositionsführer François Mitterrand der Regierung vor, rechte Gewalt nicht konsequent genug zu bekämpfen.<sup>4</sup> Der „Fall Copernic“ schwächte Amtsinhaber Giscard d’Estaing im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf. Erst später stellte sich heraus, dass der Anschlag nicht von Rechtsextremisten, sondern von einem palästinensischen Terrorkommando verübt worden war. Geheimdienste und Polizei hatten wochenlang eine falsche Spur verfolgt und verfügten über keinerlei Informationen zu den Tätern und den Hintergründen der Aktion.<sup>5</sup>

Der Angriff auf die Synagoge der Rue Copernic traf Sicherheitsbehörden, Politik und Öffentlichkeit gleichermaßen unvorbereitet. Er steht am Beginn eines Phänomens, das die folgenden Jahrzehnte prägen sollte. Jean Chichizola und Hervé Deguine haben seine historische Bedeutung prägnant zusammengefasst:

Für die jüdische Gemeinde, die Politik und im Grunde für die gesamte französische Gesellschaft gibt es ein „vor“ und ein „nach“ Copernic. Die latente Angst, die ständige Sorge um die Sicherheit, [...] sie haben ihren Ursprung im Blut und in den Scherben dieser Straße, nur wenige Schritte vom Arc de Triomphe entfernt.<sup>6</sup>

Frankreich hatte sich während der 1970er Jahre als „glückliche Ausnahme“ empfunden.<sup>7</sup> Im Vergleich zu Italien und zur Bundesrepublik, wo Links- und Rechtsterrorismus seit 1968 das politische Leben mitbestimmten, und noch mehr an-

<sup>1</sup> Vgl. Paris Match vom 17.10.1980, „Attentat de la rue Copernic, les victimes de la machine infernale“ [<http://www.parismatch.com/Actu/Societe/Attentat-de-la-rue-Copernic-les-victimes-de-la-machine-infernale-535418>, zuletzt abgerufen am 25.11.2016].

<sup>2</sup> Vgl. Jean Chichizola/Hervé Deguine, *L’affaire Copernic. Les secrets d’un attentat antisémite*, Paris 2009, S.18–26.

<sup>3</sup> Vgl. u. a. den Bericht in den Abendnachrichten des Fernsehsenders Antenne 2 vom 7.10.1980, abrufbar im Online-Archiv des *Institut National de l’Audiovisuel* (INA) [<http://www.ina.fr/video/CAB8001614501/manifestation-republique-video.html>, zuletzt abgerufen am 25.11.2016].

<sup>4</sup> Assemblée Nationale, Séance du 8 Octobre 1980, in: *Journal Officiel de la République Française* (JORF) vom 9.10.1980, S.2594–2596.

<sup>5</sup> Erst 28 Jahre später, im Jahr 2008, wurde in Kanada der libanesisch-stämmige Hassan Diab auf Ersuchen der französischen Behörden festgenommen. Diab wurde im Dezember 2014 nach Frankreich ausgeliefert. Vgl. Beitrag unter [rfi.fr](http://www.rfi.fr/france/20141115-copernic-hassan-diab-extrade-france-attentat-trevidic) vom 15.11.2014 [<http://www.rfi.fr/france/20141115-copernic-hassan-diab-extrade-france-attentat-trevidic>, zuletzt abgerufen am 27.08.2015].

<sup>6</sup> Chichizola/Deguine, *L’affaire Copernic*, S.10 f.

<sup>7</sup> Vgl. etwa Michelle Zancarini-Fournel, *Récit*, in: Philippe Artières/Michelle Zancarini-Fournel (Hrsg.), *Une histoire collective 1962–1981*, Paris 2008, S.405–443, hier S.428.

gesichts des blutigen Terrors von ETA und IRA in Spanien und Großbritannien, war das Land tatsächlich weitgehend verschont geblieben. So konnte die Tageszeitung *Quotidien de Paris* noch im August 1981 schreiben:

Paris ist nicht Belfast, München, Madrid oder Mailand. Seit die letzten Bombenleger der OAS ihre Waffen abgelegt haben, macht Frankreich den Eindruck eines friedlichen Hafens. Der Terrorismus, der in den letzten zehn Jahren zu einer grausamen Banalität im Leben der anderen westeuropäischen Staaten geworden ist, hat Frankreich bisher verschont. Unser Land ist nur sporadisch und eher zufällig getroffen worden.<sup>8</sup>

In den folgenden Jahren kehrte sich diese Situation um. Frankreich wurde zu einem der am stärksten vom Terrorismus betroffenen Staaten in Europa. Während der französischen „bleiernen Jahre“ zwischen 1982 und 1986 verübten korsische Nationalisten, die linksrevolutionäre *Action Directe* und vor allem international agierende Terroristen aus dem Nahen Osten eine Vielzahl tödlicher Anschläge.<sup>9</sup> Seinen Höhepunkt erreichte der Terrorismus im Jahr 1986, als Bombenserien im Zentrum von Paris 14 Todesopfer und über 300 zum Teil schwer Verletzte forderten. Die Täter gehörten zum Umfeld der libanesischen Hisbollah und erklärten ihre Aktionen als Teil eines „Heiligen Krieges“ gegen den Westen – damit wurde erstmals die Bevölkerung eines westlichen Landes zum Ziel islamistischer Terroristen.<sup>10</sup>

Der Terrorismus veränderte das Land. Terrorismus und Terrorismusbekämpfung wurden zu bestimmenden Themen der Auseinandersetzungen in Politik und Öffentlichkeit. Die Sicherheitsbehörden mussten Wege finden, um der neuen Bedrohung zu begegnen. Während politische Gewalt noch in den 1970er Jahren selten als „terroristisch“ definiert und besonders innerhalb der französischen Linken weitgehend toleriert worden war, entstand nun ein gesamtgesellschaftlicher Konsens „gegen den Terrorismus“. Frankreich entwickelte eine flexible und effektive Anti-Terrorismus-Politik. Zugleich schlug im Ringen um eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit das Pendel nun eindeutig auf der Seite der Sicherheit aus. Auch die Wahrnehmung der arabischstämmigen und islamischen Minderheit veränderte sich. Innerhalb eines Jahrzehnts wurde Frankreich vom Nachzügler zum Vorreiter der Terrorismusbekämpfung. Ein französisches Modell der Terrorismusbekämpfung bildete sich heraus.

## Fragestellung

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, Terrorismus und Anti-Terrorismus-Politik im Frankreich der 1980er Jahre zu beschreiben und den fundamentalen Wandel im Umgang mit politischer Gewalt, der das Land erfasste, zu rekonstruieren und in

<sup>8</sup> *Quotidien de Paris* vom 31. 8. 1981, „Le terrorisme à la une“.

<sup>9</sup> Die Formulierung stammt von dem französischen Untersuchungsrichter Jean-Louis Bruguière, der zahlreiche Ermittlungen in dieser Zeit leitete. Vgl. Jean-Louis Bruguière, *Ce que je n'ai pas pu dire. 30 ans de lutte contre le terrorisme. Entretiens avec Jean-Marie Pontaut*, Paris 2009, S. 75.

<sup>10</sup> Vgl. *Le Monde* vom 31. 1. 1990, S. 9, „Le procès du réseau terroriste de Fouad Saleh“.

die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen einzuordnen. Um die Fragestellungen und Thesen, die sich aus diesem grundlegenden Erkenntnisziel ergeben, zu kontextualisieren, lohnt es sich, die Forschungsperspektiven aufzuzeigen, in denen sich diese Arbeit verortet.

Es handelt sich *erstens* um einen Beitrag zu einer vergleichenden historischen Terrorismus- und Demokratieforschung. Frankreich ist als Fallstudie unter anderem von Interesse, weil sich das Land mit einem breiten Spektrum politischer Gewalt konfrontiert sah, da hier ethnisch-nationalistische, linksrevolutionäre und internationale Terroristen gleichzeitig aktiv waren. Zudem kamen innerhalb weniger Jahre zwei entgegengesetzte Anti-Terror-Konzepte zum Einsatz. Dem liberalen Ansatz der sozialistischen Regierung im Jahr 1981 setzten die Konservativen ab 1986 eine „Politik der Härte“ entgegen. Eine zentrale Fragestellung dieser Arbeit ist, ob und inwiefern diese Konzepte Erfolg hatten. Dabei gilt es, das staatliche Vorgehen gegen den Terrorismus im Detail zu untersuchen und auch auf den immer wieder erhobenen Vorwurf abzuklopfen, Frankreich habe mit Terroristen kooperiert, um Anschläge im eigenen Land zu vermeiden.<sup>11</sup> Für einen Demokratievergleich von zentraler Bedeutung sind zudem die verfassungsrechtlichen Besonderheiten der V. Republik, die die Rechte des Parlamentes beschneidet und dem Präsidenten der Republik besondere Machtbefugnisse einräumt. In diesem Zusammenhang muss auch der Frage nach der Rechtsstaatlichkeit und den Kontrollinstanzen der französischen Anti-Terrorismus-Politik nachgegangen und untersucht werden, inwieweit der Staat im Kampf gegen den Terrorismus Recht und Freiheit seiner Bürger gefährdete.

Die Arbeit ist *zweitens* ein Beitrag zu einer politischen Geschichte der Französischen Republik. Der Terrorismus traf ein Land im Umbruch. Jean-François Sirinelli hat in einer wegweisenden Studie die 1980er Jahre als „Jahrzehnt des Epochenwandels“ beschrieben.<sup>12</sup> Dieser Wandel – so lautet eine der Kernthesen der vorliegenden Arbeit – steht im engen und wechselseitigen Zusammenhang mit der Entwicklung des französischen Modells der Terrorismusbekämpfung. Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen konditionierten den Umgang mit politischer Gewalt. Zugleich verstärkte und beschleunigte der Terrorismus tiefgreifende Transformationsprozesse. Nach der Wahl François Mitterrands im Mai 1981 regierte zum ersten Mal seit der Gründung der V. Republik die politische Linke. Sie vertrat ein Programm, das einen radikalen Richtungswechsel hin zu einem Sozialismus *à la française* versprach. Obwohl viele Reformen einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung des Landes leisteten, vollzog sich der größere Wandel innerhalb der Linken selbst. Symbolisch löste sich der weltanschauliche Gegensatz zwischen „Linken“ und „Rechten“ schließlich in der Kohabitation eines

<sup>11</sup> Vgl. Michael M. Harrison, *France and International Terrorism: Problem and Response*, in: David A. Charters (Hrsg.), *Deadly Sin of Terrorism: Its Effects on Democracy and Civil Liberties in Six Countries*, Westport, Conn. 1994, S. 103–135, hier S. 116.

<sup>12</sup> Jean-François Sirinelli, *Les vingt décisives. Le passé proche de notre avenir 1965–1985*, Paris 2007, S. 211–296.

sozialistischen Präsidenten mit einer konservativen Regierung auf (1986–1988). In der politischen Kultur Frankreichs setzten sich ein neuer Pragmatismus und eine Entideologisierung durch, die sich vor allem im Niedergang des politischen Marxismus und der schwindenden Bedeutung der Intellektuellen widerspiegelte. Der sich herausbildende Konsens über die Natur und den richtigen Umgang mit Terrorismus war Teil dieses Paradigmenwechsels. Zugleich wurde die Sorge um die physische Sicherheit der Bevölkerung zu einem bestimmenden politischen Diskurs. Standen Frankreichs „lange 1970er Jahre“ (1968–1981) vor allem im Zeichen der Bürgerrechte, so lautet das Schlüsselwort für das darauffolgende Jahrzehnt Unsicherheit. Ziel dieser Arbeit ist es, die Rolle des Terrorismus in diesen Wandlungsprozessen möglichst exakt zu bestimmen.

Die *dritte* Perspektive ist die einer europäischen Zeitgeschichtsschreibung als „Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart“.<sup>13</sup> Der sich in Frankreich vollziehende Umbruch war Teil eines europäischen Phänomens. Die 1980er Jahre waren für ganz Europa die „Scharnierzeit eines umfassenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandels“,<sup>14</sup> der sich auch in einer zunehmenden Konvergenz und „Europäisierung“ insbesondere der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ausdrückte.<sup>15</sup> „Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart“ meint hier aber noch etwas Anderes: Im Frankreich der 1980er Jahre liegt der Ursprung von Entwicklungen, die heute – 30 Jahre später – zu den zentralen Problemen unserer Gegenwart zählen. Nach David C. Rapoport markierten die Anschläge in Frankreich den Übergang von einer dritten „linksrevolutionären“ zur vierten „religiösen“ Welle des modernen Terrorismus, die in den 1980er Jahren ihren Anfang nahm und bis heute anhält.<sup>16</sup> Der Wandel des terroristischen Feindbildes vom „Agenten Moskaus“ zum „islamistischen Fanatiker“ setzte in Frankreich bereits während der 1980er Jahre ein – Jahre vor dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und Samuel P. Huntingtons einflussreichem Essay über den bevor-

<sup>13</sup> Vgl. dieselbe Formulierung, allerdings bezogen auf die 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland, bei Konrad Jarausch, Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart, in: Ders. (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 9–26. Zu den 1970er Jahren als zeithistorische Epochenschwelle vgl. Horst Möller, Die 1970er Jahre als zeithistorische Epochenschwelle, in: Bernhard Gotto/Horst Möller/Jean Mondot/Nicole Pelletier (Hrsg.), Nach „Achtundsechzig“. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich, München 2013, S. 1–12.

<sup>14</sup> Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 21.

<sup>15</sup> Für Frankreich und die Bundesrepublik vgl. insbesondere Hélène Miard-Delacroix, Deutsch-französische Geschichte 1963 bis in die Gegenwart. Im Zeichen der Europäischen Einigung, Darmstadt 2011. Vgl. auch Eva Oberloskamp, Terrorismusbekämpfung und Immigrationskontrolle. Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit der Innenministerien in den 1970er Jahren, in: Gotto/Möller/Mondot/Pelletier, Nach „Achtundsechzig“, S. 161–176; Wilhelm Knelangen, Das Politikfeld innere Sicherheit im Integrationsprozess. Die Entstehung einer europäischen Politik der inneren Sicherheit, Opladen 2001.

<sup>16</sup> Vgl. u. a. David C. Rapoport, The Four Waves of Modern Terror. International Dimensions and Consequences, in: Jussi M. Hanhimäki/Bernhard Blumenau (Hrsg.), An International History of Terrorism. Western and Non-Western Experiences, London/New York 2013, S. 282–310.

stehenden „Clash of Civilizations“.<sup>17</sup> Zeitgleich gerieten die in der Peripherie der französischen Großstädte herangereiften Problemviertel, wo die armen Zuwandererfamilien aus den früheren Kolonien lebten, in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Banlieue wurde zum Sinnbild für gescheiterte Integration, Kriminalität und Unsicherheit. Die soziale Frage entwickelte sich mehr und mehr zu einer ethnischen.<sup>18</sup> In dieser Arbeit soll auch untersucht werden, inwieweit Terrorismus, Unsicherheit, Islamophobie und Ausländerfeindlichkeit sich gegenseitig beeinflussten und verstärkten. So können neue Einsichten nicht nur in das Frankreich der 1980er Jahre, sondern auch in eine europäische Geschichte unserer Gegenwart gewonnen werden.

## Methodik

Die vorliegende Arbeit versteht sich als Teil einer „modernen“ oder „neuen“ Politikgeschichte, die auf der klassischen Politikgeschichte aufbaut und insbesondere kulturgeschichtliche Fragestellungen integriert.<sup>19</sup> Dies bedeutet, dass einerseits der Staat und staatliches Handeln als zentrale Agenten im historischen Entwicklungsprozess verstanden werden. Die Einbeziehung neuerer Ansätze hat andererseits zur Folge, dass ein Schwerpunkt der Untersuchung auf den Wechselwirkungen staatlicher, kultureller und gesellschaftlicher Aspekte liegen wird.

In der bundesdeutschen historischen Terrorismusforschung hat sich ein Ansatz durchgesetzt, der Terrorismus als einen Kommunikationsprozess begreift, zu dem „zunächst die terroristischen Gewalttäter und deren direktes Umfeld [gehören], dann der Staat, der sich in seinem Gewaltmonopol herausgefordert sehen muss, und schließlich die betroffene Gesellschaft, die sich wiederum in sehr unterschiedliche Gruppierungen aufspalten kann“.<sup>20</sup> Im Folgenden wird diesem wesentlich von Klaus Weinhauer und Jörg Requate entwickelten Konzept gefolgt, insbesondere in der „Betonung der Frage nach der Wahrnehmung des Handelns ‚der Anderen‘ sowie [dem] Bestreben, auf allen Seiten unterschiedliche Gruppierungen und Interpretationsmuster“ herauszuarbeiten.<sup>21</sup> Es soll versucht werden, das Politikfeld Terrorismusbekämpfung möglichst umfassend zu analysieren.

<sup>17</sup> Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs* 72/3 (1993), S. 22–49.

<sup>18</sup> Vgl. u. a. Alec G. Hargreaves, *De la victoire de la gauche à la percée de l'extrême droite: l'ethnisation du jeu électoral français*, in: *Histoire@Politique. Politique, culture, société* 16 (2012/1) [[www.histoire-politique.fr](http://www.histoire-politique.fr), zuletzt abgerufen am 16. 11. 2016].

<sup>19</sup> Vgl. die grundsätzlichen Überlegungen bei Eckart Conze, *Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005), S. 357–380; Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005.

<sup>20</sup> Klaus Weinhauer/Jörg Requate, *Einleitung: Die Herausforderung des „Linksterrorismus“*, in: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Bielefeld 2006, S. 9–32, hier S. 15 f.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 16. Weinhauer und Requate stützen sich auf Arbeiten Peter Waldmanns. Vgl. Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998.

Dazu zählen neben der materiellen Politik und den staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auch die gesellschaftlichen Diskurse, die das politische Handeln strukturierten.

In Anlehnung an jüngere politikwissenschaftliche Arbeiten wird davon ausgegangen, dass Anti-Terrorismus-Politik „stets auch das Produkt von Interpretationen“ ist.<sup>22</sup> Mit der pragmatischen Anwendung diskursanalytischer Ansätze kann die sich wandelnde Wahrnehmung von politischer Gewalt erfasst werden, die sowohl Voraussetzung als auch Folge staatlichen Handelns gegen den Terrorismus war. In der Definition eines Diskurses als „Redeweise, die gesellschaftlich institutionalisiert ist, in öffentlicher Kommunikation entsteht und auf diese Weise handlungsrelevant wird“, wird diese analytische Brückenfunktion deutlich: Sie erlaubt es, die Wechselwirkungen zwischen Anti-Terrorismus-Politik und gesellschaftlichen Transformationsprozessen näher zu bestimmen.<sup>23</sup>

Um das Handeln der wichtigsten Akteure und die exekutiven und legislativen Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung zu beschreiben, wird auf das klassische Instrumentarium der Politikgeschichte zurückgegriffen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt dabei auf den Spitzen des französischen Staates in Präsidialamt, Regierung und Parlament, wo die staatliche Anti-Terrorismus-Politik vorbereitet und durchgesetzt wurde. In die Analyse einbezogen werden aber auch Justiz, Polizei und Geheimdienste sowie eine Reihe relevanter nicht-staatlicher Akteure, zu denen unter anderem Journalisten in den großen Medienhäusern sowie Teilhaber einer breiteren Öffentlichkeit wie Intellektuelle und Interessengruppen zählen.<sup>24</sup> Anti-Terrorismus-Politik soll hier als Ergebnis eines komplexen Aushandlungsprozesses zwischen unterschiedlichen individuellen und kollektiven Akteuren mit oftmals widersprüchlichen Interessen verstanden werden.<sup>25</sup> In den modernen Demokratien westlicher Prägung kommt dabei den politischen Parteien eine wesentliche Bedeutung zu. Als Instrument der politischen Willensbildung sind sie Bindeglieder und „Transmissionsriemen“ zwischen Staat und Gesellschaft. Parteipolitische Auseinandersetzungen kanalisieren gesellschaftliche Konflikte, etwa die über den Umgang mit Terrorismus. Als Regierungsparteien setzen sie die in diesen Auseinandersetzungen entwickelten Konzepte wiederum in staatliches Handeln um.<sup>26</sup>

<sup>22</sup> Hendrik Hegemann/Regina Heller/Martin Kahl, Terrorismusbekämpfung jenseits funktionaler Problemlösung: Was beeinflusst politisches Handeln im Kampf gegen den Terrorismus?, in: Alexander Spencer/Alexander Kocks/Kai Harbrich (Hrsg.), Terrorismusforschung in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 281–304, hier S. 284.

<sup>23</sup> Die Diskurs-Definition stammt von Eckart Conze, dessen Konzept einer pragmatischen Anwendung der auf Überlegungen von Michel Foucault basierenden Diskursanalyse in der hier vorliegenden Arbeit weitgehend gefolgt wird. Conze, Sicherheit als Kultur, S. 360, Anm. 11.

<sup>24</sup> Vgl. die grundlegenden Überlegungen bei Johannes Hürter, Anti-Terrorismus-Politik. Ein deutsch-italienischer Vergleich 1969–1982, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), S. 329–348.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Hegemann/Heller/Kahl, Terrorismusbekämpfung jenseits funktionaler Problemlösung, S. 285.

<sup>26</sup> Vgl. u. a. Klaus von Beyme, Parteien in westlichen Demokratien, München 1984.

Der hier verfolgte Ansatz ermöglicht zudem eine präzise Beschreibung der historischen Erfahrungshorizonte, die den Umgang mit Terrorismus beeinflussten. Referenzpunkte waren insbesondere die Erfahrungen aus dem Algerienkrieg und den Auseinandersetzungen während und nach dem Pariser Mai 1968. Sie prägten die Vorstellungen von Terrorismus und einem erfolgreichen Umgang mit diesem. Eine Aufgabe dieser Arbeit wird daher sein, die Biographien der entscheidenden Akteure im Politikfeld Terrorismusbekämpfung in diesen kollektiven Erfahrungen zu verorten und die Frage zu beantworten, welche konkreten persönlichen Erfahrungshorizonte die französische Anti-Terrorismus-Politik der 1980er Jahre beeinflussten.

### Terrorismus als „essentially contested concept“

Versucht man sich dem Phänomen Terrorismus auf einer theoretischen Ebene zu nähern, wird schnell klar, dass eine allgemeingültige Definition nicht existiert.<sup>27</sup> Terrorismus ist als analytisches Konzept auch deshalb so schwer zu fassen, weil dem wissenschaftlichen Bemühen um Objektivität eine starke moralisch-wertende Dimension gegenübersteht. In der medialen und politischen Diskussion wird Terrorismus als Kampfbegriff verwendet. Gelingt es einer Partei, ihren Gegnern das Label „Terrorist“ anzuhaften, so kann zumindest der Streit um die Legitimität der jeweiligen politischen Positionen als entschieden betrachtet werden. Die Politikwissenschaft hat für dieses Dilemma einen eigenen Erklärungsansatz geprägt: Terrorismus wird als „essentially contested concept“ beschrieben – als ein Konzept, für das aufgrund seines hohen kontroversen Potenzials eine allgemeingültige Begriffsklärung unmöglich ist.<sup>28</sup> Die vorliegende Arbeit folgt diesen Überlegungen. Dies gilt umso mehr, als die Aufstellung einer statischen Terrorismus-Definition dem Erkenntnisziel der Studie widersprechen würde – soll es doch gerade darum gehen, das sich wandelnde Verständnis von Terrorismus zu beschreiben.<sup>29</sup>

Gerade weil Terrorismus zu den „essentially contested concepts“ gehört und eine objektive wissenschaftliche Definition nicht existiert, ist es für eine Forschungsarbeit zum Thema unumgänglich, die eigene Sichtweise auf das Untersuchungsobjekt offenzulegen. Wie jeder Studie, die sich auf empirischer Basis mit

<sup>27</sup> Vgl. im Folgenden insbesondere die Überlegungen bei Matthias Dahlke, *Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972–1975*, München 2011, S.19–35; Tobias Hof, *Staat und Terrorismus in Italien 1969–1982*, München 2011, S.5–11.

<sup>28</sup> Vgl. Leonard B. Weinberg/Ami Pedahzur/Sivan Hirsch-Hoefler, *The Challenge of Conceptualizing Terrorism*, in: *Terrorism and Political Violence* 16 (2004), S.777–794, hier S.778.

<sup>29</sup> In bestimmten zeitlichen und räumlichen Grenzen können sich Gesellschaften aber durchaus auf eine Begriffsbedeutung einigen. So haben heute fast alle westlichen Staaten einen Terrorismus-Artikel in ihre jeweiligen Strafgesetzbücher integriert. Seit 2001 verfügt auch die Europäische Union über eine gemeinsame Definition. Vgl. Eugenia Dumitriu, *The EU's Definition of Terrorism: The Council Framework Decision on Combating Terrorism*, in: *German Law Journal* 5 (2004), S.585–602.

dem Thema beschäftigt, liegt auch der hier vorliegenden ein gewisses Grundverständnis von Terrorismus zugrunde, aus dem heraus die untersuchten Beispiele gewählt wurden.<sup>30</sup> Einen ersten allgemeinen Zugang bietet eine im Jahr 2004 von einem Forscherteam um Leonard B. Weinberg aufgestellte Konsensdefinition, die die wichtigsten Merkmale von Terrorismus enthält: „Terrorism is a politically motivated tactic involving the threat or use of force or violence in which the pursuit of publicity plays a significant role.“<sup>31</sup> Terrorismus, so wie er im Folgenden verstanden wird, ist politisch motiviert, gewalttätig gegen Sachen und Personen und muss als Kommunikationsmittel verstanden werden, da ein terroristischer Anschlag auf eine größere (mediale) Reichweite als die direkte physische Auswirkung der Tat zielt.

Die Terrorismusforschung liefert zudem eine Reihe von Systematisierungsansätzen, die dabei helfen können, sich dem Phänomen aus verschiedenen Blickwinkeln zu nähern.<sup>32</sup> Ein erster zentraler Zugang ist die Unterteilung nach den Motiven und ideologischen Hintergründen der Terroristen.<sup>33</sup> Eine Kategorie bilden hier linksrevolutionäre Terroristen, deren Ziel eine umfassende gesellschaftliche Neuordnung ist und deren prominentester französischer Vertreter die Gruppe *Action Directe* war. Daneben muss der ethnisch-nationalistische Terrorismus angeführt werden, dessen Protagonisten, wie zum Beispiel die korsischen und baskischen Separatisten, für eine Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpften und ihre Vorbilder in den Dekolonisierungsbewegungen der 1950er und 1960er Jahre sowie dem palästinensischen Terrorismus hatten.<sup>34</sup> Und schließlich ist die fundamentalistische Auslegung von Religion zu erwähnen, zu welcher der islamistische Terrorismus zählt – eine Strömung, die den Terrorismus in Frankreich seit Mitte der 1980er Jahre dominierte.

Ein zweiter Ansatz bezieht sich auf den Wirkungskreis terroristischer Gruppen. Er unterscheidet zwischen nationalen, internationalen und transnationalen Terroristen. Der Wirkungskreis des nationalen Terrorismus konzentriert sich auf die Grenzen des Herkunftslandes der Terroristen. Dazu werden in dieser Arbeit sowohl die ethnisch-nationalistischen Gruppen auf Korsika, in der Bretagne und im Baskenland als auch die Linksterroristen von *Action Directe* sowie verwandte Gruppen in den europäischen Nachbarstaaten gezählt. Als internationale Terro-

<sup>30</sup> Vgl. diese Überlegungen bei Dahlke, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus, S. 20. Vgl. auch Alex P. Schmid, Framework for Conceptualizing Terrorism, in: Terrorism and Political Violence 16/2 (2004), S. 197–221.

<sup>31</sup> Weinberg/Pedahzur/Hirsch-Hoefler, The Challenge of Conceptualizing Terrorism, S. 786.

<sup>32</sup> Die beste deutschsprachige Analyse stammt von Christopher Daase, Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien. Ergebnisse und Probleme sozialwissenschaftlicher Forschung, in: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 76/1 (2001), S. 55–79.

<sup>33</sup> Vgl. den grundlegenden Aufsatz von Martha Crenshaw, The Causes of Terrorism, in: Comparative Politics 13/4 (1981), S. 379–399.

<sup>34</sup> Das französische Vorgehen gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Neukaledonien ist nicht Teil dieser Untersuchung. Zu den dortigen Unruhen während der 1980er Jahre vgl. Jean-Marc Regnault (Hrsg.), François Mitterrand et les territoires français du Pacifique 1981–1988. Mutations, drames et recompositions. Jeux internationaux et franco-français, Paris 2003.

risten werden Gruppen verstanden, die grenzüberschreitend agieren und deren Angriffe sich vor allem gegen Staaten außerhalb ihres eigenen Landes richten.<sup>35</sup> Transnationaler Terrorismus charakterisiert sich dagegen dadurch, dass Staaten und Staatlichkeit nur eine untergeordnete Rolle sowohl für den Aktionsraum als auch für die politische Zielsetzung der entsprechenden Gruppen spielen.<sup>36</sup> Die in dieser Arbeit behandelten nicht-nationalen Gruppen fallen in der Mehrzahl in die Kategorie des internationalen Terrorismus. Die international agierenden Gruppen verfügten über sichere Rückzugsgebiete und maßgebliche Unterstützung durch Staaten im Nahen Osten. Ihre Anschläge richteten sich in erster Linie gegen Frankreichs Außenpolitik. Dies gilt auch für den islamistischen Terrorismus der 1980er Jahre, der durch das iranische Regime in Teheran gesteuert wurde.

Ein dritter Ansatz betont die historische Entwicklung des Terrorismus. Der einflussreichste Kategorisierungsversuch stammt von David C. Rapoport, der ein Wellen-Modell entwickelt hat, das den modernen Terrorismus in vier übergreifende Phasen unterteilt, die von jeweils eigenen ideologischen Hintergründen und technischen Neuerungen geprägt waren. Einer ersten „anarchistischen Welle“ (1880–1920) folgte, so Rapoport, eine zweite „antikoloniale Welle“ (1920–1960). Die 1970er Jahre waren geprägt von einer dritten „linksrevolutionären“ Welle („New Left“), während in den 1980er Jahren schließlich eine „religiöse Welle“ einsetzte, die bis heute andauert.<sup>37</sup>

Die vorliegende Arbeit verwendet Elemente aus allen drei Systematisierungsansätzen. Der Unterscheidung nach den Wirkungskreisen entspricht die Einteilung in einen „einheimischen“ und einen „internationalen“ Terrorismus. Die unterschiedlichen Motivationen der Terroristen spiegeln sich in den Kategorien der linksrevolutionären und der ethnisch-nationalistischen Gruppen wider. Schließlich ist die historische Entwicklungsebene wichtig, um den Wandel der terroristischen Bedrohung der 1980er Jahre nachvollziehen zu können.

## Forschungsstand

Die Geschichte Frankreichs in den 1980er Jahren ist gerade in ihren politikgeschichtlichen Aspekten ein noch weithin unbestelltes Feld. Die französische

<sup>35</sup> Zur „Internationalisierung“ des Terrorismus seit 1968 vgl. Bruce Hoffmann, *Inside Terrorism*, New York 2006, S. 63–80.

<sup>36</sup> Zum transnationalen Terrorismus vgl. Ulrich Schneekener, *Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergründe des „neuen“ Terrorismus*, Frankfurt a.M. 2006, S. 49–100.

<sup>37</sup> Vgl. David C. Rapoport, *Terrorism: Critical Concepts in Political Science*, Bd. I-IV, London u. a. 2005. Für eine alternative Deutung der historischen Entwicklung des Terrorismus vgl. Klaus Weinbauer/Jörg Requate, *Terrorismus als Kommunikationsprozess: Eskalation und De-eskalation politischer Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert*, in: Dies. (Hrsg.), *Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess seit dem 19. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2012, S. 11–47.

Zeitgeschichtsforschung wagt sich erst langsam in die Jahre nach 1968 hinein,<sup>38</sup> und auch in übergreifenden Arbeiten zur europäischen und globalen Geschichte des 20. Jahrhunderts kommt das Frankreich der 1980er Jahre bisher nur selten vor.<sup>39</sup> Wichtige Ausnahmen stellen ein 2001 erschienener Sammelband zu den ersten Jahren der Präsidentschaft Mitterrands sowie das voluminöse mehrbändige Werk der Journalisten Pierre Favier und Michel-Martin-Roland dar, das als Chronik und zugleich erste umfassende Analyse des „Jahrzehnts Mitterrand“ angelegt wurde.<sup>40</sup> Von Interesse sind daneben Überblickswerke zur Geschichte Frankreichs seit 1945.<sup>41</sup> Als hilfreich haben sich auch Darstellungen zu langfristigen Entwicklungen einzelner Aspekte der jüngsten Zeitgeschichte erwiesen. Dazu zählen Arbeiten zur französischen Außen- und Einwanderungspolitik, zu Polizei und Justiz sowie den Parteien, außerdem Biographien von Politikern und wichtigen Persönlichkeiten dieser Zeit.<sup>42</sup>

Die Themen Terrorismus und Terrorismusbekämpfung in den 1980er Jahren sind bislang fast unbearbeitet geblieben.<sup>43</sup> Die historische Forschung hat sich auf

<sup>38</sup> Vgl. u. a. Ludivine Bantigny, *La France à l'heure du monde. De 1981 à nos jours*, Paris 2013; Sirinelli, *Les vingt décisives*; Artières/Zancarini-Fournel, *Une histoire collective*; Serge Berstein/Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *Les années Giscard*, Bd. I-IV, Paris: 2003–2009. Vgl. auch die essayistisch angelegten Werke von Didier Motchane, *Les années Mitterrand*, Paris 2011; François Cusset, *La décennie: le grand cauchemar des années 1980*, Paris 2008.

<sup>39</sup> Vgl. etwa Tony Judt, *Postwar. A History of Europe since 1945*, New York 2005; Eric Hobsbawm, *The Age of Extremes. A History of the World, 1914–1991*, New York 1994.

<sup>40</sup> Vgl. Serge Berstein/Pierre Milza/Jean-Louis Bianco (Hrsg.), *François Mitterrand. Les années du changement 1981–1984*, Paris 2001; Pierre Favier/Michel Martin-Roland, *La décennie Mitterrand*, Bd. I-IV, Paris 1990–1999.

<sup>41</sup> Vgl. u. a. Michelle Zancarini-Fournel/Christian Delacroix, *La France du temps présent: 1945–2005*, Paris 2010; Jean-Jacques Becker, *Histoire politique de la France depuis 1945*, Paris 2008; Mathias Bernard, *La France de 1981 à 2002. Le temps des crises?*, Paris 2005; Arnaud Teysier, *Histoire politique de la V<sup>e</sup> République, 1958–2011*, Paris 2011; Jörg Requate, *Frankreich seit 1945*, Göttingen 2011.

<sup>42</sup> Vgl. u. a. Maurice Vaisse, *La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958*, Paris 2009; Fatima El Moustauoui, *Mitterrand et le Moyen-Orient*, Paris 2011; Patrick Weil, *La France et ses étrangers. L'aventure d'une politique de l'immigration de 1938 à nos jours*, Paris 2004; Catherine Wihtol de Wenden, *Les immigrants et la politique. Cent cinquante ans d'évolution*, Paris 1988; Jean-Marc Berlière/Rémy Lévy, *Histoire des polices en France. De l'ancien régime à nos jours*, Paris 2011; Jean-Pierre Royer u. a., *Histoire de la justice en France du 18<sup>e</sup> siècle à nos jours*, Paris 2010; Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *Histoire des droites*, Bd. I: *Politique*, Paris 1992; Jean-Jacques Becker/Gilles Candar (Hrsg.), *Histoire des gauches en France*, Bd. II: *20<sup>e</sup> siècle: à l'épreuve de l'histoire*, Paris 2004; Alain Bergounioux/Gérard Grunberg, *Les socialistes français et le pouvoir. L'ambition et le remords*, Paris 2005; Paul Cassia, Robert Badinter, *Un juriste en politique*, Paris 2009; Laurent Huberson, *Enquête sur Edwy Plenel. De la légende noire du complot trotskiste au chevalier blanc de l'investigation*, Paris 2008.

<sup>43</sup> Vgl. jedoch Holger Nehring, *The Era of Non-Violence: „Terrorism“ and the Emergence of Conceptions of Non-Violent Statehood in Western Europe, 1967–1983*, in: *European Review of History – Revue européenne d'histoire* 14/3 (September 2007), S. 343–372; Jörg Requate/Philipp Zessin, *Comment sortir du ‚terrorisme‘? La violence politique et les conditions de sa disparition en France et en République Fédérale d'Allemagne en comparaison. 1970 – années 1990*, in: Ebenda, S. 423–445. Vgl. auch die frühe Studie von François Furet, in der auch Zeit-

frühere französische Terrorismuserfahrungen konzentriert.<sup>44</sup> Einen Überblick vermittelt eine rechtswissenschaftliche Arbeit von Nathalie Cettina, die vor allem die Neuordnung der staatlichen Sicherheitsbehörden in den Blick nimmt.<sup>45</sup> Seit 2012 liegt eine Dissertationsschrift vor, die die französische Anti-Terrorismus-Politik der Jahre 1974 bis 1997 mit dem Ziel untersucht, Rückschlüsse auf die Funktionsweise des französischen Präsidialamts zu erlangen.<sup>46</sup>

Hingegen liegen, wenn auch in ungleich geringerem Maße als in den europäischen Nachbarländern, Ergebnisse aus der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung vor. In Frankreich entwickelte sich eine ernstzunehmende wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Terrorismus erst Mitte der 1980er Jahre unter dem Eindruck der über dem Land hereinbrechenden Anschlagswellen. Die Studien von Daniel Hermant und Didier Bigo am *Institut Français de Polémologie* sowie die Arbeiten des Soziologen Michel Wieviorka sind noch heute eine wichtige Grundlage für die Beschäftigung mit dem Forschungsfeld und haben auch die Konzeption der vorliegenden Arbeit beeinflusst.<sup>47</sup> Die seit 2001 rasant gewachsene Terrorismusforschung kann dagegen kaum neue Erkenntnisse vorweisen. Immerhin kommt ihr das Verdienst zu, das französische Modell in seinen euro-

zeugen zu Wort kommen: François Furet/Antoine Liniers/Philippe Raynaud, *Terrorisme et démocratie*, Paris 1985.

<sup>44</sup> Vgl. für die Zeit des Algerienkrieges und die Jahre nach dem Pariser Mai 1968 u. a. Emmanuel Blanchard, *La police parisienne et les algériens (1944–1962)*, Paris 2011; Raphaëlle Branche, *The French State Faced with the Algerian Nationalists (1954–1962): A War against Terrorism?*, in: Samy Cohen (Hrsg.), *Democracies at War against Terrorism. A Comparative Perspective*, New York u. a. 2008, S. 59–76; Jim House/Neil Macmaster, *Paris 1961: Algerians, State Terror, and Memory*, Oxford 2006; Isabelle Sommier, *La violence politique et son deuil. L'après 68 en France et en Italie*, Rennes 2008; Julian Bourg, *From Revolution to Ethics. May 1968 and Contemporary French Thought*, Montreal 2007.

<sup>45</sup> Vgl. Nathalie Cettina, *L'antiterrorisme en question. De l'attentat de la rue Marbeuf aux affaires corses*, Paris 2001; dies., *Les enjeux organisationnels de la lutte contre le terrorisme*, Paris 1994.

<sup>46</sup> Floran Vadillo, *L'„Élysée“ et l'exercice du pouvoir sous la Cinquième République. Le cas de la politique de lutte antiterroriste (1974–1997)*, unv. Diss., Sciences Po Bordeaux 2012.

<sup>47</sup> Grundlegend: Daniel Hermant/Didier Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme: Enjeux français*, in: Fernando Reinares (Hrsg.), *European Democracies against Terrorism. Governmental Policies and Intergovernmental Cooperation*, Aldershot u. a. 2000, S. 73–118. Vgl. auch Daniel Hermant/Didier Bigo, *Terrorisme et antiterrorisme en France*, in: *Les Cahiers de la Sécurité intérieure* 1 (1990), S. 113–148; dies., *La relation terroriste I*, in: *Études polémologiques* 30 (1984/2), S. 45–64; dies., *La relation terroriste II*, in: *Études polémologiques* 31 (1984/3), S. 75–100; Michel Wieviorka, *Sociétés et terrorisme*, Paris 1988; ders./Dominique Wolton, *Terrorisme à la une. Media, Terrorism et Démocratie*, Paris 1987; Michel Wieviorka, *French Politics and Strategy on Terrorism*, in: Barry Rubin (Hrsg.), *The Politics of Counterterrorism. The Ordeal of Democratic States*, Washington, D. C. 1990, S. 61–90; ders., *Mouvements terroristes et action antiterroriste: l'expérience française*, in: *Les cahiers de la sécurité intérieure* 1 (1990), S. 95–112; Didier Bigo, *Les attentats de 1986 en France. Un cas de violence transnationale et ses implications*, in: *Cultures & Conflits* 4 (1991), S. 123–173.

päischen Kontext eingeordnet zu haben.<sup>48</sup> Den Großteil der zum Thema erschienenen Publikationen stellen schließlich journalistische Arbeiten.<sup>49</sup>

Zumindest in einigen Teilbereichen kann dennoch auf neuere politik- und sozialwissenschaftliche Vorarbeiten zurückgegriffen werden. So untersucht Mathieu Rigouste mit einem diskursanalytischen Ansatz das Feindbild des *ennemi intérieur* im französischen Militärapparat von 1945 bis 2005, welches, so der Autor, die Perzeption maghrebinischer Immigranten dauerhaft geprägt habe.<sup>50</sup> Ebenfalls einen konstruktivistischen Ansatz verfolgt Thomas Deltombe mit einer Untersuchung zur Darstellung des Islam in den französischen Medien seit 1975.<sup>51</sup> Laurent Bonelli forscht in einer detaillierten Studie der Entstehung und den Folgen eines neuen Sicherheitsdiskurses nach, der sich im Frankreich der 1980er Jahre in der allgegenwärtigen Rede von der Unsicherheit widerspiegelte.<sup>52</sup>

Zudem liegt eine Reihe von Arbeiten zu verschiedenen Aspekten politischer Gewalt vor, die sich allerdings hauptsächlich auf die Entstehungsbedingungen und Binnenstrukturen terroristischer Gruppen konzentrieren. Michael Dartnell hat zum Beispiel eine erste wissenschaftliche Studie zur Geschichte von *Action Directe* vorgelegt. Xavier Crettiez beschreibt das Spektrum der separatistischen Gewalt auf Korsika seit 1975, und Emmanuel-Pierre Guittet widmet sich den

<sup>48</sup> Vgl. Shaun Gregory, *France and the War on Terrorism*, in: *Terrorism and Political Violence* 15/1 (2003), S. 124–147; Philip G. Cerny, *Non-Terrorism and the Politics of Repressive Tolerance*, in: Ders. (Hrsg.), *Social Movements and Protest in France*, London 1982, S. 94–124; Jeremy Shapiro/Bénédicte Suzan, *The French Experience of Counter-Terrorism*, in: *Survival* 45/1 (2003), S. 67–97; Luc Chauvin, *French Diplomacy and the Hostage Crisis*, in: Rubin, *The Politics of Counterterrorism*, S. 91–104; Laurent Bonelli, *Les caractéristiques de l'antiterrorisme français: Parer les coups plutôt que panser les plaies*, in: Didier Bigo/Laurent Bonelli/Thomas Deltombe (Hrsg.), *Au nom du 11 septembre. Les démocraties au à l'épreuve de l'antiterrorisme*, Paris 2008, S. 168–187.

<sup>49</sup> Vgl. u. a. Charles Villeneuve/Jean-Pierre Péret, *Histoire secrète du terrorisme. Les juges de l'impossible*, Paris 1987; Roger Faligot/Jean Guisnel (Hrsg.), *Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, Paris 2006; Roger Faligot/Pascal Krop, *DST – Police secrète*, Paris 1999; Laurent Gally, *L'agent noir: une taupe dans l'affaire Abdallah*, Paris 1987; Jean Guisnel/Bernard Violet, *Les services secrets: le pouvoir et les services secrets sous la présidence de François Mitterrand*, Paris 1988; Roland Jacquard, *La longue traque d'Action Directe*, Paris 1987; Roland Laurent, *L'internationale terroriste démasquée*, Nizza 1981; Philippe Madelin, *La galaxie terroriste*. Paris, Belfast, Bilbao, Bayonne, Corse, Milan, Francfort, Bruxelles, Paris 1986; Édouard Sablier, *Le fil rouge. Histoire secrète du terrorisme international*, Paris 1983; ders., *L'école française du terrorisme*, Paris 1993.

<sup>50</sup> Vgl. Mathieu Rigouste, *L'ennemi intérieur. La généalogie coloniale et militaire de l'ordre sécuritaire dans la France contemporaine*, Paris 2009.

<sup>51</sup> Thomas Deltombe, *L'Islam imaginaire. La construction médiatique de l'islamophobie en France, 1975–2005*, Paris 2007.

<sup>52</sup> Laurent Bonelli, *La France a peur. Une histoire sociale de l'insécurité*, Paris 2008. Zwei unveröffentlichte Dissertationsschriften untersuchen Anti-Terrorismus-Diskurse und die Konstruktion von Feindbildern in der öffentlichen Rede. Vgl. Clotilde Marchetti, *Les discours de l'antiterrorisme. Stratégies de pouvoir et culture politique en France et en Grande-Bretagne*, unv. Diss., Paris Sorbonne 2003; Claire-Lise Buis, *Démocratie(s) à l'épreuve. Discours sur l'ennemi intérieur et identité démocratique dans les débats parlementaires français et allemands depuis la fin des années soixante*, unv. Diss., IEP Paris 2008.

französischen-spanischen Beziehungen im Lichte des baskischen Terrorismus der frühen 1980er Jahre.<sup>53</sup>

## Quellen

Eine Ursache für die zögerliche Bearbeitung zeitgeschichtlicher Fragestellungen in der französischen Politikgeschichte sind die restriktiven Sperrfristen der staatlichen Archive. Insbesondere bei der Bearbeitung von Themen, die – wie die Anti-Terrorismus-Politik – die nationale Sicherheit betreffen, kann nur bedingt auf die staatlichen Überlieferungen im französischen Nationalarchiv zurückgegriffen werden. Die Anträge des Autors auf eine außerordentliche Aufhebung der Sperrfristen für die relevanten Bestände des Präsidialamts und der wichtigsten Ministerien wurden abgewiesen. Eine Ausnahme sind die gesammelten Pressemitteilungen des wöchentlich tagenden Ministerrates der Jahre 1981 bis 1988, auf die vollständig zurückgegriffen werden konnte.<sup>54</sup>

Dessen ungeachtet kann sich die vorliegende Arbeit auf eine Vielzahl bisher nicht ausgewerteter Quellen stützen. Von zentraler Bedeutung sind die Bestände des Archivs der französischen Nationalversammlung. Die Plenardebatten und noch mehr die Gesetzesvorbereitenden Arbeiten in den Ausschüssen geben nicht nur Aufschluss über das Handeln der Legislative selbst, sondern spiegeln auch einen großen Teil der exekutiven Maßnahmen sowie die wichtigsten politischen Kontroversen in der Anti-Terrorismus-Politik wider.<sup>55</sup> Als aufschlussreich haben sich darüber hinaus die Akten in den Archiven der großen politischen Parteien erwiesen. Von Interesse sind insbesondere die Bestände im Archiv der Sozialistischen Partei (PS) sowie das interne Pressearchiv im Dokumentationszentrum der konservativen *Les Républicains* (LR).<sup>56</sup> Sämtliche öffentlichen Reden François Mitterrands in seiner Zeit als Präsident werden im *Institut François Mitterrand* aufbewahrt und konnten dort eingesehen werden.<sup>57</sup> Weitere unveröffentlichte Quellen und eine große Zahl „grauer Literatur“ befinden sich in den Forschungs- und Spezialbibliotheken von *Sciences Po Paris*<sup>58</sup>, im *Institut National des Hautes*

<sup>53</sup> Vgl. Michael Dartnell, *Action Directe. Ultra-Left Terrorism in France 1979–1987*, London 1995; Xavier Crettiez, *La question corse*, Paris 1999; Emmanuel-Pierre Guittet, *Antiterrorisme clandestin, antiterrorisme officiel. Chroniques espagnoles de la coopération en Europe*, Montréal 2009. Vgl. auch Patrick Cassan, *Le pouvoir français et la question basque (1981–1993)*, Paris 1997.

<sup>54</sup> Vgl. Archives Nationales/Archives Présidentielles: François Mitterrand, Conseil des Ministres – Communiqués de Presse 1981–1988 (15 AG CM 175–178).

<sup>55</sup> In den letzten Jahren ist ein Großteil der Bestände des Archivs der Nationalversammlung digitalisiert worden [<http://archives.assemblee-nationale.fr>].

<sup>56</sup> Vgl. Centre d'Archives Socialistes (CAS) [<http://www.jean-jaures.org/Le-Centre-d-archives-socialistes>]. Das Dokumentationszentrum LR stellte dem Autor Kopien von Dokumenten zur Verfügung.

<sup>57</sup> Vgl. Institut François Mitterrand (IFM) [<http://www.mitterrand.org>].

<sup>58</sup> Vgl. Bibliothèque de Sciences Po Paris [<http://www.sciencespo.fr/bibliotheque>].

*Études de la Sécurité et de la Justice* (INHESJ)<sup>59</sup>, im *Centre de Documentation de l'École Militaire* (CDEM)<sup>60</sup> und in der *Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine* (BDIC) in Nanterre<sup>61</sup> sowie im Archiv der *Documentation Française* in Paris<sup>62</sup>.

Eine unverzichtbare Quelle sowohl für die Rekonstruktion der Ereignisgeschichte als auch für die Analyse der öffentlichen Debatten sind die großen französischen Tageszeitungen. Von Bedeutung für die Recherche war das Pressearchiv von *Science Po Paris*, wo seit den fünfziger Jahren zu einer Vielzahl von politischen Themen Pressedossiers angelegt wurden.<sup>63</sup> Eine tragende Säule der Arbeit ist darüber hinaus die Berichterstattung der Tageszeitung *Le Monde*, die für die Jahre 1981 bis 1988 systematisch ausgewertet wurde. Nachrichten, Kommentare und Berichte zu allen für die Arbeit relevanten Politikbereichen wurden in einer Datenbank erfasst, verschlagwortet und analysiert. Daneben wurde unter anderem auf die Online-Archive der Wochenzeitschriften *L'Unité*, *Nouvel Observateur*, *Der Spiegel* und *Die Zeit* zurückgegriffen.<sup>64</sup>

Insgesamt besteht trotz der noch unter Verschluss gehaltenen staatlichen Quellen eine ausgesprochen dichte Quellenlage für den Untersuchungszeitraum, auch weil dem Terrorismus in den 1980er Jahren eine große Bedeutung in den öffentlichen Debatten zukam. Die sich nach US-amerikanischem Vorbild herausbildende Kultur eines investigativen Journalismus führte außerdem dazu, dass regelmäßig geheime Informationen an die Öffentlichkeit gelangten und einen Einblick in die nicht-öffentlichen Aspekte der Anti-Terrorismus-Politik ermöglichten. Von Bedeutung sind in dieser Hinsicht zudem die Memoiren von Politikern und hohen Beamten wie Gilles Ménage, der zunächst Sicherheitsberater und später Generalsekretär des Präsidialamts war, oder Mitterrands Sonderberater und Sherpa Jacques Attali.<sup>65</sup> Ebenfalls von Interesse sind die Dokumentationen von Gerichtsprozessen, die in den 1990er und 2000er Jahren die großen Staatsaffären der Präsidentschaft François Mitterrands aufarbeiteten.

<sup>59</sup> Vgl. Institut National des Hautes Études de la Sécurité et de la Justice (INHESJ) [<http://www.inhesj.fr>].

<sup>60</sup> Vgl. Centre de Documentation de l'École Militaire (CDEM) [<http://www.dems.defense.gouv.fr/cdem>].

<sup>61</sup> Vgl. Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine (BDIC) [<http://www.bdic.fr>].

<sup>62</sup> Vgl. Archives de la Documentation Française [<http://www.ladocumentationfrancaise.fr>].

<sup>63</sup> Vgl. Bibliothèque de Sciences Po Paris – Dossiers de presse [<http://www.sciencespo.fr/bibliothèque.fr/pratique/collections/dossiers-presse>].

<sup>64</sup> Einsehbar in den Online-Versionen der Zeitschriften [[www.jean-jaures.org/Le-Centre-d-archives-socialistes/Base-de-donnees-L-Unité](http://www.jean-jaures.org/Le-Centre-d-archives-socialistes/Base-de-donnees-L-Unité); <http://tempsreel.nouvelobs.com>; <http://www.spiegel.de>; <http://www.zeit.de/index>].

<sup>65</sup> Vgl. u. a. Gilles Ménage, *L'œil du pouvoir*, Bde. I-III, Paris 2000–2001; Jacques Attali, *Verbatim*, Bde. I-III, *Chronique des années 1981–1991*, Paris 1993–1995; Charles Pasqua, *Ce que je sais...*, Bd. I: *Les atrides 1974–1988*, Paris 2007; Bruguère, *Entretiens*; Paul Barril, *Les archives secrètes de Mitterrand*, Paris 2001; Yves Bonnet, *Contre-espionnage. Mémoires d'un patron de la DST*, Paris 2000.

# I. Politische und historische Rahmenbedingungen

## 1. Das politische System Frankreichs

### 1.1 Die Verfassung der V. Republik

Das politische System Frankreichs beruht auf der seit 1958 geltenden Verfassung der V. Republik. Das Land verfügt seither über eine starke Exekutive, die sich durch ihre Doppelköpfigkeit auszeichnet: Dem Premierminister der Regierung steht ein direkt gewählter Präsident mit weitreichenden Befugnissen gegenüber. Nationalversammlung und Senat sind zwar an der Gesetzgebung beteiligt, haben im institutionellen Gefüge aber eine relativ schwache Position inne. Frankreichs politisches System ist daher – im Gegensatz etwa zu den parlamentarischen Systemen Italiens, der Bundesrepublik und Großbritanniens – als „semipräsidentielles Regierungssystem“ beschrieben worden.<sup>1</sup>

Die verfassungsrechtlichen Besonderheiten und die herausgehobene Rolle des Präsidenten erklären sich aus der Entstehungsgeschichte der V. Republik. Die IV. Republik brach 1958 inmitten einer schweren Staatskrise zusammen, die durch den eskalierenden Algerienkrieg ausgelöst worden war. Vor dem Hintergrund einer schwindenden Unterstützung für die Aufstandsbekämpfung bereiteten hohe Militärs im Frühjahr 1958 einen Putsch gegen die Pariser Regierung vor.<sup>2</sup> In dieser Situation präsentierte sich Charles de Gaulle als überparteilicher Führer, der als einziger in der Lage war, das gesplittete Land vor einer Militärdiktatur zu bewahren. Der Held der Résistance hatte sich 1946 aus der Politik zurückgezogen, nachdem sein Entwurf einer von ihm geführten präsidialen Staatsform auf Ablehnung gestoßen war. Die Krise des Jahres 1958 gab ihm nun die Möglichkeit, seine Vorstellungen doch noch durchzusetzen.<sup>3</sup> Im Hintergrund hatten Vertraute von General de Gaulle die Machtübernahme langfristig vorbereitet. Seine Rolle während des Übergangs von der IV. zur V. Republik ist noch heute so umstritten, dass sich die politikwissenschaftliche Forschung nur mühsam auf die Kompromissformel eines „demokratischen Staatsstreichs“ geeinigt hat.<sup>4</sup>

Die von de Gaulle durchgesetzte Verfassung war als Gegenmodell zum politischen System der IV. Republik konzipiert, das sich in den Augen vieler Franzosen als instabil und schwach erwiesen hatte. Der „rationalisierte Parlamentarismus“

<sup>1</sup> Der Begriff wurde von dem französischen Staatsrechtler und Politikwissenschaftler Maurice Duverger geprägt. Vgl. u. a. Maurice Duverger (Hrsg.), *Les régimes sémi-présidentiels*, Paris 1986.

<sup>2</sup> Zu den Ereignissen liegt eine Fülle wissenschaftlicher Literatur vor. Vgl. u. a. Jean-Paul Thomas u. a. (Hrsg.), *Mai 1958. Le retour du général de Gaulle. Actes du colloque tenu au Centre d'histoire de Science Po, mardi 13 mai 2008, Rennes 2010.*

<sup>3</sup> Vgl. Becker, *Histoire politique de la France depuis 1945*, S. 22–41.

<sup>4</sup> Vgl. u. a. Olivier Duhamel, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, Paris 2009.

der V. Republik beschränkt die gesetzgeberischen Kompetenzen des Parlamentes auf ein Minimum.<sup>5</sup> So sieht die Verfassung eine geschlossene Liste mit Materien der Rechtsetzung vor, in denen ein Parlamentsvorbehalt besteht (dieser umfasst aber immerhin so zentrale Bereiche wie die Bürgerrechte und das Straf- und Prozessrecht). In allen anderen Bereichen setzt die Exekutive selbstständig Recht in Form von Dekreten und Verordnungen unabhängig von der Reichweite und Dauer der jeweiligen Maßnahmen. Die Verfassung erlaubt es der Regierung außerdem, die Zustimmung zu einem Gesetzesprojekt mit der Vertrauensfrage zu verbinden und damit Plenardebatten im Parlament zu unterbinden.<sup>6</sup>

De Gaulle gelang es, die weitreichenden verfassungsrechtlichen Machtbefugnisse des Präsidenten während seiner Amtszeit noch weiter auszubauen. In der gewalttätigen Endphase des Algerienkrieges, der nach seiner Machtübernahme noch vier Jahre andauerte, konsolidierte der Präsident seine Rolle als über den Parteien schwebender „Schiedsrichter“, der in seiner Person das Schicksal und die Größe Frankreichs verkörperte.<sup>7</sup> De facto liegt seitdem die gesamte Macht der französischen Exekutive in den Händen des Präsidenten, der nicht nur das Recht hat, die Regierung ein- und abzusetzen, sondern (außer im Falle einer Kohabitation) als inoffizieller Parteiführer auch die Parlamentsmehrheit steuert.<sup>8</sup> Diese informelle Macht drückt sich unter anderem in der Praxis der *domaine réservé* aus, die dem Präsidenten der Republik die alleinige Verantwortung für die Außen- und Sicherheitspolitik zuweist.<sup>9</sup> Von herausragender Bedeutung sind zudem die Bestimmungen in Artikel 16 der Verfassung, die den Präsidenten der Republik dazu ermächtigen, den Notstand auszurufen, wodurch für einen bestimmten Zeitraum wiederum alle Macht in die Hände des Präsidenten gelegt wird.<sup>10</sup> De Gaulle nutzte diese „Lizenz zur Diktatur“ im Jahr 1961 während des zweiten Putschversuches der Militärs, die sich nach dem Rückzug aus Algerien an ihrem einstigen Helden rächen wollten.<sup>11</sup>

Auch wenn keiner der Nachfolger de Gaulles dessen Machtfülle erreichte, blieb die überragende Position des Präsidenten eine Konstante im politischen Systems Frankreichs. In der Praxis erwies sich das Regierungssystem als stabil und flexibel – es überstand den großen Politikwechsel des Jahres 1981 genauso wie mehrere Perioden der Kohabitation, in denen je ein Präsident mit einem Regierungschef aus dem gegnerischen politischen Lager zusammenarbeiten musste (1986–1988, 1993–1995, 1997–2002).<sup>12</sup> Kritiker haben dennoch immer wieder die gravierenden Nachteile des exekutivlastigen Regierungssystems hervorgehoben. So sprechen Staatsrechtler davon, dass die Parlamentssouveränität der IV. Republik durch

<sup>5</sup> Vgl. Udo Kempf, Das politische System Frankreichs, Wiesbaden <sup>4</sup>2007, S. 30–82.

<sup>6</sup> Vgl. Bastien François, Le régime politique de la V<sup>e</sup> République, Paris <sup>4</sup>2008, S. 32–61.

<sup>7</sup> Vgl. Becker, Histoire politique de la France depuis 1945, S. 103–110.

<sup>8</sup> Vgl. François, Le régime politique de la V<sup>e</sup> République, S. 62–93.

<sup>9</sup> Vgl. Kempf, Das politische System Frankreichs, S. 66–69.

<sup>10</sup> Vgl. ebenda, S. 63 f.

<sup>11</sup> Vgl. Becker, Histoire politique de la France depuis 1945, S. 94–103.

<sup>12</sup> Vgl. Requate, Frankreich seit 1945, S. 92–99.

eine Staatssouveränität abgelöst worden sei, in der die Interessen des Staates es im Zweifel rechtfertigten, die Freiheits- und Bürgerrechte außer Kraft zu setzen.<sup>13</sup> Der übermächtige Staatsapparat habe sich im Laufe der Zeit zu große kontrollfreie Räume verschafft, ohne dass eine angemessene Beteiligung des Parlamentes gesichert wurde. Dieses demokratische Kontrolldefizit sei nur unzureichend von außerparlamentarischen Kräften kompensiert worden.<sup>14</sup>

## 1.2 Das Parteiensystem

Das semipräsidentielle politische System der V. Republik formte auch das französische Parteiensystem.<sup>15</sup> Aus der vielfältigen und wechselhaften Parteienlandschaft, deren ständige Neuformierungen und Koalitionswechsel jahrzehntelang die französische Politik bestimmt hatten, entwickelte sich im Laufe der 1960er Jahre ein stabiles Blocksystem.<sup>16</sup> Seit den 1970er Jahren stehen sich in Frankreich zwei annähernd gleich starke Lager auf der rechten und der linken Seite des politischen Spektrums gegenüber. Das „bipolare“ Parteiensystem, das zwischen einer sozialistisch-progressiven „Linken“ und einer bürgerlich-konservativen „Rechten“ unterscheidet, hat die politische Kultur Frankreichs tief geprägt.<sup>17</sup> Eine wichtige Ursache für die Formierung und relative Stabilität des Blocksystems ist das Mehrheitswahlrecht bei den Wahlen der Abgeordneten der Nationalversammlung. Es zwingt die Parteien dazu, sich in Koalitionen zusammenzuschließen, um die notwendige Stimmenmehrheit für den Einzug in das Parlament zu erreichen. Die Direktwahl des Präsidenten der Republik in einer Stichwahl führt zudem regelmäßig zu einer klaren Abgrenzung zwischen dem rechten und dem linken Lager.<sup>18</sup>

In der französischen Politikwissenschaft wurde für die 1970er und 1980er Jahre zudem der Begriff der *quadrille bipolaire* entwickelt, der das Parteiensystem der Zeit noch exakter zu fassen vermag. Er beschreibt die Teilung des linken und

<sup>13</sup> Vgl. Hartmut Aden, Der Etat de droit der V. französischen Republik und seine Begrenzung durch große exekutive Handlungsspielräume, in: Frankreich-Jahrbuch 2001, S. 65–79, hier S. 70.

<sup>14</sup> Vgl. ebenda, S. 71. Vgl. auch Markus C. Kerber, Der allgegenwärtige Ausnahmezustand. Präsidiale Souveränität und politische Stabilität in der Verfassung der Fünften Französischen Republik von 1981–1995, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht 34 (1995), S. 527–556.

<sup>15</sup> Für einen Überblick vgl. Florence Haegel, Partis politiques et système partisan en France, Paris 2007.

<sup>16</sup> Zum politischen System der III. Republik vgl. Thomas Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationkrisen der 1920er Jahre, München 2005.

<sup>17</sup> Vgl. François, Le régime politique de la V<sup>e</sup> République, S. 81–84.

<sup>18</sup> Vgl. u. a. Alain Bergounioux/Gérard Grunberg, L'union de la gauche et l'ère Mitterrand (1965–1995), in: Becker/Candar, Histoire des gauches en France II, S. 275–294; Marc Sadoun, Gauche, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.), Dictionnaire historique de la vie politique française au XX<sup>e</sup> siècle, Paris 2004, S. 515–517; Jean-Marie Donegani/Marc Sadoun, Le jeu des institutions (1958–1992), in: Sirinelli, Histoire des droites, Bd. I: Politique, S. 391–480.

des rechten Lagers in je zwei etwa gleich starke Blöcke: Auf der linken Seite teilten sich die sozialistische und die kommunistische Partei die Wählerstimmen, im konservativen Lager konkurrierten der gaullistische *Rassemblement pour la République* (RPR) mit den liberalen Zentristen der *Union pour la Démocratie Française* (UDF).<sup>19</sup> Diese vier Parteien bestimmten Anfang der 1980er Jahre die politische Landschaft in Frankreich.

Die Sozialistische Partei (PS) bildete sich 1971 aus den Trümmern der alten sozialistischen *Section Française de l'Internationale Ouvrière* (SFIO), die seit den 1950er Jahren einen sukzessiven Abstieg erlebt hatte.<sup>20</sup> Auf dem Gründungsparteitag des PS in Épinay-sur-Seine wurde im Juni 1971 François Mitterrand zum Generalsekretär gewählt. Unter ihm erlebte die Partei einen rasanten Aufstieg, der 1981 zum Sieg bei den Präsidentschaftswahlen und der absoluten Mehrheit der Parlamentssitze für die Partei führte. Der Schlüssel zu den Wahlerfolgen der 1970er Jahre war die Bildung einer Linksunion und die Aufstellung eines „Gemeinsamen Programmes“ mit der Kommunistischen Partei im Jahr 1972. Die Strategie der Linksunion sicherte Mitterrand nicht nur eine Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen, den Sozialisten gelang es auch, die Kommunisten als stärkste Kraft innerhalb der Linken dauerhaft abzulösen. Bis zum Ende von Mitterrands zweiter Amtszeit im Jahr 1995 blieb der PS in der Regierungsverantwortung.

Die Kommunistische Partei (PC) stellte Anfang der 1980er Jahre nur noch einen Juniorpartner für den PS dar und verließ 1984 die gemeinsame Regierung als Reaktion auf die marktwirtschaftliche Kurskorrektur Mitterrands.<sup>21</sup> War der PC in den Jahren der IV. Republik noch die mit Abstand stärkste französische Partei mit regelmäßig über 25 Prozent der Wählerstimmen gewesen, so begann in den 1960er Jahren parallel zur weltweiten Krise des Sowjetkommunismus auch der Abstieg der französischen Kommunisten. Nachdem die Parteiführung lange einen orthodoxen stalinistischen Kurs verteidigt hatte, konnte auch die Abwendung von der Sowjetunion und die Neuorientierung hin zu einem „Eurokommunismus“, der die Freiheits- und Bürgerrechte in den Vordergrund stellte, den Niedergang nicht mehr abwenden. In den Parlamentswahlen von 1981 erhielten die Kommunisten noch 16 Prozent, 1986 knapp zehn Prozent, in den 2000er Jahren erreichte die Partei nie mehr als fünf Prozent der Stimmen.<sup>22</sup>

Der *Rassemblement pour la République* (RPR) wurde 1976 von Jacques Chirac ins Leben gerufen. Chirac grenzte sich damit vom liberal-bürgerlichen Präsidenten Giscard d'Estaing ab und gab den Gaullisten innerhalb der französischen

<sup>19</sup> Vgl. Kempf, *Das politische System Frankreichs*, S. 169–173.

<sup>20</sup> Zur Geschichte des PS vgl. Ina Stephan, *Aufstieg und Wandel der Parti socialiste in der Ära Mitterrand (1971–1995)*, Opladen 2001.

<sup>21</sup> Zum Niedergang der Parti Communiste Français (PCF) vgl. Stéphane Courtois/Marc Lazar, *Histoire du parti communiste français*, Paris <sup>2</sup>2000, S. 361–456; Philippe Robrieux, *Histoire du parti communiste*, Bd. III: 1972–1983. *Du programme commun à l'échec historique de Georges Marchais*, Paris 1982.

<sup>22</sup> Vgl. Kempf, *Das politische System Frankreichs*, S. 240.

Rechten wieder eine Heimat. Er straffte und modernisierte einen Parteiapparat, der mit dem Rückzug de Gaulles 1969 seinen charismatischen Führer verloren hatte und nach dem Tod Georges Pompidous 1974 auseinanderzubrechen drohte. In den 1980er Jahren konnten die Gaullisten ihre zeitweilig an die Anhänger Giscard verlorene dominante Position innerhalb der französischen Rechten wieder zurückgewinnen. Im Jahr 1986 stellten sie mit Jacques Chirac den Premierminister, 1995 wurde dieser nach zwei vergeblichen Anläufen (1981, 1988) zum Präsidenten der Republik gewählt (1995–2007).<sup>23</sup>

Die *Union pour la Démocratie Française* (UDF) wurde 1978 auf Initiative Präsident Giscard d'Estaings als Parteienbündnis der Mitte gegründet. Giscard beabsichtigte damit, ein Gegengewicht gegen die Gaullisten des RPR aufzubauen, das in der Lage sein sollte, die Führungsrolle innerhalb des rechten Lagers langfristig zu verteidigen. Nach der Niederlage Giscard bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1981 – bei der die ambivalente Positionierung Jacques Chiracs vor der Stichwahl eine wohl entscheidende Rolle spielte – wurde die UDF aber dauerhaft auf den zweiten Rang innerhalb des konservativen Lagers verwiesen. Die UDF blieb in der Folge ein eher loses Bündnis einer Reihe kleinerer Parteien und Gruppierungen, die von internen Rivalitäten ihrer Führer geprägt war. 2002 schloss sich die UDF mit dem RPR zu einem Bündnis mit dem Namen *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP) zusammen.<sup>24</sup> Im Jahr 2015 änderte die UMP ihren Namen in *Les Républicains* (LR).

Mitte der 1980er Jahre zeichnete sich ab, dass die *quadrille bipolaire* des französischen Parteiensystems langfristig durch eine fünfte Formation ergänzt werden würde. Der rechtsextreme *Front National* (FN) erlangte mit ausländerfeindlichen Kampagnen aufsehenerregende Wahlerfolge, zunächst in den Kommunal- und Europawahlen der Jahre 1983 und 1984, 1986 auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Geführt von Jean-Marie Le Pen konnte sich der FN in der französischen Parteienlandschaft etablieren und bald die Kommunistische Partei als viertstärkste politische Kraft ablösen.<sup>25</sup>

### 1.3 Die Sicherheitsbehörden

Der französische Sicherheitsapparat der 1980er Jahre war durch eine gleichermaßen hohe Zentralisierung wie Differenzierung geprägt. Zwar waren anders als in der föderal strukturierten Bundesrepublik alle Polizeibehörden, Geheimdienste und Militärorganisationen landesweit zentralisiert, zugleich konkurrierte aber eine Vielzahl verschiedener Dienste um Zuständigkeitsbereiche und Kompetenzen. Die Konkurrenz innerhalb des Sicherheitsapparates wurde früh als ein Pro-

<sup>23</sup> Zur Geschichte des RPR vgl. Jean Charlot/Bernard Lachaise, RPR (Rassemblement pour la République), in: Dictionnaire historique de la vie politique, S. 1114–1117.

<sup>24</sup> Zur UDF vgl. einführend Colette Ysmal, Union pour la démocratie française (UDF), in: Dictionnaire historique de la vie politique, S. 1215–1218.

<sup>25</sup> Zum FN vgl. Alexandre Dézé, *Le Front National. À la conquête du pouvoir?*, Paris 2012.

blem im Kampf gegen den Terrorismus erkannt und konnte in den 1980er Jahren teilweise behoben werden. Eine Zusammenlegung aller Zuständigkeiten wurde aber erst in der Folge des 11. September 2001 durchgesetzt.<sup>26</sup>

Zu den zentralen Institutionen der Terrorismusbekämpfung in Frankreich gehört die dem Innenministerium unterstellte *Police Nationale* (DGPN), innerhalb derer zunächst insbesondere die Abteilung *6<sup>e</sup> Division de la Direction Centrale de Police Judiciaire* mit der Terrorismusbekämpfung befasst war.<sup>27</sup> 1985 wurde ein eigenes polizeiliches Sonderkommando unter dem Namen *Recherche, Assistance, Intervention, Dissuasion* (RAID) gegründet, das als Eingreiftruppe in Krisenfällen fungierte.<sup>28</sup> Ebenfalls Teil der Strukturen der *Police Nationale* war die 1984 eingerichtete zentrale Verbindungsstelle *Unité de Coordination de la Lutte Antiterroriste* (UCLAT), in der alle am Kampf gegen den Terrorismus beteiligten Dienste vertreten sind.<sup>29</sup> Eine wichtige Rolle kam weiterhin verschiedenen Abteilungen der *Gendarmerie Nationale* zu, deren Beamte organisatorisch dem Verteidigungsministerium untergeordnet sind. Die Gendarmen übernehmen Polizeifunktionen in ländlichen Regionen außerhalb der französischen Städte.<sup>30</sup> Eine Sonderrolle innerhalb der Gendarmerie kam den *Groupes d'Intervention de la Gendarmerie Nationale* (GIGN) zu, die, ähnlich wie die bundesdeutsche GSG 9, 1973 in der Folge des Attentates auf die israelische Olympiamannschaft in München gegründet worden waren.<sup>31</sup>

Stärker als in anderen westeuropäischen Staaten waren zudem die Geheimdienste in die Terrorismusbekämpfung involviert. In den 1980er Jahren begannen sich die zuvor klar abgegrenzten Zuständigkeitsbereiche der Dienste aufzulösen. Dies war einer der Hauptgründe für die vielfach beklagte Konkurrenz zwischen den Sicherheitsbehörden. So übernahm der Spionage-Abwehrdienst *Direction de la Surveillance du Territoire* (DST), dessen Hauptaufgabe seit dem Zweiten Weltkrieg die Gegenspionage gegen Agenten des Ostblocks war, nun auch Aufgaben in der Terrorismusbekämpfung und etablierte sich in der Folge als Hauptverantwortlicher im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.<sup>32</sup>

Zuständig für die Bekämpfung linksextremer Gewalt war der Inlandsgeheimdienst *Renseignements Généraux* (RG). Mit dem Amtsantritt François Mitterrands

<sup>26</sup> Vgl. bereits Sénat, Rapport fait au nom de la Commission de contrôle des conditions de fonctionnement, d'intervention et de coordination des services de police et de sécurité engagés dans la lutte contre le terrorisme, créée en vertu de la résolution adoptée par le Sénat le 18 novembre 1983, par Paul Masson, Sénateur, annexe au procès verbal de la séance du 17 mai 1984. Für die Entwicklungen nach 2001 vgl. La France face au terrorisme. Livre blanc du Gouvernement sur la sécurité intérieure face au terrorisme, Paris 2006.

<sup>27</sup> Heute: Sous-Direction Anti-Terroriste (SDAT) [<http://www.police-nationale.interieur.gouv.fr>].

<sup>28</sup> Vgl. Jean-Louis Courtois, *Le Raid*, Paris 1999.

<sup>29</sup> Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 58–60.

<sup>30</sup> Vgl. Berlière/Lévy, *Histoire des polices en France*, S. 511–528.

<sup>31</sup> Zur Geschichte der GIGN vgl. Bernard Michel, *GIGN. Le temps d'un secret*, Paris 2003; Clotilde Marchetti, *Le groupe d'intervention de la gendarmerie nationale: missions et représentations*, in: *Défense nationale* 53/6 (1997/6), S. 71–84.

<sup>32</sup> Vgl. Berlière/Lévy, *Histoire des polices en France*, S. 345–348.

verlor der Dienst zeitweise an Einfluss, da viele der einstmals als Linksextremisten beobachteten Politiker und Aktivisten nunmehr selbst an den Schaltstellen des französischen Staates saßen.<sup>33</sup> Eine Sonderrolle hatte schließlich der Auslandsgeheimdienst *Direction Générale de la Sécurité Extérieure* (DGSE) inne.<sup>34</sup> Der Dienst war dem Verteidigungsministerium unterstellt und verfügte über ein eigenes Sonderkommando, das in den 1980er Jahren eine Reihe verdeckter Aktionen durchführte. Mitglieder des DGSE gehörten dem Militär an.<sup>35</sup>

## 2. Französische Terrorismuserfahrungen

Kaum ein anderes Land blickt auf eine so lange Geschichte der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus zurück wie Frankreich. Der Begriff „Terrorismus“ stammt aus der Zeit der Französischen Revolution. In der Sprache der Jakobiner war das Wort *terreur* zunächst positiv besetzt und bezeichnete das Vorgehen gegen sogenannte Konterrevolutionäre und Gegner des neuen Regimes. Nach dem Ende der Schreckensherrschaft unter Robespierre kehrte sich seine Bedeutung um. Seitdem werden „Terrorismus“, „Terror“ und „Terrorist“ fast ausschließlich als negative Fremdbezeichnungen verwendet.<sup>36</sup>

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf jene Terrorismuserfahrungen, die den persönlichen und kollektiven Erfahrungshintergrund wichtiger Akteure im Frankreich der 1980er Jahre ausmachten. Dies waren in erster Linie der Krieg gegen die Unabhängigkeitskämpfer des FLN in Algerien von 1954 bis 1962 und die Ereignisse während und nach dem Pariser Mai 1968. Lediglich zwei frühere Phasen von Terrorismus und Terrorismusbekämpfung sollen aufgrund ihrer Bedeutung im kollektiven Gedächtnis der Franzosen kurz skizziert werden.<sup>37</sup>

Zu den wirkmächtigsten älteren Terrorismuserfahrungen gehört die Welle anarchistischer Attentate in der zweiten Hälfte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Dem Prinzip der „Propaganda der Tat“ folgend, verübten Anarchisten eine Vielzahl von Anschlägen in vielen Ländern Europas und in den USA. In Frankreich erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt in den Jahren 1892–1894.<sup>38</sup> Besonders aufsehenerregend waren der Bombenanschlag von Auguste Vaillant im französischen Parlament am 9. Dezember 1893 und die Ermordung des Präsidenten der

<sup>33</sup> Vgl. insbesondere Guisnel/Violet, *Services secrets*.

<sup>34</sup> Vgl. u. a. Philippe Hayez, *Le renseignement extérieur en France depuis 1981. Fragments de politique publique*, in: Sébastien Laurent (Hrsg.), *Politiques du renseignement*, Bordeaux 2009, S. 239–260.

<sup>35</sup> Dazu gehörte auch die missglückte Aktion gegen das Greenpeace-Schiff *Rainbow Warrior* im Jahr 1985. Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 329–361.

<sup>36</sup> Zu den Ursprüngen des Terrorismusbegriffs vgl. u. a. Hoffmann, *Inside Terrorism*, S. 23–50.

<sup>37</sup> Vgl. daneben die Arbeiten von Frédéric Monier zum Terrorismus im Frankreich der Zwischenkriegszeit, u. a. Frédéric Monier, *L'attentat de Marseille (9 octobre 1934): régicide et terrorisme dans les années trente*, in: *La Révolution française I* (2012), S. 1–14.

<sup>38</sup> Vgl. u. a. John Merriman, *The Dynamite Club. How a Bombing in Fin-de-Siècle Paris Ignited the Age of Modern Terror*, New York 2009.

Republik Marie François Sadi Carnot durch einen italienischen Anarchisten am 24. Juni 1894. Der französische Staat antwortete mit einer harten Repressionswelle. 1894 wurden die sogenannten Schurkengesetze (*lois scélérates*) verabschiedet. Sie stellten jegliche „anarchistische Propaganda“ unter Strafe und erlaubten es, alle Mitglieder einer anarchistischen Gruppe wegen des Verbrechens eines einzelnen Mitgliedes zu verurteilen.<sup>39</sup> In der Folge wurden Hunderte Anarchisten und Sympathisanten verhaftet und zu schweren Strafen verurteilt. Die *lois scélérates* waren bereits kurz nach ihrer Verabschiedung scharfer Kritik ausgesetzt und galten in der französischen Öffentlichkeit jahrzehntelang als Beispiel für besonders „freiheitstötende“ Gesetze. 1992 wurden sie aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.<sup>40</sup>

Eine besondere Nachwirkung ging außerdem von der Zeit der Besetzung Frankreichs durch das nationalsozialistische Deutschland von 1940 bis 1944 aus. Das NS-Regime bezeichnete die Widerstandskämpfer der Résistance als „Terroristen“.<sup>41</sup> Verantwortlich für deren Bekämpfung waren der deutsche Militäroberbefehlshaber und die ihm unterstellten Polizeikräfte, die SS und ab 1943/44 die Wehrmacht.<sup>42</sup> Das Besatzungsregime agierte mit Massenerschießungen von Widerstandskämpfern und mit Deportationen in die Konzentrationslager. Außerdem wurde eine Vielzahl von Sondergesetzen und Sondergerichten geschaffen.<sup>43</sup> Die Besatzer konnten dabei auf die Unterstützung der Kollaboration des Vichy-Regimes zählen. Von besonderer Bedeutung war die 1943 gegründete Miliz unter Joseph Darnand, die als Hilfspolizei der Deutschen den Kampf gegen die Résistance führte.<sup>44</sup>

Die Erinnerung an die brutale Unterdrückung des Widerstandes durch das NS-Besatzungsregime und seine französischen Helfer hatte eine tiefe Skepsis vieler Franzosen gegenüber bestimmten Ermittlungsmethoden zur Folge. Dies betraf etwa die systematische Plakatierung von Fahndungsaufrufen und Fahndungsfotos.<sup>45</sup> Die Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern des NS-Regimes – etwa 76 000 Juden

<sup>39</sup> Vgl. JORF vom 29. 7. 1894, S. 3702 [<http://legifrance.gouv.fr>, zuletzt abgerufen am 29. 8. 2015].

<sup>40</sup> Vgl. Loi n° 92-1336 du 16 décembre 1992 relative à l'entrée en vigueur du nouveau code pénal et à la modification de certaines dispositions de droit pénal et de procédure pénale rendue nécessaire par cette entrée en vigueur [<http://legifrance.gouv.fr>, zuletzt abgerufen am 29. 8. 2015].

<sup>41</sup> Vgl. u. a. den Beitrag der vom Kollaborationsregime kontrollierten Fernsehnachrichten vom 11. 2. 1944 [<http://fresques.ina.fr/jalons/parcours/0003/les-annees-noires-les-francais-sous-l-occupation-allemande-1940-1944.html>, zuletzt abgerufen am 29. 8. 2015].

<sup>42</sup> Vgl. u. a. Ahlrich Meyer, Die deutsche Besetzung in Frankreich 1940–44. Widerstandsbe-kämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000; Peter Lieb, Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44, München 2007.

<sup>43</sup> Vgl. u. a. Alain Bancaud, Une exception ordinaire. La magistrature en France, 1930–1950, Paris 2002; Royer u. a., Histoire de la justice en France, S. 959–1021; Virginie Sansico, France 1944: maintien de l'ordre et exception judiciaire. Les cours martiales du régime de Vichy, in: Histoire@Politique 3 (2007) [[www.histoire-politique.fr](http://www.histoire-politique.fr), zuletzt abgerufen am 17. 11. 2016].

<sup>44</sup> Zur Kollaboration der französischen Polizei vgl. u. a. Jean-Marc Berlière, Policiers sous l'occupation, Paris 2009; ders./Lévy, Histoire des polices en France.

<sup>45</sup> Vgl. Miard-Delacroix, Deutsch-französische Geschichte, S. 173.

wurden aus Frankreich deportiert – trug außerdem dazu bei, dass sich Frankreich nach 1945 lange gegen die Auslieferung politisch Verfolgter innerhalb Europas sperrte.<sup>46</sup>

## 2.1 Algerien: Krieg und Terrorismusbekämpfung (1954–1962)

Frankreichs Krieg in Algerien dauerte von 1954 bis 1962 und endete mit der Unabhängigkeit der einzigen wirklichen Siedlungskolonie Frankreichs in Nordafrika. Zwischen 250 000 und 300 000 muslimische Algerier sowie etwa 30 000 französische Soldaten starben in den Kämpfen.<sup>47</sup> Die IV. Republik zerbrach an ihren inneren Spannungen. Im Mai 1958 übernahm General Charles de Gaulle in einer putschartigen Aktion die Macht und gründete die V. Republik.<sup>48</sup>

Attentate und Bombenanschläge waren ein zentraler Bestandteil der Kriegführung sowohl des algerischen *Front de Libération Nationale* (FLN) als auch der *Organisation de l'Armée Secrète* (OAS), der militanten Organisation der französischen Siedler in Algerien.<sup>49</sup> Dies trifft insbesondere auf die Auseinandersetzungen in den urbanen Zentren der Kolonie und in Paris zu.<sup>50</sup> Die Aktionen von FLN und OAS wurden von den Behörden und der Öffentlichkeit als „terroristisch“ und ihre Kämpfer als „Terroristen“ angesehen.<sup>51</sup> Auch die Reaktion des Staates entzog sich den Kategorien einer konventionellen Kriegführung. Da Algerien Teil Frankreichs war, galten die Kampfhandlungen offiziell nicht als Krieg, sondern lediglich als „Operationen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“.<sup>52</sup> Die Armee wandte eine eigens entwickelte Doktrin des „gegenrevolutionären Krieges“ an und agierte mit Massenerschießungen und Folter. Der Kolonialkrieg griff auch auf das französische Mutterland über. Er prägte zudem die Vorstellungen von gerechter und erfolgreicher Opposition gegen staatliche Unterdrückung und Gewalt.

<sup>46</sup> Zum Holocaust an den französischen Juden vgl. u. a. Robert Paxton/Michael Marrus, *Vichy France and the Jews*, Stanford 1995.

<sup>47</sup> Vgl. Benjamin Stora, *Histoire de la guerre d'Algérie*, Paris 2004, S. 86–90.

<sup>48</sup> Vgl. u. a. Jean-Paul Thomas/Gilles Le Béguec/Bernard Lachaise (Hrsg.), *Mai 1958. Le retour du général de Gaulle*, Paris 2010.

<sup>49</sup> Vgl. Raphaëlle Branche, *FLN et OAS: deux terrorismes en guerre d'Algérie*, in: *European Review of History – Revue européenne d'histoire* 14/3 (September 2007), S. 325–342.

<sup>50</sup> Vgl. Guy Pervillé, *Le terrorisme urbain dans la guerre d'Algérie*, in: Jean-Charles Jauffret/Maurice Vaïsse (Hrsg.), *Militaires et guérilla dans la guerre d'Algérie*, Brüssel 2001, S. 447–468.

<sup>51</sup> Auch die Terrorismusforschung hat diese Einschätzung übernommen. Vgl. bereits Martha Crenshaw Hutchinson, *Revolutionary Terrorism. The FLN in Algeria, 1954–1962*, Stanford, Cal. 1978. Vgl. auch Branche, *A War against Terrorism*, S. 59–76.

<sup>52</sup> Erst im Jahr 1999 erkannte die französische Nationalversammlung offiziell an, dass es sich bei den „Ereignissen“ in Algerien um einen Krieg gehandelt hatte. Vgl. *Assemblée Nationale*, 1<sup>re</sup> séance du 10 juin 1999, in: *JORF* vom 12. 6. 1999, S. 5710–5734.

### Terrorismusbekämpfung in Algerien

Das französische Vorgehen im Algerienkrieg hat in den Jahrzehnten nach 1962 immer wieder als Vorbild zur Bekämpfung von bewaffneten Aufständen gedient.<sup>53</sup> Dabei bestimmen zwei Aspekte das Bild des Krieges: erstens die taktischen Erfolge der Aufstandsbekämpfung und zweitens die strategisch-politische Niederlage, die wesentlich mit den Exzessen des „Krieges gegen den Terrorismus“ zusammenhing.

Grundlegend für die Entgrenzung der Gewalt war zunächst der Charakter des Kolonialregimes. Seit der Eroberung Algeriens im Jahr 1830 war die indigene Bevölkerung benachteiligt und entrechtet worden.<sup>54</sup> Volle Bürgerrechte blieben den europäischen Siedlern vorbehalten, die Mitte des 20. Jahrhunderts etwa zehn Prozent der Bevölkerung stellten. Gewalt und Androhung von Gewalt waren zentraler Bestandteil der französischen Kolonialpolitik und wurden durch den „kolonialen Notstand“ lediglich ausgeweitet.<sup>55</sup> Einen ersten Höhepunkt bildete die Reaktion auf die Unruhen von Sétif im Mai 1945, als Militär und Siedlermilizen in einem Rachefeldzug mehrere zehntausend Menschen töteten.<sup>56</sup>

In den französischen Kolonialtruppen hatte sich nach der Niederlage im Indochinakrieg zudem die Doktrin des „gegenrevolutionären“ oder „antisubversiven“ Krieges entwickelt.<sup>57</sup> Dies umfasste auch die Übernahme „klandestiner Methoden“ von den Revolutionären. Spätestens seit 1957 wurde die Doktrin in Algerien umgesetzt.<sup>58</sup> Dabei verbanden sich Reform- und Modernisierungsanstrengungen, mit denen die Sympathie der Bevölkerung gewonnen werden sollte, mit einer brutalen irregulären Kriegführung.<sup>59</sup>

Ein weiteres zentrales Problem bestand in der Weigerung, den Krieg in Algerien auch offiziell als Krieg anzuerkennen und den Kriegszustand auszurufen, während zugleich das französische Militär die Bekämpfung der Aufständischen

<sup>53</sup> Vgl. Moritz Feichtinger/Stephan Malinowski, Konstruktive Kriege? Rezeption und Adaptation der Dekolonisationskriege in westlichen Demokratien, in: *Geschichte und Gesellschaft* 37 (2011), S. 275–305.

<sup>54</sup> Zur Geschichte des kolonialen Algerien vgl. u. a. Benjamin Stora, *Histoire de l'Algérie coloniale 1830–1954*, Paris <sup>2</sup>2004.

<sup>55</sup> Fabian Klose, Zur Legitimation kolonialer Gewalt. Kolonialer Notstand, antisubversiver Krieg und humanitäres Völkerrecht im kenianischen und algerischen Dekolonisierungskrieg, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 48 (2008), S. 249–274.

<sup>56</sup> Die Massaker von Sétif und Guelma gelten heute als ein Ausgangspunkt des Algerienkrieges. Vgl. u. a. Annie Rey-Goldzeiguer, *Aux origines de la guerre d'Algérie: 1940–1945. De Mers-El-Kébir aux massacres du Nord-Constantinois*, Paris 2002; Jean-Louis Planche, *Sétif, 1954. Histoire d'un massacre annoncé*, Paris 2006.

<sup>57</sup> Zum Indochinakrieg vgl. u. a. Martin Windrow, *The Last Valley. Dien Bien Phu and the French Defeat in Vietnam*, Cambridge, Mass. 2004. Vgl. auch André Beaufre, *La guerre révolutionnaire*, Paris 1972; ders., *Introduction à la stratégie*, Paris 1963.

<sup>58</sup> Für einen Überblick vgl. Pierre Cyril Pahlavi, *La guerre révolutionnaire de l'armée française en Algérie 1954–1961. Entre esprit de conquête et conquête des esprits*, Paris 2004.

<sup>59</sup> Vgl. dazu die Charakterisierung als „Modernisierungskrieg“ bei: Stephan Malinowski, *Modernisierungskriege. Militärische Gewalt und koloniale Modernisierung im Algerienkrieg (1954–1962)*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 48 (2008), S. 213–248.

übernahm. Parlament und Regierung erließen eine Reihe von Sondergesetzen, die die Bürgerrechte in Algerien weitgehend außer Kraft setzten.<sup>60</sup> Die verbreitete Bezeichnung der Rebellen als „Gesetzlose“ traf auch insofern zu, als kein Gesetz – nicht einmal das Kriegsrecht und die Genfer Konventionen – die Kämpfer des FLN wirksam schützte.<sup>61</sup> Im Frühjahr 1955 verabschiedete das Parlament ein Notstandsgesetz.<sup>62</sup> Der Notstand (*état d'urgence*) sah Hausarrest (dies konnte auch die Internierung in einem Lager bedeuten) und Aufenthaltsverbote für Verdächtige sowie die Übertragung der Straferichtsbarkeit an Militärgerichte vor.<sup>63</sup> Im März 1955 folgte, wiederum per Gesetz, die Erteilung von Sondervollmachten, den sogenannten *pouvoirs spéciaux*, die die Regierung ermächtigten, „alle notwendigen außerordentlichen Maßnahmen für die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ zu ergreifen.<sup>64</sup> Sie wurden bis zum Ende des Krieges immer wieder verlängert und ermöglichten die unkontrollierte Ausweitung des Militär-Regimes in Algerien.

Das Vorgehen der Armee wurde aber auch von diesen Sondervollmachten nur teilweise gedeckt. Bei der Guerillabekämpfung in den ländlichen Regionen kam es regelmäßig zu „kollektiven Bestrafungen“. So wurden nach den Erhebungen im Constantine im August 1955 tausende Zivilisten ermordet.<sup>65</sup> Zu den brutalsten Maßnahmen zählten die „Umsiedlungen“ großer Teile der ländlichen Bevölkerung, um die Rebellen von der Zivilbevölkerung zu trennen. Über zwei Millionen Menschen – etwa ein Fünftel der algerischen Bevölkerung – wurden so aus ihrer Heimat vertrieben.<sup>66</sup> Viele der neugeschaffenen „Dörfer“ waren mit Stacheldrahtzäunen und Wachtürmen umgeben.<sup>67</sup> Zudem gehörten seit Beginn des Krieges das „Verschwinden“ von Verdächtigen, das Erschießen von „flüchtigen Banditen“ und Folter zum Alltag der Aufstandsbekämpfung.<sup>68</sup>

Unter dem Deckmantel einer Geheimorganisation namens „Rote Hand“ ging der französische Auslandsgeheimdienst mit terroristischen Aktionen, Bomben- und Mordanschlägen gegen Unterstützer des FLN in Europa vor, unter anderem

<sup>60</sup> Vgl. ausführlich Arlette Heymann, *Les libertés publiques et la guerre d'Algérie*, Paris 1972, S. 15–47.

<sup>61</sup> Vgl. Sylvie Thénault, *La justice dans la guerre d'Algérie*, in: Mohammed Harbi/Benjamin Stora (Hrsg.), *La guerre d'Algérie 1954–2004. La fin de l'amnésie*, Paris 2004, S. 77–96, hier S. 80.

<sup>62</sup> Das Gesetz konnte auch für das französische Mutterland ausgerufen werden. Vgl. *Loi n° 55–385 du 3 Avril 1955 relative à l'état d'urgence*, in: *JORF* vom 7. 4. 1955, S. 3479.

<sup>63</sup> Vgl. Heymann, *Les libertés publiques*, S. 16–24.

<sup>64</sup> *Loi n° 56–258 du 16 mars 1956 relative aux pouvoirs spéciaux*, in: *JORF* vom 17. 3. 1956, S. 2591.

<sup>65</sup> Vgl. Claire Mauss-Copeaux, *Algérie, 20 août 1955: insurrection, répression, massacres*, Paris 2010.

<sup>66</sup> Vgl. Michel Cornaton, *Les camps de regroupement de la guerre d'Algérie*, Paris 1998; Moritz Feichtinger/Stephan Malinowski, „Eine Million Algerier lernen im 20. Jahrhundert zu leben“. Umsiedlungslager und Zwangsmodernisierung im Algerienkrieg, in: *Journal of Modern European History* 8 (2010), S. 107–135.

<sup>67</sup> Vgl. Charles-Robert Ageron, *Une dimension de la guerre d'Algérie: les „regroupements“ de populations*, in: Jauffret/Vaisse, *Militaires et guérilla*, S. 327–362.

<sup>68</sup> Vgl. Raphaëlle Branche, *La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie, 1954–1962*, Paris 2001, S. 57–80.

in der Bundesrepublik und in der Schweiz.<sup>69</sup> Zu den zwar formal rechtmäßigen, zugleich aber besonders scharf kritisierten Maßnahmen gehörte die massenweise Verhängung der Todesstrafe gegen Aufständische. Nach einer Statistik der französischen Armee wurden von Januar 1955 bis September 1961 1415 Todesurteile gefällt, von denen 198 vollstreckt wurden.<sup>70</sup>

Als herausragendes Beispiel für urbanen Terrorismus und Terrorismusbekämpfung gilt die „Schlacht um Algier“.<sup>71</sup> Im September 1956 begann der FLN in der damals mit fast 900 000 Einwohnern zweitgrößten Stadt Frankreichs eine Terrorkampagne.<sup>72</sup> Hunderte Bombenanschläge verbreiteten Angst und Schrecken in der Bevölkerung. Daraufhin übergab der Generalgouverneur von Algerien, Robert Lacoste, im Januar 1957 alle zivilen und militärischen Vollmachten an General Jacques Massu, dessen Eliteeinheit erst kurz zuvor aus dem Indochinakrieg zurückgekehrt war.<sup>73</sup> Am 7. Januar 1957 trafen 8 000 Fallschirmjäger in der Stadt ein. Der FLN, der in Algier über ein Netzwerk von etwa 5 000 Mitgliedern und in der Kasbah, dem muslimischen Stadtkern, über ein vorzügliches Rückzugsgebiet verfügte, intensivierte zunächst die Terrorkampagne. Die Anschläge dienten den Militärs dazu, jedes Mittel im Kampf gegen den Terrorismus zu rechtfertigen.<sup>74</sup>

Die muslimischen Viertel wurden mit Stacheldraht vom Rest der Stadt isoliert und mit Scheinwerfern und Hubschraubern ständig überwacht. Zudem wurde eine strenge Ausgangssperre verhängt. Verdächtige, die sich außerhalb der erlaubten Zeiten bewegten, konnten sofort erschossen werden. Die Fallschirmjäger teilten die Kasbah in Sektoren, Unter-Sektoren und Blöcke ein und registrierten jedes Gebäude mitsamt seinen Bewohnern. In den Außenbezirken wurde ein Netz von Internierungslagern eingerichtet, in denen tausende Verdächtige verhört wurden.<sup>75</sup> Mit ausgefeilten Foltertechniken (Stromstöße, Wasserfolter) wurden Informationen von den zunächst willkürlich Verhafteten erpresst. Mindestens 3 000 Menschen sollen in den Händen der Fallschirmjäger gestorben sein, viele

<sup>69</sup> Für die Bundesrepublik vgl. Mathilde von Bülow, *Myth or Reality? The Red Hand and French Covert Action in Federal Germany during the Algerian War, 1956–61*, in: *Intelligence and National Security* 22 (2007), S. 787–820. Zur Rolle der französischen Geheimdienste im Algerienkrieg vgl. Douglas Porch, *Histoire des services secrets français*, Bd. II: *De la guerre d’Indochine au Rainbow Warrior*, Paris 1997, S. 114–163.

<sup>70</sup> Vgl. Sylvie Thénault, *Une drôle de justice. Les magistrats dans la guerre d’Algérie*, Paris 2001, S. 313.

<sup>71</sup> Sie wurde durch den Film „Battle of Algiers“ von Gillo Pontecorvo weltweit bekannt. Zur Wirkungsgeschichte des Films vgl. Thomas Riegler, „The Battle of Algiers“ – blueprint for revolution/counterrevolution?, in: Christopher Kullenberg/Jacob Lehne (Hrsg.), *Resistance Studies Reader 2008*, Gothenburg/London 2009, S. 148–156.

<sup>72</sup> Nach Guy Pervillé verübten Mitglieder des FLN in Algier zwischen Juni 1956 und Oktober 1957 insgesamt 751 Anschläge mit 314 Todesopfern und 917 Verletzten. Vgl. Pervillé, *Le terrorisme urbain dans la guerre d’Algérie*, hier S. 459.

<sup>73</sup> Vgl. Stora, *Guerre d’Algérie*, S. 24.

<sup>74</sup> Im Januar 1957 wurden 112 Anschläge gezählt, bei denen zahlreiche Zivilisten starben. Vgl. ebenda.

<sup>75</sup> Vgl. Alistair Horne, *A Savage War of Peace. Algeria 1954–1962*, London 1977, S. 198 f.

von ihnen wurden mit Beton an den Füßen im Golf von Algier versenkt.<sup>76</sup> So konnte das geheime Netzwerk des FLN allmählich aufgedeckt werden. Die Fallschirmjäger stürmten Verstecke in der Kasbah und verhafteten neue Verdächtige, von denen viele „umgedreht“ wurden und als Informanten zurückkehrten. Unter dem Druck der Verfolgung ging der Terrorismus tatsächlich zurück. Im Februar 1957 wurden nur noch 34, im März noch 29 Anschläge gezählt. Ende März sah sich die politische Führung des FLN in Algier gezwungen, die Stadt zu verlassen.<sup>77</sup>

Die „Schlacht um Algier“ kann aus mehreren Gründen als Wendepunkt des Krieges gesehen werden. In den Augen der Militärs war sie ein Beweis dafür, dass gegen den Terrorismus des FLN sehr wohl erfolgreich vorgegangen werden konnte – unter der Bedingung, dass rechtsstaatliche Grenzen keine Rolle spielten. So verteidigte Massu das Vorgehen seiner Einheiten damit, dass ein „revolutionärer und subversiver Krieg, der vom internationalen Kommunismus und seinen Agenten“ geführt werde, eben nur mit „klandestinen und gegenrevolutionären Techniken“ gewonnen werden könne.<sup>78</sup> Spätestens seit 1957 wurde Folter systematisch zur Informationsbeschaffung angewandt.<sup>79</sup> Zugleich leitete die Schlacht um Algier die stärkste moralische und politische Krise Frankreichs während des Krieges ein. Der FLN machte die Menschenrechtsverletzungen zum Schwerpunkt seiner weltweiten Öffentlichkeitsarbeit.<sup>80</sup> Der General Jacques Pâris de Bollardièrre und der Polizeichef von Algier Paul Teitgen traten aus Protest gegen die Methoden der Fallschirmjäger zurück.<sup>81</sup> Im Januar 1958 erschien der Bericht *La Question* von Henri Alleg, der, versehen mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre, die Folter in Algerien einem großen Publikum bekannt machte und die öffentliche Meinung im französischen Mutterland stark beeinflusste.<sup>82</sup>

### Terrorismusbekämpfung in Frankreich

Die „Operationen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ in Frankreich selbst sind lange Zeit relativ unbeachtet geblieben – auch weil das Gewaltniveau unter dem des brutalen Guerilla-Krieges in der Kolonie lag.<sup>83</sup> Während aber der Krieg in Algerien in gewisser Weise als „externes“ Problem zwischen Algeriern und Algerienfranzosen gesehen werden konnte, waren die Franzosen von

<sup>76</sup> Vgl. Branche, *La torture et l'armée*, S. 123–146.

<sup>77</sup> Vgl. Stora, *Guerre d'Algérie*, S. 25.

<sup>78</sup> Zitiert nach: Branche, *War Against Terrorism*, S. 66.

<sup>79</sup> Vgl. Branche, *La torture et l'armée*, S. 212–224.

<sup>80</sup> Vgl. Fabian Klose, *Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonialisierungskriege in Kenia und Algerien 1945–1962*, München 2009, S. 263.

<sup>81</sup> Vgl. Stora, *Guerre d'Algérie*, S. 25 f.

<sup>82</sup> Vgl. Henri Alleg, *La question*, Paris 1958.

<sup>83</sup> Unter den jüngeren Arbeiten, die sich explizit diesem Thema widmen, vgl. vor allem House/ Macmaster, Paris 1961; Blanchard, *La police parisienne et les Algériens*; Linda Amiri, *La bataille de France. La guerre d'Algérie en métropole*, Paris 2004; Raphaëlle Branche/Sylvie Thénault (Hrsg.), *La France en guerre 1954–1962. Expériences métropolitaines de la guerre d'indépendance algérienne*, Paris 2008.

den Vorgängen auf dem Festland direkt betroffen. Menschenrechtsverletzungen wurden hier schwerer akzeptiert als in der fernen Kolonie. Und anders als diese Kolonie verschwanden die algerischen Einwanderer nach dem Ende des Krieges nicht einfach – im Gegenteil: Ihre Zahl erhöhte sich in den folgenden Jahren.<sup>84</sup>

Im Jahr 1954 lebten 211000 Algerier in Frankreich, 1962 betrug die Zahl sogar 350000.<sup>85</sup> Sie bildeten damit die größte Gruppe kolonialer Immigranten in Europa.<sup>86</sup> Die Wohnorte der zumeist ungelerten Arbeiter konzentrierten sich in den industriellen Zentren des Landes, allein 115000 lebten 1958 im Großraum Paris (1961: 180000).<sup>87</sup> Mit Beginn des Krieges wurde die algerische Gemeinde zu einem sicherheitspolitischen Problem. Seit Ende 1954 diskutierten Geheimdienste und Sicherheitsorgane über die mögliche Wiedereinführung der 1945 aufgelösten Sondereinheiten zur Überwachung der nordafrikanischen Immigranten.<sup>88</sup> Im August 1955 wurde ein gemeinsamer „Koordinations- und Informationsdienst“ von Polizei, Geheimdiensten, Armee und Justizministerium eingerichtet, der alle Nachrichten über Nordafrikaner zusammenführte und täglich über Anschläge, Verhaftungen und andere sicherheitsrelevante Vorfälle berichtete.<sup>89</sup>

Obwohl die algerische Diaspora zunächst nicht aktiv in das Kriegsgeschehen eingriff, leistete sie einen zentralen Beitrag zur Kriegführung. Die Arbeiter in Frankreich spendeten Geld, das für Waffen, internationale Propagandaarbeit, aber auch für die Versorgung von Hinterbliebenen verwendet wurde.<sup>90</sup> Die Bedeutung der finanziellen Unterstützung ließ die Führer des FLN lange an der Opportunität der Eröffnung einer „zweiten Front“ in Frankreich selbst zweifeln.<sup>91</sup> Dennoch entschloss man sich im Laufe des Jahres 1958 dazu, den Krieg in die Metropole zu tragen. Am 25. August 1958 startete eine Anschlagserie auf strategisch wichtige Ziele in ganz Frankreich.<sup>92</sup> Dabei geschah, was die internen Kritiker der neuen Strategie vorausgesehen hatten: Der französische Staat reagierte mit einer systematischen Repression, die zwischen FLN-Kämpfern und Menschen mit algerischem Aussehen keinen Unterschied machte. Im Juli 1957 gestattete das Parlament die Ausweitung der *pouvoirs spéciaux* auf das Territorium des französischen

<sup>84</sup> Vgl. Benjamin Stora, *Les immigrés algériens en France. Une histoire politique 1912–1962*, Paris 2009, S. 413–418.

<sup>85</sup> Vgl. ebenda, S. 143–150.

<sup>86</sup> Vgl. House/Macmaster, Paris 1961, S. 25.

<sup>87</sup> Linda Amiri, *La répression policière en France vue par les archives*, in: Harbi/Stora, *La guerre d'Algérie*, S. 403–416, hier S. 404.

<sup>88</sup> Vgl. Emmanuel Blanchard, *La dissolution des Brigades nord-africaines de la Préfecture de police: la fin d'une police d'exception pour les Algériens de Paris (1944–1958)?*, in: *Bulletin de l'IHTP* 83 (2004), S. 70–82.

<sup>89</sup> Amiri, *La répression policière*, S. 404.

<sup>90</sup> Zur Finanzierung des Unabhängigkeitskrieges vgl. Emmanuelle Colin-Jeanvoine/Stéphanie Derozier, *Le financement du FLN pendant la guerre d'Algérie, 1954–1962*, Paris 2008.

<sup>91</sup> Vgl. House/Macmaster, Paris 1961, S. 89 f.

<sup>92</sup> Die Anschläge vom 25. 8. 1958 forderten 24 Todesopfer und 13 Verletzte. Vgl. Amiri, *La répression policière*, S. 405. Von 1957 bis 1961 ermordeten FLN-Kämpfer in Frankreich insgesamt 47 Polizisten und algerische Hilfspolizisten. Vgl. House/Macmaster, Paris 1961, S. 90.

Mutterlandes. Damit wurde ausdrücklich die Internierung in Lagern erlaubt.<sup>93</sup> Ab Oktober 1958 durften auch Personen interniert werden, gegen die lediglich ein Verdacht vorlag.<sup>94</sup> Insgesamt wurden vier große Lager eingerichtet, in denen zwischen 1958 und 1961 tausende Algerier gefangen gehalten wurden.<sup>95</sup>

Eine extreme Zuspitzung erfuhr die „Schlacht um Frankreich“ (Linda Amiri) in Paris. Nicht nur lebten hier besonders viele algerische Einwanderer, viele von ihnen in sogenannten *bidonvilles* – Elendsvierteln am Rande der Stadt. Auch die meisten Anschläge des FLN wurden in der Hauptstadt verübt.<sup>96</sup> Mit Maurice Papon war hier zudem im Frühjahr 1958 ein Mann zum Polizeipräfekten ernannt worden, der über Erfahrung in der kolonialen Aufstandsbekämpfung verfügte und das in Algerien entwickelte Repressionssystem in Frankreich einführte.

Der 1910 geborene Papon hatte seine Karriere im Staatsdienst in den 1930er Jahren begonnen. 1998 wurde er von einem französischen Gericht für seine Rolle bei der Deportation von Juden aus Bordeaux in den Jahren 1942 bis 1944 zu zehn Jahren Haft verurteilt.<sup>97</sup> Nach Kriegsende machte er Karriere in der Kolonialverwaltung und diente zunächst als Präfekt von Korsika und der Stadt Constantine (Algerien). Nach Zwischenstationen in Paris und dem französischen Protektorat Marokko kehrte er 1956 nach Algerien zurück, wo er, nunmehr als Regionalpräfekt von Constantine, bis 1958 intensiv an der Aufstandsbekämpfung beteiligt war.<sup>98</sup> Im März 1958 wurde Papon als erfahrener Hardliner zum Pariser Polizeipräfekten ernannt.<sup>99</sup> Im Juli 1958 verfasste er einen „Bericht über die Bekämpfung des nordafrikanischen Terrorismus“, in dem er das französische Rechtssystem als „ungeeignet“ einschätzte und die Einführung „effektiverer Maßnahmen“ vorschlug.<sup>100</sup> Unter anderem sollte es ermöglicht werden, Terrorverdächtige von Frankreich nach Algerien zu deportieren, damit die dortigen Verantwortlichen auch solche „geeigneten Methoden“ anwenden könnten, die von der öffentlichen

<sup>93</sup> Vgl. Heymann, *Les libertés publiques*, S. 30 f.

<sup>94</sup> Vgl. Emmanuel Blanchard, *Police judiciaire et pratiques d'exception pendant la guerre d'Algérie*, in: *Vingtième siècle. Revue d'histoire* 90 (2006), S. 61–72, hier S. 70 f.

<sup>95</sup> Vgl. Marc Bernardot, *Entre répression policière et prise en charge sanitaire et sociale: le cas du centre d'assignation à résidence surveillée du Larzac (1957–1963)*, in: *Bulletin de l'IHTP* 83 (2004), S. 83–93; Arthur Grosjean, *L'assignation à résidence surveillée: Le camp de Thol (1958–61)*, in: Branche/Thénault, *La France en guerre*, S. 356–370; Didier Lavrut, *Saint-Maurice-L'Ardoise en 1962: un camp pour activistes*, in: Branche/Thénault, *La France en guerre*, S. 390–400; außerdem wurde unter dem Namen „fichier Z“ eine Datenbank erstellt, in der „alle gefährlichen Personen mit Wohnort in der Metropole“ aufgenommen werden sollten. Vgl. Hélène Chaubin/Laurent Chevrel, *Identifier les nationalistes algériens: les fiches Z*, in: Branche/Thénault, *La France en guerre*, S. 332–340, hier S. 332.

<sup>96</sup> Vgl. Blanchard, *La police parisienne et les Algériens*, S. 362–377

<sup>97</sup> Zum Prozess, der unter starkem öffentlichen Interesse stattfand, vgl. Richard J. Golsan, *The Papon Affair. Memory and Justice on Trial*, London 2000; Jean-Paul Jean/Denis Salas, *Barbie, Touvier, Papon: des procès pour la mémoire*, Paris 2002. House/Macmaster weisen auf strukturelle Ähnlichkeiten der Verfolgung von Juden im besetzten Frankreich und der Verfolgung von FLN-Mitgliedern in Paris. Vgl. House/Macmaster, Paris 1961, S. 34.

<sup>98</sup> Vgl. House/Macmaster, Paris 1961, S. 33–60.

<sup>99</sup> Vgl. Amiri, *La bataille de Paris*, S. 57.

<sup>100</sup> Zitiert nach: House/Macmaster, Paris 1961, S. 68.

Meinung in Frankreich nicht akzeptiert würden.<sup>101</sup> In den folgenden Jahren kritisierte Papon immer wieder die, seiner Meinung nach, zu liberale Justiz, da sie ein effektives Vorgehen gegen den Terrorismus verhindere.<sup>102</sup>

Unter Papon wurde der Repressionsdruck auf die algerische Gemeinde massiv erhöht. Als Antwort auf die Anschlagserie des FLN im Spätsommer 1958 kamen tausende Männer in Haft. In Paris wurden Internierungslager eingerichtet, unter anderem im *Vélodrome d'hiver*, das 1942 als Sammellager für Juden vor ihrer Deportation gedient hatte.<sup>103</sup> Bei den regelmäßigen Razzien gerieten alle Menschen mit maghrebinischem Aussehen in den Fokus der Polizisten.<sup>104</sup> Zeugen berichteten von zahlreichen Fällen schwerer Körperverletzung bei den Festgenommenen.<sup>105</sup> Auf Vorschlag Papons verfügte das Innenministerium Ende des Jahres 1959 die Einrichtung einer Art Parallelpolizei, bestehend aus algerischen Hilfspolizisten, im Großraum Paris. Der Kern dieser *Force de Police Auxiliaire* (FPA) bestand aus sogenannten *harkis* – muslimische Algerier, die bereits in der Kolonie für das französische Militär gearbeitet hatten.<sup>106</sup> Die *harkis* agierten außerhalb der Polizeihierarchie und wurden kaum kontrolliert. Als im Sommer 1961 in zunehmendem Maße Berichte über Gewalttaten und Folter in den Kellern der FPA-Gebäude öffentlich wurden, mussten die Einheiten zunächst zurückgezogen werden.<sup>107</sup>

Dennoch eskalierte die Situation im Sommer und Herbst 1961. Der FLN startete eine neue Anschlagserie auf Polizisten und Sicherheitskräfte, die Dutzende Todesopfer forderte. Viele Polizeieinheiten reagierten mit illegalen „Bestrafungsaktionen“.<sup>108</sup> Immer mehr tote Algerier wurden in Paris entdeckt, viele davon ohne Papiere als leblose Körper in der Seine und den Kanälen der Stadt.<sup>109</sup> Am 5. Oktober ließ Papon eine nächtliche Ausgangssperre verhängen. Sie galt ausschließlich für „muslimische Franzosen aus Algerien“ und war Teil der „Maßnahmen zu Ausschaltung des algerischen Terrorismus“.<sup>110</sup> Der FLN reagierte mit einer großen Demonstration, auf der gegen die Sperrstunde und die immer schärfere Repression protestiert werden sollte. Am 17. Oktober 1961 marschierten etwa 30 000 Algerier, darunter viele Frauen und Kinder, unbewaffnet und friedlich in den Straßen von Paris. Die Polizei antwortete mit unkontrollierter Gewalt: Über 14 000 männliche Demonstranten wurden verhaftet. Es gab viele Tote, noch Tage später trieben Leichen in der Seine. Nach Schätzungen von Historikern be-

<sup>101</sup> Vgl. ebenda.

<sup>102</sup> Vgl. ebenda, S. 102–106.

<sup>103</sup> Vgl. ebenda, S. 75–81.

<sup>104</sup> Vgl. ebenda, S. 81.

<sup>105</sup> Vgl. Jean-Luc Einaudi, *La bataille de Paris. 17 octobre 1961*, Paris 1991, S. 78–86.

<sup>106</sup> Vgl. House/Macmaster, Paris 1961, S. 79.

<sup>107</sup> Vgl. Jean-Paul Brunet, *Police contre FLN. Le drame d'octobre 1961*, Paris 1999, S. 69.

<sup>108</sup> Sie konnten sich von ihrem Polizeipräfekten gedeckt fühlen. Auf einer der zahlreichen Berichtigungen von Kollegen hatte Papon erklärt: „Für jeden Schlag, der uns trifft, werden wir zehn austeilen“. Zitiert nach: House/Macmaster, Paris 1961, S. 104.

<sup>109</sup> Vgl. Einaudi, *La bataille de Paris*, S. 86–93.

<sup>110</sup> Dokument abgedruckt in: Ebenda, S. 373.

laufen sich die Zahlen auf 30 bis 200 Todesopfer für die Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1961.<sup>111</sup> Neuere Arbeiten gehen von etwa 100 bis 120 getöteten Demonstranten aus.<sup>112</sup> Noch mehrere Monate nach Kriegsende im März 1962 wurden Algerier von illegalen Geheimkommandos getötet.<sup>113</sup>

### Der Kampf gegen die OAS

Der Richtungswechsel de Gaulles hin zur Selbstbestimmung Algeriens eröffnete eine neue Front. Das rasche Scheitern des Militärputsches gegen den Präsidenten im April 1961 spülte viele neue Mitglieder in die Reihen der Anfang des Jahres 1961 gegründeten *Organisation de l'Armée Secrète* (OAS). Zunächst gezielten Anschlägen folgte ein immer verzweifelter und wahlloser Terrorismus und schließlich eine Politik der verbrannten Erde. Allein in Algier starben in den letzten Kriegsmonaten dreimal mehr Zivilisten als bei den Anschlägen des FLN seit 1956.<sup>114</sup> In Paris verübte die Organisation in den ersten Monaten des Jahres 1962 über 100 Anschläge mit Plastiksprengstoff.<sup>115</sup> De Gaulle selbst entkam mehrfach nur knapp einem Attentat.<sup>116</sup> Die Eskalationsstrategie der OAS ging aber nicht auf. Im Gegenteil: Der Terrorismus brachte immer mehr Franzosen gegen sie auf, und die Angst vor einem erneuten Aufstand ließen Präsident und Regierung die Friedensverhandlungen weiter beschleunigen.

Die Repression des Staates richtete sich nun gegen jene, die zuvor die radikalsten Gegner der Aufständischen gewesen waren. Da die Rebellion aus dem Militär hervorgegangen war und weiterhin auf Sympathien innerhalb der Streitkräfte zählen konnte, lag die Hauptlast der Terrorismusbekämpfung bei der Polizei und den Geheimdiensten.<sup>117</sup> In Algerien griff die Regierung auch auf sogenannte *barbouzes* zurück – Geheimkommandos, die mit illegalen Aktionen, darunter Folter und Sprengstoffanschläge, kämpften.<sup>118</sup> Auch viele Richter in der Kolonie hatten sich als unzuverlässig erwiesen. Deshalb wurden die wichtigsten politischen Verfahren zentralisiert und nach Paris verlagert.<sup>119</sup> Außerdem wurden nun OAS-Mitglieder oftmals ohne Gerichtsurteil in Lagern interniert.<sup>120</sup>

Bei der Bekämpfung der OAS stützte sich de Gaulle auf die neuen äußerst weitreichenden Machtbefugnisse, die ihm die Verfassung der V. Republik garantier-

<sup>111</sup> Vgl. Brunet, *Police contre FLN*; Einaudi, *La bataille de Paris*, S. 315–319.

<sup>112</sup> Vgl. Amiri, *La bataille de France*, S. 173–176.

<sup>113</sup> Vgl. ebenda, S. 203.

<sup>114</sup> Zur Geschichte der OAS vgl. u. a. Rémi Kauffer, *OAS. Histoire d'une guerre franco-française*, Paris 2002; Anne-Marie Duranton-Crabol, *Le temps de l'OAS*, Brüssel 1995; Sylvie Thénault, *L'OAS à Alger en 1962. Histoire d'une violence terroriste et de ses agents*, in: *Annales* 63 (2008), S. 977–1001.

<sup>115</sup> Vgl. Stora, *Guerre d'Algérie*, S. 74.

<sup>116</sup> Vgl. Jacques Delarue, *L'OAS contre de Gaulle*, Paris 1981.

<sup>117</sup> Vgl. Branche, *FLN et OAS*, S. 331.

<sup>118</sup> Vgl. Jean Monneret, „Les barbouzes“ contre l'OAS: nouveau regard, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 191 (1998), S. 89–116.

<sup>119</sup> Vgl. Thénault, *Une drôle de justice*, S. 285–289.

<sup>120</sup> Vgl. Lavrut, *Saint-Maurice-L'Ardoise en 1962: un camp pour activistes*, S. 390.

te.<sup>121</sup> De Gaulle betrachtete die „algerischen Angelegenheiten“ als Teil der dem Präsidenten vorbehaltenen Machtbefugnisse in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik. Tatsächlich regierte der General in den letzten Jahren des Krieges fast gänzlich ohne parlamentarische Kontrolle. Nach dem Barrikadenaufstand erteilte ihm das Parlament erneut die *pouvoirs spéciaux*. Im Mai 1958 und nochmals im Zuge des Militärputsches im April 1961 wurde der Notstand ausgerufen. Ebenfalls in der Folge des Putsches griff de Gaulle auf den Artikel 16 der neuen Verfassung zurück, der alle Vollmachten in seine Hände legte.<sup>122</sup> Obwohl der Militärstreik bereits nach wenigen Tagen beendet war, blieben die präsidentialen Notstandsbefugnisse bis zum September 1961, einige Bestimmungen sogar bis Juli 1962 in Kraft. In dieser Zeit wurden Ausnahmeregelungen wie der *état d'urgence* ohne Zustimmung des Parlamentes verlängert.<sup>123</sup>

Im April 1961 wurde ein spezielles Militärtribunal geschaffen, das die rasche Verurteilung der Putschisten übernehmen sollte.<sup>124</sup> Anders als von de Gaulle erwartet, verhängte der Gerichtshof gegen General Raoul Salan aber nicht die Todesstrafe.<sup>125</sup> Der Gerichtshof wurde auf Wunsch des Präsidenten daher aufgelöst und ein neues Tribunal geschaffen. Dieser Vorgang verstieß aber so deutlich gegen die Bestimmungen der Verfassung, dass der Staatsrat eingriff und im Oktober 1962 ein Todesurteil gegen mehrere OAS-Führer aufhob. Auch das neue Sondergericht wurde daraufhin aufgelöst.<sup>126</sup> An seine Stelle setzte die Regierung mit Hilfe eines vom Parlament verabschiedeten Gesetzes im Januar 1963 den Staatssicherheitshof (*Cour de Sûreté de l'État*).<sup>127</sup>

Der Staatssicherheitshof steht in seiner institutionellen Kontinuität am deutlichsten für das Erbe des Algerienkrieges im französischen Umgang mit politischer Gewalt. Er wurde im Jahr 1981 durch die neugewählte sozialistische Regierung aufgelöst. Der Gerichtshof war zuständig für Delikte und Verbrechen, sobald diese „in Verbindung mit einer individuellen oder kollektiven Unternehmung, die das Ziel hat, die Autorität des Staates durch eine illegale Autorität zu

<sup>121</sup> Vgl. ausführlich Alain Noyer, *La sûreté de l'État (1789–1965)*, Paris 1966, S. 143–177.

<sup>122</sup> Vgl. Heymann, *Les libertés publiques*, S. 52–66.

<sup>123</sup> Im April 1962 ließ sich de Gaulle im Referendum über die Unabhängigkeit Algeriens erneut Sondervollmachten erteilen. Vgl. Noyer, *La sûreté de l'État*, S. 161–166.

<sup>124</sup> Vgl. Olivier Arnoux de Maison Rouge, *L'Algérie française en procès. Justice et politique devant les juridictions d'exception, 1960–1963*, unv. Diss., Université d'Auvergne 2007. Für die Sicht des damaligen Justizministers vgl. Jean Foyer, *Sur les chemins de droit avec le Général. Mémoires de ma vie politique 1944–1988*, Paris 2006, S. 214–257.

<sup>125</sup> Vgl. Royer u. a., *Histoire de la justice en France*, S. 1068.

<sup>126</sup> Vgl. Séverine Loyer, *L'apport du Conseil d'Etat au droit constitutionnel de la V<sup>e</sup> République. Essai sur une théorie de l'État*, Paris 2011, S. 395–405. Dennoch wurden insgesamt vier Todesurteile gegen OAS-Mitglieder vollstreckt, darunter das gegen den De Gaulle-Attentäter Jean-Marie Bastien-Thiry. Zum Prozess gegen Bastien-Thiry vgl. *Le procès de l'attentat du Petit-Clamart. Compte-rendu sténographique*, Paris 1963.

<sup>127</sup> Zur Geschichte des Staatssicherheitshofes vgl. Joël Ficet, *Indépendance et dépendances de la justice. Le concept d'indépendance de la justice comme enjeu de luttes politiques en France, 1954–1986*, unv. Diss., IEP Paris 2005, S. 163–233.

ersetzen“ durchgeführt wurden.<sup>128</sup> Dazu zählten der bewaffnete Aufstand, Mord und Geiselnahme, aber auch kleinere Vergehen wie Diebstahl, „feindliche Propaganda“ oder Sachbeschädigung.<sup>129</sup> Der Begriff „Terrorismus“ kam im Gesetzestext selbst zwar nicht vor, Justizminister Jean Foyer erläuterte in einer Rede vor dem Parlament aber, was mit dem „Angriff auf die Sicherheit des Staates“ gemeint war: „Wie der Krieg, so hat auch die innere Subversion einen totalen Charakter angenommen – das ist das, was wir Terrorismus nennen.“<sup>130</sup>

Mit dem neuen Gericht wurde in gewisser Weise der Ausnahmezustand auch in Friedenszeiten perpetuiert. Die Regierung allein konnte über eine Verfahrenseröffnung vor einem Gericht entscheiden, dessen Richter teilweise Militärangehörige waren und ebenfalls von der Exekutive bestimmt wurden. Die Möglichkeit, Verdächtige zehn Tage lang festzuhalten, ging weit über die im zivilen Strafrecht üblichen 48 Stunden hinaus, und die weit gefasste Definition eines „Angriffs auf die Sicherheit des Staates“ erlaubte die Verhandlung der unterschiedlichsten Vergehen.<sup>131</sup> Bis 1968 fällte der Staatssicherheitshof über 2500 Urteile, in der Mehrzahl gegen ehemalige Mitglieder der OAS. Alle 37 Todesurteile wurden in lebenslange Haftstrafen umgewandelt.<sup>132</sup> Nach den Amnestien der Jahre 1968 und 1981 kam die große Mehrzahl der im Kontext des Algerienkrieges Verhafteten frei. Nach 1968 richtete sich der Staatssicherheitshof vor allem gegen Linksextremisten, ab Mitte der 1970er Jahre dominierten unten den Angeklagten militante Separatisten aus der Bretagne und Korsika.<sup>133</sup>

### Opposition gegen den Krieg

Eine der wichtigsten Folgen des Algerienkrieges war die Erfahrung, dass eine Protestbewegung gegen den Krieg Erfolg haben konnte. Ihre Themen, Organisationen und Aktionsformen hatten eine Modellfunktion für die sozialen Bewegungen der 1970er Jahre. Dabei ist von zentraler Bedeutung, dass sich der innerfranzösische Widerstand an den Menschenrechtsverletzungen der französischen Armee im Antiterrorkampf entzündete: Im Mittelpunkt stand der Protest gegen die Folter.

Die wichtigste Trägergruppe der Antikriegsbewegung waren die Pariser Intellektuellen. Als selbst ernanntes „Gewissen der Nation“ bestanden sie auf die Einhaltung der Menschenrechte, die seit der Französischen Revolution zum grundlegenden Selbstverständnis der Republik gehörte. Zu Beginn der Proteste, die mit den Enthüllungen über die Folter der Militärs in der „Schlacht um Algier“

<sup>128</sup> Loi n° 63–22 modifiant et complétant le Code de procédure pénale en vue de la répression des crimes et délits contre la sûreté de l'État, in: JORF vom 16.1.1963, S.24–29, hier S.26.

<sup>129</sup> Vgl. ebenda, S.26 f.

<sup>130</sup> Assemblée Nationale, Compte rendu intégral des séances, 1<sup>re</sup> séance du jeudi 3 janvier, in: JORF vom 4.1.1963, S.212.

<sup>131</sup> Während des Notstands konnte der Polizeigewahrsam auf 15 Tage ausgeweitet werden. Vgl. Heymann, *Les libertés publiques*, S.281.

<sup>132</sup> Vgl. Ficet, *Indépendance et dépendances de la justice*, S.202.

<sup>133</sup> Vgl. ebenda, S.203.

begann, dominierte die Kritik an der Art der Kriegführung. Daraus entwickelte sich eine prinzipielle Ablehnung des Krieges, der Wunsch nach Friedensverhandlungen und letztlich die Befürwortung der Unabhängigkeit Algeriens.<sup>134</sup>

So sahen sich etwa Laurent Schwartz und Pierre Vidal-Naquet, die 1957 das „Verschwinden“ des jungen kommunistischen Mathematikers und Kriegsgegners Maurice Audin öffentlich machten, in der humanistischen Tradition des Dreyfus-Prozesses aus der Zeit der Jahrhundertwende. Eine weitaus radikalere Position vertrat Jean-Paul Sartre, der den Freiheitskampf der Algerier mit der Revolution in den Metropolen verbinden wollte.<sup>135</sup> Sartre rechtfertigte auch den Terrorismus des FLN, der viele französische Kriegsgegner abschreckte. So schrieb er in seinem Vorwort für Frantz Fanons „Die Verdammten dieser Erde“:

Sobald dieser Krieg ausbricht, ist er erbarmungslos. Man bleibt entweder terrorisiert oder wird selbst terroristisch. [...] Denn in der ersten Zeit des Aufstandes muß getötet werden: einen Europäer erschlagen heißt zwei Fliegen auf einmal treffen, nämlich gleichzeitig einen Unterdrücker und einen Unterdrückten aus der Welt schaffen. Was übrigbleibt, ist ein toter Mensch und ein freier Mensch.<sup>136</sup>

Nur ein winziger Teil der Intellektuellen und Kriegsgegner ging so weit, den FLN auch aktiv zu unterstützen. Der Philosoph Francis Jeanson baute ein Netzwerk auf, das Geld und Waffen für die Unabhängigkeitsbewegung schmuggelte. 1960 verhafteten die Behörden einen Großteil der sogenannten Kofferträger. Jeanson selbst konnte zwar fliehen, aber über zwanzig Mitglieder seines Netzwerkes wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.<sup>137</sup> Der Prozess selbst wurde zu einem Katalysator für den intellektuellen Widerstand. Zu Beginn der Gerichtsverhandlungen erschien eine „Erklärung zum Recht auf Dienstpflichtverweigerung im Algerienkrieg“, die den Krieg und die Folter verurteilte und die jungen Wehrpflichtigen zur Fahnenflucht ermutigte. Die Erklärung wurde der Anzahl ihrer Erstunterzeichner entsprechend, zu der neben Sartre auch Simone de Beauvoir, André Breton, Nathalie Sarraute und François Truffaut gehörten, als „Manifest der 121“ bekannt.<sup>138</sup>

Die Kampagne der Intellektuellen setzte auch in der Form neue Maßstäbe. Mit einer Vielzahl von Petitionen und Manifesten mischten sie sich in den politischen Diskurs ein. Zeitschriften wie *Les Temps Modernes* oder *L'Express* berichteten kritisch über den Krieg; in Verlagen wie dem von François Maspero oder den *Édi-*

<sup>134</sup> Vgl. u. a. Jean-Pierre Rioux/Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *La guerre d'Algérie et les intellectuels français*, Paris 1991.

<sup>135</sup> Vgl. Stora, *Guerre d'Algérie*, S. 68.

<sup>136</sup> Vgl. Jean-Paul Sartre, Vorwort, in: Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a. M. 2008 (frz. Erstauflage: Paris 1961), S. 7–25, hier S. 18. Zu Sartres Verhältnis zu terroristischer Gewalt vgl. Mathew Mackenzie, Jean-Paul Sartre on Violence and Terror, in: *Terrorism and Political Violence* 6/4 (1994), S. 476–506; Sabine Kebir, Gewalt und Demokratie bei Fanon, Sartre und der RAF, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. I, Hamburg 2006, S. 262–279.

<sup>137</sup> Vgl. Marcel Péju, *Le procès du réseau Jeanson*, Paris 2002.

<sup>138</sup> Claude Liauzu, *Ceux qui ont fait la guerre à la guerre*, in: Harbi/Stora, *La guerre d'Algérie*, S. 161–170, hier S. 168.

tions de Minuit erschienen Werke wie *La Question* von Henri Alleg, in dem die Foltertechniken des Militärs minutiös aufgedeckt wurden. Trotz einer allgegenwärtigen Zensur konnte so eine starke Gegenöffentlichkeit hergestellt werden.<sup>139</sup>

Eine zwar kleine, aber äußerst aktive Trägergruppe des Widerstandes bildeten die Juristen, die Mitglieder des FLN vor französischen Gerichten verteidigten. Zu diesen jungen linken Anwälten gehörten auch die späteren sozialistischen Minister Roland Dumas und Robert Badinter. Mehrere Anwaltskollektive kümmerten sich um die Verteidigung der FLN-Kämpfer, von denen viele wegen ihrer Beteiligung an Bombenanschlägen und Attentaten vor Gericht standen. Unter den Verteidigern waren Mitglieder der Kommunistischen Partei, liberale und dissidente Linke, aber auch Anwälte, die den Krieg aus einer tiers-mondistischen und humanistischen Haltung heraus ablehnten.<sup>140</sup> Eine führende Rolle hatte der Anwalt Jacques Vergès inne, der im Verlauf des Krieges eine neue Verteidigungsstrategie entwickelte. Mit dem *procès de rupture* strebte Vergès nicht etwa den Beweis der Unschuld seiner Klienten an, sondern verteidigte deren Aktionen offensiv mit politischen Argumenten.<sup>141</sup>

Mittels dieser Strategie gelang es, mehrere Gerichtsprozesse gegen FLN-Mitglieder zu Prozessen gegen die Folter des Staates umzuwandeln. Vorbild war der Prozess gegen die junge Djamilia Bouhired, die 1957 während der „Schlacht von Algier“ verhaftet und von einem Militärtribunal als Bombenlegerin zum Tode verurteilt wurde. Vergès gewann mittels einer Medienkampagne, die auf die Folter der Angeklagten durch die Fallschirmjäger Massus zielte, die öffentliche Meinung für seine Mandantin. Die Todesstrafe wurde schließlich in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt. Im Zuge der Friedensverhandlungen wurde Djamilia Bouhired freigelassen.<sup>142</sup>

## 2.2 Mai 1968 und kein Terrorismus<sup>143</sup>

Im Frühjahr 1968 geriet Frankreich erneut in eine schwere politische Krise. Im Pariser Mai besetzten Studenten die Universitäten und lieferten sich Straßenkämpfe mit der Polizei. Es kam zu einem landesweiten Generalstreik, Arbeiter

<sup>139</sup> Vgl. Jean-François Sirinelli, *Guerre d'Algérie – guerre des pétitions?*, in: Rioux/Sirinelli, *La guerre d'Algérie et les intellectuels français*, S. 265–306.

<sup>140</sup> Vgl. u. a. Éric Agrikoliansky, *Réédition ou réinvention? Le modèle du combat dreyfusard dans la guerre d'Algérie*, in: Gilles Manceron (Hrsg.), *Être dreyfusard, hier et aujourd'hui*, Rennes 2009, S. 459–466, hier S. 463; Jean-Jacques de Félice, *La pédagogie de l'affaire dans la guerre d'Algérie*, in: Ebenda, S. 475–480, hier S. 478 f.; Thénault, *Une drôle de justice*, S. 305–310.

<sup>141</sup> Zur Biographie des 2013 verstorbenen Vergès vgl. Jacques Vergès, *De mon propre aveu*, Paris 2013.

<sup>142</sup> Zu Djamilia Bouhired vgl. Jean-Louis Gérard, *Dictionnaire historique et biographique de la guerre d'Algérie*, Bayonne 2001.

<sup>143</sup> Das folgende Kapitel stützt sich auf Forschungsergebnisse, die zum Teil bereits als Beiträge in Sammelbänden vorgestellt wurden. Vgl. Markus Lammert, *Die Unruhen vom Mai 1968 und die Politik der inneren Sicherheit in Frankreich*, in: Gotto/Möller/Mondot/Pelletier, *Nach „Achtundsechzig“*, S. 135–146; Markus Lammert, *The Absent Terrorism. Leftist Political*

und Studenten demonstrierten gemeinsam in Paris. Der „Pariser Mai“ wurde schnell zu einem wichtigen Symbol für die weltweiten Jugendproteste der „68er Jahre“. Aber anders als während des nur sechs Jahre zurückliegenden Algerienkrieges wurden Blutvergießen und tödliche Gewalt vermieden. Verglichen mit den 68er-Bewegungen in anderen Ländern, und noch mehr im Verhältnis zu den revolutionären Traditionen in Frankreich selbst, war der Pariser Mai ein höchst friedliches Ereignis.<sup>144</sup>

Dennoch wurden die Unruhen des Jahres 1968 zu einem Wendepunkt, der die Politik der inneren Sicherheit in Frankreich bis in die 1980er Jahre hinein prägen sollte. Das Schockerlebnis eines zeitweise ohnmächtigen Staates bestimmte die Sicherheitspolitik der folgenden Jahre. Mit den linksradikalen revolutionären Gruppen, die einen gewaltsamen Umsturz propagierten und auch vor politischer Gewalt nicht zurückschreckten, entwickelte sich ein neuer *ennemi intérieur*, auf dessen Bekämpfung sich Politik und Sicherheitsbehörden konzentrierten. So schrieb der linksliberale *Nouvel Observateur* im Oktober 1970:

Nach denen des FLN und der OAS gibt es in Frankreich jetzt wieder politische Gefangene. Schätzungen von Anwälten zufolge sind derzeit etwa 150 bis 200 Mitglieder von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen inhaftiert, offiziell wegen strafrechtlicher Vergehen, in Wirklichkeit aber aufgrund politischer Aktivitäten.<sup>145</sup>

Bei der Bekämpfung der revolutionären Gruppen konnten sich die Sicherheitsbehörden auf die Erfahrungen und Institutionen aus der Zeit des Algerienkrieges stützen. Zugleich änderten sich mit dem neuen „Staatsfeind“ auch die Herausforderungen und Möglichkeiten des staatlichen Umgangs mit politischer Gewalt. Ähnlich wie in der Endphase des Algerienkrieges stieß das staatliche Vorgehen auf massive Kritik. Jean-Paul Sartre erklärte: „Der Staat ist noch nicht faschistisch, aber die Polizei ist es bereits.“<sup>146</sup> Die Anti-Repressions-Kampagnen waren, wie die Anti-Folter-Kampagnen einige Jahre zuvor, höchst erfolgreich. Langfristig führten die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Linksradikalen in den Jahren nach 1968 zum Ausbau des französischen Rechtsstaats.

### Politische Gewalt im Nach-Mai

Regierung und Präsident waren vom Ausmaß der Unruhen überrascht worden. Erst nach einigen Wochen gelang es Präsident de Gaulle und vor allem dem klug taktierenden Premier Georges Pompidou wieder, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Nach seiner Rückkehr von einem geheimen Truppenbesuch bei General Massu in Baden-Baden wandte sich de Gaulle am 30. Mai mit einer Ansprache an

Violence and the French State 1968–1974, in: Hanhimäki/Blumenau, *An International History of Terrorism*, S. 86–99.

<sup>144</sup> Vgl. Michael Seidman, *The Imaginary Revolution. Parisian Students and Workers in 1968*, New York 2004.

<sup>145</sup> *Nouvel Observateur* vom 19. 10. 1970, S. 58, „La police et vous“.

<sup>146</sup> *Der Spiegel* vom 12. 7. 1971, S. 80, „Frankreich: Strom durch den Körper“.

das französische Volk. Der Präsident kündigte Neuwahlen für die Nationalversammlung und eine Kabinettsumbildung an.<sup>147</sup>

Neuer Innenminister wurde Raymond Marcellin. Der in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt konservativ hatte in Insiderkreisen den Ruf eines energiegelichen *law and order*-Politikers und griff sofort hart durch.<sup>148</sup> Nach nur wenigen Tagen im Amt setzte Marcellin ein Demonstrationsverbot, die Ausweisung von Ausländern, die an den Mai-Unruhen beteiligt gewesen waren, sowie die Räumung aller noch besetzten öffentlichen Gebäude durch.<sup>149</sup> Außerdem wurde eine Reihe sogenannter revolutionärer Gruppen verboten.<sup>150</sup> Der überragende Wahlsieg der Konservativen am 30. Juni beendete die erste Phase der Krisenbewältigung im Jahr 1968.<sup>151</sup>

Trotz des Verbots blieben die revolutionären Gruppen weiterhin aktiv, einige mit dem Ziel, das Land mittels spektakulärer illegaler Aktionen zu einem Bürgerkrieg und damit zur Revolution zu führen.<sup>152</sup> Das unter anderem von Alain Geismar und Serge July verfasste Buch *Vers la guerre civile* lieferte das Programm für die größte und bekannteste dieser Gruppen, die im Herbst 1968 gegründete *Gauche Prolétarienne* (GP).<sup>153</sup> Die GP verfolgte die Strategie eines forcierten Weitertreibens von spontanen gesellschaftlichen Konflikten bis zum bewaffneten Kampf. Besondere Aufmerksamkeit wurde ihr durch die Nähe zu Intellektuellen wie Jean-Paul Sartre zuteil.<sup>154</sup> Die Führer der GP waren überzeugt, dass sich Frankreich auf dem Weg zu einem „neuen Faschismus“ befinde.<sup>155</sup> Aktivisten schleusten sich als Arbeiter in Fabriken ein, organisierten wilde Streiks und versuchten, die Belegschaften zu Aktionen gegen ihre Manager und Vorarbeiter zu bringen.<sup>156</sup> Im Februar 1970 stahlen GP-Mitglieder tausende Metro-Tickets und verteilten sie an die Passagiere. Drei Monate später brachen sie in ein Luxuswa-

<sup>147</sup> Vgl. Boris Gobille, *Mai 68*, Paris 2008, S. 97.

<sup>148</sup> Vgl. Stéphane Dépit, *Raymond Marcellin et le spectre de la répression policière dans la France de l'après-mai 1968 (1968–1974)*, unv. Masterarbeit, IEP Paris, 2007.

<sup>149</sup> Vgl. Raymond Marcellin, *L'ordre public et les groupes révolutionnaires*, Paris 1969, S. 53–58.

<sup>150</sup> Betroffen waren u. a. die trotzkistische *Jeunesse Communiste Révolutionnaire* (JCR), die maoistische *Union des jeunesses communistes marxistes-léninistes* sowie das *Mouvement du 22 mars*. Vgl. Dépit, *Raymond Marcellin et le spectre de la répression policière*, S. 44.

<sup>151</sup> Vgl. Gobille, *Mai 68*, S. 86–100.

<sup>152</sup> Vgl. Christophe Bourseiller, *Les maoïstes. La folle histoire des gardes rouges français*, Paris 2008.

<sup>153</sup> Alain Geismar/Serge July/Erlyne Morane, *Vers la guerre civile*, Paris 1969.

<sup>154</sup> Zu Sartre und den französischen Maoisten vgl. Robert Wolin, *The Wind from the East. French Intellectuals, the Cultural Revolution and the Legacy of the 1960s*, Princeton/Oxford 2010, S. 179–232.

<sup>155</sup> Vgl. etwa André Glucksmann, *Fascismes: l'ancien et le nouveau*, in: *Les Temps Modernes* 310<sup>bis</sup> (1972), S. 266–334. Vgl. auch Jean-Pierre Le Goff, *Mai 68. L'héritage impossible*, Paris 1998, S. 189–203.

<sup>156</sup> Vgl. u. a. Martin Dressen, *Les établis, la chaîne et le syndicat. Évolution des pratiques, mythes et croyances d'une population d'établis maoïstes, 1968–1982. Monographie d'une usine lyonnaise*, Paris 2000.

rengeschäft ein und verteilten die geraubten Wertsachen an die arme Migrantenbevölkerung in den Pariser Vorstädten.<sup>157</sup>

In einigen Fällen kam die GP dem sozialrevolutionären Terrorismus, der sich später in Deutschland und Italien entwickeln sollte, gefährlich nahe. Nach dem Verbot der Gruppierung im Mai 1970 wurde mit der *Nouvelle Résistance Populaire* eine neue Organisation gebildet, die sich als militärischer Arm der GP verstand und deren Mitglieder im Untergrund lebten. Im Herbst 1970 entführten sie einen Abgeordneten der Nationalversammlung, ließen ihn nach wenigen Stunden aber wieder frei. Im Mai 1971 verübten sie einen Bombenanschlag auf die Redaktionsräume der rechtsextremen Zeitschrift *Minute*, und im März 1972 entführten sie einen Manager der Pariser Renault-Werke. Auch diese Aktion endete nach einigen Tagen mit der Freilassung des Opfers.<sup>158</sup> Aus Angst vor einem endgültigen Abgleiten in den Terrorismus löste sich die GP im Jahr 1973 schließlich selbst auf.<sup>159</sup> Zwar bewegte sich die radikale französische Linke in den Jahren nach 1968 am Rande des Terrorismus – Isabelle Sommier hat von 1968 bis 1973 insgesamt 280 Anschläge gezählt,<sup>160</sup> doch der entscheidende Schritt zum politischen Mord blieb aus.

### Die Priorität der öffentlichen Sicherheit

Die Angst vor einem zweiten Mai 68 und die Bekämpfung der linksradikalen Gruppen, von denen man eine solche Gefahr am ehesten erwartete, bildeten die Grundpfeiler der Politik der inneren Sicherheit in den Jahren nach 1968. Innenminister Raymond Marcellin sprach anlässlich der Haushaltsberatungen seines Ressorts vor der Nationalversammlung im November 1968 ausschließlich über das Problem der öffentlichen Sicherheit.<sup>161</sup> Als erste strukturelle Maßnahme kündigte er eine Erhöhung des Budgets der Polizei um 15 Prozent an.<sup>162</sup> Während von 1961 bis 1968 lediglich ca. 1000 Polizisten neu eingestellt worden waren, erhöhte sich ihre Zahl in der sechsjährigen Amtszeit Marcellins um etwa 18000 auf über 100000 Beamte.<sup>163</sup>

<sup>157</sup> Vgl. Sommier, *Violence politique*, S. 94.

<sup>158</sup> Vgl. Hervé Hamon/Patrick Rotman, *Génération*, Bd. II: *Les années de poudre*, Paris 1988, S. 274–278, 393–422.

<sup>159</sup> Vgl. Bourseiller, *Les maoïstes*, S. 330–334.

<sup>160</sup> Vgl. Sommier, *Violence politique*, S. 96.

<sup>161</sup> Vgl. *Assemblée Nationale, Débats parlementaires*, 2<sup>e</sup> séance du 14 novembre 1968, in: JORF vom 17. 11. 1968, S. 4004–4009.

<sup>162</sup> Ebenda.

<sup>163</sup> *Assemblée Nationale, Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi de finances pour 1969, annexe 394 à la 1<sup>e</sup> session ordinaire de 1968–1969*, S. 773. Vgl. auch Michel Aubouin/Arnaud Teyssier/Jean Tulard, *Histoire et dictionnaire de la police du Moyen-Âge à nos jours*, Paris 2005, S. 492 f.

Bereits im Sommer 1968 ließ Marcellin interne Arbeitsgruppen einrichten, die eine Modernisierung der Demonstrationskontrolle vorbereiten sollten.<sup>164</sup> In der Folge wurde eine Reihe neuer Taktiken für die friedliche Auflösung von Demonstrationen eingeführt. Fahrzeuge zur Räumung von Barrikaden verstärkten den Fuhrpark. Die Polizisten wurden mit Schutzanzügen und Helmen mit Visier ausgestattet. Außerdem wurden nunmehr Beamte in Zivil eingesetzt, die Aufrührer aus der Menge heraus schnell festnehmen konnten. Die massive Aufrüstung der Bereitschaftspolizei sowie die Einführung neuer Polizeitechniken zielten auf eine bessere Kontrolle von potenziell gewaltsamen Versammlungen und rührten damit direkt aus den Erfahrungen des Mai 68. Der verbesserte Schutz der Bereitschaftspolizisten ermöglichte eine defensivere Demonstrationskontrolle und wirkte sich positiv auf die Demonstrationskultur aus: Nach dem Mai 1968 verringerten sich gewaltsame Zusammenstöße zwischen Polizisten und Demonstranten.<sup>165</sup>

Für die Überwachung und Strafverfolgung der linksradikalen Aktivisten wurden ebenfalls neue Strukturen eingeführt. Im April 1970 richtete die Kriminalpolizei eine eigene Abteilung ein, in der die Ermittlungen zentralisiert wurden.<sup>166</sup> Bereits im Juni 1968 wurde auf Ministeriumsebene ein Verbindungsbüro reaktiviert, das in der Endphase des Algerienkrieges das staatliche Vorgehen gegen die OAS-Terroristen koordiniert hatte.<sup>167</sup> Die Geheimdienste richteten eigene Abteilungen zur Bekämpfung des Linksextremismus ein. Ein Sonderkommando der RG, das einige Jahre zuvor ebenfalls gegen die OAS eingesetzt worden war, übernahm nun die Verfolgung der Linksextremisten:

Mit den im Algerienkrieg und im Kampf gegen die OAS perfektionierten Techniken – Beschattungen, Verfolgungen, Post- und Telefonüberwachung, geheime und illegale Wohnungsdurchsuchungen, verwanzte Wohnungen, Einschleusen und Anwerben von V-Männern – konnten die kleinen und sehr misstrauischen revolutionären Gruppen höchst effektiv kontrolliert werden.<sup>168</sup>

Geheimdienste und Pariser Polizei verfügten über mehrere zehntausend Datensätze von überwachten Personen.<sup>169</sup> Kurz nach dem Verbot der *Gauche Prolétarienne* im Mai 1970 wurde mit Alain Geismar ihr flüchtiger Anführer verhaftet. In den folgenden Monaten nahm die Polizei über hundert Aktivisten fest.<sup>170</sup>

### Die symbolische Dimension der politischen Gewalt

Der weitgehend symbolische oder gar „spielerische“ und „theatralische“ Charakter des Pariser Mai ist bereits während der Ereignisse selbst hervorgehoben

<sup>164</sup> Vgl. Fabien Jobard, *Ce que Mai fit à la police*, in: Artières/Zancarini-Fournel, *Une histoire collective*, S. 577–582.

<sup>165</sup> Vgl. Patrick Bruneteaux, *Maintenir l'ordre*, Paris 1996.

<sup>166</sup> Vgl. Dépit, Raymond Marcellin et le spectre de la répression policière, S. 81.

<sup>167</sup> Vgl. ebenda.

<sup>168</sup> Berlière/Lévy, *Histoire des polices en France*, S. 321. Vgl. auch Jacques Harstrich, *20 ans de police politique*, Paris 1991, S. 155–190.

<sup>169</sup> Vgl. Bruneteaux, *Maintenir l'ordre*, S. 229.

<sup>170</sup> Vgl. Harstrich, *20 ans de police politique*, S. 172–181.

worden.<sup>171</sup> Das hervorstechendste Beispiel dafür sind die im *Quartier Latin* errichteten Barrikaden: Ohne effektiven militärischen Nutzen waren sie zuvorderst eine historische Referenz an die zahlreichen Erhebungen der Pariser Bevölkerung im 18. und 19. Jahrhundert.<sup>172</sup> Ein solch symbolischer Charakter lässt sich auch für die Auseinandersetzungen zwischen linksradikalen Gruppen und dem Staat in den folgenden Jahren feststellen. Hauptmerkmal ist eine eklatante Diskrepanz zwischen den Gewaltdiskursen und dem weitgehend gewaltlosen Verlauf der Auseinandersetzungen. Die im Mai 68 erprobten Strategien, sowohl der symbolischen Revolution als auch ihrer symbolischen Niederschlagung, blieben in den folgenden Jahren handlungsleitend.

Für die revolutionären Gruppen ist dies unter anderem von Isabelle Sommier herausgearbeitet worden.<sup>173</sup> In ihren Schriften rief die *Gauche Prolétarienne* zum bewaffneten Aufstand auf. Die selbsternannten „neuen Partisanenkämpfer“ setzten den französischen Staat mit dem nationalsozialistischen Besatzungsregime gleich.<sup>174</sup> In *La Cause du Peuple* forderten sie, die „Abteilungsleiter der Betriebe aufzuhängen“ und „faschistische Polizisten“ hinzurichten.<sup>175</sup> Tatsächlich folgten auf solche Aufrufe in den wenigsten Fällen Taten, und selbst bei den spektakulärsten Aktionen wurde tödliche Gewalt vermieden.

Diese Diskrepanz zwischen öffentlicher Rede und Praxis galt auch für die Reaktion des französischen Staates. Einerseits dramatisierten Innenminister Marcelin und seine Behörde die Aktionen der Linksradikalen, andererseits verhielten sich auch die staatlichen Autoritäten zurückhaltend.

Für die Beschreibungen der revolutionären Gruppen verwandte das Innenministerium Begriffe, die sie auf eine Stufe mit den FLN- und OAS-Terroristen stellten. Ein 1969 veröffentlichtes Informationsheft hob unter anderem hervor, dass das „wahre Ziel“ der linken Gruppen „der Sturz der Regierung durch Gewalt und die Zerstörung der Institutionen der Republik und der Demokratie“ sei.<sup>176</sup> Marcellin schrieb ihnen einen „subversiven“ Charakter und eine „psychologische Kriegführung“ zu.<sup>177</sup> Außerdem verbreitete er die These, die französischen Maoisten seien Teil einer internationalen Verschwörung, die sich gegen alle westlichen Demokratien richte, und deren Zentrum im revolutionären Kuba liege.<sup>178</sup> In der Überzeichnung der linksradikalen Gefahr folgte das Innenministerium dem

<sup>171</sup> Vgl. etwa Raymond Aron, *La révolution introuvable. Réflexions sur les événements de mai*, Paris 1968.

<sup>172</sup> Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt a. M. 1995, S. 232–258.

<sup>173</sup> Vgl. Sommier, *Violence politique*. Vgl. ferner Dieter Paas, Frankreich: Der integrierte Linksradikalismus, in: Henner Hess u. a. (Hrsg.), *Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus*, Frankfurt a. M. 1988, S. 169–278.

<sup>174</sup> Vgl. Le Goff, *Mai 68*, S. 186–188.

<sup>175</sup> Zitiert nach: Dépit, Raymond Marcellin et le spectre de la répression policière, S. 190.

<sup>176</sup> Marcellin, *L'ordre public et les groupes révolutionnaires*, S. 14.

<sup>177</sup> Ebenda, S. 33.

<sup>178</sup> Vgl. *Assemblée Nationale, Débats parlementaires, 2<sup>e</sup> séance du 14 novembre 1968*, in: JORF vom 17. 11. 1968, S. 4007 f.

Verhaltensmuster der Linksradiكالen: Auf deren verbale Radikalisierung antwortete man mit ihrer Dämonisierung. Im Zusammenspiel vermittelten revolutionäre Gruppen und das Innenministerium damit den Eindruck, das Land befinde sich in einem Bürgerkrieg.<sup>179</sup>

### Ausbau des Rechtsstaates

Doch anders als es die dramatisierende Sprache Marcellins suggerierte, und anders als von der extremen Linken propagiert, blieb die polizeiliche, juristische und institutionelle Reaktion des französischen Staates moderat. Statt einer schleichenden „Faschisierung“ zeugte der Umgang mit den Protesten des Jahres 1968 und der politischen Gewalt linksradikalischer Gruppen vielmehr von einer Konsolidierung des französischen Rechtsstaates und der Abkehr von einer Logik des Krieges.

Zwar wurde die Polizeipräsenz in Paris massiv erhöht und die Verfolgung der revolutionären Gruppen brachte eine Reihe von Linksradiكالen in Haft, aber die polizeilichen Maßnahmen blieben weitgehend im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben.<sup>180</sup> Die Sicherheits- und Geheimdienste verfolgten eine Strategie der punktuellen Überwachung potenziell gewalttätiger Gruppen und vermieden damit großflächige Massenverhaftungen.<sup>181</sup> Die mit neuen Techniken und Schutzanzügen ausgestatteten Bereitschaftspolizisten der *Compagnies Républicaines de Sécurité* (CRS) verfolgten ebenfalls eine eher defensive Form der Demonstrationsskontrolle.<sup>182</sup>

Das Justizministerium ließ zwar eine Reihe von Verfahren gegen Linksextremisten vor dem Staatssicherheitshof eröffnen, insbesondere gegen Mitglieder der *Gauche Prolétarienne*, aber die Urteile des Sondergerichtes blieben relativ mild. Auch die Anzahl der Urteile spricht für einen behutsamen Einsatz des Sondergerichtes: Während in der Nachfolge des Algerienkrieges bis 1968 über 2200 Personen zu oftmals langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, sprachen die Richter von 1969 bis 1975 lediglich 85 Urteile aus.<sup>183</sup> Die große Mehrzahl der insgesamt 1035 zu Gefängnisstrafen verurteilten Linksextremisten wurde von ordentlichen Gerichten verurteilt.<sup>184</sup>

Die staatlichen Dispositive des Ausnahmezustandes, die während des Algerienkrieges eingeführt worden waren, kamen zudem gar nicht erst zum Einsatz. Weder machte der Präsident von seinem Recht Gebrauch, mithilfe des Artikels 16 der Verfassung den Notstand auszurufen, noch wurden die Ausnahme- und Not-

<sup>179</sup> Vgl. Artières/Zancarini-Fournel, *Une histoire collective*, S. 107.

<sup>180</sup> Für eine detaillierte Aufstellung von Fällen von Polizeigewalt vgl. Maurice Rajsfus, *Mai 68. Sous les pavés, la répression* (mai 1968-mars 1974), Paris 1998.

<sup>181</sup> Einen Einblick in die Arbeit der Sicherheitsbehörden geben die *Memoires des Geheimdienstagenten Serge Savoie*, RG. *La traque d'Action Directe*, Paris 2011, S. 35–40.

<sup>182</sup> Vgl. Bruneteaux, *Maintenir l'ordre*, S. 198–227.

<sup>183</sup> Vgl. Ficet, *Indépendance et dépendances de la justice*, S. 202 f.

<sup>184</sup> Vgl. Alain Monchablon, *Maoïsme*, in: Sirinelli, *Dictionnaire historique de la vie politique française*, S. 742–744, hier S. 741.

standsgesetze genutzt. Der französische Staat verfügte in der Auseinandersetzung mit den revolutionären Gruppen über weitreichende Repressionsinstrumente. Angesichts des niedrigen Gewaltniveaus wurden diese aber nicht oder nur sehr vorsichtig angewendet.

Eine der umstrittensten Initiativen von Innenminister Marcellin war ein im Juni 1970 eingebrachter Gesetzentwurf „zur Bekämpfung bestimmter neuer Formen der Strafbarkeit“.<sup>185</sup> Das Gesetz sollte sich gegen die gewalttätigen Demonstrationen der revolutionären Gruppen richten. Der Entwurf sah vor, alle Teilnehmer einer Demonstration, in deren Verlauf es zu Ausschreitungen gekommen war, strafrechtlich verantwortlich zu machen, was der Einführung einer Kollektivschuld nahekam. Nicht nur die Oppositionsparteien machten Front gegen das Gesetz, auch viele Abgeordnete der Regierungsmehrheit standen ihm äußerst kritisch gegenüber.<sup>186</sup> Das Parlament verabschiedete zwar schließlich das sogenannte *loi anticasseurs* – das „Anti-Randalierer-Gesetz“, doch die Ausschüsse der beiden Kammern änderten den Entwurf in seiner Substanz: Nicht mehr alle Demonstrationsteilnehmer, sondern nur solche, die noch nach dem Ausbruch von Ausschreitungen weiter aktiv an der Kundgebung beteiligt blieben, sollten juristisch belangt werden können.<sup>187</sup> Die Parlamentarier bewiesen, dass die Gewaltenteilung auch im Umgang mit politischer Gewalt funktionierte. Sie schliffen nicht nur die schärfsten Vorgaben des Regierungsvorschlags ab, sondern wirkten auch als Katalysator für einen an Dynamik gewinnenden Anti-Repressions-Diskurs.

Bereits ein Jahr später scheiterte der Innenminister mit einem neuen Gesetzesprojekt. Eine Änderung des Vereinsrechtes sollte verhindern, dass sich verbotene Organisationen unter einem anderen Namen neu konstituierten. Der Entwurf sah vor, dass ein Präfekt eine Vereinsgründung verbieten könne, falls er die Ziele dieser Organisation als „illegal“ oder „unmoralisch“ einschätzte.<sup>188</sup> Wie das *loi anticasseurs* richtete sich das neue Gesetz gegen die revolutionären Gruppen. Die linken Oppositionsparteien und weite Teile der medialen Öffentlichkeit warfen dem Innenministerium vor, die bürgerlichen Freiheitsrechte zu verletzen, denn das Gesetz erlaubte es, Verbote nur mehr aufgrund von Vermutungen auszusprechen. Der Senat legte sein Veto ein. Die Nationalversammlung verabschiedete den Entwurf schließlich in einer Nachtsitzung.<sup>189</sup>

Darauf rief Senatspräsident Alain Poher den Verfassungsrat an, welcher das Gesetz für verfassungswidrig erklärte.<sup>190</sup> Erstmals bezog der Verfassungsrat die Menschenrechtserklärung von 1789 und die sogenannten „grundlegenden Prin-

<sup>185</sup> Loi n° 70–480 du 8 juin 1970, tendant à réprimer certaines formes nouvelles de délinquance, in: JORF vom 9.7.1970, S. 5324.

<sup>186</sup> Vgl. etwa Robert Badinter/Denis Bredin, *L'escalade*, in: *Le Monde* vom 29.4.1970.

<sup>187</sup> Vgl. Loi n° 70–480 du 8 juin 1970, tendant à réprimer certaines formes nouvelles de délinquance, in: JORF vom 9.7.1970, S. 5324.

<sup>188</sup> Vgl. Rajsfus, *Mai* 68, S. 205.

<sup>189</sup> Ebenda.

<sup>190</sup> Conseil Constitutionnel, *Décision n° 71–44 DC* du 16 juillet 1971, in: JORF vom 18.7.1971, S. 7114.

zipien der Republik“ in seine Entscheidung mit ein und verwarf den entscheidenden Artikel des Gesetzes.<sup>191</sup> Das Urteil gilt als wichtiger Wendepunkt in der französischen Verfassungsgeschichte. Zum ersten Mal seit seiner Gründung im Jahr 1958 stellte sich der Verfassungsrat gegen ein Gesetzesprojekt der bis dahin übermächtigen Exekutive. Die eigenmächtige Kompetenzerweiterung schuf ein neues Gleichgewicht in der Gewaltenteilung und komplettierte den französischen Rechtsstaat.<sup>192</sup> Das Urteil spiegelte zudem eine Veränderung der öffentlichen Meinung wider. Seit 1970 ging die Angst der Bevölkerung vor erneuten Unruhen zurück, damit verringerte sich auch die Akzeptanz für harte Gegenmaßnahmen der Regierung.

### Freiheiten und Bürgerrechte – die gesellschaftliche Gegenbewegung

Das staatliche Vorgehen gegen linksradikale Gruppen führte zu einer dauerhaften Wiederbelebung der Freiheits- und Bürgerrechte als Themen auf der politischen Agenda. Sie prägten das politische Klima in Frankreich während der gesamten 1970er Jahre. Ausgangspunkt war das als brutal wahrgenommene Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten. Wenn sich auch die Mehrzahl der Franzosen nach anfänglichen Sympathien für die Studenten gegen allzu große Veränderungen aussprach, so blieb die staatliche Repression weiter ein bestimmendes Thema.

Von einem zunächst vor allem in linksradikalen Kreisen verbreiteten Diskurs entwickelte sich die Forderung nach Liberalisierung und größeren individuellen Freiheiten zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen. Erneut nahmen die Pariser Intellektuellen eine Art Vermittlerstellung zwischen dem Staat und seinen Herausforderern ein. An ihrer Spitze standen die weltweit anerkannten Philosophen Jean-Paul Sartre und Michel Foucault. Ähnlich wie während des Algerienkrieges entwickelte sich ein Netzwerk von unabhängigen linken und linksliberalen Stimmen, die das Vorgehen des Staates als übertrieben und repressiv verurteilten. Dabei sind sowohl die persönlichen als auch die ideellen und methodischen Kontinuitäten zum Engagement während des Algerienkrieges nicht zu übersehen. Bereits im Sommer 1968 gründete eine Gruppe um Laurent Schwartz, Jean-Paul Sartre und Pierre Vidal-Naquet ein „Komitee für die Freiheit und gegen die Repression“. An der Seite von Sartre priesen viele Pariser Intellektuelle die kurz zuvor verbotene GP-Zeitschrift *La cause du peuple* an, um für die Pressefreiheit zu demonstrieren.<sup>193</sup> Zudem führten Übergriffe der Polizei auf kritische Journalisten zur Solidarisierung der linksliberalen Presse mit den Anti-Repressions-Kampagnen.<sup>194</sup>

<sup>191</sup> Vgl. Gilles Breton, *Libertés publiques et droits de l'homme*, Paris 2009, S. 100.

<sup>192</sup> Vgl. Jacques Chevallier, *L'État de droit*, Paris 1994, S. 91–96.

<sup>193</sup> Zur Rolle der Intellektuellen während und nach dem Pariser Mai vgl. Bernard Brillant, *Les clercs de 68*, Paris 2003.

<sup>194</sup> Vgl. Hamon/Rotman, *Génération II*, S. 341–361.

Für eine Verstärkung der Forderungen nach einer Rücknahme der „freiheitstörenden“ Gesetze und einer allgemeinen Liberalisierung sorgten die Linksparteien. Für die Kommunistische Partei und vor allem die neu gegründete Sozialistische Partei um François Mitterrand barg das Versprechen einer freieren Gesellschaft ein großes Wählerpotenzial. Die „individuellen und öffentlichen Freiheiten“ wurden zu einem zentralen Thema des gemeinsamen Wahlprogrammes der Kommunisten und Sozialisten.<sup>195</sup>

In ihren Eigendarstellungen als Verteidiger der Freiheit überboten sich PS und PC gegenseitig. Aus der französischen Tradition als „Heimat der Menschenrechte“ wurde der Anspruch abgeleitet, die Menschen- und Bürgerrechte in der ganzen Welt zu verteidigen.<sup>196</sup> Die *libertés publiques* blieben bis zum Wahlsieg Mitterrands im Mai 1981 eines der wichtigsten Wahlkampfthemen der Linken. Dies hatte auch Auswirkungen auf den Kurs der konservativen Regierungen. Präsident Giscard d'Estaing nahm eine Reihe von Forderungen der Linksparteien in sein Wahlprogramm des „fortgeschrittenen Liberalismus“ auf.<sup>197</sup> Die Konkurrenz der Parteien um das Thema verstärkte seine Konjunktur.

Dem neuen Freiheits-Diskurs konnten sich letztlich auch die Linksradi-kalen selbst nicht entziehen. Der Erfolg der Anti-Repressions-Kampagnen und die dadurch aufrechterhaltene Verbindung mit weniger radikalen Teilen der Linken erhöhte die Attraktivität von gewaltlosen Projekten wie die Gründung der Zeitung *Libération*.<sup>198</sup> Während sich in der Bundesrepublik die zweite Generation der RAF radikalisierte, befand sich die extreme französische Linke in einer Phase der Neuorientierung, die die wortmächtigsten ihrer Protagonisten weg von der Revolution hin zu einer Philosophie der Freiheiten führte.<sup>199</sup> Die „Neuen Philosophen“, die jeglichen Totalitarismus ablehnten, wurden angeführt von Autoren, die wie André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy noch zu Anfang des Jahrzehnts zum Umfeld der *Gauche Prolétarienne* gehört hatten.<sup>200</sup>

<sup>195</sup> Vgl. Bulletin Socialiste. Organe d'information du Parti Socialiste, Supplément, juin 1972, S. 11.

<sup>196</sup> Zur Konjunktur der Menschenrechte als politisches Thema in den 1970er Jahren vgl. u. a. Samuel Moyn, *The last Utopia. Human Rights in History*, Cambridge u. a. 2010.

<sup>197</sup> Zum Programm Valéry Giscard d'Estaings vgl. Berstein/Sirinelli (Hrsg.), *Les années Giscard. Les réformes de société 1974–1981*, Paris 2007.

<sup>198</sup> Vgl. Paas, *Der integrierte Linksradikalismus*, S. 169–278.

<sup>199</sup> Vgl. ausführlich Bourg, *From Revolution to Ethics*.

<sup>200</sup> Zur Bewegung der „nouveaux philosophes“ vgl. Michael Scott Christofferson, *French Intellectuals against The Left. The Antitotalitarian Moment of the 1970s*, New York/Oxford 2004.

### 3. Terrorismusbekämpfung in den 1970er Jahren

#### 3.1 Die Wahrnehmung politischer Gewalt in den 1970er Jahren

Die grundlegenden Konfliktlinien, die sich seit dem Mai 1968 herausgebildet hatten, dominierten auch während der 1970er Jahre die politischen Auseinandersetzungen. Der französische Staat verfügte mit den im Algerienkrieg entwickelten Gesetzen und Institutionen über ausgesprochen weitreichende Machtmittel. Zugleich unterlag dieser starke Staat einer massiven Kritik, die vor allem von den Linksparteien getragen wurde. Die große Anziehungskraft von Ideen einer liberaleren Gesellschaft wurde dadurch begünstigt, dass die Franzosen sich während der 1970er Jahre als „glückliche Ausnahme“ empfanden.<sup>201</sup>

Dabei blieb das Land keineswegs gänzlich verschont von politischer Gewalt. So kam es immer wieder zu Aktionen internationaler Terroristen im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. In der Bretagne und auf Korsika entwickelten sich im Laufe der 1970er Jahre gewalttätige separatistische Gruppen, die sich in ihrer Ideologie auf den Unabhängigkeitskampf des algerischen FLN beriefen, und 1979 entstand in der autonomen Szene in Paris die linksrevolutionäre Gruppierung *Action Directe*. Im Laufe des Jahrzehnts stieg die Zahl politisch motivierter Anschläge. So registrierte die Kriminalpolizei im Jahr 1971 insgesamt 119 Sprengstoffanschläge, von denen etwa zwei Drittel einem politischen Hintergrund zugerechnet wurden. Im Jahr 1974 wurden 282 Anschläge festgestellt und 1978 bereits 637.<sup>202</sup> Im Vergleich etwa zum Terrorismus der IRA in Großbritannien blieben die Aktionen korsischer und bretonischer Nationalisten, die nur selten Todesopfer forderten, dennoch harmlos. Die Ausläufer des Nahostkonfliktes trafen Länder wie Deutschland oder Österreich weit härter als Frankreich.<sup>203</sup> Vor allem spielte der linksrevolutionäre Terrorismus, der in ganz Europa die Schlagzeilen bestimmte, in Frankreich nur eine untergeordnete Rolle.<sup>204</sup>

Politische Gewalt wurde sowohl in der Öffentlichkeit als auch auf Seiten des Staates nicht als zusammenhängendes Phänomen wahrgenommen. Dies lag neben der im europäischen Vergleich geringen Intensität vor allem an der disparaten Form der Gewaltphänomene. Anders als etwa in der Bundesrepublik, wo man unter Terroristen spätestens seit Mitte der 1970er Jahre die Mitglieder links-

<sup>201</sup> Zancarini-Fournel, Récit, in: Artières/Zancarini-Fournel, Une histoire collective, S. 405–443, hier S. 428.

<sup>202</sup> Vgl. Assemblée Nationale, Annexe au procès-verbal de la séance du 9 octobre 1980, Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République (1) sur le projet de loi de finances pour 1981 (n° 1933), Tome II: Intérieur, par Emmanuel Aubert, S. 24.

<sup>203</sup> Vgl. insbesondere Dahlke, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus.

<sup>204</sup> Vgl. u. a. Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.), Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982, München 2010.

revolutionärer Gruppen verstand, übte in Frankreich eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppierungen aus den unterschiedlichsten Gründen politische Gewalt aus. Im statistischen Jahrbuch der französischen Kriminalpolizei des Jahres 1973 kam das Wort „Terrorismus“ nicht vor, obwohl alle Formen, die seit den 1980er Jahren zum Terrorismus gezählt werden, präzise aufgeführt wurden.<sup>205</sup> Der Bericht erwähnte die Anschläge der Autonomiebewegungen in der Bretagne und auf Korsika, links- und rechtsextremistische Gruppierungen sowie den „Kampf, den palästinensische und jüdische Organisationen gegeneinander führen“ und der zu „einigen gewalttätigen Aktionen auf französischem Territorium“ geführt habe.<sup>206</sup> Ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Gewaltphänomenen wurde aber nicht hergestellt. Die Angaben waren über verschiedene Rubriken der Broschüre verstreut.<sup>207</sup>

Die Bombenanschläge von Autonomisten in der Bretagne und auf Korsika wurden zumeist als „nationalistische Gewalt“ bezeichnet, für linksrevolutionäre Akteure überwogen Begriffe wie „anarchistische Extremisten“, „Subversion“ oder „Angriff auf die Sicherheit des Staates“.<sup>208</sup> Bei dieser Definition, die vor allem auf die Herausforderung der staatlichen Autorität und territorialen Integrität abzielte, darf die Rolle des Staatssicherheitshofes nicht unterschätzt werden. Die durch das Gesetz zur Gründung des Staatssicherheitshofes festgelegten Definitionen blieben auch für das Verständnis politischer Gewalt während der 1970er Jahre prägend. Kategorien wie „innere und äußere Subversion“ oder ein „Angriff gegen die Autorität des Staates“ trafen insbesondere auf die Aktionen einheimischer Gruppierungen wie der nach Unabhängigkeit strebenden korsischen Nationalisten zu. Folglich wurden im Laufe der 1970er Jahre eine Reihe politischer Gewalttäter mit linksrevolutionärem und ethnisch-nationalistischem Hintergrund vom Staatssicherheitshof verurteilt. Internationale Kämpfer, die den französischen Staat nicht direkt angriffen, sondern Anschläge lediglich auf französischem Boden ausführten oder Frankreich als Rückzugsraum benutzten, fielen dagegen nicht in die Zuständigkeit des Sondertribunals.<sup>209</sup>

Bis Ende der 1970er Jahre blieb die Bezeichnung „Terrorist“ weitgehend dem internationalen Terrorismus vorbehalten und konzentrierte sich auf palästinensische Kämpfer.<sup>210</sup> Das Bild des internationalen Terroristen unterschied sich

<sup>205</sup> Vgl. Documentation française/Direction Générale de la Police, *La Criminalité en France d'après les statistiques des polices judiciaires*, Paris 1973.

<sup>206</sup> Ebenda, S. 44.

<sup>207</sup> Vgl. ebenda.

<sup>208</sup> Vgl. Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 84.

<sup>209</sup> Vgl. *Le Monde* vom 8. 7. 1981, S. 9, „Les trois âges d'une juridiction politique“.

<sup>210</sup> Vgl. etwa Gilbert Guillaume/Georges Levasseur (Hrsg.), *Terrorisme international*, Nancy 1977. Ein Mitarbeiter des französischen Auslandsgeheimdienstes DST, wo 1974 eine erste Anti-Terrorismus-Abteilung eingerichtet wurde, schrieb in seinen Memoiren: „Meine ersten Erfahrungen in der neuen Abteilung machte ich gegen die Palästinenser. Dieses Wort war für uns das Synonym für ‚Terrorist‘. Alles was von nah oder fern mit den ‚Palos‘ zu tun hatte, war verdächtig und erforderte eine besondere Aufmerksamkeit.“ Daniel Burdan, DST. Neuf ans à la division antiterroriste, Paris 1990, S. 62.

deutlich von dem des muslimischen Algeriers während des Algerienkrieges und wurde mit der Vorstellung eines international tätigen „Berufsrevolutionärs“ verbunden.<sup>211</sup> Eine besondere Rolle kam dabei der mythischen Figur „Carlos“ zu. Unter diesem Synonym hatte der Venezolaner Ilich Ramirez Sanchez im Februar 1975 in Paris zwei Mitarbeiter der DST und einen vermeintlichen Informanten erschossen und sich danach abgesetzt.<sup>212</sup>

Erst gegen Ende der 1970er Jahre begann sich in Frankreich „Terrorismus“ als Überbegriff für die unterschiedlichen Spielarten der politischen Gewalt durchzusetzen. Dies geschah wesentlich unter dem Einfluss der Entwicklungen in der Bundesrepublik und in Italien, wo die Auseinandersetzung mit dem Linksterrorismus in den Jahren 1977 und 1978 ihren Höhepunkt fand. In der Presse häuften sich nun Berichte über den Terrorismus, der zwar, wie das Politmagazin *Le Point* im Oktober 1977 berichtete, „nicht die gleichen Formen“ wie in Deutschland angenommen habe, aber „dennoch eine permanente Gefahr“ darstelle.<sup>213</sup> François Mitterrand, damals Generalsekretär der Sozialistischen Partei, erklärte, er sei überzeugt, dass „der Terrorismus kein ausschließlich deutsches Problem sei, sondern alle Gesellschaften und die gesamte westliche Zivilisation“ betreffe.<sup>214</sup> Die Entführung Aldo Moros in Italien, nur wenige Monate später, im März 1978, verstärkte die Sensibilisierung für eine terroristische Gefahr weiter. Justizminister Alain Peyrefitte erklärte auf dem Staatsbegräbnis für Moro im Mai 1978, dass ähnliche Anschläge schon sehr bald auch in Frankreich zu erwarten seien und vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden müssten.<sup>215</sup>

Im Jahr 1980 wurde im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung dem Terrorismus erstmals ein eigenes Kapitel in einem parlamentarischen Dokument gewidmet.<sup>216</sup> Ein Jahr später folgte bereits eine ausführliche Betrachtung durch das gleiche Gremium.<sup>217</sup> Der Bericht unterschied zwischen dem einheimischen und dem internationalen Terrorismus. Dem einheimischen Terrorismus wurden die Autonomiebewegungen auf Korsika und der Bretagne sowie im Baskenland und in einigen Überseedépartements (Guyana, Martinique, Guadeloupe) zugeordnet. Daneben wurden die Taten von Links- und Rechtsextremisten aufgelistet. Eine weitere Rubrik bildeten „Ökologie- und Anti-Nuklear-Proteste“.<sup>218</sup> Auch

<sup>211</sup> Vgl. Rigouste, *Lennemi intérieur*, S. 161.

<sup>212</sup> Zur Geschichte von Carlos vgl. u. a. John Follain, Jackal. *The Complete Story of the Legendary Terrorist Carlos the Jackal*, New York 1998.

<sup>213</sup> *Le Point* vom 31.10.1977, S. 79–82, „Terrorisme: et la France?“. Vgl. auch Jean Servier, *Le Terrorisme*, Paris 1979.

<sup>214</sup> Interview mit François Mitterrand, in: *Le Monde* vom 1.10.1977.

<sup>215</sup> Vgl. *The Same Boat*, in: *The Economist* vom 20.5.1978.

<sup>216</sup> Assemblée Nationale, Annexe au procès-verbal de la séance du 2 octobre 1979, Avis présenté au nom de la législation et de l'administration générale de la République (1) sur le projet de loi de finances pour 1980 (n° 1290), Tome II: Intérieur, par M. Michel Aurillac, S. 23–24.

<sup>217</sup> Assemblée Nationale, Annexe au procès-verbal de la séance du 9 octobre 1980, Avis présenté au nom de la législation et de l'administration générale de la République (1) sur le projet de loi de finances pour 1981 (n° 1933), Tome II: Intérieur, par M. Emmanuel Aubert, S. 24–30.

<sup>218</sup> Ebenda.

der internationale Terrorismus wurde in mehrere Gruppen aufgeteilt. Dazu zählten die „Aktivitäten der Baader-Bande“, italienische Linksterroristen, die „Folgen des Palästina-Konfliktes“, Gewalttaten in Verbindung mit der iranischen Revolution und der „Kampf ethnischer Minderheiten“ – eine Umschreibung für die Anschläge armenischer Terroristen auf türkische Diplomaten.<sup>219</sup>

Da Terrorismus im Frankreich der 1970er Jahre nicht als einheitliches Phänomen wahrgenommen wurde, verfügte der französische Staat auch über keine einheitliche Anti-Terrorismus-Politik, die als politisches Programm verstanden werden könnte.<sup>220</sup> Das heißt aber nicht, dass die Behörden untätig blieben. Auch wenn nicht von einer übergreifenden Politik gesprochen werden kann, lagen dem Umgang mit den verschiedenen Formen politischer Gewalt bestimmte Strategien zugrunde. Dabei muss zunächst zwischen der Bekämpfung des einheimischen und des internationalen Terrorismus unterschieden werden.

### 3.2 Einheimischer Terrorismus

Die in den Auseinandersetzungen des Algerienkrieges und der Zeit nach dem Mai 1968 geschulten Sicherheitsbehörden gingen effizient gegen einheimische Extremisten und Separatisten vor, die Gerichte verhängten aber nur niedrige Gefängnisstrafen. Diese relative Nachsichtigkeit wurde ergänzt durch mehrfache Generalamnestien, sodass alle in den 1970er Jahren für politische Vergehen verurteilten Häftlinge nach kurzer Zeit wieder freikamen.<sup>221</sup> Die Regierungen unter Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing strebten in den meisten Fällen eine Entpolitisierung der Gewalt an. Anschläge, Attentate und Entführungen wurden als kriminelle Straftaten dargestellt und von ihren politischen Forderungen und Hintergründen weitgehend getrennt.<sup>222</sup>

#### Bretagne

Unmittelbar nach den Pariser Mai-Unruhen des Jahres 1968 kam es in der Bretagne zu mehreren Anschlagserien, die zwar keine Todesopfer forderten, aber hohe Sachschäden verursachten. Als Urheber bekannte sich der 1966 gegründete *Front de Libération de Bretagne* (FLB), der die „Befreiung der Bretagne von der französischen Unterdrückung“ forderte.<sup>223</sup> Innenminister Raymond Marcellin, der seit Jahrzehnten den bretonischen Wahlkreis Morbihan in der Nationalversammlung vertrat, reagierte ähnlich wie gegen die linksradikalen Gruppierungen um

<sup>219</sup> Ebenda.

<sup>220</sup> So auch Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 88.

<sup>221</sup> Vgl. Sophie Wahnich (Hrsg.), *Une histoire politique de l'amnistie. Études d'histoire, d'anthropologie et de droit*, Paris 2007, S. 30–35.

<sup>222</sup> Vgl. Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 85.

<sup>223</sup> Zur Geschichte des FLB vgl. Lionel Henry/Annick Lagadec, *FLB-ARB. L'histoire (1966–2005)*, Fougères 2006.

die *Gauche Prolétarienne*.<sup>224</sup> Die Abteilung der Kriminalpolizei in Rennes wurde massiv verstärkt, innerhalb der regionalen Gliederung der *Rensegnements Généraux* ließ Marcellin eine Spezialeinheit aufbauen, um „das separatistische Milieu besser kennenzulernen und so die Elemente aufzudecken, die zu einer Teilnahme an terroristischen Aktionen fähig“ waren.<sup>225</sup> Im Jahr 1969 wurden über 50 Aktivisten festgenommen. Eine Präsidialamnestie des im gleichen Jahr neu gewählten Präsidenten der Französischen Republik Georges Pompidou ließ aber alle Inhaftierten wieder freikommen.<sup>226</sup>

Wie in der Auseinandersetzung mit den revolutionären Gruppen wurde die harte Position des Innenministeriums keineswegs von allen beteiligten Institutionen und Politikern geteilt. Im Oktober 1972 mussten sich elf Mitglieder des FLB für Sprengstoffanschläge zwischen April 1971 und April 1972 vor dem Staatssicherheitshof verantworten. Die Richter setzten aber sämtliche Schuldsprüche auf Bewährung aus, sodass die Angeklagten das Sondergericht als freie Bürger verlassen konnten.<sup>227</sup> Eine Generalamnestie nach der Wahl Valéry Giscard d'Estaings zum Präsidenten der Republik im Jahr 1974 ergänzte den konziliananten Kurs der Regierung.<sup>228</sup>

Trotz dieser Zugeständnisse, einer intensiven Überwachung durch die Geheimdienste sowie mehrerer Verhaftungswellen und Prozesse vor dem Staatssicherheitshof, blieben die bretonischen „Unabhängigkeitskämpfer“ weiter aktiv.<sup>229</sup> Der FLB erreichte seine aktivste Phase Mitte der 1970er Jahre. Dabei achteten die Aktivisten aber darauf, dass ihre Anschläge niemanden verletzten. Die spektakulärste Aktion war ein Bombenanschlag auf das Schloss von Versailles im Jahr 1978, bei dem ein Flügel des Gebäudes schwer beschädigt wurde.<sup>230</sup> Ab 1978 reagierte die Justiz mit harten Strafen. In mehreren Prozessen am Staatssicherheitshof wurden Dutzende Mitglieder des FLB zu bis zu 15 Jahren Haft verurteilt.<sup>231</sup> Von 1979 an wurden kaum noch Anschläge in der Bretagne registriert.<sup>232</sup> Kurz vor der Wahl François Mitterrands zum Präsidenten der Französischen Republik im Mai 1981 befanden sich 19 bretonische Separatisten in Haft.<sup>233</sup>

<sup>224</sup> Vgl. Marcellin, Raymond, *L'importune vérité. Dix ans après mai 68, un ministre de l'intérieur parle*, Paris 1978, S. 200.

<sup>225</sup> Ebenda, S. 201.

<sup>226</sup> Vgl. Loi n° 69-700 du 30 juin 1969 portant amnistie, in: JORF vom 1.7.1969, S. 6675-6677.

<sup>227</sup> Vgl. Henry/Lagadec, FLB-ARB, S. 117-128.

<sup>228</sup> Loi n° 74-643 du 16 juillet 1974 portant amnistie, in: JORF vom 17.7.1974, S. 7443-7445.

<sup>229</sup> Zur Infiltrierung und Manipulation des FLB durch die Geheimdienste vgl. Roger Faligot, *Manipulations des services spéciaux en Bretagne*, in: Faligot/Guisnel *Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, S. 420-428.

<sup>230</sup> Vgl. *Le Monde* vom 27.6.1978, „Un attentat revendiqué par le F. L. B. endommage gravement une aile du château de Versailles“.

<sup>231</sup> Vgl. Edward Moxon-Browne, *Terrorism in France*, London/Reading 1983, S. 10.

<sup>232</sup> Vgl. Henry/Lagadec, FLB-ARB, S. 262.

<sup>233</sup> Vgl. ebenda, S. 263.

## Korsika

Die Gewalt korsischer Separatisten trat später in den Fokus der Öffentlichkeit als die zwar selteneren, aber gezielten Anschläge des FLB in der Bretagne. Auf der knapp 200 Kilometer vom französischen Festland entfernten und erst 1769 annektierten Mittelmeerinsel waren die Unabhängigkeitsbestrebungen seit jeher stärker und populärer als in der Bretagne.<sup>234</sup> In den 1960er Jahren hatten sich die demographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme weiter verschärft und die Zentralregierung in Paris immer wieder zu Reformen gezwungen.<sup>235</sup>

Als Wendepunkt gilt die Geiselnahme von Aléria vom August 1975. Aus Protest gegen die zum Teil mit illegalen Praktiken erreichte wirtschaftliche Dominanz von ehemaligen Algerienfranzosen in der Weinproduktion besetzten Aktivisten den Weinkeller eines der größten Produzenten der Insel.<sup>236</sup> Innenminister Michel Poniatowski reagierte in einer Weise, die an den Auftakt des Algerienkrieges erinnerte: Vom Festland aus wurden 1200 Gendarmen entsandt, gepanzerte Fahrzeuge und Helikopter kamen zum Einsatz und vor der Küste ließ die Marine ein Kriegsschiff kreuzen.<sup>237</sup> Bei der Stürmung des Gebäudes kamen zwei Gendarmen ums Leben, einer der Besetzer verlor beide Beine. In den folgenden Nächten kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen in Bastia, bei denen ein weiterer Beamter getötet und mehrere schwer verletzt wurden.<sup>238</sup>

In den folgenden Monaten schnellte die Zahl der Anschläge in die Höhe. 1976 gründete sich mit dem *Front de Libération Nationale Corse* (FLNC) eine Untergrundorganisation, die Anschläge nun nicht mehr nur auf Korsika, sondern auch auf dem Festland und selbst in Paris verübte.<sup>239</sup> Seit 1975 dominierte die korsische Gewalt die Statistiken für ganz Frankreich.<sup>240</sup> Gerade angesichts der rhetorischen Radikalität in dem deklarierten „Unabhängigkeitskrieg“ gegen den französischen Staat blieb die tatsächlich ausgeübte Gewalt aber relativ beschränkt. Aussagen von Aktivisten bezeugen, dass Gewalt gegen Personen bewusst vermieden wurde.<sup>241</sup>

Nach der Eskalation von Aléria reagierte der Staat zunächst nachgiebig. Der Anführer der Besetzer wurde zu einer Strafe von fünf Jahren, davon zwei auf Bewährung, verurteilt.<sup>242</sup> In den folgenden zwei Jahren wurde auf Verhaftungen

<sup>234</sup> Zur Geschichte Korsikas vgl. Jean-Marie Arrighi/Olivier Jehasse, *Histoire de la Corse et des corses*, Paris 2008.

<sup>235</sup> Vgl. Gérard Pardini, *L'État et la Corse. La République à l'épreuve*, Paris 2003.

<sup>236</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 45 f.

<sup>237</sup> Vgl. Jean-Paul Pellegrinetti/Ange Rovere, *La Corse et la République. La vie politique de la fin du second Empire au début du XXI<sup>e</sup> siècle*, Paris 2004, S. 502.

<sup>238</sup> Vgl. Michelle Zancarini-Fournel, *Aléria (1975) et Montredon (1976): deux manifestations régionalistes*, in: Artières/Zancarini-Fournel, *Une histoire collective*, S. 719–725, hier S. 720.

<sup>239</sup> Zur Geschichte des FLNC existieren eine Reihe autobiographischer Schriften. Vgl. etwa Pierre Poggioli, *Derrière les cacoules. Le FLNC de 1981 à 1990*, Ajaccio 2004; ders., *FLNC, années 70*, Ajaccio 2006.

<sup>240</sup> Vgl. Pellegrinetti/Rovere, *La Corse et la République*, S. 502.

<sup>241</sup> Dennoch fielen bis 1981 etwa ein Dutzend Menschen Anschlägen auf Korsika zum Opfer. Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 106.

<sup>242</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir II*, S. 176.

verzichtet. Zugleich wurden aber Ansätze einer politischen Lösung, die zu Beginn der Präsidentschaft Giscard d'Estaings entwickelt worden waren und den Korsen mehr Selbstbestimmung sowie wirtschaftliche Entwicklungsprogramme versprochen, weitgehend aufgegeben.<sup>243</sup> Nach diesem „Rückzug des Staates“ entwickelte sich auf der Insel ein pro-französischer Gegen-Terrorismus. Dessen herausragender Vertreter, die Gruppierung *Front d'Action Nouvelle Contre l'Indépendance et l'Autonomisme* (FRANCIA), beging Anschläge und Attentate gegen bekannte korsische Nationalisten. Zwischen Nationalisten und Anti-Nationalisten entwickelte sich eine Art Bürgerkrieg.<sup>244</sup>

Ein erneuter Politikwechsel setzte mit dem Besuch Präsident Giscard d'Estaings auf Korsika im Juni 1978 ein, wobei die grundsätzliche Linie beibehalten wurde: Eine Sonderregelung, die die Verfassung des einheitlichen zentralistischen Staates in Frage gestellt hätte, stand im Regierungslager nicht ernsthaft zur Debatte. Giscard prägte den Satz: „Es gibt kein korsisches Problem, lediglich Probleme auf Korsika.“<sup>245</sup> Die Regierung setzte nun ganz auf Repression: In mehreren Verhaftungswellen wurden FLNC-Mitglieder und exponierte Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung festgenommen. Die Sicherheitskräfte auf der Insel wurden verstärkt und agierten mit groß angelegten Razzien im nationalistischen Milieu. 1978 verurteilte der Staatssicherheitshof 24, ein Jahr später erneut 21 FLNC-Mitglieder zu hohen Gefängnisstrafen.<sup>246</sup> Trotz der erheblichen Fahndungserfolge (bei einer Razzia wurde das Archiv des FLNC mit vielen Namen entdeckt) hielten die Anschlagserien an. In den fortgesetzten Auseinandersetzungen gelang es den radikalen Nationalisten, die große Mehrheit der korsischen Bevölkerung gegen die Repressionspolitik des Staates zu mobilisieren.<sup>247</sup> Während sich die Gefängnisse auf dem Festland mit Korsen füllten, blieb das Gewaltniveau auf der Insel konstant hoch. Anfang 1981 befanden sich über hundert korsische Separatisten in Haft.<sup>248</sup> Ein Ausweg aus der Sackgasse schien vielen Beobachtern nur über einen Politikwechsel in Paris möglich.

### Linksrevolutionäre Gewalt

Die Aktionen linksrevolutionärer Gruppen richteten sich Mitte der 1970er Jahre zumeist gegen ausländische Ziele und wurden von der französischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. So agierten etwa die *Groupes d'Action Révolutionnaire Internationaliste* (GARI) ausschließlich gegen Vertreter Spaniens in Frankreich. Unter anderem entführten sie den Bankier Balthazar Suárez, um damit gegen

<sup>243</sup> Vgl. Pellegrinetti/Rovere, *La Corse et la République*, S. 503.

<sup>244</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 182 f.

<sup>245</sup> Zitiert nach: Crettiez, *La question corse*, S. 209.

<sup>246</sup> Vgl. Marianne Lefèvre, *Géopolitique de la Corse. Le modèle républicain en question*, Paris 2000, S. 24.

<sup>247</sup> Vgl. ausführlich ebenda, S. 25–27.

<sup>248</sup> Vgl. *Le Monde* vom 27. 5. 1981, S. 9, „Corse: la libération des prisonniers politiques est au centre de la campagne“.

das Franco-Regime zu protestieren.<sup>249</sup> Die meisten Mitglieder der Gruppe rekrutierten sich aus spanischen Anarchisten, die nach Frankreich geflohen waren.<sup>250</sup> Ebenfalls gegen ausländische Diplomaten richteten sich die Mordanschläge der *Brigades Internationales* (BI), die sich nach dem Staatsstreich von Augusto Pinochet in Chile im Jahr 1973 gegründet hatten. Zwischen 1974 und 1977 bekannten sich die BI zur Ermordung des uruguayischen Militärattachés Ramón Trabal (1974) und des bolivianischen Botschafters in Paris Joaquín Zenteno Anaya (1976) sowie zu Attentaten gegen Vertreter Spaniens, des Irans und Mauretaniens.<sup>251</sup> Die BI hatten enge Verbindungen zu einer weiteren Gruppe, deren Mitglieder zum Teil der maoistischen Bewegung um die *Gauche Prolétarienne* entstammten. Die *Noyaux Armés pour l'Autonomie Populaire* (NAPAP) richteten ihre Aktionen gegen französische Ziele. 1977 ermordeten sie den ehemaligen Wachmann der Renault-Werke, Antoine Tramoni, der fünf Jahre zuvor den GP-Aktivisten Pierre Overney erschossen hatte. Nach einer Serie von Anschlägen in Paris, unter anderem gegen Justizminister Alain Peyrefitte, wurden 1978 mehrere Mitglieder festgenommen und zu langen Haftstrafen verurteilt.<sup>252</sup>

Verantwortlich für die Verhaftung der NAPAP-Mitglieder war die von Jacques Harstrich geleitete Abteilung der RG, die bereits gegen die Terroristen der OAS und die revolutionären Gruppen in den ersten Jahren nach 1968 ermittelt hatte.<sup>253</sup> Sowohl im Personal der Sondereinheit des Inlandgeheimdienstes als auch in den Methoden, die gegen die linksradikalen Gruppierungen angewandt wurden, bestand damit eine Kontinuität über mehr als 15 Jahre hinweg. Mit den erprobten Mitteln der Überwachung und Infiltrierung des linksradikalen Milieus mittels V-Männern und angeworbenen Informanten wurden die Gruppierungen neutralisiert.<sup>254</sup>

Dieselbe Abteilung war auch federführend in den Ermittlungen gegen *Action Directe* (AD), die 1980 zur Verhaftung von 28 Personen führten.<sup>255</sup> In der Hausbesetzerszene von Paris hatten sich ab 1977 sogenannte autonome Gruppen her-

<sup>249</sup> Vgl. Le Monde vom 15.5.1974, „Les ravisseurs de M. Suarez affirment qu'il est un ‚représentant conscient‘ du gouvernement espagnol“; L'Express vom 21.10.1974, „Les Gari: action révolutionnaire sans frontières“.

<sup>250</sup> Unter ihnen befand sich der spätere Anführer von *Action Directe*, Jean-Marc Rouillan. Er wurde 1974 zusammen mit zwei spanischen Mitgliedern verhaftet und zu drei Jahren Haft verurteilt. Vgl. Alain Bauer/François-Bernard Huyghe, *Les terroristes disent toujours ce qu'ils vont faire*, Paris 2010, S.166–170.

<sup>251</sup> Der Anführer der Gruppierung Denis Lhomme tötete sich im Jahr 1976 selbst. Vgl. Bourseiller, *Les maoïstes*, S.360–372.

<sup>252</sup> Vgl. Bauer/Huyghe, *Les terroristes*, S.164–166.

<sup>253</sup> Vgl. Bourseiller, *Les maoïstes*, S.372.

<sup>254</sup> Ein Informant, dessen Informationen im Jahr 1972 bereits zur Verhinderung einer Entführung durch die *Gauche Prolétarienne* geführt hatten, warnte 1976 vor der geplanten Ermordung Antoine Tramonis und half bei der Identifizierung von NAPAP-Mitgliedern. Vgl. Savoie, *La traque d'Action Directe*, S.51–56.

<sup>255</sup> Vgl. Le Figaro vom 1.4.1980, „Terroristes d'Action Directe: les charges se précisent. La Cour de Sûreté de l'État saisie du dossier“.

ausgebildet, die sich auf italienische Vorbilder stützten.<sup>256</sup> Die AD trat seit 1979 mit Anschlägen gegen symbolische Ziele hervor. Dazu gehörten Maschinengewehrsalven und Bombenanschläge gegen Regierungseinrichtungen sowie „Symbole des Kapitalismus“, wie der Sitz des Arbeitgeberverbandes und die Gebäude des Auslandsgeheimdienstes DST und der Eliteeingreiftruppe GIGN.<sup>257</sup> Obwohl sich die Anschläge in den Jahren 1979 und 1980 lediglich gegen Sachen richteten, erregten sie ein weitaus größeres öffentliches Interesse als die Attentate von BI, GARI und NAPAP Mitte der 1970er Jahre. In den Zeitungen wurde nun ausführlich über den linksrevolutionären Terrorismus berichtet, der eine ähnliche Entwicklung wie in der Bundesrepublik und in Italien befürchten ließ.<sup>258</sup>

Trotz der gesteigerten Aufmerksamkeit Ende der 1970er Jahre erreichte der Terrorismus noch nicht die politische Agenda der Parteien. Auch in der Strafverfolgung der Mitglieder von *Action Directe* blieben die Charakteristika, die zuvor für die Bekämpfung des einheimischen Terrorismus prägend gewesen waren, erhalten: Die von einer jahrelangen personellen und organisatorischen Kontinuität geprägten Abteilungen von Polizei und Geheimdiensten gingen schnell und effizient gegen radikale Gruppen vor. Mit den klassischen Methoden der präventiven Überwachung und der Einschleusung und Anwerbung von Informanten konnte die AD innerhalb weniger Monate vollständig zerschlagen werden.<sup>259</sup> 1980 mussten sich 19 Mitglieder vor dem Staatssicherheitshof verantworten.<sup>260</sup>

### Die positiven Folgen der gescheiterten Entpolitisierung

Die Strategie der Entpolitisierung der Gewalt ging im pluralistischen System der V. Republik nur zum Teil auf. Insbesondere den ethnisch-nationalistisch motivierten Gruppierungen in der Bretagne und auf Korsika gelang es, ihre Aktionen mit denen größerer politischer Bewegungen zu verbinden. Ihre Anschläge wurden zwar verurteilt, zugleich aber als Ausdruck legitimer politischer Forderungen verstanden. So hielten im Jahr 1980 in einer Meinungsumfrage 30 Prozent der Franzosen die Gewalt korsischer Nationalisten für „verständlich“, zehn Prozent sogar für „berechtigt“.<sup>261</sup>

Tatsächlich hatten sich in der Bretagne und auf Korsika seit den 1960er Jahren Probleme in besonderer Art und Weise zugespitzt, die in schwächerer Form in vielen Regionen des Landes herrschten. Das zentralistische französische Verwaltungssystem hatte die Besonderheiten seiner nationalen Minderheiten jahr-

<sup>256</sup> Vgl. Jean-Baptiste Casanova, *Les „Autonomes“. Le phénomène autonome dans la France de la fin des années 70*, unv. Mag., Université Paris I, 2002.

<sup>257</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 76 f.

<sup>258</sup> Vgl. u. a. *Quotidien de Paris* vom 29./30. 3. 1980, „Terrorisme. Alerte à l'italienne“; *Le Matin* vom 1. 4. 1980, „Terrorisme: les enquêteurs s'interrogent sur les liens entre Français et Italiens“; *Libération* vom 4. 4. 1980, „Les mésaventures du terrorisme à la française“.

<sup>259</sup> Vgl. Jean-Pierre Pochon, *Les stores rouges. Au cœur de l'infiltration et de l'arrestation d'Action directe, 1979–1982*, Paris 2008.

<sup>260</sup> Vgl. *Libération* vom 4. 4. 1980, „L'affaire du groupe ‚Action Directe‘“.

<sup>261</sup> Vgl. Lefèvre, *Géopolitique de la Corse*, S. 33.

hundertelang unterdrückt.<sup>262</sup> Minderheitensprachen wie Bretonisch, Okzitanisch oder Baskisch waren lange aktiv bekämpft worden.<sup>263</sup> Nach der Entlassung der französischen Kolonien in die Unabhängigkeit und dem Aufbruch von 1968 traten Forderungen nach mehr Mitspracherecht der Bürger in lokalen und regionalen Angelegenheiten auf.<sup>264</sup> Verstärkt wurde die Unzufriedenheit durch den ökonomischen Strukturwandel der 1970er Jahre, der die landwirtschaftlich geprägten Regionen vor massive Probleme stellte.<sup>265</sup>

In der Bretagne kam es Anfang der 1970er Jahre zu großen Protestaktionen und Streiks, die sich gegen die Verarmung und administrative „Zergliederung“ der Region richteten. Die Proteste erfassten weite Teile der bretonischen Bevölkerung und trafen auch in Paris auf Sympathie und Solidarität.<sup>266</sup> Obwohl der FLB mit seinen Forderungen nach Unabhängigkeit und nationalem Befreiungskrieg weit radikalere Ziele verfolgte, wurden die Anschläge als Ausdruck einer allgemeinen „Malaise“ gesehen. Der Prozess gegen elf Mitglieder des FLB vor dem Staatssicherheitshof im Jahr 1972 wurde von Demonstrationen begleitet, die gegen einen als autoritär empfundenen Zentralstaat gerichtet waren.<sup>267</sup>

Ähnlich lagen die Verhältnisse auf Korsika, wo die geographische Lage, die kulturelle Nähe zu Italien und die späte Integration in den französischen Nationalstaat die Autonomie- und Unabhängigkeitsgefühle vieler Menschen verstärkten.<sup>268</sup> Die Aktivisten konnten zudem auf das demonstrative Verständnis der Oppositionsparteien bauen. So schrieb die kommunistische Parteizeitschrift im Oktober 1975:

Die Wut, der Ausbruch der Empörung, die Stimmung der Revolte, der es manchmal an Vorsicht und Kohärenz mangelt, sind auf der Insel zurzeit mit Sicherheit heftiger als im Rest des Landes. Die Folgen der Schäden, die das derzeitige Regime angerichtet hat, sind hier stärker zu spüren als anderswo.<sup>269</sup>

In der gleichen Ausgabe erschien ein Dossier, in dem der „monopolkapitalistische Zentralstaat“ verurteilt und für eine starke Dezentralisierung mit einer eigenen Regionalversammlung für Korsika plädiert wurde.<sup>270</sup> Der PS unter François

<sup>262</sup> Vgl. Vincent Hoffmann-Martinot, Zentralisierung und Dezentralisierung in Frankreich, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hrsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 323–342.

<sup>263</sup> Vgl. Louis-Jean Calvet, *Les politiques linguistiques*, Paris 1996.

<sup>264</sup> Vgl. Pierre Bodineau/Michel Verpeaux, *Histoire de la décentralisation*, Paris 1993.

<sup>265</sup> Für einen Überblick vgl. Henri Mendras, *La seconde révolution française, 1965–1984*, Gallimard 1988.

<sup>266</sup> Vgl. Jill Lovecy, Protest in Brittany from the Fourth to the Fifth Republics. From a Regionalist to a Regional Social Movement?, in: Cerny, *Social Movements and Protest in France*, S. 172–201.

<sup>267</sup> Vgl. das Prozessprotokoll bei Ronan Caerléon, *Les bretons le dos au mur. Le F.L.B. devant la Cour de sûreté de l'État*, Paris 1973.

<sup>268</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 21–50.

<sup>269</sup> Pierre Doize, *Corse: le pouvoir en difficulté*, in: *Cahiers du Communisme* 10 (1975), S. 36–43, hier S. 36.

<sup>270</sup> Vgl. Michel Grésillon/Jacques Scheibling, *Le P.C.F. et la question régionale*, in: *Cahiers du Communisme* 10 (1975), S. 28–35.

Mitterrand hatte sich die stärker werdenden Forderungen nach mehr regionaler Mitbestimmung ebenfalls zu eigen gemacht, wobei der *Parti Socialiste Unifié* (PSU), dessen Vorsitzender Michel Rocard bereits 1966 die Forderung einer „Dekolonialisierung der Provinz“ geprägt hatte, eine Vorreiterrolle innehatte.<sup>271</sup> In den 1970er Jahren traten die Sozialisten mit mehreren Gesetzesvorschlägen für die Stärkung der Regionen hervor. 1976 entwickelte die Partei ein Konzept, das Korsika einen Sonderstatus mit einer eigenen Regionalversammlung und besonderen Autonomierechten gewähren sollte, ohne dass allerdings die konstitutionelle Doktrin eines Einheitsstaates in Frage gestellt wurde.<sup>272</sup>

Die ambivalente Haltung der gemäßigten Linken und vieler linker und linksliberaler Intellektueller, die zwar die Gewalt ablehnten, zugleich aber für eine politische Lösung eintraten und die Repressionspolitik der Regierung verurteilten, galt in geringerem Maße auch gegenüber den linksrevolutionären Gruppen. Während sich die radikale französische Linke nach 1968, und endgültig nach der Auflösung der *Gauche Prolétarienne* 1973, vom Ideal der gewaltsamen Revolution verabschiedet hatte, blieb die Solidarität mit dem bewaffneten Kampf gegen Diktaturen und autoritäre Regime ein wichtiges Identitätsmerkmal.<sup>273</sup> Der Freiheitskampf der Chilenen nach dem Putsch von Augusto Pinochet im Jahr 1973, die Nelkenrevolution in Portugal oder der Protest um die Inhaftierung von Angela Davis in den USA erzeugten in Frankreich breite Solidaritätsbewegungen.<sup>274</sup> Die Ermordung der Vertreter lateinamerikanischer Diktaturen oder des Franco-Regimes wurde zwar als unzulässig verurteilt, mit den Motiven der Attentäter konnten sich aber viele Franzosen identifizieren.<sup>275</sup>

Die Mitglieder von *Action Directe* konnten nicht mit einer vergleichbaren Solidarität rechnen, sie profitierten aber innerhalb der linken Opposition von einer relativen Toleranz. Diese Toleranz wurde gefördert durch das insgesamt niedrige Gewaltniveau des einheimischen Terrorismus. Sowohl in der frühen *Action Directe* als auch auf Korsika und in der Bretagne bemühte man sich, die Gewalt weitgehend auf symbolischem Niveau zu halten. Dies erlaubte selbst innerhalb der gemäßigten Linken eine Positionierung, die nicht eindeutig auf der Seite des Staates lag. So schrieb die Parteizeitung des PS nach der Zerschlagung von *Action Directe* im Frühjahr 1980:

<sup>271</sup> Vgl. Michel Philipponneau, *La gauche et le régionalisme (1945–1974)*, in: Christian Gras/Georges Livet (Hrsg.), *Régions et régionalisme en France du XVIII<sup>e</sup> siècle à nos jours*, Paris 1977, S. 529–543.

<sup>272</sup> Vgl. Assemblée Nationale, *Proposition de loi n° 2291 portant statut particulier de la Corse, présentée à l'Assemblée nationale le 15 juin 1977 par M. Defferre et plusieurs de ses collègues (renvoyée à la commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République)*.

<sup>273</sup> Vgl. François Hourmant, *De Lénine à Marcos: modèles étrangers pour la gauche?*, in: Becker/Candar, *Histoire des gauches en France II*, S. 475–486.

<sup>274</sup> Vgl. u. a. Philippe Artières, *Portrait: L'inconnue du 25 avril 1974 dans la révolution des Oeillets*, in: Artières/Zancarini-Fournel, *Une histoire collective*, S. 704–706.

<sup>275</sup> So stieß etwa das Todesurteil gegen Salvador Puig Antich auf breiten Protest in Frankreich. Vgl. ebenda, S. 701–704.

Ein Mitglied der GARI sagte am 13. Juni 1977 dem „Matin“: „[...] vergessen Sie nie, dass es für eine Regierung sehr praktisch sein kann so etwas wie die RAF im Land zu haben [...]“. Offenbar war Action Directe gerade dabei, diese kluge Warnung zu vergessen. Dies ist wohl der Grund dafür, dass heute die Zukunft von 20 seiner Mitglieder in den Händen des Staatssicherheitshofes liegt. Ein Sondertribunal, das wohl kaum dazu beitragen wird, sie wieder mit der bürgerlichen Justiz zu versöhnen.<sup>276</sup>

Gerade jene kritische Solidarität einer gemäßigten Linken, die die Akteure der politischen Gewalt nicht isolierte, sondern in den politischen Kommunikationsprozess weiter einzubinden verstand, trug zugleich zu einer Beschränkung der Gewalt bei. Indem die Entpolitisierungsstrategien der Regierung durch die Opposition, wenn nicht unterlaufen, so doch abgeschwächt wurden, und mit der Verheißung eines radikalen Politikwandels, sobald die Linke die Wahlen gewinnen würde, eine friedliche Lösung in Aussicht gestellt war, wurde eine weitere Radikalisierung der terroristischen Gruppierungen vorerst verhindert. Wie bereits in den Auseinandersetzungen mit den revolutionären Gruppen nach 1968 wirkte die Einbindung in eine größere demokratische Opposition als befriedender Faktor.

### 3.3 Internationaler Terrorismus

#### Sanctuary doctrine

Der französische Umgang mit internationalen Terroristen während der 1970er Jahre ist mit dem Begriff der *sanctuary doctrine* treffend beschrieben worden.<sup>277</sup> Die Strategie sah vor, Frankreich als möglichst neutrales Territorium zu erhalten, das internationale Terroristen nicht verfolgte und im Gegenzug keine Anschläge zu befürchten hatte. Der französische Staat hat eine solche Politik nie offiziell anerkannt, die in sicherheitspolitischen Fragen äußerst rigide gehandhabten Sperrfristen der staatlichen Archive haben zudem einen eindeutigen Nachweis bisher verhindert.<sup>278</sup> Dennoch spricht Vieles für die These, dass die Regierungen unter Pompidou und Giscard die Verschonung französischer Ziele mit der Schaffung eines sicheren Rückzugsraumes für ausländische Terroristen erkaufte.<sup>279</sup>

Dies erklärt sich nicht zuletzt aus dem Sonderstatus der Beziehungen Frankreichs zur arabischen Welt und insbesondere zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und ihrem Führer Jassir Arafat. Nach dem Sechstagekrieg

<sup>276</sup> Jean-Loup Revérier, *Leuropolice contre leuoterrorisme*, in: *L'Unité* vom 4. bis 19. 4. 1980, S. 5.

<sup>277</sup> Zuerst bei Edwy Plenel, *La France et le terrorisme: la tentation du sanctuaire*, in: *Politique Étrangère* 51/4 (1986), S. 919–936, hier S. 929–931.

<sup>278</sup> Für die Bundesrepublik Deutschland und Österreich vgl. Matthias Dahlke, *Das Wischnewski-Protokoll. Zur Zusammenarbeit zwischen westeuropäischen Regierungen und transnationalen Terroristen 1977*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 57 (2009), S. 201–215; Thomas Riegler, *Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973–1985*, Göttingen 2010.

<sup>279</sup> So u. a. Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 86f.; Wieviorka, *French Politics and Strategy on Terrorism*, S. 69; Shapiro/Suzan, *The French Experience of Counter-Terrorism*, S. 69.

von 1967 hatte Präsident de Gaulle einen pro-arabischen Kurswechsel vollzogen. Mit seiner scharfen Kritik an Israel, die selbst ein Waffenembargo einschloss, sicherte sich Frankreich die Sympathien der arabischen Länder.<sup>280</sup> Pompidou und Giscard führten diese Linie fort, ohne aber die Beziehungen zu Israel gänzlich abzubrechen.<sup>281</sup> Bereits zu Beginn der 1970er Jahre wurden diplomatische Vertreter der PLO in Frankreich zugelassen, zunächst mit algerischen Pässen. 1974 ließ Paris einen ersten offiziellen Vertreter akkreditieren. 1975 erfolgte die Einrichtung eines Verbindungsbüros.<sup>282</sup> Bereits ein Jahr zuvor hatte Außenminister Jean Sauvagnargues auf dem Weg nach Tel-Aviv Jassir Arafat einen offiziellen Besuch in Beirut abgestattet.<sup>283</sup> Die „Politik des Ausgleichs“ (*politique d'équilibre*) implizierte eine gewisse Neutralität den palästinensischen Kämpfern gegenüber, wenn sie sich auf französischem Territorium befanden. Die Behörden griffen nur in Ausnahmefällen ein und entledigten sich Festgenommener zumeist mit einer Abschiebung in deren Wunschland. Gleiches galt für die Agenten des israelischen Geheimdienstes, die in Paris Mordanschläge auf palästinensische Vertreter verübten.<sup>284</sup>

Ein sprechendes Beispiel für die französische Neutralitätspolitik bildet die Besetzung der saudi-arabischen Botschaft in Paris durch ein palästinensisches Kommando im September 1973. Die Geiselnahmer forderten die Freilassung von Abu Daud aus jordanischer Haft, der das Attentat auf die israelische Olympiamannschaft in München ein Jahr zuvor organisiert hatte. Die Regierung stellte den Terroristen ein Flugzeug, Polizeiwagen sicherten den Weg zum Flughafen, von dort wurde das Kommando ausgeflogen. Innenminister Marcellin bestand darauf, dass arabische Diplomaten die Terroristen auf dem Weg zum Flughafen begleiteten, „um klarzumachen, dass es sich um eine Angelegenheit handelte, die die Araber unter sich ausmachen“.<sup>285</sup> Nach der Aktion bedankte sich das Kommando bei Präsident Pompidou dafür, dass er die „freundschaftliche Politik“ von General de Gaulle gegenüber der arabischen Welt fortsetze.<sup>286</sup>

Dass die Politik der Konfliktvermeidung auch angewandt wurde, wenn französische Einrichtungen direkt betroffen waren, zeigte sich ein Jahr später bei der Besetzung der französischen Botschaft in Den Haag durch ein Kommando der Terrorgruppe Japanische Rote Armee.<sup>287</sup> Die Geiselnahmer forderten die Befreiung ihres Mitkämpfers Yutaka Furuya, der kurz zuvor in Frankreich festgenom-

<sup>280</sup> Vgl. Maurice Vaisse, *La puissance ou l'influence? (1958–2004)*, in: Jean-Claude Allien u. a. (Hrsg.), *Histoire de la diplomatie française*, Bd. II: *De 1815 à nos jours*, Paris 2007, S. 427–558, hier S. 468.

<sup>281</sup> Vgl. Vaisse, *La puissance ou l'influence?*, S. 352–387.

<sup>282</sup> Vgl. Jacques Frémeaux, *Le monde arabe et la sécurité de la France depuis 1958*, Paris 1995, S. 80.

<sup>283</sup> Vgl. Vaisse, *La puissance ou l'influence?*, S. 502.

<sup>284</sup> Vgl. Gregory, *France and the War on Terrorism*, S. 129.

<sup>285</sup> Marcellin, *L'importune vérité*, S. 196.

<sup>286</sup> Zitiert nach: Plenel, *France et le terrorisme*, S. 929.

<sup>287</sup> Zum Ablauf der Geiselnahme vgl. Dahlke, *Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus*, S. 351–382.

men worden war. Carlos, der die Aktion mitorganisiert hatte, unterstrich die Forderungen mit einem Anschlag in der Pariser Innenstadt, bei dem zwei Menschen starben.<sup>288</sup> Furuya wurde nach drei Tagen freigelassen, die Geiselnahmer konnten ebenfalls unbehelligt ausreisen.<sup>289</sup>

Eine größere diplomatische Krise löste die „Affaire Abu Daud“ im Januar 1977 aus. Daud war als diplomatischer Vertreter, allerdings unter einem falschen Namen, nach Frankreich eingereist. Die Bundesrepublik und Israel stellten Auslieferungsanträge. Unter der Angabe formaler Gründe wurden diese aber abgelehnt, und Daud konnte nach einigen Tagen unbehelligt ausreisen. Israel zog zeitweilig seinen Botschafter aus Frankreich ab. Die Bundesregierung gab ihrer Kritik über informelle Kanäle Ausdruck.<sup>290</sup>

Länger als seine europäischen Nachbarn hielt Frankreich an der Strategie fest, Ausläufer des Nahostkonfliktes auf französischem Territorium nicht als Angriff auf die Sicherheit des französischen Staates, sondern als außenpolitisches Problem zu begreifen. Die Regierung privilegierte Verhandlungen und Absprachen mit potenziellen Terroristen und deren Schutzmächten vor der Strafverfolgung nach den Gesetzen der Republik. Der Erfolg der *sanctuary doctrine* während der 1970er Jahre gab Frankreich Recht. Das Land erlitt weniger Angriffe als andere europäische Staaten. Zugleich verhinderte die Strategie aber die Herausbildung einer kohärenten und standfesten Anti-Terrorismus-Politik, die zur gleichen Zeit als „Politik der Unnachgiebigkeit“ in den europäischen Nachbarländern entwickelt wurde.<sup>291</sup> Die französischen Behörden reagierten auf jeden Anschlag, „als ob es sich um einen Unfall oder eine Verwechslung der Palästinenser handele, die sich dieses Mal lediglich im Gegner geirrt hätten.“<sup>292</sup>

### Diskrete Aufrüstung

Zugleich baute der Staat die juristischen und vor allem die technischen Möglichkeiten der Terrorismusbekämpfung während der 1970er Jahre massiv aus. Dies geschah maßgeblich unter dem Eindruck des Terrorismus in den Nachbarländern. Als Reaktion auf die seit 1968 weltweit stark zunehmenden Flugzeugentführungen verabschiedete das französische Parlament im Juli 1970 einen eigenen Straftatbestand für Flugzeugentführungen, der Strafen von fünf Jahren bis lebenslänglich vorsah.<sup>293</sup> 1971 folgte ein Gesetz, das die Strafen für Geiselnahmen

<sup>288</sup> Vgl. L'Express vom 23. 9. 1974, S. 100, „Le drame du Drugstore“.

<sup>289</sup> Vgl. Dahlke, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus, S. 368–373.

<sup>290</sup> Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), B 24, 113557, Dossier „Fall Abu Daud“. Zur Position der Bundesrepublik vgl. auch Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1977, 2 Bde., bearb. von Amit das Gupta, Tim Geiger, Matthias Peter, Fabian Hilfrich und Mechthild Lindemann, München 2008.

<sup>291</sup> So Dahlke, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus.

<sup>292</sup> Hermant/Bigo, Les politiques de lutte contre le terrorisme, S. 87.

<sup>293</sup> Loi n° 70–634 du 15 juillet 1970 insérant dans le code pénal un art. 462 réprimant le détournement d'aéronefs, in: JORF vom 17. 7. 1970, S. 6657. Zuvor waren mehrere Flugzeugentführer nur wegen illegalen Waffenbesitzes zu sehr geringen Strafen verurteilt worden. So der

erhöhte. Es sah eine lebenslange Haft vor, falls das Opfer länger als einen Monat gefangen gehalten wurde, zehn bis 20 Jahre, wenn die Gefangenschaft unter einem Monat lag, und zwei bis fünf Jahre, falls die Entführer ihr Opfer „freiwillig“ innerhalb von fünf Tagen freiließen.<sup>294</sup> Als wichtigen Grund für die neuen Strafen gab der Kommissionsbericht der Nationalversammlung den Anstieg von Entführungsfällen, insbesondere von „Diplomaten und anderer hochgestellter Persönlichkeiten“ an.<sup>295</sup>

Der Anschlag auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München war auch in Frankreich ein entscheidender Auslöser für den Aufbau einer schlagkräftigen Terrorabwehr. Noch im September 1972, wenige Tage nach der missglückten Befreiung der Geiseln in München, ordnete Innenminister Marcellin den Aufbau einer neuen Sondereinheit an.<sup>296</sup> In den folgenden Monaten wurden Einheiten in elf Regionen und in Paris installiert, die den Auftrag hatten, „im Falle eines Terroranschlages, eines Angriffes oder bei besonders schweren Straftaten“ einzugreifen.<sup>297</sup> Im Jahr 1973 wurde aus diesen Einheiten die Eliteeingreiftruppe *Groupes d'Intervention de la Gendarmerie Nationale* (GIGN) aufgebaut. Die GIGN waren Teil der *Gendarmerie Nationale* und somit dem Verteidigungsministerium unterstellt.<sup>298</sup> Sie kamen in den 1970er Jahren innerhalb Frankreichs nur selten zum Einsatz, erlangten aber durch spektakuläre Auslandseinsätze wie der Befreiung der Großen Moschee in Mekka 1979 einen Ruf als effektive Eliteeinheit.<sup>299</sup> Ebenfalls im Jahr 1974 richtete der Auslandsgeheimdienst DST eine erste Terrorismus-Abteilung ein, die sich zunächst ausschließlich auf palästinensische Gruppen konzentrierte. Die Einheit bestand aus zehn Mitgliedern und wurde der Abteilung „Naher Osten“ angegliedert.<sup>300</sup>

Die weitreichendste Maßnahme der französischen Terrorismusbekämpfung der 1970er Jahre erfolgte 1978 unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit. Am 7. Februar 1978 erließ das Verteidigungsministerium eine als geheim eingestufte Verordnung über die Einrichtung eines „Alarm- und Präventionsplanes“, der später als *Vigipirate* bekannt wurde und verschiedene Präventionsmaßnah-

erste französische Entführer eines Flugzeuges, Christian Bellon, im Jahr 1970. Vgl. Guillaume/Levasseur, *Terrorisme international*, S. 26.

<sup>294</sup> Loi n° 71-553 relative aux prises d'otages et aux enlèvements de mineurs, in: JORF vom 11. 7. 1971, S. 214 f.

<sup>295</sup> Assemblée Nationale, Annexe au procès-verbal de la séance du 21 juin 1971, Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi (n° 1833) relatif aux prises d'otages et aux enlèvements de mineurs, par M. Krieg, S. 3.

<sup>296</sup> Vgl. Marcellin, *L'importune vérité*, S. 190.

<sup>297</sup> Ebenda, S. 190. Vgl. auch die Erinnerungen von Einsatzleiter Robert Broussard, *Mémoires*, Paris 2005, S. 51–132.

<sup>298</sup> Zur Geschichte der GIGN vgl. Jean-Claude Bourret, G. I. G. N. Les exploits des gendarmes anti-terroristes, Paris 1991; Gilbert Deflez, GIGN. Vocation anti-terroristes, Paris 1983.

<sup>299</sup> Vgl. François Malye, 1979: l'intervention sanglante du GIGN à La Mecque, in: Faligot/Guisnel (Hrsg.), *Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, S. 322–324.

<sup>300</sup> Vgl. Burdan, DST, S. 62 f.

men im Falle eines Terrorangriffes vorsah.<sup>301</sup> *Vigipirate* kam zum ersten Mal im Jahr 1990 während des Golfkrieges zum Einsatz. Er wurde 1995, 2002 und 2003 überarbeitet und ist noch heute gültig. Er sieht mehrere Alarmstufen vor und beinhaltet für den Fall eines Terrorangriffes die Einrichtung eines ständigen Ministerausschusses, den Einsatz des Militärs im Inland und verstärkte Überwachungsmaßnahmen an sensiblen Punkten des öffentlichen Lebens.<sup>302</sup>

Der „Alarm- und Präventionsplan“ bildete den Höhepunkt der diskreten Ausrüstung gegen internationale Terroristen im Frankreich der 1970er Jahre. Die Doppelstrategie, mittels der präventiven *sanctuary doctrine* Terrorismus möglichst von Frankreich fernzuhalten und sich zugleich mit einer technischen Ausrüstung gegen potenzielle Angriffe zu rüsten, funktionierte aber nur unter gewissen Voraussetzungen. Den Herausforderungen der 1980er Jahre war sie nicht mehr gewachsen.

<sup>301</sup> Vgl. Rigouste, *L'ennemi intérieur*, S.174.

<sup>302</sup> Vgl. Emmanuel-Pierre Guitet, *L'implication de l'armée dans la lutte antiterroriste: le cas français*, in: Bigo/Bonelli/Deltombe, *Au nom du 11 septembre*, S.188–193.

## II. Terrorismusbekämpfung in Frankreich in den 1980er Jahren

### 1. Die Linke an der Macht

Die Wahl François Mitterrands zum Präsidenten der Französischen Republik am 10. Mai 1981 wurde von den Zeitgenossen im In- und Ausland als politisches Erdbeben und als Epochenwandel empfunden. In der Erinnerungskultur steht sie heute in einer Linie mit den großen Momenten der Linken im 20. Jahrhundert: der Volksfront von 1936, der Résistance oder dem Mai 1968.<sup>1</sup> Erstmals in der Geschichte der V. Republik wurde ein Sozialist ins höchste Staatsamt gewählt. Mitterrand stützte sich auf eine breite Linkskoalition, die sich im Laufe der 1970er Jahre gefestigt hatte.<sup>2</sup> Seit der Abfassung eines gemeinsamen Wahlprogrammes zwischen dem PS und der Kommunistischen Partei im Jahr 1972 waren die Sozialisten in Rhetorik und Programm stark nach links gerückt. Außerdem hatte die Partei viele liberale Ideen der „68er“ übernommen. Ebenjene Mischung aus einem Wirtschaftsprogramm, das nach jahrzehntelangem Wachstum die „Arbeiterklasse“ belohnen sollte,<sup>3</sup> und dem Versprechen, die nach 23 Jahren Gaullismus „blockierte Gesellschaft“<sup>4</sup> zu reformieren, war grundlegend für die in den 1970er Jahren stetig wachsende Popularität des PS. Unter dem Motto „Changer la vie!“ – „Das Leben ändern!“ gelang es den Sozialisten, die unterschiedlichsten Hoffnungen auf Reformen zu verkörpern.

Den enormen Erwartungen begegnete die neue Regierung mit einer Vielzahl von Reformprojekten. Zwar bestätigten sich die Befürchtungen US-amerikanischer Beobachter nicht, die mit vier kommunistischen Ministern besetzte Regierung könne aus dem westlichen Block ausscheren, aber es wurden radikale Wirtschaftsreformen umgesetzt.<sup>5</sup> Besondere Bedeutung kam der Verstaatlichung mehrerer Großkonzerne und Finanzunternehmen sowie von insgesamt 36 Banken zu. Außerdem übernahm die öffentliche Hand Unternehmensgruppen in Schlüsselbereichen wie der Stahl- und Rüstungsindustrie, der Pharmaherstellung und der Informationstechnologie.<sup>6</sup> Um der wirtschaftlichen Krise zu begegnen, die Frankreich seit Mitte der 1970er Jahre erfasst hatte, wurde eine konsumori-

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Emmanuel Lemieux/Olivier Roller, 10 mai 1981. Une journée particulière, Paris 2011; Pierre Favier, Dix jours en mai, Paris 2011.

<sup>2</sup> Vgl. Odile Rudelle, La gauche, les institutions et le gaullisme, in: Becker/Candar, Histoire des gauches en France II, S. 507–523.

<sup>3</sup> Zum französischen „Wirtschaftswunder“ nach 1945 vgl. Jean Fourastié, Les trente glorieuses où la révolution invisible de 1946 à 1975, Paris 1979.

<sup>4</sup> Michel Crozier, La société bloquée, Paris 1971.

<sup>5</sup> Zur amerikanischen Sorge vor einer Hinwendung Frankreichs zur Sowjetunion vgl. Attali, Verbatim I, S. 22.

<sup>6</sup> Zu den Verstaatlichungen vgl. Michel Margairaz, Les nationalisations: la fin d'une culture politique?, in: Berstein/Milza/Bianco, Les années du changement, S. 344–384.

enterte Wirtschaftspolitik eingeleitet, die insbesondere Angestellte und Arbeiter entlasten sollte.<sup>7</sup> Der staatliche Mindestlohn wurde mehrfach angehoben. Die Regierung führte eine fünfte Woche bezahlten Urlaub ein, die Wochenarbeitszeit wurde auf 39 Stunden gesenkt und das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre heruntersetzt. Außerdem erhielten Arbeiter und Angestellte einen besseren Kündigungsschutz und mehr Mitspracherechte in den Unternehmen.<sup>8</sup>

Hinzu kamen symbolträchtige Reformen unter den Überschriften „Demokratisierung“ und „Liberalisierung“. Das Großprojekt der Dezentralisierung versprach eine Aufweichung des Zentralstaats und mehr politische Mitspracherechte für die Regionen.<sup>9</sup> Eine ebenfalls hohe symbolische Bedeutung hatte der Umbau der Justiz, insbesondere die Abschaffung der Todesstrafe.<sup>10</sup>

### 1.1 Das sozialistische Konzept der Terrorismusbekämpfung

Zu den großen symbolischen Versprechen der angekündigten *rupture* – einer grundlegenden Richtungsänderung für die französische Gesellschaft – gehörte auch ein neuer Umgang mit politischer Gewalt. Das sozialistische Anti-Terror-Konzept versprach eine Politik der Öffnung gegenüber politischen Gewalttätern. Es speiste sich aus den Erfahrungen des Algerienkrieges und den Unruhen im und nach dem Mai 1968. Es war geprägt von der Oppositionskultur der französischen Linken, die die Institutionen der V. Republik seit ihrer Gründung äußerst kritisch betrachtete, und kann als ein Gegenentwurf zur Politik der Präsidenten de Gaulle, Pompidou und Giscard d’Estaing verstanden werden. Es war auch Ausdruck der tiefen Spaltung der französischen Gesellschaft in ein rechtes und ein linkes Lager, die die politische Landschaft spätestens seit 1968 prägte. Die 1981 umgesetzten Reformen waren eine Zuspitzung und Verlängerung der politischen Debatten der 1970er Jahre.

#### Liberalisieren gegen den Terrorismus

Das Wahlprogramm François Mitterrands erwähnte den Terrorismus allerdings mit keinem Wort.<sup>11</sup> Die sozialistischen Vorstellungen zum Umgang mit politischer Gewalt finden sich verstreut in Aussagen zu allgemeinen Fragen der Sicherheit und insbesondere als Teil der großen Reformvorhaben zur Liberalisierung der französischen Gesellschaft. Hinter der Vermeidung des Themas steckte auch eine politische Programmatik, die den PS als „Verteidiger der Freiheiten“ positi-

<sup>7</sup> Zu den Krisen der 1970er und 1980er Jahre und dem Krisenbegriff im französischen Kontext vgl. die Beiträge in: Vingtième Siècle 84 (2004/4).

<sup>8</sup> Vgl. Lucette Le Van-Lemesle/Michelle Zancarini-Fournel, Moderniser le travail: temps de travail, conceptions de l’entreprise et lois sociales, in: Berstein/Milza/Bianco, Les années du changement, S. 531–547.

<sup>9</sup> Vgl. Guy Saëz, La décentralisation, intentions et résultats, in: Berstein/Milza/Bianco, Les années du changement, S. 668–690.

<sup>10</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, La décennie Mitterrand I, S. 175–191.

<sup>11</sup> Vgl. François Mitterrand, L’homme, les idées, le programme, Paris 1981.

onierte und die Betonung sicherheitspolitischer Fragen als kontraproduktiv betrachtete. So formulierte der maßgeblich für das Parteiprogramm verantwortliche Jean-Pierre Chevènement auf einer Konferenz des PS zum Thema „Sicherheit“ im Frühjahr 1981:

Begriffe sind niemals unschuldig. Sie strukturieren die politische Debatte. [...] Die Konservativen setzen in dieser Auseinandersetzung die Themen, weil sie die Medien beherrschen. Dies tun sie zurzeit, in dem sie ein neues Konzept erfinden: das der „Sicherheit“. [...] Wir Sozialisten setzen Herrn Peyrefitte, der behauptet, die Sicherheit sei die erste der Freiheiten, entgegen: „Die Freiheit ist die erste der Sicherheiten“!<sup>12</sup>

In den Debatten der 1970er Jahre hatten die Sozialisten voll und ganz auf Freiheit und Bürgerrechte gesetzt. Auch der Umgang mit politischer Gewalt wurde in diesem Raster verhandelt. Eine effektive Anti-Terrorismus-Politik bestand aus Sicht des PS zuvorderst in einer Bekämpfung der Ursachen politischer Gewalt. Diese wurden vor allem in der „autoritären“ Verfassung der V. Republik und der „repressiven“ Politik der konservativen Mehrheit gesehen. Wenn in den Vorschlägen der Sozialisten auf Terrorismusbekämpfung eingegangen wurde, dann in erster Linie darauf, wie *nicht* vorgegangen werden sollte. So hieß es in einer Stellungnahme der Partei im Jahr 1978:

Die Sozialisten glauben, dass es unumgänglich ist den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen und jede Beeinträchtigung der persönlichen Freiheiten abzulehnen. Sie sind der Meinung, dass Terroristen, wie allen anderen Angeklagten, die vollen Rechte der Verteidigung zustehen müssen. Die wirkliche Verteidigung gegen den Terrorismus funktioniert über eine Verstärkung der Freiheiten auf europäischer Ebene und der Streichung von inakzeptablen Maßnahmen aus den Gesetzen der Mitgliedstaaten (Ausnahmegesetze und -tribunale, Berufsverbote etc.).<sup>13</sup>

Das explizit liberale Anti-Terror-Konzept erklärt sich auch aus dem niedrigen Gewaltniveau im Frankreich der 1970er Jahre. Noch viel stärker als im Regierungslager herrschte innerhalb der Linken die Meinung, dass es einen „echten“ Terrorismus in Frankreich gar nicht gebe.<sup>14</sup> Die Sozialisten propagierten einen möglichst unaufgeregten Umgang mit dem als marginal empfundenen Problem.

<sup>12</sup> Jean-Pierre Chevènement, Une politique d'insécurité, in: Le poing et la rose 79 (22.4.1981), S. 3–7, hier S. 3.

<sup>13</sup> Vgl. Fondation Jean Jaurès – Centre d'Archives Socialistes (FJJ-CAS), 2172/2.1.2, Violences, Question n° 43 – Approuvez vous le projet de convention européenne contre le terrorisme?, S. 57 f., hier S. 57.

<sup>14</sup> Vgl. die Aussage der französischen Historikerin Madeleine Rebérioux, aus dem Jahr 1979: „Kurz gesagt, es gibt zurzeit keinen Terrorismus in Frankreich.“ Madeleine Rebérioux, Esquisse d'une histoire du terrorisme en France, in: Après-demain. Journal mensuel de documentation politique 211 (1979/2), S. 5–8, hier S. 5. Der Mitgründer des linken Richterverbandes *Syndicat de la magistrature* und spätere PS-Abgeordnete François Colcombet schrieb in der gleichen Publikation: „Als Terroristen gelten heute die Bretonen oder die Korsen, wenn sie in Versailles Bomben legen oder auf Gendarmen schießen. [...] Aber zurzeit machen sie nicht den Eindruck von ‚echten‘ Terroristen. Denn ihre Aktionen, so exzessiv sie auch sind, haben bisher noch nicht den Rahmen überschritten, in dem sie mehr oder weniger toleriert werden, oder treffen auf Verständnis bei einem erheblichen Teil der Gesellschaft, wenn nicht sogar bei der Regierung. Insgesamt bleibt Frankreich ein relativ ruhiges Land, insbesondere im Vergleich zu seinen direkten Nachbarn.“ François Colcombet, La liberté, moyen de l'ordre, in: Ebenda, S. 11–15, hier S. 11.

Auf diesem Wege könne, so das Kalkül, einerseits die Strategie der Terroristen, über Gewalt Aufmerksamkeit zu erlangen, vereitelt werden. Andererseits werde damit eine übertriebene Reaktion des Staates unterbunden, die eine Eskalation von Terrorismus und Repression in Gang setzen würde und damit, wie etwa in der Bundesrepublik geschehen, die Menschen- und Bürgerrechte gefährde.<sup>15</sup>

### Robert Badinter und die Doktrin der absoluten Rechtsstaatlichkeit

Das sozialistische Anti-Terror-Konzept war maßgeblich geprägt von den Vorstellungen Robert Badinters, der als Justizminister ab 1981 eine umfassende Reform des französischen Justizsystems einleitete.<sup>16</sup>

Der 1928 in Paris als Kind jüdischer Einwanderer geborene Badinter hatte die deutsche Besatzung zusammen mit seiner Mutter in einem Versteck in den französischen Alpen überlebt.<sup>17</sup> Nach einem Jurastudium in Paris und den USA folgte eine brillante Karriere als Anwalt, daneben engagierte sich Badinter früh auf der Seite der politischen Linken. Seit dem Ende der 1950er Jahre gehörte er zum engeren Kreis um François Mitterrand, mit dem ihn auch eine persönliche Freundschaft verband.<sup>18</sup> Wie für viele Anwälte seiner Generation hatten die Menschenrechtsverletzungen und die politische Justiz während des Algerienkrieges eine prägende Wirkung auf sein politisches Engagement. Ab 1960 vertrat Badinter prominente Kriegsgegner vor französischen Gerichten. Zusammen mit dem späteren Außenminister Roland Dumas verteidigte er die sogenannten Kofferträger der Gruppe Jeanson vor Gericht.<sup>19</sup> Im Gegensatz zu Dumas weigerte sich Badinter aber, die Bombenleger des FLN selbst zu verteidigen, weil er trotz seiner antikolonialen Gesinnung den Terrorismus, der sich gegen Zivilisten richtete, ablehnte.<sup>20</sup> Auch als Publizist engagierte er sich gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechten im Kampf gegen den Terrorismus. So schrieb er im November 1961 für das Wochenmagazin *L'Express*:

Bei der Niederschlagung des algerischen Aufstandes sind nacheinander alle Garantien der Angeklagten, die das Strafrecht ihnen zusichert und den Unterschied zwischen einer Willkürjustiz und einem Rechtsstaat ausmachen, aufgehoben worden. Die Begrenzung der Untersuchungshaft, der Anspruch auf rechtliches Gehör, die Kontrolle der Polizei durch die Richterschaft und die Rechte der Verteidigung wurden beschnitten, ausgeschaltet und ausgelöscht, während sich Internierungslager, Misshandlungen und Folter ungestraft ausbreiteten.<sup>21</sup>

In den unruhigen Jahren nach dem Mai 1968 engagierte sich Badinter als Mitglied einflussreicher Juristenverbände vehement in den Anti-Repressions-Kampagnen

<sup>15</sup> Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 18.

<sup>16</sup> Badinter hatte bis zu seiner Berufung im Juni 1981 an einer Monographie zum Terrorismus gearbeitet. Vgl. Favier/Martin-Roland, *La décennie Mitterrand I*, S. 178.

<sup>17</sup> Sein Vater Simon Badinter wurde 1943 deportiert und im Vernichtungslager Sobibór ermordet. Vgl. Pauline Dreyfus, Robert Badinter. *L'épreuve de la justice*, Paris 2009, S. 11–30.

<sup>18</sup> Vgl. Cassia, Badinter, S. 150–188.

<sup>19</sup> Vgl. Péju, *Le procès du réseau Jeanson*.

<sup>20</sup> Vgl. Cassia, Badinter, S. 105.

<sup>21</sup> Robert Badinter, *Le procès de la défense*, in: *L'Express* vom 16. 11. 1961.

der politischen Linken.<sup>22</sup> In einem Artikel in *Le Monde* verurteilte er das Anti-Randalierer-Gesetz von Innenminister Raymond Marcellin als „freiheitstötend“.<sup>23</sup> Als Anwalt kämpfte er seit 1972 für die Abschaffung der Todesstrafe.<sup>24</sup> Als Experte für den PS äußerte er sich regelmäßig zu Fragen der Menschen- und Bürgerrechte.<sup>25</sup>

Der Terrorismus in der Bundesrepublik sensibilisierte die französische Linke erneut für das Problem der politischen Gewalt und weckte zugleich Erinnerungen an den Algerienkrieg. Einen Tag nach der Befreiung der Passagiere einer deutschen Lufthansamaschine in Mogadischu und dem Selbstmord der RAF-Terroristen in Stuttgart-Stammheim am 18. Oktober 1977 veröffentlichte Badinter in *Le Monde* unter dem Titel „Terrorismus und Freiheit“ einen Kommentar über den staatlichen Umgang mit Terroristen:

Hier liegt die Herausforderung, die der Terrorismus für die Freiheit bedeutet. Die Versuchung, auf die Gewalt mit Staatsterror zu antworten, ist natürlich und fast unwiderstehlich. Aber keine Demokratie kann sich ihr hingeben, ohne sich selbst zu verlieren. [...] Wenn sich die Gegner des Terrorismus wie er selbst der Gewalt hingeben, bleibt der Terrorismus Sieger. Die Taten der Terroristen werden im Nachhinein gerechtfertigt durch die Reaktionen, die sie hervorrufen. Und die von ihnen gehasste Gesellschaft wird dort zerstört, wo sie am wertvollsten und am zerbrechlichsten ist: in der Achtung der Freiheit des Anderen, eben jenem Grundwert, den der Terrorismus zutiefst ablehnt.<sup>26</sup>

Die Entführung Aldo Moros in Italien verstärkte noch einmal den Reflexionsprozess darüber, wie mit Terrorismus in Frankreich umgegangen werden sollte. Badinter stellte anlässlich der Ermordung Moros klar, dass Terroranschläge in einer Demokratie als ordentliche Straftaten behandelt werden müssten.<sup>27</sup>

Das von Robert Badinter als Führungsfigur des Bürgerrechts-Flügels innerhalb der Linken umgesetzte Anti-Terror-Konzept kann als Summe dieser historischen Erfahrungen mit dem Phänomen Terrorismus verstanden werden.<sup>28</sup> Da in den

<sup>22</sup> Zur Bedeutung der Juristenverbände in den 1970er Jahren vgl. Elisabeth Bokelmann, *Aufstand der Richter. Frankreichs Justiz und ihr Verhältnis zum Staat 1946–1981*, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 170–227.

<sup>23</sup> Vgl. Robert Badinter/Jean-Denis Bredin, *L'escalade*, in: *Le Monde* vom 29. 4. 1970.

<sup>24</sup> Vgl. Dreyfus, Badinter, S. 128–144.

<sup>25</sup> Badinter bereitete u. a. die *Charta der Freiheiten* des PS vor. Vgl. Robert Badinter (Hrsg.), *Liberté, libertés. Réflexions du comité pour une charte des libertés*, Paris 1976.

<sup>26</sup> Robert Badinter, *Terrorisme et liberté*, in: *Le Monde* vom 19. 10. 1977.

<sup>27</sup> Badinters Biograph Paul Cassia sieht in der Entführung Aldo Moros den Ausgangspunkt für eine vertiefte Beschäftigung mit dem Terrorismus. Vgl. Cassia, Badinter, S. 337.

<sup>28</sup> Zum Bürgerrechts-Flügel gehörten u. a. Raymond Forni und Gisèle Halimi, die ebenfalls auf Karrieren als kritische Anwälte zurückblicken konnten. Vgl. u. a. Raymond Forni, *Les lois de la République face au terrorisme*, in: Institut international de Police, 6<sup>ème</sup> Session d'Enseignement Supérieur (4–14 mai 1982): „Terrorisme, coopération internationale et droits de l'homme“. Interner Tagungsbericht 1982, einsehbar im Archiv der BDIC, Paris-Nanterre. Gisèle Halimi hatte während des Algerienkrieges selbst FLN-Terroristen verteidigt und erklärte im Sommer 1981 in der Parlamentsdebatte um die Auflösung des Staatssicherheitshofes: „Heute wird die französische Regierung gewinnen, ja wir müssen gewinnen, was wir 1963 verloren haben. Ihren [der Oppositionsparteien] Cassandra-Juristen, die bereits vor der ‚Nord-Irlandisierung‘ Frankreichs warnen und die Einsetzung irgendwelcher Spezialgerichtsbarkeiten prophezeien, antworte ich, dass die Regierung der Linken sich – anders als ihre

Augen der Linken die Ursachen für den Terrorismus in den repressiven Strukturen des Staates zu suchen und viele der mit Gewalt vertretenen Forderungen im Kern berechtigt waren, musste zunächst eine nationale Aussöhnung erreicht werden. Dies konnte nur mit politischen Zugeständnissen und unter Verzicht auf Ausnahmegesetze und Sondertribunale geschehen. Im Gegenzug bedeutete dies aber auch, dass politische Gewalt im neuen, sozialistischen Frankreich keinerlei Berechtigung mehr hatte. Anschläge gegen den Staat sollten nicht mehr vor dem Hintergrund eines politischen Motivs entschuldigt und politisch motivierte Gewalt wie jede andere Straftat vor normalen Strafgerichten verhandelt werden. Die Doktrin der absoluten Rechtsstaatlichkeit bedeutete außerdem, dass Verhandlungen und geheime Kompromisse mit Terroristen von nun an ausgeschlossen waren.

Die Umsetzung des sozialistischen Anti-Terror-Konzeptes im Jahr 1981 geschah in vier Schritten. Erstens wurde eine Amnestie für politische Gewalttäter erlassen, mit der die nationale Aussöhnung erreicht werden sollte. Zweitens bereitete Badinter eine Justizreform vor, die die Abschaffung sämtlicher Sondergesetze und Sondertribunale für politische Verbrechen beinhaltete. Drittens sollte der separatistischen Gewalt auf Korsika mit einer umfassenden politischen Lösung begegnet und viertens ein Auslieferungsstopp für politische Flüchtlinge durchgesetzt werden, die in ihren Heimatländern als Terroristen gesucht wurden.

## 1.2 Die Amnestie der politischen Gefangenen

Die Amnestie der politischen Gefangenen gehörte von Beginn an zu den umstrittensten Maßnahmen der neuen Regierung. Sie wurde zu einer schweren Belastung, als sich herausstellte, dass einige der im Sommer 1981 Freigelassenen wieder in den Untergrund abtauchten und erneut Anschläge begingen. Amnestien nach der Wahl eines neuen Präsidenten gehörten zur Tradition des französischen Politikbetriebes. In den 1960er und frühen 1970er Jahren waren außerdem immer wieder Generalamnestien ausgesprochen worden, um gesellschaftliche Konflikte symbolisch abzuschließen, etwa nach dem Algerienkrieg oder den Unruhen vom Mai 1968.<sup>29</sup> Dennoch unterschied sich die Amnestie des Jahres 1981 von ihren Vorläufern. Zum einen wurden im Zuge der präsidentialen Begnadigungen und aufgrund eines Gesetzes vom 4. August 1981 mit insgesamt 6212 weit mehr Menschen freigelassen als üblich.<sup>30</sup> Damit sollte, so der Berichtstatter des Amnestiegesetzes in der Nationalversammlung, Jean-Pierre Michel, die „traditionelle Großzügigkeit der französischen Linken“ zum Ausdruck gebracht werden.<sup>31</sup> Zugleich

Vorgängerregierungen – an ihre eigenen Gesetze halten wird“. Vgl. Gisèle Halimi, *Assemblée Nationale, Compte rendu intégral, 2<sup>e</sup> séance du vendredi 17 juillet 1981*, in: JORF vom 18.7.1981, S. 250 f.

<sup>29</sup> Vgl. Wahnich, *Une histoire politique de l’amnistie*, S. 30–35.

<sup>30</sup> Vgl. *Le Monde* vom 9./10.8.1981, S. 5, „Un détenu sur sept a été libéré depuis le 10 mai“.

<sup>31</sup> *Assemblée Nationale, Compte rendu intégral, 2<sup>e</sup> séance du mercredi 29 juillet 1981*, in: JORF vom 30.7.1981, S. 477.

konnte so das Gefängnisssystem entlastet werden. Die Zahl der Inhaftierten sank dank der Amnestiebestimmungen um ein Siebtel auf 35 844.<sup>32</sup>

Unter den Amnestierten befanden sich zwar nur etwa 100 politische Gefangene, ihnen kam aber eine wesentliche Bedeutung in den Planungen der Regierung zu.<sup>33</sup> Mit ihrer Freilassung sollte eine „nationale Aussöhnung“ erreicht werden. So erklärte Justizminister Robert Badinter bei der Verteidigung seines Gesetzesentwurfs vor der Nationalversammlung:

Heute, so hat es der Präsident der Republik ausgedrückt, ist die Zeit für eine große nationale Aussöhnung gekommen. Diese Aussöhnung stützt sich auf die Überzeugung, dass die frühere Politik die oftmals legitimen Hoffnungen verschiedener Gruppen in unserer Bevölkerung verkannt oder übergangen hat, und insbesondere jene, die sich in mehreren Regionen in Reaktion auf eine blockierte politische Situation und einen exzessiven Zentralismus entwickelt haben. Die Erbitterung, die daraus hervorgegangen ist, hat sich leider manchmal in schädlichen und tadelnswerten Aktionen ausgedrückt. Aber nun soll Gnade ergehen und die Regierung, indem sie dies unterstreicht, bekräftigt zugleich ihr Vorhaben, eine neue Politik gegenüber den regionalen Hoffnungen einzuleiten.<sup>34</sup>

Die Ausführungen Badinters machen zunächst deutlich, dass die Amnestie vor allem auf die Beilegung der Probleme auf Korsika und mit Abstrichen in der Bretagne (wo sich die Lage seit 1979 aber weitgehend beruhigt hatte) zielte. Daneben zeigt die Sprache des Justizministers auch, wie stark die politische Gewalt der vergangenen Jahre bagatellisiert und mit einer verfehlten Regierungspolitik erklärt wurde. Schließlich lässt die Rede die Hoffnung erkennen, dass mit der Neuausrichtung ein Schlussstrich unter politisch motivierte Gewalt in Frankreich gezogen werden könne. Dies wird in der Androhung einer „notwendigen Härte“ bei zukünftigen Verstößen gegen die „Abmachung“ zwischen Terroristen und Regierung deutlich:

Ich habe bereits erwähnt, dass die letzten Jahre glücklicherweise weniger von Dramen und tiefen Brüchen geprägt waren als in den Jahrzehnten zuvor. Aber wir wissen alle, dass auch in letzter Zeit politisch motivierte Gewalttaten nicht ausgeblieben sind. Diese Taten sind inakzeptabel, und ich will hier deutlich sagen, dass, falls sie sich nach der Amnestie und dem grundlegenden und mutigen Politikwechsel, den wir durchführen, wiederholen sollten, wir diese beständig und mit der notwendigen Härte bekämpfen werden.<sup>35</sup>

Dass der Glaube an einen solchen Schlussstrich einen großen Optimismus voraussetzte und eine durchaus gefährliche Spekulation sein konnte, hob der ehemalige Justizminister Jean Foyer als Vertreter der Oppositionsparteien bereits in seiner Antwort-Rede vor der Nationalversammlung hervor. Foyer, der zu Beginn der 1960er Jahre unter anderem die Gründung des Staatssicherheitshofes vorbe-

<sup>32</sup> Die französischen Gefängnisse waren auf eine Gesamtzahl von 28 000 Menschen ausgelegt, blieben also weiterhin stark überbelegt. Vgl. *Le Monde* vom 9./10. 8. 1981, S. 5, „Un détenu sur sept a été libéré depuis le 10 mai“.

<sup>33</sup> Vgl. *Le Monde* vom 9. 6. 1981, S. 8, „Plus de six cents personnes incarcérées pour des motifs politiques ou philosophiques attendent la loi d'amnistie“.

<sup>34</sup> *Assemblée Nationale, Compte rendu intégral, 2<sup>e</sup> séance du mercredi 29 juillet 1981*, in: *JORF* vom 30. 7. 1981, S. 480.

<sup>35</sup> Ebenda.

reitet hatte und als Hardliner in Fragen der inneren Sicherheit galt, machte auf die Gefahren des sozialistischen Projektes aufmerksam:

[...] zu den zu amnestierenden Straftaten zählen auch so schwere wie der Bombenanschlag auf das Schloss von Versailles oder die Zerstörung eines Fernsehturmes. Ich bin mir darüber bewusst, dass solche Vergehen aufgrund ihrer Natur dazu bestimmt sind, eines Tages amnestiert zu werden – dies geschieht letztlich immer, sobald die Urheber der Gewalttaten auf eine Fortführung ihrer Machenschaften und auf die Anwendung von Gewalt und Waffen verzichtet haben. Aber ist es bereits so weit? Ich würde mir wünschen, dass es so wäre, aber ich zweifle daran. [...] Wenn sie in Zukunft den Autonomisten oder „Unabhängigkeitskämpfern“, die diese oder jene Halbinsel oder Insel aufwiegeln wollen, nun keine Zugeständnisse mehr machen wollen, wird man ihnen dies viel stärker vorwerfen, als man es uns vorwerfen konnte. [...] Sie sind ein hohes Risiko eingegangen. Ich hoffe, dass sie gewinnen werden, aber ich bezweifle es.<sup>36</sup>

Unter den Freigelassenen befanden sich neben 50 korsischen und 18 bretonischen Häftlingen auch 26 Basken (davon 25 mit spanischer Staatsbürgerschaft) und elf Mitglieder von *Action Directe*.<sup>37</sup> Während die Amnestie für einfache Straftäter mit Strafen von bis zu 15 Monaten galt, konnten politische Häftlinge bis zu einer Gefängnisstrafe von acht Jahren freigelassen werden. Ausgeschlossen waren jene, die wegen Mordes, versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung, Waffenbesitzes sowie einfacher Körperverletzungen, wenn diese sich gegen Staatsbeamte richteten, verurteilt waren.<sup>38</sup> Der Druck verschiedener Unterstützergruppen brachte aber schließlich auch den größten Teil dieser Verurteilten aufgrund von Begnadigungen wieder auf freien Fuß. So forderte der Anwalt Michel Laval in einem Kommentar in *Le Monde*:

Während des letzten Wahlkampfes ist viel von „Veränderung“ gesprochen worden. Veränderung der Menschen, der Politik, der Legitimität, ja selbst der Geschichte. Die Reichweite dieser Veränderung wird sich auch daran messen lassen müssen, wie die neue Regierung die politischen Gefangenen des letzten Regimes behandelt, die noch in Haft sind. [...] Es muss reiner Tisch gemacht werden. Und dabei darf nicht das Prinzip der Ordnung gelten, sondern das der Freiheit.<sup>39</sup>

Nach der intensiven Kampagne eines Unterstützerkomitees mit Demonstrationen, Presseartikeln sowie einem Hungerstreik der Gefangenen kam Nathalie Ménigon, eine der Anführerinnen von *Action Directe*, die bei ihrer Verhaftung auf Polizisten geschossen hatte, im September 1981 frei. Kurz darauf wurden drei Mitglieder der NAPAP und weitere Linksextremisten entlassen.<sup>40</sup>

Die Großzügigkeit der neuen Regierung erklärte sich auch aus der Sympathie für manche Ziele der Inhaftierten in weiten Teilen der französischen Linken. Da-

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> Vgl. ebenda.

<sup>38</sup> Vgl. Loi n° 81-736 du 4 août 1981 portant amnistie, in: JORF vom 5. 8. 1981, S. 2138–2142, hier S. 2138.

<sup>39</sup> Michel Laval, *Ordre ou liberté*, in: *Le Monde* vom 15. 8. 1981, S. 2. Vgl. auch *Le Monde* vom 27. 5. 1981, S. 9, „Corse: la libération des prisonniers politiques est au centre de la campagne“; *Le Monde* vom 11. 8. 1981, S. 6, „M. Edmond Simeoni demande ‚la libération de tous les prisonniers politiques‘ avant l’ouverture du dialogue avec le gouvernement“; *Le Monde* vom 13. 6. 1981, S. 15, „Les limites de la future amnistie mécontentent les groupes séparatistes“.

<sup>40</sup> Vgl. Pochon, *Les stores rouges*, S. 227–236.

bei kam insbesondere den Erfahrungen aus den frühen 1970er Jahren eine Vorbildfunktion zu. Damals hatte die kritische, aber wohlwollende Begleitung der revolutionären Gruppen durch die moderate Linke zu deren Reintegration in die Gesellschaft beigetragen. Eine verständnisvolle Haltung sollte nun erneut und angesichts des Regierungswechsels noch stärker zur Befriedung der radikalen Gruppen beitragen. So hieß es in einem Bericht des *Nouvel Observateur*: „Frankreich ist seit dem 10. Mai links, es muss daher auch Zeichen in diese Richtung setzen, selbst gegenüber denen, die einen falschen Weg gewählt haben, nämlich den, Veränderungen mit der Pistole in der Hand herbeizuzwingen.“<sup>41</sup>

In der breiten Bevölkerung war die Amnestie aber weit weniger populär. Robert Badinter, der nach Ablauf seiner Amtszeit stets versicherte, er habe das Gesetzesprojekt gegen seinen Willen von seinem kurzzeitigen Amtsvorgänger Maurice Faure übernommen, berichtete, dass selbst seine Mutter ihn gefragt habe, ob die Entlassung „all dieser Mörder“ wirklich notwendig sei.<sup>42</sup> Nach einer Meinungsumfrage im August 1981 lehnten 61 Prozent der Franzosen die Amnestiebestimmungen ab.<sup>43</sup>

### 1.3 Die Reformen der Justiz

Eine umfassende Erneuerung des französischen Justizsystems war nicht Teil des Wahlprogrammes der Sozialistischen Partei. Mit der Ernennung Robert Badinters zum Justizminister wurde sie aber gleichsam zu einer Priorität der neuen Regierung. Die französische Justiz sollte von einem „repressiven“ auf einen „präventiven“ Ansatz umgestellt werden. Dies sollte in zwei Etappen geschehen. Zunächst mussten die „Trutzburgen“ der Repression „geschliffen“ werden („raser les bastilles“).<sup>44</sup> Dazu gehörten neben der Abschaffung der Todesstrafe die Auflösung der Sondergerichte, insbesondere des Staatssicherheitshofes, sowie die Streichung repressiver Gesetze. In den Worten Badinters waren sie der Grund dafür, dass „Frankreich aufgehört hatte, ein Vorbild in Europa zu sein, und stattdessen ein abstoßendes Beispiel“ geworden war.<sup>45</sup>

In einer zweiten Etappe sollte die französische Justiz wieder aufgebaut werden. Das wichtigste Großprojekt war die Einführung eines neuen Strafgesetzbuches, das unter dem Motto „Freiheit, Humanisierung, Modernisierung“ dem neuen liberalen Ansatz entsprechen sollte. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die bereits im Oktober 1981 per Regierungsdekret beschlossene Möglichkeit für Einzelpersonen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen.<sup>46</sup>

<sup>41</sup> *Nouvel Observateur* vom 22. 5. 1982, zitiert nach: Pochon, *Les stores rouges*, S. 233 f.

<sup>42</sup> Zitiert nach: Cassia, Badinter, S. 253.

<sup>43</sup> Vgl. Favier/Martin-Roland, *La décennie Mitterrand I*, S. 179.

<sup>44</sup> Zitiert nach: Cassia, Badinter, S. 262.

<sup>45</sup> Zitiert nach: Favier/Martin-Roland, *La décennie Mitterrand I*, S. 179.

<sup>46</sup> Décret n° 81–917 du 9 octobre 1981 portant publication d'acceptation du droit de recours individuel en application de l'article 25 de la Convention européenne des droits de l'homme en date du 4 novembre 1950, in: JORF vom 14. 10. 1981, S. 2783.

Während das neue Strafgesetzbuch erst 1992 in Kraft trat, wurde die Aufhebung der Sondergerichte und Sondergesetze schnell und konsequent innerhalb des ersten Regierungsjahres durchgeführt.<sup>47</sup> Nicht zufällig gehörten diese zu den zentralen Instrumenten der Terrorismusbekämpfung. Ihre Abschaffung war Teil der neuen französischen Doktrin im Umgang mit politischer Gewalt.

### Die Abschaffung der Todesstrafe

Keine der Justizreformen der sozialistischen Regierung Anfang der 1980er Jahre ist so eng mit dem Namen Robert Badinters verbunden wie die Abschaffung der Todesstrafe. Sie gilt heute als ein Meilenstein in der französischen Rechtsgeschichte und als eine der größten Errungenschaften der ersten Amtsperiode von Präsident François Mitterrand.<sup>48</sup>

Die am 9. Oktober 1981 im Zuge der Justizreformen verabschiedete Abschaffung der Todesstrafe war im eigentlichen Sinne kein Bestandteil der neuen Anti-Terror-Politik.<sup>49</sup> Das Strafgesetzbuch sah die Todesstrafe aber für eine Reihe von Vergehen vor, für die seit 1963 der Staatssicherheitshof zuständig war: unter anderem die Teilnahme an einem bewaffneten Aufstand, ein Angriff auf die Autorität des Staates und die Integrität des Staatsgebietes sowie die Gefährdung des öffentlichen Friedens oder ein „Anschlag mit dem Ziel einer Massentötung oder der Verwüstung“.<sup>50</sup> Badinter nutzte die Debatte vor der Nationalversammlung für einen Grundsatzvortrag über die Notwendigkeit der absoluten Rechtsstaatlichkeit im Umgang mit dem Terrorismus:

Die Todesstrafe gegen Terroristen zu verwenden, bedeutet für eine Demokratie, sich die Werte Letzterer zu eigen zu machen. [...] Dieser Versuchung muss immer wieder widerstanden werden – natürlich dürfen dabei gegenüber dem Terrorismus, dieser in einer Demokratie inakzeptablen äußersten Form der Gewalt, keine Kompromisse gemacht werden.<sup>51</sup>

<sup>47</sup> Vgl. Loi n° 92-686 du 22 juillet 1992 portant réforme des dispositions du code pénal relatives à la répression des crimes et délits contre la nation, l'Etat et la paix publique, in: JORF vom 23.7.1992, S. 9893-9907.

<sup>48</sup> Badinter, der mehrere Bücher über seinen „Kampf gegen die Todesstrafe“ veröffentlicht hat, erhielt bereits während der 1970er Jahre wegen seines Engagements den Spitznamen „Herr Abschaffung“. Vgl. u.a. Robert Badinter, *L'abolition de la peine de mort*, Paris 2007; ders., *Contre la peine de mort. Écrits 1970-2006*, Paris 2006. Badinter verteidigte erfolgreich mehrere Angeklagte, gegen die die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe gefordert hatte, bereits 1973 veröffentlichte er ein Buch unter dem Titel „L'exécution“. Vgl. Robert Badinter, *L'exécution*, Paris 1973. Zur Kritik an Badinters Rolle durch Vertreter der älteren Anti-Todesstrafe-Bewegung vgl. Cassia, Badinter, S. 110-129.

<sup>49</sup> Vgl. Loi n° 81-908 portant abolition de la peine de mort, in: JORF vom 10.10.1981, S. 2759.

<sup>50</sup> Vgl. Sénat, Annexe au procès-verbal de la séance du 28 septembre 1981, Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de législation, du suffrage universel, du règlement et d'administration générale sur le projet de loi, adopté par l'Assemblée nationale, portant abolition de la peine de mort, par M. Paul Giroud, S. 39-41.

<sup>51</sup> Assemblée Nationale, Compte rendu des débats, 1<sup>re</sup> Séance du 17 septembre 1981, in: JORF vom 18.9.1981, S. 1141.

Der Justizminister machte anlässlich der Abschaffung der Todesstrafe seinen Ansatz deutlich. Dem Terrorismus sollte in Zukunft konsequent begegnet werden, dies durfte aber nur im Rahmen des Rechtsstaates geschehen.

Die Abschaffung der Todesstrafe wurde zwar von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt (62 Prozent, laut einer Umfrage des *Figaro*), innerhalb der politischen Klasse stieß sie aber auf allgemeine Zustimmung.<sup>52</sup> So votierten zahlreiche Abgeordnete der Konservativen für das Gesetz, darunter der Vorsitzende des RPR, Jacques Chirac. Frankreich war eines der letzten Länder Westeuropas, in dem die Todesstrafe verhängt werden konnte, die letzte Exekution war im Jahr 1977 vollstreckt worden und bereits der konservative Vorgänger Badinters im Amt des Justizministers, Alain Peyrefitte, war mit dem Vorhaben angetreten, die Todesstrafe abzuschaffen.<sup>53</sup> Auch das Wahlprogramm der Sozialistischen Partei hatte diesen Schritt angekündigt.<sup>54</sup> Wenn die Abschaffung im Jahr 1981 daher wenig überraschend erfolgte, so bleibt sie doch ein historischer Moment in der Geschichte der V. Republik.

### Die Auflösung des Staatssicherheitshofes

Anders als der Beschluss über die Aufhebung der Todesstrafe fand das Gesetz über die Auflösung des Staatssicherheitshofes kaum Beachtung. Nicht einmal Jean Foyer, der als Justizminister 18 Jahre zuvor die Einrichtung des Tribunals verantwortet hatte, war in der Nationalversammlung anwesend.<sup>55</sup> Was am 4. August 1981 von lediglich zwei Dutzend Parlamentariern beschlossen wurde, war nichtsdestotrotz die wichtigste Änderung in der institutionellen Struktur der französischen Terrorismusbekämpfung seit dem Ende des Algerienkrieges. Der Staatssicherheitshof war das zentrale Instrument zur Bekämpfung von Extremismus und politischer Gewalt gewesen. Insgesamt hatten sich in 18 Jahren 2523 Angeklagte vor dem Staatssicherheitshof verantworten müssen. Die große Mehrheit (2265 Personen) war in der Zeit von 1963 bis 1968 im Zuge der Bekämpfung der OAS verurteilt worden. Das aus zivilen Richtern und Militärrechtern zusammengesetzte Gremium verhängte in dieser Zeit 37 Todesurteile, insgesamt 239 Angeklagte wurden freigesprochen. In einer zweiten Phase nach 1968 richtete sich die Aktivität des Sondertribunals vor allem gegen Linksextremisten, dabei wurden bis 1975 aber lediglich 85 Fälle verhandelt. In einer dritten Phase von 1975 bis 1981 überwogen unter den Verurteilten Separatisten aus Korsika, der Bretagne und einigen Überseeregionen (insgesamt etwa 60 Angeklagte). Außerdem wurden Mitglieder der linksrevolutionären GARI, der NAPAP und von *Action Directe*

<sup>52</sup> Vgl. Favier/Martin-Roland, *La décennie Mitterrand I*, S. 181.

<sup>53</sup> Vgl. Robert Badinter, *Les épines et les roses*, Paris 2011, S. 28.

<sup>54</sup> Vgl. 110 propositions pour la France. Élections présidentielles, avril-mai 1981 [<http://discours.vie-publique.fr/notices/083001601.html>, zuletzt abgerufen am 30. 11. 2016].

<sup>55</sup> Vgl. Cassia, Badinter, S. 263.

verurteilt. Seit seiner Gründung hatte der Staatssicherheitshof zudem Spione und einige Kollaborateure aus der Zeit der deutschen Besatzung verurteilt.<sup>56</sup>

Mit dem Staatssicherheitshof wurde auch ein Konzept von politischer Gewalt und politischem Extremismus abgeschafft, das aus der Zeit des Algerienkrieges stammte und wesentlich vom Terrorismus von FLN und OAS geprägt worden war. Die Bestimmungen des Tribunals legten fest, welche Straftaten eine Gefährdung der Sicherheit, der Integrität oder der Autorität des Staates bedeuteten. Der Staatssicherheitshof hatte in der Folge ausschließlich über „interne Bedrohungen“ der staatlichen Autorität verhandelt. Das Wort „Terrorismus“ kam im Strafkatalog nicht vor. Für die Verurteilung internationaler Terroristen war der Staatssicherheitshof nicht zuständig.<sup>57</sup>

Der Grund für seine Abschaffung lag aber nicht darin, dass der Staatssicherheitshof keine adäquate Antwort auf die neuen Bedrohungen und deren Wahrnehmung mehr liefern konnte.<sup>58</sup> Für die Sozialisten war die Auflösung zuallererst ein Symbol für das Ende der politischen Justiz. Justizminister Badinter fasste die Motive der Regierung zusammen: „Der Staatssicherheitshof ist unvereinbar mit der Justiz eines freien Landes. Die Motive seiner Gründung waren tadelnswert, das Prozessverfahren unentschuldig, und seine Anwendung zu verurteilen.“<sup>59</sup> François Mitterrand selbst war jahrzehntelang einer der schärfsten Kritiker des Sondergerichtes gewesen. Als erbitterter Gegner de Gaulles hatte er bereits die zur Aburteilung der Putschisten und OAS-Terroristen eingerichteten Vorgängertribunale abgelehnt, 1963 gehörte er zu den wenigen Parlamentariern, die gegen die Einrichtung des Staatssicherheitshofes stimmten.<sup>60</sup> Auch wenn sich die Vehemenz der Opposition abgeschwächt hatte, blieb der Staatssicherheitshof innerhalb der französischen Linken ein Symbol für die politische Justiz der Kriegsjahre. Die Fraktion des PS brachte während der 1970er Jahre immer wieder Gesetzesvorschläge für eine Auflösung des Gerichtes ein, sie war Teil des Wahlprogrammes und Mitterrand selbst bekräftigte das Versprechen der Abschaffung noch im Frühjahr 1981 mehrfach.<sup>61</sup>

<sup>56</sup> Vgl. *Le Monde* vom 8.7.1981, S.9, „Les trois âges d'une juridiction politique“.

<sup>57</sup> Nach dem Anschlag auf die Synagoge in der Pariser Rue Copernic im Oktober 1980 zog der Staatssicherheitshof zwar zum ersten Mal eine Untersuchung an sich, die, wie sich später herausstellte, im Zusammenhang mit dem Palästina-Konflikt stand, zum Zeitpunkt des Untersuchungsbeginnes wurde aber noch davon ausgegangen, dass französische Rechtsextremisten den Anschlag verübt hatten. Vgl. ebenda.

<sup>58</sup> Wenngleich der Berichterstatter des Gesetzesvorschlages dieses Problem in einem Nebensatz vor der Nationalversammlung ansprach. Vgl. *Assemblée Nationale, Compte rendu intégral*, 2<sup>e</sup> séance du vendredi 17 juillet 1981, in: *JORF* vom 18.7.1981, S.244.

<sup>59</sup> Ebenda, S.246.

<sup>60</sup> Vgl. *Assemblée Nationale, Compte rendu intégral des séances*, 1<sup>re</sup> séance du jeudi 3 janvier, in: *JORF* vom 4.1.1963, S.219–222.

<sup>61</sup> Vgl. u. a. *Assemblée Nationale, Proposition de loi n° 2161 portant suppression de la Cour de sûreté de l'État*, présentée à l'Assemblée Nationale le 7 avril 1976 par M. Mitterrand et plusieurs de ses collègues (renvoyée à la commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République).

Die grundlegenden Kritikpunkte am Staatssicherheitshof wurden von Justizminister Badinter in den Debatten vor der Nationalversammlung noch einmal wiederholt: Der Gerichtshof funktioniere ähnlich wie seine Vorgänger- und Vorbildinstitutionen, die Militärtribunale im Algerienkrieg: Militärs urteilten in Friedenszeiten über Zivilisten, die Richter hatten nur eine zweijährige Mandatszeit und waren somit nicht unabhängig, die Regierung entschied über die Einleitung eines Verfahrens, die Angeklagten wurden mit einem Polizeigewahrsam, der bis zu sieben Tage dauern konnte, weitgehend ihrer Rechte beraubt und der Staatssicherheitshof konnte jedes Verfahren, das in Frankreich eröffnet wurde, sofort an sich ziehen.<sup>62</sup>

Die symbolische Bedeutung der Auflösung des Staatssicherheitshofes überwog gegenüber praktischen Überlegungen. Für die Linke und insbesondere für Präsident Mitterrand war es eine historische Errungenschaft, das lange bekämpfte Sondertribunal endlich abzuschaffen und damit zugleich die französische Justiz vom Makel einer offenen politischen Vereinnahmung zu befreien. Allerdings gaben auch liberale Stimmen zu bedenken, dass der Staatssicherheitshof insgesamt zu eher moderaten Urteilen gekommen war und selbst der erste Justizminister unter Mitterrand, Maurice Faure, hatte eine Reform anstelle einer Abschaffung vorgeschlagen.<sup>63</sup>

Die Auflösung des Staatssicherheitshofes bedeutete, dass von nun an alle Fälle politischer Gewalt und von politischem Extremismus vor ordentlichen Strafgerichten verhandelt wurden. Dies hieß auch, dass solche Verfahren nicht mehr zentral in Paris von darauf spezialisierten Richtern, sondern in einfachen Amtsgerichten unter der Teilnahme von Geschworenen stattfanden.<sup>64</sup> Den zu erwartenden Einwänden der Opposition, dass Geschworene von Terroristen bedroht werden könnten und etwa die Prozesse gegen korsische Separatisten aus Sicherheitsgründen nicht auf Korsika stattfinden dürften, begegnete Badinter mit dem Zugeständnis, dass in solchen Fällen Richter zu Geschworenen ernannt und die Prozesse an ein anderes Gericht verlagert werden sollten.<sup>65</sup>

Aus der Sicht der „Verteidiger der Freiheiten“ war die Auflösung des Staatssicherheitshofes zweifellos ein Erfolg. Als im Jahr 1993 ein Sammelband ein erstes Resümee über das vorangegangene Jahrzehnt vorlegte, wurde die Abschaffung der halb-militärischen Sondergerichtsbarkeit neben dem Ende der Todesstrafe als eine der größten Errungenschaften auf dem Weg zu einem Rechtsstaat gewürdigt.<sup>66</sup> Mit dem Staatssicherheitshof wurde eine der letzten Hinterlassenschaften

<sup>62</sup> Vgl. Assemblée Nationale, *Compte rendu intégral*, 2<sup>e</sup> séance du vendredi 17 juillet 1981, in: JORF vom 18. 7. 1981, S. 246–247.

<sup>63</sup> Vgl. *Le Monde* vom 8. 7. 1981, S. 9, „La suppression de la Cour de sûreté de l'État“.

<sup>64</sup> Vgl. *Loi n° 81-737* du 4 août 1981 portant suppression de la Cour de sûreté de l'État, in: JORF vom 5. 8. 1981, S. 2142.

<sup>65</sup> Vgl. Assemblée Nationale, *Compte rendu intégral*, 2<sup>e</sup> séance du vendredi 17 juillet 1981, in: JORF vom 18. 7. 1981, S. 247.

<sup>66</sup> Vgl. Yves Claisse, *État de droit: La consolidation*, in: Laurent Ménière (Hrsg.), *Bilan de la France 1981–1993*, Paris 1993, S. 27–50, hier S. 44 f.

aus der Zeit des Algerienkrieges abgeschafft, die auch im Ausland als autoritärer Anachronismus kritisiert wurde.<sup>67</sup>

Zugleich brachte die ersatzlose Auflösung des zentralen Instruments der staatlichen Terrorismusbekämpfung die Regierung und den Präsidenten in Erklärungsnot, falls das Land in eine ernsthafte Auseinandersetzung mit politischen Gewalttätern geraten sollte. Die konservative Opposition warf den Sozialisten eine „gefährliche Naivität“ vor. So erklärte der Sprecher der RPR-Fraktion in der Nationalversammlung, Philippe Séguin:

Glauben Sie wirklich, dass die korsischen Separatisten mit geringfügigen Nachbearbeitungen des Sonderstatuts zufrieden gestellt werden können, oder aufgrund der Unterredungen, die sie mit sozialistischen Politikern hatten? Glauben Sie wirklich, dass die militanten, bewaffneten und gewalttätigen Aktivisten, ob nun Separatisten oder Linksradikale, Ihrem Charme verfallen werden? [...] Diese Männer werden der derzeitigen Mehrheit und der Regierung ebenso wenig Dank entgegenbringen, wie sie Ihnen sehr schnell vorwerfen werden, von Ihrer Doktrin abgewichen zu sein. [...] Was die Terroristen aus dem Ausland, der extremen Linken oder der extremen Rechten angeht, so hängt ihre scheinbare derzeitige Untätigkeit mit der Toleranz zusammen, die ihnen in jüngster Zeit entgegengebracht wurde. Der Außenminister hat angekündigt, die Auslieferungspolitik gegenüber den „baskischen Aktivisten“ zu verändern. Lassen wir uns nicht täuschen. Mit der ersten Auslieferung, so es zu einer kommen sollte, haben wir mit Vergeltungsmaßnahmen zu rechnen. Und, um den Gedanken weiterzuführen, können wir wirklich sicher sein, dass wir in Zukunft von den Auswirkungen, die die Aktionen palästinensischer Gruppen haben werden, verschont bleiben werden? Und was schlagen Sie uns angesichts dieser realen und potenziellen Gefahren vor: die Rückkehr zum allgemeinen Strafrecht?<sup>68</sup>

Séguin warf der Regierung vor, den Staat um eines seiner wichtigsten Verteidigungsmittel zu bringen. Dass er zumindest mit dem Vorwurf nicht ganz falsch lag, man erwarte allzu leichtgläubig ein Ende der politischen Gewalt und die Reintegration der bereits verurteilten Gewalttäter, zeigt die Rede des parlamentarischen Berichterstatters, Philippe Marchand, der bemerkte, man habe „das Recht optimistisch zu sein“, da mit der neuen Politik der Dezentralisierung zu erwarten sei, dass die Gewalt der Autonomiebewegungen zurückgehen oder sogar gänzlich gestoppt werden könnte.<sup>69</sup>

Ein dreiviertel Jahr nach der Auflösung des Staatssicherheitshofes folgte im Juli 1982 die Abschaffung der Militärgerichte in Friedenszeiten. In den Augen der Regierung verstießen sie wie der Staatssicherheitshof gegen das Prinzip einer unabhängigen Justiz. Ihre Auflösung musste gegen den Einspruch des Staatsrates und des Senats durchgesetzt werden, wurde aber schließlich mit einem Gesetz vom 21. Juli 1982 beschlossen.<sup>70</sup>

<sup>67</sup> So wurde 1978 im deutschen Magazin *Der Spiegel* von einem „seltsame[n] Gericht“ und „eine[r] in den europäischen Demokratien einzigartige[n] Institution“ geschrieben. *Der Spiegel* vom 7. 8. 1978, S. 116, „Bittere Zeit. Gewalttätige Bretonen und Korsen finden sich, wie ehemals OAS-Verschwörer, vor einem halb-militärischen Sondergericht wieder.“

<sup>68</sup> Assemblée Nationale, *Compte rendu intégral*, 2<sup>e</sup> séance du vendredi 17 juillet 1981, in: JORF vom 18. 7. 1981, S. 250 f.

<sup>69</sup> Ebenda, S. 242.

<sup>70</sup> Vgl. Loi n° 82-621 du 21 juillet 1982 relative à l'instruction et au jugement des infractions en matière militaire et de sûreté de l'État et modifiant les codes de procédure pénale et de justice militaire, in: JORF vom 22. 7. 1982, S. 2318.

### Streichung „repressiver Gesetze“

Wenn die Auflösung des Staatssicherheitshofes symbolisch einen Schlusstrich unter die Terrorismusbekämpfung im Algerienkrieg zog, so stand die Streichung der „Anti-Randalierer“-Artikel aus dem Strafgesetzbuch für die Verurteilung der staatlichen Repression nach dem Mai 1968. Das im Juli 1970 zur „Bekämpfung bestimmter neuer Formen der Strafbarkeit“ verabschiedete Gesetz war von den Linksparteien bekämpft und auch in den konservativen Fraktionen der beiden Parlamentskammern nur mit Mühe durchgesetzt worden.<sup>71</sup> Obwohl das Gesetz letztlich kaum angewendet wurde (insgesamt wurden 138 Personen angeklagt und 47 Personen zu Haftstrafen verurteilt<sup>72</sup>), wurde es dauerhaft Teil des Lagerwahlkampfes der Linken.<sup>73</sup> Ähnlich wie die Auflösung des Staatssicherheitshofes erregte seine Aufhebung im Jahr 1981 aber kaum öffentliches Interesse.<sup>74</sup>

Als „letzten Baustein in dem großen Projekt, mit dem die Ausnahmerechtsprechung aus unserem Recht und unseren Strafverfahren verschwinden soll“, stellte Justizminister Badinter im Juli 1982 seine Initiative zur Streichung des Gesetzes „Sicherheit und Freiheit“ in der Nationalversammlung vor.<sup>75</sup> Das noch kurz vor der Wahl Mitterrands im Februar 1981 verabschiedete Gesetz hatte den Wahlkampf mitbestimmt. Es verkörperte in den Augen der Linken einen neuen populistischen Sicherheitsdiskurs, der nicht auf Prävention, sondern ausschließlich auf Repression setzte.<sup>76</sup> Oppositionsparteien, Intellektuelle und linke Juristenvereinigungen hatten kritisiert, dass eine Vielzahl von Regelungen die Rechte der Verteidigung und der Angeklagten beschnitten (so die Verlängerung des Polizeigewahrsams und die Generalisierung von Schnellverfahren).<sup>77</sup> Seine sofortige Streichung nach dem Machtwechsel gehörte daher zu den Ankündigungen des Wahlkampfes, verzögerte sich aber um mehrere Monate. Als sich die Stimmung im Land unter dem Eindruck des Terrorismus ab 1982 wandelte, konnte eine komplette Streichung nicht mehr durchgesetzt werden. Eine Kompromissversion wurde 1983 verabschiedet.<sup>78</sup>

<sup>71</sup> Loi n° 70-480 du 8 juin 1970 tendant à réprimer certaines formes nouvelles de délinquance, in: JORF vom 9.7.1970, S. 5324.

<sup>72</sup> Vgl. Pascal Mbongo, *La gauche au pouvoir et les libertés publiques (1981-1995)*, Paris 1999, S. 86.

<sup>73</sup> Vgl. ebenda, S. 83-86.

<sup>74</sup> Vgl. Loi n° 81-1134 modifiant l'article 108 du code pénal et abrogeant les articles 184, alinéa 3 et 314 du même code, in: JORF vom 24.12.1981.

<sup>75</sup> Assemblée Nationale, 3<sup>e</sup> séance du 21 juillet 1982, in: JORF vom 22.7.1982, S. 4640.

<sup>76</sup> Vgl. Cassia, Badinter, S. 285.

<sup>77</sup> Vgl. Mbongo, *La gauche au pouvoir et les libertés publiques*, S. 221-239.

<sup>78</sup> Vgl. Loi n° 83-466 portant abrogation ou révision de certaines dispositions de la loi n° 81-82 du 2 février 1981 et complétant certaines dispositions du code pénal et du code de procédure pénale, in: JORF vom 11.6.1983, S. 1755.

## 1.4 Eine Politik der Öffnung für Korsika

Bereits die Aussicht auf einen Sieg François Mitterrands bei den kommenden Präsidentschaftswahlen führte Anfang des Jahres 1981 zu einem deutlichen Rückgang der Gewalt auf Korsika.<sup>79</sup> Der PS hatte seit Mitte der 1970er Jahre die Korsika-Politik unter Giscard scharf kritisiert. So hieß es 1980 in der Parteizeitung *L'Unité*:

Der Anstieg der Autonomiebewegung, das Auftreten von Verfechtern einer korsischen Unabhängigkeit, die Attentate und die Bombenanschläge hätten die Regierung den Ernst der Lage erkennen lassen und sie überzeugen müssen, dass sie ihre Politik ändern muss. Das Gegenteil ist geschehen. Die Autonomisten sind zu Dutzenden vor den Staatssicherheitshof gebracht worden, dieses Sondertribunal, das taub für ihre Argumente ist. Der Sicherheitsapparat auf der Insel wurde verstärkt. Und, um das Ganze abzurunden, wurde 1977 ein Netzwerk von Paramilitärs [i. O.: „barbouzes“] namens FRANCIA aufgebaut.<sup>80</sup>

Bereits 1976 hatten die Sozialisten einen eigenen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der als Gegenentwurf zur Regierungspolitik gedacht war. Er sah weitreichende Autonomierechte und ein eigenes Regionalparlament für Korsika vor.<sup>81</sup> Das Versprechen auf einen Politikwechsel wurde nun erneuert. Bereits seit Anfang des Jahres 1981 verhandelten Vertreter des PS mit dem FLNC.<sup>82</sup> Während einer Wahlkampfrede in Ajaccio erklärte Mitterrand am 3. April 1981: „Sobald ich gewählt werde, wird für Korsika im Rahmen der Gesetze der Republik ein Sonderstatus eingeführt. [...] Für die Einheit der Französischen Republik brauchen wir ein lebendiges Korsika – damit der öffentliche Frieden zurückkehrt!“<sup>83</sup> Am gleichen Tag erklärte der FLNC einen Waffenstillstand bis zu den Präsidentschaftswahlen.<sup>84</sup>

Das „korsische Problem“ sollte im Rahmen der Dezentralisierung gelöst werden. Nachdem unter de Gaulle der traditionelle Zentralismus der Französischen Republik noch verstärkt worden war, sollte nun der „Provinz“ mehr Gewicht eingeräumt werden. Der als bürokratisch und bevormundend empfundene Pariser Verwaltungsapparat musste wichtige Funktionen an die Kommunen und Regionen abgeben. François Mitterrand fasste das Bedürfnis nach Erneuerung im Juli 1981 pointiert zusammen: „Frankreich brauchte einen starken und zentralen Staat, um das zu werden, was es ist. Es braucht heute einen dezentralisierten Staat, damit es bleiben kann, was es ist.“<sup>85</sup> Die Reform war eines der wichtigsten Prestigeprojekte der neuen Regierung. Der einflussreiche langjährige Bürgermeis-

<sup>79</sup> Vgl. Documentation française/Direction Générale de la Police, *La criminalité en France en 1979 d'après les statistiques de la police judiciaire*, Paris 1982, S. 30. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Anschläge auf Korsika um 48 Prozent auf 198 zurück. Vgl. ebenda.

<sup>80</sup> Jean-Loup Reverier, *La spirale corse*, in: *L'Unité* 366 (1980), S. 6f., hier S. 6.

<sup>81</sup> Vgl. Assemblée Nationale, Proposition de loi n° 2291 portant statut particulier de la Corse, présentée à l'Assemblée nationale le 15 juin 1977 par M. Defferre et plusieurs de ses collègues (renvoyée à la commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République).

<sup>82</sup> Vgl. Badinter, *Les épines et les roses*, S. 39.

<sup>83</sup> Assemblée Nationale, Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République (1) sur le projet de loi (n° 688) portant statut particulier de la Corse, par Gilbert Bonnemaïson, S. 3.

<sup>84</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir II*, S. 178.

<sup>85</sup> Zitiert nach: Bodineau/Verpeaux, *Histoire de la décentralisation*, S. 101.

ter von Marseille Gaston Defferre wurde zum „Minister für Inneres und Dezentralisierung“ ernannt.<sup>86</sup> Das Gesetz bestimmte die Aufwertung von Kommunen, Départements und Regionen zu Gebietskörperschaften mit eigenen Parlamenten und exekutiven Funktionen.<sup>87</sup> Zudem wurde eine der ältesten und symbolkräftigsten Einrichtungen des Zentralstaates entmachtet. Den von der Zentralregierung eingesetzten Präfekten wurde die Kontrolle über kommunale und regionale Verwaltungsakte entzogen.<sup>88</sup>

Während die Verabschiedung des komplexen Dezentralisierungsgesetzes sich voraussichtlich über Monate und Jahre hinziehen würde, verlangten die Probleme auf Korsika eine zügige Behandlung. Innenminister Defferre fürchtete, dass der FLNC den Waffenstillstand aufkündigen könnte, wenn nicht sofort die vereinbarten Initiativen angestoßen würden. Nur wenige Tage nach seiner Amtsübernahme trat er in Verhandlungen mit dem FLNC und erneuerte das Angebot einer großzügigen Amnestie für eine Fortführung des Waffenstillstandes.<sup>89</sup> Ein Großteil der korsischen Inhaftierten kam bereits im Zuge der Präsidentialamnestie vom August 1981 frei.<sup>90</sup> Die angekündigte Auflösung des Staatssicherheitshofes im gleichen Monat brachte neun weitere Inhaftierte auf freien Fuß, deren Prozess noch nicht abgeschlossen war.<sup>91</sup> Lediglich Straftäter, die zu mehr als acht Jahren Haft verurteilt worden waren, blieben von der Amnestie vorerst ausgeschlossen.<sup>92</sup> Die Strategie der Regierung schien im Sommer 1981 aufzugehen. *Le Monde* kommentierte im Juli 1981:

Keine Nachrichten sind gute Nachrichten! Seit drei Monaten hat es auf Korsika keinen einzigen größeren Anschlag gegeben. Solch eine lange Phase der Ruhe hat die Insel seit Jahren nicht erlebt. Der FLNC, die radikalste und „lauteste“ Gruppierung innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung, hat auf einer geheimen Pressekonferenz bekannt gegeben, dass er den Waffenstillstand aufrecht erhalten will.<sup>93</sup>

Gleichzeitig wurde im Innenministerium die Ausarbeitung des zukünftigen Autonomiestatuts für Korsika vorangetrieben. Neben einer schnellen politischen Lösung für die Gewalt sollte das Gesetz auch als Modell für die Dezentralisierung gelten. In der Gesetzesbegründung des von Innenminister Defferre am 23. Dezember 1981 im Ministerrat vorgestellten Entwurfs wird der Wille zu einem Bruch mit der Politik der Vorgängerregierungen deutlich:

<sup>86</sup> Vgl. Gérald Unger, Gaston Defferre, Paris 2011, S. 294.

<sup>87</sup> Vgl. Loi n° 82-213 du 2 mars 1982 relative aux droits et libertés des communes, départements et des régions, in: JORF vom 3. 3. 1982, S. 730-747.

<sup>88</sup> Vgl. ebenda.

<sup>89</sup> Vgl. Attali, Verbatim I, S. 44.

<sup>90</sup> Vgl. Loi n° 81-736 du 4 août 1981 portant amnistie, in: JORF vom 5. 8. 1981, S. 2138-2142. Ende Mai 1981 befanden sich 67 korsische Häftlinge in den französischen Gefängnissen. Vgl. *Le Monde* vom 27. 5. 1981, S. 9, „Corse: la libération des prisonniers politiques est au centre de la campagne“.

<sup>91</sup> Vgl. *Le Monde* vom 12. 6. 1981, S. 36, „Douze nouveaux détenus sont libérés par la Cour de sûreté de l'État“.

<sup>92</sup> Vgl. *Le Monde* vom 27. 5. 1981, S. 9, „Corse: la libération des prisonniers politiques est au centre de la campagne“.

<sup>93</sup> *Le Monde* vom 4. 7. 1981, S. 1, „Quel statut pour la Corse?“.

Die tragischen Ereignisse, die sich auf Korsika während der Amtsperiode des letzten Präsidenten abspielten, haben gezeigt, dass ein engstirniges und technokratisches Verständnis der „Region“ kein einziges der Probleme auf der Insel lösen kann und im Gegensatz zur Hoffnung der großen Mehrheit der Bevölkerung auf eine echte Dezentralisierung und Übertragung von Verantwortung steht. Es hat zu einem Teufelskreis von Repression und Gewalt geführt. Die Wahl François Mitterrands hat diesen Prozess gestoppt. Die neue Regierung hat mit dem Tag ihrer Ernennung die Einrichtung eines Autonomiestatuts angekündigt, das die Eigenarten Korsikas berücksichtigt.<sup>94</sup>

In der Diskussion des Ministerrates wurde aber zugleich deutlich, dass eine Unabhängigkeit Korsikas auch für die neue Regierung außer Frage stand. So monierte der Staatsminister für Forschung und Technik, Jean-Pierre Chevènement, dass in der Gesetzesbegründung von einem „korsischen Volk“ die Rede war, womit das Anrecht auf einen eigenen Staat begründet werden könne. Davon könnten sich auch andere regionale Bewegungen, wie in der Bretagne oder dem Baskenland, ermutigt fühlen und so eine nicht mehr zu kontrollierende Dynamik in Gang gesetzt werden.<sup>95</sup> Der Ministerrat entschied daraufhin, von einem „korsische[n] Volk als Bestandteil des französischen Volkes“ („le peuple corse, composante du peuple français“) zu sprechen.<sup>96</sup>

Die Reformen auf Korsika wurden nicht nur schneller umgesetzt, die Selbstbestimmungsrechte der Insulaner sollten auch weiter gehen, als die der Regionen auf dem Festland.<sup>97</sup> So wurde ein eigenes korsisches Parlament geschaffen, dessen Präsident, unterstützt von mehreren Vizepräsidenten, exekutive Verantwortung erhielt. Die Wahlstatuten sahen ein Verhältniswahlrecht vor, um eine möglichst breite Interessenvertretung im Parlament sicherzustellen.<sup>98</sup> Neben dem Regionalparlament wurden ein Wirtschafts- und Sozialrat sowie ein Rat zur kulturellen Entwicklung, Bildung und zu Lebensfragen eingerichtet. Das Gesetz beinhaltete auch eine Amnestie für Inhaftierte, die wegen schwerer Verbrechen zu Gefängnisstrafen über acht Jahren verurteilt worden waren.<sup>99</sup> Ein zweites Gesetz, das die Befugnisse der neuen Regionalversammlung festlegte, wurde im Juli 1982 verabschiedet.<sup>100</sup> Am 8. August 1982 wurde auf Korsika erstmals ein eigenes regionales

<sup>94</sup> Assemblée Nationale, Projet de loi n° 688 portant statut particulier de la Corse, présenté au nom de M. Pierre Mauroy (Premier ministre) par M. Gaston Defferre (Ministre d'Etat, ministre de l'Intérieur et de la Décentralisation). Annexe au procès-verbal de la séance du 12 janvier 1982, S. 2.

<sup>95</sup> Protokoll des Ministerrates vom 6. 1. 1982, abgedruckt in: Favier/Martin-Roland, La décennie Mitterrand I, S. 150.

<sup>96</sup> Loi n° 82-214 portant statut particulier de la région de Corse: organisation administrative, in: JORF vom 3. 3. 1982, S. 748-752.

<sup>97</sup> Vgl. Assemblée Nationale, Projet de loi n° 688 portant statut particulier de la Corse, présenté au nom de M. Pierre Mauroy (Premier ministre) par M. Gaston Defferre (Ministre d'Etat, ministre de l'Intérieur et de la Décentralisation). Annexe au procès-verbal de la séance du 12 janvier 1982, S. 2.

<sup>98</sup> Vgl. Ménage, L'œil du pouvoir II, S. 180.

<sup>99</sup> Vgl. Loi n° 82-214 portant statut particulier de la région de Corse: organisation administrative, in: JORF vom 3. 3. 1982, S. 748-752, hier S. 752.

<sup>100</sup> Vgl. Loi n° 82-659 du 30 juillet 1982 portant statut particulier de la région de Corse: compétences, in: JORF vom 31. 7. 1982, S. 2459-2463.

Parlament gewählt. Die Ergebnisse spiegelten die Zerrissenheit der korsischen Gesellschaft wider, die noch immer von traditionellen Familienclans geprägt war: Eine Vielzahl kleiner Parteien teilten sich die 61 Sitze des Parlamentes.<sup>101</sup>

### 1.5 Asyl für die Freiheitskämpfer der Welt

In keinem Politikfeld, das mit der Bekämpfung des Terrorismus zusammenhing, hatten sich Mitglieder der Sozialistischen Partei während der 1970er Jahre so stark engagiert und sich die Partei so deutlich positioniert wie in Fragen der Auslieferung von Flüchtlingen, die in Frankreich politisches Asyl erhielten oder beantragt hatten. Entsprechend schnell und einmütig wurde nach dem Mai 1981 ein neuer Kurs angekündigt. Am 8. Juni erklärte Premierminister Pierre Mauroy, dass Frankreich als Zufluchtsort für politisch Verfolgte seiner Tradition wieder treu werden müsse.<sup>102</sup> Robert Badinter kündigte in seiner ersten Pressekonferenz als Justizminister an, dass „politische Flüchtlinge und Freiheitskämpfer“ von nun an nicht mehr ausgeliefert würden.<sup>103</sup> Außenminister Claude Cheysson verteidigte die neue Linie gegen den scharfen Protest der spanischen Regierung auf einer Reise nach Madrid im Juni 1981.<sup>104</sup>

Die Frage der politischen Flüchtlinge sollte in den folgenden Jahren die Debatten um Terrorismus und Terrorismusbekämpfung wesentlich prägen. Grund für ihre Brisanz war, dass dabei zwei fundamentale Prinzipien der Französischen Republik in Frage standen, die sich gegenseitig auszuschließen schienen: zum einen die Tradition Frankreichs als „Hort der Menschenrechte“ und Zufluchtsort für politische Verfolgte, zum anderen die immer wichtiger werdende Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn. Betroffen von der neuen Linie waren insbesondere zwei enge Partner: das vom Linksterrorismus erschütterte Italien und die junge spanische Demokratie, wo sich die Anschläge der ETA seit dem Ende des Franco-Regimes vervielfacht hatten.<sup>105</sup>

Die französische Regierung hatte trotz der Unabhängigkeit der Justiz einen erheblichen Spielraum bei der Begutachtung von Auslieferungsanträgen. Zwar entschieden Gerichte über die Zulässigkeit des Antrags, insbesondere über die „politische Motivation“ einer Straftat, die eine Auslieferung verbot, die Regierung war aber nur im Falle einer Ablehnung an die Entscheidung des Gerichtes gebunden.

<sup>101</sup> Vgl. Pellegrinetti/Rovere, *La Corse et la République*, S. 528. Zum „Clanismus“ als bestimmendem Faktor der Politik Korsikas vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 51–60.

<sup>102</sup> Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 101.

<sup>103</sup> Zitiert nach: Cassia, Badinter, S. 341.

<sup>104</sup> Vgl. *Le Monde* vom 11. 6. 1981, S. 6, „Le rejet de la demande d’extradition d’un militant de l’ETA serait jugé ‚très grave‘ par Madrid“.

<sup>105</sup> Zu Italien vgl. Jean Musitelli, *L’impact des années de plomb sur les relations diplomatiques franco-italiennes*, in: Marc Lazar/Marie-Anne Matard-Bonucci (Hrsg.), *L’Italie des années de plomb. Le terrorisme entre histoire et mémoire*, Paris 2010, S. 356–370. Zu Spanien vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*.

Selbst wenn die Richter einer Auslieferung zustimmten, bestand die Möglichkeit, dies per Dekret zu verhindern.<sup>106</sup>

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre hatte Frankreich dem Druck der Nachbarländer und der Dynamik der europäischen Integration zunehmend nachgegeben. Immer wieder wurden Flüchtlinge, die in ihren Heimatländern als Terroristen gesucht wurden, ausgeliefert.<sup>107</sup> Um diplomatische Verwicklungen zu vermeiden, berief sich die Regierung demonstrativ auf die Unabhängigkeit der Justiz und akzeptierte die Entscheidungen der Gerichte. Die linke Opposition bestand dagegen auf die Traditionen der Französischen Republik, das „Mutterland der Menschenrechte“ zu sein und Asyl für die Freiheitskämpfer der Welt zu bieten.

Eine emblematische Rolle in diesen Auseinandersetzungen spielte im Herbst 1977 der „Fall Croissant“. Am 10. Juli 1977 hatte sich der RAF-Anwalt Klaus Croissant nach Frankreich abgesetzt. In einer Pressekonferenz am 12. Juli in Paris legte er die Gründe für seine Flucht dar: Die „unmenschlichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen“ und die Verfolgung ihrer Anwälte als Kriminelle hätten es ihm unmöglich gemacht, seinen Beruf in der Bundesrepublik auszuüben. Er hoffe auf politisches Asyl in Frankreich, das er als „Traditionsland der Menschenrechte“ kenne.<sup>108</sup> Am gleichen Tag bestätigte die deutsche Botschaft in Paris einem Vertreter des französischen Außenministeriums ein Auslieferungersuchen für den Anwalt.<sup>109</sup> Croissant sollte in der Bundesrepublik wegen des Verdachts, „eine Vereinigung, deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, unterstützt und für sie geworben zu haben“, angeklagt werden.<sup>110</sup>

Mit dem Prozess über die Auslieferung setzte am 3. Oktober 1977 eine massive Kampagne für Croissant ein. Dabei wurde deutlich, dass Viele in der französischen Linken der Bundesrepublik vorwarfen, im Kampf gegen den Terrorismus ihren rechtsstaatlichen Charakter aufgegeben zu haben. So erklärte Croissants Verteidiger Roland Dumas in seinem Schlussplädoyer am 2. November 1977: „Deutschland hat das Problem des Terrorismus nicht überwunden, wir in Frankreich haben es im Gegenteil überwunden, ohne die demokratische Ordnung umzustürzen“.<sup>111</sup> Die Parteizeitung des PS schrieb im Oktober 1977:

<sup>106</sup> Vgl. Musitelli, *L'impact des années de plomb*, S. 357.

<sup>107</sup> Vgl. ebenda, S. 361.

<sup>108</sup> PA AA, B 24, 113557, Deutsche Botschaft (DB) Paris Diplo an Auswärtiges Amt (AA) Bonn 2075, 12. 7. 1977, Betr.: Heutige Pressekonferenz von Rechtsanwalt Klaus Croissant in Paris.

<sup>109</sup> Vgl. PA AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 2074, 12. 7. 1977, Betr.: RA Klaus Croissant – zur Information.

<sup>110</sup> PA AA, B 24, 113557, DB an AA Bonn, 12. 7. 1977, Betr.: Auslieferung des deutschen Staatsangehörigen Klaus Croissant aus Frankreich nach Deutschland, hier: Bestätigung eines Ersuchens um vorläufige Inhaftnahme auf dem diplomatischen Weg gem. Art. 9 Abs. 3 des deutsch-französischen Auslieferungsvertrags.

<sup>111</sup> PA AA, B 24, 113557, Fernschreiben DB Paris an AA Bonn, Nr. 3323 vom 4. 11. 1977 (Fortsetzung und Schluss), CITISSIME, Betr.: Croissant, hier: Verhandlung vor der Chambre d'Accusation der Cour d'Appel am 2. 11. 1977, 8 Bl., hier Bl. 8.

In unserem Nachbarland, der Bundesrepublik, hat sich mehr und mehr ein Klima des Ausnahmezustandes breitgemacht. Während der Verdienst der auf den Nationalsozialismus folgenden Republik gerade darin liegt, einen Rechtsstaat geschaffen zu haben, werden heute eine Sondergesetzgebung und extreme Polizeimethoden angewendet, die die demokratische Ordnung zweifels- ohne stärker gefährden als der Terrorismus.<sup>112</sup>

Als Croissant nach einem Schnellverfahren und auf erheblichen Druck der Bundesregierung schließlich doch ausgeliefert wurde, verurteilte das Exekutivbüro der Sozialistischen Partei das Vorgehen der Regierung als „dem französischen Recht zuwiderlaufend“.<sup>113</sup>

Eine ähnliche Haltung herrschte gegenüber Italien, das in den Augen vieler Sozialisten einen fragilen, nur halbwegs demokratischen Staat darstellte, in dem es jederzeit zu einem Militärputsch kommen konnte.<sup>114</sup> So forderte der PS nach der Ermordung Aldo Moros im Mai 1978 zwar eine „effektive internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus“.<sup>115</sup> Als aber im Herbst 1979 zwei der Teilnahme an der Entführung Moros verdächtige Männer nach Italien ausgeliefert wurden, wandte sich die Partei gegen diesen Beschluss. François Mitterrand bedauerte, dass die französischen Richter dem „Druck der Regierung“ erlegen seien und sich einer Rechtsbeugung hingegeben hätten.<sup>116</sup> Der Nationalsekretär für internationale Beziehungen, Lionel Jospin, verurteilte den Auslieferungsbeschluss als „Verstoß gegen das französische Recht“ und verwies auf die „Traditionen des politischen Asyls in Frankreich“.<sup>117</sup>

Komplizierter lagen die Dinge in Spanien, wo erst mit dem Tod Francos im Jahr 1975 eine Demokratisierung eingesetzt hatte, die normalisierte Beziehungen zwischen den Nachbarländern erlaubte. Frankreich hatte seit dem spanischen Bürgerkrieg als Exil für spanische Dissidenten, insbesondere die von Franco besiegt und verfolgten Republikaner, gedient. Auch die Kämpfer für eine baskische Unabhängigkeit, die 1959 die Untergrundorganisation *Euskadi Ta Askatasuna* (ETA) gründeten, genossen den Schutz Frankreichs. Die französische Regierung änderte ihre Haltung erst nach der Verabschiedung einer neuen spanischen Verfassung im Jahr 1978. Am 30. Januar 1979 ließ sie den allgemeinen Flüchtlingsstatus für spanische Basken aufheben.<sup>118</sup>

Der PS protestierte scharf gegen die Streichung des Flüchtlingsstatus. Als im Januar 1979 die ETA-Mitglieder Martin Apaolza und Mikael Goikoetxea festge-

<sup>112</sup> Marc Dreyfus, *A l'abri de la contagion?*, in: *L'Unité* vom 28.10.1977, S.15. Vgl. auch R.F.A.: *Le réveil des vieux démons*, in: *L'Unité* vom 27.2.1976, S.18–20.

<sup>113</sup> FJJ-CAS, 405 RI 61, Communiqué du Bureau exécutif du Parti Socialiste, 16.11.1977.

<sup>114</sup> Vgl. Marc Gervasoni, *La gauche italienne, les socialistes français et les origines de la doctrine Mitterrand*, in: Lazar/Matard-Bonucci, *L'Italie des années de plomb*, S.323–338, hier S.323.

<sup>115</sup> FJJ-CAS, 435 RI 6, Déclaration de R. Pontillon à la T.V. le 9 mai 1978.

<sup>116</sup> FJJ-CAS, 435 RI 11, À propos de l'Extradition de Franco Piperno. Déclaration de François Mitterrand, 17.10.1979.

<sup>117</sup> FJJ-CAS, 435 RI 11, Communiqué de Lionel Jospin, secrétaire national aux relations internationales, 7.12.1979.

<sup>118</sup> Vgl. Cassan, *Le pouvoir français et la question basque*, S.204 f.

nommen wurden und ein Gericht über ihre Auslieferung entschied, übernahm Robert Badinter ihre Verteidigung. Er argumentierte in seinem Plädoyer, es sei „absurd, dass Basken keine politischen Flüchtlinge mehr sein dürfen“, da Spanien nur vorgebe, eine Demokratie zu sein.<sup>119</sup> Badinter gewann den Prozess, der Auslieferungsantrag wurde zurückgewiesen. Auf dem Parteikongress von Metz im März 1979 verabschiedete der PS eine Resolution, die die Aufhebung des Flüchtlingsstatus für baskische Flüchtlinge verurteilte.<sup>120</sup>

Die Gegner von Auslieferungen politischer Flüchtlinge konnten sich auf solide gesetzliche Grundlagen stützen. So verbot ein Gesetz von 1927 eine Auslieferung, „wenn die Straftat politisch motiviert ist oder die Auslieferung aus politischen Gründen gefordert wird“.<sup>121</sup> In der Verfassungspräambel von 1946 war festgeschrieben worden, dass „jeder Mensch, der wegen seiner Taten zugunsten der Freiheit“ verfolgt werde, in Frankreich das Recht auf politisches Asyl genieße.<sup>122</sup> Zudem war es bereits seit dem 19. Jahrhundert üblich, dass niemand der aus politischen Motiven in seinem Heimatland verfolgt wurde, dorthin ausgeliefert werden durfte.<sup>123</sup>

Die Haltung der Sozialisten war auch durch die biographische Prägung ihrer Parteiführer bestimmt. Robert Badinter berichtet von François Mitterrand, dieser sei in einer Generation aufgewachsen, der das politische Asyl in einem geradezu religiösen Sinne heilig gewesen sei. Mitterrand habe ihm das Beispiel der Komunarden von 1871 genannt, die, obwohl viele von ihnen Blut an den Händen gehabt hätten, nicht von Großbritannien an Frankreich ausgeliefert worden seien.<sup>124</sup> Innenminister Gaston Defferre erklärte im Juli 1981 in Erinnerung an seine Zeit als Widerstandskämpfer in der Résistance: „Vielleicht weil ich selbst im Untergrund gelebt habe, habe ich das starke Gefühl, dass es gegen alle Traditionen Frankreichs verstößt, jemanden auszuliefern, vor allem wenn es sich um einen politischen Kampf handelt.“<sup>125</sup> Auch Premierminister Pierre Mauroy gab eine ausführliche Stellungnahme ab:

Die Heimat der Menschenrechte und ein Zufluchtsort für alle Verbannten, für alle politisch Verfolgten – Frankreich muss in diesem Aspekt seiner Geschichte und seiner Botschaft treu bleiben. Die Regierung wird daher ihre Entscheidungen in direktem Bezug auf die französische Tradition fällen, der großen Botschaft, die Frankreich in Bezug auf das politische Asyl und auf die Verteidigung der Menschenrechte vermitteln will.<sup>126</sup>

<sup>119</sup> Zitiert nach: Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 100.

<sup>120</sup> Vgl. ebenda.

<sup>121</sup> Loi du 10 mars 1927 relative à l'extradition des étrangers, in: JORF vom 11. 3. 1927.

<sup>122</sup> Online abrufbar unter <http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958/preambule-de-la-constitution-du-27-octobre-1946.5077.html> [zuletzt abgerufen am 21. 11. 2016].

<sup>123</sup> Vgl. François Julien-Lafferrière, *Extradition et droit d'asile. La coopération entre États*, in: *Études Polémologiques* 44 (1987), S. 53–64, hier S. 55 f.

<sup>124</sup> Vgl. Cassia, Badinter, S. 341.

<sup>125</sup> *Nouvel Observateur* vom 18. 7. 1981, zitiert nach: Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 102.

<sup>126</sup> Déclaration de Pierre Mauroy au „Club de la presse“ d'Europe 1, le 8 juin 1981, zitiert nach: Ménage, *L'œil du pouvoir* II, S. 362.

Bereits im Sommer 1981 wurde die neue Linie einem Praxistest unterzogen. Am 3. Juni 1981 entschied ein Pariser Gericht, dass die von den spanischen Behörden geforderte Auslieferung des Basken Tomas Linaza gewährt werden solle.<sup>127</sup> Linaza wurde in Spanien unter anderem wegen der Teilnahme an einem Mordanschlag gesucht, bei dem im Februar 1980 sechs Polizisten getötet worden waren. Er war in Mexiko festgenommen und von dort nach Frankreich abgeschoben worden.<sup>128</sup> Trotz des Gerichtsurteils lehnte die Regierung gemäß der neuen Doktrin den Auslieferungsantrag ab. Die spanische Öffentlichkeit reagierte empört auf die Nachricht.<sup>129</sup> Die Regierung ließ den französischen Botschafter einbestellen.<sup>130</sup>

Bei einem Treffen des Ministerrates unter dem Vorsitz François Mitterrands diskutierte die französische Regierung die zu erwartenden Probleme mit Spanien. Mitterrand sprach sich für eine grundsätzliche Beibehaltung des politischen Kurses aus, verlangte von seinen Ministern aber diplomatische Zugeständnisse.<sup>131</sup> Tatsächlich zeichnete sich in den nächsten Wochen ein Kompromiss ab: Frankreich verweigerte weiterhin die Auslieferung, verhängte aber systematisch Hausarreste und Aufenthaltsverbote für die baskischen Nationalisten in den an Spanien grenzenden Départements.<sup>132</sup> Linaza wurde zusammen mit anderen ETA-Führern auf der Atlantikinsel Île-de-Yeu festgehalten.<sup>133</sup> Der 1979 abgeschaffte Flüchtlingsstatus wurde entgegen den Hoffnungen vieler Basken nicht wieder hergestellt.<sup>134</sup>

Auch für die in Italien gesuchten Linksterroristen wurde Frankreich und insbesondere Paris mit der Machtübernahme Mitterrands zu einem Exil auf Abruf. Anders als für die Basken bedeutete der neue Kurs allerdings einen deutlichen Fortschritt für die italienischen Flüchtlinge. In den letzten Jahren der Präsidentschaft Giscard hatte Frankreich mehr und mehr Auslieferungsanträgen stattgegeben. Allein 1980 waren neun von 13 Anträgen bewilligt worden.<sup>135</sup> Nach dem Machtwechsel wurden alle Verfahren eingefroren und keine neuen Auslieferungen gestattet. Nun strömten italienische Linksradikale aus Zufluchtsorten in der ganzen Welt nach Paris. Von etwa 100 erhöhte sich ihre Zahl im Sommer 1981 auf 350.<sup>136</sup> Die Behörden tolerierten ihre Präsenz, solange sie keine Straftaten in Frankreich begingen. Auf Einzelanträge hin wurden Aufenthaltsgenehmigungen

<sup>127</sup> Vgl. *Le Monde* vom 5. 6. 1981, S. 14, „Malgré l'appel de la Cour d'appel de Paris. Le gouvernement français hésite à extraditer un militant basque“.

<sup>128</sup> Vgl. *Le Monde* vom 23. 5. 1981, S. 26, „La cour d'appel de Paris se prononcera le 3 juin sur la demande d'extradition d'un militant basque espagnol“.

<sup>129</sup> Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir II*, S. 362–363. Vgl. auch *Le Monde* vom 4. 7. 1981, S. 1, „Meilleur climat entre Paris et Madrid?“.

<sup>130</sup> Vgl. Cassan, *Le pouvoir français et la question basque*, S. 225.

<sup>131</sup> Vgl. Protokoll des Ministerrates vom 10. 6. 1981, zitiert in: *Ménage, L'œil du pouvoir II*, S. 363.

<sup>132</sup> Vgl. Gaston Defferre, *Assemblée Nationale, Séance du 17 novembre 1981*, in: *JORF* vom 18. 11. 1981, S. 3847.

<sup>133</sup> Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir II*, S. 361.

<sup>134</sup> Vgl. Cassan, *Le pouvoir français et la question basque*, S. 230–231.

<sup>135</sup> Vgl. Musitelli, *L'impact des années de plomb*, S. 358.

<sup>136</sup> Vgl. ebenda, S. 360.

ausgestellt, die es den Flüchtlingen erlaubten, eine Arbeit anzunehmen. Sie erhielten aber keinen offiziellen Flüchtlingsstatus und wurden überwacht.<sup>137</sup>

### Zusammenfassung

Die neue Linksregierung unter Präsident François Mitterrand vertrat ein Gesellschaftsprojekt, das eine Liberalisierung und Demokratisierung des Landes versprach. 23 Jahre nach der Gründung der V. Republik durch General de Gaulle sollten die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Frankreich umfassend reformiert werden. Teil dieses Reformprojektes war ein neuer, liberalerer Umgang mit Extremismus und politischer Gewalt. Auch wenn die Sozialistische Partei im Wahlkampf kein zusammenhängendes Programm zur Bekämpfung des Terrorismus vertrat, so verfügte sie doch über ein eigenes Anti-Terror-Konzept, das als Politik der Öffnung und als Gegenmodell zum Ansatz der Vorgängerregierungen verstanden werden muss.

Das Konzept ging maßgeblich auf Ideen von Justizminister Robert Badinter zurück, der an der Spitze des Bürgerrechts-Flügels innerhalb der Sozialistischen Partei stand. Badinter entwickelte die Doktrin einer absoluten Rechtsstaatlichkeit im Umgang mit dem Terrorismus. Die größte Gefahr liege, so Badinter, nicht im Terrorismus selbst, sondern in einer Überreaktion des Staates, wenn dieser im Kampf gegen den Terrorismus seine freiheitlichen Prinzipien aufgeben. In einem Rechtsstaat müsse eine von der Exekutive unabhängige Justiz über ausnahmslos alle Strafsachen urteilen können. Terroristen sollten als normale Verbrecher behandelt werden. Weder dürften sie einen besonderen Status als „politische Gefangene“ erhalten noch schärfer verurteilt werden können als andere Straftäter. Das Konzept war außerdem von der Überzeugung geleitet, dass die Linksregierung in der Lage sein würde, die Ursachen für politische Gewalt in Frankreich zu beseitigen, da diese im Wesentlichen eine Folge der repressiven Politik ihrer konservativen Vorgänger sei. Die Sozialisten versprachen politische Kompromisse, eine nationale Aussöhnung und eine Liberalisierung des Strafrechtes und hofften damit, die französische Gesellschaft auf lange Sicht gegen den Terrorismus immunisieren zu können.

Nur wenige Wochen nach Mitterrands Amtsantritt wurden etwa 100 politische Gefangene aus der Haft entlassen. Darunter waren 50 korsische, 18 bretonische und 26 baskische Separatisten sowie eine Reihe linksextremer Gewalttäter, von denen etwa ein Dutzend *Action Directe* angehörten. Ziel der Amnestie war es, so Justizminister Badinter, die „fehlgeleiteten Idealisten“ wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Die Amnestie stieß früh auf Kritik. Bereits während ihrer Verabschiedung im Parlament warnten die Konservativen davor, dass die Freigelassenen wieder in den Untergrund zurückkehren könnten.

<sup>137</sup> Vgl. Vincenzo Ruggiero, *Sentenced to Normality: The Italian Political Refugees in Paris*, in: *Crime, Law and Social Change* 19 (1993), S. 33–50.

Auch der Umbau der Justiz – die zweite Säule des sozialistischen Anti-Terror-Programmes – wurde von den Oppositionsparteien als unnötige Demontage des bewährten Sicherheitsapparates verurteilt. Für die Sozialisten war sie eine lange überfällige Modernisierung des französischen Rechts. In der Oppositionskultur der 1970er Jahre hatten die Ausnahme Gesetze und Sondertribunale als Symbole für ein politisches System gestanden, das die Linke ablehnte. Die ersatzlose Streichung des Staatssicherheitshofes, der seit 1963 als zentrales Instrument des französischen Staates bei der Bekämpfung politischer Gewalt gedient hatte, verwirklichte Robert Badinters Doktrin der absoluten Rechtsstaatlichkeit. Normale Strafgerichte sollten von nun an auch über politische Gewalttaten richten, und jeder Straftäter sollte die gleichen Rechte vor der Justiz genießen, auch wenn seine Taten die Sicherheit des Staates betrafen.

Der Hauptgrund für die zügige Umsetzung des sozialistischen Anti-Terror-Programmes lag auf Korsika, wo sich seit Mitte der 1970er Jahre ein kaum zu kontrollierender Gewaltherd entwickelt hatte. So gehörte etwa eine großzügige Amnestie zu den Kernforderungen der korsischen Nationalisten. Der eskalierenden Gewalt auf der Mittelmeerinsel begegneten die Sozialisten mit einer Politik der Öffnung. Diese zeigte umgehend Erfolg: Auf die Ankündigung eines Autonomiestatuts und die Freilassung der verurteilten Aktivisten reagierte der FLNC mit einem sofortigen Waffenstillstand. Im Jahr 1981 gingen die Anschläge auf ein Rekordtief zurück, während die Regierung mit den Separatisten verhandelte. Doch auch die Linksregierung war keineswegs dazu bereit, Korsika in die Unabhängigkeit zu entlassen. Daraus ergab sich eine Spannung, die sich nur wenig später gewaltsam entladen sollte.

Ebenfalls unmittelbar nach dem Machtwechsel verkündete die neue Regierung, dass Frankreich von nun an keine „Freiheitskämpfer“ mehr ausliefern würde. Das Einfrieren aller Auslieferungsverfahren begünstigte insbesondere spanische ETA-Mitglieder und von der italienischen Justiz verfolgte Linksterroristen, die Frankreich als Rückzugsgebiet und Schutzraum nutzten. Grundlage für den international höchst umstrittenen Politikwechsel war die traditionelle Sympathie der französischen Linken für internationale Revolutionsbewegungen. Während die konservativen Regierungen in den Jahren vor 1981 zunehmend auf ihre Partner zugegangen waren, fiel Frankreich nun in ein älteres Politikmuster zurück, das die staatliche Souveränität vor die europäische Zusammenarbeit stellte und Konfrontationen mit den Nachbarn nicht scheute. Dass diese Linie auf Dauer nicht zu halten war, sollte in den folgenden Jahren deutlich werden.

Das sozialistische Anti-Terror-Konzept war geprägt von den historischen Erfahrungen des Algerienkrieges und den gewalttätigen Auseinandersetzungen während und nach dem Mai 1968. Das Vorgehen der damaligen Regierungen wirkte als Negativbeispiel, das keinesfalls wiederholt werden durfte. Für die linksliberalen Juristen um Robert Badinter waren die Exzesse der Terrorismusbekämpfung und die politische Justiz während des Algerienkrieges wichtige Motive für eine grundlegende Reform des Justizsystems, in deren Zentrum die Abschaffung des Staatssicherheitshofes stand. Eine ähnliche symbolische Bedeutung kam der

Streichung des „Anti-Randalierer-Gesetzes“ für die Aufarbeitung der Konflikte nach 1968 zu. Der Protest gegen das „System Marcellin“ hatte es im Laufe der 1970er Jahre den traditionellen Linksparteien ermöglicht, die „Neuen Linken“ der 1968er-Bewegung politisch zu integrieren. Eine ähnliche Wirkung erhoffte sich die sozialistische Regierung im Jahr 1981 von der Amnestie für politische Häftlinge. Nicht beachtet wurde dabei allerdings, dass es gerade die Rolle als Opposition gewesen war, die es der gemäßigten Linken erlaubt hatte, alternative, gewaltlose Wege aufzuzeigen. Von potenziellen Verbündeten wurden die Sozialisten nun selbst zum Feindbild.

Die Dominanz längst vergangener Konflikte im linken Anti-Terror-Programm – der Algerienkrieg lag über 20 Jahre zurück, 1968 immerhin 13 Jahre – mag ein Grund dafür sein, dass die Politik der Aussöhnung und Liberalisierung innerhalb kürzester Zeit scheiterte. Den Herausforderungen des Terrorismus der 1980er Jahre, der das Land nur wenig später so hart treffen sollte, war es in keiner Weise gewachsen. Das Konzept der Linksinregierung muss als ein „Programm in Friedenszeiten“ verstanden werden, in denen es notwendig erschien, einen überdimensionierten und antiquierten Repressionsapparat eher ab- als auszubauen. Zudem spielte gerade der internationale Terrorismus in den Überlegungen der Sozialisten keine Rolle. Der Anschlag auf die Synagoge in der Rue Copernic im Oktober 1980 hatte zwar das Land erschüttert, aber noch keine tiefere Reflexion darüber angestoßen, wie mit der neuen Gefahr umzugehen war.

## 2. Terrorismus und Unsicherheit

„Der Frühling und der Sommer 1982 bleiben [...] in Erinnerung als die Zeit, in der in Frankreich der Terrorismus ausbrach“, schreiben Pierre Favier und Michel Martin-Roland in ihrer Chronik der Präsidentschaft François Mitterrands.<sup>138</sup> Nur ein Jahr nach dem Machtwechsel musste die sozialistische Regierung das Scheitern ihres Anti-Terror-Konzeptes eingestehen. Der einheimische Terrorismus kam mit Macht zurück, und der internationale Terrorismus traf das Land nun mit ganzer Kraft. Fast zeitgleich rückten drei andere Themen in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatten: die gefühlte Unsicherheit, die Gewalt in den Problemvierteln der Großstädte sowie eine wachsende Ausländerfeindlichkeit. Auf die Wahrnehmung des Terrorismus hatten diese Diskurse großen Einfluss. Zugleich verstärkte die Terrorwelle die Debatten um Sicherheit, Einwanderung und Integration.

### 2.1 Frankreich im Zentrum des Terrorismus

Im Frühjahr 1982 zeigte sich, dass die Hoffnung, mit Liberalisierungen, Verhandlungen und Kompromissen einen Schlussstrich unter die politische Gewalt ziehen

<sup>138</sup> Favier/Martin-Roland, *La décennie Mitterrand I*, S. 301.

zu können, getrogen hatte. Es folgten Frankreichs „bleierne Jahre“, in denen eine Vielzahl unterschiedlicher terroristischer Gruppierungen unabhängig voneinander, aber zur gleichen Zeit, aktiv wurde.<sup>139</sup> Dies ließ den Eindruck einer *nébuleuse terroriste* entstehen – einer omnipräsenten terroristischen Gefahr, deren politische Hintergründe im Dunkeln blieben.<sup>140</sup>

### Die Rückkehr des einheimischen Terrorismus

Ein Jahr nach dem Wahlsieg François Mitterrands wurde das Scheitern der sozialistischen Politik der Öffnung deutlich. Weder ließ das Autonomiestatut für Korsika die Separatisten auf Gewalt verzichten, noch führte die Amnestie für politische Häftlinge zu einem Verschwinden des Linksterrorismus. Zwar bezeugen die Statistiken der Kriminalpolizei für das Jahr 1981 einen zeitweiligen Rückgang politischer Gewalt,<sup>141</sup> aber im Frühjahr 1982 stieg die Zahl der Anschläge wieder. Ein Artikel in *Le Monde* vom Juli 1982 fasste die Situation zusammen:

Die Extremisten, die sich eine Zeit lang beruhigt hatten, wachen wieder auf. In ganz Frankreich, sowohl in Paris als auch in den unterschiedlichen Regionen. Diese Tatsache lässt sich nicht bezweifeln, langsam aber sicher kommt es auf uns zu. Auf der Insel – zunächst befriedet durch die Amnestierung der Autonomisten und Separatisten, beruhigt durch die Auflösung des Staatssicherheitshofes und in aufgeregter und zugleich ängstlicher Erwartung ihres neuen „Sonderstatuts“ – ist der einseitige Waffenstillstand, den der Front de libération nationale de la Corse (F.L.N.C.) am 3. April 1981 ausgerufen hatte, längst vergessen. [...] Unzweifelhaft hat die von der Regierung Mauroy angestoßene Politik der Dezentralisierung eine befriedende Rolle gespielt: Ein Teil der Forderungen der Bewegung wurde erfüllt. Aber ebenso unzweifelhaft ist, dass diese politischen Zugeständnisse nun mehr und mehr an Gewicht verlieren. [...] Auch die extreme Linke hat, obwohl sie stark von der Amnestie der politischen Strafsachen und von individuellen Begnadigungen profitiert hat, die Waffen nicht niedergelegt. Die Gruppe Action Directe schwankt zwischen Legalität und Illegalität und ist zurzeit dabei, ihre Organisation wieder aufzubauen.<sup>142</sup>

Auf Korsika kam es immer wieder zu sogenannten blauen Nächten, in denen hunderte Bombenanschläge auf der Insel und in Paris verübt wurden.<sup>143</sup> Im August kündigte der FLNC den mit der Regierung geschlossenen Waffenstillstand auf. Mitterrand habe die Hoffnung geweckt, dass die „Existenz eines korsischen Volkes mit einem konkreten politischen Akt“ anerkannt würde. Seither habe er aber „nichts unternommen, was den Prozess der Dekolonisierung“ voranbringen könne.<sup>144</sup> Die linke Regierung habe letztlich das gleiche Ziel wie die Rechte: „die

<sup>139</sup> Bruguière, Entretiens, S. 75.

<sup>140</sup> Vgl. den Titel des Buches von Xavier Raufer, *La nébuleuse. Le terrorisme du Proche-Orient*, Paris 1987.

<sup>141</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 105.

<sup>142</sup> *Le Monde* vom 26./26.7.1982, S. 6, „La France face aux terrorismes“.

<sup>143</sup> Vgl. *Le Monde* vom 5.8.1982, S. 7, „La campagne électorale en Corse. Des attentats en série...“.

<sup>144</sup> *Le Monde* vom 26.8.1982, S. 7, „Le Front de libération nationale annonce ‚la reprise de la lutte armée‘“.

Auslöschung der nationalen Bewegung auf Korsika<sup>145</sup>. Von unter 200 im Jahr 1981 stieg die Zahl der Anschläge auf 800 im Jahr 1982.<sup>146</sup>

Die Politik der Öffnung war damit gescheitert. Dabei hatten die Reformen durchaus Wirkung gezeigt. Der moderate Teil der Unabhängigkeitsbewegung und auch eine Anzahl ehemals inhaftierter Aktivisten hatten ein Ende der Gewalt gefordert und zogen sich aus dem terroristischen Milieu zurück.<sup>147</sup> Zugleich hatte sich ein harter Kern aber weiter radikalisiert. Damit war die Zahl der aktiven Terroristen zwar gesunken, aber die Gruppe beging mehr Anschläge als zuvor.<sup>148</sup>

Ein ähnlicher Prozess vollzog sich im linksextremen Milieu von *Action Directe*. Nur ein Teil der Mitglieder war 1981 bereit, wieder in den Untergrund abzutau-chen. Die ehemals eng mit der autonomen Szene vernetzte Gruppe isolierte sich und teilte sich in mehrere Untergruppierungen auf. Eine „legalistische“ Fraktion entschied sich für die Aufgabe des bewaffneten Kampfes. In Lyon etablierte sich unter der Führung von André Olivier ein „nationaler Zweig“; in Paris führten Jean-Marc Rouillan und seine Partnerin Nathalie Ménigon den „internationalistischen Zweig“ an.<sup>149</sup> In der Folge zeigte sich, wie naiv die Annahme gewesen war, die Linksextremisten würden angesichts der neuen Politik auf Gewalt verzichten. Mitterrand und die sozialistische Regierung wurden als „Verräter“ am sozialistischen Ideal gebrandmarkt.<sup>150</sup> Bereits 1981 kam es zum ersten Mord. Der kurz zuvor aus der Haft entlassene Régis Schleicher tötete Gabriel Chahine, der als Informant die Inhaftierung der *Action Directe*-Führung ermöglicht hatte.<sup>151</sup> Die Gruppe finanzierte sich mit Banküberfällen, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen.<sup>152</sup> Bis zur Festnahme von Rouillan und Ménigon im Februar 1987 starben insgesamt 15 Menschen bei Anschlägen.<sup>153</sup>

Ein neuer Konfliktherd entwickelte sich im französischen Baskenland. Der PS hatte in seinem Wahlprogramm die Bildung eines eigenen baskischen Departements angekündigt. Dies wurde aber schließlich nicht umgesetzt.<sup>154</sup> Die Enttäuschung darüber verstärkte die Radikalisierung der französisch-baskischen Gruppierung *Iparretarak*.<sup>155</sup> Im Herbst 1981 ging der Anführer von *Iparretarak* Philippe Bidart in den Untergrund, im Frühjahr 1982 kam es zu ersten Todesfällen: Bei

<sup>145</sup> Ebenda.

<sup>146</sup> 1980 waren 450 Anschläge verübt worden. Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 105.

<sup>147</sup> Vgl. Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 91. Einen guten Überblick zu Strukturen und Aktionen der gewaltfrei agierenden extremen Linken, einschließlich trotzkistischer Gruppen, bietet Pierre Turpin, *Les révolutionnaires dans la France social-démocrate, 1981–1995*, Paris 1997.

<sup>148</sup> Vgl. Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 91.

<sup>149</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 78–91.

<sup>150</sup> Vgl. ebenda, S. 79.

<sup>151</sup> Vgl. Pochon, *Les stores rouges*, S. 253–270.

<sup>152</sup> Vgl. Alain Hamon/Jean-Charles Marchand, *Action Directe. Du terrorisme français à l'euroterrorisme*, Paris 1986, S. 108–113.

<sup>153</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 185.

<sup>154</sup> Vgl. 110 propositions pour la France [n° 54].

<sup>155</sup> Zur Geschichte der 1975 gegründeten Gruppe vgl. Jean-François Moruzzi/Emmanuel Boulaert, *Iparretarak. Séparatisme et terrorisme en pays basque français*, Paris 1988.

einer Verkehrskontrolle erschossen Mitglieder der Gruppe zwei Polizisten.<sup>156</sup> Bis zur Verhaftung Bidarts im Februar 1988 verübte *Iparretarak* eine Vielzahl von Anschlägen, bei denen insgesamt fünf Menschen ums Leben kamen.<sup>157</sup>

Die Bilanz der Anti-Terrorismus-Politik im Sommer 1982 fiel verheerend aus. Zwar hatte die Strategie, die Ursachen der politischen Gewalt zu bekämpfen, auf Korsika und im linksextremistischen Milieu zum Rückzug eines Teiles der militanten Bewegung geführt. In der Bretagne konnte sogar von einer weitgehenden Befriedung gesprochen werden. Dennoch war die Zahl der Anschläge stark gestiegen. Grundlegend für das Erstarren des einheimischen Terrorismus war ein strukturelles Problem: Die linke Opposition hatte in den 1970er Jahren als befriedender Faktor gewirkt, da es ihr gelungen war, fast das gesamte Spektrum der politischen Opposition in ihr Programm zu integrieren. Mit der Machtübernahme Mitterrands wurden die Hoffnungen der Radikalen enttäuscht. Auf einen großen Politikwechsel konnte nun nicht mehr gehofft werden – der Terrorismus wurde wieder stärker.

Im Frühjahr 1982 verübte *Action Directe* eine Reihe von Bombenanschlägen und Maschinengewehrattaken auf israelische und amerikanische Ziele in Paris. Im Juli und August folgten weitere Anschläge und ein Banküberfall.<sup>158</sup> Am 8. August 1982 wurde bei einem Anschlag auf eine israelische Firmenfiliale eine Frau schwer verletzt.<sup>159</sup> Einige Tage später bestätigte Jean-Marc Rouillan in einem Interview für die Zeitung *Libération*, dass er persönlich an mehreren „Aktionen“ teilgenommen habe. Daraufhin wurde ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. Rouillan setzte sich in den Untergrund ab.<sup>160</sup> Auch auf Korsika nahm die Gewalt in den Sommermonaten noch einmal zu.<sup>161</sup> Noch vor der offiziellen Aufkündigung des Waffenstillstandes Ende August 1982 wurde die Insel von mehreren Anschlagserien erschüttert. Vor und nach den Wahlen zur ersten Regionalversammlung am 8. August 1982 erreichte die Gewalt einen ersten Höhepunkt.<sup>162</sup>

### Die Eskalation des internationalen Terrorismus

In weitaus stärkerem Maße als der Anstieg des einheimischen Terrorismus schockierte in der ersten Jahreshälfte 1982 der internationale Terrorismus die fran-

<sup>156</sup> Vgl. Cassan, *Le pouvoir français et la question basque*, S. 151–153.

<sup>157</sup> Vgl. ebenda, S. 156. Zwischen der ETA und *Iparretarak* kam es, obwohl sie das gleiche Ziel – die Schaffung eines unabhängigen Baskenlandes auf beiden Seiten der Pyrenäen – verfolgten, zu schweren Konflikten, weil die ETA Frankreich als Rückzugsraum benötigte und daher jede Konfrontation mit den französischen Behörden vermeiden wollte. Vgl. Moruzzi/Boulaert, *Iparretarak*, S. 81–84.

<sup>158</sup> Vgl. *Le Monde* vom 10. 8. 1982, S. 24, „Action directe a revendiqué deux attentats commis au cours du week-end à Paris“.

<sup>159</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 149 f.

<sup>160</sup> Vgl. *Libération* vom 17. 8. 1982, „Jean-Marc Rouillan: ‚Action directe ne s’est pas dissous“.

<sup>161</sup> Vgl. *Le Monde* vom 15. 6. 1982, S. 16, „Corse: Deux cent cinquante attentats depuis le début de l’année“.

<sup>162</sup> Vgl. *Le Monde* vom 5. 8. 1982, S. 7, „La campagne électorale en Corse. Des attentats en série...“.

zösische Öffentlichkeit. Innerhalb weniger Monate kamen bei Anschlägen in Frankreich und auf französische Ziele im Ausland 30 Menschen ums Leben, 178 wurden zum Teil schwer verletzt.<sup>163</sup>

Am 15. März zerstörte ein Sprengsatz das französische Kulturzentrum in Beirut.<sup>164</sup> Am 29. März riss eine vermutlich von Carlos gelegte Bombe im Schnellzug zwischen Paris und Toulouse fünf Menschen in den Tod.<sup>165</sup> Einen Tag zuvor war ein Ultimatum abgelaufen, in dem Carlos die Freilassung von zwei „Kameraden“ aus französischer Haft gefordert hatte.<sup>166</sup> Mitglieder der libanesischen *Fractions Armées Révolutionnaires Libanaises* (FARL) erschossen am 3. April den Mossad-Agenten Yaakov Barsimontov in Paris.<sup>167</sup> Dieselbe Gruppe hatte bereits im Januar den amerikanischen stellvertretenden Militärattaché in Paris ermordet.<sup>168</sup> Ein Mitarbeiter des französischen Auslandsgeheimdienstes wurde am 15. April zusammen mit seiner Frau in seiner Wohnung in Beirut erschossen.<sup>169</sup> Am 22. April tötete eine Autobombe vor der Redaktion der arabischen Zeitschrift *Al Watan Al Arabi* in der Pariser Rue Marbeuf eine Frau, 60 Menschen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Auch dieser Anschlag wurde später der Gruppe von Carlos zugeordnet.<sup>170</sup> Einen Monat später, am 24. Mai, tötete eine durch einen Fernzünder ausgelöste Autobombe auf dem Gelände der französischen Botschaft in Beirut elf Menschen.<sup>171</sup> Am 20. Juli explodierte ein Sprengsatz im Mülleimer eines Cafés am Platz Saint-Michel in Paris, 15 Menschen wurden verletzt. Vier Tage später folgte ein ähnlicher Anschlag vor dem Café Saint-Germain, ebenfalls im Zentrum von Paris. Zu beiden Anschlägen bekannte sich die Armenische Geheimarmee zur Befreiung Armeniens (ASALA).<sup>172</sup> Am 23. Juli starb der diplomatische Vertreter der PLO in Frankreich Fadl el-Dani an den Folgen eines Attentates.<sup>173</sup>

Ihren Höhepunkt erreichte die Terrorwelle am 9. August 1982. Vier maskierte Männer stürmten in der Mittagszeit das bekannte Restaurant von Jo Goldenberg in der Rue des Rosiers im jüdischen Viertel von Paris. Die Angreifer warfen Handgranaten in das Gebäude und eröffneten das Feuer auf Gäste und Angestell-

<sup>163</sup> Vgl. Favier/Martin-Roland, *La décennie Mitterrand I*, S. 304.

<sup>164</sup> Vgl. *Le Monde* vom 16. 3. 1982, S. 3, „Deux attentats à Beyrouth-Ouest contre le centre culturel français et la représentation égyptienne“.

<sup>165</sup> Vgl. *Le Monde* vom 31. 3. 1982, S. 4 „L'explosion à bord du Capitole a fait cinq morts et vingt-sept blessés“.

<sup>166</sup> Vgl. *Le Monde* vom 30. 3. 1982, S. 8, „L'ultimatum de ‚Carlos‘ a expiré“.

<sup>167</sup> Vgl. *Ménage*, *L'œil du pouvoir III*, S. 74.

<sup>168</sup> Vgl. ebenda.

<sup>169</sup> Favier/Martin-Roland, *La décennie Mitterrand I*, S. 302.

<sup>170</sup> Innenminister Gaston Defferre ließ zunächst zwei syrische Diplomaten ausweisen, die bereits einmal einen Anschlag auf die Redaktion vorbereitet hatten. Vgl. *Le Monde* vom 4. 5. 1982, S. 13, „Les suites de l'attentat de la rue Marbeuf“.

<sup>171</sup> Vgl. *Le Monde* vom 26. 5. 1982, S. 3, „Après l'attentat meurtrier du 24 mai“.

<sup>172</sup> Vgl. *Le Monde* vom 27. 7. 1982, S. 11, „L'ASALA et les autres“.

<sup>173</sup> Vgl. *Le Monde* vom 25./26. 7. 1982, S. 6, „L'assassinat de Fadl Dani. Des proches mettent en cause Abou Nidal“.

te. Sechs Menschen starben, 23 wurden verletzt.<sup>174</sup> Als Urheber des Anschlags galt die dissidente palästinensische Terrorgruppe von Abu Nidal.<sup>175</sup> Zwei Tage später explodierte eine Autobombe vor der irakischen Botschaft. Fünf Menschen wurden dabei verletzt.<sup>176</sup> Am 17. August wurden bei einer weiteren Explosion 45 Menschen vor einem Gymnasium in der Pariser Rue Carnot verletzt, ebenfalls im jüdischen Viertel von Paris.<sup>177</sup>

Das Attentat in der Rue des Rosiers war der letzte Auslöser für einen markanten Kurswechsel der französischen Regierung. Die Anschlagswelle im Frühjahr und Sommer 1982 machte deutlich, dass die Zeit, in der Frankreich von größeren Anschlägen international agierender Terrorgruppen verschont blieb, vorbei war.

Drei außenpolitische Problemkreise lagen dem internationalen Terrorismus zugrunde: der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, der Bürgerkrieg im Libanon und die islamische Revolution im Iran. Alle drei hatten mit der traditionellen Rolle Frankreichs als Großmacht im Mittelmeerraum und im Nahen Osten zu tun, die François Mitterrand fortsetzen und zum Teil neu ausrichten wollte.<sup>178</sup>

### *Israel/Palästina-Konflikt*

François Mitterrand war mit dem Versprechen angetreten, die seit de Gaulle pro-arabische Politik Frankreichs zu korrigieren und das lange belastete Verhältnis zu Israel zu verbessern.<sup>179</sup> Nach seiner Wahl zum Präsidenten ließ er das Waffenembargo gegen Israel aufheben und absolvierte im März 1982 den ersten Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in Jerusalem.<sup>180</sup> Zugleich setzte sich Frankreich weiterhin und offener als zuvor für die Schaffung eines palästinensischen Staates unter der Führung der PLO ein.<sup>181</sup> Diese „Politik des Ausgleichs“ wurde konsequent gegenüber den Konfliktparteien vertreten.<sup>182</sup> Damit stellte sich Frankreich zwischen alle Fronten. Das Verhältnis zu Israel kühlte sich schnell ab – die israelische Regierung warf Mitterrand vor, Terroristen zu unterstützen.<sup>183</sup> Die Privilegierung von Jassir Arafats Fatah sowie die Förderung direkter Verhandlungen

<sup>174</sup> Zum Ablauf des Attentates vgl. *Le Monde* vom 10. 8. 1982, S. 1/4, „Un commando ouvre le feu rue des Rosiers“.

<sup>175</sup> Vgl. *Le Monde* vom 12. 8. 1982, S. 3, „Abou Nidal: un professionnel du terrorisme“.

<sup>176</sup> Vgl. *Le Monde* vom 13. 8. 1982, S. 3, „A l’ambassade d’Irak, dans la lueur de l’incendie“.

<sup>177</sup> Vgl. *Le Monde* vom 19. 8. 1982, S. 1, „Les attentats de Paris“.

<sup>178</sup> Zu Mitterrands Konzept für Frankreichs Nahost-Politik vgl. u. a. François Mitterrand, *Réflexions sur la politique extérieure de la France, introduction à vingt-cinq discours (1981–1985)*, Paris 1986, S. 135. Zitiert nach: Frémeaux, *Le monde arabe et la sécurité de la France*, S. 103.

<sup>179</sup> Vgl. Vaïsse, *La puissance ou l’influence?*, S. 388 f.

<sup>180</sup> Vgl. Fatima El Moustouï, *Mitterrand et le Moyen-Orient*, Paris 2011, S. 12.

<sup>181</sup> Vgl. ebenda, S. 197–206.

<sup>182</sup> Vgl. Jean-Pierre Filiu, *Mitterrand et la Palestine. L’ami d’Israël qui sauva par trois fois Yasser Arafat*, Paris 2005, S. 82–84.

<sup>183</sup> Vgl. ebenda, S. 136–144.

mit Israel bewirkten, dass Frankreich in den Fokus der inner-palästinensischen Gegner Arafats und ihrer Schutzmächte in der arabischen Welt geriet.<sup>184</sup>

Während der 1970er Jahre hatte sich eine Reihe dissidenter Gruppierungen von PLO und Fatah abgespalten, weil sie den zunehmend auf Verhandlungen und internationale Anerkennung ausgerichteten Kurs Arafats nicht mittragen wollten. Wichtigstes Mittel im Kampf gegen Israel blieb für diese Gruppen der Terrorismus, auch außerhalb Palästinas.<sup>185</sup> Die palästinensische Ablehnungsfront wurde unterstützt von Staaten wie dem Irak, Syrien und Libyen, die den Friedensprozess ebenfalls ablehnten.<sup>186</sup> Die wichtigste der dissidenten palästinensischen Gruppen war die Palästinensische Volksbefreiungsfront (PFLP) unter der Führung von George Habash und Waddi Haddad.<sup>187</sup> Nach dem Tod Haddads im Jahr 1978 entstanden mehrere Splittergruppen, zu denen unter anderem die Gruppe um Carlos sowie das PFLP-Spezialkommando (PFLP-SC) unter Selim Abu Salim (vermutlich verantwortlich für den Bombenanschlag auf die Synagoge in der Rue Copernic im Oktober 1980) und die Organisation 15. Mai unter Hussein El Omari gehörten.<sup>188</sup> Bereits im Jahr 1974 hatte sich Abu Nidal mit seinem Fatah-Revolutionerrat von der PLO abgespalten.<sup>189</sup>

Die dissidenten Gruppen versuchten, Arafat und die PLO in der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren und den Friedensprozess zu sabotieren. In den 1980er Jahren verübten sie zahlreiche Anschläge gegen jüdische Ziele in ganz Europa und ermordeten eine Reihe führender PLO-Mitglieder.<sup>190</sup> Zudem entwickelten sich die dissidenten Gruppen mehr und mehr zu Söldner-Terroristen, die Anschläge im Auftrag wechselnder Schutzmächte verübten.<sup>191</sup> Sie prägten eine neue Form des Terrorismus in Europa, die als „Terror-Diplomatie“ bekannt wurde. Mit dieser Strategie wurden Staaten für ihr außenpolitisches Verhalten „bestraft“, gleichzeitig konnte mit der Drohung weiterer Anschläge Einfluss auf zukünftige politische Entscheidungen genommen werden. Eine Folge dieser Entwicklung war, dass nunmehr Anschlagformen bevorzugt wurden, die sich wahllos gegen Zivilisten richteten. Eine gewisse Zahl von Todesopfern wurde als notwendig erachtet, um die gewünschte Botschaft „mit Nachdruck“ zu vermitteln.<sup>192</sup>

<sup>184</sup> Vgl. Ménage, *Lœil du pouvoir* III, S. 44–50.

<sup>185</sup> Vgl. Georges Corm, *Le Proche-Orient éclaté 1956–2007*, Paris 2007, S. 414–420.

<sup>186</sup> Vgl. ebenda, S. 495–512.

<sup>187</sup> Vgl. u. a. Harold M. Cubert, *The PFLP's Changing Role in the Middle East*, London u. a. 1997.

<sup>188</sup> Vgl. Ménage, *Lœil du pouvoir* III, S. 37.

<sup>189</sup> Zu Abu Nidal vgl. Patrick Seale, *Abu Nidal: Der Händler des Todes. Die Wahrheit über den palästinensischen Terror*, München 1992.

<sup>190</sup> Vgl. Riegler, *Im Fadenkreuz*, S. 138–154.

<sup>191</sup> Vgl. ebenda, S. 365–388.

<sup>192</sup> Vgl. ebenda.

### *Libanon*

Ein zweiter wichtiger Problemkreis war die französische Präsenz im Libanon. Frankreich unterhielt als ehemalige Mandatsmacht des Völkerbundes und Schutzmacht insbesondere der christlichen Maroniten traditionell besondere Beziehungen zum Libanon.<sup>193</sup> Im Jahr 1975 war in dem von einer Vielzahl ethnischer und religiöser Gruppen zerklüfteten Land ein blutiger Bürgerkrieg ausgebrochen, bei dem sich Muslime und Christen sowie die palästinensischen Flüchtlinge gegenüberstanden.<sup>194</sup> Frankreich nahm eine Vermittlerrolle ein und war zudem seit 1978 mit einem eigenen UN-Kontingent im Libanon (UNIFIL) präsent.<sup>195</sup>

Im Juni 1982 besetzten israelische Truppen den Süd-Libanon, um die PLO aus dem Land zu vertreiben.<sup>196</sup> Zusammen mit Italien und den USA organisierten französische Truppen die Flucht Arafats und 15000 seiner Kämpfer aus dem Süd-Libanon.<sup>197</sup> Frankreich geriet damit immer weiter in die Verwerfungen des Bürgerkrieges, an dem auch Syrien und der Iran beteiligt waren. Am 23. Oktober 1983 starben bei einem Anschlag gegen das französische Hauptquartier in Beirut 58 Soldaten.<sup>198</sup> Frankreich antwortete mit der Bombardierung eines Militärlagers der schiitischen Miliz, zog sich danach aber aus dem Libanon zurück.<sup>199</sup> In den Jahren 1985 bis 1987 wurde das Land zum Ort einer Vielzahl von Geiselnahmen, mit denen europäische Staaten und die USA erpresst wurden.<sup>200</sup>

### *Iran*

Ein dritter Problemkreis entwickelte sich im Jahr 1979 nach der islamischen Revolution im Iran.<sup>201</sup> Frankreich hatte Revolutionsführer Ajatollah Chomeini noch 1978 Exil gewährt. Am 1. Februar 1979 flog Chomeini mit einer französischen Maschine von Paris aus nach Teheran, wo er als Held empfangen wurde und die Staatsführung übernahm.<sup>202</sup> Dennoch verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern schnell. Der iranisch-französische Konflikt war ursächlich für einen großen Teil der terroristischen Anschläge im Frankreich der 1980er Jahre. Dieser Zusammenhang blieb lange im Dunkeln und konnte erst nachträglich aufgedeckt werden.

<sup>193</sup> Vgl. Marie-Thérèse Oliver-Saidi, *Le Liban et la Syrie au miroir français, 1946–1991*, Paris 2010.

<sup>194</sup> Vgl. u. a. Edgar O'Ballance, *Civil War in Lebanon 1975–1992*, London/New York 1998.

<sup>195</sup> Vgl. Filiu, *Mitterrand et la Palestine*, S. 94–96.

<sup>196</sup> Vgl. Vaïsse, *La puissance où l'influence?*, S. 390 f.

<sup>197</sup> Vgl. Filiu, *Mitterrand et la Palestine*, S. 113–149.

<sup>198</sup> Bei einem Anschlag auf das US-Hauptquartier kamen am gleichen Tag 241 amerikanische Soldaten ums Leben. Vgl. Favier/Martin-Roland, *La décennie Méditerranée I*, S. 25–40.

<sup>199</sup> Vgl. ebenda, S. 40–43.

<sup>200</sup> Vgl. Maskit Burgin/Ariel Merari/Anat Kurz, *Foreign Hostages in Lebanon*, Tel Aviv 1988.

<sup>201</sup> Zu den iranisch-französischen Beziehungen vor 1979 vgl. Sébastien Fath, *Le rêve persan d'une troisième voie: les relations franco-iraniennes de 1958 à 1978*, in: *EurOrient* 1998/9, S. 25–55.

<sup>202</sup> Vgl. Monika Gronke, *Geschichte Irans. Von der Islamisierung bis zur Gegenwart*, München 2003, S. 105–109.

Im Juli 1980 war ein iranisches Kommando unter Anis Naccache bei dem Versuch festgenommen worden, den ehemaligen Premierminister des Schahs Schapur Bachtiar in seinem Pariser Exil zu ermorden. Naccache und vier weitere Attentäter wurden verhaftet und 1982 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Der Iran versuchte seitdem, seine Agenten freizupressen.<sup>203</sup> Nach der Revolution hatten sich zudem führende Mitglieder der oppositionellen iranischen Volksmudschaheddin, die das neue Regime unter anderem mit Bombenanschlägen bekämpften, nach Frankreich geflüchtet. Der Iran beschuldigte die französische Regierung daraufhin, Terroristen zu beherbergen.<sup>204</sup> Der Regimewechsel des Jahres 1979 führte auch dazu, dass die französisch-iranische Zusammenarbeit in der Atomenergie aufgekündigt wurde. Der Iran war über die Firma *Eurodif* Teilhaber der französischen Urananreicherungsanlage in Pierrelatte.<sup>205</sup> Die iranische Revolutionsregierung stellte zunächst die Zahlungen ein. Anschließend weigerte sich Frankreich, die Anteile Irans, die sich auf mehrere Milliarden Dollar beliefen, auszuzahlen.<sup>206</sup>

Der Konflikt verschärfte sich mit dem Ausbruch des Krieges zwischen Iran und Irak im September 1980.<sup>207</sup> Als einer der engsten irakischen Verbündeten – Saddam Hussein absolvierte seinen einzigen Staatsbesuch in Europa 1975 in Frankreich<sup>208</sup> – unterstützte Frankreich die irakischen Streitkräfte mit Waffenlieferungen und verhängte ein Embargo gegen den Iran.<sup>209</sup> Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ließ der Iran Anschläge verüben, zu denen er sich aber nicht offen bekannte. Der iranische Geheimdienst gilt als Drahtzieher sowohl des Anschlags auf das französische Hauptquartier in Beirut im Oktober 1983 als auch der Geiselnahmen französischer Bürger im Libanon in den Jahren 1985 bis 1988. Auch die blutige Anschlagserie in Paris in den Jahren 1985/86 wurde einer vom Iran gesteuerten Gruppe zugeordnet.<sup>210</sup>

### Eine „nébuleuse terroriste“

Der internationale Terrorismus, der Frankreich plötzlich von allen Seiten traf, war die Folge von Entwicklungen, die bereits vor dem Machtantritt Mitterrands eingesetzt hatten. In seinen Ursachen und auch in seinen Dimensionen unterschied sich dieser Terrorismus dennoch stark von den Erfahrungen der Vorjahre. Die neue Dimension lag nicht nur in der hohen Zahl der Anschläge. Auch die

<sup>203</sup> Vgl. Jean Guisnel, *La France premier proliférateur nucléaire*, in: Faligot/Guisnel, *Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, S. 242–255, hier S. 254 f.

<sup>204</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir III*, S. 69–73.

<sup>205</sup> Auch Belgien, Spanien und Italien waren Teilhaber an dem Projekt. Vgl. Rémy Carle, *Le CEA et l'importance stratégique d'Eurodif*, in: Alain Beltran/François Ailleret (Hrsg.), *État et Énergie. XIX<sup>e</sup>–XX<sup>e</sup> siècle*, Paris 2009, S. 563–567.

<sup>206</sup> Vgl. Roland Dumas, *Affaires étrangères*, Bd. I: 1981–1988, Paris 2007, S. 349–357.

<sup>207</sup> Vgl. Harald Möller, *Der Krieg zwischen Irak und Iran*, in: *APuZ B II* (1995), S. 22–31.

<sup>208</sup> Vgl. Guisnel, *La France premier proliférateur nucléaire*, S. 246 f.

<sup>209</sup> Vgl. Vaïsse, *La puissance ou l'influence?*, S. 392–395.

<sup>210</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir III*, S. 545–549.

Form – Bombenanschläge gegen die Zivilbevölkerung, die hohe Opferzahlen forderten und oftmals ohne Bekennerschreiben verübt wurden – war in den 1970er Jahren in Frankreich unbekannt gewesen.

Eine der wichtigsten Folgen des 1982 einsetzenden Terrorismus war, dass sich in der öffentlichen Wahrnehmung der Eindruck einer *nébuleuse terroriste* durchsetzte: einer ständigen terroristischen Gefahr, deren Hintergründe im Dunkeln blieben. *Le Monde*-Redakteur Laurent Greilsamer fasste im August 1982 die Situation zusammen:

Frankreich wird zum bevorzugten Ziel des Terrorismus. Es ist beinahe unmöglich, die bisherigen Anschläge, ob tödlich oder nicht, „einheimisch“ oder international in ihrer Gesamtheit aufzuzählen. Die „großen“ Anschläge und die „kleinen“, die „verheerenden“ und die „gezielten“ verschwimmen in einer scheinbar ziellosen Eskalation der Gewalt.<sup>211</sup>

Während noch Ende der 1970er Jahre klar zwischen Aktionen linksradikaler Gruppen wie *Action Directe* und den Anschlägen der korsischen Unabhängigkeitsbewegung unterschieden werden konnte, vermischte sich nun der Terrorismus einheimischer und ausländischer Gruppen zu einer diffusen Bedrohung. Damit geriet der politische Kontext der Anschläge zunehmend in den Hintergrund. In der medialen Öffentlichkeit wurde der Terrorismus als Teil einer allgemeinen Unsicherheit wahrgenommen, die in den 1980er Jahren die politischen Debatten und die Politik der inneren Sicherheit dominieren sollte.

## 2.2 Der neue Sicherheitsdiskurs

Sie wissen, dass sie möglicherweise bald einem wichtigen Problem begegnen müssen, nämlich einen jener Staaten zu regieren, die ihren Bevölkerungen weniger die staatliche Integrität, den Sieg über den Feind oder die Steigerung des Wohlstands versprechen, als „Sicherheit“: die Abwendung und die Wiedergutmachung von Risiken, Unfällen, Gefahren, Zufällen, Krankheiten usw. Dieser „Pakt der Sicherheit“ bringt gefährliche Machtzuwächse sowie Verschiebungen im Bereich der Grundrechte mit sich. Er erzeugt auch Reaktionen, die sich gegen die Sicherheitsfunktion des Staates richten. Kurz: Wir laufen Gefahr, eine Staatsform zu entwickeln, in der sich die Sicherheit und die Angst gegenüberstehen und sich gegenseitig anstacheln.

Michel Foucault, Brief an die politischen Führer der Linken, November 1977.<sup>212</sup>

### Die neue Unsicherheit

Seit Mitte der 1970er Jahre entwickelte sich in Frankreich ein neuer Sicherheitsdiskurs, der unter dem Schlagwort der Unsicherheit (*l'insécurité*) verschiedene Formen der Kriminalität und ihrer Wahrnehmung zusammenfasste.<sup>213</sup> Auslöser für dieses Unsicherheitsgefühl waren stark steigende Kriminalitätsraten. Von 1963

<sup>211</sup> *Le Monde* vom 13. 8. 1982, S.1, „Lutte antiterroriste et recentrage politique“.

<sup>212</sup> Michel Foucault, *Lettre à quelques leaders de la gauche*, in: *Le Nouvel Observateur* vom 28. 11. 1977, S. 59.

<sup>213</sup> Für eine theoretische Annäherung an den Unsicherheits-Diskurs vgl. Didier Bigo/Anastasia Tsoukala, *Understanding (in)security*, in: Dies. (Hrsg), *Terror, Insecurity and Liberty. Illiberal Practices of Liberal Regimes after 9/11*, London/New York 2008, S.1–9.

bis 1973 hatte sich die Zahl der Straftaten um über 300 Prozent erhöht.<sup>214</sup> Als beunruhigend notierten Beobachter, dass sich insbesondere schwere Gewaltdelikte wie bewaffneter Raub, Banküberfälle, Geiselnahmen, Mord und Mordversuche vervielfältigt hatten.<sup>215</sup> Dieser Trend setzte sich bis Mitte der 1980er Jahre fort. Die Zahl der in Frankreich begangenen Straftaten und vor allem von kriminell motivierter Gewalt stieg weiter stark an.<sup>216</sup>

Bis Anfang der 1980er Jahre entwickelte sich die Rede von der Unsicherheit zu einem bestimmenden Diskurs in der französischen Gesellschaft. Sie war Auslöser und zugleich Teil eines Paradigmenwechsels in den Debatten um Sicherheit und Freiheit. Hatte nach 1968 zunächst der Ruf nach mehr Freiheit die gesellschaftlichen und politischen Debatten dominiert, so wurde der Schwerpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit nun wieder langsam weg von Liberalisierungen, hin zum Schutz der Sicherheit der Bevölkerung verschoben.

Charakteristisch für das Begriffspaar von Sicherheit und Unsicherheit war seine konzeptionelle Offenheit. Sicherheit bedeutete anders als noch einige Jahre zuvor nicht mehr die Sicherheit des Staates oder der öffentlichen Ordnung, sondern die Sicherheit jedes einzelnen Bürgers. Diese konnte durch alle möglichen realen oder imaginierten Gefahren bedroht werden – von der alltäglichen Kleinkriminalität in den Vorstädten bis zur politisch motivierten Gewalt terroristischer Gruppen.<sup>217</sup> Die französische Diskussion fokussierte auf die Kriminalität, die von der Banlieue, den Vorstädten in der Peripherie der großen Städte, ausging. Als Hauptmerkmale des Phänomens lassen sich neben seiner Urbanität die Konzentration auf Gewalt, Kriminalität und Jugendliche („les jeunes“) als Hauptverursacher der Straftaten ausmachen.<sup>218</sup>

Während der Politikwissenschaftler Laurent Bonelli den Startpunkt für den neuen Sicherheitsdiskurs im Jahr 1976 vermutet, setzen andere Autoren mit der Amtsübernahme Präsident Giscard d'Estaings im Jahr 1974 an.<sup>219</sup> Tatsächlich lässt

<sup>214</sup> Vgl. Assemblée Nationale, Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi de finances pour 1975 (n° 1180), intérieur, annexe au procès-verbal de la séance du 11 octobre 1974, S. 27.

<sup>215</sup> Vgl. ebenda.

<sup>216</sup> Vgl. Criminalité et délinquance. Évolution d'ensemble 1975–1985, hrsg. vom Ministère de l'intérieur/Documentation française, Paris 1985, S. 3–7.

<sup>217</sup> Zur Ausweitung des Sicherheitsbegriffs vgl. u. a. Herfried Münkler/Matthias Bohlender/Sabine Meurer (Hrsg.), Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahren im 21. Jahrhundert, Bielefeld 2010, S. 11–34, hier S. 22; Christopher Daase, Sicherheitskultur. Ein Konzept zur interdisziplinären Erforschung politischen und sozialen Wandels, in: Security and Peace 29 (2011), S. 59–65; Alf Lüdtke/Michael Wildt (Hrsg.), Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven, Wallstein 2008; Rüdiger Graf/Cornel Zwierlein, The Production of Human Security in Premodern and Contemporary History, in: Historical Social Research 31/4 (2010), S. 7–21.

<sup>218</sup> Vgl. Bonelli, La France a peur, S. 5–20.

<sup>219</sup> Vgl. ebenda, S. 5; Daniëlle Drevelle, Du besoin de sécurité à la doctrine de la sécurité, in: Centre universitaire de recherches administratives et politiques de Picardie, Variations autour de l'idéologie de l'intérêt général 1 (1978), S. 71–90, hier S. 71.

sich feststellen, dass zu Beginn der Präsidentschaft Giscard's ein Wechsel in der Politik der inneren Sicherheit stattfand. Während sich Georges Pompidou und sein Innenminister Raymond Marcellin nach den Unruhen vom Mai 1968 auf Demonstrationskontrolle und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung konzentriert hatten, reagierte der neue Innenminister Michel Poniatowski auf die Forderungen vieler Lokalpolitiker und Abgeordneter, stärker gegen die Gewalt und Kleinkriminalität in der urbanen Peripherie vorzugehen. Die Polizeikommissionen in den Vorstädten wurden verstärkt. Außerdem wurde eine Nachbarschaftspolizei eingeführt, um den Austausch zwischen Bürgern und Sicherheitskräften zu verbessern und so einer weiteren Eskalation vorzubeugen.<sup>220</sup>

Umfragen bestätigten ein wachsendes Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Nach einer Statistik von *Express-SOFRES* vom Mai und September 1975 fühlten sich 67 Prozent der Franzosen weniger sicher als in den vorigen Jahren. Umfragen der konservativen Tageszeitung *Le Figaro* ergaben, dass in den Jahren 1975 und 1976 die Bekämpfung der Gewalt und der Kriminalität zu den wichtigsten Anliegen der Franzosen an die Regierung zählte.<sup>221</sup> Premierminister Raymond Barre erklärte im Oktober 1976 in der Nationalversammlung:

Es muss vor allen Dingen sichergestellt werden, dass die Franzosen in Sicherheit leben können. Die wichtigste Aufgabe der Regierung ist es, die Bürger vor den Bedrohungen, denen sie ausgesetzt sind, zu schützen. Dies ist heute einer der wichtigsten Wünsche der Franzosen. Die Regierung wird darauf reagieren. Es darf in diesem Land keinen Ort und keinen Moment geben, an dem sich unsere Landsleute nicht sicher fühlen.<sup>222</sup>

Eine der ersten politischen Maßnahmen war die Einsetzung einer Expertenkommission unter dem späteren Justizminister Alain Peyrefitte, die das Phänomen untersuchen und Lösungsansätze erarbeiten sollte. Der voluminöse Bericht der Kommission prägte den weiteren Verlauf der Debatten. In der Einleitung war von einer „allgemeinen Unsicherheit“ die Rede, gegen die scharf vorgegangen werden müsse: „Lange Zeit zurückgedrängt, hat sich die Gewalt im Herzen der *Cité* eingerichtet. Noch nicht als Herrin – aber diese Zeit kann noch kommen. Und wenn wir nichts tun, wird sie mit Sicherheit kommen.“<sup>223</sup> Der unter dem Titel „Antworten auf die Gewalt“ erschienene Bericht setzte den konzeptionellen Rahmen für eine Neuausrichtung der Regierungspolitik, die dem Sicherheitsbedürfnis größere Bedeutung einräumte. Die linke Opposition, die nach 1968 die Forderungen

<sup>220</sup> Die Privilegierung von Bereitschaftspolizei und Pariser Polizeipräfektur war seit Anfang der 1970er Jahre in den Haushaltsverhandlungen der Nationalversammlung immer wieder kritisiert worden. Vgl. etwa *Assemblée Nationale, Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi de finances pour 1970, annexe n° 840 à la 1<sup>e</sup> session ordinaire de 1969–1970*, S. 836.

<sup>221</sup> Vgl. Drevelle, *Du besoin de sécurité à la doctrine de la sécurité*, S. 76.

<sup>222</sup> Zitiert nach: Ebenda, S. 76 f.

<sup>223</sup> *Réponses à la violence. Rapport du comité d'études sur la violence, la criminalité et la délinquance, présidé par Alain Peyrefitte, Tome I: Rapport général*, Paris 1977, S. 31 f.

nach einer freieren Gesellschaft verkörpert und stark von ihnen profitiert hatte, bekämpfte den neuen Sicherheitsdiskurs als „populistisch“ und „repressiv“.<sup>224</sup>

Tatsächlich vollzogen die Konservativen einen bemerkenswerten Politikwechsel. Während Giscard im Wahlkampf für das Präsidentenamt für einen „fortgeschrittenen Liberalismus“ geworben und zu Beginn seines Mandats politische und gesellschaftliche Reformen wie die Stärkung des Verfassungsrates, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches und die Volljährigkeit ab 18 Jahren eingeführt hatte, wurde Sicherheit zum bestimmenden Thema der zweiten Amtshälfte des Präsidenten.<sup>225</sup> Mit dem Kurswechsel wurde die traditionelle Aufteilung wiederhergestellt, die den Konservativen mehr Kompetenzen in Fragen der öffentlichen Sicherheit zuschrieb, während von der Linken progressive und liberalisierende Maßnahmen erwartet wurden.<sup>226</sup>

Die Spaltung verstärkte sich noch einmal mit dem Anfang 1981 während des Präsidentschaftswahlkampfes verabschiedeten „Gesetz zur Verstärkung der Sicherheit und zum Schutz der Freiheit“.<sup>227</sup> So schreibt Robert Badinter:

Noch schwerer wog, dass die Kampagne von 1980 das Thema der Unsicherheit in das Zentrum der politischen Debatten katapultierte. Es sollte dieses nicht mehr verlassen und hört seitdem nicht auf, das politische Leben in Frankreich zu vergiften. Die Linke hatte das Gesetz im Namen der Freiheiten bekämpft, aber die Angst der Bevölkerung blieb bestehen.<sup>228</sup>

Tatsächlich muss das von Justizminister Alain Peyrefitte vorbereitete Gesetzesprojekt auch als ein geschickter Schachzug für den Wahlkampf verstanden werden. Peyrefitte hatte von einer USA-Reise die Erkenntnis mitgebracht, dass das Wahlkampfthema Sicherheit einer konservativen Partei große Gewinne bringen konnte.<sup>229</sup> Die Sozialisten führten eine engagierte Kampagne gegen das Gesetzesvorhaben. Der Abgeordnete Philippe Marchand erklärte, man werde es „mit der gleichen Härte bekämpfen, mit der wir uns gegen einige Gesetzestexte unter Vichy gestellt haben“.<sup>230</sup> Robert Badinter bezeichnete seine Verabschiedung als „Rückfall in repressive Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts“.<sup>231</sup>

Der neue Sicherheitsdiskurs konnte zwar die Wahlniederlage Giscard im Jahr 1981 nicht mehr verhindern, die breite Ablehnung zentraler Reformen wie der Abschaffung der Todesstrafe und der Amnestie für politische Gefangene in der Bevölkerung lassen aber die Vermutung zu, dass die Linke bereits im Frühjahr 1981 die Wahlen nicht etwa wegen, sondern vielmehr trotz ihres Liberalisierungsprogrammes gewann.

<sup>224</sup> Vgl. Mbongo, *La gauche au pouvoir et les libertés publiques*, S. 221–239.

<sup>225</sup> Vgl. Mathias Bernard, *La France de mai 1958 à mai 1981*, Paris 2003, S. 179–204.

<sup>226</sup> Vgl. Bonelli, *La France a peur*, S. 69.

<sup>227</sup> Loi n° 81–82 renforçant la sécurité et protégeant la liberté des personnes, in: JORF vom 3. 2. 1981, S. 415–425.

<sup>228</sup> Badinter, *Les épines et les roses*, S. 31.

<sup>229</sup> Vgl. Jean-Claude Michaud, *Alain Peyrefitte. Biographie*, Paris 2002.

<sup>230</sup> Vgl. Assemblée Nationale, séance du 18 décembre 1980, in: JORF vom 19. 12. 1980, S. 5029 f.

<sup>231</sup> Zitiert nach: Cassia, Badinter, S. 285.

## Die Entdeckung der Banlieue

Im Sommer 1981 erregte zum ersten Mal ein Phänomen größere Aufmerksamkeit, das die Vororte der französischen Großstädte in den Mittelpunkt der Debatten um die neue Unsicherheit stellte. In den in der Peripherie von Lyon gelegenen Stadtvierteln Vénissieux, Vaulx-en-Vélin und Villeurbanne brachen im Juli 1981 Unruhen aus. Bereits in den Jahren zuvor hatten dort in den heißen Sommermonaten sogenannte Rodeos stattgefunden, bei denen Jugendliche Rennen mit gestohlenen Autos veranstalteten und diese anschließend verbrannten.<sup>232</sup>

Im Jahr 1981 erreichten die „Rodeos“ eine Dimension, die sich nicht mehr ignorieren ließ. Es kam zu Straßenkämpfen mit der Polizei. Auch in Avignon und Marseille brachen Unruhen aus. Am Ende des Sommers waren über 250 Autos verbrannt.<sup>233</sup> Die Regierung versuchte zunächst, das Phänomen herunterzuspielen. Die linke Presse meinte, einen „spielerischen und festiven Charakter“ der Ereignisse erkennen zu können.<sup>234</sup> Die Kommunistische Partei vermutete gar eine Manipulation der Konservativen, die den Frieden des neuen, sozialistischen Frankreichs stören wollten.<sup>235</sup> Der konservative *Figaro* sprach dagegen in Anlehnung an die palästinensische Terrororganisation „Schwarzer September“ von einem „schwarzen Juli“.<sup>236</sup>

Die Probleme der Banlieue waren ein Erbe der Stadtplanung und Integrationspolitik der 1960er und 1970er Jahre sowie der Wirtschaftskrise, die Mitte der 1970er Jahre das Ende des 30-jährigen Booms nach dem Zweiten Weltkrieg zur Folge hatte.<sup>237</sup> Die Vorstädte waren zu Problemvierteln herangereift, in denen die armen Zuwandererfamilien aus den früheren Kolonien lebten, die kaum auf eine Integration in die französische Mehrheitsgesellschaft hoffen konnten.<sup>238</sup>

Die Reaktion der Behörden auf die Unruhen des Jahres 1981 zeigten zunächst Erfolg: Die Polizei verhielt sich zurückhaltend, erst im Nachhinein wurden die Anführer der Unruhen festgenommen. Es wurden Ferienlager organisiert, die es den Jugendlichen im Sommer ermöglichten, aus den Städten herauszukom-

<sup>232</sup> Vgl. Berlière/Lévy, *Histoire des Polices en France*, S. 254.

<sup>233</sup> Vgl. Christian Bachmann/Nicole Le Guennec, *Violences urbaines*, Paris 2002, S. 359–362; vgl. auch Adil Jazouli, *Les années Banlieues*, Paris 1992.

<sup>234</sup> Vgl. Bachmann/Guennec, *Violences urbaines*, S. 360.

<sup>235</sup> Vgl. ebenda, S. 361.

<sup>236</sup> Zitiert nach: Ebenda.

<sup>237</sup> Vgl. Bonelli, *La France a peur*, S. 21–50.

<sup>238</sup> Eine ähnliche Entwicklung war in Großbritannien zu verzeichnen, wo es 1981 mit den Unruhen von Brixton zu ungleich größeren Ausschreitungen kam, die offen als „Rasseunruhen“ bezeichnet wurden. Vgl. Romain Garbaye, *Émeutes vs. intégration. Comparaisons franco-britanniques*, Paris 2011.

men.<sup>239</sup> Zwar kam es in den nächsten Jahren immer wieder zu Unruhen,<sup>240</sup> eine Eskalation der Gewalt war während der 1980er Jahre aber nicht zu beobachten.<sup>241</sup>

Für die Debatten um Sicherheit und Freiheit waren diese relativen Erfolge zweitrangig. Die Unruhen in der Banlieue gaben der neuen Unsicherheit einen geographischen Ort. Mit den Vorstädten gerieten auch ihre Bewohner in den Fokus der Ängste der Mehrheitsbevölkerung. Auch wenn dies selten offen gesagt wurde – wenn von den kriminellen Jugendlichen der Vorstädte die Rede war, waren fast immer junge Männer gemeint, deren Familien aus den Maghrebstaaten oder den ehemaligen subsaharischen Kolonien Frankreichs stammten.<sup>242</sup>

Eine direkte Folge der Unruhen vom Sommer 1981 war die Einrichtung einer „Bürgermeisterkommission zu Fragen der Sicherheit“ im Mai 1982.<sup>243</sup> Das auf Initiative von Premierminister Pierre Mauroy gebildete Gremium nahm explizit Bezug auf das wachsende Gefühl der Unsicherheit in den Städten und kann als erstes Anzeichen für einen Kurswechsel der Linken im Umgang mit dem neuen Phänomen verstanden werden.<sup>244</sup> Anders als noch in der Auseinandersetzung um das Gesetz „Sicherheit und Freiheit“ wenige Monate zuvor, wurde das Thema Unsicherheit nicht mehr nur als Wahlkampfmanöver der Konservativen begriffen, sondern als politisches Problem analysiert. Dies war auch dem Umstand geschuldet, dass mit den Bürgermeistern Lokalpolitiker zusammenkamen, die die Probleme aus eigener, praktischer Erfahrung kannten. 32 von 36 Kommissionsmitgliedern gehörten den Parteien der Linkskoalition an, den Vorsitz hatte der sozialistische Bürgermeister der Pariser Vorstadt Épinay-sur-Seine, Gilbert Bonnemaïson.<sup>245</sup> Die Bürgermeister forderten mehr Verantwortung für die Kommunen bei der Planung von Wohngebieten, der Verteilung von Sozialwohnungen und der Kostenzuweisung in ihren Städten. Außerdem sollte die Polizeipräsenz in den Problemvierteln verstärkt und die Politik der Nachbarschaftspolizei intensiviert werden.<sup>246</sup>

Die Bürgermeisterkommission war nur die erste einer Vielzahl von Initiativen und Reformen, mit denen in den folgenden Jahren den wachsenden sozialen Spannungen in den französischen Städten begegnet werden sollte.<sup>247</sup> Insbeson-

<sup>239</sup> Vgl. *Le Monde* vom 25. 8. 1982, S. 9, „Des ‚durs‘ devenus sages. Quand Vénissieux ne fait plus la ‚une‘“.

<sup>240</sup> Vgl. u. a. *Le Monde* vom 1. 7. 1982, S. 24, „Patiences perdues. Après les incidents entre policiers et immigrés dans le Haut-Rhin“; ebenda, „Les jeunes et la violence. Les effets préventifs de l'opération anti-été chaud“.

<sup>241</sup> Zur heutigen Situation vgl. u. a. Charles Tshimanga/Didier Gondola/Peter J. Bloom (Hrsg.), *Frenchness and the African Diaspora. Identity and Uprising in Contemporary France*, Bloomington 2009; Michel Kokoreff, *Sociologie des émeutes*, Paris 2008.

<sup>242</sup> Vgl. Hargreaves, *De la victoire de la gauche à la percée de l'extrême droite*, S. 1.

<sup>243</sup> Vgl. *Commission des maires sur la sécurité, Face à la délinquance: prévention, répression, solidarité*, Rapport au Premier ministre, Paris 1982.

<sup>244</sup> Vgl. ebenda, S. 9.

<sup>245</sup> Vgl. ebenda, S. 2.

<sup>246</sup> Zur Arbeit der Bürgermeisterkommission vgl. Bonelli, *La France a peur*, S. 76.

<sup>247</sup> Vgl. Sylvie Tissot, *L'État et les quartiers. La genèse d'une catégorie de l'action publique*, Paris 2007.

dere für die frisch an die Macht gekommene Linke waren die Unruhen des Sommers 1981 ein Weckruf. Die wachsende Sorge der Bevölkerung konnte nicht länger ignoriert werden. Im neuen Sicherheitsdiskurs spielte die Banlieue von nun an eine zentrale Rolle. In den folgenden Jahren etablierte sich mehr und mehr ein Diskurs, der die Vorstädte als potenzielle Bedrohung für die öffentliche Ordnung, aber auch für die französische Identität darstellte.<sup>248</sup>

### Der Front National und die Ethnisierung der sozialen Frage

Ebenfalls Anfang der 1980er Jahre wurden Immigration und Integration zu wichtigen Themen in den politischen Debatten. Im Zusammenspiel mit dem neuen Unsicherheitsdiskurs und dessen Verortung in der Banlieue hatte dies zur Folge, dass die Zuwanderer zunehmend als Bedrohung wahrgenommen wurden. Mit den Wahlerfolgen des rechtsextremen *Front National* (FN) fanden die fremdenfeindlichen Ängste auch Eingang in die französische Parteienlandschaft.

Als Hauptursache für die neue politische Sensibilität von Einwanderung und Integration gilt die seit Mitte der 1970er Jahre anhaltende Wirtschaftskrise, die sich 1981/82 noch einmal verstärkte.<sup>249</sup> Allerdings ist festzuhalten, dass Immigration in den politischen Debatten Ende der 1970er Jahre noch kaum eine Rolle spielte.<sup>250</sup> Dies gilt auch für den Wahlkampf von 1981, den die Linke nach dem althergebrachten Muster des Klassenkampfes austrug: PS und PC verteidigten die Interessen des „kleinen Mannes“ und propagierten den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Erst im Verlauf der 1980er Jahre wurde die soziale Frage in Frankreich mehr und mehr auch zu einer ethnischen.<sup>251</sup> In der französischen Literatur ist diese Verschiebung mit den Metaphern der *fracture sociale* und der *fracture coloniale* beschrieben worden.<sup>252</sup> Beispielhaft deutlich wird der Paradigmenwechsel an den Wahlerfolgen des FN und dem gleichzeitigen Abrutschen der Kommunistischen Partei in die Bedeutungslosigkeit.<sup>253</sup>

Tatsächlich war die Zahl der Ausländer und Staatsbürger mit Migrationshintergrund in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg gewachsen und lag höher als in den meisten europäischen Nachbarländern. 1982 waren bei einer Gesamtbevölkerung von 54 Millionen Einwohnern 3,7 Millionen Ausländer und 1,4 Millionen eingebürgerte Franzosen.<sup>254</sup> Die neue Linksregierung setzte ab 1981 eine

<sup>248</sup> Vgl. Rigouste, *L'ennemi intérieur*, S. 189.

<sup>249</sup> Vgl. Weil, *La France et ses étrangers*, S. 101–116.

<sup>250</sup> Gleichwohl vollzogen die Regierungen unter Giscard Mitte der 1970er eine erste Trendwende. 1974 wurde die Einwanderungspolitik für „Gastarbeiter“ und der freie Nachzug von Familienangehörigen ausgesetzt. Ab 1977 wurde ein Programm zur Unterstützung einer „freiwilligen Rückkehr“ aufgelegt. Vgl. ebenda, S. 117–192.

<sup>251</sup> Vgl. Hargreaves, *De la victoire de la gauche à la percée de l'extrême droite*, S. 1.

<sup>252</sup> Vgl. u. a. den Titel von Pascal Blanchard/Nicolas Bancel/Sandrine Lemaire (Hrsg.), *La fracture coloniale. La société française au prisme de l'héritage coloniale*, Paris 2006.

<sup>253</sup> Zum Niedergang des PCF in den 1970er und 1980er Jahren vgl. Courtois/Lazar, *Histoire du parti communiste français*, S. 361–456.

<sup>254</sup> Vgl. Bernard, *La France de 1981 à 2002*, S. 233.

Reihe von Reformen durch, um die Eingliederung der Zuwanderer zu erleichtern. Ausländer erhielten das Recht, einen Verein zu gründen; verwaltungsmäßige Abschiebungen wurden ebenso wie die „Rückkehrhilfe“ für Gastarbeiter ausgesetzt. 1984 wurde eine erneuerbare Aufenthaltsgenehmigung mit zehnjähriger Gültigkeit eingeführt. Am weitesten ging der Beschluss der Regierung vom Sommer 1981, alle bisher illegalen Einwanderer im Land zu legalisieren.<sup>255</sup>

Wie bereits bei den Liberalisierungen der Justiz musste die Linke diese Maßnahmen aber gegen eine zunehmend kritische öffentliche Meinung durchsetzen. Als bekannt wurde, dass aufgrund der Legalisierung etwa 130 000 illegal in Frankreich lebende Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis erhalten sollten, sah sich die Regierung parteiübergreifenden Protesten ausgesetzt.<sup>256</sup> In Teilen der Bevölkerung setzte sich das Bild durch, dass die Immigranten für die zunehmende Unsicherheit verantwortlich seien und dass die liberale Einwanderungspolitik der Linksregierung diese noch verstärke. Am deutlichsten wurde der Zusammenhang zwischen Einwanderung und Unsicherheit vom rechtsextremen *Front National* (FN) gezogen. So erklärte der Generalsekretär des FN Jean-Pierre Stirbois im Februar 1983:

Ich behaupte, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität, und damit auch der Anstieg der Unsicherheit zu einem großen Teil mit dem ständigen Anwachsen der Einwanderung zusammenhängt. Die Einwanderung rückgängig machen bedeutet, die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit zu verringern.<sup>257</sup>

Der Publizist Xavier Raufer schrieb, ein „ethnischer Mai 68“ stehe unmittelbar bevor: „Die Erwartungen der jungen Migranten wurden von den unbedachten Versprechungen der Sozialisten angestachelt. Wenn diese nun enttäuscht werden, werden sie zu noch mehr beunruhigenden Taten führen.“<sup>258</sup>

Der 1972 von Jean-Marie Le Pen gegründete FN hatte im ersten Jahrzehnt seiner Existenz kaum politischen Einfluss gewinnen können. Noch 1981 hatte es Le Pen nicht vermocht, die für eine Kandidatur im Präsidentschaftswahlkampf erforderlichen 500 Unterschriften von gewählten Volksvertretern zu erhalten, und bei den Parlamentswahlen im Juni 1981 erreichte die Partei lediglich 1,9 Prozent.<sup>259</sup> Die überraschenden Erfolge bei den Kommunalwahlen im Jahr 1983 lösten daher einen regelrechten Schock unter politischen Beobachtern aus. In der nordwestlich von Paris gelegenen Kleinstadt Dreux wurde Jean-Pierre Stirbois zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt. Auch in Paris zogen Abgeordnete des FN in den Stadtrat ein.<sup>260</sup> Bei den Europawahlen im Jahr 1984 bestätigte sich

<sup>255</sup> Vgl. Weil, *La France et ses étrangers*, S.193–220, 247–255.

<sup>256</sup> Vgl. ebenda, S.228–236.

<sup>257</sup> Zitiert nach: Bernard Alidières, *Géopolitique de l'insécurité et du Front national*, Paris 2006, S.18.

<sup>258</sup> Zitiert nach: Bachmann/Le Guennec, *Violences urbaines*, S.361.

<sup>259</sup> Vgl. Anne-Marie Duranton-Crabol, *L'extrême droite*, in: Berstein/Milza/Bianco, *Les années du changement*, S.747–762, hier S.748.

<sup>260</sup> Vgl. Dézé, *Le Front National*, S.75.

der Erfolg. Unter der Führung Jean-Marie Le Pens errang der FN fast elf Prozent der abgegebenen Stimmen.<sup>261</sup>

*Le Monde*-Redakteur Edwy Plenel machte nach den Kommunalwahlen des Jahres 1983 den Zusammenhang zwischen dem Wahlergebnis und dem neuen Sicherheitsdiskurs deutlich:

Die Angst hat sich bezahlt gemacht. [...] Die furchtbarste aller Ängste: die vor dem „Anderen“, dem Einwanderer, dem Jugendlichen, dem Straffälligen, wobei sich diese drei oft zu einem vermischen: dem Kriminellen.<sup>262</sup>

Die Präsenz der neuen Partei im französischen Politikbetrieb beschleunigte den Aufstieg der Unsicherheit als politisches Thema. Dies geschah zum einen durch die ständige Wiederholung des rechtsextremen Sicherheitsdiskurses, der eine allgemeine Ausländerfeindlichkeit mit dem Problem der Unsicherheit in den französischen Vorstädten verknüpfte. Zum anderen beeinflusste die Themensetzung des FN die Programmatik der anderen Parteien. Insbesondere in den Reihen der Konservativen wurde auch die Verbindung von Unsicherheit und Immigration mitvollzogen.<sup>263</sup>

### Terrorismus und Unsicherheit

Der neue Sicherheitsdiskurs und die 1982 einsetzende Terrorwelle verstärkten sich in ihrer Wirkung gegenseitig. Die Anschläge trafen eine Gesellschaft, die für Fragen der allgemeinen Sicherheit bereits stark sensibilisiert war. Der Terrorismus erhöhte die gefühlte Unsicherheit und verlieh den Forderungen nach mehr Sicherheit eine größere Bedeutung. Die Terrorwelle machte die Unsicherheit endgültig zu einem politischen Thema, mit dem die Oppositionsparteien gegen die Regierung und ihren „nachgiebigen“ Kurs vorgehen konnten. Nach dem Anschlag in der Pariser Rue Marbeuf am 22. April 1982 organisierte der Fraktionsführer des RPR im Senat, Charles Pasqua, eine erste große Demonstration mit dem Aufruf: „Stopt den Terrorismus und die Unsicherheit!“<sup>264</sup>

Zugleich veränderte sich damit die Wahrnehmung des Terrorismus. Indem die fast alltäglichen Anschläge und Attentate in Paris und der Provinz als Teil einer allgemeinen Unsicherheit wahrgenommen wurden, verloren sie ihren spezifischen Charakter als politische Gewalt. Dies geschah zum einen aufgrund der neuen Vielfältigkeit der terroristischen Aktionen, die die politischen Hintergründe der einzelnen Anschläge in der öffentlichen Wahrnehmung verschwimmen ließ. Zum anderen trug das Konzept der Unsicherheit in seiner Fokussierung auf die Sicherheit des Individuums zu dieser Entpolitisierung bei. Da der politische

<sup>261</sup> Vgl. ebenda.

<sup>262</sup> Edwy Plenel, in: *Le Monde* vom 12. 3. 1983, S. 2.

<sup>263</sup> Vgl. Wihtol de Wenden, *Les immigrés et la politique*, S. 326–337.

<sup>264</sup> Vgl. *Le Monde* vom 3. 5. 1982, S. 8, „M. Charles Pasqua (R.P.R.) relance l'activité de l'association Solidarité et défense des libertés“. Pasqua warf der Regierung vor, die Bedingungen geschaffen zu haben, „unter denen sich der Terrorismus in Frankreich entwickelt“ habe. Vgl. ebenda.

Kontext der Anschläge kaum noch wahrgenommen wurde, entwickelte sich auch der Fokus der Terrorismusbekämpfung weg von politischen Lösungen, hin zu einer allgemeinen Erhöhung der Sicherheitsstandards und verschärften strafrechtlichen Maßnahmen.

Das Zusammendenken von Terrorismus, Unsicherheit und Immigration trug zur Stigmatisierung der Einwanderer in den Vorstädten als Bedrohung für die Mehrheitsgesellschaft bei. Dies geschah Anfang der 1980er Jahre noch vorsichtig. Anzeichen für diese Entwicklung lassen sich vor allem *ex negativo* – in den Warnungen vor einem Amalgam von Terrorismus, Immigration und arabischer Minderheit nachweisen. So erklärte die Sozialistische Partei im August 1982, dass „der Kampf gegen den Terrorismus nichts mit dem grundlegenden Prinzip des Rechtes auf Asyl und noch weniger mit der Anwesenheit eingewanderter Arbeiter in Frankreich zu tun“ habe.<sup>265</sup> Der Generalsekretär des Vereins „Bewegung gegen den Rassismus und für die Völkerfreundschaft“ (MRAP), Albert Lévy, schrieb nach dem blutigen Anschlag in der Rue des Rosiers in einem Kommentar für *Le Monde*:

Es ist Aufgabe des MRAP bei jeder Gelegenheit daran zu erinnern, dass der Rassismus [...] als Ganzes zurückgewiesen werden muss. Dies ist heute ganz besonders wichtig, wenn man die so häufigen Verallgemeinerungen betrachtet, die darauf zielen, den Verdacht auf ein Volk (die Palästinenser) oder eine Ethnie (die Araber) in ihrer Gesamtheit zu lenken [...] Daher muss unbedingt vermieden werden, dass in den stürmischen Debatten über das Asylrecht und die Einwanderung in den Ideen oder Worten ein enger oder weiterer Zusammenhang zwischen den politischen Flüchtlingen oder den ausländischen Arbeitern und dem Terrorismus gezogen wird. Wir müssen verhindern, dass die Spirale der Gewalt im Nahen Osten und hier bei uns eine Spirale des Rassismus in Gang setzt, und dass sich diese beiden gegenseitig antreiben.<sup>266</sup>

Die Warnungen vor einem Generalverdacht gegen die arabischen Immigranten als potenzielle Terroristen und Gewaltverbrecher lassen den Schluss zu, dass der Terrorismus bereits Anfang der 1980er Jahre maßgeblich zum Anstieg der Fremdenfeindlichkeit in Frankreich beitrug, auch wenn die explizite kausale Verbindung zwischen Immigration und Terrorismus in der politischen und medialen Öffentlichkeit vorerst nur selten hergestellt wurde.<sup>267</sup>

## Zusammenfassung

Im Jahr 1982 wurde Frankreich mit einer bis dahin unbekanntem Wucht vom Terrorismus getroffen. Das Land, das sich lange als „glückliche Ausnahme“ in Europa gesehen hatte, war nun mit einer Anschlagswelle konfrontiert, die es an die Spitze der vom Terrorismus betroffenen Staaten in Europa stellte. Charakte-

<sup>265</sup> *Le Monde* vom 14. 8. 1982, S. 6, „Le Bureau exécutif du P.S.: „La présence des immigrés n'est pas en cause““.

<sup>266</sup> *Le Monde* vom 18. 8. 1982, S. 2, „Agir avec rigueur contre tous les racismes“.

<sup>267</sup> So der Befund Thomas Deltombes, der in seiner Studie zu dem durch das Fernsehen vermittelten Islambild erst für das Ende der 1980er Jahre die Verbindung von Islam, Immigration und Sicherheit mit der Angst vor Terroristen feststellt. Vgl. Deltombe, *L'islam imaginaire*, S. 57–124.

ristisch für den neuen Terrorismus war seine Diversität. Im Frühjahr und Sommer 1982 starteten sowohl die linksrevolutionäre *Action Directe* und der korsische FLNC als auch eine Vielzahl internationaler Gruppen Offensiven gegen den französischen Staat.

Die Rückkehr des einheimischen Terrorismus nach Monaten der relativen Ruhe besiegelte das Scheitern der sozialistischen Politik der Öffnung. Zwar hatte die Bekämpfung der Gewaltursachen durchaus Wirkung gezeigt – ein Teil der korsischen Autonomisten zog sich aus dem bewaffneten Kampf zurück und die Mitglieder von *Action Directe* wurden von ihrem Unterstützermilieu isoliert. Aber der harte Kern der jeweiligen Gruppen beging nun mehr Anschläge als zuvor. Die Überschätzung der Integrationskraft linker Regierungspolitik zeigte sich auf besonders tragische Weise im Umgang mit *Action Directe*, deren Anführer sich in der Haft radikalisierten und bald nach ihrer Freilassung eine Serie von Mordanschlägen begannen, die erst sechs Jahre später beendet werden konnte. Auch der FLNC begann im Frühjahr 1982 eine Offensive, die das Gewaltniveau der Jahre vor der Politik der Öffnung übertraf.

Die eigentlich neue Dimension der Bedrohung ging aber vom internationalen Terrorismus aus, der in seiner Intensität von keiner Seite vorhergesehen worden war. Nicht nur war plötzlich eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen in Frankreich aktiv, ihre Anschläge forderten auch weitaus höhere Opferzahlen als jene der einheimischen Terroristen, da sie nicht symbolische Ziele oder Einzelpersonen angriffen, sondern wahllos Bombenanschläge gegen die Zivilbevölkerung verübten. Die Ursachen des internationalen Terrorismus waren außenpolitischer Natur und hatten ihren Ursprung in Entwicklungen, die, wie die islamische Revolution im Iran, bereits Ende der 1970er Jahre eingesetzt hatten. Von zentraler Bedeutung war außerdem Frankreichs traditionelle Rolle als aktiver Vermittler im Israel/Palästina-Konflikt und im libanesischen Bürgerkrieg. Für die Perzeption im Inland spielten diese Differenzierungen aber keine Rolle. Der Terrorismus erschien als ständige diffuse Bedrohung und als Teil einer allgemeinen Unsicherheit.

Die gefühlte Unsicherheit hatte ihren Ursprung in den 1970er Jahren und ging wesentlich auf ansteigende Kriminalitätsraten und eine Konzentration sozialer Probleme in den migrantisch geprägten Vorstädten zurück. Politisch relevant wurde der damit verbundene Ruf nach mehr Sicherheit aber erst zu Beginn der 1980er Jahre. 1981 kam es erstmals zu größeren Unruhen in den Problemvierteln der großen Städte. Auch wenn die Gewalt zunächst eingedämmt werden konnte, wurde die Banlieue nun zu einem Symbol für Gewalt, Kriminalität und Unsicherheit. Mit den Vorstädten gerieten auch ihre Bewohner, arme Migranten aus den ehemaligen französischen Kolonien in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Zuwanderer wurden zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Dieser Stimmungswechsel drückte sich politisch im Aufstieg des *Front National* (FN) aus, der sich innerhalb weniger Jahre von einer Splitterpartei zu einer erstzunehmenden Kraft im französischen Politikbetrieb entwickelte. Der FN prägte einen rechtsextremen Sicherheitsdiskurs, der Ausländer und Einwanderer für die Unsicherheit verantwortlich machte.

Auch in den etablierten Parteien und in der medialen Öffentlichkeit wurde die Garantie der Sicherheit im Innern Anfang der 1980er Jahre zu einer politischen Priorität. Nachdem seit 1968 ein Jahrzehnt lang Bürgerrechte und Liberalisierungen die Debatten um Sicherheit und Freiheit bestimmt hatten, setzte sich nun „Unsicherheit“ als Leitbegriff durch, der das politische und staatliche Handeln prägte. Die Wahrnehmung des Terrorismus als Teil dieses allgemeinen Sicherheitsproblems hatte eine doppelte Wirkung. Zum einen verstärkte der Terrorismus das Bedürfnis nach durchgreifenden und wirksamen Schutzmaßnahmen. Zum anderen wurde die politische Gewalt weiter entpolitisiert: Im allgemeinen Klima der Angst, das ebenso aus der alltäglichen Gewalt wie dem Terrorismus der unterschiedlichsten Gruppen genährt wurde, spielte der politische Hintergrund der einzelnen Anschläge keine Rolle. Im Vordergrund der Terrorismusbekämpfung stand nicht mehr die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus, sondern eine Erhöhung der Sicherheitsstandards.

### 3. Mitterrands neuer Kurs

Im Sommer 1982, nur wenig mehr als ein Jahr nach dem historischen Wahlsieg der Linken, ließ Präsident Mitterrand eine radikale wirtschaftspolitische Wende einleiten. Die Regierung setzte einen Sparplan durch, um der Wirtschaftskrise und der Inflation zu begegnen.<sup>268</sup> Außerdem wurden ein Preisstopp und das Einfrieren der Löhne im öffentlichen Dienst beschlossen.<sup>269</sup> Damit begann ein Prozess, den Jean-François Sirinelli als „schleichendes Bad Godesberg“ der Sozialistischen Partei bezeichnet hat: die sukzessive Verabschiedung vom Experiment eines Sozialismus *à la française*.<sup>270</sup>

Zunächst zeichnet sich zu diesem Zeitpunkt [im Sommer 1982], weit mehr als im vorangegangenen Jahr, die Herausbildung einer „Regierungskultur“ ab: Bis dahin hatte die seit fast einem Vierteljahrhundert in die Opposition verbannte Linke nicht nur eine radikale politische Alternative, sondern auch eine Art politisches Ideal verkörpert, dessen Wille „das Leben zu ändern“ manchmal stärker war als der Sinn für die Realität. [...] Der Sparkurs und die Konfrontation mit der Wirklichkeit führten, ohne dass dies bereits explizit gesagt wurde, zur Anerkennung der aktuellen wirtschaftlichen Weltordnung, mit anderen Worten: zur Akzeptanz des marktwirtschaftlichen Systems.<sup>271</sup>

Fast gleichzeitig mit dem neuen Wirtschaftskurs leitete Mitterrand im Sommer 1982 eine Neuausrichtung der Anti-Terrorismus-Politik ein. Der Politik der Öffnung folgte eine Phase der Repression. Am 17. August 1982 verkündete der Präsident in einem Interview im französischen Staatsfernsehen einen „Maßnahmen-

<sup>268</sup> Vgl. Bernard, *La France de 1981 à 2002*, S. 35.

<sup>269</sup> Vgl. Robert Salais, *De la relance à la rigueur*, in: Berstein/Milza/Bianco, *Les années du changement*, S. 476–505.

<sup>270</sup> Den endgültigen Bruch vollzog Mitterrand im März 1983, als er sich gegen einen nationalen Konjunkturplan und für den Verbleib Frankreichs im gemeinsamen europäischen Währungssystem entschied. Vgl. Bernard, *La France de 1981 à 2002*, S. 34–37.

<sup>271</sup> Sirinelli, *Les vingt décisives*, S. 228 f.

plan für den Kampf gegen den Terrorismus“.<sup>272</sup> Einen Tag später wurde dieser vom Ministerrat formal bestätigt.<sup>273</sup> Die Ursachen für Mitterrands Kurswechsel ähnelten jenen, die auch der wirtschaftspolitischen Wende zugrunde lagen: die schmerzhaft Verabschiedung der Linken von den Illusionen der Oppositionszeit und die Herausbildung einer pragmatischen Regierungskultur.

### 3.1 Von der Öffnung zur Repression

#### Mitterrands Fernsehinterview vom 17. August 1982

Der von Präsident Mitterrand am Abend des 17. August 1982 angekündigte Kurswechsel war eine direkte Reaktion auf den Anschlag in der Rue des Rosiers eine Woche zuvor. Zwar hatte Innenminister Defferre bereits im Frühjahr erste Neuenerungen wie die Einrichtung einer zentralen Datenbank für politische Gewalt angestoßen, aber der brutale Anschlag auf das jüdische Restaurant mitten im Zentrum von Paris führte die Notwendigkeit einer schnellen und energischen Antwort vor Augen. Die Sozialisten mussten auf die wachsende Empörung und Unruhe in der Bevölkerung reagieren und zugleich den Vorwurf zurückweisen, mit einer nachgiebigen Haltung den Terrorismus erst ermöglicht zu haben. Mitterrand betonte in seinem Fernsehauftritt daher zunächst, dass die Anschlagserie der letzten Monate nicht mit der Politik seiner Regierung in Verbindung stehe:

Den Terrorismus gibt es nicht erst seit gestern, und der ausländische Terrorismus, insbesondere der aus dem Nahen Osten, hat lange vor meiner Wahl zum Präsidenten der Republik begonnen. [...] Frankreich leidet an den Auswüchsen eines Konfliktes, an dem es keine Schuld trägt. [...] Alle möglichen Extremisten wollen Frankreich dafür bestrafen, dass es der Hauptfaktor für den Frieden in dem Konflikt ist, der sich gerade im Nahen Osten abspielt.<sup>274</sup>

Darauf folgte eine Kampfansage an den Terrorismus sowie das Versprechen, dass sich der Präsident von nun an persönlich um die Sicherheit der Bürger kümmern werde:

Was zählt, ist der Wille, den Terrorismus zurückzuschlagen, wo er sich auch versteckt, ihn bis zur Wurzel zu verfolgen. Die Franzosen sollen wissen, dass dieser Terrorismus [des Anschlags in der Rue des Rosiers], wie auch alle anderen, mich als seinen Verfolger kennenlernen wird. [...] Sie, Französinen und Franzosen, zu denen ich heute spreche, Sie sollen wissen, dass ich den Auftrag, mit dem Sie mich betraut haben, mit Entschlossenheit nachgehen und bei der Verteidigung Ihrer Rechte in nichts zurückweichen werde: dem Recht zu leben, dem Recht auf Sicherheit [...]<sup>275</sup>

Der Präsident verkündete eine Reihe von Sofortmaßnahmen, die er in zwei Bereiche unterteilte: die Intensivierung der Polizei- und Fahndungsmaßnahmen sowie

<sup>272</sup> Vgl. Institut François Mitterrand, Discours F. Mitterrand 1981–1988, interview accordé par M. François Mitterrand, Président de la République française, au journal télévisé de T.F.1, Mardi 17 août 1982.

<sup>273</sup> Vgl. Archives Nationales, 15 AG CM 175, 18. 8. 1982.

<sup>274</sup> Institut François Mitterrand, Discours F. Mitterrand 1981–1988, interview accordé par M. François Mitterrand, Président de la République française, au journal télévisé de T.F.1, Mardi 17 août 1982.

<sup>275</sup> Ebenda.

eine Neuorganisation der mit der Terrorismusbekämpfung betreuten Behörden.<sup>276</sup> Zu den angestrebten Verbesserungen der Polizeiarbeit zählten der beschleunigte Aufbau einer Terrorismus-Datenbank, die Überwachung von verdächtigen Mitarbeitern ausländischer Botschaften und die verstärkte Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarländern. Außerdem sollten die Grenzkontrollen sowie der Kampf gegen den Waffen- und Sprengstoffschmuggel verschärft werden. Dazu kündigte Mitterrand eine personelle Verstärkung der betroffenen Sicherheitsbehörden an (Polizei, Gendarmerie, Grenz-, Flug- und Schutzpolizei).<sup>277</sup> Die institutionelle Neuorganisation sah die Einrichtung eines Staatssekretariats für öffentliche Sicherheit vor, das dem Innenministerium unter Gaston Defferre zugeordnet wurde.<sup>278</sup> Außerdem kündigte der Präsident die Übertragung einer „Mission zur Koordinierung, Information und Aktion gegen den Terrorismus“ an den Kommandanten der Elite-Eingreiftruppe GIGN, Christian Prouteau, an.<sup>279</sup>

Wenn Mitterrand mit seinem Fernsehinterview einen klaren Kurswechsel im Umgang mit dem Terrorismus verdeutlichen wollte, der vor allem darauf abzielte, in Zukunft einen unnachgiebigen Kurs gegenüber politischer Gewalt durchzusetzen, so hielt er doch an einem wesentlichen Prinzip des seit 1981 umgesetzten sozialistischen Konzeptes fest. Neue Gesetze sollten nicht eingeführt werden, da sie die Gefahr bargen als Ausnahme Gesetze den Rechtsstaat zu gefährden:

Nachdem ich mit einer besseren Organisation und neuen Einrichtungen Maßnahmen für den Antiterrorkampf getroffen habe, möchte ich hinzufügen, dass sich die Republik seit ihrer Gründung immer wieder zu verteidigen gewusst hat und seitdem eine Vielzahl von Strafbestimmungen eingeführt worden sind. Es wäre unsinnig, weitere hinzuzufügen. Mit einem Übermaß repressiver Maßnahmen gerät man schnell auf die Seite, die es unbedingt zu vermeiden gilt: nämlich jene, die Republiken zu Fall bringt.<sup>280</sup>

Ein Pressecommuniqué des Ministerrates vom 18. August 1982 bestätigte und konkretisierte die von Mitterrand am Vorabend angekündigten Maßnahmen.<sup>281</sup> Zum Staatssekretär für öffentliche Sicherheit wurde Joseph Franceschi ernannt. Der vormalige Staatssekretär für ältere Menschen war ein persönlicher Vertrauter Mitterrands und hatte seit 1974 den Sicherheitsdienst der sozialistischen Wahlkampagnen organisiert.<sup>282</sup> Der Innengeheimdienst *Renseignements Généraux* (RG) sollte den Aufbau der Terrorismus-Datenbank übernehmen, bei der für politische Gewaltverbrechen zuständigen Polizeidirektion wurde eine Abteilung für

<sup>276</sup> Vgl. ebenda.

<sup>277</sup> Vgl. ebenda.

<sup>278</sup> Ein Staatssekretär ist in Frankreich offizielles Mitglied der Regierung. Er ist im Regelfall einem Minister oder dem Premierminister zugeordnet und trägt Verantwortung für einen bestimmten Politikbereich des Ministeriums. Vgl. Kempf, *Das politische System Frankreichs*, S. 103.

<sup>279</sup> Institut François Mitterrand, *Discours F. Mitterrand 1981–1988*, interview accordé par M. François Mitterrand, Président de la République française, au journal télévisé de T. F. 1, Mardi 17 août 1982.

<sup>280</sup> Ebenda.

<sup>281</sup> Vgl. Archives Nationales, 15 AG CM 175, 18. 8. 1982.

<sup>282</sup> Vgl. *Le Monde* vom 19. 8. 1982, S. 5, „M. Joseph Franceschi. Un homme du Président“.

die Bekämpfung von Waffen- und Sprengstoffschmuggel eingerichtet. Neben den bereits von Mitterrand aufgezählten Initiativen sah der Ministerrat die verstärkte Überwachung sensibler Punkte, insbesondere in Paris, vor.<sup>283</sup>

Außerdem beschlossen die Minister ein offizielles Verbot von *Action Directe*. Die Gruppe setzte sich, so die Begründung des Kommuniqués, aus „Anhängern gewalttätiger Aktionen“ zusammen, die im Kontakt mit extremistischen ausländischen Bewegungen stünden, und propagiere „den bewaffneten Kampf mit terroristischen Methoden“.<sup>284</sup> Das Verbot erlaubte es, Personen aufgrund des Straftatbestands der „Wiedergründung einer verbotenen Organisation“ zu verurteilen, sodass nicht mehr nur eindeutig identifizierte Teilnehmer an Gewaltverbrechen, sondern alle Mitglieder der Gruppe juristisch verfolgt werden konnten.<sup>285</sup>

### Die inhaltliche Neuausrichtung

Der von Mitterrand verkündete Maßnahmenplan beendete die erste Phase der sozialistischen Anti-Terrorismus-Politik, die von Entgegenkommen und Verhandlungsbereitschaft geprägt gewesen war. Der neue Kurs bedeutete in erster Linie, dass terroristische Gewalt von nun an mit aller Konsequenz verfolgt werden sollte. War politische Gewalt zu Beginn von Mitterrands Amtszeit noch als marginales Phänomen dargestellt worden, das vor allem als von den Konservativen politisch instrumentalisiertes Schreckgespenst existierte, so sprach der Präsident nun offen über die terroristische Gefahr, die „bis zur Wurzel“ bekämpft werden müsse. Mitterrand behielt diese neue Linie bei und trat nach Anschlägen auch in den folgenden Jahren immer wieder an die Öffentlichkeit.<sup>286</sup> Grundlegend für den Wandel war die wachsende Sensibilität der Franzosen für Fragen der Sicherheit, die durch die Anschlagswelle des Jahres 1982 noch einmal erhöht wurde. Die Linke passte sich dieser Entwicklung nun an, wie unter anderem die Benennung des neugeschaffenen Staatssekretariats für öffentliche Sicherheit belegt.

Die repressiven Elemente der Terrorismusbekämpfung rückten in den Vordergrund. Von dem Versuch, die Ursachen politischer Gewalt zu beseitigen und so langfristig den Nährboden für terroristische Anschläge auszutrocknen, wechselte man zu einer Strategie, die eher auf die Symptome der politischen Gewalt abzielte. Bevorzugt wurden nun Maßnahmen, die eine Erhöhung der Effizienz bei der Aufdeckung und Verfolgung von politischen Gewalttätern versprachen. Darunter fielen die Einrichtung einer eigenen Polizeiabteilung für die Bekämpfung von Waffen- und Sprengstoffschmuggel, die Einrichtung der zentralen Terrorismus-Datenbank, die Verschärfung der Grenzkontrollen und die Verstärkung der mit der Terrorismusbekämpfung befassten Polizeibehörden.

<sup>283</sup> Vgl. Archives Nationales, 15 AG CM 175, 18. 8. 1982.

<sup>284</sup> Ebenda.

<sup>285</sup> Zum Inhalt des Gesetzes vgl. u. a. Bertrand Mathieu, *Étude de la loi du 10 Janvier 1936 relative aux groupes de combat et de milices privées*, in: *Revue de l'actualité juridique française* vom 6. 6. 1999 [<http://www.rajf.org/spip.php?article38>, zuletzt abgerufen am 11. 11. 2016].

<sup>286</sup> Vgl. Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 92.

Die von Robert Badinter vertretene liberale Strömung des PS war innerhalb des Regierungslagers nicht mehr mehrheitsfähig. Die legislativen Vorhaben der Regierung, die noch in der Phase der Liberalisierung angestoßen worden waren, aber nicht rechtzeitig umgesetzt werden konnten, fielen dem neuen politischen Klima zum Opfer. So wurde das Projekt zur Abschaffung des Gesetzes „Sicherheit und Freiheit“ nun auch innerhalb der Regierung und des PS scharf kritisiert. Schließlich konnte Badinter nur einen Teil des Gesetzesvorhabens durchbringen.<sup>287</sup> Premier Mauroy brach die Vorbereitungen für ein Gesetz ab, das die staatliche Telefonüberwachung regeln und stärker kontrollieren sollte.<sup>288</sup> Die von der Anschlagserie beunruhigten Franzosen hätten darin, so die Erklärung Mauroys, eine Beeinträchtigung der staatlichen Mittel im Kampf gegen den Terrorismus gesehen.<sup>289</sup>

Von Bedeutung war auch die Art und Weise, wie der Präsident in seinem Fernsehinterview über die Anschläge in Frankreich sprach. Indem Mitterrand von einem zu bekämpfenden „Terrorismus“ im Singular redete, wurden die unterschiedlichen Spielarten der politischen Gewalt nicht mehr unterschieden. Während viele Mitglieder des PS noch im Sommer 1981 vermieden hatten, die politische Gewalt einheimischer Gruppen überhaupt als terroristisch zu bezeichnen und Verständnis für die Beweggründe der militanten Aktivisten zeigten, sprach der Präsident nun von Terroristen, die mit keinerlei Rücksicht zu rechnen hätten. Dies spiegelte sich auch in dem angekündigten Maßnahmenplan wider: Mit der Erhöhung der Schlagfähigkeit des Sicherheitsapparates durch schärfere Kontrollen, mehr Personal und einer verbesserten Koordination propagierte der Präsident der Republik eine einheitliche Strategie gegen die unterschiedlichen Formen des Terrorismus.

### 3.2 Die Präsidentialisierung der Anti-Terrorismus-Politik

François Mitterrand begriff sein Amt in der von General de Gaulle begründeten Tradition als über den Parteien stehender „Schiedsrichter“, der seiner Regierung das Tagesgeschäft überließ und nur selten aktiv in das Politikgeschehen eingriff.<sup>290</sup> Mit seiner persönlichen Ansprache zeigte er, dass die Bekämpfung des Terrorismus so wichtig wurde, dass sie ein Abweichen von dieser Linie der Zurückhaltung erforderte. Auch die Schaffung eines eigenen Staatssekretariats für öffentliche Sicherheit sowie die Einrichtung der im Präsidentialamt angesiedelten Abteilung zur Bekämpfung des Terrorismus waren zuvorderst Teil dieser Kommunikationsstrategie, mit der vermittelt werden sollte, dass die Sicherheit der Bevölkerung nun an erster Stelle stand.<sup>291</sup>

<sup>287</sup> Vgl. Cassia, Badinter, S. 285–294.

<sup>288</sup> Vgl. Mbongo, *La gauche au pouvoir et les libertés publiques*, S. 311. Vgl. auch Berlière/Lévy, *Histoire des Polices*, S. 329–334.

<sup>289</sup> Vgl. *Le Parisien* vom 25. 11. 2004, „Dès le départ, il y a eu des dérapages“.

<sup>290</sup> Vgl. Kempf, *Das politische System Frankreichs*, S. 30–33.

<sup>291</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir I*, S. 63.

Zugleich bedeuteten die von Mitterrand angekündigten Maßnahmen einen Einschnitt, der weit über diese symbolische Funktion hinausging. Die Anti-Terrorismus-Politik wurde im Sommer 1982 zu einem Teil der *domaine réservé* – dem Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik, der in der V. Republik dem Staatspräsidenten vorbehalten ist.<sup>292</sup> Dies zog Verschiebungen in den institutionellen und personellen Zuständigkeiten für die Terrorismusbekämpfung nach sich. Die Ministerien wurden weitgehend entmachtet. Die Kontrolle der Terrorismusbekämpfung ging nunmehr direkt vom Präsidentialamt aus.<sup>293</sup>

Auslöser der Neuordnung war laut den Memoiren von Gilles Ménage (der allerdings erst im Zuge dieser Reorganisation Sicherheitsberater im Präsidentialamt wurde) ein Treffen des Präsidenten mit den Spitzen der zuständigen Polizeibehörden und Geheimdienste nach dem Anschlag in der Rue des Rosiers. Nach dem Eindruck Mitterrands waren diese der Situation nicht gewachsen. Wenige Wochen später wies er Ménage an, alle Verantwortlichen, die an der Sitzung teilgenommen hatten, auszutauschen.<sup>294</sup>

Auf Regierungsebene wurde ebenfalls ein Zuständigkeitswechsel in Gang gesetzt, auch wenn dieser sich vorerst nicht in einem Austausch der Minister widerspiegelte. Innenminister Defferre und Justizminister Badinter wurde die Verantwortung für die Terrorismusbekämpfung aus der Hand genommen. Die beiden Minister hatten die Anti-Terrorismus-Politik der Regierung seit 1981 maßgeblich geprägt. Während Defferre als Innenminister unter anderem die Verhandlungen mit den korsischen Separatisten geführt hatte, war Badinter für die Reform des französischen Strafsystems verantwortlich. Er symbolisierte mehr als jeder andere die liberale Position des französischen Staates im Umgang mit politischer Gewalt. Badinter wurde von allen Sitzungen zur Terrorismusbekämpfung ausgeschlossen:

Ich wurde über die Informationen, die von den Agenten der DGSE oder der DST im Nahen Osten oder in Frankreich gesammelt wurden, nicht mehr auf dem Laufenden gehalten. Ich nahm nicht an den Sitzungen teil, in denen der geheime Kampf gegen den Terrorismus entschieden wurde. Was dort gesagt und vorbereitet wurde, war nach der Meinung Mitterrands in keiner Weise geeignet für die unschuldigen Ohren eines Justizministers, der auf der Einhaltung des Rechts bestand.<sup>295</sup>

Innenminister Defferre blieb zwar formal weiterhin für die Bekämpfung politischer Gewalt zuständig, die Ernennung Joseph Franceschis als Staatssekretär

<sup>292</sup> Vgl. diese Analyse bereits bei Laurent Greilsamer, *Le gardien du Président*, in: *Le Monde* vom 26. 8. 1982, S.1, 8.

<sup>293</sup> Vgl. auch die Kritik im Parlamentsbericht von Senator Paul Masson, *Sénat, Rapport fait au nom de la Commission de contrôle des conditions de fonctionnement, d'intervention et de coordination des services de police et de sécurité engagés dans la lutte contre le terrorisme*, créée en vertu de la résolution adoptée par le Sénat le 18 novembre 1983. Annexe au procès verbal de la séance du 17 mai 1984, S.186.

<sup>294</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir I*, S.177: „[Mitterrand] war vor allem schockiert über die Unschlüssigkeit dieser Männer, bei einigen kam mangelnde Fähigkeit hinzu, bei allen ihre ungenügende Entschiedenheit und Vorbereitung angesichts einer Situation, die sie vollkommen überforderte.“

<sup>295</sup> Badinter, *Les épines et les roses*, S.83.

für öffentliche Sicherheit war dennoch ein Zeichen für seine partielle Entmachtung.<sup>296</sup> Franceschi erhielt die Verantwortung für alle die öffentliche Sicherheit betreffenden Fragen sowie für die Polizei.<sup>297</sup> Er sollte in Absprache mit Defferre die Koordination der Anti-Terrorismus-Politik auf der operationellen Ebene übernehmen. Anders als zunächst erwartet, bedeutete die Bildung des Sekretariats für öffentliche Sicherheit jedoch keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Innenministeriums.<sup>298</sup> Die Rivalität zwischen dem Minister und seinem Staatssekretär paralyisierte das Ministerium.<sup>299</sup> Zudem zeigte sich, dass Franceschi mit der Koordination der sensiblen Anti-Terrorismus-Politik überfordert war und von führenden Polizei- und Geheimdienstmitarbeitern bald abgelehnt wurde.<sup>300</sup> Nachdem im Juli 1983 mehrere hundert Polizisten bei einer Demonstration die Entlassung von Defferre, Franceschi und Badinter gefordert hatten, ließ das Präsidialamt die Spitzen der nationalen Polizei und der Pariser Polizeipräfektur mit zwei Vertrauensmännern neu besetzen.<sup>301</sup> Im Zuge der Regierungsumbildung im Juli 1984 verloren Defferre und Franceschi ihre Posten.<sup>302</sup>

Das sichtbarste Zeichen für die Verschiebung des Machtzentrums in der Anti-Terrorismus-Politik war die Einrichtung der sogenannten Antiterrorzelle. Auf Beschluss des Ministerrates wurde am 24. August 1982 der Chef der Eliteeinheit der Gendarmerie (GIGN), Christian Prouteau, mit der Leitung einer im Präsidialamt angesiedelten „Mission zur Koordinierung, Information und Aktion gegen den Terrorismus“ beauftragt.<sup>303</sup> Damit schuf sich der Präsident ein Instrument, mit dem er unabhängig von den Ministerien und untergeordneten Polizeibehörden agieren konnte. Die Antiterrorzelle war jeder externen – parlamentarischen, institutionellen oder hierarchischen – Kontrolle entzogen.<sup>304</sup>

Die Bildung der Antiterrorzelle und die Übertragung ihrer Leitung an einen Gendarmen muss auch als Folge von Mitterrands schwierigem persönlichen Verhältnis zu den klassischen Verantwortlichen der Terrorismusbekämpfung – der Polizei und den Geheimdiensten – verstanden werden. Mitterrand und die Sozialistische Partei verdächtigten die Beamten, mit den konservativen Vorgängerre-

<sup>296</sup> Defferre hatte sich zuvor weitgehend auf das Großprojekt der Dezentralisierung konzentriert und behielt als Bürgermeister von Marseille ein zweites wichtiges Aufgabenfeld neben seinem Ministeramt. Zur politischen Biographie Gaston Defferres vgl. Unger, Gaston Defferre; Roger Colombani, C'était „Marseille d'abord“. Les années Defferre, Paris 1992.

<sup>297</sup> Vgl. Cettina, Les enjeux organisationnels de la lutte contre le terrorisme, S.142.

<sup>298</sup> Zur Debatte über die Ernennung eines „Polizeiministers“ mit weitgehenden Kompetenzen vgl. Le Monde vom 27.8.1982, S.8, „Dans la presse parisienne. ‚Messieurs les antiterroristes‘“.

<sup>299</sup> Vgl. Unger, Gaston Defferre, S.312f. Vgl. auch Le Monde vom 4.9.1982, S.1, „La lutte antiterroriste. Le ministre de l'Intérieur conserve toutes ses responsabilités nous déclare M. Defferre“.

<sup>300</sup> Vgl. Ménage, L'œil du pouvoir I, S.79.

<sup>301</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, La décennie Mitterrand II, S.18.

<sup>302</sup> Vgl. Unger, Gaston Defferre, S.332–334.

<sup>303</sup> Vgl. JORF vom 25.8.1982, S.2642.

<sup>304</sup> Vgl. dazu ausführlich Edwy Plenel, La part d'ombre, in: Ders., Le journaliste et le Président, Paris 2006, S.21–420, hier S.92–132.

gierungen zu sympathisieren.<sup>305</sup> Einige Führer der Linken waren jahrzehntlang überwacht worden.<sup>306</sup> Ein allgemeines Misstrauen zwischen den Sozialisten und den Sicherheitsbehörden war nach dem Machtwechsel des Jahres 1981 auf allen Ebenen spürbar.<sup>307</sup>

Mit Christian Prouteau übernahm ein Mann die Verantwortung, der schon zuvor in den engeren Kreis um den Präsidenten vorgerückt war. Im Frühjahr 1981 war der Chef der GIGN damit beauftragt worden, den Sicherheitsdienst im Präsidialamt neu zu ordnen.<sup>308</sup> Auf dem Höhepunkt der Anschlagswelle im Sommer 1982 schlug er dem Präsidenten eine Neuordnung der Terrorismusbekämpfung vor, die ihm daraufhin umgehend übertragen wurde.<sup>309</sup> Der 38-jährige Prouteau verfügte vor allem über praktische Erfahrung im Antiterrorkampf. Er hatte der GIGN seit ihrer Gründung im Jahr 1973 vorgestanden und seitdem eine Vielzahl gefährlicher und sensibler Einsätze geleitet, darunter die Befreiung von 30 französischen Kindern aus der Hand somalischer Rebellen im Jahr 1976 und die Befreiung der Großen Moschee in Mekka im Jahr 1979.<sup>310</sup>

Die Aufgabe der Antiterrorzelle bestand zunächst in einer Bündelung der Informationen im Antiterrorkampf. Sie sollte die Erkenntnisse der unterschiedlichen Geheimdienste und Polizeibehörden, die an der Terrorismusbekämpfung beteiligt waren, zusammenführen und auswerten.<sup>311</sup> Prouteau unterstand ein Team von etwa zwanzig Mann, das sich aus Gendarmen, Polizisten und Mitarbeitern der RG und der DST zusammensetzte. Außerdem konnte sich der Chef der Antiterrorzelle auf seine früheren Kameraden der GIGN stützen. Sein langjähriger Stellvertreter Paul Barril folgte ihm ins Präsidialamt und übernahm zudem die kommissarische Leitung der GIGN.<sup>312</sup>

Mit der Einrichtung der Antiterrorzelle wurde eine Art Parallelpolizei eingeführt, die eigenständig Ermittlungen betrieb und auch exekutive Polizeiaufgaben übernehmen konnte. Kontrolliert wurde die Zelle lediglich innerhalb des Präsidialamts. Diese Aufgabe kam dem Sicherheitsberater des Präsidenten Gil-

<sup>305</sup> Vgl. Guisnel/Violet, *Services secrets*, S. 29–54.

<sup>306</sup> Vgl. u. a. *Le Monde* vom 26. 8. 1982, S. 8, „L'embarras des renseignements généraux“. Mitterrand selbst war in seiner langen Karriere mehrfach in Konflikt mit einer von ihm als politisch betrachteten Polizei geraten. Vgl. u. a. Francis Zamponi, *L'attentat de l'Observatoire et les mauvaises fréquentations de François Mitterrand*, in: Faligot/Guisnel, *Histoire secrète de la V. République*, S. 75–77; Paul Marcus, *La République trahie: l'affaire des fuites 1954, Biarritz 1999*.

<sup>307</sup> Für die Perspektive der Polizisten vgl. u. a. die Streitschrift der rechtsextremen Polizei-Gewerkschaftsführer Halbwx und Reix: Rémy Halbwx/Jean-Charles Reix, *La police assassinée*, Paris 1983.

<sup>308</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir I*, S. 174–178

<sup>309</sup> Vgl. die Abschrift von Prouteaus Schreiben vom 13. 8. 1982 unter dem Titel „Situation du problème terroriste actuel. Propositions concrètes“ bei Ménage, *L'œil du pouvoir I*, S. 179 f.

<sup>310</sup> Vgl. *Le Monde* vom 19. 8. 1982, S. 5, „Un gendarme de choc à Paris. Le chef d'escadron Christian Prouteau“.

<sup>311</sup> Zur Organisation der Antiterrorzelle vgl. Cettina, *Les enjeux organisationnels de la lutte contre le terrorisme*, S. 145–147.

<sup>312</sup> Vgl. ebenda, S. 147.

les Ménage zu. Ménage, der im September 1982 als stellvertretender Kabinettschef im Präsidialamt die Verantwortung für „Fragen der Sicherheit, des Nachrichtendienstes und der Terrorismusbekämpfung“ übernahm, verkörperte auch in seinem persönlichen politischen Werdegang den neuen pragmatischen Kurs des Präsidenten.<sup>313</sup> Der zum Zeitpunkt seiner Ernennung 39-Jährige war frei von den Terrorismuserfahrungen und Idealen vieler sozialistischer Parteimitglieder. Ménage hatte unter Giscard d'Estaing die klassische Laufbahn eines hohen Funktionärs und Präfekten absolviert. Nach dem Besuch der Elitehochschulen *Institut d'Études Politiques Paris* (IEP) und *École Nationale d'Administration* (ENA) war er in den Staatsdienst eingetreten und hatte nach mehreren Stationen in der Provinz von 1977 bis 1981 als Kabinettschef des Präfekten von Paris gearbeitet.<sup>314</sup> Ménage war nicht Mitglied der Sozialistischen Partei, hatte sich aber auch nicht auf Seiten der Konservativen engagiert.<sup>315</sup> Seine relative politische Neutralität unterschied ihn von den meisten hohen Funktionären und erleichterte den Wechsel auf die Seite der neuen Regierung.<sup>316</sup>

Von 1982 an bestimmte Ménage maßgeblich die Anti-Terrorismus-Politik in Frankreich. Als Verantwortlicher für alle den Terrorismus betreffenden Fragen im Präsidialamt hatte er direkten Zugang zu Präsident Mitterrand. Als „Filter“ zwischen dem Präsidenten und den nachgeordneten Behörden sowie selbst den zuständigen Ministern und Staatssekretären wurde der Sicherheitsberater im Präsidialamt zum zentralen Akteur des staatlichen Sicherheitsapparates.<sup>317</sup> Ménage war der direkte Ansprechpartner, sowohl für den Chef der Antiterrorzelle, Christian Prouteau, als auch für die Direktoren der verschiedenen Geheimdienste und die auf seinen Vorschlag hin im Jahr 1983 eingesetzten Chefs der nationalen Polizeibehörden, Pierre Verbrugghe und Guy Fougier.<sup>318</sup> Diese zentrale Position wurde erst 1984 mit der Berufung von Pierre Joxe als neuem Innenminister und der Abschaffung des Staatssekretariats für öffentliche Sicherheit in Frage gestellt. Joxe erreichte, dass das Innenministerium einen Teil der 1982 abgegebenen Verantwortung zurückerhielt, auch weil die Affären der Antiterrorzelle den Ruf der präsidialen Strukturen in Mitleidenschaft gezogen hatten.<sup>319</sup> Der Wahlsieg der

<sup>313</sup> „Directeur de cabinet adjoint de la Présidence de la République, chargé des problèmes de sécurité, de renseignement et de lutte antiterroriste“. Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* I, S. 33.

<sup>314</sup> Zur Biographie Ménages vgl. den Internetauftritt des Institut François Mitterrand [<http://www.mitterrand.org/-Le-secrtaire-general-.html>, zuletzt abgerufen am 21. II. 2016].

<sup>315</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* I, S. 23 f.

<sup>316</sup> In seinen Memoiren schreibt Ménage, dass er seine Berufung in das Präsidialamt im Juni 1981 dem Umstand verdankte, dass eine Reihe höherrangiger Staatsbeamter das Amt abgelehnt hatte, weil sie erwarteten, dass der linke Präsident bald seine Mehrheit verlieren und die Konservativen wieder in den Élysée-Palast einziehen würden. Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* I, S. 31.

<sup>317</sup> Joseph Franceschi, der regelmäßig mit Ménage zusammentraf, soll ihm wütend entgegengerufen haben: „Alors, c'est vous le chef de la Police!“. Ménage, *L'œil du pouvoir* I, S. 97.

<sup>318</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand* II, S. 18.

<sup>319</sup> Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 54–60.

Konservativen im März 1986 beendete *Ménages* herausgehobene Rolle in Fragen der Anti-Terrorismus-Politik.<sup>320</sup>

Die Machtkonzentration im Präsidentialamt wurde von Journalisten wie Edwy Plenel und Georges Marion scharf kritisiert. In ihren Artikeln wiesen sie auch auf die fehlende sozialistische Sozialisierung *Ménages* hin und erklärten den „rechten Repressionskurs“ des Präsidenten mit der politischen Orientierung seines Sicherheitsberaters.<sup>321</sup> Ein solches Urteil zieht aber die Rolle François Mitterrands, seinen Entscheidungswillen und seine politische Anpassungsfähigkeit nicht ausreichend in Betracht. Im Zentrum des Machtgefüges stand der Präsident selbst.

Mitterrand überragte die Mitglieder seines Regierungskabinetts nicht nur durch seine außerordentlichen Machtbefugnisse, sondern auch aufgrund seiner politischen Erfahrung. Der für die französische Linke so einschneidende Realitätsschock der Jahre 1981/82 galt gerade nicht für den Präsidenten. Mitterrand hatte von 1947 bis 1958 in insgesamt elf Regierungskabinetten Ministerämter ausgeübt. Während des Algerienkrieges war er zunächst als Innenminister, später als Justizminister in zentraler Funktion an der Aufstandsbekämpfung beteiligt gewesen. Von einem jungen rechts-konservativen Abgeordneten, der seine ersten politischen Erfahrungen im Vichy-Regime unter Pétain gesammelt hatte, wandelte sich Mitterrand zunächst zum gefeierten Architekten einer Linkskoalition zwischen Sozialisten und Kommunisten und schließlich zu einem Präsidenten, der erfolgreich für sich beanspruchte, die politische Mitte des Landes zu vertreten. Der Historiker Michel Winock hat diese Wandlungsfähigkeit als Kern Mitterrands politischer Biographie beschrieben. Priorität, so Winock, hatte für François Mitterrand immer die Macht. Politische Ideen und Ideale oder gar eine Ideologie dienten dabei nur Hilfsmittel, nie als leitende Vorgaben.<sup>322</sup>

François Mitterrand wurde am 26. Oktober 1916 in der Kleinstadt Jarnac im Südwesten Frankreichs geboren. Seine Familie gehörte zur wohlhabenden katholisch-konservativen Oberschicht in der ländlich geprägten Region. Als Student der Rechtswissenschaften im Paris der 1930er Jahre stand er der nationalistischen Bewegung von François de La Rocque nahe. Enge Freunde und Familienmitglieder gehörten zur rechtsextremen Terrororganisation „Cagoule“.<sup>323</sup>

Im Mai 1940 geriet Mitterrand in deutsche Kriegsgefangenschaft, nachdem er kurz zuvor zur Verteidigung der Maginot-Linie eingezogen worden war. Im Dezember 1941 gelang ihm die Flucht aus dem Stammlager IX C im thüringischen Rudolstadt-Schaala und die Rückkehr nach Frankreich. Die folgenden Jahre bilden den umstrittensten Teil seiner Biographie. Mitterrand war einerseits tief verstrickt in das Kollaborationsregime von Philippe Pétain, andererseits engagierte er sich ab 1943 an führender Stelle in der Résistance. In der französischen Ge-

<sup>320</sup> Folglich erstrecken sich die umfangreichen Memoiren *Ménages* nur von 1982 bis 1986. Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir* I-III.

<sup>321</sup> Vgl. u. a. Edwy Plenel, *L'Élysée et les gendarmes*, in: *Le Monde* vom 16./17.10.1983.

<sup>322</sup> Vgl. Michel Winock, *François Mitterrand*, Paris 2015.

<sup>323</sup> Zu François Mitterrands frühen Jahren vgl. insbesondere Pierre Péan, *Une jeunesse française. François Mitterrand 1934–1947*, Paris 1994.

schichtsschreibung hat Mitterrands Verhalten während Frankreichs „dunkler Jahre“ eine Debatte um den Begriff der sogenannten *vichysto-résistants* ausgelöst – Männer und Frauen, die als Anhänger Pétains und seines Vorhabens einer „nationalen Revolution“ das Regime von Vichy und die Kollaboration unterstützten, die die Ablehnung der deutschen Besatzung aber dennoch in den Widerstand führte.<sup>324</sup>

Für die französische Öffentlichkeit war es ein Schock, als der Autor Pierre Péan im Jahr 1994 aufdeckte, dass François Mitterrand im Oktober 1942 von Pétain persönlich empfangen worden war und 1943 sogar den höchsten Orden des Regimes, die *Francisque*, erhalten hatte.<sup>325</sup> Auf der anderen Seite stand sein Engagement als Gründer eines Widerstandsnetzwerkes, ab 1943 im Untergrund mit dem Decknamen „Morland“. Mitterrand reiste im Auftrag der Résistance nach London und Algier, wo er erstmals Charles de Gaulle traf. Nach der Befreiung 1944 trat er mit 27 Jahren als Kommissar für die Kriegsgefangenen in die provisorische Regierung des Generals ein.

Länger noch als die Zeit in Vichy galt Mitterrands Rolle während des Algerienkrieges als unklar, auch weil Mitterrand in den 1970er und 1980er Jahren selbst dazu beitrug, jene Aspekte seiner Karriere zu verschleiern, die nicht dem Bild des linken Parteiführers entsprachen.<sup>326</sup> Als im November 1954 der Algerienkrieg begann, bekleidete Mitterrand das Amt des Innenministers der Französischen Republik. Die Aufstandsbekämpfung in den algerischen Departements fiel in seine direkte Zuständigkeit. Mitterrand ließ sofort drei Kompanien der Ordnungspolizei und mehrere Fallschirmjäger-Bataillone nach Algerien senden.<sup>327</sup> Vor dem Innenausschuss der Nationalversammlung rechtfertigte er den kompromisslosen Kurs gegen die Aufständischen: „Das Vorgehen der Fellagha erlaubt es uns nicht, an Verhandlungen auch nur zu denken. Es kann letztlich nur mit Krieg beantwortet werden“.<sup>328</sup>

1955 stürzte die Regierung von Kabinettschef Pierre Mendès France über die ungelöste Algerienfrage. Während Mendès France sich zu einem Gegner der unnachgiebigen Algerienpolitik entwickelte, blieb Mitterrand, ab 1956 als Justizminister, weiter in Regierungsverantwortung. Mitterrand wusste früh von der systematischen Folter in Algerien. Er setzte sich intern mehrfach für die Beendigung dieser Praxis ein. Doch selbst als nach dem Beginn der „Schlacht um Algier“ mehrere hohe Staatsbeamte aus Protest gegen die immer brutalere Aufstandsbekämpfung zurücktraten, blieb er weiter im Amt.<sup>329</sup>

<sup>324</sup> Vgl. u. a. Bénédicte Vergez-Chaignon, *Les Vichysto-Résistants de 1940 à nos jours*, Paris 2008.

<sup>325</sup> Vgl. Péan, *Une jeunesse française*, S. 287–295.

<sup>326</sup> Eine erste umfassende Aufarbeitung liefern François Malye/Benjamin Stora, *François Mitterrand et la guerre d'Algérie*, Paris 2010.

<sup>327</sup> Vgl. Stora, *Histoire de la guerre d'Algérie*, S. 9.

<sup>328</sup> Zitiert nach: Malye/Stora, *Mitterrand et la guerre d'Algérie*, S. 70.

<sup>329</sup> Vgl. Winock, *Mitterrand*, S. 126.

Als Justizminister wirkte Mitterrand in über 40 Fällen persönlich an der Entscheidung über die Durchführung der Todesstrafe an verurteilten Aufständischen mit. In etwa 80 Prozent aller ihm vorgelegten Fälle (wohl 37 von 45) sprach er sich ausdrücklich gegen eine Begnadigung aus.<sup>330</sup> Die Härte des Justizministers Mitterrand stand bereits zu dieser Zeit im Gegensatz zur Haltung prominenter linker Politiker wie Gaston Defferre und Alain Savary.<sup>331</sup>

Der hohe Justizbeamte Jean-Claude Périer berichtete über Mitterrands Rolle bei der Entscheidung über die Begnadigungsersuche der Aufständischen:

In seiner Zeit als Minister wurden etwa 40 Todesstrafen ausgeführt. Das war ein Rekord, den es seit hundert Jahren nicht gegeben hatte. Aber es gab zwei verschiedene Justizminister Mitterrand. Einmal einen Mann, der allen Fragen der persönlichen Grundrechte gegenüber offenstand, und, auf der anderen Seite – und das ist ziemlich paradox –, einen *homme de choc*, fast schon eine Art Kriegsherr, was das staatliche Handeln angeht.<sup>332</sup>

Getrieben von der Dynamik des brutalen Kolonialkrieges trug der als junger Reformler angetretene Minister den immer radikaleren Kurs der Regierung mit. Für das Ziel, Algerien als Teil Frankreichs zu erhalten, nahm Mitterrand schwere Rechtsbrüche in Kauf.

Das Ende der IV. Republik und die Machtübernahme de Gaulles im Jahr 1958 bedeuteten für Mitterrand einen tiefen Karrierebruch. In seiner brillanten politischen Streitschrift „Der permanente Staatsstreich“ rechnete er 1964 mit dem präsidentialen Regime de Gaulles ab, dem er vorwarf, eine Diktatur aufbauen zu wollen. Er selbst präsentierte sich nunmehr offensiv als Verteidiger der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten:

Eine Diktatur zieht das Verbrechen nach sich. Ihre Gegner, die sie verhöhnt, ausschließt, kaputt macht, wissen, dass sie ihre Schläge nicht aufteilen müssen: Wenn sie den Diktator töten, töten sie das Regime, das nun keinen Chef und keinen Namen mehr hat. So wird der Teufelskreis von Terrorismus und Repression in Gang gesetzt. Er wird erst aufhören, wenn wir zu den republikanischen Prinzipien und Regeln zurückfinden, die auf der Souveränität des Volkes und niemand anderem beruhen.<sup>333</sup>

Der gelernte Jurist Mitterrand analysierte in „Der permanente Staatsstreich“ insbesondere das Rechtssystem der V. Republik.<sup>334</sup> Aus der Ablehnung der eigens für die Aburteilung der OAS-Terroristen neu geschaffenen Sondergerichte wie dem Staatssicherheitshof leitete er eine politische Linie ab, die der später von Badinter vertretenen Doktrin des absoluten Rechtsstaates ähnelte: Die Schaffung von Sondergesetzen und Sondergerichten im Kampf gegen den Terrorismus war unbedingt zu vermeiden, da diese die persönlichen Freiheiten und damit letztlich die Demokratie gefährdeten.

<sup>330</sup> Vgl. Malye/Stora, Mitterrand et la guerre d'Algérie, S. 117.

<sup>331</sup> Vgl. Winock, Mitterrand, S. 118.

<sup>332</sup> Zitiert nach: Malye/Stora, Mitterrand et la guerre d'Algérie, S. 118 f.

<sup>333</sup> François Mitterrand, Le coup d'État permanent, Paris 1964, S. 195.

<sup>334</sup> Zu Mitterrands Verhältnis zum Recht vgl. Laurence Engel, Mitterrand. Le fil d'Ariane, Paris 1996.

Die zentrale Bedeutung des Rechts in Mitterrands politischem Denken spiegelt sich auch im Rückblick auf die Zeit des Algerienkrieges in „Der permanente Staatsstreich“ wider (wobei Mitterrand seine eigene Rolle unterschlägt):

Weil sie sich davor scheuten, das Kriegerrecht auf einen Konflikt anzuwenden, der als intern galt, höhnten die damaligen Verantwortlichen das für Friedenszeiten geltende Recht aus, das natürlich nicht in der Lage war, den Terrorismus einzudämmen. Später folgten schockierende und offen diskriminierende Maßnahmen gegenüber den muslimischen Algeriern. Das Übel breitete sich schnell aus. Die Sondergerichtsbarkeit, die ursprünglich nur auf algerischem Boden angewandt wurde, brauchte nicht lange um den Rest Frankreichs zu erreichen und die Maßnahmen gegen die Kämpfer des FLN waren dieselben, die gegen die OAS eingesetzt wurden. Dennoch hat die IV. Republik [...] versucht, ihre Schwächen zu korrigieren, indem sie das Begnadigungsrecht liberal auslegte und die Mehrzahl der Todesurteile nicht ausführen ließ. Ihr größter Fehler war es, zu glauben, man könne die Prinzipien umgehen, ohne sie zu beschädigen. Es gibt keine gutartige Verletzung des Rechts. Jede einzelne ist tödlich.<sup>335</sup>

Legt man die theoretischen Überlegungen aus „Der permanente Staatsstreich“ und das Verhalten als Innen- und Justizminister während des Algerienkrieges nebeneinander, ergibt sich ein Muster, das sich auch im politischen Handeln Mitterrands als Präsident der Republik in den 1980er Jahren wiederfindet. Mitterrand stand seinem politischen Programm nach für ein Rechtsverständnis, das den Grund- und Freiheitsrechten Vorrang einräumte. Das sozialistische Reformprogramm des Jahres 1981 lag daher durchaus auf einer Linie mit den Überzeugungen des Präsidenten. In der Praxis war der Machtpolitiker Mitterrand aber immer dann dazu bereit, diese Prinzipien zu brechen, wenn die Staatsräson oder seine persönlichen Interessen dies erforderten.

### 3.3 Ein „schwarzes Kabinett“ im Namen des Antiterrorismus

Die Präsidentialisierung der Anti-Terrorismus-Politik hatte desaströse Folgen für das Bild Präsident Mitterrands in der Öffentlichkeit. Sie zog zwei der größten Skandale der „Ära Mitterrand“ nach sich. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass die Gendarmen der Antiterrorzelle gegen Gesetze der Republik und damit gegen jene rechtsstaatlichen Prinzipien der Sozialistischen Partei verstießen, die noch wenige Monate zuvor von Robert Badinter und auch von Mitterrand selbst so leidenschaftlich vertreten worden waren. An den Verfehlungen des „schwarzen Kabinetts“ im Präsidentschaftsamt zeigte sich, welche Gefahren von der Bildung von Sonderstrukturen im Antiterrorkampf ausgingen, die jeder unabhängigen Kontrolle entzogen waren.<sup>336</sup> Die Misserfolge der Sondereinheit verdeutlichten zudem, dass die im Sommer 1982 improvisierte Neuordnung keineswegs eine Professionalisierung nach sich zog. Im Gegenteil: Die Gendarmen des Élysée-Palastes agierten wie Amateure.<sup>337</sup> Bereits ihre erste größere Aktion zog den Skandal der „Iren

<sup>335</sup> Mitterrand, *Le coup d'État permanent*, S. 210 f.

<sup>336</sup> Zum Begriff des „schwarzen Kabinetts“ vgl. u. a. Rémi Kauffer, *La rose socialiste et ses cabinets noirs*, in: Faligot/Guisnel, *Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, S. 441–447.

<sup>337</sup> Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 50.

von Vincennes“ nach sich. Erst nach dem Tod François Mitterrands im Jahr 1996 wurde die sogenannte Abhör-Affäre im Élysée-Palast aufgedeckt. Die wichtigsten Akteure in Mitterrands „schwarzem Kabinett“ mussten sich in den 2000er Jahren vor Gericht verantworten.<sup>338</sup>

### Die Iren von Vincennes

Am Abend des 28. August 1982, nur vier Tage nach ihrer Gründung durch ein Dekret des Ministerrates, meldete die Antiterrorzelle des Präsidialamts einen spektakulären Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus.<sup>339</sup> Die Presseagentur *Agence France Presse* (AFP) veröffentlichte ein Communiqué, in dem von „wichtigen Festnahmen im Milieu des internationalen Terrorismus“ die Rede war. Dabei seien auch Dokumente und Sprengstoff entdeckt worden.<sup>340</sup> Die Einheit Prou-teaus war von einem Informanten kontaktiert worden, der zwei seiner Bekannten der Teilnahme an dem Anschlag in der Rue des Rosiers verdächtigte.<sup>341</sup> Der stellvertretende Leiter der Antiterrorzelle, Paul Barril, übernahm die Leitung des Falls und ließ die GIGN eine Wohnung im Pariser Vorort Vincennes stürmen.<sup>342</sup>

Kurz darauf stellte sich heraus, dass es sich bei den Verdächtigen um zwei Männer und eine Frau aus Irland handelte, die zwar einer marxistischen Splittergruppe der IRA, angehörten, aber weder in Verbindung mit einem der Anschläge vom Frühjahr und Sommer 1982 in Paris standen noch in Frankreich gesucht wurden. Die Gendarmen des Präsidialamts hatten im Alleingang gehandelt, ohne die anderen Sicherheitsbehörden von der geplanten Aktion zu informieren und ihre Informationen mit denen der Geheimdienste abzugleichen.<sup>343</sup>

Erst die Recherchen der Journalisten Edwy Plenel und Georges Marion brachten zum Vorschein, dass die Antiterrorzelle nicht nur vorschnell gehandelt hatte, sondern dass bei der Festnahme der drei Iren offenbar bewusst Beweise gefälscht worden waren, und dies im Nachhinein von den Verantwortlichen verschleiert wurde.<sup>344</sup> Am 1. Februar 1983 schrieb Edwy Plenel in einem aufsehenerregenden Bericht in *Le Monde*:

Schlampige Ermittlungen, unklare Berichte, widersprüchliche Zeugenaussagen, keine klaren Beweise [...]. Fünf Monate nach der Festnahme von drei Iren in Vincennes am 28. August 1982 durch die Groupe d'Intervention de la Gendarmerie umgibt den Fall, der noch immer keinem Gericht vorgelegt wurde, weiterhin ein hartnäckiges Gerücht: Nicht nur sollen, anders als seinerzeit vom Élysée-Palast behauptet, keineswegs internationale Topterroristen festgenommen worden sein. Man hat offenbar auch übereifrig agiert. Mit anderen Worten: „Jemand“ hat Beweise

<sup>338</sup> Vgl. *Libération* vom 10. 11. 2005, „Prison avec sursis pour les grandes oreilles de Mitterrand“. Vgl. auch: Philippe Broussard, *Les grandes affaires de la V<sup>e</sup> République*, Paris 2012, S. 229–237, 327–347.

<sup>339</sup> Vgl. *Le Monde* vom 31. 8. 1982, „La lutte antiterroriste. Les suspects arrêtés à Vincennes sont des Irlandais“.

<sup>340</sup> Ebenda.

<sup>341</sup> Vgl. Kauffer, *La rose socialiste et les cabinets noirs*, S. 444.

<sup>342</sup> Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en questions*, S. 46 f.

<sup>343</sup> Vgl. ebenda.

<sup>344</sup> Zusammenfassend vgl. Huberson, *Enquête sur Edwy Plenel*, S. 24–47.

gefälscht – namentlich den Sprengstoff –, um so die Verbindungen der drei Angeklagten zu vermeintlichen Anschlagsvorbereitungen zu demonstrieren.<sup>345</sup>

Was Plenel im Februar 1983 noch vorsichtig als Gerücht bezeichnete, erwies sich später als exakte Tatsachenbeschreibung. Der stellvertretende Chef der Antiterrorzelle Paul Barril hatte Waffen und Sprengstoff in der Wohnung der Verdächtigen deponiert, um so die Teilnahme der drei Iren am Anschlag in der Rue des Rosiers belegen zu können. Im September 1992 lehnte ein Gericht eine Klage wegen Verleumdung gegen Edwy Plenel ab, da der Journalist „den Beweis für die Anschuldigungen in ausreichendem Maße“ erbracht habe.<sup>346</sup> Christian Prouteau bestätigte im Prozess der illegalen Telefonüberwachungen im Jahr 2005 ebenfalls die Version Plenels.<sup>347</sup> Im Frühjahr 1983 mussten die drei Iren freigelassen werden.<sup>348</sup>

Die Enthüllungen im Fall der „Iren von Vincennes“ bewirkten, dass die Antiterrorzelle des Präsidentialamts an Einfluss verlor und ab Mitte des Jahres 1983 kaum noch direkt in die Terrorismusbekämpfung involviert war. Gilles Ménage, der seit Herbst 1982 das Krisenmanagement in der Angelegenheit leitete, behielt dagegen seine Position im Präsidentialamt. Während auch Christian Prouteau weiterhin die Gunst Mitterrands und somit dessen präsidentiale Immunität genoss, wurde Paul Barril im Juni 1983 von seinem Posten als stellvertretender Leiter der GIGN suspendiert.<sup>349</sup> Er ging daraufhin mit der Veröffentlichung von Dokumenten in die Offensive, die belegen sollten, dass er und Prouteau in Verhandlung mit dem korsischen FLNC sowie mit Jean-Marc Rouillan, dem flüchtigen Anführer von *Action Directe*, getreten waren.<sup>350</sup> Das Präsidentialamt distanzierte sich zwar mit einer Presseerklärung von Barril, dementierte aber nicht die geheimen Verhandlungsangebote an gesuchte Terroristen.<sup>351</sup>

### Die Abhör-Affäre im Élysée-Palast

Im November 2004 begann in Paris der Prozess gegen die Verantwortlichen der illegalen Überwachungen im Präsidentialamt zwischen 1983 und 1986. Ein Jahr später, im November 2005, wurde Christian Prouteau zu acht Monaten auf Bewährung und 5000 Euro Geldstrafe verurteilt. Gilles Ménage und Paul Barril erhielten jeweils sechs Monate auf Bewährung und 5000 Euro Geldstrafe.<sup>352</sup>

Während die Mitarbeiter des Präsidenten damit zwanzig Jahre nach den Ereignissen zu symbolischen Strafen verurteilt wurden, war der eigentliche Angeklagte

<sup>345</sup> Le Monde vom 1.2.1983, S.1, „Les fausses manoeuvres des gendarmes du Président“.

<sup>346</sup> Zitiert nach: Huberson, Enquête sur Edwy Plenel, S.46.

<sup>347</sup> Vgl. Broussard, Les grandes affaires de la V<sup>e</sup> République, S.230 f.

<sup>348</sup> Vgl. ebenda.

<sup>349</sup> Vgl. Ménage, L'œil du pouvoir I, S.236.

<sup>350</sup> Vgl. u. a. Paul Barril, Missions très spéciales, Paris 1984.

<sup>351</sup> Vgl. Edwy Plenel, L'Élysée et ses gendarmes, in: Le Monde vom 16./17.10.1983.

<sup>352</sup> Die Generalsekretäre des früheren Premierministers Pierre Mauroy, Michel Delebarre und Louis Schweitzer wurden ebenfalls schuldig gesprochen, blieben aber straffrei. Vgl. Libération vom 10.11.2005, „Prison avec sursis pour les grandes oreilles de Mitterrand“.

schon seit zehn Jahren tot. Die Richter sprachen in ihrer Urteilsbegründung offen aus, dass François Mitterrand als „Inspirator und Entscheider“ der illegalen Überwachungen zu gelten habe.<sup>353</sup> Angesichts der Verantwortung des Präsidenten, der der Antiterrorzelle „alle Mittel des Staates zur Verfügung gestellt habe, um seine Anweisungen auszuführen“, seien die Straftaten der Angeklagten als Ausführung von Anweisungen im Staatsdienst zu betrachten.<sup>354</sup>

Die zum Zwecke der Bekämpfung des Terrorismus gegründete Antiterrorzelle war spätestens seit 1983 zu einem persönlichen Geheimdienst des Präsidenten umfunktioniert worden. Christian Prouteau arbeitete mit einer verkleinerten Mannschaft im Geheimen weiter. Seine Einheit verfügte über 20 Abhöranschlüsse. Bis 1986 wurden mindestens 150 Personen überwacht, 3000 Gespräche aufgenommen und die Daten von 2000 Personen in einer geheimen Datenbank gespeichert.<sup>355</sup> Die Überwachung einer Privatperson musste zwar von einer beim Premierminister angesiedelten Behörde genehmigt werden, aber die Gendarmen verschleierten die Klarnamen und die wahren Gründe der Abhörungen. Im Zweifelsfall widersetzte sich Premierminister Mauroy nicht den Wünschen des Präsidenten.<sup>356</sup>

### 3.4 Der investigative Journalismus als demokratische Kontrollinstanz

Zeitgleich mit Mitterrands Kurswechsel in der Anti-Terrorismus-Politik erlebte in den 1980er Jahren der investigative Journalismus in Frankreich einen fulminanten Aufstieg. Eine neue Form der politischen Reportage hielt Einzug in die großen Nachrichtenmagazine und Zeitungen. Die Journalisten etablierten sich als Kontrollinstanz der Politik von Präsident und Regierung. Besondere Bedeutung erlangte die Berichterstattung über die staatliche Anti-Terrorismus-Politik.<sup>357</sup>

Die hervorragende Rolle der Journalisten war vor allem der eingeschränkten Gewaltenteilung und der damit verbundenen Schwäche der klassischen demokratischen Kontrollinstanzen geschuldet. Die von Präsident de Gaulle mit der Verfassung des Jahres 1958 durchgesetzte „Rationalisierung des Parlamentarismus“ hatte Nationalversammlung und Senat so geschwächt, dass die Kammern den

<sup>353</sup> Zitiert nach: Kauffer, *La rose socialiste et ses cabinets noirs*, S. 446.

<sup>354</sup> Ebenda.

<sup>355</sup> Vgl. ebenda, S. 445.

<sup>356</sup> Vgl. Patricia Tourancheau, Mauroy, „la petite fleur bleue“ des écoutes, in: *Libération.fr* vom 25. 11. 2004 [http://www.liberation.fr/societe/2004/11/25/mauroy-la-petite-fleur-bleue-des-ecoutes\_500645, zuletzt abgerufen am 21. 11. 2016]. Ein Grund für die illegalen Abhörmaßnahmen lag wohl in der Sorge Mitterrands um seine Privatsphäre. So wurde der intensiv überwachte Schriftsteller Jean-Edern Hallier verdächtigt, die Existenz seiner unehelichen Tochter Mazarine aufdecken zu wollen. Erst im Jahr 1994 wurde die Existenz dieser zweiten Familie Mitterrands durch einen Foto-Bericht des Magazins *Paris Match* öffentlich bekannt. Vgl. *Paris Match* vom 3. 11. 1994.

<sup>357</sup> Zur Geschichte der Presse in Frankreich vgl. Pierre Albert, *Histoire de la presse*, Paris 112010.

Vorgaben der Exekutive in der Regel umstandslos Folge leisteten.<sup>358</sup> Die Kontrollfunktion des Parlamentes beschränkte sich auf Anfragen und Redebeiträge der Opposition.<sup>359</sup>

Gerade die Opposition der Linksparteien hatte es während der 1970er Jahre jedoch vermocht, eine gewisse Gegenmacht zu den Regierungen unter Pompidou und Giscard aufzubauen. Ihre Unterstützung verlieh Kampagnen wie etwa gegen das „System Marcellin“ Anfang der 1970er Jahre eine große Wirkung. Mit dem Machtwechsel, der die ehemaligen Oppositionsparteien in die Regierungsverantwortung brachte, ging somit eine wichtige unabhängige Kontrollinstanz verloren, die über Verstöße der Exekutive gegen die Grund- und Bürgerrechte wachen und informieren konnte. Die in die Opposition verwiesenen Konservativen bekämpften die Regierung zwar mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, aber im Bereich der Terrorismusbekämpfung traten RPR und UDF für mehr Sicherheit und im Zweifel für weniger Freiheiten ein. Statt der Verletzung der Grundrechte warfen sie der Regierung einen zu milden Kurs vor, der Terroristen bevorzuge, anstatt sie hart genug zu bestrafen.<sup>360</sup>

Überraschender als die Positionierung der konservativen Opposition war, dass nach dem Kurswechsel Mitterrands im Sommer 1982 auch innerhalb der Linken selbst kaum Kritik an der Neuausrichtung der Anti-Terrorismus-Politik laut wurde. Der liberale Flügel um Robert Badinter fügte sich ohne Gegenwehr in die Abkehr von den Konzepten, die die erste Phase der sozialistischen Terrorismusbekämpfung bestimmt hatten. Der PS, in dem in den 1970er Jahren mehrere starke eigenständige Fraktionen miteinander konkurriert hatten, stellte sich geschlossen hinter Mitterrand.<sup>361</sup> Die Pariser Intellektuellen, die in den Jahrzehnten zuvor einen eigenen, unabhängigen Machtfaktor in der französischen Politik gebildet hatten, verloren spätestens nach dem Tod von Jean-Paul Sartre (1980) und Michel Foucault (1984) ihren politischen Einfluss.<sup>362</sup>

Dieses Vakuum wurde von einem investigativen Journalismus gefüllt, der sich seit Mitte der 1970er Jahre in Frankreich nach dem Vorbild des anglo-amerikanischen Enthüllungsjournalismus entwickelt hatte.<sup>363</sup> Nach dem Mai 1968 hatten

<sup>358</sup> Vgl. François, *Le régime politique de la V<sup>e</sup> République*, S. 32–61.

<sup>359</sup> Vgl. Pauline Türk, *Le contrôle parlementaire en France*, Paris 2011.

<sup>360</sup> So etwa die Stellungnahmen in der Parteizeitschrift des RPR, *La Lettre de la Nation*. Vgl. u. a. *La Lettre de la Nation* vom 28.1.1985: „Unglücklicherweise für Frankreich und seine Demokratie gibt es einen unleugbaren Graben zwischen der Entschlossenheit der Einen und der der Anderen. Es wäre höchste Zeit, dass François Mitterrand und seine Leute sich darüber klar werden, dass die nationale Sicherheit ebenso wichtig ist wie die Wirtschaft und die Außenpolitik.“

<sup>361</sup> Zum Wandel der Sozialistischen Partei unter Mitterrand vgl. Stephan, *Aufstieg und Wandel der Parti socialiste in der Ära Mitterrand*. Vgl. auch Bergounioux/Grunberg, *Les socialistes français au pouvoir*, S. 333–340.

<sup>362</sup> Dieser Umstand wurde in den 1980er Jahren immer wieder bedauernd angesprochen. Vgl. u. a. Wieviorka, *Sociétés et terrorisme*, S. 516.

<sup>363</sup> Zur Geschichte des investigativen Journalismus in den USA vgl. etwa Jon Marshall, *Watergate's Legacy and the Press. The Investigative Impulse*, Evanston, Ill. 2011. Vgl. auch James Aucoin, *The Evolution of American Investigative Journalism*, Columbia, Mo. 2006;

sich innerhalb der staatlichen Verwaltung Brüche ergeben, die den Zugang zu inoffiziellen und geheimen Informationen erleichterten. Hohe Funktionäre in Polizei und Justiz begannen Informationen an die Presse zu geben, wenn sie mit der politischen Linie der Regierung nicht einverstanden waren. Der „Geist der Revolte“ erfasste auch den Journalismus, der nun ebenfalls die Allmacht des Präsidenten der Republik in Frage stellte.<sup>364</sup> Das Monopol für die Enthüllung von Geheimnissen aus den Kabinetten von Regierung und Präsidentsamt lag lange beim Satireblatt *Le Canard enchaîné*.<sup>365</sup> So stand Innenminister Raymond Marcellin im Jahr 1973 vor dem Rücktritt, als Agenten der DST überrascht worden waren, wie sie die Redaktionsräume der Zeitschrift mit versteckten Mikrofonen ausstatten wollten.<sup>366</sup> Ende der 1970er Jahre setzte sich das Konzept von langfristig angelegten politischen Recherchen auch bei anderen Wochenmagazinen wie *L'Express*, *Le Nouvel Observateur* oder *Le Point* durch.<sup>367</sup>

Eine neue Dimension erreichte der investigative Journalismus in den 1980er Jahren. Dies lag zum einen an der Welle terroristischer Anschläge und den staatlichen Gegenmaßnahmen, bei denen geheime Absprachen, Ermittlungen und Festnahmen eine große Rolle spielten. Zum anderen übernahmen nun die großen Tageszeitungen und insbesondere das Flaggschiff des unabhängigen Qualitätsjournalismus, die 1944 gegründete Tageszeitung *Le Monde*, die Methoden der Wochenmagazine.<sup>368</sup> Die journalistische Qualität von *Le Monde* verlieh Enthüllungen über Verfehlungen der Politik eine bis dahin unerreichte Wirkung. Die linksliberale Tageszeitung hatte zwar schon immer eine Art bürgerliche Gegenmacht zum Präsidentsamt dargestellt, direkte Angriffe auf die Regierung und den Präsidenten waren aber nicht Teil der auf Sachlichkeit und Objektivität angelegten Redaktionslinie. Mit der Affäre der „Iren von Vincennes“ änderte sich die Vorgehensweise der Zeitung. *Le Monde* etablierte sich in der Folge stärker als zuvor als „vierte Gewalt“, die über die Ressourcen und die notwendige Glaubwürdigkeit verfügte, um die Politik des Landes mitzubestimmen.<sup>369</sup>

Die zentrale Figur dieser Entwicklung war der junge Journalist Edwy Plenel. 1952 als Sohn eines hohen französischen Staatsbeamten auf der Karibikinsel Martinique geboren, war Plenel 1965 mit seinen Eltern in das nachrevolutionäre Algerien gezogen und so mit dem Erbe der französischen Kolonialkriege in Be-

Manfred Redelfs, *Investigative reporting in den USA. Strukturen eines Journalismus der Machtkontrolle*, Opladen 1996.

<sup>364</sup> Vgl. u. a. Jean Guisnel, *La nouvelle presse: de Hara-Kiri à Libération*, in: Artières/Zancarini-Fournel, *Une histoire collective*, S. 600–606.

<sup>365</sup> Zur Geschichte des *Canard enchaîné* vgl. Laurent Martin, *Le Canard enchaîné. Histoire d'un journal satirique 1915–2005*, Paris 2005.

<sup>366</sup> Vgl. Francis Zamponi, Marcellin – le Fouché breton, in: Faligot/Guisnel, *Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, S. 405 f.

<sup>367</sup> Vgl. Patrick Éveno, *Histoire du journal Le Monde 1944–2004*, Paris 2004, S. 155.

<sup>368</sup> Vgl. ebenda.

<sup>369</sup> Zum Verhältnis von Presse und Politik in Frankreich vgl. u. a. Jean-Yves Mollier, *Édition, presse et pouvoir en France au XX<sup>e</sup> siècle*, Paris 2008.

rührung gekommen.<sup>370</sup> In den 1970er Jahren engagierte er sich im linksextremen Milieu in Paris. Unter dem Pseudonym Krasny gehörte er zum erweiterten Führungskreis der trotzkistischen *Ligue Communiste Révolutionnaire*.<sup>371</sup> Wie viele der intellektuellen Linksradikalen seiner Generation fand Plenel über das militante Engagement zum Journalismus.<sup>372</sup> Im Jahr 1980 wurde er mit 28 Jahren Mitarbeiter bei *Le Monde*, wo er zunächst im Bildungsressort arbeitete. Nach dem Anschlag in der Rue des Rosiers übernahm er im August 1982 als Urlaubsvertretung die Berichterstattung über den Fall und wechselte in den Bereich Inneres und Polizei, dessen Leitung er 1983 übernahm.<sup>373</sup> In den folgenden Jahren arbeitete Plenel meist allein oder im Team mit Bertrand Le Gendre, der bei *Le Monde* den Bereich Justiz verantwortete, und Georges Marion vom *Canard enchaîné*.<sup>374</sup> Im Jahr 1995 stieg er zum Direktor der Chefredaktion von *Le Monde* auf und prägte mit seinem Konzept des investigativen Journalismus die Neuausrichtung des Blattes bis zu seinem Rücktritt im Jahr 2004.<sup>375</sup>

Anders als die meisten seiner Kollegen legte Plenel im Herbst 1982 den Fall der „Iren von Vincennes“ nicht nach einigen Wochen zu den Akten, sondern verfolgte weiterhin jedes Indiz, das für seine These einer konstruierten Beweislage sprach. Er wurde bestärkt durch vertrauliche Aussagen aus den Reihen der Polizei, die die Version der Gendarmen des Élysée-Palastes ebenfalls anzweifelten.<sup>376</sup> Bei seinen Recherchen lernte er Georges Marion kennen, der den Fall für den *Canard enchaîné* bearbeitete und ebenfalls über gute Kontakte in den Staatsapparat verfügte.<sup>377</sup> Nach und nach brachten die beiden Reporter die Wahrheit über die gefälschten Beweise ans Licht. Der von ihm ausgelöste Skandal machte Plenel berühmt und zu einem ernsthaften Gegner für das Präsidialamt, das ihn zusammen mit Marion auf die Liste der illegal abgehörten Personen setzte.<sup>378</sup>

Die in der Recherche über die „Iren von Vincennes“ entwickelten Methoden wandte Plenel auch in den folgenden Jahren erfolgreich an. So war wiederum er

<sup>370</sup> Vgl. Huberson, *Enquête sur Edwy Plenel*, S.51–76.

<sup>371</sup> Plenel beschrieb diese Zeit in einem autobiographischen Werk. Vgl. Edwy Plenel, *Secrets de jeunesse*, Paris 2001.

<sup>372</sup> Vgl. etwa die Gründungsgeschichte der Zeitung *Libération*: Jean Guisnel, *Libération. La biographie*, Paris 2003.

<sup>373</sup> Vgl. Huberson, *Enquête sur Edwy Plenel*, S.209–212.

<sup>374</sup> Bereits im August 1982 verfasste Plenel einen ersten Artikel zusammen mit Le Gendre. Vgl. *Le Monde* vom 28.8.1982, S.6, „Imbroglia juridique, lassitude policière. Les pieds de nez d'Action directe“.

<sup>375</sup> Unter Plenels Leitung erreichte *Le Monde* die höchsten Absatzzahlen seiner Geschichte. Vor seinem Rücktritt wurde seine redaktionelle Linie in Frage gestellt. Vgl. Pierre Péan/Philippe Cohen, *La face cachée du Monde*, Paris 2003. Plenel gründete im Jahr 2008 ein multimediales Informationsportal unter dem Namen *Mediapart*.

<sup>376</sup> Vgl. bereits *Le Monde* vom 1.9.1982, S.8, „Dérappages“; *Le Monde* vom 2.9.1982, S.14, „Après l'arrestation à Vincennes de trois Irlandais. Les polices européennes ne sont pas charitables“.

<sup>377</sup> Vgl. Plenels Bericht darüber, in: Plenel, *La part d'ombre*, S.41–91. Vgl. auch Georges Marion, *Profession „fouille-merde“*. Un journaliste dans les coulisses des affaires, Paris 2008, S.59–94.

<sup>378</sup> Vgl. Kauffer, *La rose socialiste et ses cabinets noirs*, S.445.

es, der im Jahr 1986 während der Affäre um das vom französischen Geheimdienst versenkte Greenpeace-Schiff *Rainbow-Warrior* die entscheidenden Informationen publizierte, die zum Rücktritt von Verteidigungsminister Charles Hernu führten.<sup>379</sup> Grundlegend für den Erfolg Plenels war seine große Ausdauer bei der Recherche, die Bereitschaft, nicht vollständig gesicherte Informationen zu veröffentlichen, um damit Reaktionen zu provozieren sowie sein Netzwerk von Informanten innerhalb der Polizei und der höheren Verwaltung. Sein Biograph Laurent Huberson hat drei grundlegende Prinzipien in Plenels journalistischer Arbeit herausgearbeitet: Plenel verfolge erstens einen „Journalismus des Verdachts“, der in der Tradition der 1968er Jahre hinter der Fassade der Macht Verfehlungen und Verschwörungen vermute, zweitens einen „Journalismus der Konfrontation“, der die Auseinandersetzung mit den Mächtigen nicht scheue, und drittens einen „Journalismus des Engagements“, der den Journalisten als Akteur innerhalb der Demokratie und nicht lediglich als neutralen Beobachter verstehe.<sup>380</sup>

Der Reiz der Reportagen von Plenel bestand auch darin, dass er die Grenzen der reinen Polizeiberichterstattung überschritt. Plenel schrieb über die politischen Aspekte der Kriminalität und ihrer Bekämpfung. In den 1980er Jahren wurde er zu einem Spezialisten für das Phänomen der Unsicherheit, den Aufstieg des *Front National* sowie alle wichtigen Fragen der staatlichen Sicherheitspolitik und insbesondere der Terrorismusbekämpfung und ihrer Auswirkungen auf den Rechtsstaat, die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.<sup>381</sup> Zu diesen Fragen nahm er auch in wissenschaftlichen Fachzeitschriften Stellung.<sup>382</sup> „Wie alle großen Ressortleiter bei *Le Monde* benahm sich Plenel wie ein zweiter Innenminister“<sup>383</sup>. Er unterstützte das Reformprogramm von Pierre Joxe, mit dem die Polizei grundlegend modernisiert werden sollte, und war von 1986 bis 1988 einer der schärfsten Kritiker der konservativen Sicherheitspolitik von Charles Pasqua, der die Bekämpfung des Terrorismus zum Vorwand für eine Verschärfung der Einwanderungs- und Abschiebepolitik nahm.<sup>384</sup>

Die Enthüllungen der investigativen Journalisten setzten die Politik des Präsidenten der öffentlichen Kritik aus. So wurde ein Teil des Kontrolldefizits im politischen System der V. Republik wieder ausgeglichen. Die Presse übernahm eine Funktion, die in den 1960er und 1970er Jahren die linke Opposition und die Intellektuellen ausgefüllt hatten. Dies war für den Bereich der staatlichen Anti-

<sup>379</sup> Vgl. Broussard, *Les grandes affaires de la V<sup>e</sup> République*, S. 253–255.

<sup>380</sup> Vgl. Huberson, *Enquête sur Edwy Plenel*, S. 318.

<sup>381</sup> Zum Aufstieg des FN siehe Plenels Buch: *Edwy Plenel/Alain Rollat, L'effet Le Pen*, Paris 1984.

<sup>382</sup> Vgl. u. a. Olivier Mongin/Edwy Plenel/Michel Wieviorka (Hrsg.), *Les défis des terrorismes*, Paris 1988; Edwy Plenel, *Le terrorisme à vocation révolutionnaire. Terrorisme et idéologie en France*, in: *Études polémologiques* 38 (1986/2), S. 7–28; ders., „Ist AD in deutscher Hand? Ursprünge und Verbindungen des Terrorismus in Frankreich“, in: *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, Bonn, 1985, Bd. 41, S. 143–151; ders., *La France et le terrorisme. La tentation du sanctuaire*.

<sup>383</sup> Huberson, *Enquête sur Edwy Plenel*, S. 226.

<sup>384</sup> Vgl. ebenda.

Terrorismus-Politik, der von Mitterrand im Sommer 1982 unter das Schutzschild der präsidentialen *domaine réservé* genommen worden war, besonders wichtig. Anders als in den Jahrzehnten zuvor blieb die Kritik aber inhaltlich eng begrenzt. Journalisten wie Edwy Plenel deckten zwar Verstöße gegen rechtsstaatliche Regeln auf, politische Alternativen oder gar eine revolutionäre Gegenbewegung mit einem eigenen Programm, wie das der Linksparteien in den 1970er Jahren, boten die Redaktionen aber nicht an.

### Zusammenfassung

Im August 1982 leitete François Mitterrand einen neuen Kurs in der Anti-Terrorismus-Politik ein. Auf die Politik der Öffnung folgte eine Phase der Repression. Der Präsident reagierte damit auf die Terrorwelle vom Frühjahr und Sommer 1982, als zeitgleich eine Vielzahl terroristischer Gruppen in Frankreich aktiv wurde. Direkter Auslöser war der Angriff auf ein jüdisches Restaurant in der Rue des Rosiers am 9. August 1982, der in seiner Brutalität aus der kaum überschaubaren Masse der Anschläge herausragte.

Die Abkehr von einer stark von den Idealen der Oppositionszeit geprägten Politik der Liberalisierung war zugleich Teil eines übergreifenden Wandlungsprozesses der politischen Kultur in der V. Republik. Die Herausforderungen der 1980er Jahre, zu denen neben Terrorismus, Unsicherheit und Migration vor allem die Auswirkungen der Europäisierung und wirtschaftliche Zwänge zählten, machten viele der aus den 1970er Jahren stammenden Konzepte obsolet. Präsident Mitterrand und die Sozialistische Partei entwickelten eine pragmatische Regierungspraxis, die eher von einem kurzfristigen Krisenmanagement als von langfristigen gesellschaftspolitischen Ansätzen geprägt war.

Während dieser Wandel etwa in der Wirtschaftspolitik nur schrittweise vollzogen wurde, erforderte die akute terroristische Bedrohung eine umgehende Reaktion. Die Ansprache Mitterrands im nationalen Fernsehen am 17. August 1982 sollte verdeutlichen, dass die Bekämpfung des Terrorismus nunmehr höchste Priorität besaß. Die inhaltliche Neuausrichtung sah eine Verstärkung der repressiven Elemente der Terrorismusbekämpfung vor. Beschlossen wurde neben einer institutionellen Neuordnung unter anderem der Aufbau einer Terrorismus-Datenbank, die verstärkte Überwachung sensibler Punkte in Paris und schärfere Grenzkontrollen.

Mitterrand machte zudem die Grundlinien deutlich, nach denen in Zukunft gegen den Terrorismus vorgegangen werden sollte. Dies war zum einen das Versprechen der Unnachgiebigkeit. Es besagte, dass mit Terroristen nunmehr keine Kompromisse gemacht würden. Der Terrorismus sollte, so Mitterrand, „bis zur Wurzel verfolgt“ werden. Zweitens sollte dieser Kampf streng nach den Regeln des Rechtsstaates ausgefochten werden. Neue Gesetze und Ausnahmeregelungen jeder Art schloss der Präsident ausdrücklich aus.

Die Federführung in der französischen Terrorismusbekämpfung übernahm das Präsidentialamt selbst. Dabei wurde deutlich, wie weit die Machtkonzentration

auf den Präsidenten im Frankreich der V. Republik gehen konnte. Die prägenden Köpfe der ersten Phase der sozialistischen Anti-Terrorismus-Politik wurden ausgetauscht. Innenminister Gaston Defferre musste wichtige Kompetenzen an das neugeschaffene Staatssekretariat für Öffentliche Sicherheit unter Joseph Franceschi abtreten. Justizminister Robert Badinter wurde von Sitzungen zur Terrorismusbekämpfung ausgeschlossen. Die Spitzen der wichtigsten Sicherheitsbehörden wurden neu besetzt. Mitterrands Sicherheitsberater Gilles Ménage übernahm die Koordination der Anti-Terrorismus-Politik und bestimmte mit der Rückendeckung des Präsidenten das Vorgehen der Sicherheitsbehörden. Mit der sogenannten Antiterrorzelle wurde eine eigene Geheimdienststruktur geschaffen, die selbst exekutive Polizeifunktionen übernehmen durfte und ausschließlich dem Präsidenten gegenüber verantwortlich war.

Im Rückblick erwies sich dieser erste Versuch einer Zentralisierung der Terrorismusbekämpfung als Fehlschlag. Die präsidentiale Neuorientierung führte zu erheblichen Kompetenz- und Reibungsverlusten. Das amateurhafte Vorgehen der Antiterrorzelle verstärkte die Konkurrenz mit den Behörden des Innenministeriums. Bis zu ihrer offiziellen Auflösung im Jahr 1986 konnte die Antiterrorzelle keinen einzigen größeren Erfolg im Antiterrorkampf für sich verbuchen. Mehr noch, die von den „Gendarmen des Präsidenten“ provozierten Skandale zeigten, dass Ideal und Praxis in der sozialistischen Terrorismusbekämpfung weit auseinanderklafften. Die Linke wurde ihren eigenen Ansprüchen von unbedingter Rechtsstaatlichkeit nicht gerecht. Die von Mitterrand gedeckten und zum Teil sogar von ihm initiierten Rechtsbrüche der Antiterrorzelle verstießen gegen jene Ideale, für die die Linke sich so lange Jahre engagiert hatte und auf die sich der Präsident noch in seinem Fernsehinterview vom 17. August 1982 öffentlich berief. Nachdem im Fall der „Iren von Vincennes“ ans Licht gekommen war, dass die Mitarbeiter der Antiterrorzelle Beweise fälschten und an den zuständigen Institutionen vorbei parallele Ermittlungen führten, zeigte die Abhör-Affäre des Élysée-Palastes, dass der Präsident unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Privatpersonen ausspionieren ließ, um sein Privatleben zu schützen.

Das im politischen System der V. Republik angelegte Kontrolldefizit gegenüber der Macht des Präsidenten wurde teilweise von der Presse ausgeglichen. Investigative Journalisten brachten Verfehlungen der Exekutive an die Öffentlichkeit. Die Journalisten übernahmen damit die Funktion einer aktiven Gegenöffentlichkeit – eine Rolle, die während des Algerienkrieges die kritischen Pariser Intellektuellen und in den 1970er Jahren die linken Oppositionsparteien ausgefüllt hatten. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatten die Tageszeitung *Le Monde* und ihr späterer Chefredakteur Edwy Plenel.

#### 4. Zwischen Unnachgiebigkeit und Konfliktvermeidung

Die von François Mitterrand im Sommer 1982 eingeleitete zweite Phase der sozialistischen Anti-Terrorismus-Politik beendete die Politik der Öffnung. Seit der

programmatischen Ansprache von Präsident Mitterrand am 17. August 1982 verfolgte die Staatsführung einen Kurs der Unnachgiebigkeit gegenüber allen Formen des Terrorismus. Dies betraf sowohl die politische Gewalt einheimischer Gruppen als auch den internationalen Terrorismus. Eine genauere Analyse für die Zeit zwischen dem Sommer 1982 und dem März 1986 zeigt aber, dass sich die Strategien im Einzelnen weiterhin stark voneinander unterschieden und dass die praktisch umgesetzte Politik nicht mit dem öffentlich vertretenen Kurs übereinstimmen musste. Während gegen *Action Directe* und den FLNC nunmehr erneut mit strafrechtlichen Mitteln vorgegangen wurde, war der Umgang mit den schwer fassbaren internationalen Terror-Organisationen von einer Strategie der Konfliktvermeidung geprägt, die der *sanctuary doctrine* der 1970er Jahre ähnelte. Auch in der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus zeigte sich, dass der französische Staat weiterhin zu Kompromissen bereit war, wenn damit eine Eskalation der Gewalt vermieden werden konnte.

#### 4.1 Fahndung nach *Action Directe*

Nach der Amnestie vom Sommer 1981 wendeten sich einige Mitglieder und Sympathisanten von *Action Directe* vom Terrorismus ab. Unter der Führung von Jean-Marc Rouillan ging der harte Kern aber wieder in den Untergrund.<sup>385</sup> Die Gruppe spaltete sich in mehrere Fraktionen und isolierte sich von ihrem Umfeld in der autonomen Szene von Paris.<sup>386</sup> Neue Verbindungen wurden dagegen mit italienischen Linksterroristen aufgebaut, die sich 1981 nach Frankreich geflüchtet hatten.<sup>387</sup> Von 1982 bis 1984 beging *Action Directe* über 40 Banküberfälle, um das Leben im Untergrund zu finanzieren.<sup>388</sup> Die Mitglieder schreckten vor Mord nicht mehr zurück. So erschoss im Juni 1983 ein Kommando, das von einer Polizeistreife überrascht worden war, zwei Beamte und verletzte einen Dritten schwer.<sup>389</sup> Nach der Offensive vom Frühjahr und Sommer 1982 ging die Zahl der „politischen Aktionen“ zwar zunächst zurück, dennoch wurden weiter Anschläge verübt, unter anderem gegen die Parteizentrale des PS und das Verteidigungsministerium (beide im August 1983), den Waffenhersteller Pahard-Lavessor (Januar 1984) und den Pariser Sitz der Westeuropäischen Union (August 1984).<sup>390</sup>

Die Sicherheitsbehörden fahndeten seit dem Ministerratsbeschluss vom 18. August 1982, der *Action Directe* offiziell auflöste und eine Wiedergründung unter Strafe stellte, nach den Mitgliedern der Gruppe. Die „Jagd auf Action Directe“, so

<sup>385</sup> Rouillan war im Sommer 1982, kurz nach dem Anschlag in der Rue des Rosiers, festgenommen worden, musste nach zwei Tagen aber wieder freigelassen werden. Bis Ende des Jahres 1982 nahm er mehrfach Kontakt mit Sicherheitsbehörden und Staatsvertretern auf. Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* II, S. 44.

<sup>386</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 80 f.

<sup>387</sup> Dies waren hauptsächlich Mitglieder der Gruppierung *Comunisti Organizzati per la Liberazione Proletaria* (COLP). Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* II, S. 64.

<sup>388</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 80 f.

<sup>389</sup> Vgl. Berlière/Lévy, *Histoire de la police*, S. 341.

<sup>390</sup> Vgl. Chronologie bei Dartnell, *Action Directe*, S. 159.

der Titel der Memoiren eines Ermittlers des Inlandgeheimdienstes, wurde zu einer Priorität der Terrorismusbekämpfung.<sup>391</sup> Die Ermittlungen verliefen zunächst erfolgreich. Bis Ende des Jahres 1984 konnten die meisten wichtigen Mitglieder festgenommen werden. Insgesamt befanden sich zu diesem Zeitpunkt 23 Personen, die zur Organisation selbst oder deren Umfeld zählten, in Haft.<sup>392</sup> Jean-Marc Rouillan und Nathalie Ménigon entkamen den Fahndern mehrfach nur knapp. Im Februar 1984 entgingen sie in letzter Minute einer Festnahme in Paris, im März 1984 nahmen sie einen belgischen Polizisten als Geisel und erpressten sich so die Flucht.<sup>393</sup>

Trotz der Fahndungserfolge eskalierte in den Jahren 1985 und 1986 die Gewalt. Die wenigen Mitglieder, die sich einer Festnahme hatten entziehen können, traten nun mit spektakulären Mordanschlägen im Stil der italienischen Roten Brigaden und der RAF hervor. Als „internationaler Flügel“ von *Action Directe* hatten die Terroristen um Jean-Marc Rouillan Verbindungen mit italienischen Gruppen, den belgischen *Cellules Communistes Combattantes* (CCC) sowie der deutschen RAF aufgebaut.<sup>394</sup> Im Januar 1985 verkündeten *Action Directe* und RAF von nun an gemeinsam gegen die NATO und die deutsch-französische Zusammenarbeit vorzugehen.<sup>395</sup> Kurz nacheinander wurden im Januar und Februar 1985 der Verantwortliche für die internationalen Rüstungsbeziehungen im französischen Verteidigungsministerium René Audran und der Vorsitzende des Bundesverbands der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie Ernst Zimmermann ermordet.<sup>396</sup> Im Juni 1985 entging mit Henri Blandin ein weiterer hoher Beamter im französischen Verteidigungsministerium nur knapp einem Attentat. Im August desselben Jahres starben zwei Menschen bei einem gemeinsamen Anschlag von *Action Directe* und RAF auf den US-Luftwaffenstützpunkt Rhein-Main Air Base bei Frankfurt. Im April 1986 scheiterte ein Mordanschlag auf den Vizepräsidenten des französischen Arbeitgeberverbandes Guy Brana. Am 17. November erschoss *Action Directe* den Direktor der französischen Renault-Werke Georges Besse vor seinem Haus in Paris.<sup>397</sup>

<sup>391</sup> Vgl. Savoie, *La traque d'Action Directe*.

<sup>392</sup> Vgl. Berlière/Lévy, *Histoire de la police*, S. 341 f.

<sup>393</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 86.

<sup>394</sup> Vgl. u. a. Michael Dartnell, Alias „GBGPGS“. *Action Directe Internationale's Transition from Revolutionary Terrorism to Euro-Terrorism*, in: *Terrorism and Political Violence* 9/4 (1997), S. 33–57.

<sup>395</sup> Zum „Euroterrorismus“ der 1980er Jahre vgl. u. a. Christopher Daase, *Die RAF und der internationale Terrorismus. Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen*, in: Kraushaar, *Die RAF und der linke Terrorismus II*, S. 905–931.

<sup>396</sup> Vgl. *Le Figaro* vom 1.2.1985, „Affaire Audran: signé Action Directe. L'offensive terroriste franco-allemande se confirme“.

<sup>397</sup> Außerdem verübte der dem Lyoner Zweig von AD angehörende Max Frérot nach der Verhaftung seines Anführers André Olivier mehrere Morde und Mordversuche. Am 25.4.1986 tötete Frérot den Direktor von *Black & Decker* in Frankreich, Kenneth Marston. Im Juli 1986 verübte er einen Bombenanschlag auf eine Pariser Polizeistation, bei dem ein Polizist ums Leben kam. Außerdem scheiterten Anschläge auf den ehemaligen Justizminister Alain Peyrefitte und den Untersuchungsrichter Jean-Louis Bruguière. Frérot konnte am 27.11.1987

Ein im Dezember 1985 an die Öffentlichkeit gelangtes Strategiepapier des französischen Innenministeriums nannte zwei Gründe, warum die dezimierte und isolierte Gruppe noch immer aktiv sein konnte: Zum einen sei es nach den Festnahmen des Jahres 1984 nicht mehr gelungen, weitere Informanten einzuschleusen. Zum anderen hätten die Mitglieder eine ausgesprochene Professionalität für das Leben im Untergrund entwickelt.<sup>398</sup>

Die Mordserie der Jahre 1985/86 zog eine Verschärfung der präsidentialen Anti-Terrorismus-Politik nach sich. Mitterrand gab seinem Sicherheitsberater Ménage nun die lange verweigerte Freigabe für die Überwachung von Anwälten und Journalisten, die mit mutmaßlichen Terroristen in Verbindung standen.<sup>399</sup> Außerdem sprach sich der Präsident für eine verstärkte Zentralisierung der Justiz aus, die dem Vorbild von Untersuchungsrichter Jean-Louis Bruguière folgen sollte.<sup>400</sup> Bruguière, der sich seit 1982 auf Fälle politischer Gewalt spezialisiert hatte, leitete eine Reihe von Ermittlungen gegen Mitglieder von *Action Directe* und andere terroristische Gruppen.<sup>401</sup> Die Zentralisierung der Ermittlungen auf bestimmte Untersuchungsrichter gewann auch in der Öffentlichkeit an Zustimmung und wurde zu einem Vorbild für die Reformen der Regierung Chirac ab 1986.<sup>402</sup>

Mitterrand zeigte sich höchst beunruhigt über die Radikalisierung von *Action Directe*. Nach der Ermordung René Audrans am 25. Januar 1985 notierte Sonderberater Jacques Attali: „Kommentar des Präsidenten zum Terrorismus: ‚Die politische Hauptgefahr ist der Terrorismus. In Frankreich werden Züge und Gebäude in die Luft gesprengt. Action Directe bringt Menschen um.‘“<sup>403</sup> Am 4. Februar 1985 ließ Mitterrand eine Sitzung über den Stand der Terrorismusbekämpfung mit den Spitzen der Regierung einberufen. Premierminister Laurent Fabius, Innenminister Pierre Joxe und Verteidigungsminister Charles Hernu nahmen an der Besprechung teil.<sup>404</sup>

Bereits im Vorfeld der Sitzung hatte Mitterrand gegenüber dem Generaldirektor der Polizei Pierre Verbrugghe seine Absicht deutlich gemacht:

Ich will dieses Treffen mit dem Premierminister und den betroffenen Ministern nicht abhalten, um eine Beschreibung der derzeitigen Lage zu erhalten, sondern ich will ihnen meine Anweisungen geben. Wenn man Nathalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan findet, soll keine Rücksicht genommen werden. Das sind wildgewordene Hunde [„des chiens dévoyés“]. Es muss alles getan werden, um sie daran zu hindern, weiteren Schaden anzurichten, mit oder ohne Urteil. Wenn nötig, muss die französische Polizei sie in Belgien verfolgen. Wir senden ein Kommando dorthin und arrangieren uns mit den Belgiern im Nachhinein.<sup>405</sup>

festgenommen werden. Für eine Chronologie der Anschläge von *Action Directe* vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 147–165.

<sup>398</sup> Das Papier wurde abgedruckt in: *Libération* vom 19.12.1985, S. 15–18, „Action Directe: Le bilan du patron de l’anti-terrorisme“.

<sup>399</sup> Vgl. Ménage, *L’œil du pouvoir II*, S. 146.

<sup>400</sup> Vgl. ebenda, S. 147.

<sup>401</sup> Vgl. den Erfahrungsbericht: Bruguière, *Entretiens*, S. 275–296.

<sup>402</sup> Vgl. Berlière/Lévy, *Histoire de la police*, S. 342.

<sup>403</sup> Attali, *Verbatim I*, S. 1155.

<sup>404</sup> Vgl. die Auszüge des Sitzungsprotokolls bei Ménage, *L’œil du pouvoir II*, S. 151–155.

<sup>405</sup> Für den Abdruck von Verbrugghe’s Mitschriften vgl. ebenda, S. 150.

Zu Beginn der Sitzung am 4. Februar 1985 konfrontierte Mitterrand seine Minister zunächst mit einer scharfen Kritik an der bisherigen Arbeit der Sicherheitsbehörden:

Ich will mit Ihnen über den Terrorismus sprechen. [...] Die Einschätzung der derzeitigen Lage: tatsächliche oder keine Vergrößerung der terroristischen Bedrohung, interessiert mich nicht. [...] Meine Anweisungen lassen sich so zusammenfassen: Keine Rücksichtnahme! [„pas de quartier“].<sup>406</sup>

Daraufhin folgten Aussagen, die, wenn sie von den Ministern und nachgeordneten Behörden befolgt worden wären, eine Wiedereinführung des Staatsterrorismus aus der Zeit des Algerienkrieges bedeuteten hätten. Zu dem „aus Deutschland importierten Terrorismus“ (gemeint war wohl die Zusammenarbeit von *Action Directe* und RAF) äußerte sich der Präsident:

Die Sache ist klar. Das sind wilde Bestien, die töten. Die Polizeibehörden müssen die Anweisung erhalten, sie sofort zu erschießen, wenn sie sie zu fassen bekommen. [...] Die Polizei hat die ihr gegebenen Anweisungen auszuführen. Die Justiz muss der Politik folgen. [...] Die Terroristen stellen eine große politische Gefahr dar, sie haben eine destabilisierende Wirkung. Man muss sie ergreifen und umbringen. Sie sollen nicht den geringsten Zweifel an unserer Entschlossenheit haben.<sup>407</sup>

Danach erinnerte er an die Praxis der Terrorismusbekämpfung unter de Gaulle, der einen OAS-Anführer im Jahr 1965 aus der Bundesrepublik hatte entführen lassen: „Was die Entführung von Oberst Argoud angeht, so habe ich damals seine [de Gaulles] Methoden kritisiert, aber heute kann ich ihn verstehen.“<sup>408</sup> Außerdem forderte der Präsident, dass eine bessere Koordinierung zwischen den verschiedenen mit der Bekämpfung des Terrorismus betrauten Diensten und Behörden erfolgen müsse und ein Posten nach dem Vorbild des Generals Dalla Chiesa in Italien eingerichtet werden sollte, für dessen Besetzung er Kommissar Robert Broussard vorschlug.<sup>409</sup>

Die in ihrer Eindeutigkeit schockierenden Aussagen Mitterrands sind nur von einer einzigen Quelle (den Memoiren Gilles Ménages, der sich auf Dokumente in seinem Privatchiv stützt) überliefert worden. Sie können zudem im besten Fall als Wutausbruch interpretiert werden, der keine konkrete Handlungsanweisung darstellen sollte. Tatsächlich wurde offenbar lediglich die Beförderung Broussards zum Koordinator der Terrorismusbekämpfung im Innenministerium sofort umgesetzt.<sup>410</sup> Bei den Festnahmen der Mitglieder von *Action Directe* in den Jahren 1986 und 1987 wurden die verfassungsmäßigen Regeln eingehalten. Zu ungeklärten Todesfällen scheint es nicht gekommen zu sein.<sup>411</sup> Schenkt man den Aufzeichnungen Ménages Glauben, beweist das Treffen vom 4. Februar 1985 dennoch, dass

<sup>406</sup> Ebenda, S. 152.

<sup>407</sup> Ebenda, S. 153.

<sup>408</sup> Ebenda, S. 155.

<sup>409</sup> Vgl. ebenda, S. 156. Zur Mission von General Carlo Alberto Dalla Chiesa als Chef der italienischen Terrorismusbekämpfung vgl. Hof, Staat und Terrorismus in Italien, S. 242–249.

<sup>410</sup> Vgl. u. a. Le Figaro vom 7. 2. 1985, „Robert Broussard: mission difficile. Antiterrorisme: un 4<sup>e</sup> responsable en 4 ans“.

<sup>411</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 90.

François Mitterrand in hohem Maße dazu bereit war, die gesetzlichen Grenzen zu überschreiten, wenn er die Sicherheit des Staates gefährdet sah. Für diese Interpretation sprechen auch die bewiesenen Rechtsbrüche der Antiterrorzelle des Präsidentsamts, die auf Mitterrands direkte Anweisungen hin geschehen waren.

Die Strategie der konsequenten strafrechtlichen Verfolgung von *Action Directe* war trotz der Anschlagserie der Jahre 1985 und 1986 relativ erfolgreich. Von den im Januar 1988 wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagten 22 Personen befanden sich im März 1986 bereits 18 in Haft.<sup>412</sup> Die Festnahme der letzten vier Mitglieder der Pariser Gruppe im Februar 1987 erscheint in der Rückschau als logische Folge des von Präsident Mitterrand im Sommer 1982 eingeleiteten Kurses der Unnachgiebigkeit.

Die Charakteristika des linksrevolutionären Terrorismus der 1980er Jahre erleichterten den Erfolg. Die Basis von *Action Directe* lag in Frankreich, die Gruppe konnte daher innerhalb des Landes verfolgt werden. Außerdem waren die Linksterroristen anders als etwa der FLNC weitgehend isoliert – auf eine Unterstützungsbewegung und eine etwaige Solidarisierung der Bevölkerung musste keine Rücksicht genommen werden.<sup>413</sup> Die von der Gruppe um Jean-Marc Rouillan begangenen Morde an hohen Staatsvertretern stießen auch in Kreisen, die Anfang der 1980er Jahre noch mit *Action Directe* sympathisiert hatten, auf Ablehnung.<sup>414</sup> Inwieweit die Politik der Öffnung des Jahres 1981 zur Isolierung der Gruppe im linksradikalen Milieu beigetragen hat, lässt sich nur schwer beurteilen. Die Radikalisierung einiger der 1981 amnestierten Terroristen bildete jedoch eine schwere politische Hypothek für die Sozialisten. Die konservative Opposition präsentierte die auch von Justizminister Badinter retrospektiv als Fehler bewertete Amnestie im Wahlkampf als Beweis für die Nachsichtigkeit und „heimliche Sympathie“ der Linken gegenüber dem Terrorismus.<sup>415</sup>

## 4.2 Rückkehr der Staatsmacht auf Korsika

Am 5. Januar 1983 beschloss der Ministerrat unter Vorsitz Mitterrands zwei Maßnahmen, die „Fragen der öffentlichen Ordnung auf Korsika“ betrafen: erstens ein Verbot des FLNC,<sup>416</sup> und zweitens die Entsendung des bekannten Polizei-Einsatzleiters Robert Broussard als „Kommissar der Republik für Fragen der Polizei“ auf die Insel.<sup>417</sup> Sonderberater Jacques Attali gab eine Stellungnahme zu den Entscheidungen ab, die zunächst die positiven Folgen der Korsika-Politik seit 1981

<sup>412</sup> Vgl. Ménage, *Loeil du pouvoir* II, S. 159.

<sup>413</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 91.

<sup>414</sup> Vgl. Requate/Zessin, *Comment sortir du ‚terrorisme‘*, S. 440.

<sup>415</sup> Vgl. Cassia, *Badinter*, S. 340.

<sup>416</sup> Ihre „militärische Organisationsform, die terroristischen Aktionen, zu denen sie sich bekannt hat, sowie das von ihr verfolgte Ziel, das einen Angriff auf die Einheit des nationalen Territoriums darstellt“, erforderten, so die Begründung der Regierung, ein Verbot nach dem Gesetz vom Januar 1936 über Kampftruppen und private Milizen. Vgl. Archives Nationales, 15 AG CM 175, 5.1.1983.

<sup>417</sup> Vgl. ebenda.

hervorhob. So habe die Einrichtung einer eigenen Regionalversammlung den Korsen das Recht verschafft, über „alle wichtigen Fragen des täglichen Lebens“ selbst zu entscheiden. Dem französischen Staat obliege es, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu garantieren. All jenen, die versuchten, „die über zweihundert Jahre währende Einheit der Nation“ zu zerstören, werde deutlich gemacht, dass sie mit „einer strikten Anwendung der Gesetze der Republik“ zu rechnen hätten.<sup>418</sup>

Der Versuch Attalis, eine Kontinuität zur Politik der Öffnung des Vorjahres herzustellen, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beschlüsse des Ministerrates einen klaren Kurswechsel darstellten. Anders als im Umgang mit *Action Directe* und dem internationalen Terrorismus hatte die Regierung im Sommer 1982 zunächst gezögert, auch auf Korsika ihre Politik zu ändern. Obwohl die Insel von einer Vielzahl nächtlicher Anschlagserien erschüttert wurde und der FLNC den ein Jahr zuvor erklärten Waffenstillstand mit der Regierung offiziell aufgekündigt hatte, erklärte Innenminister Defferre noch im August 1982, er wolle in einen „ständigen Dialog“ mit den Separatisten eintreten.<sup>419</sup> Auch der FLNC hielt die Möglichkeit einer „politischen Lösung“ zunächst weiter offen.<sup>420</sup>

In der zweiten Jahreshälfte wurde aber deutlich, dass die Politik der Öffnung die Gewaltbereitschaft auf der Insel kaum beeinflusst hatte. Über 800 Anschläge – im Schnitt etwa 2,5 pro Tag – wurden im Jahr 1982 auf Korsika verübt.<sup>421</sup> Kurz vor dem Jahreswechsel kam es erneut zu Todesopfern.<sup>422</sup>

Die Entsendung Robert Broussards als bevollmächtigtem Sondergesandten leitete symbolisch die Politik der Repression auch auf Korsika ein. Ähnlich wie der Chef der Antiterrorzelle Christian Prouteau hatte sich Broussard als erfahrener Kommandant einer Spezialtruppe der Polizei einen Namen gemacht und war bei den Fahndungen nach Jacques Mesrine, dem legendären Kriminellen und Gefängnisausbrecher der 1970er Jahre, einem größeren Publikum bekannt geworden.<sup>423</sup>

Broussard erhielt den Auftrag, mit polizeilichen Mitteln, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Eine erneute Eskalation von Repression und terroristischer Gewalt sollte aber unbedingt vermieden werden. So schreibt Broussard in seinen Memoiren:

Wir waren nicht da, um einen Krieg zu führen, sondern um den öffentlichen Frieden wiederherzustellen [...] Es stand zum Beispiel außer Frage, größere Razzien im nationalistischen Milieu durchzuführen [...] Es ging darum ein Gleichgewicht zwischen Repression und Dialog zu finden, die Separatisten sollten wegen ihrer Gewalt, nicht wegen ihrer Ideen verfolgt werden.<sup>424</sup>

<sup>418</sup> Ebenda.

<sup>419</sup> Vgl. *Le Monde* vom 10. 8. 1982, S. 8, „Les autonomistes“.

<sup>420</sup> Vgl. Lefèvre, *Géopolitique de la Corse*, S. 42.

<sup>421</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 218.

<sup>422</sup> Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir II*, S. 192.

<sup>423</sup> Vgl. *Libération* vom 23. 1. 1997, „Robert Broussard, superflic, tombeur de Mesrine et cowboy sexagénaire [...]“.

<sup>424</sup> Broussard, *Mémoires*, Paris, S. 473.

Broussard gelang es innerhalb kurzer Zeit, die Sicherheitslage auf der Insel zu verbessern. Polizei und Gendarmerie wurden verstärkt.<sup>425</sup> Mittels großangelegter Sicherheitsvorkehrungen in den Städten und polizeilichen Ermittlungserfolgen konnte die Zahl der Anschläge deutlich gesenkt werden.<sup>426</sup> Bereits nach wenigen Monaten befanden sich etwa 50 mutmaßliche Mitglieder des FLNC in Haft.<sup>427</sup> Als François Mitterrand im Juni 1983 die Insel besuchte, schien die Lage weitgehend beruhigt. Der Präsident kündigte zudem Maßnahmen an, die helfen sollten, die Infrastruktur auf der Insel und die soziale und ökonomische Situation der Korsen zu verbessern.<sup>428</sup>

Aber wenige Wochen später verfiel Korsika erneut in einen Eskalationszyklus. Der FLNC warf der Regierung vor, lokale Kriminelle für den Mord an dem bekannten Nationalisten Guy Orsoni bezahlt zu haben. Der FLNC „rächte“ sich mit der Ermordung des stellvertretenden Präfekten Jean-Pierre Massimi und einem spektakulären Einbruch in ein Gefängnis, bei dem zwei Häftlinge erschossen wurden, die man der Entführung Orsonis verdächtigte.<sup>429</sup> Zudem verübten die Separatisten nun wieder Anschläge auf dem französischen Festland. Damit schien Korsika in der zweiten Jahreshälfte 1983 erneut in die „Normalität“ der 1970er Jahre zu verfallen. Die politische Gewalt etablierte sich wieder dauerhaft auf der Insel.<sup>430</sup>

Die Bilanz der zweiten Phase der sozialistischen Anti-Terrorismus-Politik auf Korsika fiel gemischt aus. Broussard konnte eine Reihe von FLNC-Mitgliedern festnehmen (Anfang 1986 befanden sich etwa 60 Aktivisten in Haft). Und die Zahl der Anschläge auf der Insel sank deutlich: Im Jahr 1983 zählte das Innenministerium 591 Anschläge, im Jahr 1984 nur noch 468 (1985: 262; 1986: 571).<sup>431</sup> Eine strukturelle Verbesserung wurde mit den Polizeieinsätzen aber nicht erzielt. Ein strategischer Gewinn ergab sich lediglich aus der beginnenden Kriminalisierung der korsischen Autonomiebewegung. Teile des FLNC entwickelten mafiöse Strukturen und untergruben damit die politische Glaubwürdigkeit der Organisation. Die Regierung nutzte diese Entwicklung, indem sie die Verbindungen zwischen Terroristen und dem „Milieu“ öffentlichkeitswirksam aufdeckte.<sup>432</sup> Zugleich wurde aber die Möglichkeit einer politischen Lösung des „korsischen Problems“ nie ganz aufgegeben. Im Februar 1985 wurde der inzwischen zum Präfekten beförderte Robert Broussard wieder nach Paris zurückbeordert, wo er die Koordination der Terrorismusbekämpfung im Innenministerium übernahm.<sup>433</sup>

<sup>425</sup> Vgl. ebenda, S. 475–478.

<sup>426</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* II, S. 205.

<sup>427</sup> Vgl. *Le Monde* vom 13. 6. 1983, „Le F. L. N. C. dans les cordes“.

<sup>428</sup> Vgl. Archives Nationales, 15 AG CM 175, 27. 7. 1983.

<sup>429</sup> Zum Verlauf der „affaire Orsoni“ vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* II, S. 233–297.

<sup>430</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 211.

<sup>431</sup> Vgl. ebenda, S. 318.

<sup>432</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 211.

<sup>433</sup> Vgl. Archives Nationales, 15 AG CM 175, 6. 2. 1985. Vgl. auch: *Le Figaro* vom 7. 2. 1985, „Corse: un bilan ambigu. Deux ans d'activité dans l'île n'ont pas permis au préfet Broussard de mettre fin aux exactions du F. L. N. C.“.

### 4.3 Internationaler Terrorismus – Kein Ende der *sanctuary doctrine*?

Während die Reaktion auf politische Gewalt innerhalb Frankreichs bisher kaum das Interesse der Forschung geweckt hat, sind zum Umgang des französischen Staates mit dem internationalen Terrorismus eine Reihe politikwissenschaftlicher Aufsätze publiziert worden. Im Zentrum der Untersuchungen steht die Frage, ob die in den 1970er Jahren angewandte *sanctuary doctrine* während der 1980er Jahre beibehalten wurde, oder ob, wie von der französischen Regierung angekündigt, nunmehr unnachgiebig gegen internationale Terroristen vorgegangen wurde.<sup>434</sup>

Anders als etwa für Korsika hatte die Sozialistische Partei im Jahr 1981 kein Programm für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus vorgelegt. Die Doktrin der absoluten Rechtsstaatlichkeit erstreckte sich aber prinzipiell auch auf die Aktionen ausländischer Gruppen: Jeder terroristische Anschlag hatte als Straftat zu gelten und war daher nach dem normalen Strafrecht von der Justiz zu beurteilen. In eine ähnliche Richtung ging die Aussage von Innenminister Defferre, der im August 1982 in einem Interview auf die Praxis der 1970er Jahre anspielte: „Unter Präsident Giscard d’Estaing wurden Personen in Polizeigewahrsam genommen, verhaftet und kurz darauf wieder entlassen. Heute machen wir so etwas nicht mehr.“<sup>435</sup> In seiner Fernsehansprache vom August 1982 bekräftigte François Mitterrand das Prinzip, wonach es zu heimlichen Absprachen oder gar einem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen von Terroristen in Zukunft nicht mehr kommen würde.<sup>436</sup>

Bereits 1994 bemerkte der Politikwissenschaftler Michael Harrison, dass die offiziell vertretene Politik der Unnachgiebigkeit im Frankreich der 1980er Jahre nicht mit der eigentlichen Strategie der Terrorismusbekämpfung übereinstimmte:

The official position of the French government has always been that – as a matter of policy and principle – it does not negotiate directly with terrorists and does not make concessions to them. The evidence [...] suggests that the norm was the exact opposite of the official position: That negotiations with international terrorists played a major role in French counter-terrorism policy.<sup>437</sup>

Die französischen Regierungen verzichteten in den 1980er Jahren keineswegs auf Verhandlungen und Zugeständnisse, um Frankreich und französische Interessen im Ausland vor Anschlägen internationaler Terroristen zu schützen. Allerdings hatte sich seit den 1970er Jahren der Terrorismus gewandelt. Zum einen war innerhalb der palästinensischen Bewegung eine Vielzahl kleiner und miteinander konkurrierender Gruppierungen entstanden, sodass eine Abstimmung mit der von Arafat geleiteten PLO-Führung nicht mehr ausreichte. Zum anderen wurde

<sup>434</sup> Vgl. u. a. Harrison, *France and International Terrorism*; Shapiro/Suzan, *The French Experience of Counter-Terrorism*; Gregory, *France and the War on Terrorism*.

<sup>435</sup> Zitiert nach: Wieviorka, *French Politics and Strategy on Terrorism*, S. 69.

<sup>436</sup> Vgl. Institut François Mitterrand, *Discours F. Mitterrand 1981–1988*, interview accordé par M. François Mitterrand, Président de la République française, au journal télévisé de T.F.I, Mardi 17 août 1982.

<sup>437</sup> Harrison, *France and International Terrorism*, S. 116.

Frankreich nun selbst zum Ziel der Anschläge von terroristischen Organisationen und – aufgrund seiner aktiven Rolle im Nahen Osten – auch für Staaten, die solche Terrorgruppen anheuerteten und unterstützten. Shapiro/Suzan haben daher argumentiert, die französische *sanctuary doctrine*, die eine Neutralisierung des französischen Gebietes erreichen wollte, sei in den 1980er Jahren durch eine noch weitergehende „Politik des Entgegenkommens“ gegenüber Terroristen und ihren staatlichen Sponsoren ersetzt worden.<sup>438</sup>

Sowohl die Analysen von Harrison als auch die von Shapiro/Suzan bedürfen einer Differenzierung. Frankreich verfolgte im Umgang mit internationalen Terroristen eine Strategie der Konfliktvermeidung – angesichts des erhöhten Bedrohungsniveaus mag die Verhandlungsbereitschaft im Vergleich zu den 1970er Jahren dabei sogar gestiegen sein. Zugleich wurde aber immer dann ein Kurs der Unnachgiebigkeit verfolgt, wenn Informationen an die Öffentlichkeit gelangten, die geheime Absprachen unmöglich machten.<sup>439</sup> Denn nicht nur die Natur der terroristischen Bedrohung hatte sich gewandelt, mit ihr hatte sich auch die Sensibilität der Franzosen für Fragen der Sicherheit verändert.

Ein sprechendes Beispiel für die neue Situation bildete im Frühjahr 1982 der Versuch von Carlos, seine Mitkämpfer Magdalena Kopp und Bruno Bréguet aus französischer Haft freizupressen. Die beiden waren im Februar 1982 in Paris mit mehreren Kilogramm Sprengstoff festgenommen worden.<sup>440</sup> Daraufhin schrieb Carlos einen Brief an Innenminister Defferre, in dem er die Freilassung von Kopp und Bréguet innerhalb von 30 Tagen forderte:

Wir sehen uns nicht im Krieg gegen das sozialistische Frankreich, und ich bitte Sie uns nicht zu zwingen, dies zu ändern. Ich versichere Ihnen, dass dieser Brief von uns nicht als Geheimnis betrachtet wird. Wir haben dennoch kein Interesse daran, dass sein Inhalt öffentlich bekannt wird. Wir hoffen, dass die Angelegenheit bald ein glückliches Ende nehmen wird.<sup>441</sup>

Carlos hatte mit einer ähnlichen Vorgehensweise schon einmal Erfolg gehabt, als er im Jahr 1974 half, den japanischen Terroristen Yutaka Furuya zu befreien.<sup>442</sup> Aber diesmal gelangte der Erpressungsversuch an die Öffentlichkeit. Am 5. März druckte die Tageszeitung *France-Soir* den Brief von Carlos vollständig ab.<sup>443</sup> Die Regierung zeigte sich daraufhin entschlossen, ihre Unnachgiebigkeit zu demonstrieren.<sup>444</sup> Carlos machte seine Drohung wahr: Einen Tag vor Ablauf des Ultimatums explodierte am 29. März 1982 eine Bombe in einem Schnellzug von Paris

<sup>438</sup> Vgl. Shapiro/Suzan, *The French Experience of Counter-Terrorism*, S. 74.

<sup>439</sup> Am nächsten kommt dieser Analyse Wieviorka, der von einer „compromised sanctuary doctrine“ spricht: „[...] because of leaks to the press, public opinion no longer supported the attitude of a government proclaiming loud and clear its determination to pursue a tough policy while letting terrorists escape or discreetly deporting them.“ Wieviorka, *French Politics and Strategy on Terrorism*, S. 69.

<sup>440</sup> Vgl. den Bericht von Magdalena Kopp, *Die Terrorjahre. Mein Leben an der Seite von Carlos*, München 2007.

<sup>441</sup> Vgl. *France-Soir* vom 5. 3. 1982, S. 1, „Carlos menace Defferre“.

<sup>442</sup> Vgl. Dahlke, *Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus*, S. 368–373.

<sup>443</sup> Vgl. *France-Soir* vom 5. 3. 1982, S. 1, „Carlos menace Defferre“.

<sup>444</sup> Vgl. Badinter, *Les épines et les roses*, S. 81.

nach Toulouse und tötete fünf Passagiere. Am 22. April 1982 starb bei einem Anschlag in der Rue Marbeuf eine Frau, über 60 Personen wurden verletzt. Auch die tödlichen Anschläge am Hauptbahnhof von Marseille in der Silvesternacht 1983/84 werden Carlos zugerechnet.<sup>445</sup> Dennoch ließen sich die Behörden nicht mehr auf einen Handel mit der Terrorgruppe ein. Kopp und Bréguet wurden im Mai 1982 zu mehreren Jahren Haft verurteilt.<sup>446</sup>

### Die Zerschlagung von ASALA

Als ersten großen Erfolg der von Mitterrand im August 1982 ausgerufenen harten Linie präsentierten die französischen Behörden die Zerschlagung der „Armenischen Geheimarmee zu Befreiung Armeniens“ (ASALA) in Frankreich. Am 18. Juli 1983 wurden über 40 armenischstämmige Personen festgenommen, die verdächtigt wurden, zum Netzwerk von ASALA zu gehören.<sup>447</sup> Drei Tage zuvor, am 15. Juli 1983, war eine Bombe am Schalter der *Turkish Airlines* auf dem Pariser Flughafen Orly explodiert. Acht Menschen starben, 55 wurden verletzt. Es war der schwerste Terroranschlag in Frankreich seit dem Ende des Algerienkrieges.<sup>448</sup> Am 20. Juli gestand einer der Verhafteten, Varoujan Garabedian, den Anschlag geplant und durchgeführt zu haben.<sup>449</sup>

Der Anschlag von Orly und die anschließende Razzia der französischen Polizei besiegelten das Ende von ASALA.<sup>450</sup> Der grausame Terroranschlag provozierte die Entsolidarisierung der armenischen Diaspora, innerhalb der Gruppe spaltete sich ein moderater Flügel ab, der den „wahllosen Terrorismus“ verurteilte.<sup>451</sup> Mit Garabedian wurde der Chef des militärischen Arms von ASALA in Frankreich im Februar 1985 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, zwei Mittäter erhielten langjährige Gefängnisstrafen.<sup>452</sup> Weitere fünf Personen wurden wegen der Unterstützung der Anschlagsvorbereitungen verurteilt.<sup>453</sup> Eine Reihe von Verdächtigen wurde abgeschoben.<sup>454</sup>

Die DST hatte die Gruppe schon seit Monaten beobachtet und verfügte am Tag des Anschlags über ein detailliertes Organigramm von ASALA in Frankreich. So konnte zwar das Attentat selbst nicht verhindert werden, aber kurz darauf ein

<sup>445</sup> Im Dezember 2011 verurteilte ein Pariser Gericht Carlos zu lebenslanger Haft wegen der Anschläge im Schnellzug „Le Capitole“, in der Rue Marbeuf und am Hauptbahnhof von Marseille in den Jahren 1982/83. Vgl. *Libération* vom 16.12.2011, „Condamné à la perpétuité, Carlos va faire appel“.

<sup>446</sup> Vgl. *Der Spiegel* vom 26.4.1982, „Alter Kunde. Zwei ‚Carlos‘-Komplizen standen in Paris vor Gericht. Immer mehr wird auch Frankreich Aktionsziel des Terrorismus“.

<sup>447</sup> Vgl. *Le Monde* vom 19.7.1983, S.1/9, „Quarante Arméniens interpellés à Paris“.

<sup>448</sup> Vgl. *Le Matin* vom 16.7.1983, „Orly, 14h11: Une formidable déflagration“.

<sup>449</sup> Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir III*, S.143.

<sup>450</sup> Vgl. Gaïdz Minassian, *Guerre et terrorisme arméniens, 1972–1998*, Paris 2002, S.84–113.

<sup>451</sup> Vgl. ebenda, S.90.

<sup>452</sup> Vgl. *Le Point* vom 13.3.1985, „Asala: le procès du carnage“; *Le Figaro* vom 5.3.1985, „Terrorisme arméniens: la France en alerte“.

<sup>453</sup> Vgl. *Le Point* vom 3.12.1984, „Arméniens: l'alarme“.

<sup>454</sup> Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir III*, S.153–156.

entscheidender Schlag gegen die Gruppe geführt werden.<sup>455</sup> Mit der Festnahme endete eine Phase der Verhandlungen und Zugeständnisse, mit denen die sozialistische Regierung seit 1981 versucht hatte, die armenischen Terroristen von Anschlägen in Frankreich abzuhalten. Die 1975 in Beirut gegründete ASALA, deren erklärtes Ziel die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern sowie die „Befreiung der armenischen Gebiete“ in der Türkei war, hatte in den 1970er Jahren bereits hunderte Anschläge gegen türkische Ziele in der ganzen Welt verübt. Eines ihrer ersten Attentate galt 1975 dem türkischen Botschafter in Paris. 1979, 1980 und 1981 folgten weitere Angriffe auf türkische Diplomaten in Frankreich.<sup>456</sup>

Frankreich, das eine der größten armenischen Diaspora-Gemeinschaften (ca. 350 000) beherbergte und sich traditionell als Schutzmacht der Armenier verstand, hatte deren politische Gewalt lange Zeit mit Nachsicht behandelt. In der französischen Linken wurden die Armenier ähnlich wie die Basken der ETA oder südamerikanische Widerstandsgruppen als Freiheitskämpfer verstanden. Nach dem Machtwechsel bekräftigten führende sozialistische Politiker ihre Solidarität mit den politischen Zielen der Armenier. Innenminister Gaston Defferre erklärte:

Frankreich wird Euch dabei unterstützen, Eurer Sache [der internationalen Anerkennung des Genozids] zum Erfolg zu verhelfen. Aber Ihr müsst verstehen, dass die französischen Behörden und die französische Regierung es nicht akzeptieren können, dass Gewalt angewendet wird, selbst für eine so edle Sache wie die Eure.<sup>457</sup>

Nach einer Geiselnahme im türkischen Generalkonsulat in Paris im September 1981 soll es zwischen ASALA und der Regierung zu einem Abkommen gekommen sein, das weitere „Zwischenfälle“ auf französischem Boden verhindern sollte.<sup>458</sup> Am 19. Januar 1982 erklärte die Gruppe einen Waffenstillstand.<sup>459</sup> Das geheime Abkommen wurde im August 1982 gebrochen, als ASALA mit Bombenanschlägen in Beirut und Paris die Freilassung ihres Anführers Monte Melkonian erpresste, der im November 1981 bei der Einreise nach Frankreich festgenommen worden war.<sup>460</sup> Melkonian durfte im Dezember 1982 ausreisen.<sup>461</sup>

Nachdem ASALA bereits im Januar und Februar 1983 mehrere Sprengstoffanschläge gegen türkische Ziele verübt hatte, beendeten das Bombenattentat von Orly und die anschließenden Festnahmen endgültig die Phase der Verständi-

<sup>455</sup> Zum Verlauf der Ermittlungen vgl. den Bericht von DST-Chef Bonnet, *Contre-espionnage*, S. 283–305.

<sup>456</sup> Vgl. Minassian, *Guerre et terrorisme arméniens*, S. 84–113. Vgl. auch Francis P. Hyland, *Armenian Terrorism. The Past, the Present, the Prospects*, Boulder, Co. 1991.

<sup>457</sup> Zitiert nach: *Le Matin* vom 16. 7. 1983, „La France et les terroristes arméniens. Du contentieux à la rupture“.

<sup>458</sup> ASALA berief sich in der Folge auf dieses „Abkommen“, das mit Unterhändlern des Premierministers geschlossen worden sein soll. Die französische Regierung gab keine Stellungnahme ab. Vgl. *Libération* vom 17. 7. 1983, „La fin de la ‚compréhension‘ française“.

<sup>459</sup> Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir III*, S. 132.

<sup>460</sup> Vgl. Joseph E. Vorbach, Monte Melkonian: Armenian Revolutionary Leader, in: *Terrorism and Political Violence* 6/2 (1994), S. 178–195, hier S. 182.

<sup>461</sup> Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir III*, S. 79.

gung.<sup>462</sup> Im Umgang mit ASALA kann daher tatsächlich von einem Strategiewechsel hin zu einer neuen Unnachgiebigkeit gesprochen werden. Allerdings erfolgte dieser erst im Sommer 1983 und muss in den Augen der französischen Sicherheitspolitiker als geradezu alternativlos erschienen sein: Der grausame Anschlag von Orly empörte die französische Öffentlichkeit, zudem hatte die DST das Netzwerk von ASALA in Frankreich bereits fast vollständig aufgedeckt. Anders als nach den meisten Anschlägen internationaler Terroristen befanden sich die Attentäter noch im Land. Und schließlich war die Organisation durch interne Spaltungen sowie den Verlust ihrer Basis in Beirut nach dem Einmarsch der israelischen Truppen stark geschwächt. Nach 1983 war ASALA nicht mehr in der Lage, größere Aktionen durchzuführen.<sup>463</sup>

### Verhandlungen mit Abu Nidal

Das stärkste Indiz für die These, dass Frankreich auch nach dem Kurswechsel Mitterrands im August 1982 an den Prinzipien der *sanctuary doctrine* festhielt, liefern die geheimen Verhandlungen und Abmachungen mit der Abu-Nidal-Organisation (auch: Fatah-Revolutionratsrat), jener Gruppe, die mit dem mörderischen Anschlag in der Rue des Rosiers am 9. August 1982 die Neuausrichtung der französischen Anti-Terrorismus-Politik ausgelöst hatte.

Im Herbst 1982 reiste ein Sonderbeauftragter des Präsidialamts nach Bagdad, um bei den irakischen Behörden zu erreichen, dass Abu Nidal in Zukunft Angriffe auf Frankreich einstelle.<sup>464</sup> Nach den Berichten der beteiligten Unterhändler war die Mission erfolgreich: Die irakische Regierung, die im Krieg gegen den Iran Frankreichs Hilfe benötigte, brachte die von ihr protegierte Gruppe dazu, einem „Waffenstillstand“ zuzustimmen.<sup>465</sup> Im November 1983 ließ Saddam Hussein auf Druck der Westmächte den Stützpunkt Abu Nidals im Irak auflösen. Die Gruppe ging daraufhin nach Syrien.<sup>466</sup> Als Beweis dafür, dass sich Abu Nidal an die Abmachung hielt, galt das Attentat auf den PLO-Diplomaten Issam Sartawi in Lissabon am 10. März 1983. Sartawi lebte in Paris. Für seine Ermordung war die Reise nach Portugal abgewartet worden.<sup>467</sup>

Diese indirekten Absprachen wurden durch direkte Verhandlungen ergänzt und mündeten 1984/85 in einem geheimen Deal zwischen Frankreich und Abu Nidal. Im Sommer 1983 erhielt die DST aus Österreich die Information, dass Abu Nidal, der bereits mit den österreichischen Behörden in Verbindung stehe, in

<sup>462</sup> Zu den Anschlagversuchen des Jahres 1983 vgl. Libération vom 17.7.1983, „Les précédents attentats anti-turcs“.

<sup>463</sup> Zur Vertreibung von ASALA aus Beirut vgl. Minassian, Guerre et terrorisme arméniens, S. 78 f.

<sup>464</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, La décennie Mitterrand I, S. 307. Es handelte sich um den General Philippe Rondot, der ab 1984 für die DST arbeitete. Vgl. Ménage, L'œil du pouvoir III, S. 240.

<sup>465</sup> Vgl. ebenda.

<sup>466</sup> Vgl. Seale, Abu Nidal, S. 155 f.

<sup>467</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, La décennie Mitterrand I, S. 308.

Verhandlungen mit Frankreich treten wolle.<sup>468</sup> Staatssekretär Joseph Franceschi reiste daraufhin in Begleitung von DST-Direktor Yves Bonnet nach Wien.<sup>469</sup> Ein Jahr später, im Juli 1984, kontaktierten zwei Emissäre erneut den französischen Geheimdienst und schlugen eine konkrete Abmachung vor: Frankreich sollte in Zukunft von terroristischen Aktionen verschont bleiben. Dafür forderte die Gruppe, sich auf französischem Gebiet frei bewegen zu können, die Einrichtung einer „ständigen Vertretung“ in Paris sowie die Freilassung von zwei Mitgliedern, die 1978 den PLO-Vertreter in Frankreich Ezzedine Kalak ermordet hatten.<sup>470</sup>

Im September 1984 präsentierte Sicherheitsberater Ménage in einem Arbeitspapier Präsident Mitterrand die Vorteile und Gefahren eines solchen Projektes. Das größte Problem sei die unbedingte Notwendigkeit, die Verhandlungen vor der Öffentlichkeit geheim zu halten:

[Die Aktion] stellt ein Risiko dar, sowohl außenpolitisch [...] als auch innenpolitisch: der Fatah-Revolutionratsrat ist eine Vereinigung von Terroristen, die in Europa Menschen umgebracht haben, nicht zuletzt in Frankreich [...] Die Vertreter des Fatah-Revolutionrates haben sich bereit erklärt, keine gewalttätigen Aktionen mehr auf französischem Territorium zu verüben. Ein solcher Vertrag wurde auf ähnliche Weise bereits mit der österreichischen Regierung geschlossen und ist in den letzten Jahren auch eingehalten worden. Außerdem könnte sich eine solche Verbindung im Falle einer Krise oder eines schlimmen Ereignisses als nützlich erweisen, sei es nur, um die Ermittlungen zu erleichtern [...] Dies ist umso wichtiger, als wir im extremistischen Milieu des Nahen Ostens über sehr wenige Verbindungen verfügen. [...] Es handelt sich um eine schwierige Aufgabe für die Beamten der DST, aber sie kann sehr nützlich werden. Nach dem jetzigen Stand scheint es, als ob die getroffenen technischen Vorkehrungen es erlauben, [die Verhandlungen] mit Vorsicht fortzuführen.<sup>471</sup>

Mitterrand erteilte seine prinzipielle Zustimmung. Sollten die Kontakte publik werden, würde der Élysée-Palast aber jede Beteiligung abstreiten.<sup>472</sup> In den folgenden Monaten zeigte sich, dass Abu Nidal gewillt war, sich an die von ihm vorgeschlagenen Bedingungen zu halten. Während die Gruppe im Rest Europas weiter tödliche Anschläge beging – darunter die Angriffe auf Check-in-Schalter der israelischen Fluglinie El-Al in Rom und Wien am 27. Dezember 1985, bei denen 19 Menschen starben –, blieb Frankreich von Anschlägen verschont.<sup>473</sup>

Auf den zunehmenden Druck Abu Nidals, der unter anderem in einem Interview im deutschen Wochenmagazin *Der Spiegel* mit neuen Aktionen gegen Frankreich drohte, wurden im Herbst 1985 Vorbereitungen für die Entlassung und Abschiebung der beiden Mörder von Ezzedine Kalak getroffen.<sup>474</sup> Die zu Haftstrafen von jeweils 15 Jahren verurteilten Attentäter profitierten von einem Straferlass. Justizminister Robert Badinter, der aus diesem Grund über das Verfahren informiert werden musste, versuchte den Handel mit den Terroristen ab-

<sup>468</sup> Zu den Verhandlungen Österreichs mit der Abu-Nidal-Gruppe vgl. Riegler, *Im Fadenkreuz*, S. 279–342.

<sup>469</sup> Vgl. den ausführlichen Bericht bei Bonnet, *Contre-espionnage*, S. 346–351.

<sup>470</sup> Vgl. ebenda, S. 349.

<sup>471</sup> Schreiben vom 14. 9. 1984, abgedruckt in: Ménage, *L'œil du pouvoir* III, S. 306.

<sup>472</sup> Vgl. Bonnet, *Contre-espionnage*, S. 349.

<sup>473</sup> Vgl. *Le Monde* vom 1. I. 1986, S. 3, „Les répercussions des attentats contre El Al“.

<sup>474</sup> Vgl. *Der Spiegel* vom 14. 10. 1985, S. 188 „Wir werden den grossen Brand entfachen“.

zuwenden. In einem persönlichen Brief an Mitterrand schrieb er am 23. Oktober 1985:

[...] Ich bin gegen diese Freilassung, aus vier Gründen: 1. Es handelt sich um Terroristen, die Blut an ihren Händen haben und die zur extremistischen Fraktion der Palästinenser gehören. Indem wir sie freilassen, helfen wir ihnen, wieder aktiv zu werden. 2. Ihre Freilassung zum jetzigen Zeitpunkt stünde im Gegensatz zur Politik der Unnachgiebigkeit von Reagan gegen palästinensische Terroristen [...] Es wird eine heftige Kampagne zum Thema „die französische Regierung ist noch immer nachgiebig und schwach gegenüber Terroristen“ geben [...] 3. Vor allem möchte ich die Verhandlungsbedingungen umdrehen: Zuerst sollen [die Terroristen] beweisen, dass sie glaubwürdig sind – erst dann werden wir unsere Häftlinge freilassen. 4. Schließlich, auf einer moralischen Ebene, empört mich die Vorstellung, dass diese Mörder mit nur sieben Jahren davonkommen sollen. Nur, um woanders wieder anzufangen!<sup>475</sup>

Dagegen setzten sich Gilles Ménage, der neue Direktor der DST Rémy Pautrat sowie Innenminister Pierre Joxe für die Einhaltung der Abmachung und Freilassung der inhaftierten Terroristen ein.<sup>476</sup> Die Entscheidung Mitterrands war ein erneuter Beweis für die isolierte Position Badinters in Fragen der Terrorismuskämpfung: Am 4. Februar 1986 wurden die Mörder von Ezzedine Kalak entlassen. Sie reisten umgehend nach Syrien aus. Erst Ende Februar erfuhr die Presse von der Freilassung. Die Regierung enthielt sich jeder offiziellen Stellungnahme.<sup>477</sup>

### Gefangenenaustausch mit den FARL

Wie stark die französische Strategie der Konfliktvermeidung von einer erfolgreichen Geheimhaltung abhing, zeigte sich erneut während des sogenannten Fall Abdallah. Im Oktober 1984 meldete sich unter dem Namen Abdelkaader Saadi ein Mann bei der Lyoner Polizei und bat um den Schutz der Behörden, da er vom israelischen Geheimdienst verfolgt werde. Tatsächlich wurde Saadi nicht vom Mossad, sondern von der französischen DST beschattet, weil diese in ihm Georges Ibrahim Abdallah, den Chef der libanesischen Terrorgruppe FARL, vermutete.<sup>478</sup> Die FARL hatten 1982 unter anderem den amerikanischen stellvertretenden Militärattaché Charles Ray und den israelischen Mossad-Agenten Yaakov Barsimentov umgebracht. Der Verdacht der Beamten bestätigte sich, und Abdallah wurde in Haft genommen.<sup>479</sup>

Die FARL, deren Herkunfts- und Rückzugsgebiet in der Region Kobayat im Nord-Libanon lag, antworteten am 23. März 1985 mit der Entführung des Direktors des französischen Kulturzentrums von Tripoli (Libanon) Gilles Sidney Pey-

<sup>475</sup> Schreiben vom 23.10.1985, abgedruckt in: Ménage, *L'œil du pouvoir* III, S. 363.

<sup>476</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* III, S. 366.

<sup>477</sup> Edwy Plenel kam in einem Bericht in *Le Monde* dennoch den wahren Ursachen der Freilassung nahe. Vgl. *Le Monde* vom 22. 2. 1986, S. 1, „Un ‚geste‘ du gouvernement français. Deux terroristes palestiniens ont été libérés.“

<sup>478</sup> Vgl. Bonnet, *Contre-espionnage*, S. 307–314.

<sup>479</sup> Vgl. u. a. *Le Monde* vom 22. 12. 1984, „Le Libanais détenu à Lyon serait l'un des chefs des FARL“; *L'Express* vom 21. 12. 1984, S. 47–49, „Un cerveau du terrorisme sous les verrous“.

roles.<sup>480</sup> Die vom Außenministerium geleitete Krisenzelle bot daraufhin in Abstimmung mit dem Präsidentialamt die Freilassung und Abschiebung Abdallahs im Austausch gegen Peyroles an. Dies sollte allerdings erst nach einer Frist von fünf Monaten geschehen, um den Schein der rechtsstaatlichen Behandlung des Verfahrens zu wahren.<sup>481</sup> Daraufhin wurde Gilles Sydney Peyroles am 1. April 1983, nur zehn Tage nach seiner Entführung, freigelassen und konnte nach Frankreich ausreisen.<sup>482</sup>

Die Behandlung des Falls Abdallah entsprach dem Ansatz der *sanctuary doctrine*. Wenn einer Konfrontation nicht aus dem Wege gegangen werden konnte, versuchten die Behörden im Geheimen eine gütliche Einigung zu finden. Wie bereits im Fall Bréguet/Kopp scheiterte diese Strategie aber daran, dass Informationen an die Öffentlichkeit gelangten. Am 2. April, einen Tag nach der Freilassung Peyroles, entdeckten Ermittler der DST in einer von Abdallah gemieteten Wohnung in Paris Waffen und Sprengstoff. Darunter befand sich auch die Waffe, mit der Charles Ray und Yaacov Barsimontov umgebracht worden waren.<sup>483</sup> Kurz darauf sickerte die Nachricht an die Presse durch. Alle großen Medien berichteten über die Verstrickung Abdallahs in die Morde der FARL.<sup>484</sup>

Unter dem Druck der Öffentlichkeit konnte die Abmachung nicht mehr eingehalten werden.<sup>485</sup> Abdallah blieb in französischer Haft. Er wurde 1987 zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe verurteilt.<sup>486</sup> Die französischen Behörden fürchteten eine Racheaktion der FARL. Als im September 1986 Terroristen mit einer Anschlagserie in Paris die Freilassung Georges Ibrahim Abdallahs forderten, schien diese Befürchtung bestätigt zu werden.

### Staatsterrorismus und Rückzug aus dem Nahen Osten

Am deutlichsten wird die Komplexität der französischen Strategie der Konfliktvermeidung, die im Umgang mit internationalen Terroristen zwischen einer „neuen Härte“ und Zugeständnissen changierte, in der Reaktion auf den Anschlag auf das Hauptquartier der französischen UNIFIL-Truppen in Beirut im Herbst 1983.

<sup>480</sup> Vgl. Quotidien de Paris vom 25. 3. 1985, „Proche-Orient: La France sous la menace terroriste“.

<sup>481</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* III, S. 381.

<sup>482</sup> Vgl. Communiqué du ministère des relations extérieures en date du 2 avril 1985 sur la libération de M. Gilles Peyroles [<http://discours.vie-publique.fr/notices/852004800.html>, zuletzt abgerufen am 24. 5. 2016].

<sup>483</sup> Vgl. Bonnet, *Contre-espionnage*, S. 329.

<sup>484</sup> Vgl. *Le Monde* vom 10. 4. 1985, S. 9, „La découverte d'un arsenal terroriste à Paris. Le chef présumé des Fractions armées révolutionnaires libanaises pourrait être inculpé de deux assassinats“.

<sup>485</sup> In der Presse wurde auch die Vermutung geäußert, dass diese Informationen absichtlich weitergegeben wurden, um eine Freilassung zu verhindern. Vgl. *Le Monde* vom 5. 7. 1986, „Le procès de Georges Ibrahim Abdallah devant le tribunal de Lyon“.

<sup>486</sup> Zu Georges Ibrahim Abdallah vgl. Marina da Silva/Alain Gresh, *Acharnement judiciaire contre M. Georges Ibrahim Abdallah*, in: *Le Monde diplomatique* 59/5 (2012), S. 18.

Am frühen Morgen des 23. Oktober 1983 explodierten zwei mit Sprengstoff gefüllte und von Selbstmordattentätern gesteuerte Lastwagen an den Stützpunkten der französischen und der amerikanischen UNIFIL-Einheiten in Beirut. 241 US-Marines und 58 französische Fallschirmjäger starben in den Trümmern der Hochhäuser.<sup>487</sup> Einen Tag später bekannte sich eine Gruppe namens „Islamischer Dschihad“ zu den Attentaten.<sup>488</sup> Präsident Mitterrand reiste umgehend nach Beirut, um den getöteten französischen Soldaten die Ehre zu erweisen, und um zu demonstrieren, dass sich die Regierung nicht einschüchtern lasse. Bei einem Treffen mit dem libanesischen Präsidenten Amin Gemayel versicherte er, dass „Frankreich seiner Geschichte und seinen Verpflichtungen im Libanon treu bleiben“ werde.<sup>489</sup>

Gleichzeitig arbeiteten die westlichen Geheimdienste fieberhaft an der Suche nach den Hintermännern. Nach kurzer Zeit war man sowohl im Élysée-Palast als auch im französischen Verteidigungsministerium überzeugt, dass der Iran verantwortlich war. Der französische Auslandsgeheimdienst DGSE wurde mit einem Vergeltungsschlag beauftragt. Am 7. November 1983 deponierten Agenten einen mit Sprengstoff gefüllten Jeep vor der iranischen Botschaft in Beirut. Als der Zünder nicht funktionierte, versuchten sie den Wagen mit Raketenwerfern zu sprengen. Aber auch dieser Versuch schlug fehl. Der intakte Wagen verriet zudem die französische Urheberschaft des Anschlagversuchs.<sup>490</sup>

Um den Angriff auf die französischen Fallschirmjäger dennoch nicht ungehört zu lassen, entschied sich Präsident Mitterrand zu einer zweiten Aktion, die zunächst zusammen mit den USA geplant wurde. Kampfbomber sollten das Ausbildungszentrum der schiitischen Miliz (eine Vorgänger-Organisation der Hisbollah) in der Nähe der Stadt Baalbek zerstören. Das Zentrum beherbergte auch Kämpfer und Ausbilder der iranischen Revolutionsgarden. Obwohl die USA ihre Teilnahme im letzten Moment zurückzogen, flog die französische Luftwaffe einen Einsatz. Etwa 50 Libanesen und Iraner sollen bei dem Bombardement ums Leben gekommen sein. Frankreich gelang es dennoch nicht, die Aktion in der Öffentlichkeit als Erfolg zu präsentieren. Die schiitische Miliz behauptete, die bombardierte Kaserne sei leer gewesen. Im Nachhinein kursierte das Gerücht, die Kämpfer seien vor dem Angriff gewarnt worden.<sup>491</sup>

Tatsächlich müssen der missglückte Anschlag auf die iranische Botschaft und die Bombardierung des Lagers in Baalbek vor allem als Teil einer Kommunikationsstrategie verstanden werden. Frankreich wollte mit den Gegenangriffen Stärke

<sup>487</sup> Zum Kontext der Angriffe im Libanon der 1980er Jahre vgl. Georges Corm, *Le Liban contemporain. Histoire et société*, Paris <sup>2</sup>2005, S. 119–125.

<sup>488</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* III, S. 202.

<sup>489</sup> Zur Reise Mitterrands nach Beirut vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand* II, S. 26–30.

<sup>490</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* III, S. 212. Eine ähnliche Aktion soll der DGSE nach der Ermordung des französischen Botschafters im Libanon, Louis Delamare, im Jahr 1981 gegen ein syrisches Ziel ausgeführt haben. Vgl. ebenda, S. 75.

<sup>491</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand* II, S. 32–38.

demonstrieren. Dass dies in beiden Fällen nicht gelang, verdeutlicht umso mehr die geschwächte Position im Nahen Osten.<sup>492</sup> Im Jahr 1984 trug Mitterrand dieser Erkenntnis Rechnung und vollzog eine Neuausrichtung, die einem weitgehenden Rückzug gleichkam. Von einer aktiven Nahostpolitik, die 1981 noch einmal verstärkt worden war, wechselte Frankreich in die Rolle des Zuschauers.<sup>493</sup>

Im März 1984 verließen die französischen Truppen den Libanon, zuvor hatten bereits die USA und Italien ihre Kontingente von der UNIFIL-Mission zurückgezogen.<sup>494</sup> Auch im israelisch-palästinensischen Konflikt zog sich die französische Diplomatie zurück, nachdem sich gezeigt hatte, dass sich insbesondere die Position Israels kaum beeinflussen ließ.<sup>495</sup> Schließlich suchte Mitterrand den Ausgleich mit Syrien, das sich zum Hauptgegner der westlichen Friedensbemühungen entwickelt hatte. Im November 1984 begab sich Präsident Mitterrand auf einen Staatsbesuch nach Damaskus, wo er die Rolle Syriens als „entscheidend für die Anbahnung eines Friedens und Ausgleichs“ lobte.<sup>496</sup>

### Der relative Erfolg der Strategie der Konfliktvermeidung

Die hier aufgeführten Beispiele zeigen, dass Frankreich im Umgang mit dem internationalen Terrorismus in den 1980er Jahren eine Strategie der Konfliktvermeidung verfolgte. Der internationale Terrorismus wurde weiterhin zuvorderst als außenpolitisches Problem verstanden. Die Doktrin der absoluten Rechtsstaatlichkeit rückte angesichts des Drohpotenzials der ausländischen Gruppen in den Hintergrund. Die Strategie der Konfliktvermeidung beinhaltete sowohl Elemente der in den 1970er Jahren dominanten *sanctuary doctrine* als auch solche, die dem von Shapiro/Suzan festgestellten „Entgegenkommen“ gegenüber terroristischen Organisationen und deren staatlichen Unterstützern entsprachen.

Die möglicherweise größte Herausforderung war die neue Sensibilität der Öffentlichkeit für Fragen der Sicherheit. Sie zwang die Regierung zu Stellungnahmen, die eine unnachgiebige Politik gegenüber Terroristen vorgaben. Die stille Weiterführung der Strategie der Konfliktvermeidung wurde daher immer dann durchkreuzt, wenn geheime Informationen an die Öffentlichkeit gelangten. Zugleich wurde deutlich, dass Frankreich etwa ab 1983/84 über Instrumente verfügte, die eine effektivere Verfolgung von international agierenden Terroristen erlaubten. Insbesondere die Zerschlagung von ASALA und die Neutralisierung der FARL bezeugen diese Entwicklung. Dabei kam nicht zuletzt den Kontakten zu arabischen Geheimdiensten und der PLO eine wesentliche Bedeutung zu.<sup>497</sup>

<sup>492</sup> Vgl. Vaïsse, *La puissance où l'influence?*, S. 391.

<sup>493</sup> Jean-Pierre Filiu bezeichnet diese Phase der französischen Nahostpolitik als „Jahre des Rückzugs“. Vgl. Filiu, *Mitterrand et la Palestine*, S. 219.

<sup>494</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 41.

<sup>495</sup> Filiu, *Mitterrand et la Palestine*, S. 219.

<sup>496</sup> Zitiert nach: *Ménage, L'œil du pouvoir III*, S. 317.

<sup>497</sup> Zur Zusammenarbeit mit Geheimdiensten von Staaten im Maghreb und im Nahen Osten ab 1981 vgl. Bonnet, *Contre-espionnage*, S. 334–346.

Die französische Strategie der Konfliktvermeidung war im Hinblick auf den internationalen Terrorismus durchaus erfolgreich. Seit 1984 blieb das Land von Angriffen palästinensischer Terroristen verschont, obwohl diese im Rest Europas und der Welt weiterhin aktiv blieben. Dieser Erfolg wurde freilich durch den partiellen Rückzug aus dem Nahen Osten und den Verzicht auf eine aktive Vermittlerrolle im Palästinakonflikt erkaufte. Bei den geheimen Abmachungen mit der Abu-Nidal-Organisation, die für den blutigen Anschlag in der Rue des Rosiers verantwortlich war, stellt sich zudem die Frage, ob der realpolitische Erfolg der Konfliktvermeidung den Verzicht auf die Herrschaft des Rechtes rechtfertigte. Dass Frankreich in den Jahren 1985/86 von einer Terrorwelle getroffen wurde, die jene der Jahre 1982/83 noch übertraf, war aber nicht fehlender Standhaftigkeit geschuldet, sondern Folge einer neuen Bedrohung: die des islamistischen Terrorismus, der seine Hochburgen im Iran und im schiitisch dominierten Libanon hatte.

#### 4.4 Vorsichtige Wende im Umgang mit politischen Flüchtlingen

In seiner Fernsehansprache vom 17. August 1982 erklärte François Mitterrand, dass Frankreich weiterhin „jedem Menschen, der die Freiheit verteidigen und ihr dienen wolle“, Zuflucht gewähren werde.<sup>498</sup> Dennoch wurde in den folgenden Wochen und Monaten deutlich, dass der neue Kurs in der Anti-Terrorismus-Politik auch Auswirkungen auf den Umgang mit politischen Flüchtlingen hatte, die in ihren Heimatländern als Terroristen gesucht wurden.<sup>499</sup> Innenminister Gaston Defferre hatte bereits im Frühjahr 1982 eine Neuregelung der Asylpolitik angeordnet.<sup>500</sup> Justizminister Robert Badinter regte ab März 1982 ein Ministertreffen über die zukünftige französische Auslieferungspolitik an.<sup>501</sup> Im August 1982 wurde er von Präsident Mitterrand mit der Ausarbeitung einer juristischen Definition beauftragt.<sup>502</sup>

Der nach dem Wahlsieg 1981 beschlossene Auslieferungsstopp geriet sowohl im Ausland als auch innenpolitisch immer stärker unter Druck. Die konservative Opposition kritisierte ihn als gefährlich für die Sicherheit Frankreichs, weil er das Land zum Rückzugsort für Terroristen und Extremisten mache.<sup>503</sup> Hinzu kam, dass sich die Zahl der Flüchtlinge tatsächlich dramatisch erhöhte und sich etwa die italienische Kolonie in Paris seit Mai 1981 mehr als verdreifacht hatte.<sup>504</sup> Spanien und Italien machten ihre Irritation über die mangelnde französische Koope-

<sup>498</sup> Institut François Mitterrand, Discours F. Mitterrand 1981–1988, interview accordé par M. François Mitterrand, Président de la République française, au journal télévisé de T.F.1, Mardi 17 août 1982.

<sup>499</sup> So auch Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 103.

<sup>500</sup> Vgl. u. a. *Le Monde* vom 9. 9. 1982, S. 9, „Résistance, terrorisme et droit d’asile“.

<sup>501</sup> Vgl. Cassia, Badinter, S. 344.

<sup>502</sup> Vgl. ebenda, S. 343.

<sup>503</sup> Vgl. u. a. Sénat, *Questions d’actualité au gouvernement*, in: *JORF* vom 30. 4. 1982, S. 1503.

<sup>504</sup> Vgl. Musitelli, *L’impact des années de plomb*, S. 360.

rationsbereitschaft deutlich. Der italienische Richter Ferdinando Imposimato, der unter anderem im Fall der Ermordung Aldo Moros ermittelte, warf Frankreich vor, ein Kommando der Roten Brigaden zu beherbergen, das sich im Exil neu konstituiert habe.<sup>505</sup> In Spanien wurde auch Mitterrands neuer Kurs mit Skepsis aufgenommen. Innenminister Juan José Roson bezeichnete die angekündigten Maßnahmen als „mäßig“ und die Kooperationsbereitschaft Frankreichs als weiterhin unzureichend.<sup>506</sup> Der spanische Polizeichef ergänzte: „Ich befürchte, dass Frankreich ein Rückzugsort für Terroristen bleibt, die in den Nachbarländern aktiv sind, sei es in Spanien, Italien oder Deutschland“.<sup>507</sup>

### Abkehr vom Auslieferungsstopp

Im Zusammenspiel führte der Druck aus dem Aus- und dem Inland auch in der Asyl- und Auslieferungspolitik zu einer ersten Kurskorrektur. Am 10. November 1982 stellte Justizminister Robert Badinter die von ihm ausgearbeiteten Regeln für den zukünftigen Umgang mit politischen Flüchtlingen im Ministerrat vor.<sup>508</sup> Die Minister und Präsident Mitterrand stimmten der Vorlage zu. Noch am gleichen Tag wurde der Beschluss der Öffentlichkeit vorgestellt.<sup>509</sup>

Das Kommuniqué hielt zunächst fest, dass das „Asylrecht integraler Bestandteil der republikanischen und demokratischen Tradition“ Frankreichs sei und „in starkem Maße zum Ruhm Frankreichs in der Welt“ beitrage.<sup>510</sup> Daher werde die Regierung auch weiterhin die Auslieferung von Personen, die in Frankreich politisches Asyl genießen, verweigern. Auslieferungsanträge würden auf der Grundlage von vier Kriterien bewertet, von denen jedes Einzelne eine Nichtauslieferung begründen könne: 1) das politische und rechtliche System des beantragenden Staates, 2) der politische Charakter der Straftat, 3) die politische Motivation des Auslieferungsantrages, 4) wenn das Risiko bestehe, im Falle einer Auslieferung die Situation der betroffenen Person zu verschlechtern, namentlich aufgrund ihrer politischen Handlungen oder Ideen, ihrer Rasse oder Religion.<sup>511</sup> Zugleich werde aber „der politische Charakter einer Straftat nicht anerkannt und eine Auslieferung prinzipiell möglich, wenn in einem Staat, der die Freiheiten und die Grundrechte einhalte, kriminelle Taten begangen werden (Geiselnahmen, Morde, Totschlag etc.), da das angegebene politische Motiv nicht die Anwendung von inakzeptablen Mitteln rechtfertigen“ könne.<sup>512</sup>

Obwohl diese Richtlinien keine direkten juristischen Folgen hatten, bedeutete der Beschluss eine gewichtige Neuorientierung. Zum ersten Mal rückte die Regie-

<sup>505</sup> Vgl. *Le Monde* vom 8./9. 8. 1982, S. 5, „Italie. Le terrorisme est une erreur“.

<sup>506</sup> Vgl. *Le Monde* vom 22./23. 8. 1982, S. 6, „Madrid: Les autorités accueillent avec scepticisme le plan français“.

<sup>507</sup> Vgl. ebenda.

<sup>508</sup> Vgl. Cassia, Badinter, S. 345.

<sup>509</sup> Vgl. Archives Nationales, 15 AG CM 175, 10. 11. 1982.

<sup>510</sup> Ebenda.

<sup>511</sup> Ebenda.

<sup>512</sup> Ebenda.

rung von der Politik eines absoluten Auslieferungsstopps ab. Politische Flüchtlinge sollten in Frankreich kein bedingungsloses Asylrecht mehr erhalten. In einer Regierungserklärung hieß es, die Neudefinition sei aufgrund „der in letzter Zeit in den befreundeten und benachbarten Ländern begangenen Straftaten und dem Anstieg der Auslieferungsanträge“ erfolgt.<sup>513</sup>

Dennoch behielt die Regierung weiterhin einen beachtlichen Spielraum bei der Behandlung von Auslieferungsanträgen. Die neue Leitlinie erlaubte zwar prinzipiell die Auslieferung, verpflichtete die Behörden aber keineswegs dazu. In der Sitzung des Ministerrates vom 10. November 1982 hatte sich Präsident Mitterrand selbst ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass die aufgestellten Kriterien nicht allzu präzise ausfielen.<sup>514</sup> Dass der Präsident gewillt war, diesen Handlungsspielraum auszunutzen und dass Auslieferungen keineswegs nur auf der Grundlage rechtlicher Vorgaben, sondern in erster Linie nach politischer Opportunität stattgegeben oder verweigert wurden, sollte sich in den nächsten Jahren in der höchst unterschiedlichen Behandlung der baskischen und der italienischen Flüchtlinge zeigen.

### Die italienischen Flüchtlinge und die Mitterrand-Doktrin

Die im August 1982 beschlossenen Neuregelungen hatten praktisch keine Auswirkung auf die italienischen Flüchtlinge. Weiterhin wurden die zahlreichen italienischen Auslieferungsanträge abgelehnt (1981: 5 Anträge, 1982: 76, 1983: 41, 1984: 62).<sup>515</sup> Diese Praxis setzte sich fort, obwohl Italien als demokratischer Rechtsstaat, Mitglied der EG und enger Verbündeter Frankreichs den neuen französischen Kriterien weitgehend entsprach und sich die Auslieferungsanträge häufig auf Personen bezogen, denen schwerste terroristische Straftaten zur Last gelegt wurden. Auch die Regierungsbeteiligung der sozialistischen Schwesterpartei PSI, die ab Juli 1983 mit Bettino Craxi den Regierungschef stellte, änderte zunächst nichts an der Haltung der Sozialisten.<sup>516</sup>

Ursächlich für das Beharren auf dem Asylrecht für die italienischen Flüchtlinge war die Sympathie der französischen Linken für die ehemaligen Terroristen, die sich zum allergrößten Teil aus dem bewaffneten Kampf zurückgezogen hatten.<sup>517</sup> Der italienische Umgang mit dem Linksterrorismus wurde weiterhin als politische Justiz verstanden, die Oppositionelle mit Hilfe zweifelhafter Methoden jahrzehntelang ins Gefängnis sperrte. Kritisiert wurden insbesondere die Dauer der Untersuchungshaft, die in einigen Fällen fünf Jahre überschritt, sowie die Kron-

<sup>513</sup> Zitiert nach: Cassan, *Le pouvoir français et la question basque*, S. 232.

<sup>514</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung bei Cassia, *Badinter*, S. 346.

<sup>515</sup> Vgl. Musitelli, *L'impact des années de plomb*, S. 362.

<sup>516</sup> Vgl. Gervasoni, *La gauche italienne*, S. 327.

<sup>517</sup> So auch Mitterrand im Gespräch mit dem Generaldirektor der Polizei Pierre Verbrugghe am 2. 2. 1985. Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir II*, S. 150.

zeugenregelung, mit deren Hilfe schuldig gesprochene Straftäter ihre Freilassung erlangen konnten, wenn sie ihre ehemaligen Kameraden beschuldigten.<sup>518</sup>

Viele der französischen Intellektuellen, die im Jahr 1977 einen Appell gegen die „Repression der italienischen Opposition“ verfasst hatten, blieben weiterhin solidarisch mit den von Italien als Terroristen verfolgten Flüchtlingen. So setzten sich etwa Gilles Deleuze und Félix Guattari für den Universitätsprofessor und Abgeordneten Toni Negri ein, der sich im Juni 1983 nach Paris flüchtete und in Abwesenheit zu 30 Jahren Haft verurteilt wurde.<sup>519</sup> Im Frühjahr 1984 begann der französische Priester und Menschenrechtler Abbé Pierre in Turin einen Hungerstreik für die Freilassung von Vanni Mulinaris, der auf einer Reise von Paris in sein Heimatland festgenommen worden war.<sup>520</sup>

In Italien wurde Kritik an Frankreich immer dann laut, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Flüchtlingskolonie in Paris gerichtet wurde. Höhepunkte der Empörung bildeten neben der Flucht Toni Negris auch ein zufälliges Treffen zwischen dem ebenfalls als intellektuellen Anführer des Terrorismus gesuchten Oreste Scalzone und dem italienischen Regierungsmitglied Gianni de Michelis im Januar 1985 vor dem Pariser Centre Pompidou.<sup>521</sup> *Le Figaro* zitierte einen hohen italienischen Beamten:

Paris ist nicht nur die Hauptstadt Frankreichs. Es ist auch – aber das ist in Frankreich weniger bekannt – das Epizentrum des internationalen Terrorismus. Die Beweise dafür liegen uns vor. Sie stammen aus den Ermittlungen, die zur Zerschlagung der italienischen Organisationen geführt haben. Wir haben außerdem die übereinstimmenden Aussagen der Kronzeugen. Frankreich hat eine schwere Zeit vor sich, wenn es weiterhin darauf besteht, die Anwesenheit von Aktivisten zu tolerieren, die zwar vorgeblich geläutert sind, sich aber in Wahrheit völlig straffrei wieder in Banden organisiert haben.<sup>522</sup>

Auf Regierungstreffen wurde das Problem der Flüchtlinge regelmäßig angesprochen. Während die Italiener forderten, den Anträgen ihrer Justiz endlich stattzugeben, berief man sich auf französische Seite darauf, dass die Dossiers nicht sorgfältig genug vorbereitet seien und keine ausreichenden Beweise für den Verdacht auf schwere Straftaten enthielten.<sup>523</sup>

Im Januar 1985 sah sich Präsident Mitterrand erstmals genötigt, selbst öffentlich Stellung zu beziehen. Am 1. Februar 1985 erklärte er während einer Rede im Sportpalast von Rennes, dass Frankreich mit den italienischen Flüchtlingen, die sich „hier und da in der Pariser Banlieue angesiedelt haben“ und nunmehr „aus

<sup>518</sup> Vgl. u. a. *L'Unité* vom 15. 7. 1983, S. 13 f., „Italie: Le cas du professeur Negri“.

<sup>519</sup> Vgl. François Dosse, Deleuze et Guattari et la contestation italienne dans les années 1970, in: Lazar/Matarid-Bonucci, *L'Italie des années de plomb*, S. 290–304.

<sup>520</sup> Vgl. Comité Vanni Mulinaris, Vanni Mulinaris, in: *Esprit* vom 1. 3. 1983, S. 113.

<sup>521</sup> Vgl. Gervasoni, *La gauche italienne*, S. 332.

<sup>522</sup> *Le Figaro* vom 24. 1. 1985, „Terrorisme: Rome accuse Paris“. Vgl. auch *Le Point* vom 2. 4. 1984, „Les Brigades rouges sont dans Paris“.

<sup>523</sup> So beim Treffen der Justizminister Clelio Darida und Robert Badinter am 17. 1. 1983. Vgl. die Abschrift des Pressecommuniqués des Justizministeriums bei Musitelli, *L'impact des années de plomb*, S. 362 f.

dem Spiel“ seien, weiterhin solidarisch bleiben werde.<sup>524</sup> Bettino Craxi antwortete vor dem italienischen Parlament mit dem Vorwurf, die sozialistische Regierung habe Paris zu einer der „Hauptstädte des europäischen Terrorismus“ gemacht. Frankreich behindere die Arbeit der Justiz, indem es „sehr gut begründete, legitime Anträge, die nicht nur den Anforderungen der Justiz, sondern auch der [nationalen] Sicherheit“ entsprächen, zurückweise.<sup>525</sup>

Einen Ausgleich brachte der Besuch Craxis im Élysée-Palast am 22. Februar 1985.<sup>526</sup> Mitterrand wiederholte seine Linie, die als Mitterrand-Doktrin auch in den folgenden Jahrzehnten angewendet werden sollte. Von den italienischen Flüchtlingen, die „mit dem Terrorismus gebrochen“ und sich „in der französischen Gesellschaft eingebracht“ hätten, werde auch in Zukunft niemand nach Italien ausgeliefert. Zugleich versprach er, dass es zu Auslieferungen oder, je nach Schwere der Tat, zu Ausweisungen in Drittländer kommen werde, falls in den Anträgen der italienischen Justiz nachgewiesen werde, dass ein schweres Verbrechen mit Todesfolge begangen wurde, oder Flüchtlinge ihre „terroristischen Aktivitäten“ wiederaufnahmen.<sup>527</sup>

Das Gespräch zwischen Mitterrand und Craxi konnte die italienische Kritik eindämmen, obwohl der Präsident nichts versprach, was nicht schon drei Jahre zuvor festgehalten worden war. Auch weiterhin änderte sich wenig an der französischen Auslieferungspolitik. Bis 1988 wurde nur ein einziger Italiener wegen eines politischen Verbrechens ausgeliefert.<sup>528</sup> Zugleich nahm die Zahl der Auslieferungsanträge aus Rom ab (1985: 32, 1986: 30, 1987: 15).<sup>529</sup> Das sinkende Interesse der italienischen Justiz war auch eine Folge der sich wandelnden Situation im Italien der 1980er Jahre. Die Flüchtlinge in Paris gehörten zur mittlerweile abgeschlossenen Periode der „bleiernen Jahre“. So verlor das Problem der Auslieferungen an Relevanz. Erst in den 2000er Jahren sollte die Mitterrand-Doktrin in Frankreich wieder in Frage gestellt werden.<sup>530</sup>

### ETA und der Beginn einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Spanien

Die Mitglieder der ETA hatten bis zum Tod des Diktators Franco im Jahr 1975 zu den weltweit unterstützten Widerstandskämpfern gegen das Regime gezählt. Paradoxerweise nahm der Terrorismus aber mit der Demokratisierung Spaniens nicht ab, sondern zu. Zwischen 1975 und 1981 sollen etwa 360 Menschen bei An-

<sup>524</sup> Vgl. *Le Monde* vom 3. 4. 1985, „Ils tuent, il faut les mettre à la raison“.

<sup>525</sup> Zitiert nach: *Le Figaro* vom 8. 2. 1985, „Terrorisme. La France au banc des accusés“.

<sup>526</sup> Vgl. *Le Monde* vom 24./25. 2. 1985, „M. Mitterrand et le terrorisme. Le chef de l'État veut mettre fin à la polémique avec Rome“.

<sup>527</sup> Vgl. Gespräch zwischen Mitterrand und Craxi in: Attali, *Verbatim II*, S. 1174.

<sup>528</sup> Vgl. Musitelli, *L'impact des années de plomb*, S. 361.

<sup>529</sup> Vgl. ebenda.

<sup>530</sup> Für die Diskussionen um die Auslieferung von ehemaligen italienischen Linksterroristen in den 2000er Jahren vgl. u. a. Giorgio Agamben/Erri de Luca/Jacques Derrida (Hrsg.), *Vingt ans après. Réfugiés italiens, vies en suspense*, Paris 2003.

schlägen der ETA ums Leben gekommen sein – acht Mal mehr als in der Zeit des Franco-Regimes.<sup>531</sup> Zugleich verlor ihr Kampf mit dem Ende der Diktatur an Legitimität. Konnte in den ersten Jahren der *transición* noch von einer unausgereiften Demokratie gesprochen werden, in der die franquistischen Strukturen fortexistierten, wurde spätestens mit dem Wahlsieg der unter Franco verbotenen Sozialistischen Partei (PSOE) im Herbst 1982 deutlich, dass sich Spanien zu einer funktionierenden Demokratie entwickelte.<sup>532</sup> Während die Regierung unter Premier Felipe González den Eintritt in die EG vorbereitete, wurde der blutige „Freiheitskampf“ der Basken immer unglaubwürdiger und unpopulärer.<sup>533</sup>

Bei der Bekämpfung der ETA, die ihre tödlichste Phase in den Jahren 1978 bis 1980 hatte (1978: 68 Todesopfer, 1979: 76, 1980: 98), zeigte sich die große strategische Bedeutung des Rückzugsgebietes im französischen Baskenland.<sup>534</sup> Die Mehrzahl der Anführer der ETA lebten in Frankreich – größere Exilanten-Kolonien existierten unter anderem in den Städten Biarritz und Hendaye.<sup>535</sup> Die Terrorkommandos zogen sich nach Anschlägen oft über die Grenze zurück, wo sie in Sicherheit vor der spanischen Polizei waren.<sup>536</sup> Mit der Wahl Mitterrands und der Ankündigung, dass kein Baske mehr eine Auslieferung oder Ausweisung zu befürchten hätte, verschärfte sich der Konflikt mit den spanischen Behörden und der Ärger in der spanischen Öffentlichkeit. Insbesondere nach größeren Bombenanschlägen oder Morden an prominenten Staatsvertretern rückte die Haltung Frankreichs in den Mittelpunkt der spanischen Debatten.<sup>537</sup>

Die französische Weigerung, sich am Kampf gegen die ETA zu beteiligen, wurde zu einem der wichtigsten Konfliktpunkte in den französisch-spanischen Beziehungen. Nachdem die Öffentlichkeit des Landes im Sommer 1981 zunächst mit Empörung auf die verweigerte Ausweisung des ETA-Kämpfers Tomas Linaza reagiert hatte, bestand Spanien in der Folge vehement und ausdauernd auf einer Änderung der französischen Position. Premierminister Leopoldo Calvo-Sotelo überreichte Präsident Mitterrand bei dessen Besuch in Madrid am 22. und

<sup>531</sup> Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 26.

<sup>532</sup> Vgl. Walther L. Bernecker, Spaniens Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Deutungen, Revisionen, Vergangenheitsaufarbeitung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 693–710. Vgl. auch Anne Dulphy, Le regard français sur la transition espagnole in: Dies./Yves Léonard (Hrsg.), *De la dictature à la démocratie. Voies ibériques*, Brüssel 2003, S. 257–278; Aline Angoustures, *La transition espagnole dans l'opinion française*, in: Ebenda, S. 279–290.

<sup>533</sup> Am 1.1.1986 wurde Spanien Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft. Vgl. Joaquín Abellán, Der Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft in den 1980er Jahren, in: Themenportal Europäische Geschichte [<http://www.europa.clcio-online.de/2006/Article=81>], zuletzt abgerufen am 4. 6. 2016].

<sup>534</sup> Vgl. Paddy Woodworth, *Dirty War, Clean Hands. ETA the GAL and Spanish Democracy*, Cork 2001, S. 179–183.

<sup>535</sup> Vgl. u. a. Thomas D. Lancaster, *Comparative Nationalism: the Basques in Spain and France*, in: *European Journal of Political Research* 15/5 (1987), S. 561–590.

<sup>536</sup> Vgl. ebenda.

<sup>537</sup> Vgl. etwa *Le Monde* vom 9. 6. 1981, S. 7, „L'ambassadeur de France à Madrid est convoqué par le Ministre des affaires étrangères“.

23. Juni 1982 ein Papier, das die spanischen Forderungen zusammenfasste. Der Kampf gegen den Terrorismus sei „eines der größten Probleme der spanischen Regierung“: „Um dem Terrorismus der ETA ein Ende zu setzen, braucht Spanien die Mitarbeit Frankreichs“.<sup>538</sup> Danach folgte eine Liste von konkreten Forderungen an die französischen Behörden: Der Flüchtlingsstatus für Basken sollte nicht mehr zuerkannt werden. Wenn ein Gericht eine Ausweisung für rechters erklärt habe, dürfe die Regierung diese nicht blockieren. Die Polizei, die die in Frankreich wohnenden ETA-Führer genau kenne, solle die Gesetze der Republik konsequent anwenden. Außerdem wurde eine Verschärfung der Polizeikontrollen und ein verbesserter Austausch zwischen den Polizeibehörden der beiden Länder angemahnt.<sup>539</sup>

Dieser Forderungskatalog wurde nun regelmäßig bei Regierungstreffen wiederholt. Auch der französische Botschafter in Madrid machte in seinen Berichten nach Paris die Bedeutung des Problems für die spanische Politik deutlich.<sup>540</sup> Der konzertierte Druck der spanischen Diplomatie war umso wirkungsvoller, als sich zwischen den beiden Nachbarländern Anfang der 1980er Jahre die Beziehungen auf allen Ebenen – wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch – vervielfältigten. Insbesondere die spanische Regierung strebte eine Partnerschaft nach dem Vorbild des deutsch-französischen Tandems an.<sup>541</sup> Dabei wirkte sich auch der Wahlsieg der PSOE im November 1982 positiv auf das Verhältnis mit Paris aus.<sup>542</sup> So wurden ab Anfang 1983 regelmäßige Ministertreffen und spanisch-französische Tagungen abgehalten, auf denen der Terrorismus der ETA weiterhin eine hervorragende Rolle spielte.<sup>543</sup> Ab Ende 1983 signalisierte Paris, dass man den Forderungen in Zukunft entgegenkommen werde.<sup>544</sup>

Eine entscheidende Rolle spielten dabei auch die Mordanschläge auf ETA-Mitglieder durch spanische Killerkommandos im französischen Baskenland.<sup>545</sup> Die sogenannten *Grupos Antiterroristas de Liberación* (GAL) wurden vom spanischen Innenministerium finanziert und von führenden Beamten in Polizei und *Guardia Civil* angeleitet.<sup>546</sup> Insgesamt fielen von 1983 bis 1987 mindestens 26 Menschen den Angriffen der GAL zum Opfer.<sup>547</sup> Wegen ihrer Verstrickung in den Staatsterrorismus wurden im Juli 1998 der frühere spanische Innenminister José Barrio-

<sup>538</sup> Abgedruckt in: Ménage, *Lœil du pouvoir* II, S. 365.

<sup>539</sup> Vgl. ebenda.

<sup>540</sup> Vgl. ebenda S. 403.

<sup>541</sup> Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 108.

<sup>542</sup> Vgl. Cassan, *Le pouvoir français et la question basque*, S. 233.

<sup>543</sup> Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 108.

<sup>544</sup> Vgl. Attali, *Verbatim* I, S. 845.

<sup>545</sup> Vgl. Woodworth, *Dirty War, Clean Hands*; Barbara Loyer/Xavier Crettiez, *L'État sans la démocratie. Le cas des GAL*, in: Xavier Crettiez/Jérôme Ferret (Hrsg.), *Le silence des armes? L'Europe à l'épreuve des séparatismes violents*, Paris 1999, S. 141–157.

<sup>546</sup> Die GAL bekannten sich zu ihren Anschlägen und hinterließen im Jahr 1983 auch eine Art Manifest, das einem Entführungsoffer bei dessen Freilassung in den französischen Pyrenäen am 14. 12. 1983 mitgegeben wurde. Vgl. die Abschrift bei Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 29.

<sup>547</sup> Für eine detaillierte Auflistung der Anschläge vgl. ebenda, S. 26–34.

nuevo und sein Staatssekretär Rafael Vera zu jeweils zehn Jahren Haft verurteilt. Premierminister Felipe González wurde freigesprochen. Eine Reihe führender Sicherheitsbeamten wurde mit hohen Haftstrafen für die Organisation der Attentate und die Anwerbung der Auftragsmörder bestraft.<sup>548</sup>

Dass Spanien in den 1980er Jahren zum Mittel des Staatsterrorismus griff, um die ETA in Frankreich zu bekämpfen, zeigt zunächst, welche Bedeutung in Madrid dem Rückzugsgebiet in Südfrankreich zugemessen wurde. Die Anschlagswelle, die die Exilbasken in Südfrankreich terrorisierte, war außerdem ein effektives Mittel, um die französische Regierung davon zu überzeugen, dass im Kampf gegen den Terrorismus eine Zusammenarbeit der beiden Länder unumgänglich war. Während frühere französische Sicherheitspolitiker wie Gilles Ménage diesen Zusammenhang bestreiten, hat der Politikwissenschaftler Emmanuel Guittet überzeugend argumentiert, dass der Terrorismus der GAL die französische Position nachhaltig beeinflusste.<sup>549</sup> Ménage liefert in seinen Mémoires zudem selbst ein wichtiges Indiz für diese These. So überliefert er die Abschrift eines Briefes von Innenminister Defferre an Präsident Mitterrand vom 29. Februar 1984, in dem Defferre dringend um die Einberufung einer Ministersitzung zur Neuordnung der Sicherheitspolitik im Baskenland bittet, da andernfalls „sowohl von der ETA als auch von der spanischen Rechten [...] mehr und mehr Attentate in Frankreich“ zu erwarten seien.<sup>550</sup> Auf der daraufhin einberufenen Sitzung wurden die Prinzipien der neuen Kooperationspolitik mit Spanien und die prinzipielle Bereitschaft zur Auslieferung von ETA-Mitgliedern festgehalten.<sup>551</sup>

Obwohl erst die Gerichtsprozesse der 1990er Jahre Beweise dafür lieferten, dass die Aufträge für die Morde der GAL von der Spitze des spanischen Staates kamen, galt die Beteiligung der Sicherheitsbehörden sowohl in Paris als auch innerhalb der baskischen Exilgemeinde schon früh als offenes Geheimnis.<sup>552</sup> Die Polizei nahm immer wieder Attentäter fest. Es handelte sich um Auftragsmörder, die unter ehemaligen OAS-Mitgliedern, im rechtsradikalen Milieu und unter Berufskriminellen aus Marseille und Bordeaux angeworben worden waren.<sup>553</sup> Wiederholt berichteten die Festgenommenen, dass sie ihre Anweisungen von einem Polizeibeamten in Spanien erhalten hatten.<sup>554</sup>

Der staatlich organisierte Gegen-Terrorismus im Kampf gegen die ETA war keine Erfindung der 1980er Jahre. Bereits von 1975 bis 1981 hatte unter dem Namen *Batallón Vasco Español* eine Organisation Anschläge gegen ETA-Mitglieder in Frankreich, aber auch in Spanien und anderen Exilländern der Basken began-

<sup>548</sup> Zu den Urteilen in den GAL-Prozessen vgl. Woodworth, *Dirty War, Clean Hands*, S. 379–404.

<sup>549</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir II*, S. 503; Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 140.

<sup>550</sup> Abschrift bei Ménage, *L'œil du pouvoir II*, S. 426.

<sup>551</sup> Vgl. Attali, *Verbatim I*, S. 916.

<sup>552</sup> Vgl. u. a. Cassan, *Le pouvoir français et la question basque*, S. 303–313.

<sup>553</sup> Vgl. u. a. *Der Spiegel* vom 30. 9. 1991, „Spanien: Zweierlei Tod“, S. 236–241.

<sup>554</sup> Es handelte sich um José Amedo Foucé, der im September 1991 von einem spanischen Gericht zu 108 Jahren Haft verurteilt wurde. Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 34–37.

gen.<sup>555</sup> Die GAL übertrafen in ihrer Brutalität und Effizienz aber bei Weitem ihre Vorgänger. Ein Nebeneffekt der tödlichen Anschläge, die in Form von Bombenexplosionen, Maschinengewehrsalven auf Bars und Restaurants oder gezielten Schüssen auf prominente ETA-Führer erfolgten, war, dass im gesamten französischen Baskenland ein Klima der Angst erzeugt wurde.<sup>556</sup> Viele geflohene ETA-Mitglieder wechselten ihren Wohnort oder gingen in den Untergrund.<sup>557</sup>

Wie im Fall der italienischen Flüchtlingskolonie in Paris befand sich die Regierung in einem Dilemma zwischen den zunehmend als berechtigt empfundenen Forderungen aus Spanien und den traditionellen Werten der Linken, zu denen auch ein bedingungsloses Asylrecht für politische Flüchtlinge gehörte. Die Kämpfe um die Auslieferung der Basken oder des RAF-Anwalts Klaus Croissant hatten zu den großen identitätsstiftenden Auseinandersetzungen der 1970er Jahre gehört, in denen sich die Führer der Sozialisten – an erster Stelle Robert Badinter, Roland Dumas und François Mitterrand selbst – eindeutig positioniert hatten. Zugleich herrschte in Paris die Sorge, dass im Falle einer engeren Kooperation mit Spanien die ETA auch eine Terroroffensive in Frankreich führen könnte. Tatsächlich drohte die Gruppe mit Anschlägen, falls der französische Staat den unausgesprochenen Nichtangriffspakt im französischen Baskenland brechen sollte.<sup>558</sup>

In der „baskischen Frage“ setzte Präsident Mitterrand dennoch früh auf eine enge Kooperation mit der spanischen Regierung. Im Januar 1984 wurden die ersten Exilanten in ein neutrales Drittland ausgewiesen.<sup>559</sup> Im September 1984 lieferte Frankreich erstmals drei Basken nach Spanien aus, die der Beteiligung an terroristischen Anschlägen beschuldigt wurden. Der Politikwechsel erfolgte in mehreren Etappen. Einen wichtigen Einschnitt bedeutete der Regierungswechsel in Spanien im November 1982. Frankreich wurde nun sensibler für die Forderungen aus Madrid. Der PSOE verfolgte, ähnlich wie die französischen Sozialisten bei ihrem Regierungsantritt, zunächst eine Politik der Öffnung gegenüber dem Terrorismus. Die ETA ließ sich aber nicht auf Verhandlungen ein und stärkte mit ihren Anschlägen die Gegner der Demokratisierung. Nach der Entführung und Ermordung eines hohen Militärs im Herbst 1983 lenkte Mitterrand zum ersten Mal ein (die Entführung gab zugleich den Anlass für die Gründung der GAL). Im Dezember 1983 stimmte er einer baldigen Ausweisung von ETA-Mitgliedern in Drittländer zu und versprach die Auslieferung weiterer Terroristen zu einem späteren Zeitpunkt.<sup>560</sup>

Im März 1984 wurden die grundlegenden Linien im Umgang mit den baskischen Flüchtlingen festgelegt.<sup>561</sup> Neben weiteren Ausweisungen und der prinzi-

<sup>555</sup> Vgl. Woodworth, *Dirty War, Clean Hands*, S. 44–59.

<sup>556</sup> Vgl. *Le Monde* vom 11. 4. 1985, S. 1, „Les attentats au Pays basque français“.

<sup>557</sup> Vgl. Loyer/Crettiez, *L'État sans démocratie*, S. 146 f.

<sup>558</sup> Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir II*, S. 381.

<sup>559</sup> Vgl. *Le Monde* vom 12. 1. 1984, S. 31, „Pays basque: une quinzaine de réfugiés sont expulsés ou assignés à résidence“.

<sup>560</sup> Vgl. *Ménage, L'œil du pouvoir II*, S. 411.

<sup>561</sup> Vgl. ebenda, S. 430.

piellen Zustimmung zu Auslieferungen nach Spanien wurde auch eine stärkere polizeiliche Überwachung der baskischen Exilanten beschlossen.<sup>562</sup> Dies macht deutlich, dass die Angst vor einem „Überschwappen“ des baskischen Problems nach Frankreich ein wichtiger Grund für die französische Kooperationsbereitschaft war – im März 1984 hatten die GAL bereits sieben Menschen ermordet und einen gescheiterten Entführungsversuch begangen.<sup>563</sup>

Während die Auslieferung der drei ETA-Mitglieder vom September 1984 zuerst als symbolisches Zugeständnis an die spanische Regierung verstanden werden muss, wurden in der Folge eine Reihe weniger aufsehenerregender, aber langfristig wirkungsvoller Maßnahmen ergriffen. Bis März 1986 wurden weitere 30 Personen in Drittstaaten ausgewiesen.<sup>564</sup> Im Mai 1985 bestimmte ein Rundschreiben des Innenministeriums, dass alle Personen, denen eine Neuausstellung des Flüchtlingsstatus verweigert worden sei, das Land zu verlassen hätten.<sup>565</sup> Nur 16 Basken wurden noch als politische Flüchtlinge anerkannt – im Jahr 1979 hatte ihre Zahl etwa 1000 betragen.<sup>566</sup> Neu ins Land gelangte spanische Basken durften sich nicht mehr in den grenznahen Departements ansiedeln.<sup>567</sup> ETA-Mitglieder wurden für zuvor tolerierte Vergehen wie illegaler Waffenbesitz oder das Tragen falscher Papiere verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt.<sup>568</sup>

Die von Präsident Mitterrand durchgesetzte Neuorientierung traf in der Sozialistischen Partei und auch innerhalb der Regierung auf Widerstand. Im französischen Baskenland kam es seit der Gerichtsentscheidung vom August 1984, der die Auslieferung erlaubte, regelmäßig zu größeren Protestaktionen und Demonstrationen.<sup>569</sup> Die sieben Basken, denen eine Auslieferung drohte (vier wurden schließlich in Drittstaaten ausgewiesen), traten in einen Hungerstreik.<sup>570</sup> Der Generalsekretär des PS, Lionel Jospin, forderte angesichts der „besonderen Sensibilität der Mitglieder gegenüber dem Problem der Auslieferungen“ eine „andere Lösung“.<sup>571</sup> Robert Badinter, der sich im Vorfeld grundsätzlich einverstanden mit Auslieferungen nach Spanien erklärt hatte, schrieb einen Brief an Mitterrand, in dem er vor den Auswirkungen auf das Bild des Präsidenten „vor der Geschichte“ warnte: Eine Auslieferung nach Spanien, selbst wenn sie gut begründet ist, wird innerhalb der Linken, von Gruppen, die uns bisher immer unterstützt haben, nur sehr schwer akzeptiert werden. Das kollektive Unterbewusstsein der Linken ist noch nicht frei vom Schreckgespenst des Franquismus, seinen Richtern und Henker-Polizisten. Soviel wir auch erklären werden, die Schwere der

<sup>562</sup> Vgl. ebenda.

<sup>563</sup> Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 26–31.

<sup>564</sup> Vgl. Cassan, *Le pouvoir français et la question basque*, S. 238.

<sup>565</sup> Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 105.

<sup>566</sup> Vgl. ebenda.

<sup>567</sup> Vgl. *Le Monde* vom 18. 4. 1985, S. 30, „Les États face au ‚sanctuaire‘ de l'ETA“.

<sup>568</sup> Zur Zusammenarbeit der spanischen und der französischen Sicherheitsbehörden im Baskenland auf beiden Seiten der Grenze in den 1980er Jahren vgl. Jérôme Ferret, *La construction par le bas de la lutte antiterroriste. Une analyse micro-sociologique de la coopération policière franco-espagnole au pays basque*, in: Crettiez/Ferret, *Le silence des armes?*, S. 115–140.

<sup>569</sup> Vgl. *Le Monde* vom 16. 8. 1984, S. 1, „Nationalistes basques: l'offensive contre la France“.

<sup>570</sup> Vgl. ebenda.

<sup>571</sup> Zitiert nach: *Ménage, L'œil du pouvoir II*, S. 474.

Straftaten und die klaren Garantien der spanischen Justiz offenlegen, nichts wird wirklich helfen, weil wir uns hier im Bereich des Irrationalen befinden und man uns zudem immer antworten wird, dass sie [trotz der Garantien] immer noch nach ihrer Verurteilung im Gefängnis gefoltert werden können.<sup>572</sup>

Innerhalb der Regierung sprachen sich auch Innenminister Pierre Joxe und Premier Laurent Fabius gegen die Auslieferungen aus, während Außenminister Claude Cheysson und die Berater im Präsidentschaftsamt Gilles Ménage und Jean-Louis Bianco dafür plädierten.<sup>573</sup>

Die Auslieferung der baskischen Flüchtlinge nach Spanien war die einzige Entscheidung Mitterrands in der Anti-Terrorismus-Politik, die innerhalb der Linken auf größere Opposition stieß. *Le Monde* kommentierte am 26. September 1984:

Es ist schockierend, dass ein Staat – und sei es mit den besten Garantien – Menschen an einen anderen Staat ausweist, die wegen politischer Verbrechen gesucht werden – auch wenn diese moralisch nicht zu vertreten sind. Frankreich muss ein Refugium für diejenigen bleiben, die sich in einem Kampf der Ideen befinden, und seien diese Ideen noch so verrückt und die Art, wie sie dafür kämpfen, noch so schlecht.<sup>574</sup>

Zwar setzten sich die Befürworter einer engeren Zusammenarbeit mit Spanien zunächst durch, der Widerstand gegen die Auslieferungen, die allzu offensichtlich den linken Positionen der 1970er Jahre und den Ankündigungen der Regierung nach dem Wahlsieg von 1981 widersprachen, führte aber dazu, dass erst die konservative Regierung Jacques Chiracs im Jahr 1986 es wagte, erneut baskische Flüchtlinge nach Spanien auszuliefern. Auch für die im Februar 1985 festgelegte Mitterrand-Doktrin, die die italienischen Flüchtlinge in Paris schützte, lieferte der Protest gegen die Ausweisung der Basken wenige Monate zuvor ein wichtiges Argument.

Letztlich bleibt festzuhalten, dass die sozialistische Regierung unter Präsident Mitterrand auch in der Frage der politischen Flüchtlinge, die in Frankreichs Nachbarländern als Terroristen gesucht wurden, pragmatisch vorging und im Zweifel bereit war, von den lange verteidigten sozialistischen Idealen abzugehen, wenn diese sich als nicht länger realisierbar oder schädlich erwiesen. Auch bei der Aufkündigung des unausgesprochenen Waffenstillstandes mit der ETA passte sich das sozialistische Frankreich an die neuen Gegebenheiten an. Dies geschah zwar nicht ohne Zögern und Protest aus den eigenen Reihen, aber letztlich konsequent. Spanien hatte sich von einer Diktatur zu einer Demokratie entwickelt, während sich die ETA in eine Spirale der Gewalt stürzte, die die Demokratisierung des Landes gefährdete. Es kann zudem vermutet werden, dass der Terrorismus der GAL die Entscheidung der französischen Regierung zu einer Kooperation beschleunigt hat. Dies ergibt sich sowohl aus der zeitlichen Koinzidenz der Anschläge mit dem Kurswechsel in Paris als auch aus einem Verhaltensmuster, das die französische Haltung ebenfalls im Konflikt mit anderen gewalttätigen Gegnern wie Abu Nidal, ASALA oder dem Iran auszeichnete: Der französische

<sup>572</sup> Zitiert nach: Ebenda, S. 484. Vgl. auch die Version des Briefes bei Attali, *Verbatim I*, S. 1061.

<sup>573</sup> Vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir II*, S. 484.

<sup>574</sup> *Le Monde* vom 25. 9. 1984, S. 1, „Déchirements“.

Staat war zu Kompromissen bereit, wenn damit eine weitere Gewalteskalation vermieden werden konnte.

### Zusammenfassung

Der von Präsident Mitterrand im August 1982 eingeleitete neue Kurs im Umgang mit dem Terrorismus beendete die erste Phase sozialistischer Anti-Terrorismus-Politik, die auf Liberalisierungen und politischen Zugeständnissen beruht hatte. Mitterrand kündigte die Umkehr zu einem unnachgiebigen Kurs an, sowohl gegen *Action Directe* und den FLNC als auch gegen die Vielzahl unterschiedlicher internationaler Terrorgruppen, die nun in Frankreich aktiv waren. Tatsächlich lässt sich auf allen drei Feldern eine Wende hin zu einer härteren polizeilichen Strafverfolgung feststellen. Gleiches gilt für den Umgang mit politischen Flüchtlingen, die nun nicht mehr mit einem bedingungslosen Asyl in Frankreich rechnen konnten und schärfer überwacht wurden. Die Untersuchung im Einzelnen zeigt aber, dass von einer konsequent umgesetzten Politik der Unnachgiebigkeit nicht gesprochen werden kann. Das Vorgehen von Regierung und Sicherheitsbehörden blieb flexibel und lässt sich am ehesten als eine Strategie der Konfliktvermeidung fassen.

Konsequent durchgesetzt wurde der neue Kurs bei der Verfolgung von *Action Directe*. Die selben Männer und Frauen, die noch im Sommer 1981 von einer großzügigen Amnestie profitiert hatten, gerieten nun erneut in den Fokus von Polizei und Inlandsgeheimdienst. Die Fahndung nach den untergetauchten Terroristen verlief zunächst erfolgreich. Bis Ende 1984 befanden sich 23 Mitglieder in Haft. Die Anführer Jean-Marc Rouillan und Nathalie Ménigon entgingen mehrfach nur knapp einer Festnahme. Trotz des weiter erhöhten Fahndungsdrucks gelang es der Gruppe aber, eine Reihe spektakulärer politischer Morde zu verüben. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit den Linksterroristen war Präsident Mitterrand bereit, von den Grundsätzen des Rechtsstaates abzugehen und verlangte von seinen Ministern einen Kampf „ohne Rücksichtnahme“, der gezielte Tötungen mit einschloss. Trotz der Eskalation der Gewalt in den Jahren 1985/86 war das auf polizeiliche Strafverfolgung ausgelegte Vorgehen relativ erfolgreich. Zugute kam den Sicherheitsbehörden dabei, dass *Action Directe* in der Bevölkerung nicht auf Unterstützung zählen konnte und auch im Ausland nicht über ein Rückzugsgebiet verfügte, aus dem sie ungestört agieren konnte.

Diese beiden Voraussetzungen unterschieden die Linksterroristen von den Mitgliedern des FLNC auf Korsika. Die bergige Mittelmeerinsel konnte nur schwer vollständig kontrolliert werden, und der FLNC verfügte über ein stabiles Unterstützermilieu in der korsischen Bevölkerung. Die Mission des staatlichen Sondergesandten Robert Broussard beinhaltete neben dem Auftrag, die Sicherheitslage zu verbessern, daher auch die Anweisung, eine gewisse Moderation zu wahren, um eine Eskalationsspirale zu vermeiden. Die robusten Methoden Broussards zeigten dennoch zunächst Erfolg. Innerhalb weniger Monate kamen 50 Separatisten in Haft. Mittels großangelegter nächtlicher Polizeiansätze konnte auch die

Zahl der Bombenanschläge deutlich gesenkt werden. Eine strukturelle Verbesserung der Sicherheitslage gelang aber nicht. Seit dem Sommer 1983 stieg die Zahl der Anschläge wieder und erreichte ab 1984 ein so stabiles wie hohes Niveau von ein bis zwei Anschlägen pro Tag.

Besonders deutlich wird der Widerspruch zwischen der offiziell vertretenen Politik der Unnachgiebigkeit und der praktisch umgesetzten Terrorismusbekämpfung im Umgang mit dem internationalen Terrorismus. Die sozialistische Regierung behielt die wichtigsten Elemente der in den 1970er Jahren entwickelten *sanctuary doctrine* bei, passte diese aber an die neue Lage an. Zunächst ist festzuhalten, dass seit dem Sommer 1982 politische Gewalt ausländischer Gruppen in den Fokus der Sicherheitsbehörden rückte. Von einer bewussten „Politik des Wegschauens“ kann für die 1980er Jahre nicht mehr gesprochen werden. Zugleich war der Staat aber bereit zu verhandeln, wenn dadurch ein gewalttätiger Konflikt vermieden werden konnte. Terrorgruppen wie jene von Carlos und die Organisation Abu Nidals sollten, wenn möglich, mit Absprachen und Zugeständnissen von Anschlägen in Frankreich abgehalten werden. Ein Kurs der Unnachgiebigkeit wurde nur dann verfolgt, wenn Informationen an die Öffentlichkeit gelangten. Allerdings wurden angesichts einer stark sensibilisierten öffentlichen Meinung solche Fälle nun zur Regel. Über Terrorismusbekämpfung ließ sich nicht mehr nur in den Hinterzimmern des Präsidentenpalastes entscheiden. Der Staat sah sich immer öfter zur Rechtfertigung seines Vorgehens in der Öffentlichkeit gezwungen. Hinzu kam, dass die französischen Sicherheitsbehörden etwa ab 1983/84 über deutlich verbesserte Möglichkeiten verfügten, gegen die Terroristen vorzugehen. Dies zeigte sich unter anderem an der Zerschlagung von ASALA und der Festnahme des Anführers der FARL, George Ibrahim Abdallah.

Die effektivste Maßnahme Frankreichs im Kampf gegen den internationalen Terrorismus war allerdings eine defensive – und kam einer Bankrotterklärung gegenüber der Gewalt im Nahen Osten gleich, deren Ausläufer nun auch Paris bedrohten. Frankreich zog sich aus seinen traditionellen Einflussgebieten in der Levante weitgehend zurück. Im Frühjahr 1984 verließen die französischen Truppen den Libanon, Mitterrand reiste zu Gesprächen nach Syrien, um dort die „friedensstiftende Rolle“ eines der wichtigsten Terror-Sponsoren zu loben. Auch im Israel-Palästina Konflikt wurde eine aktive Vermittlerrolle nicht mehr angestrebt. Für die ehemalige Großmacht, die gerade im Libanon auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine einflussreiche Rolle behalten hatte, bedeutete dieser Rückzug eine signifikante Zäsur. Der Erfolg gab den Architekten des neuen Kurses dennoch Recht. Frankreich blieb vom internationalen Terrorismus ab 1984 vorerst weitgehend verschont.

Das einzige Politikfeld, in dem der neue Kurs Mitterrands auf Widerstand innerhalb des linken Lagers stieß, war die vorsichtige Abkehr von einem bedingungslosen Asyl für politische Flüchtlinge, die in Frankreichs Nachbarländern als Terroristen gesucht wurden. In der Frage der italienischen Flüchtlingskolonie in Paris waren die Beharrungskräfte innerhalb der Sozialistischen Partei so groß, dass der Präsident ein faktisches dauerhaftes Bleiberecht für alle Flüchtlinge

durchsetzte, die glaubhaft machen konnten, sich aus dem bewaffneten Kampf zurückgezogen zu haben. Die Proteste der italienischen Regierung hatten letztlich keine Auswirkungen. Anders lagen die Dinge in Spanien, wo sich die ETA nach dem Ende der Franco-Diktatur in eine Spirale der Gewalt geworfen hatte und das Überleben der jungen spanischen Demokratie gefährdete. Das französische Baskenland diente als Rückzugsgebiet, wo ETA-Mitglieder vor der Verfolgung durch die spanische Justiz sicher waren. Spanien übte erheblichen diplomatischen Druck aus, um Frankreich zur Zusammenarbeit zu bewegen und verurteilte Terroristen nach Spanien auszuliefern. Zum Einlenken wurde Frankreich aber erst durch den Staatsterrorismus der *Grupos Antiterroristas de Liberación* gezwungen, deren Mordanschläge drohten, auch die Situation im Inland zu destabilisieren. Die Auslieferung von drei Basken nach Spanien im Herbst 1984 leitete eine Wende in der französischen Asylpolitik ein, auch wenn die Proteste innerhalb der Linken Mittelrand zunächst von weiteren Auslieferungen absehen ließen. Der Versuch Robert Badinters, allgemeingültige und rechtsverbindliche Regeln für den Umgang mit terroristischer Gewalt aufzustellen, scheiterte. Mittelrand wählte auch hier den Weg einer flexiblen Strategie der Konfliktvermeidung.

## 5. Die Rückkehr der Konservativen

Die Parlamentswahlen vom März 1986 brachten einen knappen Sieg der konservativen Parteien. Der Zusammenschluss von RPR und UDF erreichte mit einem Vorsprung von zwei Abgeordneten die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Der *Front National* war mit 35 Abgeordneten erstmals im Parlament vertreten. Der PS bildete weiterhin die stärkste Fraktion, musste aber dennoch in die Opposition gehen. Der Niedergang der Kommunistischen Partei bestätigte sich mit einem Wahlergebnis von unter zehn Prozent.<sup>575</sup>

Am 18. März ernannte Präsident Mittelrand Jacques Chirac zum Premierminister. Damit trat eine Situation ein, die die Republik vor eine bis dahin ungekannte Herausforderung stellte: An der Spitze des Staates standen nun zwei Männer aus entgegengesetzten politischen Lagern. Eine solche Kohabitation entsprach nicht dem Geist der von Charles de Gaulle geprägten Verfassung und bewirkte einen fundamentalen Wechsel der Verfassungswirklichkeit.<sup>576</sup> Der Staatspräsident verlor seine überragende Machtposition. Das Machtzentrum verschob sich in Richtung Parlament und Regierung. Chirac berief sich auf Artikel 20 der Verfassung, der besagte, dass die „Regierung die Politik der Nation bestimmt und leitet“.<sup>577</sup>

<sup>575</sup> Vgl. Becker, *Histoire politique de la France depuis 1945*, S. 203.

<sup>576</sup> Zum Phänomen der Kohabitation vgl. u. a. Jean Massot, *Alternance et cohabitation sous la V<sup>e</sup> République*, Paris 1997; Pierre Avril/Jean Gicquel, *Cohabitation*, in: Sirinelli, *Dictionnaire historique de la vie politique*, S. 252–256.

<sup>577</sup> Vgl. *Constitution de la République française du 4 octobre 1958*, Art. 20 [<http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958.html>], zuletzt abgerufen am 17. 11. 2016].

Mitterrand akzeptierte die Richtlinienkompetenz des Premierministers, im Gegenzug gestand ihm Chirac ein Mitspracherecht in der Außen- und Verteidigungspolitik zu, da die Verfassung hier keine eindeutige Interpretation zuließ.<sup>578</sup>

Im Bereich der Innenpolitik hatte die Regierung freie Hand, auch wenn Mitterrand mehrfach seine Unterschrift unter Verordnungen verweigerte.<sup>579</sup> Das in der Oppositionszeit entwickelte Programm wurde weitgehend umgesetzt. Dabei stand an erster Stelle die Durchsetzung marktliberaler Prinzipien nach dem Vorbild der „konservativen Revolutionen“ von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien.<sup>580</sup> Die 1981 verstaatlichten Großunternehmen und Banken wurden wieder privatisiert, Steuern gesenkt, Entlassungen erleichtert und die Arbeitszeiten flexibilisiert.<sup>581</sup>

Die zweite der selbstgestellten Hauptaufgaben war die Wiederherstellung der Sicherheit. Der UDF-Politiker und zukünftige Minister für Kultur, François Léotard, erläuterte im Jahr 1985 die Position der französischen Konservativen:

[...] die Sicherheit der Personen und Sachen [zählt] zu den hoheitlichen Bereichen, in denen die Autorität des Staates ohne Schwäche durchgesetzt werden muss. Der sozialistische Staat hat sich in seinem Willen, in alle möglichen Bereiche einzugreifen, verzettelt, erschöpft und schließlich selbst überfordert. Er hat es dabei vernachlässigt, den Franzosen die grundlegendste der Freiheiten, die die Bedingung für alle anderen ist, zu garantieren: jene der Sicherheit im Alltag. Jeder kann dies spüren, aber die Regierung zieht es vor, die Fakten zu leugnen und dieses Gefühl als psychologische Verirrung und als Sicherheitswahn abzustempeln.<sup>582</sup>

Weitreichende Folgen hatte die Kohabitation auf der institutionellen und personellen Ebene der Politik der inneren Sicherheit. Wie kaum ein anderer Politikbereich war die Terrorismusbekämpfung seit 1982 vom Präsidialamt aus konzipiert und durchgesetzt worden. Mit dem Wahlsieg der Konservativen wurden Sicherheitsberater Gilles Ménage und die Antiterrorzelle entmachtet. Der Élysée-Palast fiel, so Pierre Favier und Michel Martin-Rolland in ihrer Chronik der Mitterrand-Jahre, in eine Art „Dornröschenschlaf“:

Das Telefon klingelt nicht mehr, es kommen nur wenige Besucher, selten finden Besprechungen statt. Die Berater des Präsidenten haben den Beruf gewechselt. Statt in den Entscheidungsprozess der Regierung einzugreifen, geht es nur mehr darum, den Präsidenten über die Pläne der Gegner zu informieren.<sup>583</sup>

Das Innenministerium übernahm die Federführung in allen die innere Sicherheit des Landes betreffenden Fragen. Auch der Einfluss des Parlamentes wurde gestärkt, da Premierminister Chirac von seiner Mehrheit in der Nationalversamm-

<sup>578</sup> Vgl. Becker, *Histoire politique de la France depuis 1945*, S. 206.

<sup>579</sup> Die Regierung ließ daraufhin Gesetze im Schnellverfahren durch das Parlament verabschieden. Vgl. Bernard, *La France de 1981 à 2002*, S. 66 f.

<sup>580</sup> Zu den USA und zu Großbritannien in den 1980er Jahren vgl. u. a. Steven F. Hayward, *The Age of Reagan. The Conservative Counterrevolution 1980–1989*, New York 2009; Richard Vinen, *Thatcher's Britain. The Politics and Social Upheaval of the Thatcher Era*, London/New York 2010.

<sup>581</sup> Vgl. Donegani/Sadoun, *Le jeu des institutions*, S. 476.

<sup>582</sup> Vgl. François Léotard, Vorwort, in: Bernard Plaisat, *Retrouver la sécurité*, Paris 1985.

<sup>583</sup> Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 487.

lung abhängig war und große Teile der geplanten Reformen mit neuen Gesetzen durchgesetzt werden sollten.

## 5.1 Das konservative Konzept der Terrorismusbekämpfung

### Unsicherheit als Wahlkampfthema

Die Unsicherheit blieb während der gesamten 1980er Jahre ein zentrales Thema der konservativen Parteien. Sie warfen der Linken Nachlässigkeit im Umgang mit Straftätern vor. Während die Kritik sich zunächst auf polemische Reaktionen, insbesondere nach schweren Straftaten und Terroranschlägen, beschränkte, entwickelten RPR und UDF ab 1984 ein eigenes Programm, mit dem sie ihr Profil als Garanten der Sicherheit schärfen konnten. Dies entsprach den Erwartungen des konservativen Wahlvolkes und wurde später als entscheidend für den Sieg bei den Parlamentswahlen im Jahr 1986 eingeschätzt.<sup>584</sup> Nach einer Umfrage am Wahlabend hielten 78 Prozent der Wähler der UDF und 72 Prozent der Wähler des RPR das Thema Sicherheit für „sehr wichtig“. Lediglich der Arbeitslosigkeit wurde mit 79 und 82 Prozent eine größere Bedeutung beigemessen.<sup>585</sup>

Während das Thema in der Wahlwerbung der Sozialisten praktisch nicht vorkam, nahm „Sicherheit“ auch in der Fernsehkampagne der Konservativen den zweiten Platz ein.<sup>586</sup> Dabei musste Rücksicht auf die Positionen des rechtsextremen *Front National* genommen werden, der seine wachsende Popularität ebenfalls aus der gefühlten Unsicherheit der Bevölkerung zog und die Forderung nach härteren Sicherheitsmaßnahmen mit ausländerfeindlichen Parolen verband.<sup>587</sup> Die Konservativen reagierten darauf mit einer Doppelstrategie. Während Hardliner wie der spätere Innenminister Charles Pasqua sich in ihrer Rhetorik dem FN annäherten, vertrat Parteiführer Jacques Chirac einen moderaten Kurs, um die Wähler der politischen Mitte anzusprechen.<sup>588</sup>

Eine Hochburg der Konservativen war der Senat, wo sie weiterhin über eine Mehrheit der Abgeordneten verfügten und wo Charles Pasqua als Fraktionsvorsitzender des RPR die Opposition gegen die Regierung anführte.<sup>589</sup> Mit dem Beginn der Terrorwelle des Jahres 1982 begann auch die Sicherheitskampagne der

<sup>584</sup> Daher beschlossen die Abgeordneten des RPR im März 1987, das Thema Sicherheit weiterhin offensiv zu vertreten. Vgl. *Le Monde* vom 26.3.1987, „La sécurité et la participation au menu de la journée d'études parlementaire du RPR“.

<sup>585</sup> Bei den Wählern des FN nahm „Sicherheit“ mit 81 Prozent den ersten Platz unter den bestimmenden Problemen ein. Dagegen hielten nur 53 Prozent der Wähler des PS das Thema für sehr wichtig. Vgl. Jean-Louis Missika/Dorine Bregman, *La campagne: la sélection des controverses politiques*, in: Elisabeth Dupoirier/Gérard Grunberg, *Mars 1986: la drôle de défaite de la gauche*, Paris 1986, S. 97–116, hier S. 119.

<sup>586</sup> Vgl. ebenda, S. 104.

<sup>587</sup> Vgl. Thomas Lampe, *Der Aufstieg des „Front National“ in Frankreich. Extremismus und Populismus von rechts*, Frankfurt a. M. 1992, S. 77–79.

<sup>588</sup> Vgl. Bernard, *La France de 1981 à 2002*, S. 50.

<sup>589</sup> Zu Pasquas Rolle im Senat zwischen 1981 und 1986 vgl. Philippe Boggio/Alain Rollat, *Ce terrible monsieur Pasqua*, Paris 1988, S. 172–201.

Konservativen. Nach dem Bombenanschlag in der Rue Marbeuf vom 22. April 1982 erklärte Pasqua im Senat:

Im Namen humanistischer Prinzipien hat die Regierung es zugelassen, dass sich Terroristen auf französischem Boden niederlassen, deren Ziel die Destabilisierung unseres Landes ist. [...] Denn es war im Namen dieser Prinzipien, dass die Regierung, im gleichen Moment, in dem sie tausende Kriminelle aus den Gefängnissen entließ, die staatlichen Instrumente gegen die schwersten Gewaltverbrechen abschaffte. [...] seit einem Jahr hat sich die Regierung dafür eingesetzt, die französische Gesellschaft ihrer Instrumente zur Verteidigung gegen den Anstieg der Gewalt und des Terrorismus zu berauben.<sup>590</sup>

Die Parteizeitung des RPR *La Lettre de la Nation* diene als Sprachrohr der konservativen Hardliner und trat immer wieder mit scharfen Angriffen auf die Politik der sozialistischen Regierung hervor.<sup>591</sup> Nach dem Anschlag in der Rue Marbeuf im April 1982 schrieb das Blatt:

Der Rücktritt von drei Ministern für den toten Körper einer Frau und ihres ungeborenen Kindes, für die 63 Verletzten, von denen mindestens elf ihr Leben lang behindert bleiben werden. Das ist nicht zu viel verlangt! Außenminister Claude Cheysson, Justizminister Robert Badinter, Innenminister Gaston Defferre sind direkt verantwortlich für diesen „verabscheuungswürdigen Anschlag“.<sup>592</sup>

Am 3. Mai 1982 demonstrierten auf Initiative des von Pasqua gegründeten Vereins „Solidarität und Verteidigung der Freiheit“ mehrere tausend Menschen gegen „Terrorismus und Gewalt“, vor allem aber gegen die Regierungspolitik der Linken.<sup>593</sup> Pasqua erreichte auch die Einsetzung einer Senatskommission zur „Kontrolle der mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit beauftragten Staatsbehörden“. Der von Senator René Tomasini (RPR) verfasste und im November 1982 veröffentlichte Bericht stellte einen „alarmierenden Anstieg der Unsicherheit“ und eine allgemeine „Malaise“ in den Sicherheitsbehörden fest.<sup>594</sup> Verantwortlich für diesen Zustand sei die Inkompetenz der Regierung, die weder über eine einheitliche Strategie noch über den notwendigen Willen verfüge.<sup>595</sup>

Wie soll man im Übrigen auch nicht die Unzulänglichkeit der staatlichen Antwort auf die Herausforderung durch die Unsicherheit feststellen? [...] Die Ursachen für dieses Scheitern sind vielfältig. Sie erklären sich zum Teil aus Schlamperei, zum Teil aus Fehlern der Minister, die mit Sicherheitsproblemen befasst sind, andere wiederum aus Fehleinschätzungen auf der Ebene der höchsten Staatsämter.<sup>596</sup>

<sup>590</sup> Sénat, Questions d'actualité au gouvernement, in: JORF vom 30. 4. 1982, S. 1503.

<sup>591</sup> Vgl. u. a. *Lettre de la Nation* vom 26. 4. 1982, S. 1; 20. 7. 1983, S. 1; 28. 1. 1985, S. 1; 7. 4. 1986, S. 1.

<sup>592</sup> *Lettre de la Nation* vom 23. 4. 1982, S. 1.

<sup>593</sup> Nach der Demonstration distanzieren sich eine Reihe konservativer Politiker von Pasquas Initiative, da sich unter den Demonstranten auch Rechtsextreme befunden hatten und diese sogar den Ordnungsdienst der Veranstaltung gestellt hatten. Vgl. Boggio/Rollat, Pasqua, S. 192 f.

<sup>594</sup> Vgl. Sénat, Rapport fait au nom de la Commission de contrôle des services de l'État chargés du maintien de la sécurité publique, créée en vertu de la résolution adoptée par le Sénat le 6 mai 1982, par René Tomasini, Sénateur, annexe au procès-verbal de la séance du 8 novembre 1982, S. 5.

<sup>595</sup> Vgl. ebenda, S. 44.

<sup>596</sup> Ebenda, S. 42.

Der Kommissionsbericht schlug die Wiedererrichtung des Staatssicherheitshofes sowie eine Personalaufstockung in den Sicherheitsbehörden vor.<sup>597</sup> Die sozialistischen und kommunistischen Kommissionsmitglieder distanzieren sich von dem Bericht wegen seiner „Parteilichkeit“.<sup>598</sup>

1984 folgte die Aufstellung eines eigenen Sicherheitskonzeptes. Die Jahresversammlung des RPR verabschiedete im November 1984 eine Resolution unter dem Titel „Die Sicherheit garantieren“.<sup>599</sup> Der Generalsekretär des RPR Jacques Toubon verkündete: „Wir müssen eine neue Sicherheitspolitik aufbauen“.<sup>600</sup> Toubon war auch der Autor eines Buches mit dem Titel „Der Angst ein Ende machen“.<sup>601</sup> In dem im April 1985 von RPR und UDF verabschiedeten gemeinsamen Wahlprogramm bildete der „Wiederaufbau des republikanischen Staates mit seinen grundlegenden Aufgaben der Sicherheit, der Verteidigung und der Justiz“ eines von vier Hauptkapiteln.<sup>602</sup>

Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes setzten die Konservativen Anfang des Jahres 1986 immer stärker auf das Thema der Sicherheit, auch weil seit dem Dezember 1985 eine neue Terrorwelle das Land traf. Am 7. Februar 1986 stellten Jacques Toubon und der Generalsekretär des RPR für Sicherheitsfragen Jacques Godfrain ein ausführliches Sicherheitsprogramm vor.<sup>603</sup> Darin erläuterte die Partei die großen Linien ihres Ansatzes. So sollten die „Autorität und die Mittel der Polizei wieder aufgebaut“ werden, nachdem sie seit 1981 vernachlässigt und demoralisiert worden sei.<sup>604</sup> Als Priorität der konservativen Sicherheitspolitik präsentierte das Programm den Kampf gegen die Drogen, ein härteres Vorgehen gegen Ausländer, die dazu gebracht werden müssten, „den Rechtsstaat zu respektieren“ sowie den Kampf gegen den Terrorismus.<sup>605</sup> Zwei Tage später nahm auch der Spitzenkandidat der Gaullisten Jacques Chirac ausführlich in einem Zeitungsinterview Stellung. Er erklärte, dass die Franzosen kein Vertrauen mehr in die sozialistische Regierung hätten und eine „strenge und realistische“ Sicherheitspolitik erwarteten, so wie sie im Wahlprogramm des RPR festgehalten worden sei.<sup>606</sup>

<sup>597</sup> Ebenda, S. 49–58.

<sup>598</sup> Déclaration des commissaires appartenant au groupe socialiste, au groupe communiste et à la formation des sénateurs radicaux de gauche rattachée administrativement au groupe de la gauche démocratique, in: Ebenda, S. 62.

<sup>599</sup> Vgl. Dokumentationszentrum LR, Assises Nationales du RPR, Grenoble 17./18.11.1984, Protokoll, maschinenschriftlich, Motion de synthèse „Garantir la Sécurité“ (Eric Raoult, rapp.; Emmanuel Aubert, présid.).

<sup>600</sup> La Lettre de la Nation vom 14.11.1984, S. 1.

<sup>601</sup> Jacques Toubon, Pour en finir avec la peur, Paris 1984.

<sup>602</sup> Donegani/Sadoun, Le jeu des institutions, S. 464.

<sup>603</sup> Vgl. „Une politique pour la sécurité“ – brochure présentée le 7 février 1986 par Jacques Toubon et Jacques Godfrain, secrétaire général à la sécurité, in: RePèRes. Bulletin de liaison des cadres du mouvement vom 24.2.1986.

<sup>604</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>605</sup> Ebenda, S. 3 f.

<sup>606</sup> Le Figaro vom 8./9.2.1986, „Interview: Terrorisme et criminalité. Chirac: ‚Ce qu’il faut faire‘“.

## Das konservative Anti-Terror-Programm

Die Konservativen verfügten bereits vor ihrem Wahlsieg im März 1986 über ein ausgearbeitetes Konzept zur Bekämpfung des Terrorismus, das ein detailliertes und kohärentes Gegenprogramm zur sozialistischen Regierungspolitik darstellte.<sup>607</sup> Im Vordergrund standen darin eine effektivere Strafverfolgung und eine Politik der Härte gegenüber Terroristen.

Ausgangspunkt für die Erarbeitung des konservativen Programmes war die RPR-Fraktion im Senat unter Fraktionschef Charles Pasqua. Im November 1983 initiierte Pasqua die Gründung einer parlamentarischen Kontrollkommission zur Untersuchung der „Arbeit der Sicherheits- und Polizeibehörden im Kampf gegen den Terrorismus“. Der im Mai 1984 vorgelegte Bericht von Senator Paul Masson (RPR) wurde zu einem Meilenstein in der Entwicklung der französischen Anti-Terrorismus-Politik.<sup>608</sup> Er stellte die erste tiefgehende Studie zu Terrorismus und Terrorismusbekämpfung seit dem Algerienkrieg dar und sollte die französische Politik auf Jahre hinaus prägen. Auch die sozialistische Regierung konnte sich der von dem Kommissionsbericht ausgehenden Dynamik nicht entziehen. Noch im Oktober 1984 setzte Innenminister Pierre Joxe eine Kernforderung der Senatoren um und ließ ein zentrales Koordinations- und Verbindungsbüro zur Terrorismusbekämpfung (UCLAT) einrichten.<sup>609</sup>

Die Kommissionsmitglieder hatten nicht nur die wissenschaftliche Literatur ausgewertet und der Studie eine umfangliche Reflexion über das Phänomen des „neuen Terrorismus“ vorangestellt,<sup>610</sup> eine Delegation hatte zudem Informationsreisen in die Nachbarländer Frankreichs unternommen. Besonders ausführlich betrachtet wurde das Vorgehen der italienischen und der bundesdeutschen Behörden, wobei als mögliches Modell die italienische Kronzeugenregelung sowie die Zentralisierung der Sicherheitsbehörden unter dem General Dalla Chiesa hervorgehoben wurden.<sup>611</sup> Auch die Terrorismusdatenbank in der Bundesrepublik erregte das Interesse der Delegation.<sup>612</sup> Gerade am deutschen Beispiel übten

<sup>607</sup> Oehmichen vermutet dagegen, die Maßnahmen der Regierung Chirac seien eine Folge der Terroranschläge des Jahres 1986. Vgl. Anna Oehmichen, *Terrorism and Anti-Terror Legislation. The Terrorised Legislator? A Comparison of Counter-Terror Legislation and Its Implications on Human Rights in the Legal Systems of the United Kingdom, Spain, Germany and France*, Antwerpen u. a. 2009, S. 291.

<sup>608</sup> Vgl. Sénat, *Rapport fait au nom de la Commission de contrôle des conditions de fonctionnement, d'intervention et de coordination des services de police et de sécurité engagés dans la lutte contre le terrorisme, créée en vertu de la résolution adoptée par le Sénat le 18 novembre 1983*, par Paul Masson, Sénateur, annexe au procès verbal de la séance du 17 mai 1984.

<sup>609</sup> Zur Gründung des UCLAT vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 58–60.

<sup>610</sup> Vgl. Sénat, *Rapport fait au nom de la Commission de contrôle des conditions de fonctionnement, d'intervention et de coordination des services de police et de sécurité engagés dans la lutte contre le terrorisme, créée en vertu de la résolution adoptée par le Sénat le 18 novembre 1983*, par Paul Masson, Sénateur, annexe au procès verbal de la séance du 17 mai 1984, S. 9–32. Zitiert wurden u. a. Arbeiten von Gérard Chaliand, Claire Sterling, Édouard Sablier, Walter Laqueur, Xavier Raufer und Annie Kriegel. Vgl. ebenda, S. 28.

<sup>611</sup> Vgl. ebenda, S. 63

<sup>612</sup> Ebenda, S. 55.

die französischen Beobachter aber auch Kritik. So seien letztlich zu viele Daten gesammelt worden, die Umstände der Anklage, Verurteilung und Verteidigung der Terrorverdächtigen hätten nicht immer den Grund- und Menschenrechten entsprochen und die Haftbedingungen mehrere Gefangene zum Selbstmord getrieben.<sup>613</sup>

Der Bericht definierte Terrorismus als einen „Akt der Gewalt in einem Rechtsstaat, mit dem eine kleine Minderheit ihren Willen den Behörden oder dem Souverän, also dem Wähler, aufzwingen“ will.<sup>614</sup> Alle in Frankreich auftretenden Formen politischer Gewalt fielen unter diese Definition. Eine Differenzierung des staatlichen Vorgehens nach den unterschiedlichen politischen Motiven der Terroristen sah das Konzept nicht vor. Frankreich befinde sich, so der Bericht, in einer Art Krieg gegen den Terrorismus.<sup>615</sup> Das Land sei zu einem „bevorzugten Ziel des Terrorismus“ geworden.<sup>616</sup> Anders als in den europäischen Nachbarstaaten habe der Antiterrorkampf aber nicht zu einer „administrativen Rationalisierung“ und „hierarchischen Zentralisierung“ geführt, sondern einen „Wildwuchs der Entscheidungszentren, die Parallelität mehrerer Behörden und das Fehlen einer echten Koordination“ hervorgebracht.<sup>617</sup>

Der Bericht unterschied zwischen mehreren Phasen: einer – gescheiterten – Politik der Öffnung zu Beginn von Mitterrands Mandat, einer Politik der Repression ab 1982, die in ihrem Willen einer Neuausrichtung aber zu einer gefährlichen Konkurrenz der Sicherheitsbehörden geführt habe, sowie einer dritten, „traditionelleren“ Phase, in der das Innenministerium und die Polizei wieder an Gewicht gewonnen hätten.<sup>618</sup> Die Kommission, die sich auf umfangreiche Informationen des Innenministeriums stützen konnte, zeichnete zudem ein detailliertes Bild der Vielzahl von Behörden, die mit der Bekämpfung politischer Gewalt beauftragt waren, sowie der zum Teil erheblichen finanziellen Anstrengungen der Regierung auf dem Gebiet.<sup>619</sup>

In der Schlussfolgerung schlugen die Senatoren eine Neuordnung der Terrorismusbekämpfung auf fünf Ebenen vor.<sup>620</sup> *Erstens* müsse ein „einheitlicher politischer Wille“ und ein kohärentes Vorgehen auf Regierungsebene gesichert werden.<sup>621</sup> Dafür sollte ein beim Premierminister angesiedeltes interministerielles Verbindungsbüro geschaffen werden, das einen mehrjährigen Regierungsplan ausarbeiten solle.<sup>622</sup> *Zweitens* müsse eine bessere Koordination der Sicherheitsbehörden erfolgen. Eine zentrale Stelle solle die Bündelung und den Austausch zwischen den 15 mit der Terrorismusbekämpfung beschäftigten Diensten über-

<sup>613</sup> Vgl. ebenda, S. 56.

<sup>614</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>615</sup> Vgl. ebenda, S. 19.

<sup>616</sup> Ebenda, S. 92.

<sup>617</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>618</sup> Vgl. ebenda, S. 167–170.

<sup>619</sup> Vgl. ebenda, S. 91–166.

<sup>620</sup> Ebenda, S. 174.

<sup>621</sup> Ebenda, S. 175.

<sup>622</sup> Vgl. ebenda, S. 176–179.

nehmen. Außerdem müssten unter anderem die Einheiten der Grenzpolizei verstärkt, der Aufbau der Anti-Terror-Datenbank vorangetrieben sowie ein nicht fälschbarer Personalausweis eingeführt werden.<sup>623</sup> *Drittens* sollten die französischen Gesetze und Verordnungen an die neue Situation angepasst werden. Dafür müsse zunächst ein Straftatbestand des Terrorismus geschaffen werden. Der Polizeigewahrsam solle von zwei auf vier Tage verlängert werden und eine Zentralisierung der Gerichtsverfahren erfolgen. Schließlich müsse die Ausstellung von Visa für nicht-europäische Ausländer eingeschränkt und die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerländern verstärkt werden.<sup>624</sup> Der innovativste Programmpunkt betraf *viertens* eine vertiefte wissenschaftliche Reflexion über den Terrorismus. So sollten in Zukunft Forschungen auf der Ebene der Regierung, in den Universitäten und in spezialisierten Institutionen gefördert und die Ausbildung etwa an den Polizeischulen um das Thema „Terrorismus“ ergänzt werden.<sup>625</sup> *Fünftens* schlug die Kommission vor, das „Verhältnis zur öffentlichen Meinung“ zu verbessern. Grundlage dieser Überlegung war die Feststellung, dass erst die Berichterstattung über einen Anschlag diesem zu einer überregionalen Wirksamkeit ver helfe. Nach dem Beispiel Großbritanniens müsse eine „Kultur der Gelassenheit“ im öffentlichen Umgang mit dem Terrorismus entwickelt werden.<sup>626</sup>

Obwohl die Kommission erklärte, ein gänzlich neues Konzept der Terrorismusbekämpfung vorzustellen, ähnelten viele Vorschläge jenen, die auch innerhalb der Regierung diskutiert wurden.<sup>627</sup> Die Senatoren verzichteten auf Maximalforderungen wie die Wiederherstellung des Staatssicherheitshofes und der Todesstrafe. Dennoch setzte der Bericht wichtige Akzente für eine Neuausrichtung. Im Gegensatz zur Regierungspolitik standen insbesondere die Ideen zur juristischen Behandlung politischer Gewalt. Die Forderung nach einer Zentralisierung auf der Ebene der Untersuchungsrichter und der Staatsanwaltschaft schien wie die Einführung einer milderen Version des 1981 aufgelösten Staatssicherheitshofes. Am folgenreichsten – und dem sozialistischen Konzept diametral entgegengesetzt – war die Idee, einen eigenen Straftatbestand für „terroristische Verbrechen“ im Strafgesetzbuch einzuführen.

Der Bericht der Senatskommission war für die Opposition ein höchst wertvolles Instrument im Wahlkampf. Alle späteren Wahlkampfvorschläge stützten sich auf die Arbeitsergebnisse der Kommission. Auch das im September 1986 verabschiedete Anti-Terrorismus-Gesetz geht auf den Senatsbericht vom Mai 1984 zurück.<sup>628</sup>

Im November 1985 stellte der RPR-Abgeordnete und zukünftige Minister für öffentliche Sicherheit Robert Pandraud in einem Vortrag ausführlich das Sicher-

<sup>623</sup> Vgl. ebenda, S. 178–186.

<sup>624</sup> Vgl. ebenda, S. 186–196.

<sup>625</sup> Vgl. ebenda, S. 196–199.

<sup>626</sup> Ebenda, S. 199.

<sup>627</sup> Ebenda, S. 174.

<sup>628</sup> Vgl. Loi n° 86–1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10956–10958.

heitskonzept der Konservativen im Wahlkampf vor. Er kritisierte zunächst scharf die Politik der Sozialisten, deren Bilanz in der Terrorismusbekämpfung „in besonderer Weise negativ“ sei.<sup>629</sup>

Widersprüchlich, zögerlich und isoliert im westlichen Lager, dazu Prahlerien, wie jene in der Rede des Präsidenten („was zählt, ist der Wille, den Terrorismus auf allen Gebieten zurückzudrängen, ihn bis zur Wurzel zu verfolgen“), das sind die Charakteristika der im wahrsten Sinne des Wortes libertären französischen Regierungspolitik seit 1981.<sup>630</sup>

Danach präsentierte Pandraud das Programm der Gaullisten. Die staatlichen Strukturen der Terrorismusbekämpfung sollten zentralisiert und besser koordiniert werden. Dazu übernahm Pandraud aus dem Kommissionsbericht die Idee eines interministeriellen Verbindungsbüros, das die großen politischen Linien in der Terrorismusbekämpfung festlegen sollte. In einem zweiten Punkt ging er über den Vorschlag der Senatoren hinaus. So sollten die verschiedenen mit dem Terrorismus beschäftigten Dienste nicht nur ein gemeinsames Verbindungsbüro erhalten, sondern in einer Direktion zusammengelegt werden. Ebenfalls angelehnt an den Kommissionsbericht forderte Pandraud die Zentralisierung der juristischen Instanzen nach dem Vorbild des Staatssicherheitshofes: „Es muss dringend eine permanente, zentrale und spezialisierte Rechtsinstanz geschaffen werden, die für terroristische Straftaten und für alle Angriffe auf die Sicherheit des Staates zuständig ist.“<sup>631</sup> Ebenso sei die Schaffung eines Terrorismus-Artikels im Strafgesetzbuch unerlässlich. Zusätzlich sollte auch die „Verherrlichung des Terrorismus“ zukünftig unter Strafe gestellt werden.<sup>632</sup> Schließlich müsste, wie in Italien, eine Kronzeugenregelung eingeführt und Terroristen in Isolationshaft genommen werden können.<sup>633</sup> Einen vordringlichen Arbeitsbereich stelle die internationale Zusammenarbeit auf politischer, juristischer und polizeilicher Ebene dar.<sup>634</sup> Unter anderem sollten Verträge mit Italien und Spanien abgeschlossen und Terroristen vom politischen Asylrecht ausgeschlossen werden.<sup>635</sup>

Die wesentlichen Punkte des von Pandraud präsentierten Programmes wurden in den verschiedenen Medien der Konservativen im Verlauf des Jahres 1985 immer wieder vorgestellt.<sup>636</sup> Besonderer Wert wurde dabei auf die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit gelegt. Angesichts der terroristischen Bedrohung könne es sich Frankreich nicht leisten, sich weiterhin von seinen Partnerländern in Europa zu isolieren. So schlug die Kommission „Justiz“ des RPR im Jahr 1985 eine Reihe von Reformen für eine stärkere europäische Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden vor. Die Regierung solle nicht nur für die

<sup>629</sup> Robert Pandraud, *Le terrorisme est un défi lancé à l'État de droit*, in: *Les Cahiers de la Fondation du Futur* 8 (1986), S.13–18, hier S.14.

<sup>630</sup> Ebenda, S.16.

<sup>631</sup> Ebenda, S.16.

<sup>632</sup> Ebenda, S.17.

<sup>633</sup> Vgl. ebenda, S.17.

<sup>634</sup> Vgl. ebenda, S.18.

<sup>635</sup> Vgl. ebenda, S.18.

<sup>636</sup> Vgl. u. a. *Lettre de la Nation* vom 4. 4. 1984, S.1, „Comment ‚vraiment‘ lutter contre le terrorisme“; *Lettre de la Nation* vom 16. 4. 1985, S.2, „Propositions du RPR (plan d'urgence)“.

Ratifizierung der lange ignorierten internationalen Verträge im eigenen Land sorgen (z. B. der Europäischen Konvention gegen den Terrorismus), sondern auch neue, weitergehende Vertragswerke anstoßen.<sup>637</sup> Außerdem müssten bilaterale Verträge mit Italien, Spanien und Deutschland abgeschlossen werden, deren Auslieferungsanträge von Frankreich in den letzten Jahren systematisch abgewiesen worden waren.<sup>638</sup>

Einen Monat vor den Parlamentswahlen fasste Oppositionsführer Jacques Chirac die Positionen seiner Partei in einem Zeitungsinterview zusammen. Die Anti-Terrorismus-Politik müsse, so Chirac, „vollständig neu gedacht“ werden:

Seit 1981 wurden alle Instrumente, die unser Recht für den Kampf gegen die Gewalt vorsieht, aufgelöst oder zerstört: Personenkontrollen, Staatssicherheitshof, Hochsicherheitstrakte, Abschaffung der Todesstrafe, ohne eine Ersatzstrafe zu schaffen [...]. Gleichzeitig wurde das Projekt eines nicht-fälschbaren Personalausweises abgebrochen, der Polizeigewahrsam verkürzt und die Auslieferungen eingefroren. Wer erinnert sich im Übrigen nicht an die Freilassung von 300 Terroristen im Jahr 1981? [...] Der Kampf gegen den Terrorismus erfordert die Schaffung einer zentralen, permanenten und spezialisierten Gerichtsbarkeit. Es muss ein Artikel über repressive Maßnahmen gegen den Terrorismus im Strafgesetzbuch eingeführt werden. Außerdem sind, auf der Grundlage des erfolgreichen italienischen Modells, Strafreduzierungen für Kronzeugen vorstellbar. Im Bereich der Polizei ist eine bessere Koordination auf der Leitungs- und auf der Ebene der Umsetzung notwendig. Die vorhandenen Mittel müssen stärker konzentriert und die Ausbildung der Beamten verbessert werden. Eine stärkere europäische Zusammenarbeit ist unabdingbar. [...] Es ist klar, dass Terroristen kein politisches Asyl gewährt werden darf, was heute leider noch der Fall ist.<sup>639</sup>

In der Antwort Chiracs werden die beiden Elemente der konservativen Wahlkampfstrategie im Bereich der Anti-Terrorismus-Politik deutlich. Angesichts des Anstiegs des internationalen Terrorismus wurde zunächst die Regierungspolitik als zögerlich, nachlässig und chaotisch, sowie in ihrer ideologischen Naivität als mit den Gewalttätern sympathisierend dargestellt. Dies war umso wirksamer, als die Sozialisten unter Mitterrand zwar eine Wende in der Sicherheitspolitik vollzogen hatten, diese aber nur teilweise in ihrer Außendarstellung nachvollzogen. Die Themen Unsicherheit, Sicherheit und Terrorismus kamen im Wahlkampf der linken Parteien praktisch nicht vor. Dagegen präsentierte die Opposition ein Programm, das nicht nur ein härteres Vorgehen gegen Terroristen versprach, sondern zudem den Eindruck einer echten Expertise und eines insgesamt pragmatischen und effektiven Konzeptes erweckte.

Dies gelang, obwohl das wesentlich auf dem Senatsbericht des Jahres 1984 basierende Programm weniger als Gegensatz, denn als Zuspitzung der sozialistischen Anti-Terrorismus-Politik verstanden werden muss. Auch wenn gaullistische Sicherheitspolitiker wie Charles Pasqua und Robert Pandraud mit Vorliebe auf die „libertäre“ Politik des Jahres 1981 verwiesen, ähnelte das konservative Projekt in vielen Punkten der Regierungspolitik der Jahre 1982 bis 1986. Im Innenministe-

<sup>637</sup> Dokumentationszentrum LR, Propositions sur la coopération judiciaire européenne contre le terrorisme présentées par la commission „Justice“ du R. P. R. (1985).

<sup>638</sup> Vgl. ebenda.

<sup>639</sup> Le Figaro vom 8./9. 2. 1986, „Interview: Terrorisme et criminalité. Chirac: ‚Ce qu’il faut faire“.

rium arbeitete man an einer besseren Koordination zwischen den Sicherheitsbehörden, die zuständigen Spitzenbeamten der Ministerien trafen sich regelmäßig, um die größeren Linien der Anti-Terrorismus-Politik festzulegen. Eine gewisse Zentralisierung erfolgte auch auf der Ebene der Untersuchungsrichter und der Staatsanwaltschaft. Selbst in der Frage der Auslieferungen bewegte sich die Regierung in Richtung einer stärkeren Kooperation mit den europäischen Nachbarländern. Die wirklichen Neuerungen, wie die Definition einer terroristischen Straftat, versprachen zudem keineswegs einen verbesserten Schutz vor terroristischen Anschlägen, sondern konnten erst wirksam werden, sobald ein Attentäter gefasst war.

Das offensiv vertretene Anti-Terror-Konzept der Konservativen bildete dennoch einen entscheidenden Vorteil im Wahlkampf. Der mit dem Senatsbericht von 1984 erlangte Vorsprung konnte von den Sozialisten nicht mehr aufgeholt werden. Während die Politik der Regierung als improvisiertes Stückwerk erschien, verfügte die Opposition über ein umfassendes und in sich stimmiges Programm, das ein härteres Vorgehen gegen den Terrorismus versprach. Dies war für die Wahlen von umso größerer Bedeutung, als Ende 1985 eine neue Terrorwelle aus dem Nahen Osten einsetzte und der Terrorismus erneut zum bestimmenden Thema der öffentlichen Debatten wurde.

## 5.2 Der neue Stil in der Terrorismusbekämpfung

### Das Regierungsprogramm zur Wiederherstellung der Sicherheit

Wie als Bestätigung der Forderungen nach schärferen Maßnahmen gegen den Terrorismus explodierte am 20. März 1986, zwei Tage nach der Ernennung Jacques Chiracs zum Premierminister, ein Sprengsatz in einer Einkaufspassage auf den Champs-Élysées und forderte zwei Tote und 28 Verletzte. Zu der Tat bekannte sich ein „Solidaritätskomitee für die arabischen politischen Gefangenen und die politischen Gefangenen aus dem Nahen Osten“. In den nächsten Tagen folgten weitere Bombenanschläge im Zentrum von Paris.<sup>640</sup>

Die Regierung setzte umgehend einen „Rat für innere Sicherheit“ nach dem Vorbild des US-amerikanischen *National Security Council* ein.<sup>641</sup> Das Gremium sollte regelmäßig tagen und die Leitlinien der Regierungspolitik in Sicherheitsfragen festlegen. Vorsitzender war Premierminister Chirac selbst, daneben waren die Minister für Inneres, Sicherheit, Justiz, Außenpolitik und Verteidigung vertreten.<sup>642</sup> Der Rat für innere Sicherheit demonstrierte die Entschlossenheit der Regierung Chirac, der inneren Sicherheit nunmehr höchste Priorität einzuräumen.

<sup>640</sup> Vgl. *Le Monde* vom 22. 3. 1986, S. 1, „Le terrorisme, première épreuve pour le gouvernement de M. Chirac“.

<sup>641</sup> Vgl. ebenda.

<sup>642</sup> Vgl. ebenda.

In der eigentlichen Terrorismusbekämpfung blieb seine Rolle in der Folge aber beschränkt.<sup>643</sup>

Das am 26. März 1986 im Ministerrat verabschiedete Arbeitsprogramm der Regierung erklärte die „Förderung der Sicherheit in einer freien Gesellschaft“ zu einer der drei Hauptaufgaben der Legislaturperiode.<sup>644</sup> In seiner Regierungserklärung vor der Nationalversammlung räumte Premierminister Jacques Chirac dem Thema ebenfalls großen Raum ein. Dabei wurde deutlich, dass das Sicherheitskonzept der neuen Regierung über die klassischen Bereiche von Kriminalität und Terrorismus hinausging und auch Fragen der nationalen Identität, Einwanderung und Integration umfasste. Am 9. April 1986 erklärte Chirac in der Nationalversammlung:

Der Anstieg der Kriminalität und der Unsicherheit bewirken, dass die Lebensqualität, für die man uns im Ausland beneidete, sinkt und dass in den Herzen einer wachsenden Zahl unserer Mitbürger eine große Sorge herrscht. Der Terrorismus mit seinen neuesten Auswüchsen bringt eine fast existenzielle Unruhe in die westlichen Demokratien, unsere eigene bleibt davon leider nicht ausgenommen. In noch stärkerem Maße zweifelt Frankreich an seiner Zukunft als Nation, die auf einer gemeinsamen Kultur und dem Willen zusammenzuleben basiert. Zum einen sehen wir trotz dem offiziellen, aber nicht effektiv kontrollierten Einwanderungsstopp einen ununterbrochenen Anstieg der ausländischen Bevölkerung auf unserem Territorium, zum anderen mindert unsere demographische Schwäche unsere Tatkraft, und wir schaffen es nicht einmal mehr, unseren Bevölkerungsstand zu halten. All diese Phänomene zehren an der Seele eines Volkes und tragen dazu bei, ein Klima zu schaffen, in dem sich die Ungewissheit vermischt mit Erwartungen und Hoffnungen.<sup>645</sup>

Für den eigentlichen Bereich der Terrorismusbekämpfung wiederholte Chirac das im Wahlkampf entwickelte Programm. Im Strafgesetzbuch werde eine „terroristische Straftat“ eingeführt, der Polizeigewahrsam von zwei auf vier Tage verlängert, und die Möglichkeit des Straferlasses für Kronzeugen, die bereit waren, gegen ihre Komplizen auszusagen, eingerichtet. Außerdem kündigte Chirac die Zentralisierung aller Terrorismus-Prozesse bei einem spezialisierten Gericht in Paris und die Zusammenlegung der zuständigen Polizeibehörden an, um eine höhere Effizienz zu gewährleisten.<sup>646</sup>

Ein detailliertes Programm folgte am 23. April 1986. Es wurde von Innenminister Charles Pasqua und Justizminister Albin Chalandon vorgestellt.<sup>647</sup> *Erstens* sollten Polizei und Gendarmerie besser ausgestattet werden. Im Großraum Paris würden etwa 1000 Neueinstellungen erfolgen, außerdem sollten erstmals 400 Rekruten ihren Wehrdienst innerhalb der Polizei ableisten. *Zweitens* sollten neue Gesetze und Verordnungen die Arbeit der Behörden erleichtern. Ein neues Gesetz sollte es den Beamten erlauben, zu jeder Zeit Personenkontrollen durchzuführen,

<sup>643</sup> Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 84.

<sup>644</sup> Neben der Wiedereinführung des Verhältniswahlrechtes und der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Vgl. *Archives Nationales*, 15 AG CM 175, 26. 3. 1986.

<sup>645</sup> *Assemblée Nationale, Déclaration de politique générale du gouvernement, 1<sup>re</sup> séance du 9 avril 1986*, in: *JORF* vom 10. 4. 1986, S. 87–107, hier S. 87.

<sup>646</sup> Vgl. ebenda, S. 90.

<sup>647</sup> Vgl. *Archives Nationales*, 15 AG CM 175, 23. 4. 1986.

um so „Angriffen auf die öffentliche Ordnung zuvorzukommen“.<sup>648</sup> Ein anderes Gesetzesprojekt sah die Einführung von nicht-fälschbaren Personalausweisen vor. Außerdem sollten die wichtigsten Karteien von Polizei und Gendarmerie digitalisiert und die polizeilichen Meldezettel in Hotels und Pensionen wieder eingeführt werden.<sup>649</sup> Ein *dritter* Bereich umfasste ein Gesetzespaket zur Bekämpfung des Terrorismus und der Kriminalität, das im Sommer 1986 verabschiedet werden sollte. Es bildete den Kern des bereits in der Oppositionszeit vorbereiteten Sicherheitsprogrammes und beinhaltete die Zentralisierung der Terrorismusprozesse in Paris, die Verlängerung des Polizeigewahrsams sowie die Einführung der Kronzeugenregelung und einer „Ersatzstrafe“ für die Todesstrafe: einer Sicherheitsverwahrung von 30 Jahren für Schwerttäter. Außerdem sollte die Ausweisung von Ausländern, die eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung darstellten, erleichtert und eine staatliche Unterstützung von Opfern terroristischer Anschläge eingeführt werden.<sup>650</sup> *Viertens* sah der Plan die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft vor.<sup>651</sup>

Wie in allen offiziellen Äußerungen zur Bekämpfung des Terrorismus achtete die Regierung darauf, die unbedingte Einhaltung der rechtsstaatlichen Regeln zu betonen. Das Kommuniké der Minister endete mit dem Satz: „Das Programm wird selbstverständlich unter der strikten Einhaltung der Verfassung, der Bürgerrechte sowie der internationalen Verpflichtungen Frankreichs durchgeführt.“<sup>652</sup>

Stärker noch als im Wahlkampf wurde die innere Sicherheit zum Leitmotiv des konservativen Regierungsprogrammes. Die Anti-Terrorismus-Politik erlangte höchste Priorität. Seit dem Mai 1968 hatte kein Regierungsprogramm der inneren Sicherheit eine so hohe Bedeutung zugemessen.<sup>653</sup> Neu waren dabei weniger die geplanten und umgesetzten Maßnahmen, die keineswegs eine radikale Wende hin zu einem repressiven Sicherheitsstaat bedeuteten, als die Rhetorik der Staatsvertreter. Hatten die Sozialisten zu Anfang des Jahrzehnts noch von der „Freiheit als der wichtigsten Sicherheit“ gesprochen, dominierte nun die Sicherheit als „erste der Freiheiten“.

### Die neue Macht des Innenministeriums

Für die Umsetzung der Sicherheitspolitik bestimmte Premierminister Chirac mit Charles Pasqua als Innenminister und Robert Pandraud als dessen „Delegierten Minister für Sicherheit“ zwei Vertraute, die zudem maßgeblich an der Erarbeitung des konservativen Programmes beteiligt gewesen waren. Anders als unter

<sup>648</sup> Ebenda.

<sup>649</sup> Vgl. ebenda.

<sup>650</sup> Ebenda.

<sup>651</sup> Vgl. ebenda.

<sup>652</sup> Ebenda.

<sup>653</sup> Dies wird auch in den Überblickswerken zur Geschichte der V. Republik deutlich, die die Sicherheitspolitik als besonderes Merkmal der Jahre 1986 bis 1988 hervorheben. Vgl. u. a. Bernard, *La France de 1981 à 2002*, S. 59–62; Becker, *Histoire politique de la France depuis 1945*, S. 203–207.

Gaston Defferre und Joseph Franceschi paralyisierte diese Doppelbesetzung das Ministerium nicht, obwohl auch Pandraud auf den Posten des Innenministers gehofft hatte.<sup>654</sup> Pasqua übernahm die „politischeren“ Aufgaben und dominierte die Öffentlichkeitsarbeit. Pandraud kümmerte sich als „Polizeiminister“ um die unverzügliche Umsetzung der vorbereiteten Reformen.<sup>655</sup> Beide achteten darauf, in der Öffentlichkeit mit einer Stimme zu sprechen, beschäftigten eine gemeinsame Pressesprecherin und erschienen gemeinsam zu den wöchentlichen Treffen des Ministerrates.<sup>656</sup>

Die besonderen Umstände der Kohabitation verhalfen dem Innenministerium zu einem Grad an Machtfülle und Autonomie, den es seit der Gründung der V. Republik noch nie erreicht hatte. Was von Präsident Mitterrand und seinem Sicherheitsberater Gilles Ménage im Bereich der Terrorismusbekämpfung ab 1982 auf die Spitze getrieben wurde, war gleichwohl seit 1958 eine Konstante des politischen Systems in Frankreich gewesen: Das Präsidialamt bestimmte die großen Linien der Politik der inneren Sicherheit, entschied über die Besetzungen der Ministerposten und behielt sich bei strittigen und problematischen Fragen das letzte Wort vor. Diese Rolle wurde in der Zeit der Kohabitation zwar teilweise vom Beraterstab des Premierministers übernommen, dieser verfügte aber nicht über die überragende Autorität eines Präsidenten. Zudem ließ Chirac seinen Ministern für Inneres und Sicherheit, deren autoritärer Kurs hohe Popularität genoss, weitgehend freie Hand, auch um sein Image als moderater Konservativer im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen nicht zu beschädigen.<sup>657</sup>

Die markanteste Folge der neuen Machtkonstellation war, dass Pasqua und Pandraud weit in die Zuständigkeitsbereiche anderer Ministerien eingriffen. Das Innenministerium übernahm die Führung bei den Verhandlungen um die Freilassung der französischen Geiseln im Libanon – traditionell eine Domäne des Außenministers.<sup>658</sup> Pasqua und Pandraud unternahmen Auslandsreisen, um das Vorgehen im internationalen Kampf gegen den Terrorismus abzustimmen und stellten eigene diplomatische Berater ein.<sup>659</sup> Grundlegend für diese Entwicklung war zum einen der Wille, ein starkes und einheitliches Entscheidungszentrum zu schaffen. Zum anderen zielte die weitgehende Ausschaltung der Diplomaten im *Quai d'Orsay* auf die Isolierung des Präsidialamts. Da der Premierminister und der Präsident sich in außenpolitischen Angelegenheiten abstimmen mussten, war eine Kompetenzverschiebung in Richtung des Innenministeriums im Sinne der konservativen Regierung. Zu Konflikten führte die Dominanz des Innenministeriums auch im Verhältnis mit Justizminister Albin Chalandon, der die Um-

<sup>654</sup> Vgl. Pasqua, *Ce que je sais I*, S.161.

<sup>655</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 570.

<sup>656</sup> Vgl. ebenda.

<sup>657</sup> Vgl. Jacques Chirac, *Mémoires. Chaque pas doit être un but*, Paris 2009, S.334.

<sup>658</sup> Vgl. Pasqua, *Ce que je sais*, S.183–195, 222–236.

<sup>659</sup> Vgl. Wieviorka, *French Politics and Strategy on Terrorism*, S. 83.

setzung der juristischen Aspekte des Reformprogrammes übernahm und dessen Vorschläge als zu liberal kritisiert wurden.<sup>660</sup>

Charles Pasqua und Robert Pandraud verkörperten in ihrem Auftreten, ihrer Rhetorik und auch in ihren politischen Biographien einen autoritären, aber zugleich professionellen Zugang zur öffentlichen Sicherheit und zur Terrorismusbekämpfung. Pasqua (1927–2015) war einer der einflussreichsten Politiker der französischen Rechten.<sup>661</sup> Als Gründungsmitglied des gaullistischen RPR verfügte er über ein großes Netzwerk innerhalb der Partei. Zugleich war er einer der umstrittensten Politiker seiner Zeit, dem auch eine gewisse Nähe zum Rechts extremismus nachgesagt wurde.<sup>662</sup> Anders als die meisten seiner Kollegen war er nicht durch eine der Pariser Elitehochschulen geformt worden, sondern hatte jahrzehntelang für den französischen Alkoholika-Hersteller *Ricard* gearbeitet.<sup>663</sup> Bereits mit 15 Jahren gehörte er einem Netzwerk der Résistance an. Nach dem Krieg engagierte er sich in der gaullistischen Bewegung. Pasqua war einer der Chefs der 1959 gegründeten gaullistischen Geheimorganisation *Service d'Action Civique* (SAC), die im Untergrund gegen die Terroristen der OAS kämpfte.<sup>664</sup> Der SAC war eng mit dem kriminellen Milieu verbunden und wurde 1982 verboten.<sup>665</sup> 1968 errang Pasqua sein erstes Mandat in der Nationalversammlung. In den 1970er Jahren war er wesentlich am Aufstieg Chiracs innerhalb des konservativen Lagers beteiligt.<sup>666</sup> Pasqua gehörte zum rechten Flügel des RPR. Er forderte die Wiedereinführung der Todesstrafe und plädierte 1988 für eine Allianz mit dem *Front National*, der, so Pasqua, „die gleichen Werte“ wie die konservativen Parteien vertrete.<sup>667</sup>

Robert Pandraud (1928–2010) verfügte seinerseits über eine jahrzehntelange Erfahrung innerhalb des Innenministeriums und der Polizei und galt als Spezialist für Fragen der öffentlichen Sicherheit.<sup>668</sup> Nach der Absolvierung der Elitehochschulen *Sciences Po Paris* und ENA sowie Stationen als hoher Funktionär in verschiedenen Präfekturen, übernahm er seit 1970 eine Reihe zentraler Funktionen innerhalb des Innenministeriums und der Polizei. Laut Michelle Zancarini-

<sup>660</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 571.

<sup>661</sup> Zur Biographie Pasquas vgl. u. a. Pasqua, *Ce que je sais*; Boggio/Rollat, *Ce terrible monsieur Pasqua*; Nicolas Beau, *La maison Pasqua*, Paris 2002.

<sup>662</sup> Vgl. Boggio/Rollat, *Ce terrible monsieur Pasqua*, S. 232–236.

<sup>663</sup> Vgl. Jean Charlot/Bernard Lachaise, Charles Pasqua, in: Sirinelli, *Dictionnaire historique de la vie politique*, S. 906–908, hier S. 906.

<sup>664</sup> Zur Geschichte des SAC vgl. François Audigier, *Histoire du SAC. La part d'ombre du gaullisme*, Paris 2003; ders., *Le SAC de 1968 à 1974. Une officine de renseignement politique?*, in: Laurent, *Politiques du renseignement*, S. 109–136.

<sup>665</sup> Vgl. Décret n° 82–670 du 3 août 1982 portant dissolution de l'association dénommée Service d'action civique, in: JORF vom 4. 8. 1982, S. 2492.

<sup>666</sup> Vgl. u. a. Boggio/Rollat, *Ce terrible monsieur Pasqua*, S. 137–146.

<sup>667</sup> Vgl. *L'Express* vom 18. 3. 2011 [[http://www.lexpress.fr/actualite/politique/marine-le-pen-fait-main-basse-sur-la-droite\\_972761.html](http://www.lexpress.fr/actualite/politique/marine-le-pen-fait-main-basse-sur-la-droite_972761.html)], zuletzt abgerufen am 29. 6. 2016].

<sup>668</sup> Vgl. u. a. *Libération* vom 18. 2. 2010, „L'ancien ministre de la Sécurité publique Robert Pandraud est décédé“ [<http://www.liberation.fr/politiques/0101620111-l-ancien-ministre-de-la-securite-publique-robert-pandraud-est-decede>], zuletzt abgerufen am 29. 7. 2016].

Fournel war er einer jener hohen Staatsdiener, die das „repressive Erbe“ des Mai 1968 bis in die 1980er Jahre hineinbrachten.<sup>669</sup> Pandraud hatte Anfang der 1970er Jahre unter Innenminister Marcellin an der Bekämpfung der „revolutionären Gruppen“ teilgenommen. Nach einer Zwischenstation im Kabinett von Innenminister Michel Poniatowski war er von 1975 bis 1978 Chef der nationalen Polizeibehörden und dort unter anderem für die Verfolgung der gewalttätigen Separatisten auf Korsika und in der Bretagne verantwortlich.<sup>670</sup> Ab 1983 leitete er das Kabinett von Jacques Chirac im Pariser Rathaus.<sup>671</sup>

Ein wichtiger Teil der konservativen Anti-Terrorismus-Politik – und die zunächst sichtbarste Kursänderung unter der neuen Regierung – bestand in der Art und Weise, wie die Minister über den Terrorismus und seine Bekämpfung sprachen. Pasqua und Pandraud thematisierten offensiv die terroristische Gefahr und erklärten zugleich ihre Entschlossenheit, mit aller Härte dagegen vorzugehen. Das wichtigste Ziel dieser Kommunikationsstrategie war es, den Eindruck zu erwecken, dass die Regierung die Situation kontrollierte.<sup>672</sup> Pasqua versprach kurz nach seinem Amtsantritt, er werde „die Terroristen terrorisieren“.<sup>673</sup> Bei einem Besuch in der Pariser Metro, die, so der Minister, wieder zu einem Ort gemacht werden sollte, „in dem man sich normal bewegen kann“, erklärte er:

„Der Terrorismus muss vogelfrei gemacht werden. Er ist eine weltweite Plage. Die Unsicherheit muss die Seiten wechseln. Zwischen dem Terrorismus und uns herrscht Krieg!“<sup>674</sup>

Ebenfalls Teil der Kommunikationsstrategie war es, der Polizei symbolisch das Vertrauen auszusprechen.<sup>675</sup> Am 19. April 1986 berichtete Pasqua im rechts-konservativen *Figaro-Magazine*: „Ich habe das Amt des Innenministers um 17.15 Uhr übernommen. Bereits 15 Minuten später hatten alle Polizeidirektionen die Anweisung zur Härte erhalten. Das Vertrauen ist schnell zurückgekehrt.“<sup>676</sup> Empörung löste auf Seiten der Linken die Ankündigung aus, das Ministerium werde seine Beamten schützen, auch wenn es zu „Unfällen“ komme.<sup>677</sup> Damit werde, so die Kritiker, ein „Blankoschein“ für Polizeigewalt ausgestellt.<sup>678</sup> Robert Pandraud ergänzte, letztlich seien „alle Mittel recht“, um die Sicherheit wiederherzustellen.<sup>679</sup>

<sup>669</sup> Zancarini-Fournel, *Les années 1968*, S. 581.

<sup>670</sup> Vgl. ebenda.

<sup>671</sup> Chirac war von 1977 bis 1995 Bürgermeister von Paris. Vgl. *Le Monde* vom 22. 3. 1986, S. 12, „Le défi terroriste au nouveau ministre de la sécurité“.

<sup>672</sup> Vgl. Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 96 f.

<sup>673</sup> Vgl. *Der Spiegel* vom 5. 5. 1986, S. 141, „Frankreich: Großes Kaliber“.

<sup>674</sup> Zitiert nach: *Le Monde* vom 15. 4. 1986, S. 11, „Recentrage“.

<sup>675</sup> Einige Wochen zuvor waren bereits vier Polizisten wieder in den Polizeidienst aufgenommen worden, die nach den illegalen Polizeidemonstrationen des Jahres 1983 ihres Amtes enthoben worden waren. Vgl. *Le Monde* vom 30./31. 3. 1986, S. 7, „Quatre policiers ont été réintégrés par M. Charles Pasqua“.

<sup>676</sup> Zitiert nach: Boggio/Rollat, *Ce terrible monsieur Pasqua*, S. 242.

<sup>677</sup> Ebenda, S. 249.

<sup>678</sup> Vgl. *Le Monde* vom 8. 7. 1986, S. 11, „Après la bavure de la rue de Mogador. L'indispensable reconstitution“.

<sup>679</sup> Vgl. Boggio/Rollat, *Ce terrible monsieur Pasqua*, S. 249.

Die Minister regten außerdem die Bevölkerung dazu an, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Für Informationen, die zur Ergreifung eines Terrorverdächtigen führten, wurden finanzielle Belohnungen ausgerufen.<sup>680</sup> Wer seine Komplizen anzeigte, sollte in Zukunft straffrei ausgehen können. Im ganzen Land wurden Steckbriefe mit Fotos der gesuchten *Action Directe*-Mitglieder, später auch der, in der Pariser Terrorwelle verdächtigen, Abdallah-Brüder aufgehängt.<sup>681</sup> Damit kehrte die Regierung zu einer Praxis zurück, die seit der Besetzung durch das nationalsozialistische Deutschland verpönt gewesen war und insbesondere in der Linken als Anstiftung zur Denunziation kritisiert wurde.<sup>682</sup>

Die Politik Pasquas rief bei Menschenrechtsorganisationen scharfe Kritik hervor. Der Präsident der Liga für Menschenrechte Yves Jouffa erklärte: „Es wird mir bewusst, dass die Grenze, die den seit 1981 so bemerkenswert weiterentwickelten Rechtsstaat von einem Willkür- und Polizeistaat trennt, hauchdünn geworden ist.“<sup>683</sup> Auch die linken Parteien kritisierten das „Klima der Angst“, das von der Regierungspolitik ausgehe.<sup>684</sup> Selbst innerhalb der konservativen Mehrheit wurden immer wieder Stimmen laut, die die „Übertreibungen“ und die „Zügellosigkeit“ des Innenministers kritisierten.<sup>685</sup> Dennoch war die Strategie des Tandems Pasqua-Pandraud zunächst erfolgreich. Nathalie Cettina hat die Dynamik, die von der offensiven Kommunikationspolitik ausging, beschrieben:

Mit seiner Strenge, seinen klaren und gleichbleibenden Aussagen, der Förderung neuer Methoden und seiner vollen Rückendeckung für den Sicherheitsapparat, überzeugt der Minister die Behörden von seiner Fähigkeit, eine politisch heikle Krise zu meistern. Schnell setzt sich Charles Pasqua als Meister der Situation und „großer Chef“ durch, von dem sich die verschiedenen Mitarbeiter problemlos führen lassen. Seine starke Persönlichkeit, sein besonderes Charisma, sein Sinn für Autorität und die Fähigkeit, seine Ansichten und Methoden durchzusetzen, erweisen sich als die sehnlichst erwarteten Charakterzüge eines echten „Polizeichefs“.<sup>686</sup>

Zugleich warnten Kommentatoren vor den Risiken der Politik der Härte.<sup>687</sup> Diese betrafen neben dem befürchteten Anstieg der Polizeigewalt (der ehemalige Premierminister Raymond Barre sprach in Anspielung auf den Algerienkrieg von möglichen „konterterroristischen Auswüchsen“)<sup>688</sup> auch die Unberechenbarkeit der terroristischen Bedrohung: Sollte es trotz aller neuen Sicherheitsmaßnahmen erneut zu Anschlägen kommen, setze sich die Regierung dem Vorwurf einer wirkungslosen Symbolpolitik aus.<sup>689</sup>

<sup>680</sup> Vgl. *Le Monde* vom 21.5.1986, S. 12, „Le ministre de la sécurité augmente la rémunération des informateurs“.

<sup>681</sup> Vgl. ebenda.

<sup>682</sup> Vgl. Miard-Delacroix, *Deutsch-französische Geschichte*, S. 173.

<sup>683</sup> Zitiert nach: *Der Spiegel* vom 5. 5. 1986, S. 140.

<sup>684</sup> Vgl. u. a. Jean Liberman, *Terrorisme: L'Étau*, in: *L'Unité* vom 28. 3. 1986, S. 22 f.

<sup>685</sup> Vgl. Boggio/Rollat, *Ce terrible monsieur Pasqua*, S. 240–253.

<sup>686</sup> Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 83.

<sup>687</sup> Vgl. u. a. Edwy Plenel, *Gesticulation à risque*, in: *Le Monde* vom 24. 5. 1986, S. 1/8.

<sup>688</sup> Zitiert nach: Ebenda, S. 6.

<sup>689</sup> Vgl. ebenda.

Als das Land im September 1986 tatsächlich von der schwersten Terrorwelle seit dem Ende des Algerienkrieges getroffen wurde, zeigte sich, dass die Strategie der Regierung dennoch funktionierte. Die Politik der Minister für Inneres und für Sicherheit blieb weiter populär. Angesichts der terroristischen Bedrohung stellte sich die Nation geeint hinter ihre Regierung.<sup>690</sup>

### Die Grenzen der Politik der Härte

Ende des Jahres 1986 wurden dennoch die Grenzen der Politik der Härte deutlich. Bereits im Sommer hatten zwei Fälle von Polizeigewalt zu Protesten geführt.<sup>691</sup> Im Oktober 1986 spaltete Pasqua erneut die öffentliche Meinung, als er, wie um die Effektivität des kurz zuvor verabschiedeten Gesetzes zum „Eintritt und Aufenthalt von Ausländern“ zu beweisen, 101 Einwanderer aus Mali mittels eines Eilverfahrens abschieben ließ.<sup>692</sup> Ihre Ausweisung am 18. Oktober 1986 in einem eigens angemieteten Charterflugzeug inszenierte das Innenministerium als Medienevent.<sup>693</sup>

Als das Land im November und Dezember 1986 von den größten Studentenprotesten seit dem Mai 1968 erschüttert wurde, war dies auch eine Reaktion auf die Politik des Innenministeriums der vorangegangenen Monate. Anlass der Proteste war ein Gesetz zur Modernisierung der Hochschulbildung, das den Universitäten größere Autonomie versprach, aber auch Personalkürzungen und eine stärkere Selektion bei Studienanfängern vorsah.<sup>694</sup> Eine der Anführerinnen der Studenten, die 24-jährige Isabelle Thomas, erklärte: „Die Regierung hat sich die gesamte Jugend zum Feind gemacht: mit dem Flugzeug für die Malier, dem Staatsbürgerschaftsgesetz, der Privatisierung der Gefängnisse und den Fällen der Polizeigewalt im Sommer.“<sup>695</sup> Ende November marschierten täglich etwa 500 000 Menschen auf den Straßen von Paris und den großen Städten der Provinz. Die Regierung trat in Verhandlungen mit den Studenten, konnte sich aber nicht zu größeren Zugeständnissen durchringen.<sup>696</sup>

Am 4. Dezember 1986 eskalierte die Situation. Demonstranten bewarfen die Sicherheitskräfte mit Steinen, Flaschen und Molotow-Cocktails. Die CRS antworteten mit Wasserwerfern. 41 Demonstranten und 20 Polizisten mussten im Krankenhaus behandelt werden. Ein Student verlor ein Auge, einem anderen Demonstranten wurde die Hand abgerissen.<sup>697</sup> Am nächsten Tag riefen die Studenten zu Demonstrationen gegen die Polizeigewalt auf. Autos wurden angezündet und Scheiben von Geschäften eingeschlagen. Im *Quartier Latin* rings um die

<sup>690</sup> Vgl. Simone Veil, *Terrorisme*, in: SOFRES, *L'État de l'opinion 1987*, S. 9–26, hier S. 15 f.

<sup>691</sup> Vgl. Boggio/Rollat, *Ce terrible monsieur Pasqua*, S. 248–251. Vgl. auch *Le Monde* vom 8. 7. 1986, S. 11, „Après la ‚bavure‘ de la rue de Mogador“.

<sup>692</sup> Vgl. *Le Monde* vom 22. 10. 1986, S. 10, „Les expulsions vers Bamako“.

<sup>693</sup> Vgl. Weil, *La France et ses étrangers*, S. 282.

<sup>694</sup> Vgl. Bernard, *La France de 1981 à 2002*, S. 64 f.

<sup>695</sup> Zitiert nach: Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 599.

<sup>696</sup> Vgl. den Bericht bei Pasqua, *Ce que je sais*, S. 196–210.

<sup>697</sup> Vgl. Attali, *Verbatim II*, S. 267.

Sorbonne kam es mehrfach zu Zusammenstößen. Gegen ein Uhr nachts griffen Motorradereinheiten ein, um die Demonstranten zu zerstreuen.<sup>698</sup> Der 22-jährige algerischstämmige Malik Oussekine, der nicht an den Demonstrationen teilgenommen hatte, wurde in einen Hauseingang verfolgt und mit Schlagstöcken verprügelt.<sup>699</sup> Der an einer Nierenkrankheit leidende Student der Betriebswissenschaften starb in der Nacht an seinen Verletzungen.<sup>700</sup>

Der Tod von Malik Oussekine stürzte die Regierung Chirac in eine Krise. Die Universitätsreform wurde zurückgezogen.<sup>701</sup> Der Minister für Forschung und Bildung, Alain Devaquet, musste zurücktreten.<sup>702</sup> Chirac vertagte zudem die Verhandlungen um die Gesetze zur Erneuerung des Staatsbürgerschaftsrechtes und zur Privatisierung der Gefängnisse.<sup>703</sup> Er selbst ging dauerhaft geschwächt aus den Ereignissen hervor und sah auch seine Chancen als Präsidentschaftskandidat im Jahr 1988 gemindert.<sup>704</sup> Insbesondere Innenminister Pasqua und Sicherheitsminister Pandraud zogen den Zorn der Studenten auf sich.<sup>705</sup> Die Sozialisten unter Präsident Mitterrand, der sich geschickt als überparteilicher Kritiker darstellte, konnten von der Regierungskrise profitieren.<sup>706</sup>

### 5.3 Das Anti-Terrorismus-Gesetz vom September 1986

Wichtigster Bestandteil des Reformprogrammes der Regierung war das Gesetzespaket zur „Wiederherstellung der Sicherheit“, dessen Kern wiederum das geplante Gesetz zum „Kampf gegen den Terrorismus und Angriffe auf die Sicherheit des Staates“ bildete.<sup>707</sup> Entsprechend schnell handelte die Regierung. Bereits im Mai 1986 stellte Justizminister Albin Chalandon vier Gesetzesprojekte zur „Sicherheit von Personen und Sachen“ vor, die der Ministerrat umgehend verabschiedete.<sup>708</sup>

Zur Überraschung vieler politischer Beobachter fielen die einzelnen Gesetzesvorlagen deutlich moderater aus erwartet.<sup>709</sup> Anders als selbst von Premier Chirac in seiner Regierungserklärung angekündigt, verzichtete Chalandon auf die Einführung einer 30-jährigen Sicherheitsstrafe, die vorzeitige Entlassungen

<sup>698</sup> Die im Nach-Mai vom damaligen Innenminister Raymond Marcellin eingeführten Motorradereinheiten waren 1979 abgeschafft worden. Robert Pandraud ließ sie 1986 wiedereinführen. Vgl. Rigouste, *L'ennemi intérieur*, S.196.

<sup>699</sup> Vgl. *Le Monde* vom 12.12.1986, „La mort de Malik Oussekine. Le témoignage d'un fonctionnaire des finances“.

<sup>700</sup> Vgl. *Le Monde* vom 11.12.1986, S.11, „Le rapport d'autopsie“.

<sup>701</sup> Vgl. Attali, *Verbatim II*, S.271.

<sup>702</sup> Vgl. *Le Monde* vom 7./8.12.1986, S.1, „Alain Devaquet a présenté sa démission“.

<sup>703</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S.612.

<sup>704</sup> Vgl. Chirac, *Chaque pas doit être un but*, S.374–376.

<sup>705</sup> Vgl. *Le Monde* vom 12.12.1986, S.8, „La manifestation des étudiants et des lycéens“.

<sup>706</sup> Vgl. Mitterrands Stellungnahmen gegenüber seinen Mitarbeitern vom 1. bis 11.12.1986 bei Attali, *Verbatim II*, S.260–274.

<sup>707</sup> Vgl. *Le Monde* vom 20.5.1986, S.6, „La lutte contre le terrorisme et ses développements. Nouveaux projets de loi sur la sécurité“.

<sup>708</sup> Vgl. Archives Nationales, 15 AG CM 175, 28.5.1986.

<sup>709</sup> Vgl. u.a. *Le Monde* vom 20.5.1986, S.6, „Compromis“.

ausschloss.<sup>710</sup> Weder die Todesstrafe noch der Staatssicherheitshof sollten wiederhergestellt werden. Auch bei der Definition einer terroristischen Straftat und der Zentralisierung der Terrorismusprozesse in Paris wählte Chalandon einen Mittelweg. Das Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung, das zunächst Teil des Sicherheitspaketes gewesen war, wurde ausgekoppelt und gesondert verhandelt.<sup>711</sup>

Während Oppositionspolitiker wie der PS-Fraktionsvorsitzende Michel Sapin behaupteten, im Justizministerium habe man erst nachträglich verstanden, dass die Forderungen der Konservativen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und die französische Verfassung verstießen, lag der eigentliche Grund wohl in einer Spaltung des Regierungslagers in einen sicherheitspolitisch repressiven und einen moderaten Flügel.<sup>712</sup> Justizminister Albin Chalandon verteidigte unter dem Motto „Weder Peyrefitte noch Badinter“ seinen „Kurs der Mitte“.<sup>713</sup> Edwy Plenel vermutete in *Le Monde*, die „Spezialisten“ im Justizministerium hätten sich gegenüber den „Ideologen“ der Partei durchgesetzt.<sup>714</sup>

Dennoch war das Sicherheitspaket ein Gegenmodell zu den Justizreformen der Sozialisten seit 1981.<sup>715</sup> Ein erstes Gesetz legte fest, dass die Polizei von nun an zu jeder Tageszeit und an jedem Ort befugt war, Personen- und Identitätskontrollen vorzunehmen.<sup>716</sup> Ausländer mussten zusätzliche Dokumente vorweisen, die ihre Berechtigung zu einem Aufenthalt in Frankreich nachwiesen. Eine Weigerung konnte als Straftat ausgelegt werden.<sup>717</sup> Ein zweites Gesetz sah eine Verschärfung der Strafen und eine Beschleunigung des Gerichtsprozesses vor. Es stellte einen Teil der Bestimmungen des 1980 von Justizminister Alain Peyrefitte durchgesetzten und von den Sozialisten wenig später wieder aufgehobenen Gesetzes zur „Sicherheit und Freiheit“ wieder her.<sup>718</sup> So wurden unter anderem ein beschleunigtes Verfahren und eine „Ersatzstrafe“ für die Todesstrafe eingeführt, die 30 Jahre betragen konnte. Anders als zunächst angekündigt, blieb eine Verkürzung der Haftzeit aber weiterhin möglich. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Ausweitung des Straftatbestands der „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“, der nun auch bei kleineren Vergehen als strafverschärfender Umstand geltend gemacht werden konnte.<sup>719</sup> Ein drittes Gesetz erschwerte vorzeitige Haftentlas-

<sup>710</sup> Vgl. Assemblée Nationale, Déclaration de politique générale du gouvernement, 1<sup>re</sup> séance du 9 avril 1986, in: JORF vom 10. 4. 1986, S. 87–107, hier S. 90.

<sup>711</sup> Vgl. *Le Monde* vom 23. 5. 1986, S. 9, „Quatre nouveaux projets de loi“.

<sup>712</sup> Vgl. Assemblée Nationale, Compte rendu des débats, 2<sup>e</sup> séance du 24 juin 1986, in: JORF vom 25. 6. 1986, S. 2420.

<sup>713</sup> Vgl. *Le Monde* vom 23. 5. 1986, S. 1, „Le réveil de M. Chalandon“.

<sup>714</sup> Edwy Plenel, *Le gouvernement face au terrorisme. La droite, plus que la gauche, veut frapper et mobiliser l'opinion en renforçant le dispositif policier et juridique*, in: *Le Monde* vom 18./19. 5. 1986, S. 1, 18.

<sup>715</sup> So auch Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 571.

<sup>716</sup> Vgl. Loi n° 86–1004 du 3 septembre 1986 relative aux contrôles et vérifications d'identité, in: JORF vom 4. 9. 1986, S. 10714.

<sup>717</sup> Vgl. ebenda.

<sup>718</sup> Vgl. Loi n° 86–1019 du 9 septembre 1986 relative à la lutte contre la criminalité et la délinquance, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10954–10956.

<sup>719</sup> Vgl. ebenda.

sungen.<sup>720</sup> In Zukunft konnten nur noch zwei Monate Haft pro Jahr erlassen werden.<sup>721</sup> Damit sollte, wie im Wahlprogramm der Konservativen versprochen, die „Bedeutung der Strafen“ wiederhergestellt werden.<sup>722</sup>

### Das Gesetzesprojekt zum Kampf gegen den Terrorismus und gegen Angriffe auf die Sicherheit des Staates

Das Kernstück des Sicherheitspaketes bildete das Gesetz „zum Kampf gegen den Terrorismus und gegen Angriffe auf die Sicherheit des Staates“.<sup>723</sup> Es umfasste vier Punkte: die Definition einer terroristischen Straftat, die Zentralisierung der Terrorismus-Gerichtsbarkeit in Paris und die damit verbundene Ausweitung der Kompetenzen der Ermittler, die Einführung eines Aufenthaltsverbots und einer Kronzeugenregelung sowie die Möglichkeit, ausländische Vereine wegen Unterstützung terroristischer Straftaten zu verbieten.<sup>724</sup> Das Gesetz stellte einen Kompromiss zwischen der Schaffung einer Sondergerichtsbarkeit und dem 1981 von Robert Badinter durchgesetzten Konzept dar, wonach politische Gewalt als gewöhnliche Straftat behandelt werden sollte. Dies war, so der Berichterstatter der Nationalversammlung, Jacques Limouzy (RPR), dem Bestreben geschuldet, „die notwendigen juristischen Instrumente“ zu schaffen, ohne dabei mit „juristischer Gewalt“ auf die „Gewalt der Terroristen, und sei diese noch so furchtbar“, zu reagieren.<sup>725</sup>

Kern der Neuregelung war die Definition einer terroristischen Straftat im französischen Strafrecht. Dadurch wurde auch die Festlegung prozessualer Sonderregelungen für terroristische Verbrechen möglich. Die Definition bestand aus zwei Elementen: erstens einer geschlossenen Liste von 17 Straftatbeständen, die bereits im Strafgesetzbuch definiert waren. Dazu zählten unter anderem „vorsätzliche Angriffe auf das Leben und die Unversehrtheit einer Person“, Entführung und Freiheitsberaubung, Diebstahl, räuberische Erpressung und der Besitz explosiver Substanzen.<sup>726</sup> Ein zweites Element umfasste die Zielsetzung dieser Taten, mit denen diese erst zu einem terroristischen Akt wurden. Eine terroristische Straftat liege vor, wenn eines der genannten Verbrechen „mit einem individuellen oder

<sup>720</sup> Loi n° 86-1021 du 9 septembre 1986 relative à l'application des peines, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10958 f.

<sup>721</sup> Vgl. ebenda.

<sup>722</sup> Vgl. „Une politique pour la sécurité“ – brochure présentée le 7 février 1986 par Jacques Toubon et Jacques Godfrain, secrétaire général à la sécurité, in: RePèRes. Bulletin de liaison des cadres du mouvement vom 24. 2. 1986.

<sup>723</sup> Vgl. Loi n° 86-1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10956-10958.

<sup>724</sup> Vgl. ebenda.

<sup>725</sup> Assemblée Nationale, Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, annexe au procès-verbal de la séance du 18 juin 1986, S. 6.

<sup>726</sup> Vgl. Loi n° 86-1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10956-10958, hier S. 10956.

gemeinschaftlichen Vorhaben verbunden ist, das darauf gerichtet ist, die öffentliche Ordnung durch Einschüchterung oder Terror in schwerwiegender Weise zu stören“.<sup>727</sup>

Die gewählte Formulierung erinnerte stark an das Gesetz, mit dem 1963 der Staatssicherheitshof geschaffen worden war. Damals hatte der Gesetzgeber ebenfalls mehrere Straftaten aufgezählt und als zweite Bedingung festgelegt, dass diese „in Verbindung mit einem individuellen oder gemeinschaftlichen Vorhaben“ stehen müssten, „das darin besteht oder darauf zielt, die Autorität des Staates mit einer illegalen Autorität zu ersetzen“.<sup>728</sup> Damit wurde das alte Staatsschutzrecht an die neuen Formen und das gewandelte Verständnis von politischer Gewalt angepasst. Das Gesetz richtete sich nicht mehr in erster Linie gegen Subversion und revolutionäre Bestrebungen – der Staat als Ziel und Opfer blieb in der neuen Formulierung sogar vollkommen unberücksichtigt. Mit der Störung der „öffentlichen Ordnung durch Einschüchterung und Terror“ wurde eine Definition gewählt, die in ihrer relativen Offenheit ein neues und weitreichenderes Verständnis des Terrorismus widerspiegelte. Dies war insbesondere im Hinblick auf den internationalen Terrorismus bedeutsam, dessen Akteure in den seltensten Fällen einen politischen Umsturz in Frankreich anstrebten. Es war auch Ausdruck des neuen Sicherheitsdiskurses, in dem nicht mehr die staatliche Ordnung, sondern die Sicherheit des Individuums im Mittelpunkt stand.

Das Anti-Terrorismus-Gesetz von 1986 bildete einen ersten wichtigen Abschluss der Kriminalisierung der politischen Gewalt in Frankreich. Es kodifizierte ein Verständnis von Terrorismus, das diesem weitgehend seine politische Dimension nahm. Die verschiedenen Spielarten des Terrorismus wurden ohne Unterschied als Teil eines größeren Sicherheitsproblems verstanden, zu dem auch die alltägliche Gewalt in den Städten, Kleinkriminalität und illegale Einwanderung gehörten. Berichterstatter Limouzy brachte dies in seinem Parlamentsbericht mit den Worten zum Ausdruck: „Der Terrorismus stellt zurzeit die schwerste und gefährlichste Form der Kriminalität dar, da er das Leben aller Bürger bedroht und die Prinzipien, auf denen unsere Demokratie beruht, in Frage stellt.“<sup>729</sup> Terrorismus galt damit zwar als besonders schwere Straftat – was einen eigenen Straftatbestand möglich und notwendig machte –, aber letztlich doch als eine Form der allgemeinen Kriminalität. Die Oppositionsparteien kritisierten, dass das neue Gesetz den Terrorismus in die Nähe der Schwerekriminalität rücke, da die Definition

<sup>727</sup> Ebenda.

<sup>728</sup> Loi n° 63–22 modifiant et complétant le Code de procédure pénale en vue de la répression des crimes et délits contre la sûreté de l'État, in: JORF vom 16. 1. 1963, S. 24–29, hier S. 24.

<sup>729</sup> Assemblée Nationale, Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, annexe au procès-verbal de la séance du 18 juin 1986, S. 3.

der terroristischen Straftat zum Beispiel auch auf eine Entführung mit dem Ziel einer Lösegelderpressung zutreffen.<sup>730</sup>

Auch der zweite Hauptpunkt des Anti-Terrorismus-Gesetzes stellte einen Kompromiss zwischen der vor 1981 gültigen Regelung und dem unter Mitterrand eingeführten dezentralen Modell der Sozialisten dar. Zwar kann nicht von einer Wiedereinführung des Staatssicherheitshofes gesprochen werden, es wurden aber gleichwohl eine Reihe der von den Sozialisten abgeschafften Elemente wieder in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Auf allen drei Ebenen der Gerichtsbarkeit (Untersuchungsrichter, Staatsanwaltschaft, Richter) wurde eine Zentralisierung in Paris beschlossen. Sobald eine Straftat als „terroristisch“ erkannt wurde, waren die zentralen Pariser Institutionen ermächtigt, den Fall den regional zuständigen Richtern zu entziehen.<sup>731</sup> Die Gesetzesvorlage nahm damit eine der ältesten Forderungen der Konservativen auf: Die Zentralisierung und Spezialisierung in Paris sollte eine bessere Koordinierung der Justiz ermöglichen.

Insbesondere auf der Ebene der Untersuchungsrichter waren die Nachteile der dezentralen Gerichtsbarkeit deutlich geworden. So hatte der Pariser Richter Jean-Louis Bruguière öffentlichkeitswirksam die „Zersplitterung der Ermittlungsarbeiten“ kritisiert, da Ermittlungsverfahren teilweise von verschiedenen Untersuchungsrichtern unabhängig voneinander eröffnet worden waren.<sup>732</sup> Die Untersuchungsrichter beauftragten wiederum unterschiedliche Polizeibehörden mit den Ermittlungen, sodass es vorkommen konnte, dass ein Zeuge von vier verschiedenen Behörden befragt wurde.<sup>733</sup> Die Neuordnung sah die Bildung eines zentralen Pools von Untersuchungsrichtern in Paris vor, von denen sich jeder auf eine bestimmte Form des Terrorismus spezialisieren sollte.<sup>734</sup>

Auf der Ebene der Ermittlungen wurden zudem die deutlichsten prozessualen Abweichungen vom ordentlichen Strafrecht eingeführt. Der Polizeigewahrsam (*garde-à-vue*) für Terrorismus-Verdächtige wurde von 48 auf maximal 96 Stunden verlängert.<sup>735</sup> Damit wurde eine der drängendsten Forderungen der Ermittlungsbehörden erfüllt, zumal der verlängerte Polizeigewahrsam bereits in Fällen des organisierten Drogenhandels angewandt werden durfte.<sup>736</sup> Ebenfalls auf die Erleichterung der Ermittlungsarbeit zielte die Gewährung von Hausdurchsuchungen während der polizeilichen Vorermittlungen (bevor eine offizielle richterliche

<sup>730</sup> Vgl. Assemblée Nationale, Compte rendu des débats, 2<sup>e</sup> séance du 24 juin 1986, in: JORF vom 25. 6. 1986, S. 2427.

<sup>731</sup> Loi n<sup>o</sup> 86–1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10956–10958, hier S. 10956.

<sup>732</sup> Vgl. Le Monde vom 18. 4. 1986, „Les enquêtes judiciaires sur Action Directe. Polémique entre des magistrats lyonnais et un juge parisien“; Cettina, L'antiterrorisme en question, S. 65.

<sup>733</sup> Vgl. ebenda.

<sup>734</sup> Vgl. Loi n<sup>o</sup> 86–1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10956–10958, hier S. 10956.

<sup>735</sup> Vgl. ebenda, S. 10957.

<sup>736</sup> Die Verlängerung von 48 auf 96 Stunden erforderte für jeden Einzelfall die Zustimmung eines Richters. Vgl. ebenda.

Ermittlung eingeleitet wurde).<sup>737</sup> Solche Hausdurchsuchungen sollten nun auch ohne die Zustimmung der Wohnungsbesitzer möglich sein.<sup>738</sup>

Auch auf der Ebene der Anklage wurde eine Zentralisierung und Spezialisierung in Paris beschlossen. Die 14. Sektion der Pariser Staatsanwaltschaft übernahm die Anklage in allen Terrorismusprozessen. Diese Idee war offensiv von Alain Marsaud vertreten worden, einem Pariser Staatsanwalt, der enge Beziehungen zu Charles Pasqua unterhielt und 1986 der erste Direktor der neuen Abteilung wurde.<sup>739</sup> Wie auf der Ebene der Untersuchungsrichter war das Ziel eine verbesserte Koordination und Kompetenzerhöhung. Die lokalen Staatsanwälte waren gehalten, den Fall sofort an die spezialisierten Stellen in Paris abzugeben, sobald sich ein „terroristischer Charakter“ der Straftat abzeichnete. Kam es zu einem offenen Kompetenzkonflikt, weil sich ein Staatsanwalt weigerte, seine Zuständigkeit abzutreten, entschied das Justizministerium.<sup>740</sup>

Eine Zentralisierung sah das Gesetz schließlich auch auf der Ebene der Richter vor. Anders als bei den Untersuchungsrichtern und der Staatsanwaltschaft verzichtete man allerdings auf eine Spezialisierung, damit die Unvoreingenommenheit des Urteils nicht beeinträchtigt würde.<sup>741</sup> Diese Einschränkung stellte einen der wichtigsten Unterschiede zum System des Staatssicherheitshofes dar, wo spezialisierte Militärrichter, die zudem alle zwei Jahre ausgetauscht werden konnten, über politische Gewalttäter zu Gericht gesessen hatten.<sup>742</sup> Dennoch wurde mit dem Gesetz eine prozessuale Sonderregelung eingeführt, die auch den Staatssicherheitshof ausgezeichnet hatte: Das Gericht setzte sich ausschließlich aus professionellen Richtern zusammen und verzichtete auf die Berufung von Geschworenen.<sup>743</sup> Die Gefährdung ziviler Geschworener in Terrorismusprozessen war bereits 1981 eines der Hauptargumente gegen die Integrierung in das allgemeine Strafrecht gewesen.<sup>744</sup> Im Jahr 1986 zeigte sich, dass diese Sorge durchaus berechtigt war. So musste ein Prozess gegen den *Action Directe*-Terroristen Régis Schleicher abgebrochen werden, weil mehrere Geschworene zurücktraten, nachdem Schleicher im Gerichtssaal mit Racheaktionen seiner Komplizen gedroht hatte.<sup>745</sup>

Ein dritter Hauptpunkt waren neue Sonderbestimmungen für verurteilte Terroristen. So wurde erstens ein Aufenthaltsverbot zwischen zwei und zehn Jahren

<sup>737</sup> Vgl. ebenda.

<sup>738</sup> Vgl. ebenda.

<sup>739</sup> Vgl. u. a. seinen Artikel in *Le Monde* vom 21.12.1985, „Pour un ‚Conseil de sécurité‘“. Vgl. auch Alain Marsaud, *Avant de tout oublier*, Paris 2002; *Le Monde* vom 14.10.1986, S.10, „La section antiterroriste sera créée ‚dans les prochains jours‘“.

<sup>740</sup> Vgl. Loi n° 86–1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l’État, in: *JORF* vom 10.9.1986, S.10956–10958, hier S.10956 f.

<sup>741</sup> Vgl. Cettina, *L’antiterrorisme en question*, S.65.

<sup>742</sup> Vgl. Heymann, *Les libertés publiques*, S.281.

<sup>743</sup> Vgl. *Le Monde* vom 20.5.1986, S.6, „Nouveaux projets de loi contre le terrorisme“.

<sup>744</sup> Vgl. u. a. Assemblée Nationale, *Compte rendu intégral*, 2<sup>e</sup> séance du vendredi 17 juillet 1981, in: *JORF* vom 18.7.1981, S.250–251.

<sup>745</sup> Vgl. *Le Nouvel Observateur* vom 12. bis 18.12.1986, S.90 f., „Action directe contre la ‚justice bourgeoise‘. Panique dans le procureur“.

für Ausländer festgelegt, die einer terroristischen Straftat in Frankreich schuldig gesprochen worden waren.<sup>746</sup> Ziel dieser Maßnahme war es, Terroristen „aus ihrem Milieu zu entfernen und so einen Rückfall zu erschweren“.<sup>747</sup> Eine zweite Neuerung führte eine Kronzeugenregelung ein. Nach dem italienischen Vorbild sollte ein vollständiger Straferlass erteilt werden können, wenn eine frühzeitige Aussage verhinderte, dass eine Straftat begangen wurde oder zumindest keine Todesfolgen hatte. Belohnt werden sollten auch Aussagen, die zur Identifizierung und Ergreifung anderer Schuldiger führten.<sup>748</sup> Gegen die insbesondere innerhalb der französischen Linken verbreitete Ablehnung einer „Anstiftung zur Denunziation“ erklärte Justizminister Albin Chalandon, dass die Kronzeugenregelung in mehreren europäischen Ländern gut funktioniere und letztlich „die Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen“.<sup>749</sup>

Schließlich sah das Gesetzesprojekt vor, ausländische Vereine in Zukunft nach dem Gesetz vom 10. Januar 1936 über Milizen und Kampfgruppen verbieten zu können, wenn diese „terroristische Aktivitäten in Frankreich oder im Ausland vorbereiteten“.<sup>750</sup> Das Gesetz vom 10. Januar 1936, das faktisch wie ein Straftatbestand der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ funktionierte (alle Mitglieder der verbotenen Gruppierung konnten wegen der „Wiederherstellung einer illegalen Vereinigung“ verfolgt werden), sollte auch gegen Vereine ausgesprochen werden können, die vor allem im Ausland aktiv waren, mit ihren Aktionen aber die französische Diplomatie in Schwierigkeiten brachten.<sup>751</sup> Der Artikel richtete sich unter anderem gegen die iranischen Volksmudschaheddin, die von Frankreich aus Terroranschläge im Iran planten und durchführten. In der Einleitung des Gesetzesvorhabens erklärte Justizminister Chalandon, dass „einige Vereine, deren Mitglieder vor allem aus Ausländern bestehen, nicht die Zurückhaltung an den Tag legen, die man berechtigterweise von Ausländern mit der Erlaubnis, in Frankreich zu wohnen, erwarten kann“.<sup>752</sup>

<sup>746</sup> Vgl. *Projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État*, annexe au procès-verbal de la séance du 28 mai 1986, S. 6.

<sup>747</sup> *Assemblée Nationale, Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État*, annexe au procès-verbal de la séance du 18 juin 1986, S. 13.

<sup>748</sup> *Projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État*, annexe au procès-verbal de la séance du 28 mai 1986, S. 6.

<sup>749</sup> Zitiert nach: *Assemblée Nationale, Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État*, annexe au procès-verbal de la séance du 18 juin 1986, S. 15.

<sup>750</sup> *Projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État*, annexe au procès-verbal de la séance du 28 mai 1986, S. 6.

<sup>751</sup> Vgl. *Le Monde* vom 20. 5. 1986, S. 6, „Compromis“.

<sup>752</sup> *Projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État*, annexe au procès-verbal de la séance du 28 mai 1986, S. 7.

## Die Debatte in der Nationalversammlung

Die Nationalversammlung diskutierte das Sicherheitspaket im Juni 1986. Bereits im Vorfeld wurde deutlich, dass die Parlamentsdebatten nicht zu einer Frontalstellung zwischen Regierungsmehrheit und Opposition führen würden.<sup>753</sup> Die Sozialistische Partei ließ erkennen, dass sie die Reformen nicht in ihrer Gesamtheit ablehnen würde.<sup>754</sup> Dies erklärte sich zum Teil aus der relativen Zurückhaltung der Gesetzesvorlagen, aber mehr noch aus der eigenen Regierungserfahrung der vergangenen Jahre und vor allem als Reaktion auf die Stimmung in der Bevölkerung. *Le Monde* verglich die „Zurückhaltung“ der Sozialisten mit der vehementen Kampagne der Linken gegen das Gesetz „Sicherheit und Freiheit“ aus dem Jahr 1980:

Die vier Gesetzesvorlagen, die darauf zielen, den Kampf gegen die Unsicherheit zu verstärken, und die der derzeitige Justizminister ab Dienstag den 24. Juni in der Nationalversammlung vorstellen wird, sind nicht gleichzusetzen mit dem berühmten Gesetz „Sicherheit und Freiheit“. [...] nicht alle Maßnahmen, die der Justizminister vorschlägt, können als Gefährdung der Freiheiten angesehen werden. Außerdem hat sich das Klima gewandelt. Die Sorge um die Sicherheit [„syndrome sécuritaire“] ist noch stärker geworden, und die Notwendigkeit, gegen den Terrorismus vorzugehen, noch offensichtlicher. Jene, die befürchten, dass die neuen Maßnahmen im Kampf gegen die Kriminalität zu stark die persönlichen und kollektiven Freiheiten gefährden, können diesmal nicht mit der gleichen Bestimmtheit dagegen vorgehen, wie sie es vor sechs Jahren getan haben.<sup>755</sup>

Die parlamentarische Debatte konzentrierte sich auf das Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus.<sup>756</sup> In den Verhandlungen betonten die Konservativen die „nationale“ und „überparteiliche“ Bedeutung des Gesetzespaketes. Justizminister Chalandon erklärte in seiner Rede vor dem Parlament:

Angesichts des Anstiegs der Gewalt und der Kriminalität muss unsere Gesellschaft sich verteidigen. Ich kann es nur wiederholen: Die Sicherheit ist für jeden einzelnen von uns die Bedingung für unsere Freiheit. Ich glaube, dass wir alle hier, so wie im Übrigen alle anderen Länder auch, von einer einzigen Sorge erfüllt sind: unseren Rechtsstaat zu verteidigen.<sup>757</sup>

Berichterstatter Limouzy betonte das „maßvolle Vorgehen“ der Regierung:

Die Regierung hätte den Weg der Sonder[gerichtsbarkeit] wählen können. Sie hat es nicht getan. Sie hätte uns vorschlagen können, den Staatssicherheitshof wiederherzustellen und ihm die Zuständigkeit für terroristische Straftaten zu übertragen. Sie hat dies nicht vorgeschlagen [...]. Die Regierung hat den Rahmen des ordentlichen Rechtes gewahrt und zugleich ein höchst effizientes Vorgehen gewählt: die Zentralisierung der Ermittlungen, die deswegen so wichtig ist, weil sie in diesem Kampf besonders wirksam ist.<sup>758</sup>

<sup>753</sup> *Le Monde* vom 26. 6. 1986, S. 1, 6, „Modération à droite et à gauche“.

<sup>754</sup> Vgl. *Le Monde* vom 13. 6. 1986, S. 32, „Les socialistes embarrassés par les projets sur la sécurité“.

<sup>755</sup> *Le Monde* vom 25. 6. 1986, S. 9, „Les projets sur la sécurité à l'Assemblée nationale. Prudence chez les socialistes“.

<sup>756</sup> Vgl. JORF vom 25. 6. 1986, S. 2413–2433; 26. 6. 1986, S. 2465–2469, 2473–2496; 27. 6. 1986, S. 2501–2538; 28. 6. 1986, S. 2592–2630.

<sup>757</sup> Assemblée Nationale, 2<sup>e</sup> séance du 24 juin 1986, in: JORF vom 25. 6. 1986, S. 2416 f.

<sup>758</sup> Ebenda.

Die PS-Fraktion hatte sich im Vorfeld auf eine „pragmatische“ und „verantwortungsvolle“ Linie geeinigt.<sup>759</sup> Statt das Gesetz in seiner Gesamtheit abzulehnen, sollte jeder einzelne Artikel genau überprüft und abgewogen werden: „Annahme der Dispositionen, die einen echten Fortschritt für die Sicherheit darstellen, Änderungsvorschläge für jene, die die individuellen Freiheiten gefährden, Ablehnung von vollkommen unnötigen und gefährlichen Vorschlägen“.<sup>760</sup> Fraktionsvorsitzender Michel Sapin erkannte indirekt die relative Moderation der Konservativen an. Er verwies auf die „Widersprüchlichkeit“ der Regierungspolitik, die zunächst eine „gefährliche Demagogie“ betrieben habe und nun in wichtigen Punkten zurückweiche.<sup>761</sup> Der PS stimme mit der Regierung grundsätzlich darin überein, dass die „Unsicherheit bekämpft werden“ müsse, und unterstütze einige der vorgeschlagenen Änderungen.<sup>762</sup>

Wenn Sie vorschlagen, in Paris alle Ermittlungen zu terroristischen Angelegenheiten zu zentralisieren, dann sagen wir: warum nicht? Die Arbeit von Polizei und Justiz könnte dadurch erleichtert werden. Aber wie soll eine 30-jährige Sicherheitsstrafe die Arbeit der Polizei und der Justiz erleichtern, die darin besteht, den betroffenen Kriminellen das Handwerk zu legen? Wenn Sie allerdings fordern, dass die Strafen für jene, deren brutale Gewalt den Tod von wehrlosen Personen zur Folge hatte, erhöht werden, geben wir Ihnen Recht und folgen Ihrem Vorschlag.<sup>763</sup>

Wie stark die Sozialisten damit ihre Linie im Vergleich zum Beginn der 1980er Jahre geändert hatten, wurde umso deutlicher, als die kommunistischen Abgeordneten massiv gegen das Gesetzespaket protestierten und eine Reihe von Intellektuellen, linken Verbänden und Organisationen, die traditionell zum Umfeld des PS gehörten, sich diesen Protesten anschlossen.<sup>764</sup> Es sei Ausdruck eines Gesellschaftsprojektes, in dem jeder Bürger als verdächtig und Ausländer als illegal angesehen würden, hieß es in einem Aufruf linker Organisationen. Der Kampf gegen den Terrorismus dürfe nicht „als Alibi für die Beeinträchtigung der demokratischen Freiheiten“ dienen.<sup>765</sup> Der Rechtsprofessor Jacques Robert schrieb, der Terrorismus werde als Vorwand benutzt, um eine „schleichende und unumkehrbare Veränderung [...] der Polizeipraktiken in Bereichen zu rechtfertigen, die nichts mit dem Terrorismus“ zu tun haben.<sup>766</sup> Der Schriftsteller und Anwalt De-

<sup>759</sup> Le Monde vom 25. 6. 1986, S. 9, „Les projets sur la sécurité à l'Assemblée nationale. Prudence chez les socialistes“.

<sup>760</sup> Ebenda.

<sup>761</sup> Assemblée Nationale, 2<sup>e</sup> séance du 24 juin 1986, in: JORF vom 25. 6. 1986, S. 2419.

<sup>762</sup> Ebenda, S. 2419.

<sup>763</sup> Ebenda, S. 2421.

<sup>764</sup> So unterzeichneten 14 Organisationen (u. a. der *Syndicat de la magistrature*, der *Syndicat national des journalistes*, die Gewerkschaften CGT und CFDT und die „Bewegung gegen den Rassismus und für die Völkerfreundschaft“) eine Petition, die das Gesetzespaket vehement ablehnte. Vgl. Le Monde vom 17. 6. 1986, S. 48, „L'appel de quatorze organisations contre les lois sur la sécurité“.

<sup>765</sup> Ebenda.

<sup>766</sup> Vgl. Jacques Robert, *Terrorisme, idéologie sécuritaire et libertés publiques*, in: *Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger* 6 (1986), S. 1651–1666, hier S. 1666. Vgl. auch Jacques Robert, *Sécurité? Libertés!*, in: Le Monde vom 11. 6. 1986, S. 12.

nis Langlois warnte in *Le Monde* vor dem Aufbau eines Polizeistaates: „Sie wollen die Demokratie verteidigen und eines Tages gibt es keine Demokratie mehr.“<sup>767</sup>

Der kommunistische Abgeordnete Guy Ducoloné fasste in seiner Rede vor dem Parlament die klassischen Argumente der Linken gegen das Sicherheitspaket zusammen.<sup>768</sup> Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung, so Ducoloné, wolle die Regierung prozessuale und strafrechtliche Änderungen durchsetzen, die „wirkunglos gegen den Terrorismus, aber extrem gefährlich für die öffentlichen Freiheiten“ seien.<sup>769</sup> Auch die Kommunisten konzedierten, dass der Kampf gegen den Terrorismus eine Notwendigkeit sei. Anders als die Abgeordneten des PS, die lediglich Verbesserungen einzelner Artikel forderten, attackierten sie jedoch die Grundsätze des konservativen Sicherheitsprogrammes:

Wir lehnen die vier Gesetzesprojekte in ihrer Gesamtheit ab. Dazu zählen wir – ich kann mich dabei nur wiederholen – auch jenes über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern in Frankreich. Denn sie hängen alle eng miteinander zusammen. Die Regierung betreibt eine höchst gefährliche Vermischung. Mittels der fünf vorgelegten Gesetzestexte verknüpft sie ganz offensichtlich Kriminalität, Terrorismus und Immigration.<sup>770</sup>

Ein zweiter Kritikpunkt betraf ebenfalls die dem Sicherheitspaket zugrundeliegende Philosophie und richtete sich gegen die Entpolitisierung der politischen Gewalt. Indem die Regierung den Terrorismus zu einem kriminellen Akt reduziere und seine politische Dimension ignoriere, laufe sie Gefahr, dessen wahre Ursachen zu verkennen. So seien etwa der Freiheitskampf der Algerier und Vietnamesen gegen die französische Kolonialmacht, aber auch jener der Südafrikaner gegen das Apartheidregime und der Kampf der Palästinenser in den besetzten Gebieten, keineswegs „kriminell“.<sup>771</sup>

Der Terrorismus ist ein extremes Mittel der Politik, mit dem sich seine Autoren Gehör verschaffen wollen, um eine politische Sache zu verteidigen, die sie für legitim halten. Es ist daher unerlässlich, die verschiedenen Anschläge nach ihren Ursachen, Absichten und angegriffenen Zielen zu unterscheiden.<sup>772</sup>

Das eigentliche Ziel der Regierung sei es, die Bevölkerung „besser kontrollieren zu können“.<sup>773</sup> Den Terrorismus zu bekämpfen, dürfe nicht heißen, die Einwanderung in Frage zu stellen, die Bevölkerung auszuspionieren und zur Denunziation aufzurufen.<sup>774</sup>

Die grundsätzliche Kritik der Kommunisten sowie einiger linker Organisationen blieb näher an den Idealen und politischen Positionen, die Ende der 1970er Jahre noch von der gesamten Linken vertreten worden waren. Im Sommer 1986

<sup>767</sup> *Le Monde* vom 3. 5. 1986, S. 2, „Les grands méchants loups“. Vgl. auch Dany Cohen, *Prétexte. Un tape-à-l'œil voulu dissimule des atteintes aux libertés des personnes*, in: *Le Monde* vom 5. 6. 1986, S. 2.

<sup>768</sup> Vgl. *Assemblée Nationale*, 2<sup>e</sup> séance du 24 juin 1986, in: *JORF* vom 25. 6. 1986, S. 2426–2430.

<sup>769</sup> Ebenda, S. 2426.

<sup>770</sup> Ebenda, S. 2426.

<sup>771</sup> Vgl. ebenda, S. 2427.

<sup>772</sup> Ebenda, S. 2427.

<sup>773</sup> Ebenda, S. 2428.

<sup>774</sup> Vgl. ebenda, S. 2427.

waren diese aber weitgehend minoritär. Für die Regierung gefährlicher waren die Rufe nach „mehr Sicherheit“ am entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums. Die radikalen Forderungen des *Front National* hatten den verschärften sicherheitspolitischen Kurs der Konservativen während des Wahlkampfes maßgeblich beeinflusst.<sup>775</sup> In der Debatte über das Anti-Terrorismus-Gesetz wahrten die Rechtsradikalen aber eine Art Burgfrieden. Sie forderten die Wiedereinführung der Todesstrafe und eine Bestrafung der „Apologie terroristischer Straftaten“, die sich gegen Journalisten richten sollte. Außerdem warfen sie Chirac vor, einen Teil seiner Versprechen nicht gehalten zu haben.<sup>776</sup> Im Grundsatz stimmte die Fraktion des FN dem Regierungskurs aber zu.<sup>777</sup> Die Sprecher der Fraktion konzentrierten sich darauf, gegen die „laxistische“ Politik der sozialistischen Vorgängerregierung zu polemisieren.<sup>778</sup>

Der relative Konsens, der die Verabschiedung des Sicherheitspaketes begleitete, spiegelte sich schließlich auch im Urteil des Verfassungsrates wider. Die Befürchtung der Konservativen, der erst im März 1986 zum Präsidenten des Verfassungsrates ernannte Robert Badinter könnte große Teile des Anti-Terrorismus-Gesetzes für verfassungswidrig erklären, um so seine eigenen Justizreformen aus dem Jahr 1981 zu schützen, bestätigte sich nicht.<sup>779</sup> Am 9. September 1986 trat das neue Gesetz in Kraft.<sup>780</sup>

## Zusammenfassung

Die Parlamentswahlen vom März 1986 waren eine politische und institutionelle Zäsur. Sie brachten nach fünf Jahren Opposition die konservativen Parteien zurück in die Regierungsverantwortung. Das „sozialistische Experiment“ war damit vorerst beendet. Erstmals regierte eine konservative Regierung gemeinsam mit einem sozialistischen Präsidenten das Land, da das Mandat von François Mitterrand noch bis 1988 andauerte.

Für die Anti-Terrorismus-Politik bedeutete der Regierungswechsel eine Wende hin zu einer Politik der Härte, zumindest was den öffentlichen Umgang mit dem Terrorismus betraf. Die Konservativen hatten die gefühlte Unsicherheit der Bevölkerung als wirksames Mittel im Wahlkampf genutzt und die Politik der Regierung als „nachlässig“ und damit verantwortlich für den Terrorismus dargestellt. Sie hatten zudem ein eigenes Anti-Terror-Konzept entwickelt, das auf eine kon-

<sup>775</sup> Vgl. Bernard, *La France de 1981 à 2002*, S. 50.

<sup>776</sup> Vgl. u. a. *Assemblée Nationale*, 2<sup>e</sup> séance du 24 juin 1986, in: *JORF* vom 25. 6. 1986, S. 2430 f.

<sup>777</sup> Die Fraktion stimmte geschlossen für die Verabschiedung des Gesetzestextes. Vgl. ebenda, S. 2629.

<sup>778</sup> Vgl. u. a. ebenda, S. 2431.

<sup>779</sup> Vgl. *Le Monde* vom 10./11. 8. 1986, S. 5, „La polémique sur le rôle du Conseil constitutionnel“; *Le Monde* vom 5. 9. 1986, S. 8, „Le Conseil constitutionnel entérine l'essentiel du nouveau dispositif pénal“. Vgl. auch *Décision n° 86-213 DC* du 3 septembre 1986, in: *JORF* vom 5. 9. 1986, S. 10786

<sup>780</sup> Vgl. *Loi n° 86-1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État*, in: *JORF* vom 10. 9. 1986, S. 10956-10958.

sequente Strafverfolgung ausgerichtet war und zugleich auf Maximalforderungen verzichtete. Grundlegend war ein Kommissionsbericht des Senats über die „Arbeit der Sicherheits- und Polizeibehörden im Kampf gegen den Terrorismus“ vom Frühjahr 1984. Die Konservativen setzten auf eine stärkere Koordination und Zentralisierung der Terrorismusbekämpfung in Politik, Justiz und Sicherheitsbehörden. Außerdem sollte die internationale Kooperation verstärkt und politischen Flüchtlingen aus anderen EG-Staaten kein Asyl gewährt werden.

Die im Frühjahr 1986 erneut ansteigende Terrorgefahr schien die Linie der Konservativen zu bestätigen. Die innere Sicherheit wurde zum bestimmenden politischen Thema des ersten Jahres der Kohabitation. Premierminister Chirac ernannte den sicherheitspolitischen Hardliner Charles Pasqua zum Innenminister und ordnete ihm den langjährigen Polizeichef Robert Pandraud als „Delegierten Minister für Sicherheit“ bei. Durch die besonderen Umstände der Kohabitation, in der das Präsidialamt seinen Einfluss fast vollständig verlor, genoss das Innenministerium einen hohen Grad von Unabhängigkeit. Pasqua und Pandraud übernahmen auch Aufgaben, die traditionell in die Arbeitsbereiche von Außen- und Justizministerium fielen.

Die eigentliche Revolution der konservativen Anti-Terrorismus-Politik lag nicht in den tatsächlich umgesetzten Maßnahmen, sondern im öffentlichen Umgang mit der terroristischen Gefahr. Die Rhetorik der Minister für Inneres und Sicherheit schien wie befreit von den Bedenken ihrer sozialistischen Vorgänger. Hatte die Linke trotz Mitterrands neuen Kurses an der „Freiheit als der wichtigsten Sicherheit“ festgehalten, so setzten die Konservativen nun mit aller Macht auf die Sicherheit „als Grundlage aller Freiheiten“. Das konservative Sicherheitskonzept richtete sich nicht nur gegen den Terrorismus, sondern gleichermaßen gegen Alltagskriminalität, Delinquenz, Drogenabhängige und Immigranten – wie das Gesetzespaket zur „Wiederherstellung der Sicherheit“ deutlich machte, das Maßnahmen in all diesen Bereichen vorsah. Die politische Antwort bestand in einer verstärkten Repression.

Die Grenzen dieser zunächst sehr populären Politik der Härte zeigten sich im Spätherbst 1986, als Studentenproteste gegen eine Universitätsreform zu Massendemonstrationen anschwellen. Nachdem ein Student in den Auseinandersetzungen mit der Polizei ums Leben kam, rückte die Politik der Härte vollends in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit und musste von Premierminister Chirac vorsichtig korrigiert werden.

Der Kern der konservativen Neuausrichtung – das Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus und gegen Angriffe auf die Sicherheit des Staates – blieb von diesen Konflikten weitgehend unberührt. Seine Verabschiedung kann als stärkstes Indiz für einen neuen Konsens über Terrorismus und Terrorismusbekämpfung in Frankreich gewertet werden. Justizminister Albin Chalandon legte ein Gesetz vor, das ein härteres und besser koordiniertes Vorgehen gegen Terroristen versprach, ohne die 1981 eingeführten Reformen vollständig zurückzunehmen. Die Sozialistische Partei stimmte den Neuregelungen im Wesentlichen zu. Neben der Zentralisierung der Gerichtsbarkeit in Paris war dies vor allem die juristische

Kodifizierung der politischen Gewalt. Erstmals wurde eine terroristische Straftat offiziell definiert: als ein „Vorhaben, das auf die Störung der öffentlichen Ordnung durch Einschüchterung und Terror“ gerichtet ist. Diese Formulierung spiegelte ein neues Verständnis von Terrorismus wider, der nunmehr als weitgehend entpolitisierte Straftat wahrgenommen wurde und in Frankreich auf keinerlei Sympathie mehr stieß.

## 6. Der neue Terrorismus: Krieg, Konsens, Islam

Im Jahr 1986 erreichte der Terrorismus in Frankreich seinen Höhepunkt während der 1980er Jahre. Die Geiselnahmen französischer Bürger im Libanon und die tödlichen Anschlagswellen in Paris wurden zur größten Herausforderung der Regierung Chirac. Bis zum Ende der Kohabitation im Juni 1988 blieb der Terrorismus im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Anschläge veränderten das Bild der Franzosen von der terroristischen Gefahr. In der Krise setzte sich ein parteiübergreifender Konsens über den Umgang mit politischer Gewalt durch. Der islamistische Terrorismus wurde zum „Staatsfeind Nr. 1“.

### 6.1 Das Terrorjahr 1986

Mitte der 1980er Jahre zeichnete sich ein Wandel in den Ursachen des internationalen Terrorismus ab. Nach dem Rückzug der französischen Truppen aus dem Libanon, dem Ausgleich mit Syrien und den geheimen Absprachen mit Abu Nidal blieb Frankreich vom palästinensischen Terrorismus weitgehend verschont. Dagegen spitzte sich der Konflikt mit der Islamischen Republik Iran weiter zu. Was 1986 noch weitgehend im Dunkeln blieb, sollte sich in den folgenden Jahren als Gewissheit herausstellen: Eine Vielzahl der in den Jahren 1985 bis 1988 in und gegen Frankreich begangenen Anschläge ging auf das Konto von Gruppen, die direkt oder indirekt aus dem Iran gesteuert wurden.<sup>781</sup>

Im iranischen Terrorismus der 1980er Jahre vermischten sich zwei Formen der politischen Gewalt. Er war zum einen ein Produkt der klassischen „Terror-Diplomatie“, mit der Staaten wie Syrien und Libyen in den 1970er und 1980er Jahren ihre internationalen Interessen durchzusetzen suchten.<sup>782</sup> Zum anderen beriefen sich vom Iran gesteuerte Gruppen wie die libanesische Hisbollah auf den Islam, in dessen Namen sie Selbstmordattentate, Geiselnahmen und Bombenanschläge gegen „Ungläubige“ begingen. Die „Verteidigung des Islam“ diente nicht nur als Begründung nach außen – die Hisbollah unterschrieb Bekennerbriefe mit „Islamischer Dschihad“ –, sondern auch zur Rekrutierung von neuen Mitgliedern,

<sup>781</sup> Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 61–114.

<sup>782</sup> Vgl. Riegler, *Im Fadenkreuz*, S. 365–388.

wie sich unter anderem bei der Aufdeckung des Unterstützernetzwerkes der Organisation in Paris im Februar 1987 zeigen sollte.<sup>783</sup>

Der von der iranischen Revolution inspirierte Terrorismus der 1980er Jahre markiert in David C. Rapoport's Wellenmodell den Übergang von der dritten „linksrevolutionären“ zur vierten „religiösen“ Welle des modernen Terrorismus.<sup>784</sup> In den 1970er Jahren hatten sich fast alle wichtigen terroristischen Gruppen auf eine marxistische Revolutionstheorie berufen. Dies galt insbesondere für den klassischen Linksterrorismus in Italien oder der Bundesrepublik, letztlich aber auch – wie im Falle der Palästinenser oder der baskischen ETA – für Bewegungen, bei denen ethnisch-nationalistische Motive den eigentlichen Antrieb darstellten.<sup>785</sup> Im Herzen der „religiösen Welle“, die laut Rapoport bis heute andauert, steht dagegen der Islam.<sup>786</sup>

Die wichtigste Exportregion der iranischen Revolution war zunächst der Libanon und die dortige große schiitische Glaubensgemeinschaft.<sup>787</sup> Nachdem israelische Truppen im Jahr 1982 den Abzug der PLO erzwungen hatten übernahmen schiitische Milizen die Kontrolle über weite Regionen des Libanon. Sie wurden unterstützt und angeleitet von iranischen Spezialtruppen, den Revolutionsgarden Pasdaran. Auf direkte Anweisung Teherans hin erfolgte die Gründung der Hisbollah („Partei Gottes“), die schnell zur stärksten muslimischen Miliz wurde und den Widerstand gegen die „westlichen Invasoren“ anführte.<sup>788</sup> Bereits die Selbstmordanschläge auf die Hauptquartiere der amerikanischen und französischen UNIFIL-Truppen in Beirut im Jahr 1983 gingen auf das Konto schiitischer Extremisten.<sup>789</sup> In den von der Hisbollah kontrollierten Gebieten wurde ein islamisches Regime aufgebaut.

Nach nur wenigen Monaten gleicht das südlich der Linie Beirut-Damaskus gelegene Gebiet [...] bereits einem islamischen Regime nach dem Vorbild des Iran, in der mehr und mehr Turbane auftauchen. Bald beginnt die Jagd auf die Kommunisten, gleichzeitig erscheinen die ersten Forderungen nach der Errichtung einer islamischen Republik des Libanon.<sup>790</sup>

Ohne eine funktionierende Zentralregierung und zerklüftet zwischen den Bürgerkriegsparteien entwickelte sich der Libanon zu einem der gefährlichsten Gewaltherde im Nahen Osten. Zwischen 1982 und 1988 wurden 96 westliche Ausländer entführt.<sup>791</sup> Allein die Hisbollah nahm zwischen 1984 und 1988 über 50

<sup>783</sup> Vgl. Bigo, *Les attentats de 1986 en France*.

<sup>784</sup> Vgl. Rapoport, *Terrorism*, Bd. IV: *The Fourth or Religious Wave*.

<sup>785</sup> Vgl. ebenda, Bd. III: *The Third or New Left Wave*.

<sup>786</sup> Vgl. Rapoport, *The Four Waves of Modern Terror*, S. 295–300.

<sup>787</sup> Etwa 30 Prozent der libanesischen Bevölkerung sind Schiiten. Vgl. Corm, *Le Liban contemporain*, S. 10–16.

<sup>788</sup> Zur Geschichte von Hisbollah vgl. Augustus Richard Norton, *Hezbollah. A Short History*, Princeton 2009; Judith Palmer Harik, *Hezbollah. The Changing Face of Terrorism*, London 2004.

<sup>789</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 25 f.

<sup>790</sup> Corm, *Le Proche-Orient éclaté*, S. 556 f.

<sup>791</sup> Vgl. Burgin/Merari/Kurz, *Foreign Hostages in Lebanon*, S. 2.

Geiseln.<sup>792</sup> Waren die Geiselnahmen zunächst darauf gerichtet, Mitglieder der Organisation aus der Haft in verschiedenen Ländern freizupressen, so entwickelten sie sich ab 1985 mehr und mehr zu einem Instrument der iranischen „Terror-Diplomatie“.<sup>793</sup>

### Die Geiseln im Libanon

Nach den USA stammten die meisten Geiseln im Libanon aus Frankreich: Zwischen 1985 und 1988 wurden zwölf Franzosen entführt.<sup>794</sup> Die Motive der Entführungen lagen in den bereits seit 1979/80 schwelenden Konflikten: Frankreich sollte dazu gebracht werden, die Attentäter von Schapur Bachtiar freizulassen, die oppositionellen iranischen Volksmudschaheddin auszuweisen sowie die iranischen Anteile an der Atomanreicherungsanlage in Pierrelatte (*Eurodif*) auszubehalten.<sup>795</sup> Außerdem sollte es die aktive militärische Unterstützung für den Irak einstellen, mit dem sich der Iran seit 1980 im Krieg befand.<sup>796</sup>

In der Frage der französischen Geiseln im Libanon schien dem in Frankreich verurteilten und inhaftierten Kommando und vor allem seinem Anführer Anis Naccache eine besondere Bedeutung zuzukommen.<sup>797</sup> Der Iran argumentierte, die Attentäter seien keine Terroristen, sondern Widerstandskämpfer, die im göttlichen Auftrag gehandelt hätten.<sup>798</sup>

Am 1. August 1984 stürmten Mitglieder der Revolutionsgarden auf dem Flughafen von Teheran eine Air-France-Maschine. Sie drohten damit, jede Stunde einen der Passagiere umzubringen, bis Naccache und seine vier Komplizen ausreisen dürften.<sup>799</sup> Der Minister für Europäische Angelegenheiten Roland Dumas übernahm die Verhandlungen und deutete an, dass Frankreich einer vorzeitigen Haftentlassung zustimmen könnte.<sup>800</sup> Daraufhin wurden die Passagiere freigelassen.<sup>801</sup> Dumas revidierte seine Aussage aber später – das Kommando um Naccache blieb weiter in Haft.<sup>802</sup>

Anfang 1985 folgte eine zweite Offensive. Am 14. Januar 1985 wurden zwei französische UNO-Beobachter im Libanon erschossen. Der „Islamische Dschihad“,

<sup>792</sup> Vgl. ebenda.

<sup>793</sup> Vgl. Chauvin, *French Diplomacy and the Hostage Crisis*, S. 96–101.

<sup>794</sup> Vgl. Sylvie Lemasson, *La libération des otages allemands au Liban. Analyse politique et judiciaire*, in: *Cultures & Conflits* 5 (1992) [<http://conflits.revues.org/index758.html>, zuletzt abgerufen am 16. 7. 2016].

<sup>795</sup> Vgl. Väisse, *La puissance ou l'influence?*, S. 392–395.

<sup>796</sup> Zum Iran-Irak-Krieg vgl. Henner Fürtig: *Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988*, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006, S. 376–407.

<sup>797</sup> Zur Biographie Naccaches vgl. den Dokumentarfilm von Timon Koulmasis, *Anis Naccache, Revolutionär oder Terrorist?*, 52m, ARTE, 27. 11. 2000.

<sup>798</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 426.

<sup>799</sup> Vgl. *Le Monde* vom 3. 8. 1984, S. 1, „Paris rejette les exigences des pirates de l'air“.

<sup>800</sup> Zum Verlauf der Geiselnahme und zum französischen Krisenmanagement vgl. detailliert Ménage, *Œil du pouvoir III*, S. 281–300.

<sup>801</sup> Vgl. ebenda, S. 294 f.

<sup>802</sup> Vgl. Dumas, *Affaires étrangères*, S. 350.

ein Deckname der Hisbollah, bekannte sich zu dem Anschlag.<sup>803</sup> Am 22. März 1985 entführte die Hisbollah zwei Angehörige der französischen Botschaft in Beirut. Dem Bekennerschreiben war diesmal eine Forderung beigelegt: die Beendigung der französischen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und den Irak.<sup>804</sup> Die Diplomaten Marcel Fontaine und Marcel Carton sollten insgesamt mehr als drei Jahre in Geiselhaft verbringen. Sie wurden am 4. Mai 1988 freigelassen.<sup>805</sup> Im Mai 1985 verschwanden der Soziologe und bekannte Nahostexperte Michel Seurat sowie der Journalist Jean-Paul Kauffmann ebenfalls in Beirut.<sup>806</sup> Während Kauffmann zusammen mit Fontaine und Carton im Mai 1988 frei kam, verstarb Seurat im März 1986 in der Gefangenschaft.<sup>807</sup> Kurz nach der Bekanntgabe von Seurats Tod wurde am 8. März 1986 ein französisches Fernseheteam unter der Leitung von Philippe Rochot entführt, der für eine Recherche über dessen Verschwinden nach Beirut gereist waren.<sup>808</sup> Die vier Journalisten wurden im Lauf des Jahres wieder freigelassen.<sup>809</sup> Drei weitere französische Staatsbürger verbrachten in den Jahren 1986 und 1987 ebenfalls mehrere Monate in der Geiselhaft libanesischer Entführer.<sup>810</sup>

Die Geiseln im Libanon zogen eine enorme öffentliche Aufmerksamkeit auf sich und brachten die Regierungen unter Fabius und Chirac in einen dauerhaften Handlungszwang. Auf allen möglichen Wegen versuchte Frankreich in Verhandlungen mit den Entführern zu treten. Offizielle und inoffizielle Mittelsmänner wurden entsandt. DST und DGSE kontaktierten befreundete Geheimdienste in der arabischen Welt.<sup>811</sup> Dennoch herrschte über die Identität und selbst über die konkreten Forderungen der Geiseln lange Unsicherheit. Die Presse berichtete immer wieder ausführlich über den Zustand der Geiseln, die mutmaßlichen Hintermänner und die Anstrengungen der Behörden, zu einem Ausgleich zu gelangen.<sup>812</sup> Im Fernsehen wurden über Monate hinweg täglich Bilder der Geiseln vor den Abendnachrichten eingeblendet:

<sup>803</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 427.

<sup>804</sup> Vgl. Yves Loiseau, *Le grand troc. Le labyrinthe des otages français au Liban*, Paris 1988, S. 18–24.

<sup>805</sup> Vgl. *Le Monde* vom 6. 5. 1988, S. 1, „Après le retour des otages, M. Chirac annonce la normalisation des relations avec l’Iran“.

<sup>806</sup> Vgl. Attali, *Verbatim I*, S. 1234.

<sup>807</sup> Jean-Paul Kauffmann und die Witwe Michel Seurats haben Bücher über ihre Erfahrungen veröffentlicht. Vgl. Jean-Paul Kauffmann, *La maison du retour*, Paris 2007; Marie Seurat, *Les corbeaux d’Alep*, Paris 1989.

<sup>808</sup> Vgl. Attali, *Verbatim I*, S. 1416 f.

<sup>809</sup> Vgl. die Angaben bei Lemasson, *La libération des otages* [<http://conflits.revues.org/index758.html>, zuletzt abgerufen am 16. 7. 2016]: Rochot (8. 3. 1986–20. 6. 1986); Georges Hansen (8. 3. 1986–20. 6. 1986); Aurel Cornéa (8. 3. 1986–24. 12. 1986); Jean-Louis Normandin (8. 3. 1986–24. 12. 1986).

<sup>810</sup> Vgl. ebenda: Roger Aque (13. 1. 1987–27. 11. 1987); Camille Sontag (7. 5. 1986–11. 11. 1986); Marcel Coudari (24. 2. 1986–11. 11. 1986).

<sup>811</sup> Für eine detaillierte Chronologie der französischen Bemühungen um die Freilassung der Geiseln im Libanon vgl. Loiseau, *Le grand troc*, S. 9–314.

<sup>812</sup> Kritisch zur Rolle der Medien in der Geiselaffäre vgl. Wiewiorka/Wolton, *Terrorisme à la une*, S. 65–130.

Jeden Abend werden alle Franzosen, die die Nachrichten auf Antenne 2 sehen, dazu gezwungen, sich an das Schicksal von Marcel Carton, Marcel Fontaine, der Journalisten Jean-Paul Kauffmann, Jean-Louis Normandin und Roger Auque sowie des Forschers Michel Seurat zu erinnern, die noch immer im Libanon gefangen gehalten werden, aus dem einzigen Grund, dass sie Franzosen sind.<sup>813</sup>

Die von der Regierung als schwere politische Belastung empfundene Berichterstattung war vor allem auf Initiativen von Angehörigen der Geiseln zurückzuführen. Während sich die Familien von Marcel Fontaine und Marcel Carton entsprechend den Vorgaben für Diplomaten diskret verhielten, setzte insbesondere die in der Pariser Medienlandschaft gut vernetzte Frau Kauffmanns darauf, die Regierung mit öffentlicher Aufmerksamkeit unter Druck zu setzen und so einen Kompromiss mit den Entführern zu erzwingen.<sup>814</sup> Diese Strategie war erfolgreich.<sup>815</sup> Die Geisellaffäre bestimmte selbst noch den Wahlkampf der Präsidentschaftswahlen im Mai 1988.<sup>816</sup> Jacques Chirac versuchte alles, um die letzten französischen Geiseln noch vor dem Tag der Abstimmung aus der Gefangenschaft zu befreien. Obwohl ihm dies gelang – vier Tage vor dem zweiten Wahlgang wurden Fontaine, Carton und Kauffmann freigelassen –, verlor er die Wahl gegen François Mitterrand.

### Die Anschläge des CSPPA in Paris

Eine neue Dimension erreichte der Terror mit den Anschlägen des „Solidaritätskomitees für die arabischen politischen Gefangenen und die politischen Gefangenen aus dem Nahen Osten“ (CSPPA) in Paris.<sup>817</sup> Die Anschläge der Jahre 1985/86 versetzten, so der deutsche *Spiegel*, eine ganze „Stadt in Psychose“.<sup>818</sup> In vier Wellen attackierten die Terroristen die französische Hauptstadt. Eine erste Vorwarnung erreichte die Franzosen im Dezember 1985, allerdings ohne, dass sich der CSPPA bereits als Urheber bekannte: Am 7. Dezember explodierten bei einem Doppelanschlag in den Luxusgeschäften *Galerie Lafayette* und *Printemps Haussmann* zwei Bomben, 43 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.<sup>819</sup> Von Regierungsstellen wurde die Information verbreitet, die Anschläge seien vermutlich von einem verwirrten Einzeltäter begangen worden. Für diese Version sprach, dass kein glaubwürdiges Bekenner schreiben eingegangen war.<sup>820</sup>

Eine zweite Welle setzte am 3. Februar 1986 mit einer Bombenexplosion in einer Einkaufspassage auf den Champs-Élysées ein, bei der acht Personen verletzt

<sup>813</sup> Pierre Péan, *La menace*, Paris 1987, S. 7.

<sup>814</sup> Vgl. u. a. Jean Liberman, *Otages: une mobilisation exemplaire animée par Joëlle Kauffmann*, in: *L'Unité* vom 20. 9. 1985, S. 11.

<sup>815</sup> Vgl. Wieviorka, *French Politics and Strategy on Terrorism*, S. 89.

<sup>816</sup> Vgl. u. a. *Le Monde* vom 6. Mai 1988, S. 11, „Au cœur de la campagne“.

<sup>817</sup> Vgl. detailliert Bigo, *Les attentats de 1986 en France*.

<sup>818</sup> *Der Spiegel* vom 22. 9. 1986, S. 139–142, hier S. 139, „Frankreich: Gnadenlose Vergeltung“.

<sup>819</sup> Vgl. *Le Monde* vom 10. 12. 1985, S. 13, „Les attentats au Printemps et aux Galeries Lafayette“.

<sup>820</sup> Vgl. Bigo, *Les attentats de 1986 en France*, S. 124.

wurden.<sup>821</sup> Am selben Tag entgingen die Besucher des Eiffelturms mit Glück einer Katastrophe, da der auf einer Aussichtsplattform deponierte Sprengstoff nicht explodierte.<sup>822</sup> Zum ersten Mal bekannte sich der CSPPA als Urheber des Anschlages.<sup>823</sup> Bereits am nächsten Tag verwüstete eine Explosion das Buchkaufhaus *Gibert Jeune* auf dem Boulevard St.-Michel.<sup>824</sup> Wiederum einen Tag später wurden 22 Menschen verletzt, als im Einkaufszentrum *Forum des Halles* eine weitere Bombe explodierte.<sup>825</sup> Das Bekenntschreiben brachte die Ermittler auf eine Spur, die durch eine Untersuchung des Sprengstoffes bestätigt wurde: Das gleiche Mittel war bei einem Anschlag auf die französische Botschaft im Libanon im Jahr 1983 verwendet worden.<sup>826</sup> Am 14. März wurde eine Reihe von Verhaftungen im Milieu eines schiitischen Religionszentrums im Pariser Vorort Kremlin Bicêtre vorgenommen. Da kein konkreter Hinweis auf eine Beteiligung an den Anschlägen festgestellt werden konnte, mussten alle Festgenommenen wieder freigelassen werden, ein Teil wurde ausgewiesen. Erst ein Jahr später stellte sich heraus, dass sich darunter die Hauptverantwortlichen des Terrornetzwerkes und der Bombenleger selbst befunden hatten.<sup>827</sup>

Im März 1986 setzte am Tag der Ernennung Jacques Chiracs zum Premierminister die dritte Welle ein. Sie wurde als Warnung an die neue Regierung verstanden. Am 17. März 1986 forderte eine Explosion in einem TGV-Schnellzug neun Verletzte.<sup>828</sup> Am 20. März explodierte eine Bombe auf den Champs-Élysées. Zwei Menschen kamen ums Leben, 29 wurden verletzt.<sup>829</sup> Am gleichen Tag konnte ein Anschlag in der zentralen Pariser Metro-Station Châtelet knapp verhindert werden, weil ein Passagier ein verdächtiges Päckchen rechtzeitig bemerkt hatte.<sup>830</sup>

Im September 1986 folgte nach fünf Monaten relativer Ruhe schließlich die vierte Anschlagswelle, die allein zwölf Todesopfer und über 200 Verletzte forderte. Nach den umfangreichen Sicherheitsreformen der neuen Regierung und scheinbar erfolgreichen Verhandlungen mit verschiedenen Unterhändlern im Nahen Osten überraschte die brutale Rückkehr des Terrors Sicherheitsbehörden und Regierung gleichermaßen. Am 4. September scheiterte ein Anschlag in einem Nahverkehrszug.<sup>831</sup> Am 8. September 1986 forderte eine Bombe im Pariser Rat-

<sup>821</sup> Vgl. *Le Monde* vom 5. 2. 1986, S. 11, „Sept personnes blessées, dont trois grièvement, au cours d'un attentat“.

<sup>822</sup> Vgl. *Le Monde* vom 6. 2. 1986, S. 1, „Les attentats à Paris auraient été fomentés au Proche-Orient“.

<sup>823</sup> Vgl. ebenda.

<sup>824</sup> Vgl. ebenda.

<sup>825</sup> Vgl. *Le Monde* vom 7. 2. 1986, S. 19, „Une odeur âcre sur le Forum“.

<sup>826</sup> Vgl. Bigo, *Les attentats de 1986 en France*, S. 126.

<sup>827</sup> Vgl. ebenda.

<sup>828</sup> Vgl. *Le Monde* vom 20. 3. 1986, S. 16, „L'attentat contre le TGV Paris-Lyon“.

<sup>829</sup> Vgl. *Le Monde* vom 22. 3. 1986, S. 1, „Le terrorisme, première épreuve pour le gouvernement de M. Chirac“.

<sup>830</sup> Vgl. ebenda.

<sup>831</sup> Vgl. *Le Monde* vom 6. 9. 1986, S. 1, „Mesures de sécurité à Paris après la tentative d'attentat dans le RER“.

haus einen Toten und 21 Verletzte.<sup>832</sup> Vier Tage später, am 12. September, wurden 54 Menschen bei einem Anschlag in einem Bistro im Bankenviertel La Défense verletzt.<sup>833</sup> Am 14. September konnte ein Anschlag in einer Bar auf den Champs-Élysées knapp verhindert werden, die aus dem Lokal entfernte Bombe tötete aber zwei Polizisten und einen Angestellten.<sup>834</sup> Nur einen Tag später forderte ein Anschlag in der Pariser Polizeipräfektur einen Toten und 56 Verletzte.<sup>835</sup> Den Höhepunkt und Abschluss der Anschlagserie bildete schließlich eine Bombenexplosion in der Rue de Rennes am 17. September. Sieben Menschen kamen ums Leben, 55 wurden verletzt.<sup>836</sup>

Die Wirkung der Anschläge war viel größer, als die Zahl von insgesamt 14 Todesopfern im Jahr 1986 vermuten ließ. Nicht nur trugen viele der über 300 Verletzten schwere Behinderungen davon, und die Fernsehkameras zeichneten schreckliche Bilder von den Anschlagorten auf, mit den Explosionen mitten in Paris wurde auch die ganze Stadt in einen Zustand der Angst versetzt. Die Terroristen wählten gezielt bekannte Orte auf, die von vielen Menschen besucht wurden. Der *Spiegel* schrieb nach dem Anschlag in der Rue de Rennes:

So verwandelte die Bombe, die vor dem Billig-Textil-Kaufhaus „Tati“ in der Pariser Rue de Rennes dicht beim Bahnhof Montparnasse explodierte, das Menschengewühl auf der Straße in Sekundenbruchteilen in ein Schlachtfeld. In einem Umkreis von 30 Metern hinterließ sie ein blutiges Gewirr aus verwundeten Leibern, abgerissenen Gliedern, Glassplittern und Kleidern, welche die Druckwelle den Menschen vom Körper gerissen hatte. Zwischen Schutt und Autoteilen lag eine Frau, der beide Beine und das halbe Gesicht weggesprengt worden waren. Fünf Menschen starben, 52 wurden zum Teil schwer verletzt. Es war „Beirut, Rue de Rennes“, grauste sich das Boulevardblatt „France-Soir“. Das Attentat war der bisher blutigste Anschlag in einer Welle von Terrorakten, die Frankreich erzittern läßt und das politische Klima zu verändern beginnt. Der Staat, in Frankreich beinahe metaphysisch verehrt, erweist sich als unfähig, seine Bürger zu schützen, die allgegenwärtige Polizei ist erfolglos. Seit dem Höhepunkt des Algerienkriegs 1961 hat Paris solche kriegsähnlichen Schrecken nicht mehr durchlebt. Denn dieser Terror richtet sich nicht gegen verhaßte Bollwerke von Kapital und Militär oder ausgesuchte Vertreter des Systems. Nicht die Bubacks und Beckurts gerieten ins Fadenkreuz der Killer, sondern jedermann.<sup>837</sup>

Seit seinem ersten Bekennerschreiben hatte der CSPPA die Freilassung von drei „politischen Gefangenen“ in Frankreich gefordert. Dies waren neben Anis Naccache, der Chef der FARL, Georges Ibrahim Abdallah, sowie der seit 1983 inhaftierte Anführer der ASALA, Varoujan Garabedian.<sup>838</sup> Wie bereits der Name des

<sup>832</sup> Vgl. *Le Monde* vom 10. 9. 1986, S. 2, „Après l'explosion d'une bombe. Les policiers attribuent la responsabilité de l'attentat aux amis de Georges Ibrahim Abdallah“.

<sup>833</sup> Vgl. *Le Monde* vom 13. 9. 1986, S. 1, „Attentat à la Défense: trente et un blessés dont deux grièvement“.

<sup>834</sup> Vgl. *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 3, „L'attentat des Champs-Élysées et les déclarations de M. Chirac“.

<sup>835</sup> Vgl. *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 1, „Attentat à la préfecture de police de Paris: 36 blessés, dont 6 grièvement“.

<sup>836</sup> Vgl. *Le Monde* vom 19. 9. 1986, S. 1, „La violence au Proche-Orient et la vague terroriste à Paris“.

<sup>837</sup> *Der Spiegel* vom 22. 9. 1986, S. 139–142, hier S. 139, „Frankreich: Gnadenlose Vergeltung“.

<sup>838</sup> Vgl. *Le Monde* vom 6. 2. 1986, S. 1, „Les attentats à Paris auraient été fomentés au Proche-Orient“.

„Solidaritätskomitees für die arabischen politischen Gefangenen und die politischen Gefangenen aus dem Nahen Osten“ ließen diese Forderungen auf eine Koalition mehrerer Terrorgruppen schließen. Dabei schien eine Zusammenarbeit zwischen den marxistischen FARL, den schiitischen Extremisten der Hisbollah und den armenischen „Freiheitskämpfern“ der ASALA aber höchst unwahrscheinlich. Die Ermittler favorisierten daher zunächst eine Spur, die auf die FARL als Autoren der Anschläge hindeutete.<sup>839</sup>

Im Nachhinein stellte sich heraus, dass die vermeintliche Kooperation tatsächlich dazu diente, die eigentlichen Motive für die Anschläge zu verschleiern. Anders als vermutet, sollte nicht Abdallah, sondern Anis Naccache und sein schiitisches Killerkommando freigesprengt werden. Auch wenn die genauen Hintergründe bis heute nicht ganz geklärt sind, gilt es als erwiesen, dass die Hisbollah und der Iran hinter den Anschlägen steckten.<sup>840</sup> Während die Bombenleger selbst offenbar nur kurzzeitig aus dem Libanon einreisten, kümmerte sich ein in Paris stationiertes Netzwerk um die logistische Vorbereitung. Im Zentrum dieser Gruppe stand der Tunesier Fouad Saleh, der 1992 von einem französischen Gericht zusammen mit zwei Komplizen zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.<sup>841</sup>

Saleh war 1958 in Paris geboren, hatte aber seine Kindheit und Jugend in Tunis verbracht. Erst als Erwachsener trat er vom sunnitischen zum schiitischen Glauben über.<sup>842</sup> Nach einem Kurzaufenthalt im Iran kam er 1982 nach Paris. Auf Vermittlung der iranischen Botschaft erhielt er ein einjähriges Stipendium für einen erneuten Studienaufenthalt im Iran. Nach seiner Rückkehr im Jahr 1984 machte er sich im islamistischen Milieu als fundamentalistischer Prediger einen Namen. Vermutlich stammte seine Verbindung mit der Hisbollah aus dieser Zeit.<sup>843</sup> In Paris baute Saleh ein Netzwerk von maghrebischen Einwanderern auf, die bei der Lagerung des Sprengstoffes und der Vorbereitung der Anschläge halfen.<sup>844</sup> Während seine Komplizen versuchten, ihre Beteiligung mit der Freundschaft zu Saleh zu erklären, der sie über die wahren Hintergründe getäuscht habe, bekannte dieser sich zu seinen Taten. Im Gerichtsprozess erklärte er die Anschläge als Teil eines „Heiligen Krieges“ gegen den Westen:

Dies ist ein Heiliger Krieg. Der Westen ist am Ende, der Islam wird sich rächen! [...] Ich werde Bomben auf den Westen werfen, um die Muslime zu verteidigen. [...] Die Hisbollah wird Euch zerschmettern. Bereitet Euch auf Euren Tod vor, Christen, Ihr Feinde Gottes! Ich bin Euer Verderben!<sup>845</sup>

<sup>839</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 587–589.

<sup>840</sup> So 1987 bereits Péan, *La menace*, S. 7–11.

<sup>841</sup> Vgl. *Le Soir* vom 15. 4. 1992, S. 14, „Les attentats de 1986 à Paris devant la Cour d’assises. Perpétuité pour Fouad Ali Saleh“.

<sup>842</sup> Vgl. *L’Humanité* vom 3. 2. 1990, „Saleh l’imprécateur“.

<sup>843</sup> Möglicherweise kam Saleh aber bereits als Geheimagent aus dem Iran zurück. Vgl. Bigo, *Les attentats de 1986 en France*, S. 132.

<sup>844</sup> Vgl. ebenda, S. 133–135.

<sup>845</sup> *Le Monde* vom 31. 1. 1990, S. 9, „Le procès du réseau terroriste de Fouad Saleh“.

Der Westen hat kein Recht mehr zu existieren! Die Verbrechen, die Ihr jahrhundertlang begangen habt, rechtfertigen Eure totale Auslöschung. [...] Die Juden wollen aus dem Planeten ein riesiges Konzentrationslager machen, mit den Christen als Wärtern und Henkern [...].<sup>846</sup>

Zugleich wiesen die Erkenntnisse der Ermittler auf das Europa-Netzwerk der Hisbollah als eigentlicher Organisator sowie auf die Verantwortung des Iran als Auftraggeber hin.<sup>847</sup> Das Ende der Anschlagserie wurde schließlich mittels einer Doppelstrategie erreicht. Zum einen verhinderte die Festnahme von Fouad Saleh und die Zerschlagung seines Netzwerkes die Ausführung einer weiteren Terrorwelle, die für das Frühjahr 1987 geplant gewesen war.<sup>848</sup> Zum anderen führten die Auseinandersetzungen mit dem Iran dazu, dass dessen Forderungen schließlich vollständig erfüllt wurden. Mit der Freilassung der letzten Geiseln im Libanon im Mai 1988 endete die „iranische Phase“ des Terrorismus in Frankreich.<sup>849</sup>

## 6.2 Die gewandelte Wahrnehmung des Terrorismus

### Omnipräsenz in Medien und Politik

Die Jahre 1986 bis 1988 bildeten den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die bereits Anfang der 1980er Jahre ihren Anfang genommen hatte. Der Terrorismus rückte in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. War politische Gewalt in den 1970er Jahren noch ein weitgehend ignoriertes Randthema gewesen, so wurde der Terrorismus in den 1980er Jahren zu einem der Probleme, welches die Bevölkerung am stärksten beschäftigte. 1987 eröffnete das Meinungsforschungsinstitut SOFRES sein Jahrbuch mit einem eigenen Dossier über den Terrorismus. Er galt nunmehr als die von den Franzosen am meisten gefürchtete Bedrohung.<sup>850</sup>

Im Jahr 1986 verging kaum ein Tag, an dem die Zeitungen nicht über einen Anschlag oder Gegenmaßnahmen der Regierung berichteten.<sup>851</sup> Hatten sich zu Beginn der 1980er Jahre nur eine Handvoll Spezialisten mit politischer Gewalt beschäftigt, so füllten nun populär geschriebene Bücher ganze Regalreihen in den Buchhandlungen.<sup>852</sup> Mit der täglichen Erinnerung an das Schicksal der französischen Geiseln im Libanon im öffentlichen Fernsehen erreichte die mediale Präsenz ab März 1986 eine bis dahin unbekannte Intensität.<sup>853</sup>

<sup>846</sup> Le Monde vom 4./5. 2. 1990, S. 8, „Le procès du réseau terroriste de Fouad Saleh“.

<sup>847</sup> Vgl. Bigo, Les attentats de 1986 en France, S. 162–173.

<sup>848</sup> Vgl. ebenda, S. 129–132.

<sup>849</sup> Cettina, L'antiterrorisme en question, S. 61.

<sup>850</sup> Vgl. Simone Veil, Terrorisme, in: SOFRES, L'État de l'opinion 1987, S. 9–26.

<sup>851</sup> Vgl. Sciences Po Paris, Dossiers de presse: France 153/62 „Le terrorisme et les attentats en France 1962–1985“; „Le terrorisme et les attentats islamistes en France 1985–2005“.

<sup>852</sup> Vgl. u. a. Gally, Une taupe dans l'affaire Abdallah; Hamon/Marchand, Action directe; Jacquard, La longue traque d'Action Directe; Madelin, La galaxie terroriste; Villeneuve/Péret, Histoire secrète du terrorisme; Suzanne Labin, Les États terroristes et la guerre des lâches, Paris 1987.

<sup>853</sup> Vgl. Ménage, L'œil du pouvoir III, S. 571–682.

Die Rolle der Medien geriet zunehmend in die Kritik. In den Augen vieler Beobachter stellte die Berichterstattung einen Teil des terroristischen Problems dar. Was bereits der Kommissionsbericht des Senats aus dem Jahr 1984 angedeutet hatte, wurde in den folgenden Jahren immer wieder geäußert: Die Medien sollten weniger dramatisierend über den Terrorismus berichten. So forderte etwa der RPR-Abgeordnete Jacques Féron in den Haushaltsverhandlungen des Jahres 1987, dass die „kostenlose Werbung für den Terrorismus“ beendet werden müsse:

Es ist wünschenswert, dass die Verantwortlichen der Medien endlich diese absolute Notwendigkeit verstehen, damit sie nicht [...] den psychologischen Krieg unserer Gegner unterstützen, indem sie den Erklärungen der auf Erpressung und Terror spezialisierten Gruppierungen zu viel Platz auf ihren Seiten einräumen.<sup>854</sup>

Justizminister Albin Chalandon wies Forderungen nach Vorschriften für die Berichterstattung über den Terrorismus zwar mit dem Hinweis auf die Pressefreiheit zurück,<sup>855</sup> dennoch blieb die Rolle der Medien ein viel diskutiertes Problem.<sup>856</sup>

Die Regierenden versuchten der wachsenden Bedeutung des Terrorismus in den medialen und politischen Auseinandersetzungen mit einer aktiven Kommunikationspolitik zu begegnen. Spätestens seit Mitterrands Fernsehinterview vom August 1982 und seiner Ankündigung, auch in Zukunft persönlich Stellung zu nehmen, war der Terrorismus zu einem politischen Problem geworden, das auf der höchsten politischen Ebene wahrgenommen und öffentlich behandelt wurde. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt ebenfalls in der Zeit der Kohabitation.<sup>857</sup> Regierungschef Chirac koordinierte während der Anschläge vom September 1986 den nationalen Krisenstab.<sup>858</sup> Innenminister Pasqua nutzte jede Gelegenheit, um die Gefahren der terroristischen Bedrohung hervorzuheben und zugleich eine kompromisslose und effiziente Herangehensweise der Regierung zu demonstrieren.<sup>859</sup> Auch in den Debatten und gesetzestvorbereitenden Arbeiten des Parlamentes lässt sich die gewachsene Bedeutung des Terrorismus für die Politik nachvollziehen. War 1979 in den Haushaltsverhandlungen zum ersten Mal überhaupt in wenigen Zeilen vom Terrorismus die Rede gewesen, so befassten sich Ende der 1980er Jahre jährlich mehrere Parlamentsberichte mit dem Thema.<sup>860</sup>

<sup>854</sup> Assemblée Nationale, Rapport fait au nom de la Commission des finances, de l'économie générale et du plan sur le projet de loi de finances pour 1987, annexe n° 30: intérieur, sécurité, Rapporteur spécial: Jacques Féron, annexe au procès-verbal de la séance du 9 octobre 1986, S. 22.

<sup>855</sup> Vgl. Assemblée Nationale, 2<sup>e</sup> séance du 24 juin 1986, in: JORF vom 25. 6. 1986, S. 24.

<sup>856</sup> Vgl. Wieviorka/Wolton, *Terrorisme à la une*, S. 17–130.

<sup>857</sup> Vgl. Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 96.

<sup>858</sup> Vgl. *Le Monde* vom 18. 9. 1986, S. 1, „La lutte contre le terrorisme renforce le pouvoir du premier ministre“.

<sup>859</sup> Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 82.

<sup>860</sup> Für das Jahr 1986 vgl. u. a. Assemblée Nationale, *Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi de finances pour 1987*, tome IV: Intérieur, sécurité, par Yvan Blot, annexe au procès-verbal de la séance du 9 octobre 1986; Assemblée Nationale, *Rapport fait au nom de la Commission des finances, de l'économie générale et du plan sur le projet de loi*

Das neue politische Gewicht des Terrorismus veränderte die Anti-Terrorismus-Politik. Da der Terrorismus zu einem Thema geworden war, das die gesamte Nation bewegte, maß sich der Erfolg seiner Bekämpfung vor allem daran, inwieweit die (wählende) Bevölkerung die Politik der Regierung für erfolgreich befand. Was in den 1970er Jahren noch weitgehend vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen worden war, wurde nun zum Objekt politischer Debatten. Damit rückten symbolpolitische Elemente wie die ständige Betonung der Unnachgiebigkeit in den Vordergrund. Dies beförderte eine nach innen gerichtete Kommunikationspolitik, die vornehmlich darauf bedacht war, Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit gegenüber dem Terrorismus zu vermitteln.<sup>861</sup>

### September 1986: Kriegsrhetorik, nationale Einheit und gefühlter Ausnahmezustand

Am 8. Oktober 1986 ließ Premierminister Chirac eine Sondersitzung der Nationalversammlung anlässlich der terroristischen Gefahr einberufen. In seiner Rede vor dem Parlament erklärte er, Frankreich sei „einem Krieg ohne Grenzen und ohne Gesicht“ ausgesetzt.<sup>862</sup> Zuvor hatte er von den Anschlägen als „dem absolut Bösen“ gesprochen, ausgeführt von den „Barbaren der Neuzeit“.<sup>863</sup> In öffentlichen Stellungnahmen wiederholte der Premierminister immer wieder, dass sich das Land „tatsächlich in einem Krieg“ befinde.<sup>864</sup>

Die Kriegsrhetorik widersprach der erst wenige Wochen zuvor gesetzlich fixierten Definition terroristischer Akte als – besonders schwere – Form der Kriminalität. Das Gesetz über den Kampf gegen den Terrorismus erlaubte zwar Abweichungen in der Prozessordnung und im Strafmaß, bestimmte aber zugleich, dass terroristische Straftaten weiterhin im Rahmen des ordentlichen Rechtes verhandelt wurden.<sup>865</sup> Auf Regierungsebene wurde eine Abkehr von diesem Prinzip offenbar nicht ernsthaft erwogen. Anders als die sozialistische Regierung, die im Jahr 1983 auf den Selbstmordanschlag gegen die UNIFIL-Truppen mit der Bombardierung eines Ausbildungslagers der schiitischen Miliz im Libanon reagiert hatte, setzte Chirac keine militärischen Mittel im Kampf gegen den Terrorismus ein. Die symbolische Kriegserklärung war vor allem als rhetorische Strategie zu verstehen.<sup>866</sup>

de finances pour 1987, annexe n° 30: intérieur, sécurité, Rapporteur spécial: Jacques Féron, annexe au procès-verbal de la séance du 9 octobre 1986.

<sup>861</sup> Vgl. Bigo/Hermant, *Terrorisme et antiterrorisme en France*, S.126.

<sup>862</sup> Assemblée Nationale, 1<sup>re</sup> séance du 8 octobre 1986, in: JORF vom 9.10.1986, S.4443.

<sup>863</sup> Vgl. *Le Monde* vom 19.9.1986, S.36, „M. Chirac dénonce les barbares des temps modernes“.

<sup>864</sup> Vgl. *Le Monde* vom 15.9.1986, S.1, „Service secrets: stupide polémique“; *Le Monde* vom 20.9.1986, S.2, „Le seuil d'intolérance“.

<sup>865</sup> Vgl. Loi n° 86–1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, in: JORF vom 10.9.1986, S.10956–10958.

<sup>866</sup> Vgl. Clotilde Marchetti, *Les discours de l'antiterrorisme. Stratégies de pouvoir et culture politique en France et en Grande-Bretagne*, unv. Diss., Paris 2003, S.127–135.

Der „simulierte Kriegszustand“ (Bigo/Hermant) schien dennoch eine Reihe von Sondermaßnahmen zu rechtfertigen.<sup>867</sup> Chirac kündigte an, dass gefasste Terroristen „mit Sicherheit zum Reden gebracht“ würden und ergänzte: „Im Kampf gegen den Terrorismus müssen alle Mittel – und ich meine alle – eingesetzt werden.“<sup>868</sup> Der Generalsekretär des RPR Jacques Toubon sprach von der Möglichkeit, „spezielle Operationen“ durchzuführen.<sup>869</sup> Über 100 Abgeordnete der Nationalversammlung traten in einer Petition für die Wiedereinführung der Todesstrafe ein.<sup>870</sup> Der ehemalige Innenminister Michel Poniatowski erklärte, die beste Lösung sei das deutsche „Modell Stammheim“: Wie im Fall der RAF sei ein „Selbstmord“ der Terroristen wünschenswert.<sup>871</sup>

In einem engen Zusammenhang mit dem gefühlten Kriegszustand stand das Gefühl der nationalen Einheit. Dies kam exemplarisch in der Sondersitzung der Nationalversammlung vom 8. Oktober 1986 zum Ausdruck. Die Vertreter aller Parteien sprachen von einem nationalen Konsens.<sup>872</sup> Der UDF-Abgeordnete Jean-Pierre Gaudin erklärte:

Wir können kämpfen und gewinnen, weil die ganze Nation sich hinter ihren Vertretern versammelt hat, um dieser Herausforderung entgegenzutreten. Wie immer, wenn Frankreich von einer äußeren Gefahr bedroht war, zieht es seine Stärke aus der Zusammenführung aller Kräfte für den Kampf.<sup>873</sup>

Die Kohabitation erleichterte das Zusammengehen von Regierungsmehrheit und Opposition. Präsident Mitterrand erklärte, bei der Bekämpfung des Terrorismus arbeite er mit Premier Chirac „Hand in Hand“.<sup>874</sup> Der Parteisprecher der Sozialisten Jean-Jack Queyranne ergänzte:

Die Sozialistische Partei hat immer hervorgehoben, dass der Terrorismus kein Vorwand für innenpolitische Streitigkeiten sein darf. Die nationale Einheit darf nicht in dem Moment zerstört werden, wo sie angesichts von Angriffen, die Frankreich unter Druck setzen sollen, ihre Stärke beweisen muss.<sup>875</sup>

Der Premierminister lud die Partei- und Fraktionsvorsitzenden zu einer gemeinsamen Besprechung in den Regierungssitz, um sie über sein Vorgehen zu informieren und ihre Meinung einzuholen.<sup>876</sup> Die Umstände erforderten, so Chirac,

<sup>867</sup> Didier Bigo/Daniel Hermant, *Simulation et dissimulation. Les politiques de lutte contre le terrorisme en France*, in: *Sociologie du travail* 4 (1986), S. 506–526.

<sup>868</sup> *Le Monde* vom 20. 9. 1986, S. 8, „Les assassins, je vous l'assure, ne nous échapperont pas“ déclare M. Chirac à la télévision“.

<sup>869</sup> *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 4, „La gauche approuve la fermeté du gouvernement mais insiste sur l'État de droit“.

<sup>870</sup> Vgl. *Le Monde* vom 18. 9. 1986, S. 12, „Le gouvernement est confronté aux pressions de sa majorité et de l'extrême droite“.

<sup>871</sup> Vgl. *Die Zeit* vom 26. 9. 1986, „Einig im Racheschwur“.

<sup>872</sup> *Assemblée Nationale*, 1<sup>re</sup> séance du 8 octobre 1986, in: *JORF* vom 9. 10. 1986, S. 4447.

<sup>873</sup> Ebenda, S. 4447.

<sup>874</sup> *Le Monde* vom 18. 9. 1986, S. 1, „La cohabitation à l'épreuve des attentats“.

<sup>875</sup> *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 4, „La gauche approuve la fermeté du gouvernement mais insiste sur le respect de l'État de droit“.

<sup>876</sup> Vgl. *Le Monde* vom 20. 9. 1986, S. 8, „Conseil restreint autour de M. Mitterrand avec M. Chirac et les ministres chargés de la sécurité“.

die „Beteiligung aller Repräsentanten der Nation“.<sup>877</sup> Die Vertreter der Sozialisten, der Kommunisten, der Regierungsparteien RPR und UDF sowie des FN folgten der Einladung.<sup>878</sup> Die Politik gab damit einem überwältigenden Gefühl der nationalen Einheit in der Bevölkerung Ausdruck. Nach einer SOFRES-Umfrage hielten 72 Prozent der Franzosen die Regierungspolitik für richtig.<sup>879</sup> 75 Prozent waren der Meinung, Frankreich befinde sich im Krieg.<sup>880</sup>

Im aufgeheizten Klima des Herbst 1986 wurden immer wieder Erinnerungen an die großen militärischen Auseinandersetzungen des zwanzigsten Jahrhunderts laut. Die konservative Tageszeitung *Le Figaro* fühlte sich nach dem Spitzentreffen im Regierungssitz an die „Heilige Union“ des Jahres 1914 erinnert, als die politischen Parteien nach der Kriegserklärung des Deutschen Reiches alle innenpolitischen Streitigkeiten aussetzten.<sup>881</sup> In *Le Monde* warnte der Schriftsteller Pierre Bourgeade vor der Wiederholung der Appeasement-Politik, die 1938 zum Münchner Abkommen geführt hatte:

Vor fünfzig Jahren wurde der Nazismus geboren. So wie der Terrorismus heute, versuchte er weder seinen Schrecken noch seinen Wahnsinn zu verbergen. Im Gegenteil: Er zeigte ihn offen, um Angst zu machen. Und die damaligen Politiker, [...] dieselben wie heute, gaben vor, ihn mit Beschwörungen zu mäßigen, ohne Waffen zu benutzen. Wir wissen, wohin dies geführt hat. Zu München, und später zu einem Zusammenbruch, von dem sich Frankreich bis heute nicht erholt hat. Diese bittere Lektion soll uns also nichts gelehrt haben? Sollen wir in einem ewigen „München“ leben?<sup>882</sup>

In der Nationalversammlung erinnerte Jean-Marie Le Pen an den Algerienkrieg.<sup>883</sup> Der Terrorismus habe damals mehrere zehntausend Tote gefordert. Daraufhin habe ein sozialistischer Regierungschef mit der Entsendung von Fallschirmjägern geantwortet, „als in Algier die Bomben in den Stadien, den Cafés und Restaurants explodierten“.<sup>884</sup> Erstmals seit dem Ende des letzten Kolonialkrieges war eine Situation eingetreten, die den Vergleich mit Algerien unvermeidlich erschienen ließ. Die lange verdrängten Erfahrungen wurden in der Krise vom Herbst 1986 offen angesprochen.<sup>885</sup> Eine positive Referenz bildete die militärische Bekämpfung des FLN aber lediglich in der Rhetorik der extremen Rechten. In *Le*

<sup>877</sup> Vgl. ebenda.

<sup>878</sup> Vgl. ebenda.

<sup>879</sup> Vgl. *Le Monde* vom 20. 9. 1986, S. 8, „Selon un sondage le Figaro-SOFRES. 72% des Français approuvent l'action du gouvernement“.

<sup>880</sup> Vgl. ebenda.

<sup>881</sup> Vgl. u. a. Thomas Raithel, *Das „Wunder“ der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges*, Bonn 1996.

<sup>882</sup> Pierre Bourgeade, *Paroles et actes. Devrons-nous vivre à l'heure d'un Munich perpétuel?*, in: *Le Monde* vom 20. 9. 1986, S. 2.

<sup>883</sup> Vgl. Assemblée Nationale, 1<sup>re</sup> séance du 8 octobre 1986, in: *JORF* vom 9. 10. 1986, S. 4452.

<sup>884</sup> Ebenda.

<sup>885</sup> Zum Algerienkrieg in der französischen Erinnerungskultur vgl. Benjamin Stora, *La guerre grègne et l'oubli. La mémoire de la guerre d'Algérie*, Paris 1991; Frank Renken, *Frankreich im Schatten des Algerienkrieges. Die Fünfte Republik und die Erinnerung an den letzten großen Kolonialkonflikt*, Göttingen 2006.

*Monde* warnte Jean Planchais in einem Leitartikel vor einem erneuten „schmutzigen Krieg“.<sup>886</sup> Wie Le Pen nahm er auf die „Schlacht um Algier“ Bezug:

In Algier explodierten Ende 1956 und in der ersten Hälfte des Jahres 1957 Bomben in den Bars, den Stadien, in Supermärkten und in Laternenpfählen. Es gab dutzende Tote, hunderte Verletzte. Am 6. Januar 1957 wurden dem Kommandanten der 10. Division der Fallschirmjäger, General Massu, die Vollmachten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erteilt. Mit der – mündlichen – Anweisung der zuständigen Minister, „alle Mittel“ einzusetzen. Die Schlacht um Algier endete im September 1957. Sie führte letztlich zum Sturz der IV. Republik.<sup>887</sup>

Aus der Art und Weise, wie die damaligen Regierungen den Kampf geführt haben, seien Lehren für die Terrorismusbekämpfung zu ziehen. Diese dürfe nicht den Militärs überlassen werden, die Republik müsse sich an die von ihr selbst aufgestellten Regeln halten: Erfolg könne nicht an der Zahl der Opfer auf der Gegenseite gemessen werden.<sup>888</sup>

Die Anschläge im September 1986 lösten Reaktionen aus, die an einen Kriegszustand erinnerten. Auch wenn die tatsächliche Bedrohung in keiner Weise mit einem kriegerischen Angriff vergleichbar war, und sich Regierung und Präsident davor hüteten, etwa den Notstand nach Artikel 16 oder den Belagerungszustand auszurufen, waren sich Politik und Bevölkerung einig, dass sich das Land in einer außergewöhnlichen Situation befand, die außergewöhnliche Antworten erforderte. Auf dem Höhepunkt der Krise widersetzten sich nur wenige Stimmen der allgemeinen Kriegsrhetorik. Eine Ausnahme war der Erste Sekretär des PS Lionel Jospin, der Premierminister Jacques Chirac offen widersprach: „Frankreich befindet sich nicht im Krieg. [...] Wir erwarten von der Regierung Taten, keine kriegerischen Reden. Denn Krieg bedeutet die Einschränkung der Freiheiten, Ausländerfeindlichkeit, Sieg oder Niederlage [...]“.<sup>889</sup>

Dass die donnernden Erklärungen der Politiker vor allem Teil einer rhetorischen Strategie waren, mit der Entschlossenheit gegenüber einer schwer greifbaren Gefahr demonstriert werden sollte, zeigte sich in den Wochen nach dem Ende der Terrorwelle. Den zuweilen hysterischen Reaktionen folgte eine Phase der Besinnung. Der Staat erhöhte zwar die Sicherheitsmaßnahmen im Inland, ein Angriff auf einen ausländischen Gegner, wie das zunächst verdächtigste Syrien, der Clan der Abdallah im Libanon oder das tatsächlich verantwortliche Regime der Ayatollahs im Iran, blieb aber aus.

### Konsens über die Natur und den Umgang mit dem Terrorismus

Auch wenn die Reaktionen der französischen Öffentlichkeit im September 1986 nur eine Momentaufnahme darstellten und die Angst vor weiteren Anschlägen schnell abflaute, so verweisen sie doch auf eine langfristige Entwicklung. Die von

<sup>886</sup> Vgl. Jean Planchais, La „sale guerre“, in: *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 1/3.

<sup>887</sup> Ebenda.

<sup>888</sup> Vgl. ebenda.

<sup>889</sup> *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 4, „La gauche approuve la fermeté du gouvernement mais insiste sur ‚l’État de droit“.

allen politischen Richtungen beschworene „Einheit der Nation“ war Ausdruck eines neuen Konsenses über die Natur und den Umgang mit terroristischer Gewalt. Der lange französische Weg hin zu einer weithin anerkannten Definition von Terrorismus wurde zwischen 1986 und 1988 abgeschlossen. Was Ende der 1970er Jahre noch lediglich als Überschrift für eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Gewaltphänomene angesehen worden war, wurde nun zum bestimmenden Deutungsmuster für das Verständnis von politischer Gewalt. Am Ende des Jahrzehnts setzte sich eine einheitliche Definition von Terrorismus durch, die noch heute gültig ist.

Einen abschließenden Schritt bildete das Anti-Terrorismus-Gesetz vom September 1986.<sup>890</sup> Es schuf eine juristische Definition der terroristischen Straftat. Das Gesetz war vor allem eine Antwort auf den internationalen Terrorismus, dem das Land seit 1982 besonders stark ausgesetzt war. Zugleich war die Definition einer Gefährdung der „öffentlichen Ordnung durch Einschüchterung oder Terror“ weit genug gefasst, um alle Spielarten der politischen Gewalt mit einzubeziehen.<sup>891</sup> Korsische Autonomisten oder linksradikale Aktivisten hatten daher von nun an mit der gleichen Behandlung zu rechnen wie internationale Terroristen.

Die öffentlichen Debatten der Jahre 1986 bis 1988 zeigten, dass die in Gesetzesform gegossene Terrorismus-Definition sich tatsächlich auf einen breiten Konsens innerhalb der französischen Gesellschaft stützen konnte. Hatten die Sozialisten schon während der Parlamentsdebatten angedeutet, dass sie mit den Bestimmungen des Anti-Terrorismus-Gesetzes einverstanden waren, so zementierte die Anschlagswelle vom September 1986 den nationalen Konsens. Angesichts einer verängstigten Bevölkerung, für die der Terrorismus zum Staatsfeind Nr. 1 geworden war, verbot sich jede grundsätzliche Kritik, die, wie noch Anfang der 1980er Jahre, bezweifelte, dass es sich bei der politischen Gewalt in Frankreich überhaupt um Terrorismus handelte. Entscheidend war schließlich, dass die Linke nach dem doppelten Sieg bei den Präsidentschafts- und den Parlamentswahlen im Jahr 1988 nicht versuchte, die Bestimmungen des Anti-Terrorismus-Gesetzes rückgängig zu machen.<sup>892</sup> Zum ersten Mal in der Geschichte der V. Republik war damit ein gesamtgesellschaftlicher Konsens in der Definition des Terrorismus hergestellt.

Dieser Konsens beruhte auf einer sukzessiven Kriminalisierung der politischen Gewalt seit dem Beginn der 1980er Jahre. Einen wichtigen Anstoß hatte die sozialistische Politik der Öffnung des Jahres 1981 gegeben, die nach einer Phase der „nationalen Aussöhnung“ die Verfolgung politischer Gewalttaten nach dem ordentlichen Strafrecht vorsah. Dies geschah zwar zuvorderst, um Angeklagte vor einer politischen Justiz zu schützen, bewirkte aber *de facto* eine Entpolitisierung

<sup>890</sup> Vgl. Loi n° 86–1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10956–10958.

<sup>891</sup> Ebenda.

<sup>892</sup> Im Jahr 1992 wurden die Bestimmungen des Anti-Terrorismus-Gesetzes in das neue Strafbuch integriert. Vgl. Loi n° 92–686 du 22 juillet 1992 portant réforme des dispositions du code pénal relatives à la répression des crimes et délits contre la nation, l'État et la paix publique, in: JORF vom 23. 7. 1992, S. 9893–9907.

und Kriminalisierung. Der von der politischen Rechten instrumentalisierte neue Sicherheitsdiskurs verstärkte diese Tendenz weiter. Der Terrorismus wurde nun als Teil einer allgemeinen Unsicherheit verstanden, die auch die alltägliche Gewalt in den Städten, Kleinkriminalität und illegale Einwanderung mit einbezog. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte weiterhin die gewandelte Natur und neue Intensität des internationalen Terrorismus, der sich traditionellen Interpretationsmustern entzog und in Frankreich nicht auf Verständnis zählen konnte.

Die 1986 festgeschriebene Terrorismus-Definition vermied jeden Bezug zu einem politischen Motiv. Terrorist war nunmehr jeder, der eine Straftat mit dem Ziel beging, „die öffentliche Ordnung durch Einschüchterung oder Terror“ zu stören. Die Legitimierung eines Anschlages oder eines Attentates mit einem als berechtigt angesehenen politischen Hintergrund, wie noch in den 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre häufig geschehen, war damit ausgeschlossen. Zwar erlaubten die neuen Bestimmungen prozessuale und strafrechtliche Sondermaßnahmen, diese ähnelten aber eher solchen, wie sie im Kampf gegen die organisierte Kriminalität angewandt wurden als einer Sonderbehandlung politischer Gefangener. Der Terrorismus wurde damit unabhängig vom politischen Kontext zu einer Form der allgemeinen Kriminalität – einer auf französischem Boden inakzeptablen Straftat.

Der linksradikale Schriftsteller Serge Quadrupani hat diesen Prozess in seinem Buch „Antiterrorismus in Frankreich oder der integrierte Terror“ anhand der Amnestiegesetze der Jahre 1981 und 1988 beschrieben:

1981, als die Linke an die Macht kam, verabschiedete sie ein Amnestiegesetz zur Reintegration „der von politischen Leidenschaften Fehlgeleiteten“ in die „nationale Gemeinschaft“. Als 1988 der PS wiederum an die Macht kam, schloss das Amnestiegesetz sorgsam all jene aus, die sich „terroristischer“ Vergehen schuldig gemacht hatten, und selbst jene, die nur der „Apologie“ des Terrorismus beschuldigt wurden. Das Verhalten der Partei spiegelt den tiefgehenden Wandel des offiziellen Frankreich wider. Die unterschiedlichen Gewalten, die politische, die richterliche, die Medien und die Polizei – sie alle haben dazu beigetragen, den Terrorismus zu entpolitisieren.<sup>893</sup>

Quadrupani selbst lieferte mit seiner Kampfschrift aus dem Jahr 1989 eine der wenigen dissonanten Stimmen in der französischen Öffentlichkeit. Als der Soziologe Michel Wieviorka zwei Jahre später ebenfalls den neuen übermächtigen Konsens in der französischen Gesellschaft beschrieb, nahm er direkten Bezug auf Quadrupanis Buch:

In general, counterterrorist actions have been carried out more and more forcefully without disturbing intellectuals, the media, or public opinion, nor leading them to raise questions about the meaning of the violence that must be fought. Public authorities have been attacked for being „soft“ [...] and for swashbuckling [...]. But no one has defended terrorists or sought to explain their actions. The consensus formed against terrorism is so strong that a condemnation, like Quadrupani's of governmental cynicism, the subordination of the judiciary to political authorities, or exaggerations in the media, is rare.<sup>894</sup>

<sup>893</sup> Serge Quadrupani, *L'antiterrorisme en France ou la terreur intégrée 1981–1989*, Paris 1989, S. 282.

<sup>894</sup> Michel Wieviorka, *France and Political Violence, 1968 to the Present*, in: *The Jerusalem Journal of International Relations* 13/2 (1991), S. 95–102, hier S. 101.

Wieviorka sieht als Ursache für diesen Konsens das „Schweigen der Intellektuellen“, welches sich wiederum aus dem Niedergang der großen revolutionären Ideologien des 20. Jahrhunderts erkläre, dem antikolonialen Nationalismus und dem Marxismus-Leninismus.<sup>895</sup> Auch wenn die allgemeine Entideologisierung der französischen Gesellschaft umfassender war und neben den Intellektuellen auch die großen politischen Parteien und die Bevölkerung insgesamt betraf, so fällt in den Terrorismuskrisen der 1980er Jahre doch besonders die Abwesenheit eines intellektuellen Gegendiskurses auf. Während des Algerienkrieges und auch nach 1968 hatten die kritischen Pariser Intellektuellen eine gewichtige Rolle als Vermittler zwischen dem Staat und seinen Herausforderern gespielt. Angeführt von Jean-Paul Sartre trugen sie mit ihrer öffentlichen Kritik an der Kriegführung in Algerien wesentlich zum Sieg des FLN bei. In den frühen 1970er Jahren halfen sie als Vermittler einen Anti-Repressions-Kurs zu etablieren und die „revolutionären Gruppen“ von einer terroristischen Eskalation abzuhalten.

In den Auseinandersetzungen der 1980er Jahre spielten die Intellektuellen keine Rolle mehr. Die deutsche Wochenzeitschrift *Die Zeit* brachte dies im September 1986 auf den Punkt:

Was den Terrorismus angeht, hat sich alles entideologisiert: die Bombenleger im Familienclan und die betroffene Gesellschaft. Nach dem Mord an Schleyer klagte im Linksblatt *Libération* Serge July, daß die kurzsichtige RAF den übermächtigen Konsens in der deutschen Gesellschaft noch verstärke. *Libération* und July sind heutzutage dem neuen französischen Konsens fest verpflichtet. Die revolutionären Vordenker entwickelten sich zu militanten Verfechtern der parlamentarischen Demokratie, die weniger von inneren als von äußeren Kräften wie Kommunismus, Islamismus und Terrorismus bedroht oder gar „destabilisiert“ werde.<sup>896</sup>

Die neue französische Einigkeit über die Natur des Terrorismus als einem in jedem Falle illegitimen Gewaltakt ermöglichte auch einen Konsens darüber, auf welche Art und Weise der Terrorismus bekämpft werden sollte. Nachdem sich noch zu Anfang der 1980er Jahre zwei scheinbar unversöhnliche Konzepte gegenübergestellt hatten, bildete sich nun ein französisches Modell heraus, das auch in den nächsten Jahrzehnten Bestand haben sollte.

Entscheidend für diese Entwicklung war, dass während der Zeit der Kohabitation eine Mischform gefunden wurde, die sowohl von der Linken als auch von der politischen Rechten akzeptiert werden konnte und die zugleich den neuen Herausforderungen des internationalen Terrorismus gewachsen war. Linke und Rechte verabschiedeten sich von lange Zeit vertretenen Idealvorstellungen und Maximalforderungen und bewegten sich aufeinander zu. Die konservative Regierung Jacques Chiracs stellte trotz des polemisch geführten Wahlkampfes nicht alle Errungenschaften ihrer sozialistischen Vorgänger in Frage. Insbesondere die neue Sensibilität für die Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze kann als einflussreiches Erbe der Sozialisten festgehalten werden. Dazu zählt neben der Abschaffung der Todesstrafe und des Staatssicherheitshofes vor allem das permanente öffentliche

<sup>895</sup> Vgl. u. a. Wieviorka, *Sociétés et terrorisme*, S. 516.

<sup>896</sup> *Die Zeit* vom 26. 9. 1986, „Einig im Racheschwur. Alte Traumata kommen wieder zutage: Vor der Bedrohung finden Linke und Rechte zusammen“.

Bekanntnis der Regierenden, die durch den Rechtsstaat und die Demokratie gesetzten Grenzen einzuhalten.

Den weiteren und schmerzhafteren Weg hin zu diesem Konsens hatte allerdings die politische Linke zurückzulegen. Grundlegend dafür war die Verabschiedung von den Illusionen der langen 1970er Jahre. Das Scheitern der Politik der Öffnung zu Beginn von Mitterrands erstem Mandat machte eine Neuausrichtung der Anti-Terrorismus-Politik unvermeidlich. Der neue, durch eigene Regierungserfahrung geprägte, pragmatische Kurs war Teil eines Entideologisierungsprozesses, der in den 1980er Jahren nicht nur, aber vor allem die sozialistische Linke ergriff. Am Ende stand ein französisches Modell der Terrorismusbekämpfung, das einen repressiven Ansatz verfolgte, der aber unter der Respektierung eng gefasster rechtsstaatlicher Grenzen zu erfolgen hatte. Die Entwicklung dieses Konsens-Modells war eines der wichtigsten Ergebnisse der französischen Terrorismuserfahrungen der 1980er Jahre.

### 6.3 Ein neues Feindbild?

#### Einwanderung als Sicherheitsproblem

Während der 1980er Jahre wurde Einwanderung zunehmend unter dem Blickwinkel der Sicherheitspolitik im Kampf gegen den Terrorismus gesehen. War dieser Zusammenhang zunächst nur indirekt gezogen worden, so sprachen französische Politiker im Verlauf des Jahrzehnts immer offener von einer vermeintlich direkten Verbindung zwischen Immigration und terroristischer Gefahr.

Die stärkste Dynamik ging in diesem Prozess vom rechtsextremen *Front National* aus, der ab 1983 zu einem festen Bestandteil der politischen Landschaft wurde.<sup>897</sup> Die Hauptthemen des FN blieben zwar weiterhin eine gefürchtete „Überschwemmung“ Frankreichs mit Ausländern und die Unsicherheit in den Städten,<sup>898</sup> hinzu kam ab Mitte der 1980er Jahre aber die Thematisierung der terroristischen Gefahr, die von den Einwanderern ausgehe. In seiner Kampfschrift „Die Franzosen zuerst!“ schrieb Le Pen im Jahr 1984, Frankreich stehe kurz vor einem „Bürgerkrieg“.

Die gesamte arabische und islamische Welt befindet sich im Aufruhr. [...] Es ist allgemein bekannt, dass auch hier bei uns Vertreter dieser Bewegung aktiv sind. Sie sind an ihren terroristischen Aktivitäten erkennbar. In unseren Städten rekrutieren bewaffnete Gruppen aller möglichen Fraktionen offen neue Mitglieder.<sup>899</sup>

Zwei Jahre später sprach der FN-Abgeordnete Jean-Pierre Stirbois während der Parlamentsdebatten um das Anti-Terrorismus-Gesetz im Juni 1986 vom „islamischen Fundamentalismus“, der „bereits eine Drehscheibe des Terrorismus“ in Frankreich bilde, und fügte hinzu: „Wir wissen, dass der Premierminister nicht die Absicht hat, die Einwanderung rückgängig zu machen. Der Islam wird also

<sup>897</sup> Vgl. Dézé, *Le Front National*, S. 75–102.

<sup>898</sup> Vgl. Jean-Marie Le Pen, *Les Français d'abord*, Paris 1984, S. 99, 115.

<sup>899</sup> Ebenda, S. 103.

die zweitgrößte Religion in Frankreich bleiben, mit allen Konsequenzen, die dies mit sich bringt.“<sup>900</sup>

Offener als Stirbois wagte es im Parlament nur Jean-Marie Le Pen selbst, einen Generalverdacht gegen Einwanderer und in Frankreich lebende Muslime auszusprechen. In der Sondersitzung der Nationalversammlung nach den Terroranschlägen vom September 1986 reagierte Le Pen auf die vorangegangene Regierungserklärung des Premierministers, der davor gewarnt hatte, Einwanderer leichtfertig mit dem Terrorismus in Verbindung zu bringen:

Aber es ist doch offensichtlich! Die hohe Zahl von Ausländern, die wir aufgenommen haben und die noch nicht einmal kontrolliert werden [...], bedeutet eine furchterregende Bedrohung für unsere Nation. [...] In einer vergleichbaren Situation hat eine demokratische Regierung – die der Vereinigten Staaten – die gesamte japanische Bevölkerung in Lagern interniert. Und dies ab 1941. [...] Es ist doch eine Binsenweisheit, dass man auf die Loyalität der Ausländer in unserem Land nicht zählen kann. [...] Im Zweifelsfall, wenn ihr Herkunftsland mit dem unseren in Konflikt gerät, ist von ihnen zu erwarten, dass sie sich auf die Seite ihres Landes schlagen. Dadurch entsteht eine Gefahr für Frankreich, die Sie [die Regierung] nicht vorhergesehen haben.<sup>901</sup>

In dem mit großer Schärfe ausgefochtenen Wahlkampf vor den Parlamentswahlen des Jahres 1986 übernahmen die Konservativen einen Teil der vom FN geprägten Diskurse. Auch Vertreter von RPR und UDF stellten Ausländer und in Frankreich lebende Menschen mit Migrationshintergrund als terroristisches Risiko dar. So schrieb der UDF-Politiker Bernard Plaisat in seinem Buch „Die Sicherheit wiederfinden“ im Jahr 1985:

Sie [die terroristischen Anschläge] sind oftmals nur durchführbar, weil in Frankreich Milieus, Rückzugsbasen und Verbindungen existieren. [...] Die Anwesenheit von großen ausländischen Minderheiten auf französischem Gebiet, die unbeschränkte Aufnahme von politischen Flüchtlingen, von denen manche gefährlich sind, die Aufrechterhaltung von besonderen Beziehungen zu bestimmten, weitgehend integrierten Gruppen, hat dazu geführt, dass sich Rückzugsgebiete herausbilden konnten, die den transnationalen Terrorismus erleichtern.<sup>902</sup>

Der Generalsekretär der RPR Jacques Toubon vertrat in seinem Buch „Der Angst ein Ende machen“ aus dem Jahr 1984 die These, es existiere ein direkter Zusammenhang zwischen der sozialistischen Einwanderungspolitik und der Häufung terroristischer Anschläge seit dem Regierungsantritt der Sozialisten im Jahr 1981:

Der äußerst starke Anstieg der Zahl sowie der Schwere terroristischer Anschläge, die fast alle einen internationalen Hintergrund haben, hängt ganz sicher mit der Politik der sozialistisch-kommunistischen Regierung – zumindest während der ersten 18 Monate ihrer Amtszeit – zusammen. Sie hat dazu geführt, dass jeder, der wollte, sich ungehindert Zutritt zu unserem Land verschaffen und sich frei bewegen konnte. Eine Politik, die man nur als nachlässig bezeichnen kann, hat im Bereich der Aufnahme und der Kontrolle der Ausländer an den Grenzen und im Inland dazu geführt, dass unser Land hervorragende Bedingungen für die Entwicklung des Terrorismus bietet.<sup>903</sup>

<sup>900</sup> Assemblée Nationale, 2<sup>e</sup> séance du 24 juin 1986, in: JORF vom 25. 6. 1986, S. 2416 f.

<sup>901</sup> Vgl. Assemblée Nationale, 1<sup>re</sup> séance du 8 octobre 1986, in: JORF vom 9. 10. 1986.

<sup>902</sup> Plaisat, *Retrouver la sécurité*, S. 155.

<sup>903</sup> Toubon, *Pour en finir avec la peur*, S. 68.

Die Vorstöße einzelner konservativer Politiker blieben aber Einzelfälle und provozierten auch innerhalb des rechten Lagers Kritik.<sup>904</sup> Von größerer Bedeutung war die Ausweitung des Sicherheitskonzeptes der konservativen Parteien, wo ab Mitte der 1980er Jahre die Ausländerpolitik explizit unter den Vorgaben der nationalen Sicherheit betrachtet wurde. Seit dem Ende des Algerienkrieges war Einwanderungspolitik in Frankreich vor allem als Teil der Wirtschafts- und Sozialpolitik verstanden worden.<sup>905</sup> Die sozialistische Regierung hatte ab 1981 nicht nur mehrere Hunderttausend illegale Einwanderer legalisiert, erklärtes Ziel war es auch, die Integration der Neuankömmlinge zu erleichtern.<sup>906</sup> Die Konservativen machten im Wahlkampf deutlich, dass sie mit dieser Praxis brechen wollten. Das Ressort „Einwanderung“ wechselte symbolisch aus dem Bereich der Sozial- in den Bereich der Sicherheitspolitik. Als UDF und RPR im Februar 1986 ihr Programm „Für eine Politik der Sicherheit“ vorstellten, wurde ein härteres Vorgehen gegen Ausländer als eine von drei Prioritäten hervorgehoben – neben dem Kampf gegen die Drogen und dem Kampf gegen den Terrorismus.<sup>907</sup>

Oppositionsführer Jacques Chirac machte kurz darauf in einem Zeitungsinterview deutlich, dass in einer von ihm geführten Regierung Einwanderungspolitik vor allem als Teil des Kampfes gegen die Unsicherheit betrieben würde.<sup>908</sup> Chirac hob zunächst hervor, dass Einwanderer doppelt so häufig kriminell würden wie die einheimische Bevölkerung, über ein Viertel der Gefängnisinsassen im Land stellten und bei den schweren und den häufigsten Straftaten den ersten Platz einnahmen.<sup>909</sup> Dies stelle eine „Beleidigung unserer [der französischen] Tradition der Gastfreundschaft“ dar und fördere den Rassismus.<sup>910</sup> Neben der Erleichterung von Polizeikontrollen und Ausweisungen von straffälligen Ausländern müsse daher der Zustrom von Migranten insgesamt eingeschränkt und strenger kontrolliert werden.<sup>911</sup>

Die Einwanderungspolitik fiel auch nach dem Regierungswechsel unter das erweiterte Sicherheitskonzept der Konservativen.<sup>912</sup> Der Schriftsteller Robert Solé schrieb im April 1986 in *Le Monde*:

Und die Immigranten? Hat man sie etwa vergessen, nachdem man sich während des Wahlkampfes wegen ihnen so beunruhigt hatte? Sie scheinen die Regierung Chirac in keiner Weise zu interessieren, außer unter dem Blickwinkel der Sicherheit. Niemandem ist es entgangen – in der ersten

<sup>904</sup> Vgl. Donegani/Sadoun, *Le jeu des institutions*, S. 461.

<sup>905</sup> Vgl. Wihtol de Wenden, *Les immigrés et la politique*, S. 85–219.

<sup>906</sup> Allerdings vollzogen die Sozialisten 1982 einen Kurswechsel hin zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik. Vgl. ebenda, S. 276–304.

<sup>907</sup> Vgl. „Une politique pour la sécurité“ – brochure présentée le 7 février 1986 par Jacques Toubon et Jacques Godfrain, secrétaire général à la sécurité, in: RePèRes. Bulletin de liaison des cadres du mouvement vom 24. 2. 1986, S. 3 f.

<sup>908</sup> Vgl. *Le Figaro* vom 8./9. 2. 1986, „Interview: Terrorisme et criminalité. Chirac: ‚Ce qu’il faut faire‘“.

<sup>909</sup> Vgl. ebenda.

<sup>910</sup> Vgl. ebenda.

<sup>911</sup> Vgl. ebenda.

<sup>912</sup> So auch Wihtol de Wenden, *Les immigrés et la politique*, S. 371 f.

Rede des Premierministers vor der Nationalversammlung wurde die Einwanderung unmittelbar nach dem Terrorismus behandelt.<sup>913</sup>

Dieser Eindruck werde bestätigt durch die Vervielfältigung der Personenkontrollen, von denen vor allem Menschen mit ausländischen Gesichtszügen betroffen seien und die an eine Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe (*délit de faciès*) erinnerten. Zwar könne man der Polizei in Zeiten des Terrorismus kaum vorwerfen, besonders gründlich vorzugehen, aber für das Bild der Einwanderer in der Gesellschaft habe diese Praxis äußerst negative Folgen: „Einwanderung wird bereits mit Kleinkriminalität gleichgesetzt. Es fehlt nicht viel und sie wird auch mit dem Terrorismus assoziiert.“<sup>914</sup>

Besondere symbolische Bedeutung kam den Gesetzesprojekten zur Einwanderungspolitik und zum Staatsbürgerschaftsrecht zu. Das Gesetz über die „Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern in Frankreich“ war ursprünglich Teil des Sicherheitspaketes gewesen, zu dem auch das Terrorismus-Gesetz gehörte.<sup>915</sup> Nachdem sich bereits kurz nach dem Machtwechsel die Stimmen gemehrt hatten, die ein allzu offensichtliches Zusammendenken der Einwanderungs- mit der Sicherheitspolitik kritisierten, wurde das Gesetzesvorhaben ausgekoppelt und gesondert verhandelt.<sup>916</sup> Dass diese Verbindung dennoch weiterhin bestand, blieb den politischen Beobachtern nicht verborgen. Das Einwanderungsgesetz wurde am gleichen Tag wie das Terrorismus-Gesetz verabschiedet.<sup>917</sup> Der kommunistische Abgeordnete Guy Ducoloné erklärte in der Nationalversammlung, dass es trotz dieses „Täuschungsmanövers“ als Teil des Sicherheitspaketes gesehen werden müsse: „Mittels der fünf vorgelegten Gesetzestexte verknüpft sie [die Regierung] ganz offensichtlich Kriminalität, Terrorismus und Einwanderung.“<sup>918</sup> Sein Parteifreund François Asensi kritisierte die „Sicherheitsideologie“, die dem „äußerst gefährlichen“ Gesetz zugrunde liege: „[...] die Regierung will der durch die Sicherheitskampagnen verunsicherten Bevölkerung entgegenkommen, indem sie die Überzeugung stärkt, dass die Ausländer an der Kriminalität schuld sind.“<sup>919</sup> Auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums wurde dieser Zusammenhang hergestellt. Jean-Marie Le Pen, dessen Fraktion das Gesetzesprojekt ablehnte, weil es nicht weit genug gehe, forderte die Regierung auf, die „eigentlichen Hintergründe für die Initiative“ zuzugeben. Auch den konservativen Parteien sei nämlich klar geworden, wie gefährlich die

<sup>913</sup> Robert Solé, Les immigrés dans l'ombre, in: Le Monde vom 6. 5. 1986, S. 1, 9.

<sup>914</sup> Ebenda.

<sup>915</sup> Vgl. Loi n° 86–1025 relative aux conditions d'entrée et de séjour des étrangers en France, in: JORF vom 12. 9. 1986, S. 11035–11037.

<sup>916</sup> Vgl. Le Monde vom 23. 5. 1986, S. 9, „Quatre nouveaux projets de loi“.

<sup>917</sup> Vgl. Rigouste, L'ennemi intérieur, S. 198.

<sup>918</sup> Assemblée Nationale, 2<sup>e</sup> séance du 24 juin 1986, in: JORF vom 25. 6. 1986, S. 2426.

<sup>919</sup> Assemblée Nationale, Bulletin des Commissions 1986, n° 200 (rectifié) Projet de loi relatif aux conditions d'entrée et de séjour des étrangers en France, dépôt le 12 juin 1986, Commission des lois constitutionnelles, de législation, du suffrage universel, du règlement et d'administration générale, S. 1190

Immigration für Frankreich sei: „Sie bringt Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Terrorismus“.<sup>920</sup>

Hauptzweck des Gesetzes war eine effektivere Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Es bestimmte, dass Ausländer, die nach Frankreich einreisen wollten, über ausreichende Mittel zur Sicherung ihrer Existenz verfügen müssten.<sup>921</sup> Daneben erleichterte es die Abschiebung von Ausländern, die eine „Bedrohung für die öffentliche Ordnung“ darstellten. Wer zu einer Gefängnisstrafe von über sechs Monaten verurteilt wurde, konnte sofort abgeschoben werden. Außerdem wurde die „administrative Ausweisung“ wiedereingeführt, die es den Präfekten erlaubte, Personen in einem Schnellverfahren ohne richterlichen Beschluss abzuschieben.<sup>922</sup> Auf Anweisung des Innenministeriums setzten die Behörden die neuen Vollmachten sofort um. Die Zahl der Abschiebungen verdoppelte sich innerhalb kürzester Zeit. Jede Woche wurden etwa 400 illegale Einwanderer abgeschoben, zumeist – wie die 101 Malier im Oktober 1986 – in Flugzeugen, die sie in ihre Heimatländer brachten.<sup>923</sup>

Wie das neue Einwanderungsgesetz hatte auch die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes vor allem symbolische Bedeutung. Beide spiegelten die wachsende Angst eines Teiles der französischen Bevölkerung vor dem Verlust der „französischen Identität“ wider, die durch Zuwanderung gefährdet schien. Mit dem Gesetzesprojekt reagierte die Regierung auch auf die Propaganda des FN, der seit Jahren eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes forderte.<sup>924</sup> Die wichtigste Neuerung bestand darin, dass in Frankreich geborene Kinder von Einwanderern nicht mehr automatisch mit dem 18. Geburtstag die französische Staatsbürgerschaft erhalten, sondern zwischen dem 16. und dem 23. Lebensjahr eine Willenserklärung abgeben sollten.<sup>925</sup> Justizminister Chalandon stellte dem Vorhaben ein Zitat von Ernest Renan voran: „Eine Nation entsteht aus dem gemeinsamen Willen, zusammen zu leben“.<sup>926</sup> Die Linke kritisierte das Gesetzesprojekt als Angriff auf das traditionsreiche Prinzip des französischen *jus soli*.<sup>927</sup> Nach den Studentenprotesten im Herbst 1986, die sich explizit auch gegen das Staatsbürgerschaftsgesetz richteten, verschob Premier Chirac die Verabschiedung um unbestimmte Zeit.<sup>928</sup>

Der Terrorismus verstärkte den Versicherheitlichungsprozess, dem Immigration und Immigranten im Frankreich der 1980er Jahre ausgesetzt waren.<sup>929</sup> Ein-

<sup>920</sup> Assemblée Nationale, 2<sup>e</sup> séance du 9 juillet 1986, in: JORF vom 10. 7. 1986, S. 3061.

<sup>921</sup> Weil, La France et ses étrangers, S. 279.

<sup>922</sup> Vgl. Loi n° 86-1025 relative aux conditions d'entrée et de séjour des étrangers en France, in: JORF vom 12. 9. 1986, S. 11035-11037.

<sup>923</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, La décennie Mitterrand II, S. 580.

<sup>924</sup> Vgl. Wihtol de Wenden, Les immigrés et la politique, S. 319-327.

<sup>925</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, La décennie Mitterrand II, S. 581.

<sup>926</sup> Ebenda.

<sup>927</sup> Ebenda.

<sup>928</sup> Ebenda, S. 582.

<sup>929</sup> Zum Ansatz der *Securitization* vgl. u. a. Eckart Conze, Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?, in: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 453-467.

wanderer wurden nun in erster Linie als Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Besonders deutlich wurde diese Entwicklung in den Reaktionen von Regierung und medialer Öffentlichkeit auf die Anschlagserie vom September 1986 in Paris.

Am 15. September 1986 verkündete Premierminister Jacques Chirac eine Reihe von Sondermaßnahmen, mit denen die Terrorwelle gestoppt werden sollte. Neben Einlasskontrollen vor allen öffentlichen Gebäuden erließ die Regierung die Abordnung von Armeeeinheiten zur Kontrolle der Grenzen sowie eine Visumpflicht für alle Ausländer, die nach Frankreich einreisen wollten (ausgenommen waren die Mitgliedstaaten der EG und die Schweiz).<sup>930</sup> Während die Teilnahme von Militärs an den Grenzkontrollen nach kurzer Zeit wieder ausgesetzt wurde, blieb die Visumpflicht im französischen Recht bestehen. Tatsächlich war die Wiedereinführung der Visa insbesondere für Staatsbürger der ehemaligen französischen Kolonien im Maghreb und im subsaharischen Afrika seit Beginn der 1980er Jahre immer wieder gefordert worden, und der sozialistische Außenminister Claude Cheysson hatte seinerzeit bereits ein Projekt dazu entwerfen lassen.<sup>931</sup> Aber erst die Anschläge des Jahres 1986 machten die Wiedereinführung der Visumpflicht mehrheitsfähig. Die „Notmaßnahme“ der Regierung stieß auf parteiübergreifende Zustimmung.<sup>932</sup>

Die Schließung der französischen Grenzen ging einher mit der Abschiebung von terrorverdächtigen Ausländern im Schnellverfahren, die durch das erst wenige Tage zuvor in Kraft getretene Gesetz über die Einwanderung und den Aufenthalt von Ausländern möglich gemacht wurden. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit wurden mehrere Dutzend Personen ausgewiesen, denen zwar keine Beteiligung an Straftaten, geschweige denn eine Mittäterschaft an den Terroranschlägen nachgewiesen werden konnte, die aber zu einer Risikogruppe zählten. So betonte der Anwalt des jordanischen Staatsbürgers Rashat Ibrahim, dass dieser als Tischler „keinerlei Verbindungen zu irgendeinem terroristischen Milieu“ habe und dennoch willkürlich in ein Land abgeschoben werde, in das „er nicht gehen wolle und wo sein Leben in Gefahr sein könnte“.<sup>933</sup> Die Proteste der Abgeschobenen trafen in der allgemeinen Hysterie während der Terrorwelle auf wenig Widerhall. Fast alle Betroffenen stammten aus dem Nahen Osten. Bei Einzelnen wurde eine Verbindung zu den FARL von Georges Ibrahim Abdallah vermutet.<sup>934</sup> Auch libanesischen Schiiten waren betroffen.<sup>935</sup>

Angesichts der omnipräsenten terroristischen Gefahr im Herbst 1986 waren Regierung und Öffentlichkeit zu Kompromissen in Fragen der Menschenrechte bereit, wenn so ein Ende der Anschlagserie erreicht werden konnte. Auf die Lage der in Frankreich lebenden Ausländer und Franzosen mit arabisch-muslimischer Abstammung hatte diese allgemeine Stimmung verheerende Auswirkungen. Ein

<sup>930</sup> Vgl. *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 1, „Les mesures antiterroristes annoncés par M. Chirac“.

<sup>931</sup> Vgl. Weil, *La France et ses étrangers*, S. 280.

<sup>932</sup> Vgl. *Le Monde* vom 17. 9. 1986, S. II, „Les réactions“.

<sup>933</sup> *Le Monde* vom 14./15. 9. 1986, S. 6, „Le gouvernement redoute une escalade du terrorisme“.

<sup>934</sup> Vgl. *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 3, „Quatorze personnes en attente d'expulsion“.

<sup>935</sup> Vgl. *Le Monde* vom 18. 9. 1986, S. 6, „Primes et affiches“.

von der Organisation *SOS-Racisme* aufgesetztes und von Intellektuellen wie Gilles Deleuze, Claude Lanzmann und Bernard Henri-Lévy unterzeichnetes Manifest warnte im September 1986 vor den „groben Vereinfachungen und dem bequemen Gleichsetzen von Muslimen und blutrünstigen Extremisten“.<sup>936</sup> In einem offenen Brief forderten bekannte Persönlichkeiten maghrebinischer Herkunft den irrtümlich als Drahtzieher verdächtigten Georges Ibrahim Abdallah dazu auf, die Anschläge in Frankreich einstellen zu lassen. Sie befürchteten, dass der Terrorismus „Hass auf die maghrebinische Gemeinde in Frankreich“ erzeugen könne:

Hass fördert neuen Hass. Morgen könnten andere Verrückte sich an den maghrebinischen Einwanderern rächen wollen. Schon heute bilden die Anschläge einen Vorwand, um das Asylrecht in Frage zu stellen, von den willkürlichen Ausweisungen gar nicht erst zu sprechen.<sup>937</sup>

Die vom Innenministerium offensiv vertretene These, dass die libanesischen FARL hinter den Anschlägen steckten und damit Georges Ibrahim Abdallah freipressen wollten, verstärkte den Verdacht gegenüber arabisch aussehenden Personen. Die Polizei ließ hunderttausende Fahndungsplakate mit den Gesichtern der verdächtigen Abdallah-Brüder aushängen und setzte eine Belohnung von einer Million Francs auf Hinweise aus, die zu ihrer Ergreifung führten.<sup>938</sup> Damit wurden alle Menschen, die den Abdallahs in ihren arabischen Gesichtszügen ähnelten, einem Generalverdacht ausgesetzt, obwohl hochrangige Regierungsmitglieder und selbst Premier Chirac immer wieder genau vor diesem Effekt warnten.<sup>939</sup>

Der engagierte Anwalt und Schriftsteller Denis Langlois fasste in einem Artikel über die neuen „Sündenböcke“ in *Le Monde* den in seinen Augen gefährlichen Stimmungswandel in der französischen Bevölkerung zusammen:

„Araber“ – damit ist das Stichwort gefallen! Ein Anschlag kann nur von einem Araber begangen werden. Früher waren es die Bolschewiken, die ständig mit einem Messer zwischen den Zähnen lebten. Heute spaziert ein Araber immer mit einer Bombe unter dem Arm herum, ganz wie ein echter Franzose dies mit einem Baguette tut. Es reicht, die Berichte anzusehen: Nach jedem Anschlag findet sich jemand, der einen Araber erkannt hat, der nach begangener Tat flieht. Zur Zeit der deutschen Besatzung war der Jude der Lieblingsverdächtige. Im heutigen kollektiven Bewusstsein hat ihn der Araber ersetzt. Wenn man willkürlich zehn von ihnen festnimmt und sie mit Zwangsausweisung bedroht, findet sich keine gute Seele, die sich darüber empören würde. Wenn es keine Terroristen waren, wären sie sicher fähig, welche zu werden. Und wenn nicht sie, dann einer ihrer Brüder.<sup>940</sup>

<sup>936</sup> *Le Monde* vom 17. 9. 1986, S. 11, „SOS Racisme: „ni marchandage honteux ni dérive sécuritaire“. Vgl. auch Salah Guemriche, *Le seuil d'intolérance. Craignons l'amalgame et la confusion*, in: *Le Monde* vom 20. 9. 1986, S. 2.

<sup>937</sup> *Le Monde* vom 18. 9. 1986, S. 6, „Dans une lettre ouverte: Des personnalités d'origine maghrébine demandent à Georges Ibrahim Abdallah de faire cesser les attentats“.

<sup>938</sup> Vgl. *Le Monde* vom 18. 9. 1986, S. 6, „Primes et affiches“.

<sup>939</sup> Vgl. u. a. *Assemblée Nationale*, 1<sup>re</sup> séance du 8 octobre 1986, in: *JORF* vom 9. 10. 1986, S. 4443.

<sup>940</sup> Denis Langlois, *Le temps des otages. Le pouvoir a toujours besoin de nouveaux boucs émissaires*, in: *Le Monde* vom 20. 9. 1986, S. 2.

### Islamischer Fundamentalismus

Mit der Aufdeckung des Netzwerkes von Fouad Saleh im Frühjahr 1987 festigte sich in der französischen Gesellschaft ein neues Bild des Terroristen: jenes des islamistischen Fundamentalisten. Zwar erregten die Festnahmen und auch der Gerichtsprozess drei Jahre später weniger öffentliche Aufmerksamkeit als die Anschlagserien des Jahres 1986 selbst, dennoch machten sie einer breiten Öffentlichkeit das Ausmaß der neuen Bedrohung deutlich. So ging etwa Gilles Kepel in den Schlussbetrachtungen seines 1987 erstmals erschienenen Standardwerkes „Die Banlieues des Islam“ auf die Anschläge des Jahres 1986 ein. Der Forscher warnte vor einer Gleichsetzung von Muslimen und Terroristen, zeigte sich aber zugleich besorgt über die jüngsten Entwicklungen innerhalb des extremistischen islamischen Milieus in Frankreich:

Es darf nicht verschwiegen werden, dass es sich hierbei um eine höchst gefährliche Entwicklung handelt: Die Vervielfältigung terroristischer Anschläge und Geiselnahmen ist Teil einer anti-westlichen Strategie, die von einigen Staaten im Nahen Osten angewandt wird [...]. Dabei dient der Rückgriff auf ein islamisches Vokabular und insbesondere die Ausrufung des Dschihad in seiner kriegerischsten Form als „Heiliger Krieg gegen die Feinde Gottes“ als wichtiges Hilfsmittel, um neue Sympathisanten und Befehlsempfänger zu gewinnen. Diese werden aus einer schwer geschädigten Jugend rekrutiert, die glaubt, nichts mehr zu verlieren zu haben, und die, zu Recht oder zu Unrecht, im Westen die Ursache für alles Schlechte sieht. Es wäre ein schwerer Fehler, die Wirkmächtigkeit solcher Anordnungen zu unterschätzen.<sup>941</sup>

Das „Terrorjahr 1986“ war nicht der Ausgangspunkt dieser Entwicklung, sondern vielmehr die Bestätigung eines Bedrohungsszenarios, das sich bereits seit Anfang der 1980er Jahre durchzusetzen begann. Sowohl für die Experten in den Sicherheitsbehörden und der Regierung als auch für die mediale Öffentlichkeit markierte es eine Wachablösung von der kommunistischen hin zur islamistischen Gefahr.

Die Anschlagserien des Jahres 1986 bewiesen, dass die Warnungen der Geheimdienste vor islamistisch motivierten Anschlägen nicht unberechtigt waren. Bereits 1982 hatte die DST begonnen, iranische Studenten und das Umfeld schiitischer Moscheen und Religionszentren im Großraum Paris zu beobachten.<sup>942</sup> In der Pariser Studentenstadt *Cité Universitaire Internationale* hatten sich Anhänger Chomeinis Straßenschlachten mit iranischen Oppositionellen geliefert und dabei Slogans wie „Mort à la France“ skandiert.<sup>943</sup> Die DST erstellte daraufhin Ende 1982 ein erstes Dossier zum „islamischen Fundamentalismus in Frankreich“.<sup>944</sup>

Die algerischen und marokkanischen Geheimdienste übermittelten zudem immer deutlichere Warnungen vor Fundamentalisten unter den in Frankreich lebenden Einwanderern aus den Maghreb-Staaten.<sup>945</sup> Auch wenn ein Zusammen-

<sup>941</sup> Vgl. Gilles Kepel, *Les banlieues de l'Islam. Naissance d'une religion en France*, Paris 1987, S. 379.

<sup>942</sup> Vgl. Kepel, *Les banlieues de l'Islam*, S. 250–257.

<sup>943</sup> Vgl. ebenda, S. 251.

<sup>944</sup> Vgl. ebenda, S. 252.

<sup>945</sup> Vgl. Pasqua, *Ce que je sais*, S. 242.

gehen sunnitischer Extremisten mit den schiitischen Anhängern der iranischen Revolution als unwahrscheinlich galt, wurden daraufhin die religiösen Zentren der maghrebinischen Gemeinde in Frankreich stärker unter Beobachtung genommen.<sup>946</sup> Innerhalb der DST spezialisierte sich eine Abteilung „Analyse“ auf den islamischen Fundamentalismus.<sup>947</sup> Dafür wurden externe Wissenschaftler angestellt, und die DST führte die Arbeit mit eigenen Auslandsagenten ein.<sup>948</sup> Die Pariser Polizeipräfektur gründete im Februar 1984 ebenfalls eine eigene Abteilung „Religiöser Fundamentalismus“ zur Überwachung des islamistischen Milieus in Paris.<sup>949</sup>

Der Kommissionsbericht der Senatoren vom Mai 1984 machte diese Warnungen erstmals der Öffentlichkeit zugänglich:

Das Anwachsen des islamischen Fundamentalismus beunruhigt die Polizeibehörden. Die wiederholten Unruhen in den Studentenwohnheimen, die offene Propaganda von schiitischen oder sunnitischen Propagandisten im islamischen Milieu, die Ankunft zahlreicher iranischer „Studenten“ auf unserem Territorium [...] hat die Leitung der Renseignements Généraux dazu veranlasst, die Überwachung dieses Phänomens landesweit und in Paris zu verstärken. Diese Aufgabe ist schwierig. Nur wenige Polizeibeamte beherrschen die arabische Sprache. Die umfangreiche Literatur aus dem Diplomatengepäck bestimmter Botschaften kann, wenn überhaupt, nur mit Verspätung übersetzt werden. Es gibt eine Vielzahl von Pseudonymen und falscher Identitäten. Das zu infiltrierende Milieu ist komplex, misstrauisch und sehr spezifisch.<sup>950</sup>

In der Regel blieben die Erkenntnisse der Geheimdienste aber Spezialisten vorbehalten. In der Öffentlichkeit dominierten Ereignisse im Ausland das Bild des islamischen Fundamentalismus. Nachdem bereits die iranische Revolution selbst und die Geiselnahme von 52 US-Diplomaten in Teheran in den Jahren 1979 bis 1981 die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den radikalen Islam gelenkt hatten, verstärkte der tödliche Anschlag auf den ägyptischen Herrscher Anwar as-Sadat im Oktober 1981 die Angst vor islamistisch motivierten Terroranschlägen. Eine wichtige Zäsur stellte der Doppelanschlag auf die amerikanischen und französischen UNIFIL-Stützpunkte im Oktober 1983 dar. Die französischen Medien berichteten nun regelmäßig über den islamistischen Terrorismus.<sup>951</sup> Die Entführungen im Libanon ab März 1985 rückten diesen schließlich vollends ins Rampenlicht.

<sup>946</sup> Vgl. ebenda.

<sup>947</sup> Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 77.

<sup>948</sup> Vgl. ebenda.

<sup>949</sup> Vgl. Sénat, *Rapport fait au nom de la Commission de contrôle des conditions de fonctionnement, d'intervention et de coordination des services de police et de sécurité engagés dans la lutte contre le terrorisme, créée en vertu de la résolution adoptée par le Sénat le 18 novembre 1983*, par Paul Masson, Sénateur, annexe au procès-verbal de la séance du 17 mai 1984, S. 123.

<sup>950</sup> Ebenda, S. 124.

<sup>951</sup> Vgl. u. a. *Quotidien de Paris* vom 3.7.1984, „Terrorisme islamique: la France fait bombe à part“; *Le Matin* vom 14.12.1983, „État de vigilance à l'Élysée“; *Quotidien de Paris* vom 2.1.1984, „Attentats en France: les vœux de Khomeiny?“; *Le Figaro* vom 3.1.1984, „Terrorisme: les extrémistes islamiques“; *Le Monde* vom 3.1.1984, „La piste islamique“; *Le Figaro* vom 9.2.1984, „Le terrorisme islamique tue encore. Après les meurtres, mardi, du général Oveissi et de son frère, l'ambassadeur des Émirats arabes unis assassinés hier“.

Die unter dem Banner der islamischen Revolution aufflammende Gewalt im Nahen Osten veränderte das Bild des Islam. Der libanesischer Historiker Georges Corm hat diesen Prozess in seinem Standardwerk zur Geschichte des Nahen Ostens beschrieben:

Wie gewöhnlich unterscheiden die öffentliche Meinung und die Regierungen im Westen nicht zwischen den einzelnen Motiven, die zur Rechtfertigung dieser Aktionen angegeben werden. Für sie handelt es sich um einen Kampf „gegen die Barbarei“ des Orients, wo sich eine Verschwörung gegen das Lager der westlichen Demokratien und an erster Stelle Israel herausgebildet hat. Mehr als je zuvor spricht man von der atavistischen Gewalt der Araber und dem Wiederaufleben des islamischen Fanatismus.<sup>952</sup>

Ab 1983/84 lässt sich ein Boom in der Berichterstattung über den islamistischen Terrorismus feststellen, der das veränderte Bild des Islam in Frankreich widerspiegelte. Bereits 1984 sah sich Gilles Kepel in einem Interview mit der Zeitschrift *Esprit* zu einer scharfen Kritik veranlasst. Der größte Teil der Medienberichte über den Islam fast ausschließlich unter dem Blickwinkel des Terrorismus. Die ständig wiederholten Stichworte lauteten: „Chomeini“ und „Dschihad“. Muslime in Frankreich liefen damit Gefahr, so Kepel, ausschließlich als „bärtige Turbanträger mit eingefallenen Gesichtern in einem fanatischen Krieg“ wahrgenommen zu werden, in dem sie „Bomben in französischen TGVs deponieren [...]“.<sup>953</sup>

### Der muslimische Araber als „Feind im Innern“?

Was sich bereits zu Beginn der 1980er Jahre mit der Verbindung der Diskurse über die neue Unsicherheit und die Immigration abgezeichnet hatte, bestätigte und verstärkte sich in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts unter dem Eindruck des islamistischen Terrorismus. Die Bewohner der Banlieue, der armen, vor allem von nordafrikanischen Einwanderern und deren Kindern bewohnten Vorstädte, wurden immer stärker als Bedrohung für die Mehrheitsgesellschaft empfunden.

Der Politikwissenschaftler Mathieu Rigouste spricht in diesem Zusammenhang von der Wiederkehr eines alten „sozio-ethnischen inneren Feindes“ – eine Vorstellung, die bereits in der Kolonialzeit und insbesondere während des Algerienkrieges das Bild der maghrebinischen Araber in Frankreich geprägt habe. Laut Rigouste kehrte diese, nachdem sie nach dem Ende der Dekolonisation mühsam unterdrückt worden sei, nun wieder an die politische Oberfläche zurück. Die Söhne der algerischen Unabhängigkeitskämpfer würden mittels eines abgewandelten und angepassten Feindbildes – nämlich als potenzielle islamistische Terroristen – genauso stigmatisiert wie ihre Väter eine Generation zuvor.<sup>954</sup> Der Autor stellt dabei die These auf, dass ab 1986 auch eine Wiederkehr der „antisubversiven“ Methoden des „gegenrevolutionären Krieges“ in Algerien festzustellen sei.<sup>955</sup>

<sup>952</sup> Corm, *Le Proche-Orient éclaté*, S. 554.

<sup>953</sup> Gilles Kepel, *Entretien avec Olivier Mongin, Jihad et terrorisme*, in: *Esprit* 94/95 (1984), S. 180–185, hier S. 180.

<sup>954</sup> Rigouste, *L'ennemi intérieur*, S. 199.

<sup>955</sup> Ebenda, S. 196.

So habe das Verhalten der Polizei während der Studentendemonstrationen und auch die Ausweisung der 101 Malier im Oktober 1986 den Methoden der Aufstandsbekämpfung während des letzten Dekolonisationskrieges geähnel.<sup>956</sup>

Auch wenn die These von einer Wiedereinführung der brutalen Methoden der militärischen Aufstandsbekämpfung aus dem Algerienkrieg wenig überzeugend erscheint, so liefert uns der Autor doch einen wichtigen Hinweis auf die Auswirkungen des Terrorismus auf die französische Gesellschaft: Voraussetzung und elementarer Bestandteil der Vorstellung von einem potenziell gefährlichen Fremdkörper im Inneren war die Verknüpfung der arabischstämmigen Immigration mit dem fundamentalistischen Islam. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre rückte die Religion der Einwanderer immer stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Im Herbst 1989 kam es zu einer ersten großen Debatte über die Rolle des Islam.<sup>957</sup> Die Spannungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimisch-arabischer Minderheit entluden sich an der symbolträchtigen Frage des Kopftuchverbotes. Der Direktor einer Schule in der Stadt Creil hatte im Oktober 1989 drei Mädchen vom Unterricht verwiesen, weil sie sich weigerten, ihre Kopftücher abzulegen. Die Eltern protestierten dagegen; dies wurde von den Medien aufgegriffen. Obwohl schnell ein Kompromiss gefunden wurde (die Mädchen durften die Kopftücher wieder anlegen, sobald sie das Klassenzimmer verließen), entbrannte in den folgenden Monaten eine öffentliche Diskussion.<sup>958</sup> In der Debatte über die Kopftücher traten prinzipielle Zweifel an der Integrationsfähigkeit der Muslime in Frankreich zutage. Dabei zeigte sich, dass der Islam in weiten Teilen der Bevölkerung als unvereinbar mit den Werten der Republik gesehen wurde.<sup>959</sup>

Das nach der iranischen Revolution sukzessive gewandelte Bild des Islam erreichte spätestens nach den Anschlägen des Jahres 1986 in Paris auch die in Frankreich lebenden Muslime. Der Historiker und Politikwissenschaftler Thomas Deltombe hat die Auswirkungen der Terrorwelle in seinem Buch über die „mediale Konstruktion der Islamophobie“ zusammengefasst:

Die Anschlagswelle, die Frankreich im Jahr 1986 traf, ist an der Herausbildung dieses neuen Denkmusters nicht unschuldig. [...] so wie der Terrorismus eine „islamische“ Färbung erhält, bekommt der Islam in den Medien eine „terroristische“ Konnotation. Während man zuvor dazu tendierte, den „islamischen Fundamentalismus“ als ein ausländisches Phänomen zu sehen, werden nun die Muslime in Frankreich mit größerem Misstrauen betrachtet.<sup>960</sup>

Was sich auf dem Höhepunkt der terroristischen Gefahr im Herbst 1986 noch als spontane fremdenfeindliche Reaktion geäußert hatte, entfaltete mit der zu-

<sup>956</sup> Vgl. ebenda.

<sup>957</sup> Vgl. Deltombe, *L'islam imaginaire*, S. 98–124.

<sup>958</sup> Vgl. ebenda.

<sup>959</sup> Einführend zur französischen Diskussion um Laizität und das Kopftuchverbot vgl. Gilles Leroux, *La laïcité à l'épreuve du foulard islamique. Une comparaison franco-allemande*, in: Jean-Paul Cahn (Hrsg.), *Religion und Laizität in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2008, S. 167–184.

<sup>960</sup> Deltombe, *L'islam imaginaire*, S. 78.

nehmenden Stigmatisierung der muslimisch-arabischen Bevölkerung in Frankreich selbst eine weitaus langfristige Wirkung. Die 1980er Jahre können auch in diesem Bereich als ein Scharnierjahrzehnt begriffen werden, in dem neue Denkmuster aufkamen, die sich vollständig erst in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten durchsetzen sollten.

### Zusammenfassung

Im Jahr 1986 verdichteten sich die entscheidenden Entwicklungslinien im Umgang mit dem Terrorismus im Frankreich der 1980er Jahre. Die terroristische Bedrohung erreichte ihren Höhepunkt, als Paris von einer blutigen Bombenserie erschüttert wurde, die die Stadt in einen kollektiven Angstzustand versetzte. Zugleich markierte das Jahr das Übergreifen des islamistischen Terrorismus auf Europa. Frankreich wurde erstmals von Fundamentalisten angegriffen, die sich auf einen „Heiligen Krieg“ gegen den Westen beriefen und auf ein Netzwerk in der einheimischen Bevölkerung zurückgreifen konnten. Das französische „Terrorjahr 1986“ stellt damit in gewisser Weise eine Wachablösung vom linksrevolutionären zum religiös motivierten Terrorismus dar.

Hinter der großen Mehrzahl der Anschläge in Frankreich zwischen 1985 und 1988 stand das Regime der Islamischen Republik Iran. Ein Hauptgrund für die Angriffe war Frankreichs Parteinahme im Krieg zwischen Iran und Irak. Außerdem sollten Agenten des iranischen Geheimdienstes freigesprengt werden, die in Frankreich nach einem Mordanschlag auf einen Oppositionellen in Haft saßen. Ausgeführt wurden die Terroraktionen von der libanesischen Hisbollah.

Zwischen 1985 und 1988 wurden zwölf französische Staatsbürger im Libanon entführt. Einige von ihnen blieben über drei Jahre in Geiselhaft, der bekannte Nahostexperte Michel Seurat verstarb in Gefangenschaft. Die Geiselnahmen hatten eine enorme Wirkung auf die französische Öffentlichkeit. Über mehrere Monate hinweg berichteten die Medien täglich über den Verbleib der Geiseln – auch weil die Familien der Opfer eine Kampagne lancierten, um die Regierung zu Verhandlungen zu zwingen. Mit den Anschlagserien des CSPPA zwischen Dezember 1985 und September 1986 erreichte der Terror die Hauptstadt Paris. Die Anschläge an belebten Punkten in der Stadt erzielten eine besondere Wirkung, weil sie ohne Ankündigung und ohne Differenzierung jeden Bürger treffen konnten. Die im Februar 1987 verhafteten Mitglieder der Gruppe stammten aus dem islamistischen Milieu in Paris.

Auch für die Perzeption des Terrorismus bildete das Jahr 1986 eine Zäsur. Was noch Ende der 1970er Jahre lediglich ein Randthema ohne politische Relevanz gewesen war, dominierte nun die Schlagzeilen in der Tagespresse. Die neue Bedeutung des Terrorismus veränderte die Anti-Terrorismus-Politik. In den Vordergrund rückte eine der Bevölkerung zugewandte Kommunikationspolitik. Wichtigstes Ziel der Regierung war es, mittels öffentlicher Bekundungen der eigenen Stärke den Eindruck zu vermitteln, die Situation zu kontrollieren. Ein markantes Element dieser Strategie war die Gleichsetzung der Anschläge mit einer Kriegs-

situation. Premierminister Jacques Chirac erklärte mehrfach, Frankreich befinde sich im Krieg. In der Öffentlichkeit wurden Parallelen zu den beiden Weltkriegen und dem Algerienkrieg gezogen. Die Kriegsrhetorik in Politik und Medien zog aber nicht die Anwendung von Instrumenten des Ausnahmezustandes nach sich. Auch zu einem Waffengang gegen die Hintermänner des Terrorismus im Ausland kam es nicht.

Eine Folge des gefühlten Kriegszustandes im Herbst 1986 war, dass sich ein Klima der nationalen Geschlossenheit gegen den als Angriff von außen empfundenen Terrorismus entwickelte. Die Kohabitation erleichterte das Zusammengehen von Regierung und Opposition. Beispielhaft für den „Burgfrieden“ stand die Aussage Präsident François Mitterrands, im Kampf gegen den Terrorismus arbeite er „Hand in Hand“ mit dem Premierminister. Chirac rief die Führer aller im Parlament vertretenen Parteien zusammen, um sich mit ihnen über sein Vorgehen abzustimmen. Drei Viertel der französischen Bevölkerung befürworteten den Kurs der Regierung.

Eine langfristig wirkende Folge des neuen Terrorismus war die Etablierung eines neuen Konsenses über die Natur und den Umgang mit politischer Gewalt. Das Anti-Terrorismus-Gesetz von 1986 etablierte erstmals eine juristische Definition des Terrorismus. Als Terrorist galt in Frankreich damit der Verursacher einer Straftat, die mit dem Ziel, „die öffentliche Ordnung durch Einschüchterung oder Terror“ zu stören, durchgeführt wurde. Die Tolerierung von Gewalt auf der Grundlage eines als legitim empfundenen politischen Motivs, wie noch in den 1970er Jahren und selbst zu Beginn der 1980er Jahre häufig geschehen, war damit ausgeschlossen. Terrorismus – in all seinen Formen – wurde nunmehr als inakzeptable Straftat verfolgt.

Grundlegend für den neuen Konsens war ein fundamentaler Wandel der Perception politischer Gewalt seit den späten 1970er Jahren, der mit den Schlagworten Entpolitisierung und Kriminalisierung zusammengefasst werden kann. Die Ursachen für diesen Wandel lagen in der neuen Intensität des Terrorismus, der als Bedrohung von außen wahrgenommen wurde, einem sich durchsetzenden Verständnis von Sicherheit, das terroristische Gewalt als Teil einer allgemeinen Unsicherheit verstand, und einem Wandel der politischen Kultur, der sich insbesondere im Niedergang des politischen Marxismus ausdrückte. Der parteiübergreifende Konsens führte zur Durchsetzung eines französischen Modells der Terrorismusbekämpfung, das von beiden großen politischen Lagern akzeptiert wurde und in seinen Grundzügen bis heute Bestand hat.

Eine weitere Folge des neuen Terrorismus war, dass sich der Blick der Franzosen auf Einwanderer und Menschen mit Migrationshintergrund veränderte. Politiker des *Front National* stellten Ausländer pauschal als potenzielle Terroristen dar. Die konservativen Parteien übernahmen im Wahlkampf Teile des rechtsextremen Sicherheitsdiskurses. Nach dem Regierungswechsel im März 1986 mehrten sich die Vorwürfe, dass Polizisten bei Identitätskontrollen rassistischen Stereotypen folgten. Ein scharfer Anti-Einwanderungskurs drückte sich auch in einem neuen Einwanderungsgesetz und der geplanten Reform des Staatsbürger-

schaftsrechtes aus. Immigration und Immigranten wurden nunmehr vor allem als Sicherheitsproblem wahrgenommen.

Besonders deutlich wurde die Verbindung von Terrorismusbekämpfung und Ausländerpolitik während der Anschlagserie im September 1986. Die Sondermaßnahmen der Regierung auf dem Höhepunkt der Terrorwelle bestanden in erste Linie aus einer restriktiveren Grenz- und Einwanderungspolitik. Die Regierung beschloss die Abordnung von Militäreinheiten zur Sicherung der Grenzübergänge und führte eine Visumpflicht für alle Länder außerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein – eine Maßnahme die vor allem Staatsbürger der ehemaligen französischen Kolonien im Maghreb und im subsaharischen Afrika traf. Außerdem wurde eine Reihe von Ausländern im Schnellverfahren abgeschoben, weil sie nach Meinung der Behörden ein terroristisches Risiko darstellen könnten.

Die Anschläge islamistischer Terroristen veränderten das Bild des Islam. Die französischen Sicherheitsbehörden registrierten seit Mitte der 1980er Jahre islamistische Gruppen innerhalb Frankreichs, von denen eine terroristische Gefahr ausgehen konnte. Auch in der Öffentlichkeit setzte sich das Bild eines sich radikalierenden Islams durch, der langfristig kaum mit den Werten der Republik vereinbar war. Die Terroranschläge des Jahres 1986 richteten die Aufmerksamkeit vollends auch auf Frankreichs eigene arabisch-muslimische Minderheit. Die Verknüpfung der arabischstämmigen Immigration mit dem fundamentalistischen Islam erhöhte das Misstrauen gegenüber den Einwanderern. Damit setzte sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erneut die Vorstellung eines potenziellen „Feindes im Innern“ durch.

## 7. Fahndungserfolge und Verhandlungen

Als Jacques Chirac im Frühjahr 1988 eine Bilanz seiner zweijährigen Regierungszeit im Bereich der inneren Sicherheit vorstellte, konnte er eine Reihe wichtiger Erfolge präsentieren. Der Regierungschef reklamierte kurz vor den Präsidentschaftswahlen für sich, Frankreich wieder „sicherer und solidarischer“ gemacht zu haben:

Was den Terrorismus betrifft, so waren die durchgesetzten Maßnahmen der erhöhten Gefährdungssituation angemessen. Das Anti-Terrorismus-Gesetz hat es den Sicherheitsbehörden erlaubt, wirksam gegen den Terrorismus vorzugehen. Das Resultat ist bekannt: Die wichtigsten Terrorgruppen wurden zerschlagen oder konnten deutlich zurückgedrängt werden. Ob Action Directe oder die nationalistischen Bewegungen auf Korsika und im Baskenland – ihre Mitglieder müssen sich nun vor der Justiz verantworten.<sup>961</sup>

Innenminister Charles Pasqua zog in seinen Memoiren ebenfalls eine überaus positive Bilanz:

<sup>961</sup> Bilan du gouvernement de Jacques Chirac 1986–1988, établi au printemps 1988, abgedruckt in: Jacques Chirac, Chaque pas doit être un but. Mémoires I, Paris 2009, S. 471–500, hier S. 482.

Persönlich war ich besonders zufrieden darüber, ein Ziel erreicht zu haben, dass ich mir gesteckt hatte: den einheimischen Terrorismus zurückzudrängen, den ausländischen Terrorismus zu stoppen, unserem Land Respekt zu verschaffen. Wir hatten geschafft, woran die Linke zuvor gescheitert war.<sup>962</sup>

Der statistische Jahresbericht der Kriminalpolizei bestätigte die Erfolge der konservativen Anti-Terrorismus-Politik. Er stellte einen allgemeinen Rückgang der politischen Gewalt im Jahr 1987 fest. Eine den Anschlägen der Vorjahre vergleichbare Welle des internationalen Terrorismus war ausgeblieben, dem linksrevolutionären Terrorismus mit der Verhaftung der *Action Directe*-Führung ein schwerer Schlag zugefügt worden. Im Baskenland gab es eine Vielzahl von Verhaftungen. Lediglich auf Korsika blieb das Gewaltniveau hoch.<sup>963</sup>

Die Erfolge der konservativen Regierung im Kampf gegen den Terrorismus standen in einem deutlichen Gegensatz zum Scheitern der Politik der Öffnung unter Mitterrand. Dennoch überwog die Kontinuität zur Herangehensweise der sozialistischen Regierungen. Und noch stärker als bei den Sozialisten stand die tatsächliche Praxis der Terrorismusbekämpfung im Widerspruch zur öffentlich vertretenen Linie der Unnachgiebigkeit.

### 7.1 Die Zerschlagung von *Action Directe* und das Ende des Linksterrorismus

Den eindeutigsten Erfolg brachte die Bekämpfung des linksrevolutionären Terrorismus. *Action Directe* wurde noch während des ersten Regierungsjahres der Konservativen vollständig zerschlagen. Ende 1987 saßen alle wichtigen Mitglieder in Haft. Die Gerichtsprozesse, bei denen die Anführer zu lebenslangen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, und selbst mehrere Hungerstreiks lösten keine nennenswerte Solidaritätsbewegung in der Bevölkerung aus. Damit war die Geschichte des linksrevolutionären Terrorismus in Frankreich beendet.

Der Mord an General René Audran im Januar 1985 hatte den Fokus der Ermittler erneut auf *Action Directe* gerichtet.<sup>964</sup> Ihre Gefährlichkeit bestätigte sich nach den Anschlägen auf Henri Blandin im Juni 1985 und Guy Brana im April 1986 sowie dem Mord am Frankreich-Direktor des US-Unternehmens *Black & Decker*, Kenneth Marston, im gleichen Monat.<sup>965</sup> Nachdem die Anschlagserien des CSPPA im Frühjahr und Herbst 1986 zunächst die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten, meldete sich *Action Directe* im November 1986 mit dem Mord am Direktor der Renault-Werke und früheren Spitzenmanager der

<sup>962</sup> Pasqua, *Ce que je sais*, S. 233.

<sup>963</sup> *Aspects de la criminalité et de la délinquance constatées en France en 1987 par les services de police et de gendarmerie d'après les statistiques de police judiciaire*, hrsg. von Direction Générale de la Police Nationale, Paris 1988, S. 55.

<sup>964</sup> Vgl. *Le Figaro* vom 1. 2. 1985, „Affaire Audran: signé Action Directe. L'offensive terroriste franco-allemand se confirme“.

<sup>965</sup> Für eine Chronologie der Anschläge vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 147–165.

staatlichen Atombehörde George Besse zurück.<sup>966</sup> Außerdem beging die Gruppe eine Reihe von spektakulären Bombenanschlägen, unter anderem gegen Interpol und die OECD in Paris, Polizeistationen sowie Unternehmen, die Handelsbeziehungen mit dem Apartheidregime in Südafrika unterhielten.<sup>967</sup>

Auch wenn insgesamt eine Kontinuität bei der polizeilichen Fahndungsarbeit über die politischen Zäsuren hinweg festzustellen ist, setzte die konservative Regierung neue Impulse für die Ermittlungsarbeit.<sup>968</sup> So wurde im Mai 1986 der Chefposten des Inlandsgeheimdienstes mit Philippe Massoni neu besetzt.<sup>969</sup> Massoni hatte seine Karriere Anfang der 1970er Jahre unter Innenminister Raymond Marcellin begonnen und an der Überwachung des linksrevolutionären Milieus im Umfeld der „revolutionären Gruppen“ teilgenommen. Unter seiner Führung wurde die Jagd auf *Action Directe* erneut zu einer Priorität für den Inlandsgeheimdienst.<sup>970</sup>

Eine wichtige Veränderung war bereits vom sozialistischen Innenminister Pierre Joxe vorgenommen worden. Sie betraf die Reaktivierung einer Sondereinheit des Inlandsgeheimdienstes, die bereits für die Verhaftungen im Jahr 1980 verantwortlich gewesen war.<sup>971</sup> Sie hatte nun erneut einen entscheidenden Anteil an der Aufdeckung der Terroristen. Ihr leitender Ermittler Serge Savoie hatte Anfang der 1970er Jahre ebenfalls an der Bekämpfung der „revolutionären Gruppen“ teilgenommen und auch dem Sonderkommando von Jacques Harstrich angehört. Er spezialisierte sich in der Folge auf den linksrevolutionären Terrorismus.<sup>972</sup>

Der erste große Erfolg von Savoies Einheit blieb von dem Regierungswechsel allerdings noch unberührt. Wenige Tage nach dem Amtsantritt Jacques Chiracs konnte die Polizei die Zerschlagung eines bis dahin unbekanntes Flügels von *Action Directe* in Lyon melden.<sup>973</sup> Den Ermittlern war aufgefallen, dass einige Anschläge eher dem Aktionsmuster aus der Zeit vor 1980 entsprachen und nicht mit der ideologischen Linie der Gruppe um Rouillan übereinstimmten. Außerdem häuften sich in der Gegend von Lyon und Saint-Etienne ungeklärte Banküberfälle. André Olivier, ein seit Anfang der 1980er Jahre untergetauchter Lehrer und früheres Mitglied der *Gauche Prolétarienne*, geriet in den Fokus der Ermittler.<sup>974</sup> Am 28. März 1986 wurde der schwer bewaffnete Olivier zusammen mit mehreren Komplizen festgenommen. Die Polizisten entdeckten tausende Dokumente, aus denen die jahrelange Existenz eines zweiten, unabhängigen Zweiges von *Action Directe* hervorging.<sup>975</sup> Olivier hatte nach dem Bruch mit Rouillan eine sektenar-

<sup>966</sup> Vgl. *Le Monde* vom 19. 11. 1986, S. 1, „Le PDG de Renault tué devant son domicile parisien“.

<sup>967</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 147–165.

<sup>968</sup> So auch: Wiewiorka, *French Politics and Strategy on Terrorism*, S. 75.

<sup>969</sup> Vgl. *Le Monde* vom 22./23. 2. 1987, S. 8, „M. Philippe Massoni quitte le cabinet du ministre chargé de la sécurité“.

<sup>970</sup> Vgl. Savoie, *La traque d'Action Directe*, S. 190.

<sup>971</sup> Vgl. ebenda, S. 200, 221.

<sup>972</sup> Vgl. ebenda, S. 35–39, 176.

<sup>973</sup> Vgl. *Le Figaro* vom 31. 3. 1986, „L'un des fondateurs d'Action directe arrêté“.

<sup>974</sup> Vgl. Savoie, *La traque d'Action Directe*, S. 197–202.

<sup>975</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 83.

tige Gruppe aufgebaut, die zurückgezogen bei Lyon lebte und ihren Lebensunterhalt mit Banküberfällen finanzierte.<sup>976</sup>

Max Frérot, ein ehemaliger Schüler Oliviers, blieb zunächst in Freiheit und beging nun auch tödliche Anschläge gegen bekannte Persönlichkeiten.<sup>977</sup> So starb bei einem Bombenanschlag der Fahrer des ehemaligen Justizministers Alain Peyrefitte.<sup>978</sup> Eine Granate vor der Wohnungstür des Untersuchungsrichters Jean-Louis Bruguière wurde nur zufällig entdeckt.<sup>979</sup> Erst im November 1987 wurde Frérot, der zwischenzeitlich in der Pariser Autonomen-Szene untergetaucht war und sich auch in Höhlen im Wald versteckte, gefasst.<sup>980</sup>

Die Pariser Gruppe um Rouillan, die mittlerweile enge Verbindungen mit der deutschen RAF, den belgischen *Cellules Communistes Combattantes* (CCC) und italienischen Gruppen unterhielt, nutzte den Regierungswechsel vom März für eine Anschlagserie, die als „Kriegserklärung“ gegenüber der neuen Regierung verstanden werden konnte.<sup>981</sup> Dass auch Charles Pasqua und Robert Pandraud gewillt waren, den Konflikt zu verschärfen, zeigte sich an den nun eingeführten Methoden im Antiterrorkampf. Im Sinne der Devise, dass nunmehr die „Terroristen terrorisiert“ werden sollten, wurden Großrazzien im autonomen Milieu durchgeführt, um das Umfeld der Terroristen zu verunsichern.<sup>982</sup> Die Behörden schreckten auch nicht davor zurück, Journalisten festzunehmen, denen Kontakte zu *Action Directe* vorgeworfen wurden. Im April 1986 wurden die Redaktionsräume von *Libération* durchsucht. Der Journalist Gilles Millet, der Rouillan im Jahr 1982 interviewt hatte, wurde festgenommen.<sup>983</sup>

Eine andere, ebenfalls heftig kritisierte Maßnahme leistete schließlich einen entscheidenden Beitrag zur Aufspürung der Anführer von *Action Directe*. Das Innenministerium ließ eine hohe Belohnung für alle Hinweise ausrufen, die zur Festnahme der Terroristen beitrugen. Außerdem wurden im ganzen Land Fahndungsplakate ausgehängt.<sup>984</sup> Der Aufruf zur Mitarbeit der Bevölkerung wurde als Anstiftung zur Denunziation kritisiert.<sup>985</sup> Die Polizei erhielt zunächst kaum verwertbare Hinweise. Dies änderte sich im Herbst 1986, als die blutigen Bombenanschläge in Paris die Bevölkerung für die Fahndung nach Terroristen sensibili-

<sup>976</sup> Vgl. Edwy Plenel, *Action directe à Lyon: le fil policier*, in: *Le Monde* vom 15. 5. 1986, S. 22.

<sup>977</sup> Vgl. Berlière/Lévy, *Histoire des polices*, S. 344.

<sup>978</sup> Vgl. *Le Monde* vom 17. 12. 1986, S. 11, „L'attentat contre M. Alain Peyrefitte. La revendication par Action Directe n'a pas encore été authentifiée“.

<sup>979</sup> Vgl. Bruguière, *Ce que je n'ai pas pu dire*, S. 291–293.

<sup>980</sup> Vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 84.

<sup>981</sup> Vgl. u. a. *Le Monde* vom 19. 4. 1986, „Six personnes déférées au parquet après l'attentat visant M. Brana“.

<sup>982</sup> Vgl. Pasqua, *Ce que je sais*, S. 214 f. Vgl. auch *Le Monde* vom 27./28. 4. 1986, S. 7, „Il faut empêcher d'agir les porteurs de valises“ déclare M. Robert Pandraud au „Figaro“.

<sup>983</sup> Vgl. *Le Monde* vom 26. 4. 1986, S. 9, „Après les interpellations de Gilles Millet et de Marc Francelet. Les extrémistes de la première génération“.

<sup>984</sup> Vgl. den Abdruck der Fahndungsplakate bei Pasqua, *Ce que je sais*, S. 304.

<sup>985</sup> Vgl. Témoignage Chrétien vom 26.5./1.6. 1986, „La délation contre la démocratie“.

sierten.<sup>986</sup> Seit September 1986 ging eine Vielzahl von Hinweisen aus der Bevölkerung ein.<sup>987</sup> Einer dieser Hinweise führte schließlich zum Erfolg. In der kleinen Gemeinde Vitry-aux-Loges in der Nähe von Orléans bemerkten Bewohner ein verdächtiges Pärchen in einem abgelegenen Bauernhof. Sie meldeten ihren Verdacht einem ehemaligen Polizeibeamten, der eine Sommerresidenz in dem Ort besaß. Der pensionierte Polizist schaltete einen befreundeten DST-Agenten ein. Dieser informierte auf dem kurzen Dienstweg die Einheit von Savoie.<sup>988</sup>

Trotz des hohen Fahndungsdrucks verübte *Action Directe* im Jahr 1986 weiter spektakuläre Anschläge.<sup>989</sup> Den Höhepunkt bildete im November 1986 der Mord an Renault-Direktor Georges Besse. In einem 26-seitigen Kommuniqué bekannte sich *Action Directe* am 12. Februar 1987 zu dem Attentat und erklärte sich zur Speerspitze des „revolutionären Kampfes“ in Westeuropa.<sup>990</sup> Nur wenige Tage später gelang den Ermittlern der entscheidende Schlag gegen die Gruppe. Savoie und seine Einheit hatten den verdächtigen Bauernhof in Vitry-aux-Loges überwacht und Nathalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan erkannt. Am 21. Februar stürmte ein Sondereinsatzkommando das Gelände.<sup>991</sup> Dort befand sich neben Rouillan und Ménigon noch ein zweites Paar: Georges Cipriani und Joëlle Aubron. Die vier Terroristen hatten jahrelang die fast gänzlich isoliert lebende Führungsgruppe von *Action Directe* gebildet.<sup>992</sup> Neben einem Waffenarsenal, Geld und Sprengstoff fand die Polizei auch Pläne für weitere Aktionen. Vorgesehen waren unter anderem die Entführung eines Industriellen, ein Angriff auf einen Atomreaktor und die Ermordung mehrerer bekannter Persönlichkeiten.<sup>993</sup> Rouillan hatte außerdem eine kleine Zelle gebaut, in der eine Geisel gefangen gehalten werden sollte, um die Freilassung von Régis Schleicher zu erpressen.<sup>994</sup>

Nach der Verhaftung der letzten vier wichtigen Mitglieder zeigte sich, dass *Action Directe*, anders als noch zu Beginn des Jahrzehnts, nicht mehr auf Verständnis und Solidarität in der französischen Gesellschaft zählen konnte. Im Dezember 1987 traten Rouillan, Ménigon, Cipriani und Aubron in einen Hungerstreik, um gegen ihre Haftbedingungen zu protestieren. Sie forderten die Anerkennung als politische Gefangene, die Aufhebung der Einzelhaft und die Unterbringung in Gruppenzellen.<sup>995</sup> Die Regierung war aber zu keinerlei Kompromissen bereit, und die Haftbedingungen blieben unverändert. Als sich der Gesundheitszustand der Gefangenen zunehmend verschlechterte, lancierten die Anwälte der Gefan-

<sup>986</sup> Vgl. u. a. Le Monde vom 18. 9. 1986, S. 6, „Primes et affiches“. Vgl. auch Le Monde vom 20. 11. 1986, S. 1, „M. Pasqua appelle la population à ‚collaborer avec la police‘“.

<sup>987</sup> Vgl. Savoie, La traque d'Action Directe, S. 225.

<sup>988</sup> Vgl. ebenda, S. 226.

<sup>989</sup> Vgl. Dartnell, Action Directe, S. 147–165.

<sup>990</sup> Vgl. Le Figaro vom 12. 2. 1987, „Action directe: les juges pour cible“.

<sup>991</sup> Vgl. Le Monde vom 24. 2. 1987, S. 1, „L'arrestation des chefs de l'organisation terroriste“.

<sup>992</sup> Vgl. ebenda.

<sup>993</sup> Vgl. Dartnell, Action Directe, S. 90.

<sup>994</sup> Vgl. Savoie, La traque d'Action Directe, S. 247.

<sup>995</sup> Vgl. Dartnell, Action Directe, S. 166.

genen eine Solidaritätskampagne.<sup>996</sup> Linksradikale Sympathisanten und Organisationen wie die Liga für Menschenrechte, außerdem linke Politiker wie der kommunistische Abgeordnete Pierre Juquin und der Grüne Daniel Cohn-Bendit sowie eine Anzahl bekannter Persönlichkeiten setzten sich für mildere Haftbedingungen ein, um den Hungerstreik zu beenden. Aber die Regierung blieb hart. Am 26. März 1988 gaben die Gefangenen ihren Hungerstreik auf.<sup>997</sup> Die Kampagne hatte kaum Widerhall gefunden. Die Anliegen von *Action Directe* stießen auf Desinteresse in der Bevölkerung.<sup>998</sup>

Nach dem Wahlsieg Mitterrands und der Sozialisten im Mai und Juni 1988 ließ der neue Justizminister Pierre Arpaillange die Einzelhaft für Mitglieder verschiedener terroristischer Gruppen aufheben, darunter *Action Directe*. Nach einem erneuten Hungerstreik wurden im Juli 1989 Rouillan, Ménigon, Aubron und Cipriani in benachbarte Zellen verlegt und das Kommunikationsverbot aufgehoben.<sup>999</sup> Alle vier erhielten lebenslange Haftstrafen auf der Grundlage des Anti-Terrorismus-Gesetzes von 1986. Auch die fünf Haupttäter des Lyoner Zweiges von *Action Directe* wurden zu lebenslangen Gefängnisstrafen verurteilt. Zwölf weitere Mitglieder erhielten leichtere Urteile, acht Angeklagte wurden freigesprochen.<sup>1000</sup>

## 7.2 Korsika – Rückfall in die 1970er Jahre?

Die Regierung Chirac setzte auch auf Korsika auf einen Kurs der unnachgiebigen Strafverfolgung. Charles Pasqua, dessen Familie von der Insel stammte, versprach bei seinem Amtsantritt, den öffentlichen Frieden wiederherzustellen.<sup>1001</sup> Anders als im Kampf gegen *Action Directe* brachten die verstärkte Polizeipräsenz und auch die Fahndungserfolge der Sicherheitsbehörden aber keinen entscheidenden Erfolg. Während der Kohabitation blieb die Zahl der Anschläge auf dem Niveau der Vorjahre.<sup>1002</sup> Die Aktionen des FLNC richteten sich zudem erneut gezielt gegen Vertreter des Staates und forderten mehrere Tote.<sup>1003</sup>

Zugleich zog die Gewalt auf der Insel weniger öffentliche Aufmerksamkeit auf sich als in den vorangegangenen Jahren.<sup>1004</sup> Angesichts des spektakulären inter-

<sup>996</sup> Vgl. Le Monde vom 24. 3. 1988, S. 18, „Polémique sur l'état de santé des dirigeants d'Action directe“.

<sup>997</sup> Vgl. Le Monde vom 29. 3. 1988, S. 13, „Les quatre dirigeants d'Action directe ont suspendu leur grève de la faim“.

<sup>998</sup> Vgl. Pierre Turpin, *Les Révolutionnaires dans la France social-démocrate, 1981–1995*, Paris 1997, S. 206.

<sup>999</sup> Zu den Hafterleichterungen für *Action Directe*-Mitglieder ab 1988 vgl. Dartnell, *Action Directe*, S. 174 f.

<sup>1000</sup> Zu den Urteilen gegen die einzelnen Mitglieder vgl. ebenda, S. 172–178.

<sup>1001</sup> Vgl. Lefèvre, *Géopolitique de la Corse*, S. 43.

<sup>1002</sup> Im Jahr 1986 wurden insgesamt 541 Anschläge und Anschlagversuche gezählt. Im Jahr 1987 registrierte die Polizei 426 Anschläge. Vgl. Peregrinetti/Rovere, *La Corse et la République*, S. 544.

<sup>1003</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 105.

<sup>1004</sup> Vgl. Bibliothèque de Sciences Po Paris, *Dossiers de presse, France 107/13: „Corse 1955 à 1989“*.

nationalen und linksrevolutionären Terrorismus auf dem Festland traten die Aktionen des FLNC in den Hintergrund. In der französischen Bevölkerung stellte sich eine gewisse Gewöhnung gegenüber den, mitunter als „korsische Eigenart“ empfundenen, Gewaltakten ein.<sup>1005</sup> Dies war auch eine Folge der weiter fortschreitenden Vermischung von „politischen“ und „kriminellen“ Aktionen.<sup>1006</sup>

Wie bei der Verfolgung von *Action Directe* bestand eine grundsätzliche Kontinuität zum Vorgehen der Sozialisten seit dem Jahr 1983. Auch die Konservativen setzten auf einen Repressionskurs, welcher aber intensiviert und verschärft wurde. Noch in seinen Memoiren warf Innenminister Pasqua den Sozialisten vor, eine allzu „verständnisvolle Politik“ geführt und dabei ignoriert zu haben, dass die „einzige Sprache, die die Separatisten sprechen, die der Bomben“ seien. Dagegen habe er selbst auf einen „harten Kurs“ und den „unbedingten Respekt der Demokratie“ bestanden.<sup>1007</sup>

Nach dem Regierungswechsel im März 1986 folgte allerdings zunächst eine Phase des Abwartens. Das Innenministerium verzichtete auf die Einsetzung eines Sonderbeauftragten wie dem 1983 von François Mitterrand nach Korsika entsandten Robert Broussard. Noch im Dezember 1986 lobte *Le Monde*, die Politik der neuen Regierung unterscheide sich auf Korsika vom „markigen Auftreten“ ihrer Vorgänger.<sup>1008</sup> Dass die vermeintliche Zurückhaltung vielmehr auf die Beanspruchung durch den virulenten internationalen Terrorismus zurückzuführen war, zeigte sich im Jahr 1987. Innenminister Pasqua leitete nun auch Maßnahmen ein, die die Sozialisten in den Vorjahren abgelehnt hatten. Am 21. Januar 1987 verbot der Ministerrat die Partei „Korsische Bewegung für die Selbstbestimmung“ (MCA), die als politischer Arm des FLNC galt.<sup>1009</sup> Am gleichen Tag wurden zudem zwei neue Präfekten für die Insel eingesetzt, die über einschlägige Erfahrungen im Innenministerium und der nationalen Polizeiverwaltung verfügten.<sup>1010</sup>

In den folgenden Monaten führten die Sicherheitskräfte eine Vielzahl von Razzien im nationalistischen Milieu durch. Am 4. März 1987 wurden 23 Aktivisten in Porto-Vecchio verhaftet.<sup>1011</sup> Bei einer Großrazzia in der Region Gruzzini am 8. Mai wurden über 30 Männer festgenommen.<sup>1012</sup> Ende Mai 1987 wurden elf Mitglieder des FLNC in Marseille verhaftet.<sup>1013</sup> Am ersten Oktober des Jahres nahm die Polizei drei Führungsmitglieder der Unabhängigkeitsbewegung in den Redaktionsräumen der Zeitschrift *U Ribombu*, dem Sprachrohr der Autonomisten,

<sup>1005</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 211.

<sup>1006</sup> Vgl. u. a. *Le Monde* vom 26. 12. 1986, S. 4, „Corse, an IV de la décentralisation. La fin des mirages“.

<sup>1007</sup> Pasqua, *Ce que je sais*, S. 240.

<sup>1008</sup> *Le Monde* vom 26. 12. 1986, S. 4, „Corse, an IV de la décentralisation. La fin des mirages“.

<sup>1009</sup> Vgl. *Le Monde* vom 23. 1. 1987, S. 9, „Corse: la dissolution du MCA n'étouffe pas les tentations de la violence et du séparatisme“.

<sup>1010</sup> Vgl. *Le Monde* vom 23. 1. 1987, S. 9, „Mouvement préfectoral“; vgl. auch *Le Monde* vom 30. 1. 1987, S. 10, „Le gouvernement change de stratégie face aux nationalistes corses“.

<sup>1011</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 210.

<sup>1012</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1013</sup> Vgl. *Le Monde* vom 24. 5. 1987, S. 15, „Onze nationalistes corses ont été écroués à Marseille“.

fest.<sup>1014</sup> Einen Monat später folgte die Festnahme von zehn Verdächtigen in der Provinzhauptstadt Corte.<sup>1015</sup>

Um einer Solidarisierung mit dem FLNC entgegenzuwirken, rief die Regierung immer wieder zur Mitarbeit der Bevölkerung beim Kampf gegen den Terrorismus auf. Bei einer Rede vor dem korsischen Regionalparlament beschwor Charles Pasqua im Juni 1987 die gemeinsame Verantwortung aller Korsen:

Ich möchte, dass man damit aufhört, Wunder vom Staat zu erwarten: Ihr müsst Euch ebenfalls beteiligen, und zwar nicht nur mit Demonstrationen und Erklärungen. Wir alle kennen die Bombenleger, Ihr genauso gut wie ich. Aber wir können sie erst festnehmen, wenn wir uns dazu entschlossen haben, dass diese Posse lange genug gedauert hat. Die wirklichen Verteidiger der Republik, das sind nicht die Gendarmen und auch nicht die CRS, sondern das Volk und seine Abgeordneten.<sup>1016</sup>

Gemäß der konservativen Strategie der Terrorismusbekämpfung brachte das Innenministerium die Gewalt auf Korsika offensiv zur Sprache und setzte eine Rhetorik der Unnachgiebigkeit sowie eine Reihe drastischer Polizeimaßnahmen dagegen. Kurz nach Pasquas Besuch auf Korsika verkündete Robert Pandraud eine Prämie von einer Million Francs für Hinweise zur Ergreifung von sechs gesuchten FLNC-Mitgliedern.<sup>1017</sup> Außerdem wurden Fahndungsplakate der Gesuchten verbreitet.<sup>1018</sup>

Pasqua setzte auch eine Maßnahme um, die bereits von den Hardlinern der sozialistischen Anti-Terrorismus-Politik intern gefordert, aufgrund der Einwände des liberalen Flügels aber nicht durchgesetzt worden war. Im Januar 1987 wurde ein Verfahren gegen Mitarbeiter des Fernsehsenders FR3 im Regionalbüro in Ajaccio eingeleitet. Den Journalisten wurde vorgeworfen, antifranzösische Propaganda zu betreiben.<sup>1019</sup> Chefredakteur Sampiera Sanguinetti wurde entlassen, zwei weitere Redakteure auf das Festland versetzt.<sup>1020</sup> Was von den Sozialisten unter Verweis auf die Pressefreiheit vermieden worden war, wurde nun umgesetzt, ohne größeren Protest zu erregen: die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit im Kampf gegen den Terrorismus.

Charles Pasqua selbst schreibt in seinen Memoiren, dass er zu weitaus härteren Maßnahmen greifen wollte, daran aber von Jacques Chirac gehindert worden sei.<sup>1021</sup> Pasqua hatte für die Ausrufung des Notstandes auf Korsika plädiert. Dies hätte unter anderem die Einführung der Militärgerichtsbarkeit, Ausgangssperren, die systematische Verhängung von Hausarresten sowie nächtliche Hausdurchsuchungen ermöglicht.<sup>1022</sup> Damit wäre, so Pasqua, „den terroristischen Aktivitäten

<sup>1014</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 210.

<sup>1015</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1016</sup> *Le Monde* vom 17. 3. 1988, S. 36, „Corse: une responsabilité collective?“.

<sup>1017</sup> Vgl. *Le Monde* vom 20. 6. 1987, S. 8, „La situation en Corse après l'assassinat de Jean-Paul Lafay“.

<sup>1018</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1019</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1020</sup> Vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 210.

<sup>1021</sup> Vgl. Pasqua, *Ce que je sais*, S. 241.

<sup>1022</sup> Vgl. Loi n° 55-385 du 3 avril 1955 relative à l'état d'urgence, in: *JORF* vom 7. 4. 1955, S. 3479.

der Separatisten ein Riegel vorgeschoben“ worden.<sup>1023</sup> Während Präsident Mitterrand sich dem Vorhaben nicht verweigert habe, habe Premier Chirac abgelehnt, weil er eine Neuauflage der Ereignisse von Aléria im Jahr 1976, die die Gründung des FLNC zur Folge gehabt hatten, vermeiden wollte.<sup>1024</sup>

Die Mission der Konservativen, die Insel mit einer Politik der Härte zu befrieden, blieb erfolglos. Der hohen Zahl von über 50 verhafteten und verurteilten korsischen Nationalisten stand eine erneute Eskalation der Gewalt gegenüber. Dabei stachen insbesondere die gezielten Morde an Staatsvertretern und politischen Gegnern hervor. So wurde am 16. Juni 1987 der bekannte Tierarzt und Vorsitzende einer Vereinigung von Terrorismusopfern Jean-Pierre Lafay ermordet, als er das Studio des Fernsehsenders FR3 nach einer Debatte über den Terrorismus verließ.<sup>1025</sup> Im März 1988 tötete ein Kommando den Gendarmen Stéphane Chariot bei einem Angriff auf eine Kaserne.<sup>1026</sup> Zwei Monate später wurden fünf Gendarmen schwer verletzt, als eine Autobombe während einer Verkehrskontrolle explodierte.<sup>1027</sup>

Ähnlich wie sieben Jahre zuvor hinterließ die konservative Repressionspolitik eine blockierte Situation. Nach dem erneuten Sieg Mitterrands in den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1988 schien sich die Geschichte zu wiederholen: Die sozialistische Regierung setzte eine Politik der Öffnung in Gang, amnestierte die „politischen Gefangenen“ (mit Ausnahme von wegen Kapitalverbrechen Verurteilten) und trat in Verhandlung mit den Führern der Autonomisten.<sup>1028</sup> Anders als zu Beginn des Jahrzehnts zeigte diese Neuausrichtung aber Erfolg. Die bereits stark fraktionierte Bewegung um den FLNC spaltete sich erneut und wurde weiter geschwächt. Die Zahl der Anschläge ging in den folgenden Jahren zurück. Als 1993 erneut die Konservativen an die Macht kamen, behielten sie den Kurs der Sozialisten bei. Verantwortlich dafür war der alte und neue Innenminister Charles Pasqua.<sup>1029</sup>

### 7.3 Internationaler Terrorismus – Auf dem Weg zur Unnachgiebigkeit?

#### Sicherheitsmaßnahmen auf dem Höhepunkt des Terrorismus

Auf dem Höhepunkt der Anschlagswelle in Paris im September 1986 reagierte der französische Staat mit einer Reihe von Ad-hoc-Maßnahmen. In der Haupt-

<sup>1023</sup> Pasqua, *Ce que je sais*, S. 241.

<sup>1024</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1025</sup> Vgl. *Le Monde* vom 18. 6. 1987, S. 1, „L'assassinat d'un dirigeant anti-indépendantiste après le voyage de M. Pasqua“.

<sup>1026</sup> Vgl. *Le Monde* vom 10. 3. 1988, S. 11, „Un gendarme est tué à Ajaccio par un commando de quatre hommes“.

<sup>1027</sup> Vgl. *Le Monde* vom 26. 4. 1988, S. 39, „Durcissement du terrorisme en Corse“.

<sup>1028</sup> Zur sozialistischen Anti-Terrorismus-Politik auf Korsika ab 1988 vgl. Crettiez, *La question corse*, S. 212–215.

<sup>1029</sup> Vgl. ebenda, S. 215 f.

stadt entfalteten die Sicherheitsbehörden eine omnipräsente Aktivität. Angesichts der in Paris herrschenden Panik war das erste Ziel die Beruhigung der Bevölkerung. In der Hauptstadt drohte das öffentliche Leben zum Erliegen zu kommen. Der Korrespondent der deutschen Wochenzeitschrift *Die Zeit*, Roger de Weck, schrieb Ende September 1986:

Seit sie das unaufhörliche Sirenengeheul der Rettungswagen im Ohr haben, üben die Pariser nun Vorsicht. Der dichtbesetzten Untergrundbahn ziehen etliche trotz des Verkehrsgewühls das eigene Auto oder das Taxi vor. Am liebsten wäre Paris eine Großstadt ohne Ansammlungen; um die Unglücksstätten erstreckt sich so etwas wie eine Angstmeile. Nach Möglichkeit meiden viele die Champs-Élysées, die Kinos, die Straßencafés, die Kaufhäuser, wo sie sich sonst drängen. Die Kurse der Aktien großer Warenhauskonzerne sind bereits gefallen, jene der Versandhäuser gestiegen. Der Rückzug in die eigenen vier Wände hat eingesetzt. Vor der Wohnungstür verschärft sich die Wachsamkeit. Jeder herrenlose Gegenstand lenkt Verdacht auf sich, ein Sprengsatz war schließlich in einem Blumenstrauß versteckt worden.<sup>1030</sup>

Erste Aufgabe des Staates erschien es in diesem Moment, Präsenz und Stärke zu zeigen. Am 14. September 1986 verkündete Premierminister Jacques Chirac in einer Fernsehansprache ein Anti-Terror-Paket.<sup>1031</sup> Es war kurz zuvor vom nationalen Sicherheitsrat beschlossen worden und bildete den Kern der staatlichen Sofortmaßnahmen.<sup>1032</sup> Eine erste Maßnahmengruppe zielte darauf, mögliche weitere Angriffe aus dem Ausland abzuwehren. Dafür wurden die Grenzkontrollen massiv verstärkt. Dies sollte zum einen mit der Wiedereinführung der Visumpflicht für alle nach Frankreich einreisenden Ausländer (ausgenommen waren Bürger der EG-Staaten und der Schweiz) erreicht werden.<sup>1033</sup> Zum anderen wurde erstmals seit dem Algerienkrieg das Militär für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Inland eingesetzt. Die Soldaten hatten die Aufgabe, die Polizisten der Grenzschutzeinheiten an den Landesgrenzen und auf den internationalen Flughäfen zu unterstützen.<sup>1034</sup>

Eine zweite Maßnahmengruppe hatte zum Ziel, die Sicherheit im Inland und insbesondere in Paris zu erhöhen, indem die Präsenz der Sicherheitskräfte massiv verstärkt und die Bevölkerung zur Wachsamkeit aufgerufen wurde. Polizei und Gendarmerie kontrollierten die Eingänge zu öffentlichen Gebäuden und Institutionen. Private Einrichtungen wie Kaufhäuser und Unternehmen wurden angehalten, selbstständig solche Eingangskontrollen durchzuführen.<sup>1035</sup> Chirac kündigte zudem an, dass unter dem Vorsitz von Sicherheitsminister Pandraud nunmehr täglich eine Direktorensitzung der verschiedenen Dienste und Polizeibehörden abgehalten werde. Außerdem sollte die *mouvance* – das Umfeld der Terroristen – stärker überwacht werden. In diesem Zusammenhang berichtete der Premierminister von einer Reihe bereits erfolgter Festnahmen und Ausweisungen von Per-

<sup>1030</sup> Vgl. *Die Zeit* vom 26. 9. 1986, S. 3, „Einig im Racheschwur“.

<sup>1031</sup> Vgl. *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 1, „Les mesures antiterroristes annoncées par M. Chirac“.

<sup>1032</sup> Vgl. *Le Monde* vom 16. 9. 1986, S. 4, „La lutte contre le terrorisme“.

<sup>1033</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1034</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1035</sup> Vgl. ebenda.

sonen, denen zwar keine Straftat nachgewiesen werden konnte, deren Anwesenheit aber eine „Gefährdung für die öffentliche Ordnung“ darstelle.<sup>1036</sup>

Die von Chirac angekündigten Maßnahmen entsprachen den Vorgaben des geheimen Alarm- und Präventionsplanes *Vigipirate*, der im Jahr 1978 auf dem Höhepunkt der linksterroristischen Bedrohung in Europa entwickelt worden war. *Vigipirate* wurde offiziell zwar erst fünf Jahre später während des zweiten Golfkrieges erstmals ausgerufen, als Saddam Hussein den Europäern mit Anschlägen im Falle eines Militäreinsatzes drohte.<sup>1037</sup> Die Maßnahmen des Jahres 1986 entsprachen aber bereits in weiten Teilen den Vorgaben von *Vigipirate* und bildeten einen wichtigen Erfahrungshintergrund für dessen Umsetzung im Jahr 1991.<sup>1038</sup> Dies trifft insbesondere auf die massiv erhöhte Präsenz von Sicherheitskräften an sensiblen Punkten in den Großstädten sowie auf den Einsatz von Militär in Friedenszeiten zu.<sup>1039</sup>

Etwa 2000 Soldaten unterstützten die Grenzpolizei bei der Kontrolle der französischen Außengrenzen. Da die Militärs keine Ausbildung für Polizeiaufgaben erhalten hatten, bestand ihre Aufgabe darin, die Polizisten bei ihrer Arbeit zu beschützen. In der Regel wurden zwei Soldaten einem Polizisten zugeteilt, der die alleinige Befugnis zur Personenkontrolle besaß.<sup>1040</sup> Trotz dieser Einschränkungen bildeten die abgeordneten Soldaten eine wichtige Hilfe für die Grenzpolizisten, denen mit der Wiedereinführung der Visumpflicht ein stark erhöhtes Arbeitspensum auferlegt worden war.<sup>1041</sup> Erst nach über einem Jahr, im Oktober 1987, wurde der Militäreinsatz beendet.<sup>1042</sup>

Die Bewohner von Paris mussten sich an die Präsenz eines massiven Sicherheitsdispositives gewöhnen.<sup>1043</sup> Schwer bewaffnete Polizisten und Beamte der Sondereinheiten CRS sowie zur Verstärkung nach Paris verlegte Einheiten der Gendarmerie überwachten die großen Bahnhöfe sowie zentrale Plätze und besonders sensible Punkte der öffentlichen Infrastruktur.<sup>1044</sup> An den Eingängen von Kaufhäusern, Kinos und Restaurants wurden Handtaschen und Kleidung überprüft. Die Pariser Stadtverwaltung verteilte Flugblätter und Plakate, in denen die

<sup>1036</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1037</sup> Vgl. den Bericht bei Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 112.

<sup>1038</sup> Eine Reihe von Autoren datieren den ersten Einsatz von *Vigipirate* daher auf das Jahr 1986. Vgl. u. a. Guittet, *L'implication de l'armée dans la lutte antiterroriste*, S. 191; Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 109.

<sup>1039</sup> Der Einsatz von Militär zur Überwachung der Grenzen geschah nach den Vorgaben des ministeriellen Rundschreibens Nr. 500/SGDN/AC/REG du 20 juillet 1970. Vgl. Cettina, *L'antiterrorisme en question*, S. 112.

<sup>1040</sup> Vgl. *La Croix* vom 18. 9. 1986, S. 4, „Plusieurs milliers de militaires aux frontières“.

<sup>1041</sup> Vgl. *Le Monde* vom 17. 9. 1986, S. 10, „L'armée à la rescousse“.

<sup>1042</sup> Vgl. Hermant/Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme*, S. 109.

<sup>1043</sup> In den großen Städten der Provinz wurden ebenfalls Sicherheitspläne erstellt. Vgl. *Quotidiens de Paris* vom 18. 9. 1986, „L'état d'alerte discret des villes de province“.

<sup>1044</sup> Vgl. *Der Spiegel* vom 22. 9. 1986, S. 139–142, hier S. 141, „Frankreich: Gnadenlose Vergeltung“.

Bevölkerung zur Wachsamkeit aufgerufen und vor unbeaufsichtigten Paketen und Taschen gewarnt wurde.<sup>1045</sup> Roger de Weck schrieb in der *Zeit*:

Wo viele Menschen zusammenkommen, häufen sich die Kontrollen. Das Erziehungsministerium erteilte den Lehrern Richtlinien bis hin zur „Überprüfung der von den Schulbesuchern mitgeführten Sachen“; nur ein einziges, gut bewachtes Schultor dürfe offengehalten werden. Auf Elternversammlungen wurden die Sicherheitsmaßnahmen erläutert. Man sagte die Klassenausflüge ab.<sup>1046</sup>

Ein eigenes Sicherheitssystem kam zum Schutz der Regierungsgebäude zum Einsatz. Dazu zählten der Sitz des Premierministers in Matignon, die Nationalversammlung im Palais Bourbon und das Präsidialamt. Im September 1986 drohten die Terroristen damit, den „Palast von König Mitterrand“ anzugreifen:

Drakonische Maßnahmen wurden daher im Élysée-Palast und in dem gesamten Viertel ergriffen. Der Verkehr ist seit gestern in der Umgebung des Präsidentenpalastes stark eingeschränkt: auf der Straße Saint-Honoré ist nur noch ein Streifen befahrbar, nachts ist der Bereich für Fahrzeuge verboten.<sup>1047</sup>

Kritiker warfen der Regierung eine „geschäftige Hilflosigkeit“ vor, da ein noch so großes Aufgebot an Sicherheitskräften nicht alle öffentlichen Einrichtungen überwachen und die Schließung der Grenzen ein professionelles und bereits in Frankreich etabliertes Terrornetzwerk kaum von weiteren Anschlägen abhalten könne.<sup>1048</sup>

Dennoch bildete sich aus den 1986 erstmals getroffenen Maßnahmen ein kollektives Verhaltensmuster heraus, auf das in späteren Krisen immer wieder zurückgegriffen wurde und sich bei zukünftigen Terroranschlägen bewähren sollte. Der Einsatz von Soldaten zur Unterstützung der zivilen Sicherheitskräfte, die Sensibilisierung der Bevölkerung sowie eine massive Polizeipräsenz an strategisch wichtigen Punkten in der Hauptstadt wurden als Notwendigkeit begriffen und entwickelten sich im Rahmen des Präventionsplans *Vigipirate* zu einem festen Bestandteil der französischen Politik der inneren Sicherheit.<sup>1049</sup>

### Die Regierung jagt die Falschen

Als Fehlschlag erwies sich der Versuch, die vermeintlichen Terroristen mit einer aggressiven öffentlichen Fahndung in die Defensive zu drängen. Bereits Anfang September legte sich die Regierung auf die Terrorgruppe FARL und die Brüder des in französischer Haft befindlichen Georges Ibrahim Abdallah als Drahtzieher der Bombenanschläge fest. Jacques Chirac erklärte am 24. September 1986 vor den Vereinten Nationen in New York, dass „alle vorliegenden Informationen

<sup>1045</sup> Vgl. Évènement du jeudi vom 18. 9. 1986, S. 9, „La responsabilité individuelle ne se décrète pas“.

<sup>1046</sup> Die Zeit vom 26. 9. 1986, S. 3, „Einig im Racheschwur“.

<sup>1047</sup> Le Figaro vom 18. 9. 1986, „L'horreur renouvelé“.

<sup>1048</sup> Der Spiegel vom 24. 11. 1986, S. 133, „Baaders Erben“.

<sup>1049</sup> Zur Bedeutung von *Vigipirate* in der französischen Strategie zur Terrorismusbekämpfung vgl. u. a. La France face au terrorisme. Livre blanc du Gouvernement sur la sécurité intérieure face au terrorisme.

darauf hinweisen, dass eine Gruppe, zu der Georges Ibrahim Abdallah gehört, für die Anschläge verantwortlich ist<sup>1050</sup>. Der Premierminister wiederholte diese Anschuldigung noch am 8. Oktober 1986 während der Sondersitzung der Nationalversammlung.<sup>1051</sup> Am 16. September 1986 ließ das Innenministerium 200 000 Steckbriefe mit Fotos von Robert und Maurice Abdallah verteilen.<sup>1052</sup> Außerdem wurde eine Belohnung von einer Million Francs auf Hinweise, die zur Ergreifung der Attentäter führten, ausgesetzt.<sup>1053</sup>

Das Ziel der Regierung scheint dabei weniger in der Ergreifung der Verdächtigen gelegen zu haben, als darin, mit einer aufsehenerregenden Aktion den Eindruck von Tatkraft und Unnachgiebigkeit zu vermitteln.<sup>1054</sup> So schrieb Charles Pasqua in seinen Memoiren: „Wir müssen reagieren. Um unsere Entschlossenheit zu demonstrieren, entscheide ich, Fotos der Abdallah-Brüder, deren Familienclan für die Anschläge verantwortlich sein könnte, an allen öffentlichen Plätzen aushängen zu lassen.“<sup>1055</sup> Selbst als die Abdallah-Brüder im Libanon an die Öffentlichkeit traten und ihre Unschuld nachweisen konnten, hielt die Regierung zunächst weiterhin an den Anschuldigungen fest.<sup>1056</sup>

Für den in französischer Haft befindlichen Georges Ibrahim Abdallah hatte dies fatale Folgen. Das frühe Festlegen auf Abdallah als den Drahtzieher der Anschläge schloss eine mehr oder minder geheime Abmachung mit den FARL aus. Diese war noch in den Sommermonaten erwogen worden, zumal ein Austausch mit dem entführten französischen Diplomaten Gilles Sydney Peyroles im Frühjahr 1985 nur knapp gescheitert war.<sup>1057</sup> Im Februar 1987 wurde Abdallah von einem französischen Gericht zu einer lebenslangen Haft verurteilt.<sup>1058</sup> Die Härte des Urteils überraschte politische Beobachter, da für eine direkte Beteiligung Abdallahs an terroristischen Aktionen kaum Beweise vorlagen. Kommentatoren räumten der öffentlichen Empörung während der Terrorwelle eine gewichtige Rolle bei der Urteilsfindung ein.<sup>1059</sup>

### Die Zerschlagung des Terrornetzwerkes von Fouad Saleh

Am 26. März 1987 informierte das Innenministerium die Öffentlichkeit in einem Kommuniqué über die „Neutralisierung eines terroristischen Netzwerkes“,

<sup>1050</sup> Zitiert nach: Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 592.

<sup>1051</sup> *Assemblée Nationale*, 1<sup>re</sup> séance du 8 octobre 1986, in: *JORF* vom 9. 10. 1986, S. 4444.

<sup>1052</sup> Die Abdallah-Brüder wurden offiziell lediglich als Zeugen gesucht. Vgl. *Le Figaro* vom 17. 9. 1986, „Un million de francs pour deux têtes“.

<sup>1053</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1054</sup> So auch *Le Monde* vom 18. 9. 1986, S. 6, „Primes et affiches“.

<sup>1055</sup> Vgl. Pasqua, *Ce que je sais*, S. 189.

<sup>1056</sup> Vgl. *Le Monde* vom 19. 9. 1986, S. 1, 10, „La police aurait identifié les auteurs de l'attentat de la rue de Rennes“.

<sup>1057</sup> Vgl. *Le Monde* vom 12. 9. 1986, S. 6, „M. Chirac ne peut ni veux libérer Georges Ibrahim Abdallah“.

<sup>1058</sup> Vgl. *Le Monde* vom 1./2. 3. 1987, S. 1, „Georges Ibrahim Abdallah a été condamné à la réclusion criminelle à perpétuité“.

<sup>1059</sup> Vgl. Wiewiorka, *French Politics and Strategy on Terrorism*, S. 84 f.

das im Begriff gewesen sei, „besonders gefährliche Anschläge in Frankreich zu begehen“.<sup>1060</sup> Die von der DST geleiteten Ermittlungen hätten zur Identifizierung mehrerer ausländischer Personen geführt.<sup>1061</sup> Namentlich erwähnt wurde der aus Tunesien stammende Anführer des Pariser Netzwerkes, Fouad Saleh.<sup>1062</sup> Das Kommuniké wies zudem bereits auf eine mögliche Beteiligung der Festgenommenen an den Anschlagserien des Jahres 1986 hin.<sup>1063</sup>

Die Zerschlagung des Netzwerkes von Fouad Saleh verhinderte eine Fortsetzung der Terrorwellen. Die Beamten der DST nahmen Saleh und zwei seiner Komplizen im XII. Pariser Arrondissement fest, als diese dabei waren, mehrere Liter hochexplosiven Flüssigsprengstoffes zu transportieren.<sup>1064</sup> Mit dem sichergestellten Material hätten Anschläge von weit größerem Ausmaß als jene vom September 1986 durchgeführt werden können.<sup>1065</sup> Die Vorbereitungen für neue Bombenanschläge im Frühjahr 1987 waren bereits weit vorangeschritten.<sup>1066</sup> In der Folge deckten die Beamten weitere Waffen- und Sprengstofflager in und um Paris auf.<sup>1067</sup>

Der Fall wurde dem Untersuchungsrichter Gilles Boulouque übergeben, der die neu gegründete Terrorismusabteilung in Paris leitete.<sup>1068</sup> Boulouque konnte auf die im Anti-Terrorismus-Gesetz eingeführten Sonderregelungen für Ermittlungen gegen Terroristen zurückgreifen. Die Verdächtigen blieben mehrere Tage in Polizeigewahrsam, wo sie bereits Geständnisse aufgaben. Zwei der Verurteilten profitierten später von Kronzeugenregelungen.<sup>1069</sup> Die Anklage wurde von der 14. Sektion der Pariser Staatsanwaltschaft übernommen, die ebenfalls auf der Grundlage dieses Gesetzes gegründet worden war.<sup>1070</sup> Das Urteil über Fouad Saleh und seine Komplizen fiel schließlich ein ausschließlich von Berufsrichtern besetztes Pariser Gericht.<sup>1071</sup> Der Prozess des Netzwerkes von Fouad Saleh war damit der erste, der vollständig nach den Richtlinien des neuen Terrorismus-Strafverfahrensrechtes geführt wurde.<sup>1072</sup>

Die Aussagen Fouad Salehs und seiner Komplizen ergaben, dass die im Herbst 1986 verfolgte Spur der Abdallah-Brüder falsch gewesen war. Neben der schnell

<sup>1060</sup> Communiqué du ministère de l'intérieur, abgedruckt in: *Le Monde* vom 27. 3. 1987, S. 12.

<sup>1061</sup> Ebenda.

<sup>1062</sup> Er wurde in dem Kommuniké als „Ali Fouad Selah“ bezeichnet. Vgl. ebenda.

<sup>1063</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1064</sup> Vgl. Georges Marion/Edwy Plenel, *Le mystère des Tunisiens*, in: *Le Monde* vom 3. 4. 1987, S. 8.

<sup>1065</sup> Vgl. Bigo, *Les attentats de 1986 en France*, S. 129.

<sup>1066</sup> So u. a. Robert Pandraud in *Le Monde* vom 29./30. 3. 1987, S. 7, „Les suites de l'arrestation à Paris d'un réseau pro-iranien“.

<sup>1067</sup> Vgl. Bigo, *Les attentats de 1986 en France*, S. 129.

<sup>1068</sup> Vgl. *Le Monde* vom 28. 3. 1987, S. 8, „Les suites de l'arrestation à Paris d'un réseau pro-iranien“.

<sup>1069</sup> Vgl. den Bericht des leitenden Staatsanwaltes Alain Marsaud, *Avant de tout oublier*, Paris 2002, S. 137.

<sup>1070</sup> Vgl. ebenda, S. 134–139.

<sup>1071</sup> *Le Monde* vom 31. 1. 1990, S. 9, „Le procès du réseau terroriste de Fouad Saleh“.

<sup>1072</sup> So auch Marsaud, *Avant de tout oublier*, S. 138.

etablierten Rolle der Fouad-Gruppe als logistisches Unterstützernetzwerk wurde auch die Verantwortung des Hisbollah-Netzwerkes in Europa deutlich – und damit die Rolle des iranischen Regimes als eigentlicher Drahtzieher.<sup>1073</sup> Auch weil die im Hintergrund mit dem Iran geführten Verhandlungen nicht gestört werden sollten, hielten sich die Behörden mit Informationen über den Fall zunächst bedeckt. Man befürchtete, dass sich die Festnahmen negativ auf die Lage der französischen Geiseln im Libanon auswirken könnten.<sup>1074</sup> Die Tragweite des Ermittlungserfolges, der durchaus als persönlicher Erfolg des Innen- und des Sicherheitsministers gelten konnte, wurde erst nach und nach deutlich.

Wie bereits im Kampf gegen *Action Directe* hatten sich die scharf kritisierten Methoden des Duos Pasqua-Pandraud bezahlt gemacht. Eine im März 1986 kurz nach der zweiten Anschlagswelle des CSPPA durchgeführte Razzia in einem schiitischen Religionszentrum in der Pariser Banlieue stand am Anfang der Ermittlungen, die letztlich zur Zerschlagung des Netzwerkes von Fouad Saleh führten. Einer der damals nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzten Festgenommenen blieb in losem Kontakt mit Beamten des Inlandgeheimdienstes. Lotfi Ben Khala meldete sich im Februar 1987 zurück und versprach Informationen, die zur Festnahme der Attentäter des Jahres 1986 führen würden, wenn er im Gegenzug die ausgerufene Belohnung von einer Million Francs erhalte.<sup>1075</sup> Er berichtete, in Teheran in Kontakt zu hohen Regierungsmitarbeitern gestanden zu haben, die Frankreich für seine Kriegsteilnahme an der Seite Iraks „bestrafen“ wollten.<sup>1076</sup>

Zurück in Paris schleuste sich Lotfi Ben Khala in das Netzwerk von Fouad Saleh ein und informierte die Ermittler über die Aufenthaltsorte der Gruppe. Die DST verkabelte die Unterkunft – eine Wohnung im XII. Arrondissement in Paris, die offiziell als Koranschule angemeldet worden war – und hörte am 21. März 1987 ein Gespräch ab, in dem sich die Terroristen über eine Verlagerung des Sprengstoffes abstimmten.<sup>1077</sup> Lotfi Ben Khala erhielt die versprochene Belohnung von einer Million Francs, wurde mit einem neuen Pass ausgestattet und konnte in die USA ausreisen.<sup>1078</sup>

Für die Aufarbeitung der Hintergründe des Falles war zudem eine Information des deutschen Bundeskriminalamts (BKA) von hoher Bedeutung. Am 13. Januar 1987 war am Frankfurter Flughafen der aus Beirut eingetroffene Libanese Mohammed Ali Hamadei festgenommen worden.<sup>1079</sup> Der deutsche Zoll stieß bei einer Routineuntersuchung auf mehrere Liter des Flüssigsprenngstoffes Methylnit-

<sup>1073</sup> Vgl. *Le Monde* vom 28. 3. 1987, S. 1, „L'arrestation de terroristes pro-iraniens embarasse le gouvernement“.

<sup>1074</sup> Vgl. *Le Monde* vom 29./30. 3. 1987, S. 7, „Les suites de l'arrestation à Paris d'un réseau pro-iranien“.

<sup>1075</sup> Marsaud berichtet, der Informant habe fünf Millionen Francs verlangt, da er fünf Hinweise erbracht habe. Vgl. Marsaud, *Avant de tout oublier*, S. 134.

<sup>1076</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1077</sup> Vgl. Bigo, *Les attentats de 1986 en France*, S. 130.

<sup>1078</sup> Vgl. Pasqua, *Ce que je sais*, S. 224.

<sup>1079</sup> Vgl. *Der Spiegel* vom 26. 1. 1987, S. 33 f., „Ampel auf Rot“.

rat, den Hamadei in Flaschen mit Weintraubenetiketten transportierte.<sup>1080</sup> Gegen Hamadei lag ein internationaler Haftbefehl aus den USA vor, weil er im Jahr 1985 bei einer Flugzeugentführung teilgenommen hatte, bei der ein amerikanischer Marinesoldat ermordet worden war.<sup>1081</sup> Hamadei hatte den Auftrag, die einzelnen Zellen des Hisbollah-Netzwerkes in Europa mit Sprengstoff zu versorgen. In seinem Adressbuch fanden sich mehrere französische Telefonnummern, darunter jene von Fouad Saleh, der als „Ali der Tunesier“ bezeichnet wurde.<sup>1082</sup>

Die Zerschlagung des Netzwerkes von Fouad Saleh war der wichtigste Fahndungserfolg der französischen Terrorismusbekämpfung in den 1980er Jahren. Die Festnahmen verhinderten gerade noch rechtzeitig eine neue Anschlagswelle in Paris, die ähnliche Ausmaße wie jene vom September 1986 erreicht hätte. Sie leisteten einen grundlegenden Beitrag zur Beendigung des iranisch-libanesischen Terrorismus in Frankreich, obwohl nur die logistischen „Hilfstruppen“ in Paris festgenommen werden konnten und sich die Bombenleger der Hisbollah im Libanon sowie ihre Auftraggeber im Iran in Sicherheit befanden.

Wie bei der Ergreifung der Anführer von *Action Directe* trug die offensive Anti-Terrorismus-Politik der konservativen Regierung erheblich zum Fahndungserfolg bei. Ausschlaggebend war der Hinweis eines Informanten, der auf die öffentlich ausgerufene Belohnung spekulierte und diese auch erhielt. Noch wichtiger waren die strukturellen Veränderungen auf der Ebene der Geheimdienste, die bereits in der Zeit der sozialistischen Regierungen angestoßen worden waren. Insbesondere die Neuorientierung der DST, wo sich nunmehr eine eigene Abteilung mit dem islamistischen Terrorismus befasste, zahlte sich aus. Auch die Zusammenarbeit der Geheimdienste mit ausländischen Diensten, die bereits unter Pierre Joxe eingesetzt hatte und von Charles Pasqua intensiviert wurde, trug zum Erfolg gegen das Terrornetzwerk der Hisbollah bei. Dies gilt auch für eine effektivere Koordination der traditionell in Konkurrenz stehenden französischen Inlands- und Auslandsgeheimdienste.<sup>1083</sup>

### Verhandlungen über die Geiseln im Libanon

Auch im Umgang mit der Entführung französischer Staatsangehöriger im Libanon fiel die Bilanz der Regierung im Mai 1988 erfolgreich aus. Wenige Wochen

<sup>1080</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1081</sup> Hamadei hatte am 14. 6. 1985 zusammen mit einem Komplizen eine Linienmaschine der US-amerikanischen Fluggesellschaft TWA entführt, die sich auf dem Flug von Athen nach Rom befand. Die Entführer nahmen 145 Fluggäste und neun Besatzungsmitglieder als Geiseln und landeten in Beirut. Es gelang ihnen, über 700 schiitische Geiseln aus israelischer Haft freizupressen und danach unterzutauchen. Vgl. Der Spiegel vom 24. 6. 1985, S. 100–102, „In fünf Minuten stirbt der nächste“. Nach Hamadeis Verhaftung wurden im Libanon die deutschen Staatsbürger Rudolf Cordes und Alfred Schmidt entführt, um Hamadei freizupressen. Vgl. Lemasson, La libération des otages allemands au Liban [<http://conflicts.revues.org/index145.html>, zuletzt abgerufen am 17. 11. 2016].

<sup>1082</sup> Vgl. Bigo, Les attentats de 1986 en France, S. 131.

<sup>1083</sup> Zu den Bemühungen um eine bessere Koordination der Geheimdienste vgl. Cettina, L'antiterrorisme en question, S. 55–61, 65–81.

vor dem Ende seiner Amtszeit als Premierminister konnte Jacques Chirac die Freilassung der letzten drei Geiseln verkünden. Was die Sozialisten in den Jahren 1985 und 1986 trotz einer Vielzahl von offenen und geheimen Verhandlungsangeboten nicht erreicht hatten, gelang während der zweijährigen Kohabitation. Allerdings wurden diese Erfolge mit großen Zugeständnissen erkaufte. Fast gleichzeitig mit der Freilassung der letzten Geiseln erfüllte der französische Staat sämtliche Forderungen des iranischen Regimes.

Dies widersprach in eklatanter Art und Weise der Rhetorik der Konservativen, die mit dem Anspruch angetreten waren, dass Verhandlungen mit Terroristen nunmehr ausgeschlossen seien. Trotz der gerade im Fall der französischen Geiseln offensichtlichen Bemühungen um einen Ausgleich hielt die Regierung an der Rhetorik der Stärke fest. Innenminister Pasqua behauptete 1988: „We have not granted ransom to anyone. We have not yielded to any claims.“<sup>1084</sup> Was im Kampf gegen den einheimischen Terrorismus durchaus konsequent umgesetzt wurde, galt nicht für den internationalen Terrorismus. Von einer Strategie der Unnachgiebigkeit konnte auch nach dem Regierungswechsel des Jahres 1986 nicht die Rede sein. Vielmehr bestimmte weiterhin ein pragmatischer Kurs der Konfliktvermeidung das französische Krisenmanagement.

Trotz der öffentlich behaupteten radikalen Wende in der Anti-Terrorismus-Politik überwogen auch im Umgang mit den Entführungen im Libanon die Kontinuitäten zur Politik der Sozialisten. Diese hatten bereits kurz nach der Entführung der ersten beiden Geiseln im März 1985 intensive Verbindungen mit Gesprächspartnern im Nahen Osten hergestellt. Frühzeitig wurde auch die zentrale Rolle des Iran hinter den Entführungen deutlich. Am 28. März 1985 erhielt Außenminister Roland Dumas eine Nachricht von Yasser Arafat der auf die Rolle Teherans aufmerksam machte.<sup>1085</sup> Bereits vier Tage zuvor waren einem französischen Diplomaten die Bedingungen Irans übermittelt worden: Frankreich sollte seine Waffenlieferungen an den Irak einstellen. Außerdem müssten die Volksmudschaheddin aus Frankreich ausgewiesen, Anis Naccache und seine Kameraden aus der Haft entlassen und die französischen Schulden aus dem *Eurodif*-Geschäft beglichen werden.<sup>1086</sup>

Während die Regierung zunächst hoffte, mit der Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zu Teheran ein baldiges Ende der Entführungen zu erreichen, verstärkte sich im Mai 1985 der innen- und außenpolitische Druck. Mit der Entführung von Jean-Paul Kauffmann und Michel Seurat wurden auch die Medien auf die Geiseln im Libanon aufmerksam. Anders als etwa Großbritannien, das seine Geiseln offiziell als vermisst betrachtete, um keine Angriffsfläche für Erpressungen zu liefern, bekannte sich die französische Regierung öffentlich zu dem Ziel, ihre Staatsbürger zu befreien.<sup>1087</sup>

<sup>1084</sup> Zitiert nach: Chauvin, *French Diplomacy and the Hostage Crisis*, S.102.

<sup>1085</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 429.

<sup>1086</sup> Vgl. ebenda, S. 429 f.

<sup>1087</sup> Vgl. Chauvin, *French Diplomacy and the Hostage Crisis*, S.102.

Im September 1985 begannen geheime Verhandlungen über einen möglichen Gefangenenaustausch mit dem Kommando von Anis Naccache. François Mitterrand gab sein prinzipielles Einverständnis unter der Bedingung, dass die Attentäter erst einige Zeit später freikämen. Zugleich hatten französische Emissäre Kontakt zu Vertretern der Hisbollah im Libanon aufgebaut. Außerdem wurde eine enge Verbindung mit Syrien aufrechterhalten, dessen militärische Präsenz im Libanon ebenfalls als Druckmittel auf die Geiselnnehmer dienen konnte. Als sich Anfang des Jahres 1986 eine Übereinkunft abzeichnete, zogen die Iraner aber plötzlich ihr Einverständnis zurück und erweiterten ihre Forderungen.<sup>1088</sup> Bis zu den Parlamentswahlen im März 1986 konnte trotz intensiver Bemühungen kein Kompromiss mehr gefunden werden. Am 8. März 1986 wurden sogar erneut vier Franzosen im Libanon entführt.<sup>1089</sup>

Der Regierungswechsel schien eine Möglichkeit zu bieten, die blockierte Situation zu lösen. Das Regime in Teheran und auch Vertreter schiitischer Milizen im Libanon zeigten sich zufrieden darüber, dass die Konservativen die Wahl gewonnen hatten. Jacques Chirac verkündete öffentlich, dass es sein Ziel sei, die Beziehungen zum Iran zu normalisieren. Zugleich machte er die Bedingungen Frankreichs für eine solche Annäherung klar: Iran dürfe sich nicht weiterhin dem Verdacht aussetzen, an terroristischen Aktionen beteiligt zu sein. Die Regierungsverantwortlichen des Landes müssten alles in ihrer Macht stehende dafür einsetzen, die französischen Geiseln zu befreien.<sup>1090</sup>

In der Folge zeigte sich, dass Chirac in höherem Maße als Mitterrand zu Zugeständnissen bereit war. Die neue Regierung setzte auf die Wiederherstellung eines politischen Dialogs mit dem Iran. Dahinter stand die Überzeugung, dass sich die von den Sozialisten verfolgte Methode geheimer Verhandlungen als Fehlschlag erwiesen hatte. Außenminister Jean-Bernard Raimond trat in engen Kontakt mit iranischen Verantwortlichen. Im Mai 1986 traf der iranische Vize-Premierminister Ali Reza Moayeri in Paris mit Jacques Chirac zusammen.<sup>1091</sup> Der Iran trat bei diesem Treffen als wohlwollender Vermittler auf, der seinerseits „Probleme“ benannte, die einer Verbesserung des bilateralen Verhältnisses im Weg stünden.<sup>1092</sup> Gleichzeitig baute Charles Pasqua im Innenministerium eine eigene diplomatische Krisenzelle auf, deren Leitung der ehemalige Geheimdienstagent Jean-Charles Marchiani übernahm.<sup>1093</sup>

Bereits nach wenigen Wochen zeigte die neue Herangehensweise Wirkung. Im Juni 1986 musste der Anführer der iranischen Volksmudschahedden, Massoud Rajavi, Frankreich zusammen mit etwa 200 Gefolgsleuten verlassen.<sup>1094</sup> Jacques

<sup>1088</sup> Zu den Verhandlungen der sozialistischen Regierung bis zur Wahl im März 1986 vgl. Ménage, *L'œil du pouvoir* III, S. 402–700.

<sup>1089</sup> Vgl. Attali, *Verbatim* I, S. 1416 f.

<sup>1090</sup> Vgl. Chauvin, *French Diplomacy and the Hostage Crisis*, S. 98.

<sup>1091</sup> Vgl. Loiseau, *Le grand troc*, S. 203–205.

<sup>1092</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1093</sup> Vgl. Pasqua, *Ce que je sais*, S. 228.

<sup>1094</sup> Vgl. Loiseau, *Le grand troc*, S. 207 f.

Chirac erklärte, dass der Iran „zu Recht über den Missbrauch des politischen Asyls durch einige iranische Flüchtlinge irritiert“ sei.<sup>1095</sup> Zwei Wochen später wurden im Libanon mit Philippe Rochot und Georges Hansen die ersten beiden französischen Geiseln freigelassen. Gleichzeitig verhandelten in Teheran Abgesandte der französischen Regierung über die Rückzahlung der iranischen Anteile an der Atomaufbereitungslage in Pierrelatte. Im November 1986 einigten sich die Unterhändler auf die Zahlung einer ersten Rate. Frankreich erklärte sich dazu bereit, zunächst 330 Millionen Francs, etwa ein Drittel der ursprünglich geforderten Summe, zu zahlen. Erneut wurden die französischen Zugeständnisse belohnt. Am 11. November kamen die Geiseln Marcel Coudari und Camille Sontag frei.<sup>1096</sup> Kurz darauf wurde auch Aurel Cornea freigelassen. Die Entführer begründeten dies mit der aus ihrer Sicht positiven Entwicklung der französischen Politik im Nahen Osten.<sup>1097</sup>

### Der Fall Gordji und der „Krieg der Botschaften“

Die Aufdeckung des Terrornetzwerkes von Fouad Saleh im März 1987 führte zu einem Kurswechsel. Die Ergreifung der Terroristen machte deutlich, dass zwischen den Entführungen im Libanon und den Anschlagswellen ein Zusammenhang bestand und dass beide aus dem Iran gesteuert wurden.<sup>1098</sup> Die seit Chiracs Regierungsantritt betriebene Politik der Annäherung wich nun einem Konfrontationskurs, der schließlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führte. Premier Chirac vertraute in der zunehmend eskalierenden Krise mit Iran auf die Hardliner im Innenministerium. Das Außenministerium, wo Jean-Bernard Raimond für eine Weiterführung der Annäherung plädierte, wurde weitgehend kaltgestellt. Auch dem Präsidialamt wurden Informationen zur Entwicklung der Geiselkrise nun vorenthalten.<sup>1099</sup>

Im Lauf der Ermittlungen um das Netzwerk von Fouad Saleh stellte sich heraus, dass Saleh Kontakte zu einem Mitarbeiter der iranischen Botschafter unterhalten hatte. Wahid Gordji war offiziell als Übersetzer der Botschaft gemeldet, leitete aber in Wahrheit den iranischen Geheimdienst in Frankreich. Die Ermittler von DST und Kriminalpolizei hielten Gordji für eine zentrale Figur, möglicherweise sogar den Auftraggeber und Überwacher der Anschlagserien des Jahres 1986. Am 2. Juni 1987 erließ Untersuchungsrichter Gilles Boulouque einen Haftbefehl gegen Gordji. Dieser floh in die Gebäude der iranischen Botschaft in Paris.<sup>1100</sup>

Auf Initiative des Innenministeriums sperrte die Polizei das Gelände um die Botschaft ab. Im Gegenzug errichteten auch die Iraner eine Blockade um die französische Botschaft in Teheran. Die von der Presse bald als „Krieg der Bot-

<sup>1095</sup> Zitiert nach: Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 674.

<sup>1096</sup> Vgl. Loiseau, *Le grand troc*, S. 208 f.

<sup>1097</sup> Vgl. Chauvin, *French Diplomacy and the Hostage Crisis*, S. 99.

<sup>1098</sup> *Le Monde* vom 27. 3. 1988, S. 1, „Les terroristes arrêtés à Paris seraient liés à l’Iran“.

<sup>1099</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 677.

<sup>1100</sup> Zu Gordji vgl. Péan, *La menace*, S. 289–306.

schaften“ bezeichnete gegenseitige Blockade hielt über fünf Monate an.<sup>1101</sup> Die Situation wurde als umso dramatischer empfunden, als sie an die Stürmung der US-amerikanischen Botschaft durch iranische Revolutionsgarden und die monatelange Geiselnahme von über 50 amerikanischen Diplomaten in den Jahren 1979/80 erinnerte.<sup>1102</sup> Der französische Botschafter verließ das Botschaftsgelände über mehrere Monate hinweg nicht. In Paris steckten 40 iranische Botschaftsangehörige ebenfalls fest.<sup>1103</sup> Nach zwei Wochen stellte die französische Regierung ein Ultimatum. Die Diplomaten in Teheran sollten innerhalb von 48 Stunden freigelassen werden, sonst folge der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Die Iraner antworteten aber ihrerseits mit einem Ultimatum und am 17. Juli 1987 verkündete Frankreich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Iran. Die Botschaften blieben weiterhin umstellt. Im Hintergrund liefen aber geheime Verhandlungen zwischen französischen und iranischen Vertretern, um zu einer Lösung des Konfliktes zu gelangen.<sup>1104</sup>

Die Verhärtung der französischen Position zeigte Erfolg. Mit Gordji war gewissermaßen eine Geisel in die Hände Frankreichs gefallen. Das Innenministerium schlug nun einen Austausch Gordjis gegen die französischen Geiseln im Libanon vor. Aus Teheran kamen zunehmend versöhnliche Signale.<sup>1105</sup> Im August 1987 wurden die Frau des französischen Botschafters Perrin und der kleine Sohn des Paares ausgeflogen.<sup>1106</sup>

Hinter den Kulissen wurde im Herbst 1987 eine globale Verhandlungslösung eingeleitet, die auch den Fall Gordji und die Geiseln im Libanon umfasste. Der Sondergesandte des Innenministeriums Jean-Charles Marchiani handelte mit seinen iranischen Gegenübern einen Fahrplan zur Lösung der Krise aus.<sup>1107</sup> Zuerst sollte der Iran die Freilassung von zwei französischen Geiseln im Libanon erwirken, um so seinen guten Willen zu beweisen. Daraufhin sollte eine gleichzeitige Aufhebung der Botschaftsblockaden erfolgen. In einem dritten Schritt würde Frankreich die Zahlung der ausstehenden *Eurodif*-Millionen veranlassen. Schließlich sollten daraufhin die letzten drei französischen Geiseln im Libanon freigelassen werden.<sup>1108</sup>

In der Folge hielten sich beide Seiten an den vereinbarten Ablaufplan. Am 28. November 1987 kamen Jean-Louis Normandin und Roger Auque frei.<sup>1109</sup> Zwei Tage später wurde Wahid Gordji ausgeflogen und die Blockade der iranischen

<sup>1101</sup> Vgl. *Le Monde* vom 3. 7. 1987, S. 1, „La ‚guerre des ambassades‘ pèse sur les relations Paris-Téhéran“.

<sup>1102</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 677–688.

<sup>1103</sup> Vgl. *Le Monde* vom 20. 7. 1987, S. 1, „L’Iran veut arrêter et juger comme espions les diplomates français à Téhéran“.

<sup>1104</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 677–688.

<sup>1105</sup> Vgl. *Le Monde* vom 21. 7. 1987, S. 1, „Fermeté de Paris sur le cas Gordji. La France et l’Iran négocient le rapatriement de leurs diplomates“.

<sup>1106</sup> Vgl. Favier/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 677–688.

<sup>1107</sup> Vgl. Pasqua, *Ce que je sais*, S. 228.

<sup>1108</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1109</sup> Vgl. Loiseau, *Le grand troc*, S. 270.

Botschaft aufgehoben. Daraufhin ließ man in Teheran die gegen Botschafter Paul Torri erhobene Anklage wegen Spionage fallen und die französischen Diplomaten durften ebenfalls ausreisen.<sup>1110</sup> Auch der letzte Punkt des Ablaufplanes wurde schließlich eingehalten – wenn auch mit fünf Monaten Verzögerung. Am 4. Mai 1988 kamen die letzten drei französischen Geiseln im Libanon frei. Marcel Carton, Marcel Fontaine und Jean-Paul Kauffmann kehrten nach über drei Jahren Geiselhaft nach Frankreich zurück.<sup>1111</sup>

Die Umstände der Freilassung Gordjis erregten in Frankreich und im Ausland Protest. Untersuchungsrichter Gilles Boulouque ließ Gordji nach einer kurzen Anhörung frei und erklärte, dass keine Beweise für dessen Tatbeteiligung an der Anschlagserie des Jahres 1986 vorlägen. Offensichtlich hatte die Regierung ihn massiv unter Druck gesetzt.<sup>1112</sup> Am 13. Dezember 1990 nahm sich Boulouque das Leben, weil er seine persönliche Glaubwürdigkeit in Frage gestellt sah.<sup>1113</sup> Die genauen Umstände der Freilassung der französischen Geiseln sind weiterhin von Geheimnissen und Widersprüchen umgeben, die sich wohl erst nach der Freigabe der Archive in der Kanzlei des Premierministers aufklären lassen werden. Es gilt als wahrscheinlich, dass die französische Regierung zur Lösung der Krise größere Zugeständnisse machte, als öffentlich zugegeben wurde. Amerikanische und britische Medien berichteten Ende 1987 über Waffenlieferungen Frankreichs an den Iran. Auch Behauptungen über die Zahlung eines hohen Lösegeldes kursierten in der Presse.<sup>1114</sup> Die Geiselkrise war Gegenstand einer hart geführten Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern. Konservative und Sozialisten warfen sich gegenseitig die Sabotage der Verhandlungen mit Iran vor. François Mitterrand und Jacques Chirac bezichtigten sich in einem Fernsehduell kurz vor den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1988 öffentlich der Lüge.<sup>1115</sup>

Mit der Freilassung Anis Naccaches am 27. Juli 1990 schien der Konflikt mit Iran endgültig ausgeräumt zu sein. Der 1982 zu einer lebenslangen Haft verurteilte Terrorist wurde von Präsident Mitterrand begnadigt.<sup>1116</sup> Schapur Bachtiar, den Naccache im Jahr 1982 hatte umbringen wollen, wurde 1991 von iranischen Agenten in Suresnes bei Paris erschossen. Einer der drei Täter konnte festgenommen werden und wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Ali Vakili Rad sprach ausschließlich persisch und hatte sich auf der Flucht in die Schweiz verlaufen. Er wurde im Juni 2010 freigelassen, zwei Tage nachdem die wegen angeblicher Spionage festgehaltene Französin Clotilde Reiss aus dem Iran ausreisen durfte.<sup>1117</sup>

<sup>1110</sup> Vgl. ebenda, S. 271–274.

<sup>1111</sup> Vgl. ebenda, S. 312–314.

<sup>1112</sup> Vgl. Wiewiorka, *French Politics and Strategy on Terrorism*, S. 85.

<sup>1113</sup> Vgl. den Bericht seiner Tochter Clémence Boulouque, *Mort d'un silence*, Paris 2003.

<sup>1114</sup> Vgl. Chauvin, *French Diplomacy and the Hostage Crisis*, S. 102 f.

<sup>1115</sup> Vgl. die Aufzeichnung des Fernsehduells im digitalen Archiv des Institut National de l'Audiovisuel (INA) [<http://www.ina.fr/video/I04261072/echange-sur-le-terrorisme-video.html>], zuletzt abgerufen am 5. 11. 2016].

<sup>1116</sup> Zur Biographie Naccaches vgl. den Dokumentarfilm von Timon Koulmisis, *Anis Naccache, Revolutionär oder Terrorist?*, 52m, ARTE, 27. 11. 2000.

<sup>1117</sup> Vgl. *Le Monde* vom 17. 5. 2010, „La libération suspecte d'Ali Vakili“.

### Fortführung der Strategie der Konfliktvermeidung

Auch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus war die Bilanz der Regierung Chirac ausgesprochen positiv. Zwar konnten die Anschlagserien des Jahres 1986 trotz massiver Sicherheitsvorkehrungen nicht verhindert werden, aber am Ende der zweijährigen Kohabitation war das Terrornetzwerk der Hisbollah in Paris zerschlagen, alle Geiseln im Libanon befreit und der Konflikt mit Iran weitgehend ausgeräumt. Damit war die Phase des iranisch-islamistischen Terrorismus in Frankreich beendet.

Den Herausforderungen des internationalen Terrorismus begegneten die Konservativen ähnlich wie ihre sozialistischen Vorgänger mit einer Strategie der Konfliktvermeidung. Sie blieben damit einer pragmatischen französischen Tradition verpflichtet, die die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien im Zweifelsfall für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit in Kauf nahm. In noch stärkerem Maße als unter Mitterrand klafften in der konservativen Anti-Terrorismus-Politik öffentliche Rede und tatsächliche Regierungspraxis auseinander. Mit einer demonstrativen Politik der Unnachgiebigkeit versuchte die Regierung, den Eindruck von Tatkraft und Stärke zu vermitteln und damit die Öffentlichkeit zu beruhigen. Was Jacques Chirac im Oktober 1986 mit Bezug auf den internationalen Terrorismus erklärte, hatten er und seine Minister so oder so ähnlich hundertfach wiederholt: „Die Regierung vertritt eine klare politische Linie: Keine Kompromisse und keine Verhandlungen mit Terroristen oder Zwischenhändlern. Wir führen einen Kampf ohne Gnade gegen den Terrorismus.“<sup>1118</sup> Die selben Politiker, die Verhandlungen mit Terroristen kategorisch ausschlossen, erkaufte ein Ende der Anschläge und Geiselnahmen mit der Erfüllung sämtlicher an sie gestellter Forderungen. Die Regierung ließ die iranischen Volksmudschaheddin ausweisen. Der zu lebenslanger Haft verurteilte Anis Naccache wurde begnadigt und auch im Streit um das *Eurodif*-Projekt lenkte Frankreich ein. Die diplomatischen Beziehungen zum Iran wurden wieder vollständig normalisiert. Dazu gehörte auch, dass Frankreich im Krieg zwischen Irak und Iran nunmehr eine neutrale Rolle einnahm.

Der scheinbare Widerspruch der französischen Anti-Terrorismus-Politik ergab sich aus einer Doppelstrategie, die sich in der Konfrontation mit dem Terrorismus der 1980er Jahre herausbildete und durchaus erfolgreich war – auch wenn andere westliche Staaten, allen voran die USA und Großbritannien, sie als „schwach“ und „feige“ kritisierten. Trotz gelegentlicher Drohgebärden, wie dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Iran, setzte Frankreich weiterhin auf Verhandlungen mit Staaten, die ihre Ziele mit terroristischen Mitteln verfolgten. Im Inland etablierte das Land dagegen Strukturen, mit denen Terroristen effektiv verfolgt und bestraft werden konnten. Auch wenn sich diese beiden Vorgehensweisen gelegentlich überkreuzten, kann der flexible französische Umgang mit dem internationalen Terrorismus letztlich als Erfolgsmodell betrachtet werden.

<sup>1118</sup> Le Monde vom 3.10.1986, S. 40, „La lutte contre le terrorisme. M. Chirac: La France ne cédera pas au chantage“.

## 7.4 Internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus

Eine der wichtigsten Vorgaben des konservativen Wahlkampfprogrammes war die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus.<sup>1119</sup> Frankreich sollte damit seine langjährige Isolation in Europa überwinden.<sup>1120</sup> Tatsächlich war der Kurswechsel in kaum einem anderen Bereich der Anti-Terrorismus-Politik so deutlich wie in der Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern. Die neue Politik fand ihren Ausdruck sowohl in der Initiierung gemeinsamer Projekte als auch in der Umsetzung europäischer Konventionen in nationales Recht und in der Frage der Auslieferung von politischen Flüchtlingen.

### Verändertes Auftreten auf dem internationalen Parkett

Eine erste, auch aus dem Ausland sichtbare Veränderung betraf das Auftreten der französischen Verantwortlichen in allen Bereichen, die die internationale Zusammenarbeit betrafen. Charles Pasqua und Robert Pandraud verfolgten eine „Politik der ausgestreckten Hand“ gegenüber den Nachbarländern. Außenminister Raimond bekräftigte im September 1986 die erneuerte Position. In einem langen Interview für *Le Monde* erklärte er, dass die europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus „systematisch ausgebaut“ werden müsse.<sup>1121</sup> Auch über den europäischen Rahmen hinaus zeigte sich die Regierung offen für mehr Austausch und Zusammenarbeit. Dies wurde unter anderem beim Treffen der sieben größten Industrienationen in Tokio im Mai 1986 deutlich, wo eine gemeinsame Erklärung für eine intensivere internationale Kooperation verabschiedet wurde.<sup>1122</sup>

Nach der Anschlagswelle vom September 1986 trafen auf Drängen Frankreichs die Innenminister der EG-Staaten in London zusammen.<sup>1123</sup> Die EG zeigte so ihre Geschlossenheit gegenüber dem Angriff auf eines ihrer Mitglieder.<sup>1124</sup> Unter anderem wurde die Einrichtung einer gemeinsamen Anti-Terror-Datenbank beschlossen.<sup>1125</sup> Am 4. und 5. November 1986 richtete Frankreich in Straßburg einen Europarat-Gipfel zum Terrorismus aus. Die Innenminister der 21 Mitgliedstaaten

<sup>1119</sup> Vgl. Pandraud, *Le terrorisme est un défi lancé à l'État de droit*, S. 18.

<sup>1120</sup> Vgl. Dokumentationszentrum LR, *Propositions sur la coopération judiciaire européenne contre le terrorisme présentées par la commission „Justice“ du R. P. R.* (1985).

<sup>1121</sup> *Le Monde* vom 9. 9. 1986, S. 1, „La coopération européenne antiterroriste doit être poursuivie systématiquement“, nous déclare M. Jean-Bernard Raimond“.

<sup>1122</sup> Vgl. *Le Monde* vom 6. 5. 1986, S. 6, „La déclaration des sept sur le terrorisme“.

<sup>1123</sup> Vgl. *Le Monde* vom 26. 9. 1986, S. 8, „Le gouvernement britannique veut aider la France“.

<sup>1124</sup> Die Bundesrepublik hatte den französischen Vorstoß unterstützt. Vgl. *Le Monde* vom 27. 9. 1986, S. 6, „Après la réunion des ministres de l'Intérieur à Londres. La volonté commune des douze“.

<sup>1125</sup> *Le Monde* vom 11. 12. 1986, S. 3, „Les pays membres de la Communauté vont constituer un fichier commun sur le terrorisme“.

beschlossen die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die neue Wege zur Zusammenarbeit ausarbeiten sollte.<sup>1126</sup>

Ihren Höhepunkt erreichte Frankreichs neue Rolle als Initiator für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Mai 1987, als Innenminister Charles Pasqua die Innenminister der G7-Staaten nach Paris zu einer Anti-Terrorismus-Konferenz einlud. Die kurzfristig einberufene Konferenz sollte die neue französische Doktrin verdeutlichen. So erklärte ein Vertreter des Innenministeriums in *Le Monde*, man habe mit der traditionellen französischen Skepsis gegenüber großen multilateralen Initiativen brechen wollen.<sup>1127</sup>

Für die Regierung Chirac war die demonstrative Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch ein Weg um der scharfen Kritik aus Großbritannien und den USA entgegenzutreten, wo Frankreich 1986 mehrfach für seine „unsolidarische“ Haltung kritisiert wurde. Zu diplomatischen Verstimmungen kam es anlässlich des amerikanischen Angriffs auf Libyen im April 1986. Präsident Mitterrand und Premier Chirac waren sich, wie die meisten westeuropäischen Staatsmänner, darüber einig, dass ein Bombardement der libyschen Städte Tripolis und Bengasi nicht gerechtfertigt sei, und Frankreich verweigerte den USA den Überflug über sein Territorium.<sup>1128</sup> Die US-amerikanische Tageszeitung *Washington Post* stellte daraufhin eine „Vichy mentality“ in Frankreich fest.<sup>1129</sup>

Gravierender war die diplomatische Krise mit Großbritannien im Oktober 1986. Die britische Regierung forderte vergeblich die noch kurz zuvor von Frankreich reklamierte Solidarität der Europäer im Kampf gegen den Terrorismus.<sup>1130</sup> London hatte im Oktober 1986 die diplomatischen Beziehungen mit Syrien abgebrochen, das beschuldigt wurde, einen von den britischen Sicherheitskräften verhinderten Anschlag auf eine israelische El-Al-Maschine geplant zu haben. Frankreich, das in der Geisel-Affäre auf die Vermittlerrolle Syriens nicht verzichten wollte, schloss sich der britischen Position nicht an. Jacques Chirac erklärte zudem öffentlich, er glaube nicht an eine syrische Schuld, sondern verfüge über Informationen, die für eine Beteiligung des israelischen Mossad sprächen, der damit Syrien in der Weltöffentlichkeit diskreditieren wolle.<sup>1131</sup> Auch innerhalb der Regierungsparteien wurde diese Position scharf kritisiert.<sup>1132</sup>

Eine besondere Intensität erreichte die Zusammenarbeit in den Jahren 1986 bis 1988 mit der Bundesrepublik Deutschland. Den Impuls zu einem verstärkten Austausch gab das Zusammengehen von RAF und *Action Directe* seit 1985. Im

<sup>1126</sup> *Le Monde* vom 7. 11. 1986, S. 11, „Les bras droits des vingt et un ministres de l'intérieur vont travailler ensemble contre le terrorisme“.

<sup>1127</sup> *Le Monde* vom 30. 5. 1987, S. 10, „La réunion antiterroriste de Paris: une préparation au sommet de Venise“.

<sup>1128</sup> Vgl. Faver/Martin-Rolland, *La décennie Mitterrand II*, S. 491.

<sup>1129</sup> *Le Monde* vom 20./21. 4. 1986, S. 3, „Bombes sur l'alliance atlantique“.

<sup>1130</sup> *Le Monde* vom 28. 10. 1986, S. 3, „Londres ne se fait guère d'illusions sur l'attitude de ses partenaires européens“.

<sup>1131</sup> *Le Monde* vom 8. 11. 1986, S. 3, „M.M. Kohl et Genscher auraient mis en cause les services israéliens dans la tentative d'attentat contre El Al à Londres“.

<sup>1132</sup> *Le Monde* vom 28. 10. 1986, S. 1, „Les relations avec Damas: nouvel accroc dans la majorité“.

Februar 1987 durften deutsche Ermittler das sichergestellte Archiv der Gruppe durchsuchen.<sup>1133</sup> Ein bilaterales Abkommen institutionalisierte die privilegierte Zusammenarbeit. Am 9. April 1987 unterzeichneten die Innenminister Charles Pasqua und Friedrich Zimmermann das Abkommen. Darin wurde unter anderem festgelegt, dass Fahndungsfotos von gesuchten Terroristen nunmehr in beiden Ländern gleichzeitig veröffentlicht würden.<sup>1134</sup> Darüber hinaus wurde ein vierwöchiger Austausch von Beamten der für Terrorismus zuständigen Abteilung der Kriminalpolizei mit Kollegen in Deutschland, Italien und Großbritannien ermöglicht.<sup>1135</sup>

### Die Ratifizierung der Straßburger Konvention

Die konservative Mehrheit in der Nationalversammlung ratifizierte im Juli 1987 zwei europäische Konventionen, die Frankreich ein Jahrzehnt lang blockiert hatte. Das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus war im Jahr 1977 in Straßburg von den Mitgliedstaaten des Europarates ausgehandelt und unterzeichnet worden.<sup>1136</sup> Das im Jahr 1979 unterzeichnete Dubliner Übereinkommen über die Anwendung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus sollte die Straßburger Konvention wenigstens in den EG-Staaten in Kraft treten lassen.<sup>1137</sup>

Die Konvention des Jahres 1977 verpflichtete die Unterzeichnenden, politische Flüchtlinge auszuliefern, wenn diesen terroristische Straftaten zur Last gelegt wurden. Ziel war es, Terroristen vom Schutzstatus eines politischen Flüchtlings auszuschließen.<sup>1138</sup> Frankreich hatte zu den stärksten Förderern eines solchen Übereinkommens gehört. Kurz vor der Unterzeichnung der Konvention erklärte die damalige Regierung unter Giscard aber, dass man dem Übereinkommen nur unter Vorbehalt zustimmen könne, da das Recht auf politisches Asyl in Frankreich nicht in Gefahr geraten dürfe.<sup>1139</sup> Der Grund für diesen plötzlichen Sinnes-

<sup>1133</sup> Le Monde vom 12. 3. 1987, S. 12, „Paris et Bonn renforcent leur coopération contre le terrorisme“.

<sup>1134</sup> Vgl. Le Monde vom 10. 4. 1987, S. 14, „Signature d'un accord entre M. Pasqua et le ministre de l'intérieur de RFA“.

<sup>1135</sup> Vgl. Assemblée Nationale, Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi de finances pour 1988, tome IV: Intérieur – Sécurité, par Yvan Blot, annexe au procès-verbal de la séance du 8 octobre 1987, S. 25.

<sup>1136</sup> Vgl. Europäisches Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus, Strasbourg, 27. 1. 1977 [<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/090.htm>, zuletzt abgerufen am 22. 11. 2016].

<sup>1137</sup> Vgl. Torsten Stein, Die Bekämpfung des Terrorismus im Rahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (ZaöRV) 40 (1980), S. 312–321.

<sup>1138</sup> Vgl. Europäisches Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus, Strasbourg, 27. 1. 1977 [<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/090.htm>, zuletzt abgerufen am 22. 11. 2016].

<sup>1139</sup> Vgl. Eva Oberloskamp, Codename TREVI. Terrorismusbekämpfung und die Anfänge einer europäischen Innenpolitik in den 1970er Jahren, Berlin/Boston 2016, S. 126–130.

wandel, der unter anderem die Bundesregierung nachhaltig irritierte, lag unter anderem in einer Protestkampagne der französischen Linken. In einem Positionspapier des PS hieß es im Jahr 1977:

Die Sozialisten legen großen Wert auf das in der Verfassung festgeschriebene Recht auf Asyl. Sie sind daher gegen die Ratifizierung der Konvention von Straßburg, die eine automatische Auslieferung vorsieht und damit de facto das Recht auf Asyl abschafft. Sie bekämpfen das Konzept eines europäischen Rechtsraumes, der den französischen Gerichten jede Möglichkeit nehmen würde, über den politischen Charakter einer Straftat zu befinden.<sup>1140</sup>

Die Position der Linken traf auch in weiten Teilen der konservativen Basis, vor allem unter den Gaullisten, auf Zustimmung. Giscard verzichtete daraufhin auf eine Ratifizierung durch das Parlament.<sup>1141</sup> Seit dem Machtwechsel des Jahres 1981 stand eine Umsetzung der Regelung ohnehin außer Frage, da sie der sozialistischen Auslieferungspolitik widersprach. Gleiches galt für die Ratifizierung der Dubliner Konvention, die den Geltungsbereich auf die Mitglieder der EG eingegrenzt hätte.

Die Initiative der Regierung Chirac, die Europäische Konvention zehn Jahre nach ihrer Unterzeichnung doch noch in nationales Recht umzusetzen, stieß auch im Jahr 1987 auf Kritik. Der Hauptvorwurf richtete sich allerdings nicht mehr gegen die vermeintliche Gefährlichkeit des Übereinkommens, sondern gegen seine Nutzlosigkeit. So plädierte der Berichterstatter der Nationalversammlung, Jean Foyer, zwar für die Ratifizierung, erklärte aber zugleich, er tue dies nur, weil die Regierung ihn darum gebeten habe. Einen praktischen Nutzen könne er nicht darin erkennen, eine Übereinkunft zu treffen, die niemanden zu etwas verpflichte.<sup>1142</sup> Tatsächlich trug Europaminister Bernard Bosson eine Reihe von Klauseln vor, die die Ratifizierung der Konventionen von Straßburg und Dublin zu einem rein symbolischen Akt machten:

Die Regierung wird weiterhin die Ausweisung von Personen, denen politisches Asyl in Frankreich gewährt wurde, verweigern, wenn die Gründe für den Auslieferungsantrag jene sind, weswegen das Asyl zuerkannt wurde. Auslieferungsanträge werden auf der Grundlage von vier Kriterien bewertet: der Natur des politischen und rechtlichen Systems des beantragenden Staates, des politischen Charakters der verfolgten Straftat, der politischen Gründe für den Auslieferungsantrag und des Risikos einer Verschlechterung der Situation der betroffenen Person im Falle einer Auslieferung wegen ihrer politischen Ansichten, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer Religion.<sup>1143</sup>

Faktisch änderte sich nichts an dem Verfahren, das zu einer Ausweisung oder Auslieferung führen konnte. Die vier Kriterien entsprachen weitgehend den von

<sup>1140</sup> FJJ-CAS, 2172/2.1.2, Violences, Question n° 43 – Approuvez vous le projet de convention européenne contre le terrorisme?, S. 57 f., hier S. 57.

<sup>1141</sup> Vgl. Oberloskamp, Codename TREVI, S. 127 f.

<sup>1142</sup> Assemblée Nationale, Rapport fait au nom de la Commission des affaires étrangères sur les projets de loi: 1. (n° 631) autorisant la ratification de la Convention européenne pour la répression du terrorisme, 2. (n° 632) autorisant la ratification d'un Accord entre les États membres des Communautés européennes concernant l'application de la Convention européenne pour la répression du terrorisme, par Jean Foyer, annexe au procès-verbal de la séance du 21 mai 1987, S. 64.

<sup>1143</sup> Zitiert nach: Le Monde vom 1.7.1987, S. 6, „Les critères de l'extradition“.

Robert Badinter im Jahr 1982 aufgestellten Regeln. In Frankreich entschied weiterhin zunächst ein Gericht über die Zulässigkeit eines Auslieferungsantrages, die Regierung behielt das letzte Wort in der Frage, ob der „politische Charakter“ einer Straftat den Schutz des politischen Asyls in Frankreich rechtfertige oder nicht. Die Beweggründe, die dennoch für eine Ratifizierung sprachen, fasste Jean Foyer in seinem Bericht für die Nationalversammlung zusammen:

Frankreich darf nicht als Gegner eines gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus erscheinen, gerade wo wir selbst schwer von dieser Geißel getroffen werden. Sie [die Ratifizierung] ist ein erster Schritt auf einem langen Weg. Die Staatsführer und die öffentliche Meinung müssen von einer absoluten Notwendigkeit überzeugt werden: Der Abbau der Grenzen, das Abschaffen der Grenzkontrollen erfordern eine unerhörte Verstärkung der Zusammenarbeit der Justiz und in noch stärkerem Maße der Polizei.<sup>1144</sup>

Die Ratifizierung der Übereinkommen von Straßburg und von Dublin war ein Fortschritt für die Zusammenarbeit der europäischen Staaten im Kampf gegen den Terrorismus. Sie muss in erster Linie als ein Zeichen für eine deutliche Mentalitätsänderung in Frankreich selbst verstanden werden. Eine mächtige Protestkampagne hatte im Jahr 1977 die Ratifizierung der Konvention verhindert. Zehn Jahre später wurde exakt derselbe Text verabschiedet. Der neue französische Konsens über die Terrorismusbekämpfung wirkte sich auch auf die Zusammenarbeit mit dem Ausland aus. Die Sozialistische Partei war – ähnlich wie bei der Abstimmung über das Anti-Terrorismus-Gesetz – gespalten. Zwar stimmte die Fraktion in der Nationalversammlung schließlich gegen die Ratifizierung, zuvor hatten sich aber hochrangige Parteimitglieder dafür ausgesprochen.<sup>1145</sup> Aus dem Umfeld François Mitterrands war zu hören, dass sich der Präsident der Ratifizierung nicht entgegenstelle.<sup>1146</sup>

### An der Seite Spaniens gegen die ETA

Dass die neue französische Haltung nicht nur symbolischer Natur war, bezeugt der Umgang der konservativen Regierung mit dem „baskischen Problem“. Zum ersten Mal seit dem Ende der Franco-Diktatur im Jahr 1975 war Frankreich zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Spanien bereit. Zwar hatte bereits die Auslieferung von vier Basken im Jahr 1984 einen Richtungswechsel angekündigt, aber erst in der Zeit der Kohabitation wurde dieser in vollem Umfang umgesetzt.

<sup>1144</sup> Assemblée Nationale, Rapport fait au nom de la Commission des affaires étrangères sur les projets de loi: 1. (n° 631) autorisant la ratification de la Convention européenne pour la répression du terrorisme, 2. (n° 632) autorisant la ratification d'un Accord entre les États membres des Communautés européennes concernant l'application de la Convention européenne pour la répression du terrorisme, par Jean Foyer, annexe au procès-verbal de la séance du 21 mai 1987, S. 64.

<sup>1145</sup> Vgl. Le Monde vom 23. 6. 1987, S. 8, „Les socialistes sont divisés sur la ratification de deux accords internationaux“.

<sup>1146</sup> Vgl. Le Monde vom 1. 7. 1987, S. 6, „Lutte contre le terrorisme: la gauche refuse de ratifier la convention de Strasbourg et l'accord de Dublin“.

Die Konservativen hatten bereits im Wahlkampf angekündigt, dass ein Politikwechsel gegenüber Spanien für sie hohe Priorität hatte. Am 23. Juli 1986 bekräftigte Premierminister Chirac dies in einem Interview in *Le Monde*:

Spanien ist eine Demokratie, ein Rechtsstaat, der die gleichen Werte vertritt wie wir und alle anderen Länder der Europäischen Gemeinschaft. Spanien kämpft gegen den Terrorismus. Es ist legitim und natürlich, dass Spanien auf die bedingungslose Zusammenarbeit Frankreichs zählen kann, so wie umgekehrt Frankreich auf die Kooperation jedes anderen Landes der Gemeinschaft vertrauen können muss, wenn dies notwendig sein sollte.<sup>1147</sup>

Sicherheitsminister Robert Pandraud ergänzte, dass der Flüchtlingsstatus für Bürger der EG keine Bedeutung mehr haben dürfe.<sup>1148</sup> Bereits einige Tage zuvor war zum ersten Mal eine Praxis zum Einsatz gekommen, die den bis dahin größten Einschnitt für die französische Auslieferungspolitik bedeutete. Am 19. Juli 1986 übergab die Polizei den spanischen Behörden einen baskischen Flüchtling. Es handelte sich formal um eine Ausweisung, die als „Rückführung über die Grenze“ mit einer „besonderen Dringlichkeit“ begründet wurde. Mit der Praxis, Ausweisungen statt Auslieferungen vorzunehmen, konnte ein aufwändiges juristisches Verfahren vermieden werden.<sup>1149</sup> Noch im Sommer 1986 folgte eine ganze Reihe von Ausweisungen auf der Grundlage dieses Schnellverfahrens.<sup>1150</sup>

Bis zum Mai 1988 wurden insgesamt über 180 Basken nach Spanien ausgewiesen.<sup>1151</sup> Anders als während der ersten Auslieferungen nach Spanien nur zwei Jahre zuvor, regte sich kaum noch nennenswerter Protest.<sup>1152</sup> Einzig die juristischen Grundlagen der Massenausweisungen wurden kritisiert. So warfen in einem *Le Monde*-Artikel der Rechtsprofessor Dany Cohen und der Anwalt Robert Saint-Esteben der Regierung vor, dass die Ausweisungen illegal seien, da sie den Betroffenen die Anrufung der Justiz verweigere:

Um der Kontrolle der französischen Justiz zu entgehen, hat sich Spanien davor gehütet, die Auslieferung der Betroffenen offiziell zu beantragen. Auf der anderen Seite haben unsere Regierenden so getan, als glaubten sie, die spanische Polizei hätte diesen Personen nichts vorzuwerfen. Da ja niemand ihre Auslieferung verlangte, warum sollte man sie nicht ganz einfach ausweisen? Aber man hat sie nicht nur dazu gebracht, Frankreich zu verlassen – denn sie hätten ja leicht woanders Zuflucht suchen können als gerade in Spanien; man hat sie unter Zwang zur spanischen Grenze verbracht, unter dem Vorwand einer „absoluten Dringlichkeit“, von der niemand weiß, worin sie eigentlich besteht. Wen soll diese Doppelzüngigkeit täuschen, wenn unsere Regierung gleichzeitig kein Geheimnis daraus macht, dass sie die „Ausgewiesenen“ den spanischen Polizisten übergeben hat.<sup>1153</sup>

<sup>1147</sup> *Le Monde* vom 23. 7. 1986, S. 7, „Réponses de M. Jacques Chirac“.

<sup>1148</sup> *Le Monde* vom 9. 9. 1986, S. 12, „M. Robert Pandraud et les réfugiés politiques“.

<sup>1149</sup> Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 105.

<sup>1150</sup> Vgl. ebenda.

<sup>1151</sup> Vgl. *Le Monde* vom 22. 7. 1986, S. 8, „Un réfugié basque a été remis par la France à la police espagnole“.

<sup>1152</sup> *Le Monde* vom 12. 3. 1987, S. 1/12, „La routine des expulsions au Pays basque français“.

<sup>1153</sup> *Le Monde* vom 5. 5. 1987, S. 2, „Les expulsions de Basques sont illégales. Le gouvernement a sciemment appliqué la procédure qui lui convenait plutôt que celle qui était prévue par la loi“.

Für die französisch-spanischen Beziehungen bedeutete die Bereitschaft der Konservativen zur Zusammenarbeit einen großen Fortschritt. Bereits im Sommer 1986 besuchten mehrere Regierungsmitglieder ihre Kollegen in Madrid.<sup>1154</sup> Diese bedankten sich öffentlich für die Unterstützung im Kampf gegen die ETA.<sup>1155</sup> In den nächsten Monaten fand eine Vielzahl von Gipfel-, Regierungs- und Ministertreffen statt. Das Abkommen von Begur vom 29. Mai 1987 sah die Einführung gemeinsamer Arbeitsgruppen und Informationsaustausch auf unterschiedlichen hierarchischen Ebenen in den Sicherheitsbehörden vor.<sup>1156</sup> Im Dezember 1987 wurden erstmals Offiziere der spanischen *Guardia Civil* als Verbindungsoffiziere im französischen Baskenland eingesetzt. Ein französischer Gendarm wurde nach Madrid entsandt. Auch auf der Ebene der Gerichtsbarkeit kam es zum Austausch von Beamten.<sup>1157</sup>

### Zusammenfassung

Die Bilanz der Regierung Chirac im Kampf gegen den Terrorismus war ausgesprochen positiv. Das Jahr 1988 markierte das vorläufige Ende der terroristischen Bedrohung, die das Land seit mehreren Jahren in Atem gehalten hatte. Zu den großen Erfolgen zählten die Zerschlagung von *Action Directe*, die Verhaftung der Mitglieder des pro-iranischen Terrornetzwerkes, das für die Bombenserien des Jahres 1986 verantwortlich war sowie die Rückkehr der französischen Geiseln aus dem Libanon. Bis Mitte der 1990er Jahre sollte Frankreich vom Terrorismus weitgehend verschont bleiben.

Der von Jacques Chirac und seinen Ministern für Inneres und Sicherheit offensiv als Politik der Härte vertretene neue Stil in der Terrorismusbekämpfung hatte einen nicht zu unterschätzenden Anteil an diesem Erfolg. Insgesamt überwogen jedoch die Kontinuitäten zur sozialistischen Politik der Jahre 1982 bis 1986. Frankreich verfolgte weiterhin einen so flexiblen wie pragmatischen Kurs im Umgang mit dem Terrorismus. Entgegen ihren öffentlichen Stellungnahmen perfektionierten die Konservativen dieses Modell, anstatt die propagierte Unnachgiebigkeit konsequent umzusetzen. Im Zweifel waren auch sie zu Verhandlungen und erheblichen Zugeständnissen bereit, wenn damit ein Ende der Gewalt erreicht werden konnte.

Die Verhaftung der Anführer von *Action Directe* im Februar 1987 bedeutete das Ende des Linksterrorismus in Frankreich. Die Gruppe hatte in den Jahren 1985/86 mehrere spektakuläre Anschläge ausgeführt, darunter die Morde an René Audran und George Besse. Bereits unter Mitterrand war die Jagd auf *Action Directe* da-

<sup>1154</sup> Vgl. *Le Monde* vom 7. 8. 1986, S. 20, „Paris et Madrid sont disposés à intensifier leur coopération antiterroriste“.

<sup>1155</sup> *Le Monde* vom 31. 7./1. 8. 1986, S. 3, „Madrid remercie Paris pour son comportement envers les militants basques“.

<sup>1156</sup> Vgl. *Le Monde* vom 31. 5. 1987, S. 4, „Accord de coopération antiterroriste entre Madrid et Paris“.

<sup>1157</sup> Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S. 110.

her wieder zu einer Priorität geworden, die neue Regierung erhöhte den Fahndungsdruck noch einmal. Mehrere Spezialeinheiten arbeiteten an der Suche nach den Terroristen. Ein Hinweis aus der Bevölkerung brachte den entscheidenden Anhaltspunkt, und die Gruppe um Jean-Marc Rouillan konnte festgenommen werden. Die anschließende Solidaritätskampagne der Festgenommenen, die mit einem Hungerstreik gegen ihre Haftbedingungen protestierten, zeigte, wie isoliert *Action Directe* im Frankreich der späten 1980er Jahre war, und wie stark sich das Verhältnis der Franzosen zum Linksterrorismus seit dem Beginn des Jahrzehnts gewandelt hatte. Die Kampagne erregte kaum öffentliche Aufmerksamkeit, die Terroristen wurden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

Auch auf Korsika wurde der unter Mitterrand eingeführte Repressionskurs fortgesetzt und verschärft. Das Innenministerium unter Charles Pasqua und Robert Pandraud griff zu einer Reihe von Maßnahmen, die die Sozialisten aus Angst vor einer Solidarisierung der Bevölkerung vermieden hatten. Der politische Arm des FLNC wurde verboten, Journalisten wegen „staatsfeindlicher Propaganda“ aus dem staatlichen Fernsehen entlassen. Zudem ließ das Innenministerium nun systematisch Razzien und Verhaftungen im Umfeld des FLNC durchführen. Der verschärfte Repressionskurs konnte die Gewalt auf der Insel aber nicht wirksam eindämmen. Während sich die Gefängnisse mit Korseen füllten, blieb die Zahl der Bombenanschläge konstant hoch, außerdem kam es wieder zu Morden und direkten Angriffen auf Polizei und Gendarmerie. Auch wenn es nicht zu einer Wiederholung der Gewalteskalation der späten 1970er Jahre kam, hinterließ die konservative Regierung auf Korsika erneut eine blockierte Situation.

Wichtiger als die geographisch begrenzte Gewalt auf der Mittelmeerinsel waren für die Franzosen jedoch die Auswirkungen des islamistischen Terrorismus. Die im Herbst 1986 entwickelten Antworten auf die Bedrohung pro-iranischer Terroristen in Paris bildeten einen wichtigen Erfahrungshintergrund und sollten die französische Anti-Terrorismus-Politik auf Jahre hinaus prägen. Von Bedeutung war insbesondere die Etablierung eines massiven Sicherheitsdispositives in der Hauptstadt. Militär und Polizei sicherten großflächig öffentliche Gebäude und strategisch wichtige Punkte. Die Bevölkerung wurde zur Mitarbeit aufgerufen – die Warnungen der Lautsprecheranlagen vor unbeaufsichtigten Gepäckstücken in Bahnhöfen und dem öffentlichen Nahverkehr stammen aus dieser Zeit. Das Innenministerium ließ Hunderttausende Fahndungsplakate aufhängen und hohe Belohnungen für Hinweise zur Ergreifung der Täter ausrufen.

Ziel der omnipräsenten Sicherheitsmaßnahmen war es, im Kampf gegen den Terrorismus aus der Defensive zu gelangen, und nunmehr selbst, wie von Charles Pasqua angekündigt, die „Terroristen zu terrorisieren“. Auch wenn dabei zuweilen eklatante Fehler – wie die frühzeitige Festlegung auf den Abdallah-Clan als Urheber der Anschläge – unterliefen, so führte die aggressive Fahndungsstrategie letztlich zum Erfolg. Die zur Mitarbeit aufgerufene Bevölkerung beteiligte sich aktiv an der Suche nach den Terroristen. Der entscheidende Hinweis zur Aufspürung der Gruppe um Fouad Saleh stammte von einem Informanten, der auf eine hohe Belohnung spekulierte und diese auch erhielt. Die Zerschlagung des

Netzwerkes von Fouad Saleh war der größte Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus während der 1980er Jahre. Die Gruppe hatte die Bombenserien des Jahres 1986 organisiert und war gerade dabei, eine neue Anschlagswelle vorzubereiten. Deutlich wurde dabei auch, dass sich die Sicherheitsbehörden und insbesondere die Geheimdienste an die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus anpassten. Vor allem die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit ausländischen Diensten war innerhalb weniger Jahre stark ausgebaut worden.

Die Verhaftung Salehs und seiner Komplizen machte deutlich, dass zwischen den Bombenserien in Paris und den Geiselnahmen im Libanon eine Verbindung bestand und dass der Iran der Drahtzieher des Terrorismus war, der Frankreich im Jahr 1986 so massiv getroffen hatte. Die Verhandlungen über die Geiseln im Libanon zeigte die begrenzte Wirksamkeit einer Politik der unnachgiebigen Härte auf. Gegen die Terror-Diplomatie einer ausländischen Macht konnte nur mit Mitteln der Diplomatie vorgegangen werden. Der Haftbefehl für den Geheimdienstagenten Wahid Gordji und die Blockade der iranischen Botschaft in Paris müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Der folgende „Krieg der Botschaften“ war zwar voller Drohgebärden, gehorchte aber letztlich einer diplomatisch-außenpolitischen Logik. Der sukzessive Austausch der jeweiligen Botschaftsbesetzungen sowie der französischen Geiseln im Libanon gegen das Kommando von Anis Naccache waren Teil des Verständigungsprozesses mit dem Iran. Letztlich erkaufte die Regierung Chirac das Ende der Terrorwelle mit der Erfüllung der Forderungen Teherans.

Auch im Umgang mit dem internationalen Terrorismus überwogen die Kontinuitäten zur sozialistischen Politik ab 1982. Die Strategie der Konfliktvermeidung blieb weiterhin dominant. Für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit nahmen die französischen Regierungen Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien in Kauf. Dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung begegnete die politische Führung mit einer Doppelstrategie. Während im Landesinneren eine Politik der Härte und Unnachgiebigkeit offensiv propagiert und durchgesetzt wurde, setzte man weiterhin auf Verhandlungen mit internationalen Gruppen. Bemerkenswert ist dabei, dass Frankreich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht mit militärischen Mitteln gegen Staaten wie den Iran oder Syrien vorging. Das flexible und pragmatische Modell, das Frankreich im Laufe der 1980er Jahre entwickelte, war auch langfristig erfolgreich. Erkauft wurde das Ende des Terrorismus freilich mit einer Fortsetzung des strategischen Rückzuges aus dem Nahen Osten.

Am weitesten ging die Neuorientierung der konservativen Regierung im Bereich der internationalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus. Hatten die sozialistischen Regierungen die europäischen Nachbarländer mehrfach vor den Kopf gestoßen, so ging die Regierung Chirac demonstrativ auf Frankreichs Partner zu. Auch weil der Terrorismus das Land nun stärker traf als die meisten anderen europäischen Staaten, übernahm Frankreich die Initiative in der internationalen Zusammenarbeit. Frankreich drängte auf eine Intensivierung der Kooperation und richtete 1987 selbst einen großen Anti-Terror-Gipfel aus. Besonders intensive Beziehungen wurden mit der Bundesrepublik Deutschland aufgebaut,

auch weil mit dem Zusammengehen von *Action Directe* und RAF ein gemeinsamer Gegner beide Länder bedrohte.

Zur „Charmeoffensive“ gegenüber den europäischen Partnern gehörte die Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus von Straßburg aus dem Jahr 1977 und des Übereinkommens über die Anwendung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus in den EG-Staaten von Dublin aus dem Jahr 1979. Beide Abkommen hatte Frankreich über ein Jahrzehnt blockiert, da sie als nicht vereinbar mit dem französischen Asylrecht galten. Die konservative Regierung verabschiedete sich zwar nun offiziell von dieser Haltung, behielt sich aber weiterhin vor, nur solche Auslieferungsanträge zu erfüllen, die sowohl von einem französischen Gericht als auch von den Behörden als zulässig erkannt wurden. Eine automatische Auslieferung für Terroristen innerhalb Europas oder zumindest der Europäischen Gemeinschaft blieb ausgeschlossen.

Dass Frankreich dennoch bereit war, auf traditionelle Vorbehalte zu verzichten, wurde am Umgang mit den baskischen Flüchtlingen deutlich. Erstmals fand Spanien in Frankreich einen Partner, der zu einer verstärkten Zusammenarbeit gegen die ETA bereit war. Seit 1986 ließ das Innenministerium baskische Flüchtlinge systematisch nach Spanien ausweisen. Der französische Rückzugsraum, der über Jahrzehnte das Überleben der ETA gesichert hatte, wurde damit zerstört. Das juristisch durchaus angreifbare Vorgehen – die Betroffenen konnten rechtlich nicht gegen den Beschluss vorgehen – führte kaum zu Protesten. Auch innerhalb der Linken, die noch zwei Jahre zuvor heftig über die Auslieferung von drei Personen nach Spanien gestritten hatte, blieb die Kritik verhalten. Der neue französische Konsens über den Umgang mit dem Terrorismus erstreckte sich auch auf die internationale Zusammenarbeit und den Umgang mit politischen Flüchtlingen.



# Schlussbetrachtungen

Ziel dieser Arbeit war es, die französische Anti-Terrorismus-Politik der 1980er Jahre zu untersuchen. Wie lauten nun die wichtigsten Ergebnisse? Grundlegend ist zunächst die Erkenntnis, dass im Frankreich der 1980er Jahre historische Entwicklungslinien beginnen, die zu den prägenden Phänomenen unserer Gegenwart führen. Dies gilt sowohl für den islamistischen Terrorismus als auch für die Art und Weise, wie Staat und Gesellschaft auf diese neue Bedrohung reagierten. Eng damit zusammen hängt der Befund, dass im Hinblick auf den Terrorismus die 1980er Jahre als Zeit eines beschleunigten Wandels beschrieben werden müssen. Unter dem Druck des neuen Terrorismus entwickelte Frankreich ein eigenes Modell der Terrorismusbekämpfung, das in seinen Grundzügen noch heute Bestand hat. In diesem beschleunigten Wandel werden auch die fundamentalen Transformationsprozesse deutlich, die die französische Gesellschaft im Verlauf der 1980er Jahre neu formten.

## Die 1980er Jahre als Scharnierjahrzehnt

Der Terrorismus der 1980er Jahre und stärker noch die gesellschaftliche und staatliche Reaktion auf terroristische Gewalt spiegeln das Ende einer alten und den Beginn einer neuen Fraktur in der französischen Gesellschaft wider.

In den 1980er Jahren endete die tiefe weltanschauliche Spaltung Frankreichs in ein linkes und ein rechtes Lager. Frankreich einigte sich auf das Modell einer halb präsidentiellen, halb parlamentarischen Demokratie, das 1958 von Charles de Gaulle ins Leben gerufen worden war. Der Sieg François Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1981 versöhnte die Linke mit dem politischen System der V. Republik. Das konservative Lager akzeptierte den Machtwechsel und große Teile des gesellschaftlichen Reformprogrammes. Was folgte, war eine „Sozialdemokratisierung“ der Sozialistischen Partei, die in der Regierungsverantwortung nach und nach die lange aufrechterhaltenen Ideale und Illusionen aus der Oppositionszeit aufgab. Dazu gehörte auch die Abkehr von einer gewissen Toleranz – und manchmal Sympathie – gegenüber politischer Gewalt, die sich gegen den vermeintlich repressiven Staat richtete. Besonders deutlich wird diese Entwicklung in der Geschichte von *Action Directe*. Die nach dem Machtantritt der Sozialisten großzügig amnestierten Mitglieder kehrten in den Untergrund zurück – und waren plötzlich vollkommen isoliert. Die Gruppe stürzte sich in eine Eskalation der Gewalt, ohne eine nennenswerte politische Reaktion zu erzeugen. Mit Toleranz oder gar Unterstützung konnten die Anführer nach der erneuten Festnahme im Jahr 1987 nicht mehr rechnen. Die noch zehn Jahre zuvor so erfolgreichen Solidaritätskampagnen und Hungerstreiks ließen die Franzosen nunmehr ungerührt. Kurz bevor der Untergang des Ostblocks das weltweite Ende des politischen Marxismus besiegelte, schloss Frankreich mit den letzten linksrevolutionären Ideen ab.

Während sich zwischen dem rechten und dem linken Lager ein demokratischer Konsens entwickelte, trat ein neuer gesellschaftlicher Bruch offen zu Tage. 1981 berichtete die nationale Presse erstmals im großen Stil über Unruhen in den Vororten der französischen Großstädte. Die Konflikte hatten eine unübersehbar ethnische Komponente – im Zentrum standen die Kinder von Einwanderern aus den ehemaligen französischen Kolonien in Nordafrika. Die Integration der arabisch-muslimischen Minderheit wurde in der Folge zu einem, wenn nicht dem dominanten gesellschaftspolitischen Problem in Frankreich. Es ist ein zentrales Ergebnis der vorliegenden Studie, dass der Terrorismus, der das Land in den 1980er Jahren traf, als Katalysator in diesem Prozess wirkte. Die Anschläge internationaler Gruppen aus dem Nahen Osten verstärkten zunehmend das Gefühl von Unsicherheit, das mit den Einwanderern verbunden wurde. Immigration und Immigranten wurden nun als Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Der Mitte der 1980er Jahre einsetzende islamistische Terrorismus beschleunigte diese Entwicklung noch einmal. Die Angst vor einem sich radikalisierenden Islam setzte die arabisch-muslimische Minderheit einem Generalverdacht aus und verschärfte die Isolation der Bewohner der armen Vorstädte: Muslime galten nun als potenzielle Bedrohung für die französische Mehrheitsgesellschaft.

Der Wandel des terroristischen Feindbildes vom „Agenten Moskaus“ zum „islamistischen Fanatiker“ verlief parallel zum Auf- und Abstieg der politischen Parteien, die die jeweiligen grundlegenden gesellschaftlichen Frakturen offensiv thematisierten. Während die Kommunistische Partei in der Bedeutungslosigkeit verschwand, entwickelte sich der *Front National* in kurzer Zeit von einer Splitterpartei zu einer politischen Kraft, die nicht mehr ignoriert werden konnte. Der FN transportierte die Angst vieler Franzosen vor Ausländern und dem Islam in die nationale politische Arena und trieb die Regierungsparteien mit einem rechts-extremen Sicherheitsdiskurs vor sich her.

Die Herausbildung eines französischen Modells der Terrorismusbekämpfung war ein Ergebnis der Transformation sowohl der terroristischen Bedrohung als auch der französischen Gesellschaft. Erst im Verlauf der 1980er Jahre verständigten sich die Franzosen darüber, was und wer als terroristisch zu gelten hatte – und wie gegen Terroristen vorzugehen war. Grundlegend für den neuen Konsens war gleichermaßen das Ende aller Träume von einer Revolution, wie die Emergenz des neuen Terrorismus, der auf keinerlei Sympathie im politischen Spektrum des Landes stieß.

## Der neue Terrorismus

Die 1980er Jahre waren ein neuer Höhepunkt der terroristischen Bedrohung in Frankreich seit der Gründung der V. Republik. Frankreich war in den Jahren nach 1968 eine sprichwörtliche „glückliche Ausnahme“ in Europa gewesen. Die Masse der Anschläge ereignete sich zwischen 1982 und 1986. Nachdem im Jahr 1987 spektakuläre Fahndungserfolge gelangen, blieb das Land von weiteren großen Terrorwellen vorerst verschont.

Gleichzeitig wurde es jedoch von einer Vielzahl einheimischer und ausländischer Gruppen aus den unterschiedlichsten Motiven angegriffen. Die Linksterroristen von *Action Directe* sahen sich in der Tradition kommunistischer Revolutionäre und hatten ihre direkten Vorbilder in der deutschen RAF und den italienischen Roten Brigaden. Der korsische FLNC proklamierte einen Unabhängigkeitskampf gegen die französischen „Kolonialherren“. Beide Gruppen waren bereits seit Ende der 1970er Jahre aktiv, verstärkten ab 1982 aber ihre Angriffe gegen den Staat.

Unter den international agierenden Terrororganisationen dominierten bis 1984 palästinensische Terroristen, die mit Jassir Arafat gebrochen hatten und sich mit Anschlägen in Paris an der französischen Unterstützung für die PLO rächten. Zu den Hauptursachen des ausländischen Terrorismus zählten außerdem das französische Engagement im Libanon und der Konflikt mit dem Iran. Fast alle Anschläge der Jahre 1984 bis 1988 – darunter auch die blutigen Terrorwellen in Paris im Jahr 1986 – gingen auf das Konto der Islamischen Republik Iran und ihrer Stellvertreter im Libanon, der schiitischen Hisbollah-Miliz.

Damit zeichnete sich Mitte der 1980er Jahre ein Wandel in den Hintergründen der terroristischen Bedrohung ab. Die vom Iran und Libanon aus koordinierten Anschläge markierten den Beginn des islamistisch motivierten Terrorismus. Die Terroristen, die Frankreich im Jahr 1986 mit einer Serie mörderischer Bombenanschläge überzogen, beriefen sich auf den Islam. Die Bombenleger selbst waren zwar aus dem Libanon eingereist, sie verfügten aber über ein logistisches Netzwerk in Frankreich, das sich aus dem entstehenden islamistischen Milieu rekrutierte. Der Anführer dieses Netzwerkes trat vor Gericht als „Rächer des Islam“ auf und erklärte, er befinde sich in einem „Heiligen Krieg“ gegen den Westen.

Die Ereignisse in Frankreich waren Teil eines globalen Transformationsprozesses. Hatten sich in den 1970er Jahren Terroristen überall auf der Welt zumeist auf eine linksrevolutionäre Ideologie berufen, so stand seit Mitte der 1980er Jahre eine fundamentalistische Auslegung des Islam hinter der großen Mehrzahl der Anschläge. Frankreich war besonders früh mit dem neuen Phänomen konfrontiert. Dies hatte Folgen sowohl für das französische Modell der Terrorismusbekämpfung als auch für die Verschärfung neuer gesellschaftlicher Konflikte im Land.

### Drei Phasen der Terrorismusbekämpfung

Im Frankreich der 1980er Jahre lassen sich drei Phasen der Anti-Terrorismus-Politik unterscheiden, die auf unterschiedlichen Konzepten beruhen.

#### Politik der Öffnung (1981–1982)

Mit der Wahl François Mitterrands zum Präsidenten im Mai 1981 begann eine Phase der Liberalisierung im Umgang mit politischer Gewalt. Die Politik der Öffnung war Teil eines übergreifenden Gesellschaftsprojektes, das eine Modernisierung und Demokratisierung des Landes versprach. Das sozialistische Anti-

Terror-Konzept basierte auf dem Prinzip einer absoluten Rechtsstaatlichkeit, die einer Überreaktion des Staates vorbeugen sollte. Diese Leitidee bezog sich vor allem auf die Unabhängigkeit der Justiz und beinhaltete den Verzicht auf juristische Ausnahmeregelungen und Sondergerichte. Zum anderen war das Konzept von der Hoffnung geleitet, dass mit politischen Reformen ein Ende der Gewalt erreicht werden könne. Dahinter stand die Vorstellung, dass die Ursachen des Terrorismus in der repressiven Politik der Konservativen zu suchen seien. Nach dem Regierungswechsel sollte eine nationale Aussöhnung erfolgen.

Die Politik der Öffnung war vor allem auf den korsischen FLNC zugeschnitten. Die französische Linke teilte einige Forderungen der Separatisten, so etwa den Ruf nach mehr Selbstbestimmung für die Regionen. Außerdem war der einheimische Terrorismus bis 1981 selten über die Schwelle symbolischer Angriffe auf die Staatsmacht hinausgegangen, was eine gewisse Toleranz erleichterte. Neben einer Amnestie für etwa 100 politische Gefangene (darunter befanden sich Korse, Bretonen und Linksextremisten) bildete die Auflösung des Staatssicherheitshofes den Kern des Reformprogrammes. Der halb-militärische Staatssicherheitshof war seit 1963 das wichtigste Instrument des französischen Staates im Kampf gegen politische Gewalt und Extremismus gewesen, galt aber zugleich als Symbol für die politische Justiz im post-gaullistischen Frankreich. Auf Korsika trat die Regierung in einen Dialog mit dem FLNC und erreichte einen Waffenstillstand. Die Insel erhielt ein Autonomiestatut, das ein eigenes Regionalparlament vorsah. Von Bedeutung war daneben die Entscheidung, dass Frankreich keine Flüchtlinge mehr ausliefern würde, wenn diese wegen politischer Verbrechen gesucht wurden. Dies betraf vor allem Mitglieder der spanisch-baskischen ETA und italienische Linksterroristen. Die Linksregierung berief sich auf Frankreichs Tradition als Zufluchtsort für politisch Verfolgte, setzte sich mit dem Auslieferungsstopp aber der Empörung der europäischen Nachbarn aus.

### Politik der Repression (1982–1986)

Bereits im August 1982 setzte Präsident Mitterrand einen Kurswechsel hin zu einer Politik der Repression durch, nachdem sich gezeigt hatte, dass die Politik der Öffnung gescheitert war: FLNC und *Action Directe* intensivierten ihre Angriffe gegen den Staat, anstatt sich aus dem bewaffneten Kampf zurückzuziehen. Eigentlicher Auslöser war aber der Terrorismus internationaler Gruppen, der das Land mit bis dahin unbekannter Wucht traf. Der Wechsel zur Politik der Repression markierte die Ankunft der Sozialistischen Partei in der Realität der Regierungsverantwortung – wenig später folgte ein ebenso markanter Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Am 17. August 1982 verkündete Mitterrand in einer Fernsehansprache die Grundsätze des neuen Kurses. Die Rede machte zunächst deutlich, dass die Bekämpfung des Terrorismus nunmehr höchste Priorität hatte. Politische Zugeständnisse und Kompromisse sollten in Zukunft ausgeschlossen sein, der Terrorismus „bis zur Wurzel verfolgt“ werden. Zugleich lehnte Mitterrand die

Verabschiedung spezieller Gesetze und Sonderregelungen ab, da dies den Rechtsstaat gefährde. Die Anti-Terrorismus-Politik ging in die direkte Verantwortung des Präsidenten und seiner engsten Mitarbeiter über. Der bis dahin dominante Bürgerrechts-Flügel der Sozialistischen Partei verlor an Einfluss. Die langfristig angelegten Konzepte aus der Zeit der Politik der Öffnung wichen einem kurzfristigen Krisenmanagement, das auch Rechtsbrüche nicht ausschloss, wenn die Staatsräson dies verlangte.

Einen Tag nach Mitterrands programmatischer Rede folgte ein Verbot von *Action Directe*, nach deren Mitgliedern nun landesweit gefahndet wurde. Trotz einer Serie von Verhaftungen blieb eine kleine Gruppe um Jean-Marc Rouillan auf freiem Fuß und beging nun auch spektakuläre Anschläge. Auch auf Korsika wurde eine Wende hin zur Repression durchgesetzt. Mitterrand entsandte einen Sonderbeauftragten, um mit Hilfe großangelegter Polizeieinsätze die Gewalt auf der Insel einzudämmen. Dennoch blieb die Zahl der Anschläge hoch. Eine deutliche Verschärfung erfolgte gegenüber dem ausländischen Terrorismus, allerdings blieb der staatliche Umgang mit den oftmals schwer fassbaren internationalen Terrororganisationen flexibel. In der Frage der Auslieferungen setzte der Präsident gegen interne Widerstände ebenfalls eine Neuorientierung durch. Zwar durften die italienischen Flüchtlinge bleiben, aber der Auslieferungsstopp galt nicht mehr für Mitglieder der ETA.

### Politik der Härte (1986–1988)

Der Regierungswechsel des Jahres 1986 brachte eine erneute Zäsur. Die Regierung Jacques Chiracs versprach eine Politik der Härte gegenüber dem Terrorismus. Innenminister Charles Pasqua fasste mit den Worten, man werde „die Terroristen terrorisieren“ den Anspruch der Konservativen zusammen. In der Kommunikationsstrategie lagen denn auch die größten Unterschiede zur Politik der Repression der Sozialisten. Mit einer aggressiven Rhetorik, großangelegten öffentlichen Fahndungen und aufwändigen Sicherheitsvorkehrungen sollten die Terroristen in die Defensive gedrängt und dem Eindruck eines schwachen Staates entgegengewirkt werden.

Auf der Ebene der tatsächlich umgesetzten Maßnahmen überwogen die Kontinuitäten zu den Vorjahren. Die konservative Politik der Härte und die sozialistische Politik der Repression waren sich ähnlicher, als dies von beiden Seiten zugegeben wurde. Beide Ansätze unterschieden sich deutlich vom sozialistischen Experiment einer Politik der Öffnung zu Beginn des Jahrzehnts. Allerdings fügten die Konservativen über ein kohärentes Anti-Terror-Konzept, das sich vom Krisenmanagement der Sozialisten abhob. Es war auf eine konsequente Strafverfolgung ausgerichtet und sah eine bessere Koordinierung sowie eine institutionelle Zentralisierung in Politik, Justiz und Sicherheitsbehörden vor. Kern des Konzeptes war das im Sommer 1986 verabschiedete Anti-Terrorismus-Gesetz, das eine Definition der terroristischen Straftat und die Einführung einer zentralen Gerichtsbarkeit für terroristische Gewalt in Paris durchsetzte.

Gegenüber *Action Directe* und dem korsischen FLNC wurde der Repressionskurs fortgesetzt und verschärft. Die Regierung setzte auf Fahndungsplakate, Razzien und Festnahmen im Umfeld der Terroristen. Im Umgang mit dem internationalen Terrorismus stand die konsequente strafrechtliche Verfolgung im Inland weiterhin der Bereitschaft zu Verhandlungen mit ausländischen Hintermännern gegenüber. Neu war hingegen die Entfaltung eines massiven Sicherheitsdispositivs in den großen Städten. In Paris sicherten Militär- und Polizeieinheiten öffentliche Gebäude und wichtige Punkte der Infrastruktur. Die Sicherheitskräfte wurden zu einem so alltäglichen wie omnipräsenten Teil des Lebens in der Hauptstadt. Ein echter Kurswechsel war zudem die neue Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern. Frankreich leistete Spanien nun rückhaltlose Unterstützung im Kampf gegen die ETA und inszenierte sich als Vorreiter bei gemeinsamen europäischen Initiativen gegen den Terrorismus.

Als im Mai 1988 die Kohabitation endete, konnten die Franzosen auf eine Reihe spektakulärer Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus zurückblicken. *Action Directe* war zerschlagen. Die Festnahme des islamistischen Netzwerkes von Fouad Saleh und der Ausgleich mit Iran beendeten die Anschlagserien in Paris. Außerdem kehrten die letzten Geiseln aus dem Libanon zurück. Das Anti-Terrorismus-Gesetz bot eine solide und flexible Grundlage für die juristische Verfolgung des Terrorismus und auch die europäische Zusammenarbeit war gestärkt worden. Einzig auf Korsika war ein Ende der Gewalt nicht abzusehen.

## Die Macht der Geschichte

Ein Ausgangspunkt der vorliegenden Studie war die Hypothese, dass kollektive und persönliche Erfahrungen im Umgang mit politischer Gewalt die französische Anti-Terrorismus-Politik der 1980er Jahre maßgeblich beeinflussten. Die Untersuchung bestätigt diese Annahme zum Teil. In der ersten Phase der sozialistischen Anti-Terrorismus-Politik nahmen historische Bezüge einen überragenden Platz ein. Im Verlauf des Jahrzehnts schwächte sich ihr Einfluss aber ab. Sie wurden überlagert vom neuen Terrorismus, für dessen Bekämpfung den Lehren aus der Vergangenheit weniger Bedeutung zugemessen wurde.

Die Politik der Öffnung war geleitet von den Erfahrungen der französischen Linken im Umgang mit politischer Gewalt. Der Algerienkrieg diente als Negativfolie für Fehler, die keinesfalls wiederholt werden durften. Die Exzesse der Aufstandsbekämpfung hatten eine ganze Generation kritischer Intellektueller und Juristen geprägt. Die von Justizminister Robert Badinter entwickelte Doktrin der absoluten Rechtsstaatlichkeit war eine späte Antwort auf die Rechtsbrüche im Namen der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ in Algerien zwanzig Jahre zuvor. Dazu gehörte insbesondere die kategorische Ablehnung von Sonder- und Ausnahmeregelungen, die an die Notstandsgesetze der 1950er Jahre erinnerten. Auch der zur Aburteilung der OAS-Terroristen eingerichtete Staatssicherheitshof wurde als Institution verstanden, die eine Art Kriegsrecht in Friedenszeiten perpetuierte. Er stand zudem als Symbol für die putschartige Machtübernahme Ge-

neral de Gaulles, der die Republik ab 1958 nach seinen Vorstellungen umformte. François Mitterrand hatte de Gaulle mit großer Schärfe bekämpft – die Auflösung des Staatssicherheitshofes 1981 war daher auch ein später persönlicher Sieg über den Gründer der V. Republik.

Auch aus der Erinnerung an den Mai 1968 zog die französische Linke die Lehre, dass eine zu starke Repression im Umgang mit politischer Gewalt vermieden werden musste. Die Linksparteien hatten zu Beginn der 1970er Jahre vehemente Anti-Repressions-Kampagnen geführt. Die Abschaffung des „Anti-Randalierer-Gesetzes“, das sich gegen die „revolutionären Gruppen“ gerichtet hatte, war nach dem Wahlsieg 1981 daher keine Überraschung. Hinzu kam die Überzeugung, dass gerade die kritische Solidarität mit den Radikalen zu deren Befriedung beigetragen hatte und letztlich eine Reintegration in das demokratische Spektrum ermöglichte. Die großzügige Amnestie der politischen Gefangenen und die Hoffnung auf eine nationale Aussöhnung nach dem Regierungswechsel sind im Zusammenhang mit diesen Erfahrungen zu sehen.

Von historischen und oftmals romantisch-nostalgischen Bezügen besonders geprägt war die Asylpolitik der Linksregierung, die mit ihrem Machtantritt einen sofortigen Auslieferungsstopp für alle „Freiheitskämpfer der Welt“ dekretierte. Die Sympathie für die ETA erklärt sich zu einem großen Teil aus Frankreichs historischer Rolle als Schutzmacht für die Verfolgten des Franco-Regimes. Das Asyl für hunderte italienische Linksradikale war Ausdruck einer romantischen Faszination für den bewaffneten Kampf, vor dem die französische Linke trotz aller revolutionärer Rhetorik selbst zurückgeschreckt war. Schließlich lassen sich auch Reminiszenzen an die Zeit der deutschen Besatzung nachweisen, da die Auslieferung politischer Flüchtlinge an die Kollaboration mit dem NS-Regime erinnerte.

Die Auseinandersetzungen um den Krieg in Algerien und die Repression der linksradikalen Gruppen nach 1968 hatten das Selbstverständnis der Linken in den 1970er Jahren geprägt. Im Verlauf des Jahrzehnts verloren diese Konflikte aber an Aktualität und Brisanz. Als die Linke nach über 23 Jahren in der Opposition daranging, die lange bekämpften Maßnahmen und Gesetze abzuschaffen, hatte dies den Beigeschmack einer anachronistischen Symbolpolitik.

Nach Mitterrands Kurswechsel im Jahr 1982 spielten historische Bezüge eine untergeordnete Rolle. In dieser Phase wird aber deutlich, dass Mitterrand über einen Erfahrungshintergrund verfügte, der sich stark vom kollektiven Gedächtnis der französischen Linken unterschied. Anders als viele seiner Mitstreiter hatte er den Algerienkrieg nicht aus der außerparlamentarischen Opposition, sondern als einer der führenden Politiker der Zeit erlebt. Als Justiz- und Innenminister hatte er jahrelang zu den zentralen politischen Verantwortlichen der französischen Kriegführung gehört und die systematischen Rechtsbrüche im Kampf gegen den Terrorismus mitzuverantworten. Auch in seiner Zeit als Präsident der Republik war Mitterrand im Zweifel dazu bereit, bürgerliche Freiheiten und Grundrechte zu verletzen, wenn die Sicherheit des Staates dies aus seiner Sicht notwendig machte.

Im konservativen Anti-Terror-Konzept, das ab 1986 als Regierungspolitik umgesetzt wurde, lassen sich ebenfalls Elemente erkennen, die auf historische Vor-

bilder verweisen. Die von Charles Pasqua und Robert Pandraud verkörperte Politik der Härte, die auf eine offene Konfrontation mit den Terroristen zielte und die terroristische Gefahr im Zweifel überhöhte, ähnelte der Vorgehensweise von Innenminister Raymond Marcellin in den Jahren nach 1968. So wie die Linken das damalige Ausbleiben des Terrorismus als Erfolg ihrer Integrationsstrategie verstanden, sahen die Konservativen darin das Ergebnis einer konsequenten Repressionspolitik. Robert Pandraud, der als Experte für Sicherheitsfragen in Chiracs Wahlkampfteam und danach als Minister für öffentliche Sicherheit das konservative Anti-Terror-Konzept verantwortete, hatte als junger Funktionär unter Marcellin an der Bekämpfung der „revolutionären Gruppen“ teilgenommen. Wie Marcellin setzte auch Pandraud darauf, in die Offensive zu gehen, um den Staat in eine Position der Stärke zu versetzen.

In der Gesamtschau muss dennoch festgehalten werden, dass die Bedeutung historischer Terrorismuserfahrungen nach dem Ende der Politik der Öffnung gering blieb. Dies gilt auch für die Reaktionen von Staat und Gesellschaft auf die großen Terrorwellen des Jahres 1986. Zwar wurden in der Öffentlichkeit Parallelen zu den Weltkriegern und dem Algerienkrieg gezogen, diese Referenzen blieben aber rhetorisch und erlangten keine politische Relevanz. Anders als etwa von Mathieu Rigouste in seiner Arbeit über die „Wurzeln des französischen Sicherheitsregimes“ vermutet, kann nicht von einer Neuauflegung kolonialer Strategien der Aufstandsbekämpfung gesprochen werden. Die Anti-Terrorismus-Politik der 1980er Jahre hatte mit dem brutalen Militärregime in der algerischen Kolonie wenig gemein. Vielmehr zeigt der Vergleich, in welchem Maße sich ein normativer Rahmen mit klaren legalen Grenzen für den Umgang mit dem Terrorismus herausgebildet hatte. Der Algerienkrieg blieb als Negativbeispiel fest im Gedächtnis der Franzosen verankert. Die Konservativen behielten die 1981 erstmals auf Regierungsebene umgesetzte Doktrin der absoluten Rechtsstaatlichkeit im Umgang mit dem Terrorismus bei. In diesem Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit liegt das wohl wichtigste Erbe der französischen Terrorismuserfahrungen.

### Terrorismusbekämpfung und Rechtsstaat

Eine der Kernfragen der Studie lautete, ob und inwiefern der französische Staat im Kampf gegen den Terrorismus rechtsstaatliche Grenzen überschritt und damit Recht und Freiheit seiner Bürger gefährdete. Allerdings war das Verständnis davon, wo genau diese Grenzen lagen, nicht statisch, sondern ebenfalls einem Wandel ausgesetzt. Während in der IV. Republik die Idee eines souveränen Parlamentes dominierte, herrschte nach 1958 zunächst ein extremes Übergewicht der Exekutive, die die Entscheidungen der Richter oftmals eher steuerte, als sich ihnen zu unterwerfen.

Erst im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre setzte sich die Überzeugung durch, dass Grund- und Bürgerrechte nicht nur durch den Staat, sondern im Zweifel auch gegen diesen geschützt werden mussten. Gerade die Auseinandersetzungen über den Umgang mit politischer Gewalt prägten die Debatten über die Gren-

zen des Rechtsstaats. Ein Meilenstein in dieser Entwicklung war im Jahr 1971 die Entscheidung des Verfassungsrates, ein Gesetz von Innenminister Marcellin zurückzuweisen, das gegen die Neukonstituierung linksradikaler Gruppen gerichtet war. Nicht nur emanzipierte sich der erst 1958 gegründete Verfassungsrat damit als unabhängige Institution, er bezog auch erstmals die Menschenrechtserklärung von 1789 sowie die sogenannten „grundlegenden Prinzipien der Republik“ in seine Entscheidung ein.

Die Forderung nach einem besseren Schutz der Menschen- und Bürgerrechte gehörte während der 1970er Jahre zu den Kernthemen der französischen Linken. Nach dem Machtwechsel setzte der starke Bürgerrechtsflügel der Sozialisten diese in die Tat um. Die von Justizminister Robert Badinter eingeleiteten Reformen und auch die Doktrin der absoluten Rechtsstaatlichkeit im Kampf gegen den Terrorismus beschleunigten den Ausbau des französischen Rechtsstaates. Zu den entscheidenden Neuerungen gehörten die Abschaffung der Todesstrafe, die Möglichkeit für Einzelpersonen, Klage am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzureichen, sowie die Abschaffung des Staatssicherheitshofes. Als François Mitterrand vor den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1988 seine Mitarbeiter anwies, im Wahlkampf die besonders positiven Aspekte seiner Amtszeit herauszustellen, stand die „Stärkung der Freiheiten“ an erster Stelle. Auch die Etablierung des französischen Modells der Terrorismusbekämpfung mit seiner besonderen Betonung der rechtsstaatlichen Grenzen bedeutete eine Stärkung der dritten Gewalt.

Der sukzessive Ausbau rechtsstaatlicher Regeln kontrastierte mit wiederholten Rechtsbrüchen im Kampf gegen den Terrorismus. Insbesondere für die ab 1981 regierende Linke fällt auf, dass die Ideale der Partei und die Regierungspraxis von Präsident Mitterrand weit auseinanderklafften. Die Skandale um die Antiterrorzelle des Präsidialamts zeigten, dass Mitterrand bereit war, gravierende Verstöße gegen die Grund- und Bürgerrechte zu tolerieren und dass er seinen Kurs ohne größere Widerstände durchsetzen konnte. Der Ausschluss von Justizminister Robert Badinter von allen Sitzungen, die den „inoffiziellen“ Teil der Terrorismusbekämpfung betrafen, steht exemplarisch für das ambivalente Verhältnis Mitterrands zum Recht.

Die Antiterrorzelle verstieß gegen grundlegende Rechtsprinzipien. Die Gendarmen fälschten gezielt Beweise, um Unschuldige eines Terroranschlages zu überführen. Als dies aufgedeckt wurde, stellte Mitterrand die Verantwortlichen unter den Schutz seiner präsidialen Immunität. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung spionierte die Antiterrorzelle bis Anfang der 1990er Jahre private und politische Gegner des Präsidenten aus. Einen weiteren Einblick darin, wie weit die Bereitschaft zur Rechtsbeugung gehen konnte, gibt Mitterrands Anweisung, die Anführer von *Action Directe* zu erschießen, sobald man ihrer habhaft werde.

Die Skandale der Terrorismusbekämpfung in der Ära Mitterrand verweisen auf die überragende Machtposition des Präsidenten im politischen System der V. Republik. Mitterrand, der als Oppositionsführer die „Diktatur de Gaulles“ scharf

kritisiert hatte, baute die beinahe allmächtige Stellung weiter aus. Das Präsidialamt wurde vergrößert und zu einem effektiven Machtapparat entwickelt, der in der Lage war, die Arbeit der Ministerien bis ins Detail zu steuern. Außerdem stützte sich Mitterrand auf ein unüberschaubares Geflecht persönlicher Beziehungen, die die formalen Hierarchien des Staatsapparates unterliefen.

Die Verfassung der V. Republik beschnitt die Rechte von Nationalversammlung und Senat und institutionalisierte damit ein demokratisches Kontrolldefizit, das nur in Zeiten der Kohabitation aufgehoben wurde. Paradoxerweise verstärkte der Machtwechsel des Jahres 1981 dieses Kontrolldefizit im Hinblick auf den Schutz der individuellen Freiheiten. Der PS war als Oppositionspartei bis 1981 vehement für die Bürgerrechte eingetreten, verhielt sich nach der Übernahme der Regierungsverantwortung aber loyal zur Politik des Präsidenten. Der liberale Flügel stützte auch die Vertuschungen im Zuge der Skandale um die Antiterrorzelle. Die konservative Opposition drängte auf ein härteres Vorgehen gegen den Terrorismus, statt auf die Einhaltung des Rechtes zu bestehen.

Die schwache Position des Parlamentes in der V. Republik verstärkte die Bedeutung einer in Frankreich traditionell einflussreichen außerparlamentarischen Opposition, die sich unter anderem in der Demonstrations- und Streikkultur sowie in der Rolle der Pariser Intellektuellen widerspiegelte. In den 1980er Jahren wurde diese Funktion teilweise von der Presse übernommen. Es waren investigative Journalisten, die die Rechtsbrüche der Antiterrorzelle aufdeckten und sich bei ihren Recherchen auf Informanten im Staatsapparat stützen konnten. Die Skandale der Ära Mitterrand sind denn auch vielmehr als systemimmanentes zivilgesellschaftliches Korrektiv, denn als Beweis für eine generelle Dysfunktionalität des politischen Systems zu verstehen.

### Die 1980er Jahre als Jahrzehnt der Unsicherheit

Hatten die 1970er Jahre im Zeichen der Freiheiten und Bürgerrechte gestanden, so lassen sich Frankreichs 1980er Jahre in Anlehnung an das bundesdeutsche „Jahrzehnt der inneren Sicherheit“ als „Jahrzehnt der Unsicherheit“ fassen. Die Sorge um die physische Sicherheit der Bevölkerung setzte sich als bestimmender politischer Diskurs durch. Im Ringen um Sicherheit und Freiheit lag die Priorität nun wieder auf dem Schutz der Sicherheit. Der Terrorismus verstärkte das Gefühl der Unsicherheit, war aber nicht die einzige Ursache für dessen neue Bedeutung in den öffentlichen Debatten.

In den Jahren nach dem Mai 1968 hatte die Idee einer liberaleren Gesellschaft eine große Anziehungskraft ausgeübt und auch über die traditionelle Spaltung der politischen Lager hinweg gewirkt. Dies drückte sich unter anderem in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1974 aus, die Valéry Giscard d'Estaing mit seinem Programm eines „fortgeschrittenen Liberalismus“ gewann. In noch stärkerem Maße verkörperte die linke Opposition den Ruf nach einer freieren Gesellschaft. Kommunisten und Sozialisten forderten vehement eine systematische Stärkung der Bürgerrechte. Das Reformprogramm der Linksregierung im Jahr

1981 war schließlich der späte Höhepunkt der Liberalisierungsbestrebungen des vorangegangenen Jahrzehnts.

Allerdings hatte bereits seit Mitte der 1970er Jahre ein neues Sicherheitsbedürfnis an Stärke gewonnen, das den Ruf nach mehr Freiheiten zunehmend zurückdrängte. Ansteigende Kriminalitätsraten und insbesondere Gewaltverbrechen führten zu einem Unsicherheitsgefühl in weiten Teilen der Bevölkerung. Bereits 1976 ergaben Umfragen, dass die Bekämpfung der Alltagsgewalt zu den dringendsten Anliegen der Franzosen zählte. Die konservativen Regierungsparteien reagierten früh auf die Trendwende und leiteten einen Politikwechsel ein, der mit dem Gesetz „Sicherheit und Freiheit“ noch kurz vor den Wahlen des Jahres 1981 eine erste legislative Umsetzung fand. Die Dynamik, die von einer offensiven Thematisierung der Sicherheit als Wahlkampfthema ausgehen konnte, war auch von führenden Politikern der Linken früh erkannt worden. Die Sozialisten versuchten, dem Sicherheitsdiskurs eine offensive Verteidigung der Freiheit als „erste der Sicherheiten“ entgegenzusetzen. Aber bereits das Reformpaket des Jahres 1981 stand im Widerspruch zur Stimmung in der Bevölkerung.

Charakteristisch für den neuen Sicherheitsdiskurs war seine konzeptionelle Offenheit. Im Zentrum standen nicht mehr der Staat oder die öffentliche Ordnung, sondern das Individuum, dessen Sicherheit durch eine Vielzahl von Gefahren bedroht werden konnte. Dazu zählte neben alltäglicher Gewalt und Kleinkriminalität, die überwiegend mit Jugendlichen in den Vorstädten der Großstädte assoziiert wurde, auch der Terrorismus. Die spektakulären Anschläge internationaler Gruppen, deren politische Hintergründe meist im Dunkeln blieben, vermischten sich mit der Bedrohung, die von den sozialen Problemvierteln in der Banlieue auszugehen schien.

Die Konservativen erhoben den Kampf gegen die Unsicherheit zum zentralen Thema der Parlamentswahlen des Jahres 1986. Der rechtsextreme *Front National* kombinierte die Forderung nach schärferen Sicherheitsmaßnahmen mit ausländerfeindlichen Parolen. Die beinahe täglichen Terroranschläge in Paris und der Provinz verliehen dem Versprechen einer Politik der Härte eine besondere Relevanz. Der Wahlsieg von RPR und UDF im März 1986 und auch der Erfolg des FN, der erstmals in die Nationalversammlung einzog, beruhten maßgeblich auf der erfolgreichen Thematisierung der Unsicherheit im Wahlkampf.

Seinen Höhepunkt erreichte der neue Sicherheitsdiskurs in den Jahren der Kohabitation und unter dem Eindruck der Terrorwellen in Paris. Innenminister Charles Pasqua und sein delegierter Minister für Öffentliche Sicherheit Robert Pandraud schienen in ihrer Rhetorik wie befreit von den Skrupeln ihrer sozialistischen Vorgänger, die trotz eines verschärften Repressionskurses eine zurückhaltende Kommunikationspolitik verfolgt hatten. Die Politik der Härte richtete sich nicht nur gegen politische Gewalttäter, sondern gegen alle Gruppen, die zur gefühlten Unsicherheit der Bevölkerung beitrugen. Dazu zählten auch Einwanderer und die Jugendlichen in den Vorstädten.

Der Kampf gegen die Unsicherheit wurde zu einer politischen Leitidee, die auch auf andere Politikfelder ausstrahlte. So wurden Asylsuchende und Immigranten

nunmehr zunehmend aus der Perspektive der nationalen Sicherheit betrachtet. Vergleicht man etwa die umstandslose Ausweisung terrorverdächtiger Ausländer im Herbst 1986 mit der parteiübergreifenden Empörung über die Auslieferung des RAF-Anwalts Klaus Croissant neun Jahre zuvor, wird deutlich, wie stark sich die politischen Prioritäten im Verlauf der 1980er Jahre gewandelt hatten.

### Die Strategie der Konfliktvermeidung

Verhandlungen und Zugeständnisse bildeten eine Konstante der französischen Terrorismusbekämpfung der 1970er und 1980er Jahre. Die bereits zeitgenössisch vertretene These der *sanctuary doctrine* unterschlägt allerdings die Komplexität und den Wandel sowohl der terroristischen Bedrohung als auch der staatlichen und gesellschaftlichen Reaktion auf diese. Am ehesten lässt sich die französische Haltung als Strategie der Konfliktvermeidung fassen, die eine Reihe von möglichen Antworten auf politische Gewalt einschloss. Es ist zudem unumgänglich, den Umgang mit dem Terrorismus in einen größeren politischen Zusammenhang zu stellen: Die Angriffe internationaler Terroristen wurden in erster Linie als außenpolitisches Problem betrachtet und auch die Lösungsansätze der französischen Regierungen entsprachen oftmals einer außenpolitisch-diplomatischen Logik.

Auch wenn der Nachweis anhand archivalischer Dokumente bislang fehlt, so kann für die 1970er Jahre ein der Idee der *sanctuary doctrine* nahekommender Ansatz festgestellt werden. Insbesondere im Umgang mit dem palästinensischen Terrorismus verfolgten die Behörden die Strategie, Frankreich als neutrales Territorium zu erhalten. Palästinenser, Araber und Israelis sollten, so ein Ausspruch von Innenminister Raymond Marcellin, ihren Krieg „unter sich ausmachen“. Dies entsprach dem seit 1967 verfolgten Neutralitätskurs im Nahostkonflikt. Tatsächlich traf der internationale Terrorismus Frankreich in weitaus geringerem Maße als seine weniger nachgiebigen Nachbarn. In Fällen, in denen sich – wie etwa bei der Botschaftsbesetzung in Den Haag 1974 oder der Festnahme Abu Dauds im Jahr 1977 – ein Konflikt nicht vermeiden ließ, reagierte die Regierung zumeist mit Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Terroristen.

In den 1980er Jahren änderte sich die Natur des Terrorismus. Was sich bereits 1980 mit dem Anschlag auf die Synagoge in der Rue Copernic abzeichnete, wurde ab 1982 zur Gewissheit. Die Angriffe international agierender Terroristen richteten sich nunmehr direkt gegen französische Interessen und zielten insbesondere auf eine Veränderung der Nahostpolitik. Die Einnahme einer neutralen Position wie in den 1970er Jahren war unter den neuen Voraussetzungen nicht mehr möglich. Die offizielle Reaktion war ein radikaler Kurswechsel im Rahmen der ab 1982 umgesetzten Politik der Repression. Präsident Mitterrand kündigte ein kompromissloses und konsequentes Vorgehen gegen jede Form des Terrorismus an. Auch im Umgang mit internationalen Terroristen sollten Verhandlungen und Zugeständnisse in Zukunft ausgeschlossen sein. Unter der Hand wurde aber an den grundlegenden Prinzipien der Strategie der Konfliktvermeidung festgehalten.

Herausragendes Beispiel für die Fortsetzung der geheimen Diplomatie im Antiterrorkampf waren die Verhandlungen mit Abu Nidal in den Jahren 1983/84. Die zunächst im Irak, später in Syrien stationierte Organisation war unter anderem für den blutigen Anschlag in der Rue des Rosiers verantwortlich, der im Sommer 1982 Mitterrands Kurswechsel ausgelöst hatte. Nur zwei Jahre später stimmte der Präsident einem geheimen Abkommen zu, das Abu Nidal vor einer Verfolgung durch die Behörden schützte, wenn Frankreich im Gegenzug von weiteren Terroranschlägen verschont blieb. Beide Seiten hielten sich an die Vereinbarung. Abu Nidal verübte keine Anschläge mehr auf französischem Boden und konnte dafür ungestört im Land operieren. Im Januar 1985 durften zwei wegen Mordes verurteilte Mitglieder der Gruppe nach Syrien ausreisen.

Von größerer Bedeutung als Absprachen mit einzelnen Terrororganisationen war der strategische Rückzug Frankreichs aus dem Nahen Osten, der sich im Laufe der 1980er Jahre vollzog. Präsident Mitterrand hatte 1981 zunächst eine aktive Rolle im Palästina-Konflikt angestrebt. Hinzu kam Frankreichs Präsenz mit UN-Friedenstruppen im Libanon sowie die aktive Unterstützung des Irak im Krieg gegen den Iran. Insbesondere dem vom Iran gesteuerten Terrorismus der Hisbollah hatte Frankreich letztlich wenig entgegenzusetzen. Nach dem verheerenden Anschlag auf das Hauptquartier des französischen UNIFIL-Kontingentes im Oktober 1983 zogen sich die französischen Truppen dauerhaft aus dem Libanon zurück. Vier Jahre später erfüllte Jacques Chirac alle Forderungen des iranischen Regimes, um ein Ende der Terrorwellen in Paris und die Rückkehr der französischen Geiseln aus dem Libanon zu erreichen. Eine langfristige Folge des internationalen Terrorismus der 1980er Jahre war, dass Frankreich seine Rolle als Schutz- und Mandatsmacht im Nahen Osten aufgab.

Es gehört zu den großen Widersprüchen der französischen Anti-Terrorismus-Politik, dass die Regierenden einen umso kompromissloseren „Kampf ohne Gnade“ (Jacques Chirac) propagierten, je mehr Zugeständnisse sie gegenüber Terroristen und deren Hintermännern eingingen. Neu waren dabei nicht die geheimen Absprachen, sondern die Notwendigkeit, eine Politik der Härte und Unnachgiebigkeit offensiv nach außen zu vertreten. Der wachsende Widerspruch zwischen offiziellen Verlautbarungen und der eigentlichen Regierungspraxis traf auf eine für Fragen der Sicherheit stark sensibilisierte Öffentlichkeit. Terrorismusbekämpfung wurde von einem politisch wenig bedeutsamen Nebenschauplatz zu einem Politikfeld, das die Franzosen in besonderer Weise bewegte. Die diskrete Weiterführung der Strategie der Konfliktvermeidung wurde daher immer dann durchkreuzt, wenn Informationen an die Öffentlichkeit gelangten.

Das Ende der akuten Bedrohung durch den internationalen Terrorismus im Jahr 1988 war die Konsequenz einer Doppelstrategie. Während im Inland die Sicherheitsmaßnahmen verschärft wurden und sich die Sicherheitsbehörden an die Bedrohung durch den neuen Terrorismus anpassten, setzte man im Umgang mit den ausländischen Hintermännern weiterhin auf einen diplomatischen Ansatz, der geheime Verhandlungen und Absprachen mit einschloss.

## Europäisierung

Die Herausbildung eines französischen Modells der Terrorismusbekämpfung war auch Teil eines beginnenden Europäisierungsprozesses. Im Verlauf der 1980er Jahre glich Frankreich seine Anti-Terrorismus-Politik der seiner europäischen Nachbarn an. Ab 1986 wurde das Land selbst zum Initiator einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit.

Das Scheitern der sozialistischen Politik der Öffnung gegenüber terroristischen Gewalttätern markierte das Ende einer französischen Ausnahme. Was in Italien, Großbritannien und der Bundesrepublik bereits Anfang der 1970er Jahre eingesetzt hatte, ließ sich mit etwa zehnjähriger Verspätung auch in Frankreich beobachten. Staat und Gesellschaft sahen sich einer terroristischen Herausforderung ausgesetzt, die eine Neuorientierung im Umgang mit politischer Gewalt auslöste. Ähnlich wie in Deutschland und in Italien wurde auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen ein Gesetz verabschiedet, das erstmals eine terroristische Straftat definierte und eine Reihe von Sonderregelungen im Straf- und Strafprozessrecht vorsah. Die Regierung Chirac griff zu Maßnahmen, die wenige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen waren. Dazu zählten unter anderem großflächige Fahndungsaufrufe und Fahndungsplakate sowie die Einführung einer Kronzeugenregelung.

Das bundesdeutsche und das italienische Vorgehen gegen den Linksterrorismus der 1970er Jahre, die lange als Negativbeispiele in der französischen Diskussion gegolten hatten, wurden nun zu Vorbildern. Dies spiegelte sich insbesondere im Anti-Terror-Konzept der Konservativen wider. Der 1984 von einer Kontrollkommission des Senats vorgelegte Bericht zur „Arbeit der Sicherheits- und Polizeibehörden im Kampf gegen den Terrorismus“, der die Grundlage der französischen Anti-Terrorismus-Politik ab 1986 bildete, enthielt ausführliche Abhandlungen über die Terrorismusbekämpfung in den Nachbarstaaten. Die Kommissionsmitglieder hatten Informationsreisen, unter anderem nach Italien und Großbritannien, unternommen. Am deutschen Modell interessierte sie vor allem der hohe Standard computergestützter Ermittlungstechniken. Aus Italien wurde die Einführung der Kronzeugenregelung sowie die Zentralisierung der institutionellen Strukturen der Terrorismusbekämpfung übernommen.

In der Frage der Auslieferung terrorverdächtiger Personen zwang der Druck der europäischen Nachbarn Frankreich zu einer 180-Grad-Wende. 1981 hatte die Linksregierung einen absoluten Auslieferungsstopp für alle politischen Flüchtlinge erklärt und sich dabei auf die Tradition als Zufluchtsort für politisch Verfolgte berufen. In der Tat kehrte man mit dem Einfrieren aller Auslieferungsverfahren zu einer Praxis zurück, die erst unter Präsident Giscard langsam aufgeweicht worden war. Sie betraf insbesondere italienische Linksextremisten und Mitglieder der baskischen ETA, die in Frankreich Schutz vor der Justiz ihrer Heimatländer suchten.

Während die italienische Kolonie in Paris trotz Protesten aus Rom bleiben durfte, verlor die Schutzgarantie für die ETA innerhalb weniger Jahre ihre Gül-

tigkeit. Präsident Mitterrand setzte eine historische Zäsur durch, als im Jahr 1984 erstmals drei Mitglieder der baskischen Terrororganisation nach Spanien ausgeliefert wurden. Die Regierung Chirac systematisierte ab 1986 die Ausweisungen nach Spanien und führte eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Grenzschutz ein. Die Ursachen für die Kehrtwende war der starke diplomatische und geheimdienstliche Druck aus Madrid, wo die Terroranschläge der ETA die junge Demokratie gefährdeten.

Dass der Ausgleich mit Spanien Teil eines grundlegenden Richtungswechsels war, zeigt die Ratifizierung des *Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus* und des Übereinkommens zur Anwendung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus in den EG-Staaten durch das französische Parlament im Jahr 1987. Die zehn bzw. acht Jahre alten Vertragswerke waren von Frankreich lange blockiert worden. Ihre Verabschiedung war zuvorderst als Signal für eine neue Kooperationsbereitschaft zu verstehen.

Im Ausland erregte vor allem Frankreichs neue Rolle auf dem internationalen Parkett Aufmerksamkeit. Zu den größeren französischen Initiativen der Jahre 1986 bis 1988 zählte das kurzfristig einberufene EG-Innenministertreffen in London im September 1986, wo unter anderem der Aufbau einer gemeinsamen Anti-Terror-Datenbank beschlossen wurde. Im November 1986 organisierte die französische Regierung einen Europarat-Gipfel zur Bekämpfung des Terrorismus. Im Mai 1987 folgte ein Treffen der Innenminister der G7 zum gleichen Thema in Paris.

Der demonstrative Wille zu einer verstärkten Zusammenarbeit verweist auch auf die Eigendynamik des europäischen Integrationsprozesses. Die Pläne für einen grenzfreien europäischen Binnenraum verliehen der grenzübergreifenden Arbeit der Sicherheitsbehörden eine größere Bedeutung. Am 14. Juni 1985 unterzeichneten Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und die Benelux-Staaten das erste Schengener Abkommen, „betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen“.<sup>1</sup> Die Perspektive eines barrierefreien Personenverkehrs machte eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich von Polizei und Justiz unumgänglich.

Der deutsch-französische Motor wurde auch in der gemeinsamen Sicherheits- und Justizpolitik zum treibenden Faktor des Ausbaus der Europäischen Gemeinschaft. Ein wichtiger Impuls für die deutsch-französischen Initiativen waren Hinweise auf ein Zusammengehen von *Action Directe* und RAF. Ein erstes, zunächst bilaterales Abkommen wurde im April 1987 unterzeichnet. Es sah eine verstärkte Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Ermittlungen vor.

<sup>1</sup> Zum Inhalt des Abkommens vgl. u. a. Hans Claudius Taschner, Schengen. Die Übereinkommen zum Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen von EU-Staaten, Baden-Baden 1997.

## Konsens über die Natur und den Umgang mit politischer Gewalt

Die wohl wichtigste Folge der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus war, dass sich ein Konsens über die Natur und den Umgang mit politischer Gewalt entwickelte. Der lange französische Weg hin zu einer gesamtgesellschaftlich anerkannten Definition des Terrorismus fand in den 1980er Jahren seinen Abschluss. Politische Gewalt wurde zu einer inakzeptablen Straftat, die unabhängig von ihren Hintergründen nach den Regeln des ordentlichen Strafrechtes verfolgt wurde.

Bis in die späten 1970er Jahre hinein war Terrorismus nicht als zusammenhängendes Phänomen wahrgenommen worden. Dies lag sowohl an der relativ niedrigen Intensität als auch an der großen Diversität der Gewaltphänomene. Folglich verfügte der französische Staat auch über keine zusammenhängende Anti-Terrorismus-Politik, auch wenn gegen einzelne Gruppen hart vorgegangen wurde. Außerdem herrschte keine Einigkeit darüber, welche Gruppen und Aktionen überhaupt als terroristisch zu gelten hatten. So trafen einige Forderungen der korsischen Autonomiebewegung auf Zustimmung in der politischen Linken. Linksextreme Gewalttäter konnten mit einer gewissen Sympathie rechnen, vor allem wenn sich ihre Anschläge gegen Vertreter anderer Staaten richteten. Die Aktionen palästinensischer Kämpfer wurden, selbst wenn sie auf französischem Boden stattfanden, als Teil eines ausländischen Konfliktes betrachtet, in dem Frankreich die Rolle eines neutralen Beobachters einnahm.

In den 1980er Jahren wandelte sich die Wahrnehmung politischer Gewalt. Der politische Kontext der Taten trat in den Hintergrund. Der Fokus der Aufmerksamkeit richtete sich auf den Gewaltakt selbst. Erst dieser Perzeptionswandel ermöglichte die strafrechtliche Kodifizierung einer Terrorismus-Definition, die auf breite gesellschaftliche Akzeptanz stieß. Das Anti-Terrorismus-Gesetz von 1986 definierte Terrorismus als Straftat, die „mit einem individuellen oder gemeinschaftlichen Vorhaben verbunden ist, das darauf gerichtet ist, die öffentliche Ordnung durch Einschüchterung oder Terror in schwerwiegender Weise zu stören“ – eine Formulierung, die auf Bezüge zu politischen Motiven gänzlich verzichtete. Die Definition war weit genug gefasst, um alle Spielarten des im Frankreich der 1980er Jahre aktiven Terrorismus einzuschließen. Damit galt das gleiche Strafmaß für militante linksradikale Gruppierungen, Separatisten, islamistische Fundamentalisten und ausländische Terroristen, die aus den unterschiedlichsten Motiven Anschläge in Frankreich begingen.

Die Entpolitisierung der politischen Gewalt resultierte sowohl aus dem Wandel der terroristischen Bedrohung als auch aus Veränderungen innerhalb der französischen Gesellschaft. Ein wichtiger Impuls ging von einem neuen Sicherheitsdiskurs aus, der die gefühlte Unsicherheit der Bevölkerung in den Vordergrund stellte und insbesondere von den konservativen Parteien getragen wurde. Im allgemeinen Unsicherheitsempfinden, das ebenso aus der Alltagskriminalität in den Vorstädten wie dem Terrorismus genährt wurde, verstärkte sich das Gefühl einer ständigen diffusen Bedrohung. In der Vielzahl der Anschläge verschwammen die

einzelnen politischen Hintergründe. Von höchster Bedeutung war außerdem die Natur des neuen internationalen Terrorismus. Gruppen wie das Netzwerk von Fouad Saleh, das Paris mit einer Serie blutiger Anschläge an belebten Orten und Touristenzentren überzog, konnten mit keinerlei Verständnis rechnen. Ihre Aktionen wurden als Angriffe von außen wahrgenommen, die sich gegen die französische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit richteten.

So wie sich der Terrorismus der 1980er Jahre traditionellen Interpretationsmustern entzog, so verschwanden oder veränderten sich auch die politischen Milieus, die in den 1960er und 1970er Jahren einem übergreifenden gesellschaftlichen Konsens entgegengewirkt hatten. Grundsätzliche Kritik an der staatlichen Anti-Terrorismus-Politik, die hinterfragte, ob die pejorative Bezeichnung „Terrorist“ überhaupt angewandt werden sollte, und diskutierte, unter welchen Umständen der bewaffnete Kampf gegen den Staat legitim sei, spielte in den 1980er Jahren keine Rolle mehr.

Die politische Linke befand sich während der 1980er Jahre in einem starken Entideologisierungsprozess. Der Niedergang des politischen Marxismus entzog der Sympathie für revolutionäre Gewalt den Boden. Die Pariser Intellektuellen, die während des Algerienkrieges und nach dem Mai 1968 eine wichtige Vermittlerposition eingenommen hatten, verloren jeden Einfluss. Während auch die Kommunistische Partei in der Bedeutungslosigkeit verschwand, wandelten sich die Sozialisten zu einer pragmatischen Regierungspartei, die sich von den Träumen der 1970er Jahre endgültig verabschiedete. François Mitterrands Wende hin zu einer Politik der Repression im Jahr 1982 folgte die sukzessive Abkehr von fast allen politischen Kernpositionen der Sozialistischen Partei. Die Ankunft in der Realität der Regierungsverantwortung verlief nicht ohne innerparteiliche Auseinandersetzungen, wurde aber letztlich konsequent verfolgt.

Der traditionelle weltanschauliche Gegensatz zwischen dem rechten und dem linken Lager, der die politische Kultur des Landes mindestens seit 1958 geprägt hatte, wich einem parteiübergreifenden demokratischen Konsens. Als herausragendes Symbol für diese Entwicklung steht die Kohabitation eines sozialistischen Präsidenten mit einer konservativen Regierungsmehrheit in den Jahren 1986 bis 1988. Sie erleichterte das Zusammengehen der Parteien auf dem Höhepunkt der Bedrohung im Herbst 1986. Die Nation stand nunmehr geeint im Kampf gegen den Terrorismus.

Die neue Einigkeit über die Natur des Terrorismus ermöglichte auch einen Konsens über den staatlichen Umgang mit politischer Gewalt. Hatten sich noch zu Beginn des Jahrzehnts zwei gegensätzliche Positionen gegenübergestanden, so zeigte das Anti-Terrorismus-Gesetz von 1986, dass sich ein Modell der Terrorismusbekämpfung durchsetzte, das auf breite überparteiliche Zustimmung stieß. Das Gesetz stellte einen Kompromiss zwischen den lange unversöhnlich erscheinenden Konzepten des rechten und des linken Lagers dar. Die Konservativen verzichteten auf die Umsetzung der Maximalforderungen aus dem Wahlkampf und behielten wesentliche Elemente der sozialistischen Justizreformen bei. Die Sozialisten kritisierten ihrerseits Details der Gesetzgebung, stimmten dieser aber

grundsätzlich zu. Der von Robert Badinter geleitete Verfassungsrat erhob keine Einwände und auch als 1988 die Sozialisten wieder in die Regierungsverantwortung gelangten, wurden die Bestimmungen des Anti-Terrorismus-Gesetzes beibehalten.

### Terrorismus, Ausländerfeindlichkeit und Islam

Der Terrorismus verstärkte und beschleunigte eine neue gesellschaftliche Fraktur, die in den 1980er Jahren in Frankreich offen zutage trat. Die Anschläge von Gruppen aus dem Nahen Osten veränderten den Blick auf die arabisch-muslimische Minderheit im Land.

Kurz nach der Wahl François Mitterrands zum Präsidenten der Republik im Mai 1981 erregte erstmals ein Phänomen die mediale Öffentlichkeit, das in den folgenden Jahrzehnten zum auffälligsten Merkmal der neuen französischen Konfliktgesellschaft werden sollte. In den Vorstädten von Lyon und Marseille kam es zu Unruhen, Jugendliche verbrannten Autos und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Damit rückte die Banlieue, die von Migranten aus Nord- und Schwarzafrika bewohnten Vorstädte der großen urbanen Zentren, in den Fokus der Aufmerksamkeit. Die während des Wirtschaftsbooms errichteten Wohnturmsiedlungen hatten sich im Verlauf der 1970er Jahre zu sozialen Brennpunkten entwickelt. In den 1980er Jahren wurden sie zum Sinnbild für eine gescheiterte Integrationspolitik, für Kriminalität und Gewalt. Das stärker werdende Unsicherheitsgefühl vieler Franzosen fokussierte sich auf die Bewohner der Vorstädte.

Trotz großangelegter Initiativen wie dem 1983 erstmals durchgeführten „Marsch für Gleichheit und gegen Rassismus“ entwickelte sich in der Folge ein politisches Klima, in dem Einwanderung und Einwanderer zunehmend als Bedrohung für die Sicherheit wahrgenommen wurden.<sup>2</sup> Wie aus dem Nichts erreichte bei den Kommunalwahlen des Jahres 1983 der bis dahin bedeutungslose rechtsextreme *Front National* (FN) aufsehenerregende Wahlerfolge. Der FN entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit zu einem wichtigen Faktor in der politischen Arena und zog 1986 als Fraktion in die Nationalversammlung ein. Die Partei vertrat einen aggressiven ausländerfeindlichen Kurs, der Immigranten nicht nur für die Arbeitslosigkeit, sondern auch für Kriminalität und Unsicherheit verantwortlich machte.

Der Terrorismus verstärkte Vorbehalte gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Der FN setzte Araber und Muslime offen mit Terroristen gleich. Jean-Marie Le Pen sprach von einem kurz bevorstehenden Bürgerkrieg, wenn nicht massiv gegen die Immigration vorgegangen werde. Der xenophobe Sicherheitsdiskurs wirkte im Laufe des Jahrzehnts immer weiter in die Mitte der Gesellschaft hinein. Auch die Konservativen präsentierten eine restriktivere Einwanderungspolitik als Teil ihres Sicherheitskonzeptes. Das Wahlprogramm von UDF

<sup>2</sup> Zu den „Marches pour l'égalité“ vgl. u. a. Michelle Zancarini-Fournel/Christian Delacroix, *La France du temps présent, 1945–2005*, Paris 2010, S. 490–493.

und RPR präsentierte ein härteres Vorgehen gegen kriminelle Ausländer als eine von drei Prioritäten der Sicherheitspolitik (zusammen mit dem Kampf gegen den Terrorismus und gegen Drogen).

Nach dem Sieg bei den Parlamentswahlen des Jahres 1986 setzten die Konservativen ihr Konzept der Politik der Härte auch gegenüber Ausländern und Einwanderern um. Immigration und Integration wechselten aus dem Wirtschafts- und Sozialressort in den Bereich der inneren Sicherheit. Ein neues Einwanderungsgesetz wurde erst nachträglich aus dem Sicherheitspaket ausgegliedert, zu dem auch das Anti-Terrorismus-Gesetz gehörte. Das Einwanderungsgesetz führte unter anderem ein Schnellverfahren für die Ausweisung von Ausländern ein, die eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung darstellten. Ein zweites Gesetzesprojekt sah eine Abkehr vom *jus soli* vor: In Frankreich geborene Kinder von Einwanderern sollten mit dem 18. Lebensjahr nicht mehr automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten. Die Reform wurde nach Studentendemonstrationen im Winter 1986 zurückgezogen.

Am deutlichsten wurde der Einfluss des Terrorismus auf den Umgang mit Immigranten während der Anschlagserie in Paris im Herbst 1986. Die Sondermaßnahmen der Regierung betrafen in erster Linie die Einwanderungspolitik. Premierminister Chirac setzte die Wiedereinführung der Visumpflicht durch, die sich vor allem gegen die unkontrollierte Einreise von Staatsbürgern der ehemaligen französischen Kolonien in Nordafrika richtete. Außerdem wurde eine Reihe von Personen mittels Schnellverfahren ausgewiesen, ohne dass ihnen eine Verbindung zu den Anschlägen nachgewiesen werden konnte. Menschenrechtsorganisationen und Betroffene berichteten, dass bei der Jagd auf Terroristen nach rassistischen Mustern vorgegangen werde. Menschen mit arabischen Gesichtszügen wurden, so der Vorwurf, systematisch und ohne äußeren Anlass als potenzielle Terroristen überprüft – eine Praxis, die als Vorverurteilung aufgrund der Hautfarbe beschrieben wurde.

Als im Februar 1987 das Terror-Netzwerk von Fouad Saleh aufgedeckt wurde, das für die Bombenserien des Jahres 1986 verantwortlich war, wurde erstmals deutlich, dass der fundamentalistische Islam auch in Europa eine terroristische Bedrohung darstellte. Zwar hatten gewalttätige Islamisten bereits seit der iranischen Revolution 1979 die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen und unter anderem die Geiselnahmen im Libanon das Bild von einem sich radikalisierenden Islam geprägt. Aber mit den Anschlägen in Paris richtete sich der Blick nun in besonderer Weise auf die in Frankreich lebenden Muslime.

Der islamistische Terrorismus verstärkte das Misstrauen gegenüber der arabisch-muslimischen Minderheit. Kurze Zeit nach den Anschlägen in Paris erlebte Frankreich die ersten großen Debatten über die Rolle des Islam in der Gesellschaft. Im Mittelpunkt stand die Diskussion um das Kopftuchverbot an den Schulen der Republik. In der Folge rückte die Religion der Einwanderer immer stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die zunehmend negative Konnotation des Islam, der in Teilen der Bevölkerung als grundsätzlich nicht kompatibel mit den Werten der Republik angesehen wurde, verschärfte die Spannungen

zwischen Mehrheitsbevölkerung und Immigranten. Auch wenn sich der Anteil des Terrorismus in diesem Prozess nur schwer quantifizieren lässt, so steht doch außer Frage, dass die Anschläge islamistischer Terroristen den Blick der Franzosen auf ihre muslimischen Mitbürger nachhaltig beeinflussten.

### Das französische Modell der Terrorismusbekämpfung

In der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus der 1980er Jahre entwickelte Frankreich ein eigenes Modell der Terrorismusbekämpfung. Es kann als Summe einer Reihe juristischer, politischer und operativer Instrumente beschrieben werden, die im Verlauf des Jahrzehnts eingeführt und geschärft wurden. Das französische Modell war geprägt durch ein flexibles, effektives und pragmatisches Vorgehen gegen den Terrorismus. Es stützte sich sowohl auf Prinzipien und Instrumente, die den historischen französischen Terrorismuserfahrungen entstammten, als auch auf neuere, oftmals der Anti-Terrorismus-Politik der Nachbarländer entlehnte Elemente. Es folgte dem Ansatz einer kompromisslosen Strafverfolgung und setzte zugleich einen klaren rechtlichen Rahmen für den Kampf gegen den Terrorismus.

Das Anti-Terrorismus-Gesetz vom September 1986 schuf eine juristische Grundlage, die das Vorgehen gegen den Terrorismus im allgemeinen Strafrecht verankerte. Auch mit Blick auf die Erfahrungen aus dem Algerienkrieg und den 1981 aufgelösten Staatssicherheitshof verzichteten Regierung und Parlament auf eine Ausnahmegesetzgebung, die eine partielle Aussetzung der Grund- und Bürgerrechte erlaubt hätte. Das Gesetz definierte Terrorismus zwar als besonders schwere Straftat, deren strafrechtliche Verfolgung eine Reihe prozessualer Sonderregelungen notwendig machte, seine Bekämpfung blieb aber den Grenzen und Kontrollmechanismen des zivilen Strafrechtes unterworfen. Die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes reflektierten das Bemühen um einen Kompromiss zwischen einer effektiven Terrorismusbekämpfung und der gewachsenen Sensibilität für die Herrschaft des Rechts. Dies galt sowohl für die Zentralisierung der Gerichtsbarkeit in Paris als auch für den verlängerten Polizeigewahrsam und die Möglichkeit, Hausdurchsuchungen bereits im Zuge polizeilicher Vorermittlungen durchzuführen.

Von Bedeutung war zudem die relative Flexibilität der Terrorismusgesetzgebung, die eng mit dem Charakter der spezifischen französischen Bedrohungssituation zusammenhing. Was sich angesichts der großen Diversität des Terrorismus im Frankreich der 1980er Jahre als Notwendigkeit ergab, wurde zu einer entscheidenden Voraussetzung für die Langlebigkeit des Modells: Der Gesetzestext war weit genug gefasst, um politische Gewalt zu erfassen, die aus den unterschiedlichsten Motiven begangen wurde. Das Gesetz war nicht auf einen bestimmten Gegner des französischen Staates zugeschnitten und konnte daher auch gegen neue Formen des Terrorismus eingesetzt werden.

Die neue juristische Grundlage wurde ergänzt durch eine deutlich erhöhte Effektivität der repressiven Instrumente im Kampf gegen den Terrorismus. Ähnlich wie bei der Reform der Gerichtsbarkeit setzte sich auch auf der operativen Ebene

eine Zentralisierung durch, die eine verbesserte Koordination sicherstellte. Eine wichtige Rolle kam der 1984 eingerichteten Koordinationsstelle UCLAT (*Unité de Coordination de la Lutte Anti-Terroriste*) zu, die den Informationsaustausch zwischen allen am Kampf gegen den Terrorismus beteiligten Behörden und Geheimdiensten übernahm. Die Zusammenarbeit im Rahmen von UCLAT trug wesentlich dazu bei, Kompetenzstreitigkeiten und Koordinationsmängel abzubauen.

Noch wichtiger war die sukzessive Neuausrichtung der Sicherheitsbehörden auf die neuen Formen des Terrorismus. Innerhalb der Geheimdienste und auch in Polizei und Gendarmerie entstanden Abteilungen, die sich auf einzelne Gruppen, deren ideologische Hintergründe und Umfeldler sowie Entstehungsbedingungen konzentrierten. Bemerkenswert war insbesondere die Reform des Spionageabwehrdienstes DST, wo die Neuausrichtung auf den internationalen Terrorismus bereits früh zu umfassenden Umstrukturierungen führte. Eine ähnliche Entwicklung nahm der Inlandsgeheimdienst *Renseignements Généraux* (RG). Die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten ermöglichte unter anderem die rasche Infiltrierung des entstehenden islamistischen Milieus. Von besonderer Bedeutung war zudem die Verstärkung der Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten. Insbesondere aus den Maghrebstaaten, Syrien und dem Libanon, aber auch von Diensten der europäischen Partnerländer erhielten die Geheimdienste nun Informationen, die maßgeblich zur Aufdeckung terroristischer Unternehmungen beitrugen. So war etwa die Zerschlagung des Netzwerkes von Fouad Saïeh im Februar 1987 eine direkte Folge der verbesserten Geheimdienstarbeit.

Der sichtbarste Aspekt der neuen Anti-Terrorismus-Politik war die massive Präsenz der Sicherheitskräfte in den französischen Großstädten und insbesondere in Paris. Während der Bombenserien vom Herbst 1986 bildete sich ein Verhaltensmuster heraus, das seitdem fester Bestandteil des französischen Krisenmanagements ist. Dazu gehörte der Einsatz von Militärs zur Unterstützung der zivilen Sicherheitskräfte, die öffentlichkeitswirksame Sicherung strategisch wichtiger Punkte sowie die aktive Mitarbeit der Bevölkerung, etwa bei der Suche nach Sprengstoff in öffentlichen Verkehrsmitteln. Auch wenn sich Terroranschläge weiterhin nicht mit Sicherheit verhindern ließen, so konnte eine Vielzahl von Anschlägen dank der Mithilfe aufmerksamer Bürger verhindert werden. Die Notfallpläne gaben dem öffentlichen Handeln im Krisenfall Struktur und wirkten sich beruhigend auf die Bevölkerung aus.

Auf einer politisch-strategischen Ebene behielt Frankreich einen ausgesprochen pragmatischen Ansatz bei, dessen Wurzeln im Umgang mit dem palästinensischen Terrorismus der 1970er Jahre zu suchen sind. Trotz der juristischen und diskursiven Vereinheitlichung des Terrorismus wurde in der Praxis zwischen den einzelnen Terrorgruppen und ihren Hintermännern unterschieden. Von einem konsequenten Kurs der Unnachgiebigkeit – wie seit Mitterrands Fernsehinterview vom 17. August 1982 von allen französischen Staats- und Regierungschefs öffentlich vertreten – konnte im Umgang mit dem internationalen Terrorismus keine Rede sein. Der Staat setzte weiterhin auf eine Strategie der Konfliktvermeidung, die auch Verhandlungen und Zugeständnisse einschloss.

Die Strategie der Konfliktvermeidung entsprach in vielerlei Hinsicht einer außenpolitisch-diplomatischen Logik. Grundlegend für diese Haltung war die Erkenntnis, dass international agierende Terroristen über sichere Rückzugsräume verfügten, die außerhalb der Reichweite der Sicherheitsbehörden lagen. Der von Ländern wie Iran und Syrien aus gesteuerte Terrorismus konnte nur über eine diplomatische Lösung der Konflikte mit den dortigen Regimes erfolgen. Eine militärische Intervention überstieg Frankreichs Möglichkeiten – dies wurde spätestens nach den missglückten Vergeltungsschlägen im Jahr 1983 im Libanon deutlich. Die Strategie der Konfliktvermeidung war auch Ausdruck einer außenpolitischen Schwäche der ehemaligen Groß- und Kolonialmacht. Frankreich zog sich, nicht zuletzt aufgrund der Auswirkungen des internationalen Terrorismus auf die innere Sicherheit, zunehmend aus seiner traditionellen Einflussphäre im Nahen Osten zurück.

### Ausblick

Die Anschläge der Jahre 2015 und 2016 in Paris und Nizza haben Terrorismus und Terrorismusbekämpfung erneut ins Zentrum der französischen Politik gerückt – viel stärker noch als dies in den 1980er Jahren, aber auch während der Anschläge des algerischen *Groupe Islamique Armé* (GIA) im Jahr 1995 und nach dem 11. September 2001 der Fall war. Dabei bestätigte sich in vielerlei Hinsicht eine der Eingangsthesen dieser Arbeit: In den Transformationen der 1980er Jahre liegen die Ursprünge von Entwicklungen, die heute prägend für den staatlichen und gesellschaftlichen Umgang mit dem Terrorismus sind. Dies gilt insbesondere für den prominenten Platz von Fragen der inneren Sicherheit im politischen Diskurs, die Debatten um Einwanderung, Integration und die Rolle des Islam, aber auch für die politische Stärke des Rechtspopulismus.

Die in den 1980er Jahren neu geformte Terrorismusgesetzgebung bildet noch heute die Grundlage des französischen Modells der Terrorismusbekämpfung. Sie wurde in den folgenden Jahrzehnten ergänzt und ausgebaut. Eine der wichtigsten Reformen erfolgte bereits 1996 nach den Terroranschlägen des GIA und zielte darauf, Anschläge im Vorhinein zu verhindern. Das Anti-Terrorismus-Gesetz von 1986 wurde so erweitert, dass auch die Beteiligung an einer Gruppierung, die zum Zwecke der Vorbereitung einer terroristischen Straftat gegründet wurde, unter die Terrorismusparagrafen fiel. Die Möglichkeiten der präventiven Terrorismusbekämpfung wurden dadurch erheblich ausgebaut.<sup>3</sup>

Anders als in den Vereinigten Staaten und in vielen anderen Ländern stellen die Anschläge des 11. September 2001 in Frankreich keine Zäsur dar. In den 2000er Jahren blieb das Land von größeren terroristischen Angriffen verschont. Frankreich schien, auch aufgrund seiner frühen Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus, besser vorbereitet als viele seiner westlichen Verbünde-

<sup>3</sup> Zu den Anschlägen des Jahres 1995 und der staatlichen und gesellschaftlichen Reaktion vgl. insbesondere Michel Wieviorka, *Face au terrorisme*, Paris 1995.

ten. Andererseits zeigte der Ausbruch gewalttätiger Unruhen in den Vorstädten der großen Städte und besonders in der Pariser Banlieue im Jahr 2005, dass sich die grundlegenden Probleme bei der Integration der benachteiligten Einwanderer und ihrer Kinder weiter verschärften.

Seit den Anschlägen von Mohammed Merah im März 2012 in Toulouse und Montauban sieht sich Frankreich einer neuen Terrorwelle ausgesetzt, die im engen Zusammenhang mit dem internationalen islamistischen Terrorismus und, seit 2015, insbesondere dem sogenannten Islamischen Staat (IS) steht. Ein wichtiges Merkmal ist auch, dass viele der Anschläge und Anschlagversuche von in Frankreich aufgewachsenen, radikalisierten Muslimen ausgeübt werden. Die Anschläge auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* und auf einen jüdischen Supermarkt im Januar 2015, und noch mehr die koordinierten Angriffe in Paris am 13. November 2015 mit 130 Todesopfern haben Frankreich so stark erschüttert, dass ihre volle Wirkung auf Staat und Gesellschaft heute noch schwer abzuschätzen ist.

Die direkte Antwort der Franzosen erinnerte durchaus an frühere Anschlagserien. Die Nation zeigte sich in großen Trauermärschen geeint im Schmerz über die Opfer. Die Regierung reagierte mit drastischen Sicherheitsmaßnahmen und wenige Tage nach den Anschlägen von Paris konnte einer der Anführer der Terroristen zusammen mit weiteren Komplizen gestellt und getötet werden. Präsident Hollande sprach immer wieder vom Krieg gegen den Terrorismus, den sein Land nun zu führen habe. In der Tat intensivierte Frankreich nun auch sein militärisches Engagement im Rahmen der Internationalen Allianz gegen den IS.

Am 14. November 2015 trat die Notstandsverordnung (*état d'urgence*) nach dem Gesetz von 1955 in Kraft. Diese erlaubt unter anderem Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss (auch für die Sicherstellung digitaler Informationen) und die Erteilung von Ausgangssperren und Hausarrest für Personen, die als Gefahr für die öffentliche Ordnung gelten. Der Notstand wurde mehrfach verlängert, unter anderem als im Juli 2016 ein Attentäter in Nizza mit einem LKW in eine Menschenmenge raste. Die Grenzen der neuen Sicherheitspolitik wurden deutlich, als Präsident Hollande im Frühjahr 2016 sein Projekt für eine Verfassungsänderung zurückziehen musste, weil Abgeordnete seiner eigenen Partei ihre Zustimmung verweigerten. Das Reformvorhaben hatte unter anderem vorgesehen, Terroristen die französische Staatsbürgerschaft zu entziehen.

Die Debatten im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2017 zeigten dennoch, wie stark die Anschläge der Jahre 2015 und 2016 auf das Selbstverständnis Frankreichs im Umgang mit dem Terrorismus gewirkt hatten: Zu den viel diskutierten Vorschlägen der Kandidaten gehörte etwa die präventive Internierung potenzieller Terroristen, wenn ihre Namen in einer Gefährder-Liste der Geheimdienste auftauchten – eine Maßnahme, die zuletzt während des Algerienkrieges angewendet worden war. Die Herkunft vieler islamistischer Attentäter aus Frankreich selbst lenkte die Aufmerksamkeit in noch stärkerem Maße als zuvor auf arabisch-muslimische Franzosen und Einwanderer. Im Zentrum der akademischen Debatten stand die Frage nach den Ursachen für die Radikalisierung eines Teils der muslimischen Jugend des Landes. Zu den prominenten Vertretern dieser

kontrovers und öffentlichkeitswirksam ausgetragenen Diskussion gehörten Gilles Kepel, Olivier Roy und François Burgat.<sup>4</sup>

Ein neuer Schwerpunkt der Anti-Terrorismus-Politik lag zudem auf den Gefängnissen, die sich als Orte der Radikalisierung erwiesen hatten. Größere Bedeutung kam auch der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union zu. Ziel war es hier, den Informationsaustausch mit den Sicherheitsbehörden der europäischen Partner zu stärken und eine effektivere Kontrolle der gemeinsamen EU-Außengrenzen zu erreichen, auch um dem Phänomen der sogenannten „foreign fighter“ – Rückkehrer aus dem Krieg des IS in Syrien – besser begegnen zu können.

<sup>4</sup> Vgl. u. a. Gilles Kepel, *Terreur dans l'Hexagone. Génèse du djihad français*, Paris 2015; Olivier Roy, *Le djihad et la mort*, Paris 2016; François Burgat, *Comprendre l'islam politique: une trajectoire de recherche sur l'altérité islamiste, 1973–2016*, Paris 2016.

# Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
AD	Action Directe
AFP	Agence France Presse
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARB	Armée Révolutionnaire Bretonne
ASALA	Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia
BDIC	Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine
BI	Brigades Internationales
BKA	Bundeskriminalamt
CCC	Cellules Communistes Combattantes
CDEM	Centre de Documentation de l'École Militaire
CEA	Commissariat à l'Énergie Atomique
CFDT	Confédération Française Démocratique du Travail
CGT	Confédération Générale du Travail
COLP	Comunisti Organizzati per la Liberazione Proletaria
CRS	Compagnies Républicaines de Sécurité
CSPPA	Comité de Solidarité pour les Prisonniers Politiques Arabes et du Proche-Orient
DB	Deutsche Botschaft
DGPN	Direction Générale de la Police Nationale
DGSE	Direction Générale de la Sécurité Extérieure
DST	Direction de la Surveillance du Territoire
EG	Europäische Gemeinschaft
ENA	École Nationale d'Administration
ETA	Euskadi Ta Askatasuna
EU	Europäische Union
FARL	Fractions Armées Révolutionnaires Libanaises
FJJ-CAS	Fondation Jean Jaurès – Centre d'Archives Socialistes
FLB/F.L.B.	Front de Libération de la Bretagne
FLN	Front de Libération Nationale
FLNC	Front de Libération Nationale Corse
FN	Front National
FNSP	Fondation Nationale des Sciences Politiques
FPA	Force de Police Auxiliaire

FRANCIA	Front d'Action Nouvelle Contre l'Indépendance et l'Autonomisme
GAL	Grupos Antiterroristas de Liberación
GARI	Groupes d'Action Révolutionnaire Internationaliste
GBGPGS	Group Bakunin-Gdansk-Paris-Guatemala-El Salvador
GIA	Groupe Islamique Armé
GIGN	Groupe d'Intervention de la Gendarmerie Nationale
GP	Gauche Prolétarienne
IEP	Institut d'Études Politiques
IFM	Institut François Mitterrand
IHTP	Institut d'Histoire du temps présent
INA	Institut National de l'Audiovisuel
INHESJ	Institut National des Hautes Études de la Sécurité et de la Justice
i. O.	im Original
IRA	Irish Republican Army
IS	Islamischer Staat
JCR	Jeunesse Communiste Révolutionnaire
JORF	Journal Officiel de la République Française
LKW	Lastkraftwagen
LR	Les Républicains
M.	Monsieur
MCA	Muvimento Corsu pà l'Autodeterminazione (Korsische Bewegung für die Selbstbestimmung)
MM.	Messieurs
MRAP	Mouvement contre le Racisme et pour l'Amitié entre les Peuples
NAPAP	Noyaux Armés pour l'Autonomie Populaire
NS	Nationalsozialismus
OAS	Organisation de l'Armée Secrète
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PC	Parti Communiste
PCF/P. C. F.	Parti Communiste Français
PDG	President Director General
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine

PLO	Palestine Liberation Organization
PS	Parti Socialiste
PSI	Partito Socialista Italiano
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PSU	Parti Socialiste Unifié
RA	Rechtsanwalt
RAF	Rote Armee Fraktion
RAID	Recherche, Assistance, Intervention, Dissuasion
RER	Réseau Express Régional
RFA/R. F. A.	République Fédérale d'Allemagne
RG	Renseignements Généraux
RPR	Rassemblement pour la République
SAC	Service d'Action Civique
SDAT	Sous-Direction Anti-Terroriste
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
SOFRES	Société Française d'Études et de Sondages
SS	Schutzstaffel
T. V.	Télévision
UCLAT	Unité de Coordination de la Lutte Anti-Terroriste
UDF	Union pour la Démocratie Française
UMP	Union pour un Mouvement Populaire
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNO	United Nations Organisation
US	United States
USA	United States of America
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht



# Quellen- und Literaturverzeichnis

## A. Ungedruckte Quellen

### 1. Archives Nationales – Archives Présidentielles, Paris

François Mitterrand, Conseil des Ministres

- Communiqués de Presse 1981–1988 (15 AG CM 175–178)

### 2. Fondation Jean Jaurès – Centre d'Archives Socialistes (FJJ-CAS), Paris

Relations PS/Allemagne

- 405: RI 61, RI 62, RI 64, RI 65, RI 66, RI 67, RI 68

Relations PS/Italie

- 435: RI 6, RI 7, RI 10, RI 11, RI 12

Dossier Libertés/Violences

- 2172: 2.1.1. (libertés), 2.1.2. (violences)

### 3. Institut François Mitterrand (IFM), Paris

Discours François Mitterrand (1981–1988)

### 4. Les Républicains – Centre de documentation (LR), Paris

Assises Nationales du RPR, 17/18 novembre 1984, Motion de synthèse „Garantir la sécurité“  
Propositions sur la coopération judiciaire européenne contre le terrorisme présentées par la commission „Justice“ du R. P. R. (1985)

### 5. Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine (BDIC) – Archives, Paris

Institut international de Police, 6<sup>ème</sup> Session d'Enseignement Supérieur (4–14 mai 1982):

„Terrorisme, coopération internationale et droits de l'homme“, unv. Tagungsbericht 1982

### 6. Bibliothèque de Sciences Po Paris – Dossiers de presse, Paris

France 107/13: „Corse 1955–1985“

France 141/9: „Autonomes, Action Directe“

France 153/62,1: „Le terrorisme et les attentats en France 1962–1985“

France 153/62, 2: „Le terrorisme et les attentats islamistes en France 1985–2005“

### 7. La Documentation Française – Archives, Paris

La criminalité en France d'après les statistiques de la polices judiciaire, hrsg. von Direction Générale de la Police Nationale, Paris 1973.

- La criminalité en France en 1979 d'après les statistiques de la police judiciaire, hrsg. von Direction Générale de la Police Nationale, Paris 1980.
- Criminalité et délinquance. Évolution d'ensemble 1975–1985, hrsg. von Ministère de l'Intérieur/ Documentation française, Paris 1985.
- Aspects de la criminalité et de la délinquance constatées en France en 1987 par les services de police et de gendarmerie d'après les statistiques de la police judiciaire, hrsg. von Direction Générale de la Police Nationale, Paris 1988.

## 8. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA), Berlin

B24 (Frankreich 1972–1979, Zwischenarchiv):

- 109188: Deutschlandbild im frz. Fernsehen
- 109198: Dt.-frz. Arbeitsgruppe für allg. Fragen der inneren Sicherheit (1974)
- 113557: Fall Abu Daoud, Auslieferung und Verfahren Croissant
- 113562: Dt.-frz. Beziehungen
- 113573: Fall Croissant

## 9. Archives du Sénat, Paris

- Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation, du suffrage universel, du règlement et d'administration générale sur le projet de loi, adopté par l'Assemblée nationale, portant abolition de la peine de mort, par M. Paul Giroud, annexe au procès-verbal de la séance du 28 septembre 1981.
- Rapport fait au nom de la Commission de contrôle des services de l'État chargés du maintien de la sécurité publique, créée en vertu de la résolution adoptée par le Sénat le 6 mai 1982, par René Tomasini, Sénateur, annexe au procès-verbal de la séance du 8 novembre 1982, S. 5.
- Rapport fait au nom de la Commission de contrôle des conditions de fonctionnement, d'intervention et de coordination des services de police et de sécurité engagés dans la lutte contre le terrorisme, créée en vertu de la résolution adoptée par le Sénat le 18 novembre 1983, par Paul Masson, Sénateur, annexe au procès-verbal de la séance du 17 mai 1984.

## 10. Archives de l'Assemblée Nationale, Paris

- Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi de finances pour 1969, annexe n° 394 à la 1<sup>re</sup> session ordinaire de 1968–1969.
- Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi de finances pour 1970, annexe n° 840 à la 1<sup>re</sup> session ordinaire de 1969–1970.
- Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi de finances pour 1975 (n° 1180), intérieur, annexe au procès-verbal de la séance du 11 octobre 1974.
- Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République (I) sur le projet de loi de finances pour 1980 (n° 1290), tome II: Intérieur, par M. Michel Aurillac, annexe au procès-verbal de la séance du 2 octobre 1979.
- Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République (I) sur le projet de loi de finances pour 1981 (n° 1933), tome II: Intérieur, par Emmanuel Aubert, annexe au procès-verbal de la séance du 9 octobre 1980.
- Avis présenté au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi des finances pour 1987, tome IV: Intérieur, sécurité, par Yvan Blot, annexe au procès-verbal de la séance du 9 octobre 1986.

- Avis présenté au nom de la Commission de lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi de finances pour 1988, tome IV: Intérieur – Sécurité, par Yvan Blot, annexe au procès-verbal de la séance du 8 octobre 1987. Débats, Compte rendu intégral des séances. 1963, 1968–1980, 1981–1988 (verfügbar unter: archives.assemblée-nationale.fr).
- Projet de loi n° 688 portant statut particulier de la Corse, présenté au nom de M. Pierre Mauroy (Premier ministre) par M. Gaston Defferre (Ministre d'Etat, ministre de l'Intérieur et de la Décentralisation). Annexe au procès-verbal de la séance du 12 janvier 1982.
- Projet de loi relatif aux conditions d'entrée et de séjour des étrangers en France, dépôt le 12 juin 1986, Commission des lois constitutionnelles, de législation, du suffrage universel, du règlement et d'Administration générale, Bulletin des Commissions 1986, n° 200 (rectifié) S. 1190.
- Projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, annexe au procès-verbal de la séance du 28 mai 1986.
- Proposition de loi n° 2161 portant suppression de la Cour de sûreté de l'État, présentée à l'Assemblée nationale le 7 avril 1976 par M. Mitterrand et plusieurs de ses collègues (renvoyée à la commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République).
- Proposition de loi n° 2291 portant statut particulier de la Corse, présentée à l'Assemblée nationale le 15 juin 1977 par M. Defferre et plusieurs de ses collègues (renvoyée à la commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République).
- Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi (n° 1833) relatif aux prises d'otages et aux enlèvements de mineurs, par M. Krieg, annexe au procès-verbal de la séance du 21 juin 1971.
- Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles, de la législation et de l'administration générale de la République (I) sur le projet de loi (n° 688) portant statut particulier de la Corse, par Gilbert Bonnemaïson.
- Rapport fait au nom de la Commission des lois constitutionnelles de la législation et de l'administration générale de la République sur le projet de loi relatif à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, annexe au procès-verbal de la séance du 18 juin 1986, S. 3.
- Rapport fait au nom de la Commission des finances, de l'économie générale et du plan sur le projet de loi de finances pour 1987, annexe n° 30: intérieur, sécurité, Rapporteur spécial: Jacques Féron, annexe au procès-verbal de la séance du 9 octobre 1986.
- Rapport fait au nom de la Commission des affaires étrangères sur les projets de loi: 1. (n° 631) autorisant la ratification de la Convention européenne pour la répression du terrorisme, 2. (n° 632) autorisant la ratification d'un Accord entre les États membres des Communautés européennes concernant l'application de la Convention européenne pour la répression du terrorisme, par Jean Foyer, annexe au procès-verbal de la séance du 21 mai 1987.

## **B. Gesetze, Dekrete, Beschlüsse des Verfassungsrates, veröffentlicht im Journal Officiel de la République Française (JORF)**

- Décret n° 81–917 du 9 octobre 1981 portant publication d'acceptation du droit de recours individuel en application de l'article 25 de la Convention européenne des droits de l'homme en date du 4 novembre 1950, in: JORF vom 14. 10. 1981, S. 2783.
- Décret n° 82–670 du 3 août 1982 portant dissolution de l'association dénommée Service d'action civique, in: JORF vom 4. 8. 1982, S. 2492.
- Conseil Constitutionnel, Décision n° 71–44 DC du 16 juillet 1971, in: JORF vom 18. 7. 1971, S. 7114.

- Loi du 10 mars 1927 relative à l'extradition des étrangers, in: JORF vom 11. 3. 1927.
- Loi n° 55–385 du 3 avril 1955 relative à l'état d'urgence, in: JORF vom 7. 4. 1955, S. 3479.
- Loi n° 56–258 du 16 mars 1956 relative aux pouvoirs spéciaux en Algérie, in: JORF vom 17. 3. 1956, S. 2591.
- Loi n° 63–22 modifiant et complétant le Code de procédure pénale en vue de la répression des crimes et délits contre la sûreté de l'État, in: JORF vom 16. 1. 1963.
- Loi n° 69–700 du 30 juin 1969 portant amnistie, in: JORF vom 1. 7. 1969, S. 6675–6677.
- Loi n° 70–480 du 8 juin 1970 tendant à réprimer certaines formes nouvelles de délinquance, in: JORF vom 9. 7. 1970, S. 5324.
- Loi n° 70–634 du 15 juillet 1970 insérant dans le code pénal un art. 462 réprimant le détournement d'aéronefs, in: JORF vom 17. 7. 1970, S. 6657.
- Loi n° 71–553 relative aux prises d'otages et aux enlèvements de mineurs, in: JORF vom 11. 7. 1971, S. 214 f.
- Loi n° 74–643 du 16 juillet 1974 portant amnistie, in: JORF vom 17. 7. 1974, S. 7443–7445.
- Loi n° 81–82 renforçant la sécurité et protégeant la liberté des personnes, in: JORF vom 3. 2. 1981, S. 415–425.
- Loi n° 81–736 du 4 août 1981 portant amnistie, in: JORF vom 5. 8. 1981, S. 2138–2142.
- Loi n° 81–737 du 4 août 1981 portant suppression de la Cour de sûreté de l'État, in: JORF vom 5. 8. 1981, S. 2142.
- Loi n° 81–908 portant abolition de la peine de mort, in: JORF vom 10. 10. 1981, S. 2759.
- Loi n° 81–1134 modifiant l'article 108 du code pénal et abrogeant les articles 184, alinéa 3 et 314 du même code, in: JORF vom 24. 12. 1981.
- Loi n° 82–213 du 2 mars 1982 relative aux droits et libertés des communes, départements et des régions, in: JORF vom 3. 3. 1982, S. 730–747.
- Loi n° 82–214 portant statut particulier de la région de Corse: organisation administrative, in: JORF vom 3. 3. 1982, S. 748–752.
- Loi n° 82–621 du 21 juillet 1982 relative à l'instruction et au jugement des infractions en matière militaire et de sûreté de l'État et modifiant les codes de procédure pénale et de justice militaire, in: JORF vom 22. 7. 1982, S. 2318.
- Loi n° 82–659 du 30 juillet 1982 portant statut particulier de la région de Corse: compétences, in: JORF vom 31. 7. 1982, S. 2459–2463.
- Loi n° 83–466 portant abrogation ou révision de certaines dispositions de la loi n° 81–82 du 2 février 1981 et complétant certaines dispositions du code pénal et du code de procédure pénale, in: JORF vom 11. 6. 1983, S. 1755.
- Loi n° 86–1004 du 3 septembre 1986 relative aux contrôles et vérifications d'identité, in: JORF vom 4. 9. 1986, S. 10714.
- Loi n° 86–1019 du 9 septembre 1986 relative à la lutte contre la criminalité et la délinquance, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10954–10956.
- Loi n° 86–1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'État, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10956–10958.
- Loi n° 86–1021 du 9 septembre 1986 relative à l'application des peines, in: JORF vom 10. 9. 1986, S. 10958–10959.
- Loi n° 86–1025 relative aux conditions d'entrée et de séjour des étrangers en France, in: JORF vom 12. 9. 1986, S. 11035–11037.
- Loi n° 92–686 du 22 juillet 1992 portant réforme des dispositions du code pénal relatives à la répression des crimes et délits contre la nation, l'Etat et la paix publique, in: JORF vom 23. 7. 1992, S. 9893–9907.

## C. Periodika

La Croix  
 The Economist  
 Esprit  
 L'Express  
 Le Figaro  
 France-Soir  
 L'Humanité  
 La Lettre de la Nation  
 Libération  
 Le Matin  
 Le Monde  
 Le Monde diplomatique  
 Le Nouvel Observateur  
 Le Point  
 Quotidien de Paris  
 Le Soir  
 Der Spiegel  
 Témoignage Chrétien  
 L'Unité  
 Die Zeit

## D. Memoiren

Attali, Jacques, *Verbatim*, Bde. I-III, Chronique des années 1981–1991, Paris 1993–1995.  
 Badinter, Robert, *Les épines et les roses*, Paris 2011.  
 Barril, Paul, *Les archives secrètes de Mitterrand*, Paris 2001.  
 Barril, Paul, *Missions très spéciales*, Paris, 1984.  
 Bonnet, Yves, *Contre-espionnage. Mémoires d'un patron de la DST*, Paris 2000.  
 Broussard, Robert, *Mémoires*, Paris <sup>2</sup>2005.  
 Bruguière, Jean-Louis, *Ce que je n'ai pas pu dire. 30 ans de lutte contre le terrorisme. Entretiens avec Jean-Marie Pontaut*, Paris 2009.  
 Burdan, Daniel, *DST. Neuf ans à la division antiterroriste*, Paris 1990.  
 Chirac, Jacques, *Mémoires. Chaque pas doit être un but*, Paris 2009.  
 Dumas, Roland, *Affaires étrangères*, Bd. I: 1981–1988, Paris 2007.  
 Harstrich, Jacques, *20 ans de police politique*, Paris 1991.  
 Kauffmann, Jean-Paul, *La maison du retour*, Paris 2007.  
 Kopp, Magdalena, *Die Terrorjahre. Mein Leben an der Seite von Carlos*, München 2007.  
 Marcellin, Raymond, *L'importune vérité. Dix ans après mai 68, un ministre de l'intérieur parle*, Paris 1978.  
 Marsaud, Alain, *Avant de tout oublier*, Paris 2002.  
 Ménage, Gilles, *L'œil du pouvoir*, Bde. I-III, Paris 2000–2001.  
 Pasqua, Charles, *Ce que je sais...*, Bd. I: Les atrides 1974–1988, Paris 2007.  
 Plenel, Edwy, *Secrets de jeunesse*, Paris 2001.  
 Poggioli, Pierre, *Derrière les cagoules. Le FLNC de 1981 à 1990*, Ajaccio 2004.  
 Poggioli, Pierre, *FLNC, années 70*, Ajaccio 2006.  
 Savoie, Serge, RG. *La traque d'Action Directe*, Paris 2011.  
 Seurat, Marie, *Les corbeaux d'Alep*, Paris 1989.  
 Vergès, Jacques, *De mon propre aveu*, Paris 2013.

## E. Gedruckte Quellen und Literatur

- Abellán, Joaquín, Der Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft in den 1980er Jahren, in: Themenportal Europäische Geschichte [<http://www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-3157>], zuletzt abgerufen am 4. 6. 2016]
- Aden, Hartmut, Der Etat de droit der V. französischen Republik und seine Begrenzung durch große exekutive Handlungsspielräume, in: Frankreich-Jahrbuch 2001, S. 65–79.
- Agamben, Giorgio/Luca, Erri de/Derrida, Jacques (Hrsg.), Vingt ans après. Réfugiés italiens. Vies en suspense, Paris 2003.
- Ageron, Charles-Robert, Une dimension de la guerre d'Algérie: les „regroupements“ de populations, in: Jauffret/Vaïsse, Militaires et guérilla, S. 327–362.
- Agrikoliansky, Éric, Réédition ou réinvention? Le modèle du combat dreyfusard dans la guerre d'Algérie, in: Manceron, Être dreyfusard, S. 459–466.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1977, 2 Bde., bearb. von Amit das Gupta, Tim Geiger, Matthias Peter, Fabian Hilfrich und Mechthild Lindemann, München 2008.
- Albert, Pierre, Histoire de la presse, Paris <sup>11</sup>2010.
- Alidières, Bernard, Géopolitique de l'insécurité et du Front national, Paris 2006.
- Alleg, Henri, La question, Paris 1958.
- Amiri, Linda, La bataille de France. La guerre d'Algérie en métropole, Paris 2004.
- Amiri, Linda, La répression policière en France vue par les archives, in: Harbi/Stora, La guerre d'Algérie, S. 403–416.
- Angoustures, Aline, La transition espagnole dans l'opinion française, in: Dulphy/Léonard, De la dictature à la démocratie, S. 279–290.
- Aron, Raymond, La révolution introuvable. Réflexions sur les événements de mai, Paris 1968.
- Arrighi, Jean-Marie/Jehasse, Olivier, Histoire de la Corse et des corses, Paris 2008.
- Artières, Philippe, Portrait: L'inconnue du 25 avril 1974 dans la révolution des CEillets, in: Artières/Zancarini-Fournel, Une histoire collective, S. 704–706.
- Artières, Philippe/Zancarini-Fournel, Michelle (Hrsg.), 68. Une histoire collective 1962–1981, Paris 2008.
- Aubouin, Michel/Teysier, Arnaud/Tulard, Jean, Histoire et dictionnaire de la police du Moyen-Âge à nos jours, Paris 2005.
- Aucoin, James, The Evolution of American Investigative Journalism, Columbia, Mo. 2006.
- Audigier, François, Histoire du SAC. La part d'ombre du gaullisme, Paris 2003.
- Audigier, François, Le SAC de 1968 à 1974. Une officine de renseignement politique?, in: Laurent, Politiques du renseignement, S. 109–136.
- Avril, Pierre/Gicquel, Jean, Cohabitation, in: Sirinelli, Dictionnaire historique de la vie politique, S. 252–256.
- Bachmann, Christian/Le Guennec, Nicole, Violences urbaines, Paris <sup>2</sup>2002.
- Badinter, Robert, L'exécution, Paris 1973.
- Badinter, Robert (Hrsg.), Liberté, libertés. Réflexions du comité pour une charte des libertés, Paris 1976.
- Badinter, Robert, Contre la peine de mort. Écrits 1970–2006, Paris 2006.
- Badinter, Robert, L'abolition de la peine de mort, Paris 2007.
- Bancaud, Alain, Une exception ordinaire. La magistrature en France, 1930–1950, Paris 2002.
- Bantigny, Ludivine, La France à l'heure du monde. De 1981 à nos jours, Paris 2013.
- Bauer, Alain/Huyghe, François-Bernard, Les terroristes disent toujours ce qu'ils vont faire, Paris 2010.
- Beau, Nicolas, La maison Pasqua, Paris 2002.
- Beaufre, André, Introduction à la stratégie, Paris 1963.
- Beaufre, André, La guerre révolutionnaire, Paris 1972.
- Becker, Jean-Jacques, Histoire politique de la France depuis 1945, Paris <sup>9</sup>2008.
- Becker, Jean-Jacques/Candar, Gilles (Hrsg.), Histoire des gauches en France, Bd. II: 20<sup>e</sup> siècle: à l'épreuve de l'histoire, Paris 2004.

- Bergounioux Alain/Grunberg, Gérard, *L'Union de la gauche et l'ère Mitterrand (1965–1995)*, in: Becker/Candar, *Histoire des gauches en France II*, S. 275–294.
- Bergounioux, Alain/Grunberg, Gérard, *Les socialistes français et le pouvoir. L'ambition et le remords*, Paris 2005.
- Berlière, Jean-Marc, *Policiers sous l'occupation*, Paris 2009.
- Berlière, Jean-Marc/Lévy, Rémy, *Histoire des polices en France. De l'ancien régime à nos jours*, Paris 2011.
- Bernard, Mathias, *La France de mai 1958 à mai 1981*, Paris 2003.
- Bernard, Mathias, *La France de 1981 à 2002. Le temps des crises?*, Paris 2005.
- Bernardot, Marc, *Entre répression policière et prise en charge sanitaire et sociale: le cas du centre d'assignation à résidence surveillée du Larzac (1957–1963)*, in: *Bulletin de l'IHTP* 83 (2004), S. 83–93.
- Bernecker, Walther L., *Spaniens Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Deutungen, Revisionen, Vergangenheitsaufarbeitung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 52 (2004), S. 693–710.
- Berstein, Serge/Milza, Pierre/Bianco, Jean-Louis (Hrsg.), *François Mitterrand. Les années du changement 1981–1984*, Paris 2001.
- Berstein, Serge/Sirinelli, Jean-François (Hrsg.), *Les années Giscard*, Bd. I-IV, Paris 2003–2009.
- Beyme, Klaus von, *Parteien in westlichen Demokratien*, München 1984.
- Bigo, Didier, *Les attentats de 1986 en France. Un cas de violence transnationale et ses implications*, in: *Cultures & Conflits* 4 (1991), S. 123–173.
- Bigo, Didier/Bonelli, Laurent/Deltombe, Thomas (Hrsg.), *Au nom du 11 septembre... Les démocraties à l'épreuve de l'antiterrorisme*, Paris 2008.
- Bigo, Didier/Hermant, Daniel, *Simulation et dissimulation. Les politiques de lutte contre le terrorisme en France*, in: *Sociologie du travail* 4 (1986), S. 506–526.
- Bigo, Didier/Tsoukala, Anastassia, *Understanding (in)security*, in: Dies. (Hrsg.), *Terror, Insecurity and Liberty. Illiberal practices of liberal regimes after 9/11*, London/New York 2008, S. 1–9.
- Blanchard, Emmanuel, *La dissolution des Brigades nord-africaines de la Préfecture de police: la fin d'une police d'exception pour les Algériens de Paris (1944–1958)?*, in: *Bulletin de l'IHTP* 83 (2004), S. 70–82.
- Blanchard, Emmanuel, *Police judiciaire et pratiques d'exception pendant la guerre d'Algérie*, in: *Vingtième siècle. Revue d'histoire* 90 (2006), S. 61–72.
- Blanchard, Emmanuel, *La police parisienne et les algériens (1944–1962)*, Paris 2011.
- Blanchard, Pascal/Bancel, Nicolas/Lemaire, Sandrine (Hrsg.), *La fracture coloniale. La société française au prisme de l'héritage coloniale*, Paris 2006.
- Bodineau, Pierre/Verpeaux, Michel, *Histoire de la décentralisation*, Paris 1993.
- Boggio, Philippe/Rollat, Alain, *Ce terrible monsieur Pasqua*, Paris 1988, S. 172–201.
- Bokelmann, Elisabeth, *Aufstand der Richter. Frankreichs Justiz und ihr Verhältnis zum Staat 1946–1981*, Frankfurt a. M./New York 2008.
- Bonelli, Laurent, *Les caractéristiques de l'antiterrorisme français: „Parer les coups plutôt que panser les plaies“*, in: Bigo/Bonelli/Deltombe, *Au nom du 11 septembre*, S. 168–187.
- Bonelli, Laurent, *La France a peur. Une histoire sociale de l'insécurité*, Paris 2008.
- Boulouque, Clémence, *Mort d'un silence*, Paris 2003.
- Bourg, Julian, *From Revolution to Ethics. May 1968 and Contemporary French Thought*, Montreal 2007.
- Bourret, Jean-Claude, G. I. G. N. *Les exploits des gendarmes anti-terroristes*, Paris 1999.
- Bourseiller, Christophe, *Les maoïstes. La folle histoire des gardes rouges français*, Paris 2008.
- Branche, Raphaëlle, *The French State Faced with the Algerian Nationalists (1954–1962): A War against Terrorism?*, in: Samy Cohen (Hrsg.), *Democracies at War against Terrorism. A Comparative Perspective*, New York u. a. 2008.
- Branche, Raphaëlle, *La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie, 1954–1962*, Paris 2001.
- Branche, Raphaëlle, *FLN et OAS: deux terrorismes en guerre d'Algérie*, in: *European Review of History* 14/3 (sept 2007), S. 325–342.

- Branche, Raphaëlle/Thénault, Sylvie (Hrsg.), *La France en guerre 1954–1962. Expériences métropolitaines de la guerre d'indépendance algérienne*, Paris 2008.
- Breton, Gilles, *Libertés publiques et droits de l'homme*, Paris 2009.
- Brillant, Bernard, *Les clercs de 68*, Paris 2003.
- Broussard, Philippe, *Les grandes affaires de la V<sup>e</sup> République*, Paris 2012.
- Brunet, Jean-Paul, *Police contre FLN. Le drame d'octobre 1961*, Paris 1999.
- Bruneteaux, Patrick, *Maintenir l'ordre*, Paris 1996.
- Bülow, Mathilde von, *Myth or Reality? The Red Hand and French Covert Action in Federal Germany during the Algerian War, 1956–61*, in: *Intelligence and National Security* 22 (2007), S. 787–820.
- Buis, Claire-Lise, *Démocratie(s) à l'épreuve. Discours sur l'ennemi intérieur et identité démocratique dans les débats parlementaires français et allemands depuis la fin des années soixante*, unv. Diss., IEP Paris 2008.
- Bulletin Socialiste. *Organe d'information du Parti Socialiste, Supplément*, juin 1972.
- Burgat, François, *Comprendre l'islam politique: une trajectoire de recherche sur l'altérité islamiste, 1973–2016*, Paris 2016.
- Burgin, Maskit/Merari, Ariel/Kurz, Anat, *Foreign Hostages in Lebanon*, Tel Aviv 1988.
- Caerléon, Ronan, *Les bretons le dos au mur. Le F. L. B. devant la Cour de sûreté de l'État*, Paris 1973.
- Calvet, Louis-Jean, *Les politiques linguistiques*, Paris 1996.
- Carle, Rémy, *Le CEA et l'importance stratégique d'Eurodif*, in: Alain Beltran/François Ailleret (Hrsg.), *État et Énergie. XIX<sup>e</sup>-XX<sup>e</sup> siècle*, Paris 2009, S. 563–567.
- Casanova, Jean-Baptiste, *Les „Autonomes“. Le phénomène autonome dans la France de la fin des années 70*, unv. Mag., Université Paris I, 2002.
- Cassan, Patrick, *Le pouvoir français et la question basque (1981–1993)*, Paris 1997.
- Cassia, Paul, *Robert Badinter. Un juriste en politique*, Paris 2009.
- Cerny, Philip G., *Non-Terrorism and the Politics of Repressive Tolerance*, in: Ders. (Hrsg.), *Social Movements and Protest in France*, London 1982, S. 94–124.
- Cettina, Nathalie, *Les enjeux organisationnels de la lutte contre le terrorisme*, Paris 1994.
- Cettina, Nathalie, *L'antiterrorisme en question. De l'attentat de la rue Marbeuf aux affaires corses*, Paris 2001.
- Charlot, Jean/Lachaise, Bernard, Charles Pasqua, in: Sirinelli, *Dictionnaire historique de la vie politique*, S. 906–908.
- Charlot, Jean/Lachaise, Bernard, RPR (Rassemblement pour la République), in: Sirinelli, *Dictionnaire historique de la vie politique*, S. 1114–1117.
- Chaubin, Hélène/Chevrel, Laurent, *Identifier les nationalistes algériens: les fiches Z*, in: Branche/Thénault, *La France en guerre*, S. 332–340.
- Chauvin, Luc, *French Diplomacy and the Hostage Crisis*, in: Rubin, *The Politics of Counterterrorism*, S. 91–104.
- Chevallier, Jacques, *L'État de droit*, Paris 1994.
- Chevènement, Jean-Pierre, *Une politique d'insécurité*, in: *Le poing et la rose. Spécial responsables 79 (22 avril 1981)*, S. 3–7.
- Chichizola, Jean/Deguine, Hervé, *L'affaire Copernic. Les secrets d'un attentat antisémite*, Paris 2009.
- Christofferson, Michael Scott, *French Intellectuals against The Left. The Antitotalitarian Moment of the 1970s*, New York/Oxford 2004.
- Claisse, Yves, *État de droit: La consolidation*, in: Laurent Ménière (Hrsg.), *Bilan de la France 1981–1993*, Paris 1993, S. 27–50.
- Colcombet, François, *La liberté, moyen de l'ordre*, in: *Après-demain. Journal mensuel de documentation politique* 211 (1979/2), S. 11–15.
- Colin-Jeanvoine, Emmanuelle/Derozier, Stéphanie, *Le financement du FLN pendant la guerre d'Algérie, 1954–1962*, Paris 2008.
- Colombani, Roger, *C'était „Marseille d'abord“. Les années Defferre*, Paris 1992.

- Commission des maires sur la sécurité, Face à la délinquance: prévention, répression, solidarité. Rapport au Premier ministre, Paris 1982.
- Connolly, William, *The Terms of Political Discourse*, Princeton 1974.
- Conze, Eckart, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005), S. 357–380.
- Conze, Eckart, Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38 (2012), S. 453–467.
- Corm, Georges, *Le Proche-Orient éclaté 1956–2007*, Paris 2007.
- Cornaton, Michel, *Les camps de regroupement de la guerre d'Algérie*, Paris 1998.
- Courtois, Jean-Louis, *Le Raid*, Paris 1999.
- Courtois, Stéphane/Lazar, Marc, *Histoire du Parti communiste français*, Paris <sup>2</sup>2000, S. 361–456.
- Crenshaw, Martha, *The Causes of Terrorism*, in: *Comparative Politics* 13/4 (1981), S. 379–399.
- Crenshaw Hutchinson, Martha, *Revolutionary Terrorism. The FLN in Algeria, 1954–1962*, Stanford, California 1978.
- Crettiez, Xavier/Ferret, Jérôme (Hrsg.), *Le silence des armes? L'Europe à l'épreuve des séparatismes violents*, Paris 1999.
- Crozier, Michel, *La société bloquée*, Paris 1971.
- Cubert, Harold M., *The PFLP's Changing Role in the Middle East*, London u. a. 1997.
- Cusset, François, *La décennie: le grand cauchemar des années 1980*, Paris 2008.
- Daase, Christopher, Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien. Ergebnisse und Probleme sozialwissenschaftlicher Forschung, in: *Die Friedens-Warte: Journal of International Peace and Organization* 76/1 (2001), S. 55–79.
- Daase, Christopher, Die RAF und der internationale Terrorismus. Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. II, Hamburg 2006, S. 905–931.
- Daase, Christopher, Sicherheitskultur. Ein Konzept zur interdisziplinären Erforschung politischen und sozialen Wandels, in: *Security and Peace* 29 (2011), S. 59–65.
- Dahlke, Matthias, Das Wischniewski-Protokoll. Zur Zusammenarbeit zwischen westeuropäischen Regierungen und transnationalen Terroristen 1977, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 57 (2009), S. 201–215.
- Dahlke, Matthias, *Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972–1975*, München 2011.
- Dartnell, Michael, *Action Directe. Ultra-Left Terrorism in France 1979–1987*, London 1995.
- Dartnell, Michael Alias „GBGPGS“. *Action Directe Internationale's Transition from Revolutionary Terrorism to Euro-Terrorism*, in: *Terrorism and Political Violence* 9/4 (1997), S. 33–57.
- Deflez, Gilbert, *GIGN. Vocation anti-terroristes*, Paris 1983.
- Delarue, Jacques, *L'OAS contre de Gaulle*, Paris 1981.
- Deltombe, Thomas, *L'Islam imaginaire. La construction médiatique de l'islamophobie en France, 1975–2005*, Paris 2007.
- Dépit, Stéphane, Raymond Marcellin et le spectre de la répression policière dans la France de l'après-mai 1968 (1968–1974), unv. Masterarbeit, IEP Paris, 2007.
- Dézé, Alexandre, *Le Front National. À la conquête du pouvoir?*, Paris 2012.
- Doize, Pierre, *Corse: le pouvoir en difficulté*, in: *Cahiers du Communisme* 10 (1975), S. 36–43.
- Donegani, Jean-Marie/Sadoun, Marc, *Le jeu des institutions (1958–1992)*, in: Sirinelli, *Histoire des droites*, Bd. I, S. 391–480.
- Dosse, François, Deleuze et Guattari et la contestation italienne dans les années 1970, in: Lazar/Matard-Bonucci, *L'Italie des années de plomb*, S. 290–304.
- Dressen, Martin, *Les établis, la chaîne et le syndicat. Évolution des pratiques, mythes et croyances d'une population d'établis maoïstes, 1968–1982. Monographie d'une usine lyonnaise*, Paris 2000.
- Drevelle, Danielle, *Du besoin de sécurité à la doctrine de la sécurité*, in: Centre universitaire de recherches administratives et politiques de Picardie, *Variations autour de l'idéologie de l'intérêt général* 1 (1978), S. 71–90.

- Dreyfus, Pauline, *L'épreuve de la justice*, Paris 2009.
- Duhamel, Olivier, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, Paris 2009.
- Dulphy, Anne/Léonard, Sylvie (Hrsg.), *De la dictature à la démocratie. Voies ibériques*, Brüssel 2003.
- Dulphy, Anne, *Le regard français sur la transition espagnole* in: Dulphy/Léonard, *De la dictature à la démocratie*, S. 257–278.
- Dumitriu, Eugenia, *The EU's Definition of Terrorism. The Council Framework Decision on Combating Terrorism*, in: *German Law Journal* 5 (2004), S. 585–602.
- Dupoirier, Élisabeth/Grunberg, Gérard (Hrsg.), *Mars 1986: la drôle de défaite de la gauche*, Paris 1986.
- Duranton-Crabol, Anne-Marie, *Le temps de l'OAS*, Brüssel 1995.
- Duranton-Crabol, Anne-Marie, *L'extrême droite*, in: *Berstein/Milza/Bianco, Les années du changement*, S. 747–762.
- Duverger, Maurice (Hrsg.), *Les régimes sémi-présidentiels*, Paris 1986.
- Einaudi, Jean-Luc, *La bataille de Paris. 17 octobre 1961*, Paris 1991.
- El Moustauoui, Fatima, *Mitterrand et le Moyen-Orient*, Paris 2011.
- Engel, Laurence, *Mitterrand. Le fil d'Ariane*, Paris 1996.
- Éveno, Patrick, *Histoire du journal Le Monde 1944–2004*, Paris 2004.
- Faligot, Roger, *Manipulations des services spéciaux en Bretagne*, in: *Faligot/Guisnel, Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, S. 420–428.
- Faligot, Roger/Guisnel, Jean (Hrsg.), *Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, Paris 2006.
- Faligot, Roger/Krop, Pascal, *DST – Police secrète*, Paris 1999.
- Fath, Sébastien, *Le rêve persan d'une troisième voie: les relations franco-iraniennes de 1958 à 1978*, in: *EurOrient* 1998/9, S. 25–55.
- Favier, Pierre, *Dix jours en mai*, Paris 2011.
- Favier, Pierre/Martin-Roland, Michel, *La décennie Mitterrand, Bd. I-IV*, Paris 1990–1999.
- Feichtinger, Moritz/Malinowski, Stephan, *Konstruktive Kriege? Rezeption und Adaption der Dekolonisationskriege in westlichen Demokratien*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 37 (2011), S. 275–305.
- Feichtinger, Moritz/Malinowski, Stephan, *„Eine Million Algerier lernen im 20. Jahrhundert zu leben“*. Umsiedlungslager und Zwangsmodernisierung im Algerienkrieg, in: *Journal of Modern European History* 8 (2010), S. 107–135.
- Félice, Jean-Jacques de, *La pédagogie de l'Affaire dans la guerre d'Algérie*, in: *Manceron, Être dreyfusard*, S. 475–480.
- Ferret, Jérôme, *La construction par le bas de la lutte antiterroriste. Une analyse micro-sociologique de la coopération policière franco-espagnole au pays basque*, in: *Crettiez/Ferret, Le silence des armes?*, S. 115–140.
- Ficet, Joël, *Indépendance et dépendances de la justice. Le concept d'indépendance de la justice comme enjeu de luttes politiques en France, 1954–1986*, unv. Diss., IEP Paris 2005.
- Filiu, Jean-Pierre, *Mitterrand et la Palestine. L'ami d'Israël qui sauva par trois fois Yasser Arafat*, Paris 2005.
- Follain, John, *Jackal. The Complete Story of the Legendary Terrorist Carlos the Jackal*, New York 1998.
- Fourastié, Jean, *Les trente glorieuses où la révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris 1979.
- Foyer, Jean, *Sur les chemins de droit avec le Général. Mémoires de ma vie politique 1944–1988*, Paris 2006, S. 214–257.
- François, Bastien, *Le régime politique de la V<sup>e</sup> République*, Paris 42008.
- Frémeaux, Jacques, *Le monde arabe et la sécurité de la France depuis 1958*, Paris 1995.
- Frevert Ute/Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005.
- Fürtig, Henner, *Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988*, in: *Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006, S. 367–407.
- Furet, François/Liniers, Antoine/Raynaud, Philippe, *Terrorisme et démocratie*, Paris 1985.

- Gally, Laurent, *Lagent noir: une taupe dans l'affaire Abdallah*, Paris 1987.
- Garbaye, Romain, *Émeutes vs. intégration. Comparaisons franco-britanniques*, Paris 2011.
- Geismar, Alain/July, Serge/Morane, Erlyne, *Vers la guerre civile*, Paris 1969.
- Gérard, Jean-Louis, *Dictionnaire historique et biographique de la guerre d'Algérie*, Bayonne 2001.
- Gervasoni, Marc, *La gauche italienne, les socialistes français et les origines de la doctrine Mitterrand*, in: Lazar/Matard-Bonucci, *L'Italie des années de plomb*, S. 323–338.
- Gilcher-Holtey, Ingrid, „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt a. M. 1995.
- Glucksmann, André, *Fascismes: l'ancien et le nouveau*, in: *Les Temps Modernes* 310<sup>bis</sup> (1972), S. 266–334.
- Gobille, Boris, Mai 68, Paris 2008.
- Golsan, Richard J., *The Papon Affair. Memory and Justice on Trial*, London 2000.
- Gotto, Bernhard/Möller, Horst/Mondot, Jean/Pelletier, Nicole (Hrsg.), *Nach „Achtundsechzig“. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich*, München 2013.
- Graf, Rüdiger/Zwierlein, Cornel, *The Production of Human Security in Premodern and Contemporary History*, in: *Historical Social Research* 31/4 (2010), S. 7–21.
- Gregory, Shaun, *France and the War on Terrorism*, in: *Terrorism and Political Violence* 15/1 (2003), S. 124–147.
- Grésillon, Michel/Scheibling, Jacques, *Le P. C. F. et la question régionale*, in: *Cahiers du Communisme* 10 (1975), S. 28–35.
- Gronke, Monika, *Geschichte Irans. Von der Islamisierung bis zur Gegenwart*, München 2003.
- Grosjean, Arthur, *L'assignation à résidence surveillée: Le camp de Thol (1958–61)*, in: Branche/Thénault, *La France en guerre*, S. 356–370.
- Guillaume, Gilbert/Levasseur, Georges (Hrsg.), *Terrorisme international*, Nancy 1977.
- Guittet, Emmanuel-Pierre, *L'implication de l'armée dans la lutte antiterroriste: le cas français*, in: Bigo/Bonelli/Deltombe, *Au nom du 11 septembre*, S. 188–193.
- Guittet, Emmanuel-Pierre, *Antiterrorisme clandestin, antiterrorisme officiel. Chroniques espagnoles de la coopération en Europe*, Montréal 2009.
- Guisnel, Jean, *Libération. La biographie*, Paris 2003.
- Guisnel, Jean, *La France premier proliférateur nucléaire*, in: Faligot/Guisnel, *Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, S. 242–255.
- Guisnel, Jean, *La nouvelle presse: de Hara-Kiri à Libération*, in: Artières/Zancarini-Fournel, *Une histoire collective*, S. 600–606.
- Guisnel, Jean/Violet, Bernard, *Les services secrets: le pouvoir et les services secrets sous la présidence de François Mitterrand*, Paris 1988.
- Haegel, Florence, *Partis politiques et système partisan en France*, Paris 2007.
- Halbwax, Rémy/Reix, Jean-Charles, *La police assassinée*, Paris 1983.
- Hamon, Alain/Marchand, Jean-Charles, *Action Directe. Du terrorisme français à leuroterrorisme*, Paris 1986.
- Hamon, Hervé/Rotman, Patrick, *Génération*, Bd. II: *Les années de poudre*, Paris 1988.
- Harbi, Mohammed/Stora, Benjamin (Hrsg.), *La guerre d'Algérie 1954–2004. La fin de l'amnésie*, Paris 2004.
- Hargreaves, Alec G., *De la victoire de la gauche à la percée de l'extrême droite: l'ethnisation du jeu électoral français*, in: *Histoire@Politique. Politique, culture, société* 16 (2012/1) [www.histoire-politique.fr, zuletzt abgerufen am 16.11.2016].
- Harik, Judith Palmer, *Hezbollah. The Changing Face of Terrorism*, London 2004.
- Harrison, Michael M., *France and International Terrorism: Problem and Response*, in: David A. Charters (Hrsg.), *Deadly Sin of Terrorism. Its Effects on Democracy and Civil Liberties in Six Countries*, Westport, Conn. 1994, S. 103–135.
- Hayez, Philippe, *Le renseignement extérieur en France depuis 1981. Fragments de politique publique*, in: Laurent, *Politiques du renseignement*, S. 239–260.
- Hayward, Steven F., *The Age of Reagan. The Conservative Counterrevolution 1980–1989*, New York 2009.

- Hegemann, Hendrik/Heller, Regina/Kahl, Martin, Terrorismusbekämpfung jenseits funktionaler Problemlösung: Was beeinflusst politisches Handeln im Kampf gegen den Terrorismus?, in: Alexander Spencer/Alexander Kocks/Kai Harbrich (Hrsg.), Terrorismusforschung in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 281–304.
- Henry, Lionel/Lagadec, Annick, FLB-ARB. L'histoire (1966–2005), Fouesnant 2006.
- Hermant, Daniel/Bigo, Didier, La relation terroriste I, in: *Études polémologiques* 30 (1984/2), S. 45–64.
- Hermant, Daniel/Bigo, Didier, La relation terroriste II, in: *Études polémologiques* 31 (1984/3), S. 75–100.
- Hermant, Daniel/Bigo, Didier, Terrorisme et antiterrorisme en France, in: *Les Cahiers de la Sécurité intérieure* 1 (1990), S. 113–148.
- Hermant, Daniel/Bigo, Didier, Les politiques de lutte contre le terrorisme: Enjeux français, in: Fernando Reinares (Hrsg.), *European Democracies against Terrorism. Governmental Policies and Intergovernmental Cooperation*, Aldershot u. a. 2000, S. 73–118.
- Heymann, Arlette, *Les libertés publiques et la guerre d'Algérie*, Paris 1972.
- Hillgruber, Andreas, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: *Historische Zeitschrift* 216 (1973), S. 529–552.
- Hobsbawm, Eric, *The Age of Extremes. A History of the World, 1914–1991*, New York 1994.
- Hof, Tobias, *Staat und Terrorismus in Italien 1969–1982*, München 2011.
- Hoffmann, Bruce, *Inside Terrorism*, New York 2006.
- Hoffmann-Martinot, Vincent, Zentralisierung und Dezentralisierung in Frankreich, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hrsg.), *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Wiesbaden 2005, S. 323–342.
- Horne, Alistair, *A Savage War of Peace. Algeria 1954–1962*, London 1977.
- Hourmant, François, De Lénine à Marcos: modèles étrangers pour la gauche?, in: Becker/Candar, *Histoire des gauches en France II*, S. 475–486.
- House, Jim/Macmaster, Neil, Paris 1961: Algerians, State Terror, and Memory, Oxford 2006.
- Huberson, Laurent, Enquête sur Edwy Plenel. De la légende noire du complot trotskiste au chevalier blanc de l'investigation, Paris 2008.
- Hürter, Johannes, Anti-Terrorismus-Politik. Ein deutsch-italienischer Vergleich 1969–1982, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 57 (2009), S. 329–348.
- Hürter, Johannes/Rusconi, Gian Enrico (Hrsg.), *Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982*, München 2010.
- Huntington, Samuel P., The Clash of Civilizations?, in: *Foreign Affairs* 72/3 (1993), S. 22–49.
- Hyland, Francis P., *Armenian Terrorism. The Past, the Present, the Prospects*, Boulder, Co. 1991.
- Jacquard, Francis P., *La longue traque d'Action Directe*, Paris 1987.
- Jarausch, Konrad, Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart, in: Ders. (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 9–26.
- Jauffret, Jean-Charles/Vaïsse, Maurice (Hrsg.), *Militaires et guérilla dans la guerre d'Algérie*, Brüssel 2001.
- Jazouli, Adil, *Les années Banlieues*, Paris 1992.
- Jean-Paul Jean/Denis Salas, Barbie, Touvier, Papon: des procès pour la mémoire, Paris 2002.
- Jobard, Fabien, Ce que Mai fit à la police, in: *Artières/Zancarini-Fournel, Une histoire collective*, S. 577–582.
- Judt, Tony, *Postwar. A History of Europe Since 1945*, New York 2005.
- Julien-Lafferrière, François, Extradition et droit d'asile. La coopération entre États, in: *Études polémologiques* 44 (1987), S. 53–64.
- Kauffer, Rémi, OAS. Histoire d'une guerre franco-française, Paris 2002.
- Kauffer, Rémi, La rose socialiste et ses cabinets noirs, in: Faligot/Guisnel, *Histoire secrète de la V. République*, S. 441–447.
- Kebir, Sabine, Gewalt und Demokratie bei Fanon, Sartre und der RAF, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. I, Hamburg 2006, S. 262–279.

- Kempf, Udo, Das politische System Frankreichs, Wiesbaden 42007.
- Kepel, Gilles, Les banlieues de l'Islam. Naissance d'une religion en France, Paris 1987.
- Kepel, Gilles, Terreur dans l'Hexagone. Génèse du djihad français, Paris 2015.
- Kerber, Markus C., Der allgegenwärtige Ausnahmezustand. Präsidiale Souveränität und politische Stabilität in der Verfassung der Fünften Französischen Republik von 1981–1995, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, deutsches und europäisches öffentliches Recht 34 (1995), S. 527–556.
- Klose, Fabian, Zur Legitimation kolonialer Gewalt. Kolonialer Notstand, antisubversiver Krieg und humanitäres Völkerrecht im kenianischen und algerischen Dekolonisierungskrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 48 (2008), S. 249–274.
- Klose, Fabian, Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonisierungskriege in Kenia und Algerien 1945–1962, München 2009.
- Knelangen, Wilhelm, Das Politikfeld innere Sicherheit im Integrationsprozess. Die Entstehung einer europäischen Politik der inneren Sicherheit, Opladen 2001.
- Kokoreff, Michel, Sociologie des émeutes, Paris 2008.
- La France face au terrorisme. Livre blanc du Gouvernement sur la sécurité intérieure face au terrorisme, Paris 2006.
- Labin, Suzanne, Les États terroristes et la guerre des lâches, Paris 1987.
- Lammert, Markus, Die französische Linke, der Terrorismus und der „repressive Staat“ in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), S. 533–560.
- Lammert, Markus, The Absent Terrorism. Leftist Political Violence and the French State 1968–1974, in: Jussi M. Hanhimäki/Bernard Blumenau (Hrsg.), An International History of Terrorism. Western and Non-Western Experiences, London 2013, S. 86–99.
- Lammert, Markus, Die Unruhen vom Mai 1968 und die Politik der inneren Sicherheit in Frankreich, in: Gotto/Möller/Mondot/Pelletier, Nach „Achtundsechzig“, S. 135–146.
- Lampe, Thomas, Der Aufstieg des „Front National“ in Frankreich. Extremismus und Populismus von rechts, Frankfurt a. M. 1992, S. 77–79.
- Lancaster, Thomas D., Comparative Nationalism: the Basques in Spain and France, in: European Journal of Political Research 15/5 (1987), S. 561–590.
- Laqueur, Walter, Terrorism, Boston 1977.
- Laurent, Roland, L'Internationale terroriste démasquée, Nice 1981.
- Laurent, Sébastien (Hrsg.), Politiques du renseignement, Bordeaux 2009.
- Lavrut, Didier, Saint-Maurice-L'Ardoise en 1962: un camp pour activistes, in: Branche/Thénault, La France en guerre, S. 390–400.
- Lazar, Marc/Matard-Bonucci, Marie-Anne (Hrsg.), L'Italie des années de plomb. Le terrorisme entre histoire et mémoire, Paris 2010.
- Le Goff, Jean-Pierre, Mai 68. L'héritage impossible, Paris 1998.
- Le Pen, Jean-Marie, Les Français d'abord, Paris 1984.
- Le procès de l'attentat du Petit-Clamart. Compte-rendu sténographique, Paris 1963.
- Lefèvre, Marianne, Géopolitique de la Corse. Le modèle républicain en question, Paris 2000.
- Lemasson, Sylvie, La libération des otages allemands au Liban. Analyse politique et judiciaire, in: Cultures & Conflits 5 (1992).
- Lemieux, Emmanuel/Roller, Olivier, 10 mai 1981. Une journée particulière, Paris 2011.
- Léotard, François, Vorwort, in: Bernard Plaisat, Retrouver la sécurité, Paris 1985.
- Leroux, Gilles, La laïcité à l'épreuve du foulard islamique. Une comparaison franco-allemande, in: Jean-Paul Cahn (Hrsg.), Religion und Laizität in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2008, S. 167–184.
- Liauzu, Claude, Ceux qui ont fait la guerre à la guerre, in: Harbi/Stora, La guerre d'Algérie, S. 161–170.
- Lieb, Peter, Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44, München 2007.
- Loiseau, Yves, Le grand troc. Le labyrinthe des otages français au Liban, Paris 1988.

- Lovecy, Jill, Protest in Brittany from the Fourth to the Fifth Republics. From a Regionalist to a Regional Social Movement?, in: Philipp Cerny (Hrsg.), *Social Movements and Protest in France*, London 1982, S. 172–201.
- Loyer, Barbara/Crettiez, Xavier, L'État sans la démocratie. Le cas des GAL, in: Xavier Crettiez/Jérôme Ferret *Le silence des armes?*, S. 141–157.
- Loyer, Séverine, *L'apport du Conseil d'État au droit constitutionnel de la V<sup>e</sup> République. Essai sur une théorie de l'État*, Paris 2011, S. 395–405.
- Lüdtke, Alf/Wildt, Michael (Hrsg.), *Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven*, Wallstein 2008.
- Mackenzie, Mathew, Jean-Paul Sartre on Violence and Terror, in: *Terrorism and Political Violence* 6/4 (1994), S. 476–506.
- Madelin, Philippe, *La galaxie terroriste*. Paris, Belfast, Bilbao, Bayonne, Corse, Milan, Francfort, Bruxelles, Paris 1986.
- Maison Rouge, Olivier Arnoux de, *L'Algérie française en procès. Justice et politique devant les juridictions d'exception, 1960–1963*, unv. Diss., Université d'Auvergne 2007.
- Malinowski, Stephan, *Modernisierungskriege. Militärische Gewalt und koloniale Modernisierung im Algerienkrieg (1954–1962)*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 48 (2008), S. 213–248.
- Malye, François, 1979: l'intervention sanglante du GIGN à La Mecque, in: Faligot/Guisnel, *Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République*, S. 322–324.
- Malye, François/Stora, Benjamin, François Mitterrand et la guerre d'Algérie, Paris 2010.
- Manceron, Gilles (Hrsg.), *Être dreyfusard, hier et aujourd'hui*, Rennes 2009.
- Marcellin, Raymond, *Ordre public et les groupes révolutionnaires*, Paris 1969.
- Marchetti, Clotilde, *Le groupe d'intervention de la gendarmerie nationale: missions et représentations*, in: *Défense nationale* 53/6 (1997/6), S. 71–84.
- Marchetti, Clotilde, *Les discours de l'antiterrorisme. Stratégies de pouvoir et culture politique en France et en Grande-Bretagne*, unv. Diss., Paris Sorbonne 2003.
- Marcus, Paul, *La République trahie: l'affaire des fuites 1954*, Biarritz 1999.
- Margairaz, Michel, *Les nationalisations: la fin d'une culture politique?*, in: Berstein/Milza/Bianco, *Les années du changement*, S. 344–384.
- Marshall, Jon, *Watergate's Legacy and the Press*. The Investigative Impulse, Evanston, Ill. 2011.
- Martin, Laurent, *Le Canard enchaîné. Histoire d'un journal satirique 1915–2005*, Paris 2005.
- Massot, Jean, *Alternance et cohabitation sous la V<sup>e</sup> République*, Paris 1997.
- Mathieu, Bertrand, *Étude de la loi du 10 janvier 1936 relative aux groupes de combat et de milices privées*, in: *Revue de l'actualité juridique française vom 6. 6. 1999* [<http://www.rajf.org/spip.php?article38>, zuletzt abgerufen am 11. 11. 2016].
- Mauss-Copeaux, Claire, *Algérie, 20 août 1955: insurrection, répression, massacres*, Paris 2010.
- Mbongo, Pascal, *La gauche au pouvoir et les libertés publiques (1981–1995)*, Paris 1999.
- Mendras, Henri, *La seconde révolution française, 1965–1984*, Gallimard 1988.
- Merriman, John, *The Dynamite Club. How a Bombing in Fin-de-Siècle Paris Ignited the Age of Modern Terror*, New York 2009.
- Meyer, Ahlrich, *Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–44. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung*, Darmstadt 2000.
- Miard-Delacroix, Hélène, *Deutsch-französische Geschichte 1963 bis in die Gegenwart. Im Zeichen der Europäischen Einigung*, Darmstadt 2011.
- Michaud, Jean-Claude, Alain Peyrefitte. Biographie, Paris 2002.
- Michel, Bernard, *GIGN. Le temps d'un secret*, Paris 2003.
- Minassian, Gädz, *Guerre et terrorisme arménien, 1972–1998*, Paris 2002.
- Mitterrand, François, *Le coup d'État permanent*, Paris 1964.
- Mitterrand, François, *L'homme, les idées, le programme*, Paris 1981.
- Möller, Harald, *Der Krieg zwischen Irak und Iran*, in: *APuZ* B11 (1995), S. 22–31.
- Möller, Horst, *Die 1970er Jahre als zeithistorische Epochenschwelle*, in: Gotto/Möller/Mondot/Pelletier, *Nach „Achtundsechzig“*, S. 1–12.
- Mollier, Jean-Yves, *Édition, presse et pouvoir en France au XX<sup>e</sup> siècle*, Paris 2008.

- Monchablon, Alain, Maoïsme, in: Sirinelli, Dictionnaire historique de la vie politique, S. 742–744.
- Mongin, Olivier/Plenel, Edwy/Wieviorka, Michel (Hrsg.), Les défis des terrorismes, Paris 1988.
- Monier, Frédéric, L'attentat de Marseille (9 octobre 1934): régicide et terrorisme dans les années trente, in: La Révolution française I (2012), S. 1–14.
- Monneret, Jean, „Les barbouzes“ contre l'OAS: nouveau regard, in: Guerres mondiales et conflits contemporains 191 (1998), S. 89–116.
- Moruzzi, Jean-François/Boulaert, Emmanuel, Iparretarak. Séparatisme et terrorisme en pays basque français, Paris 1988.
- Motchane, Didier, Les années Mitterrand, Paris 2011.
- Moxon-Browne, Edward, Terrorism in France, London 1983.
- Moyn, Samuel, The Last Utopia. Human Rights in History, Cambridge u. a. 2010.
- Münkler, Herfried/Bohlender, Matthias/Meurer, Sabine (Hrsg.), Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahren im 21. Jahrhundert, Bielefeld 2010.
- Musitelli, Jean, L'impact des années de plomb sur les relations diplomatiques franco-italiennes, in: Lazar/Matard-Bonucci, L'Italie des années de plomb, S. 356–370.
- Nehring, Holger, The Era of Non-Violence: „Terrorism“ and the Emergence of Conceptions of Non-Violent Statehood in Western Europe, 1967–1983, in: European Review of History – Revue européenne d'Histoire 14/3 (2007), S. 343–372.
- Norton, Augustus Richard, Hezbollah. A Short History, Princeton 2009.
- Noyer, Alain, La sûreté de l'État (1789–1965), Paris 1966.
- O'Ballance, Edgar, Civil War in Lebanon 1975–1992, London/New York 1998.
- Oberloskamp, Eva, Terrorismusbekämpfung und Immigrationskontrolle. Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit der Innenministerien in den 1970er Jahren, in: Gotto/Möller/Mondot/Pelletier, Nach „Achtundsechzig“, S. 161–176.
- Oberloskamp, Eva, Codename TREVI. Terrorismusbekämpfung und die Anfänge einer europäischen Innenpolitik in den 1970er Jahren, Berlin/Boston 2016.
- Oehmichen, Anna, Terrorism and Anti-Terror Legislation. The Terrorised Legislator? A Comparison of Counter-Terror Legislation and Its Implications on Human Rights in the Legal Systems of the United Kingdom, Spain, Germany and France, Antwerpen u. a. 2009.
- Oliver-Saidi, Marie-Thérèse, Le Liban et la Syrie au miroir français, 1946–1991, Paris 2010.
- Paas, Dieter, Frankreich: Der integrierte Linksradikalismus, in: Henner Hess u. a. (Hrsg.), Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus, Frankfurt a. M. 1988, S. 169–278.
- Pahlavi, Pierre Cyril, La guerre révolutionnaire de l'armée française en Algérie 1954–1961. Entre esprit de conquête et conquête des esprits, Paris 2004.
- Pandraud, Robert, Le terrorisme est un défi lancé à l'État de droit, in: Les Cahiers de la Fondation du Futur 8 (1986), S. 13–18.
- Pardini, Gérard, L'État et la Corse. La République à l'épreuve, Paris 2003.
- Paxton, Robert/Marrus, Michael, Vichy France and the Jews, Stanford 1995.
- Péan, Pierre, La Menace, Paris 1987.
- Péan, Pierre, Une jeunesse française. François Mitterrand 1934–1947, Paris 1994.
- Péan, Pierre/Cohen, Philippe, La face cachée du Monde, Paris 2003.
- Péju, Marcel, Le procès du réseau Jeanson, Paris 2002.
- Pellegrinetti, Jean-Paul/Rovere, Ange, La Corse et la République. La vie politique de la fin du second Empire au début du XXI<sup>e</sup> siècle, Paris 2004.
- Pervillé, Guy, Le terrorisme urbain dans la guerre d'Algérie, in: Jauffret/Vaisse, Militaires et guérilla, S. 447–468.
- Philipponneau, Michel, La gauche et le régionalisme (1945–1974), in: Christian Gras/Georges Livet (Hrsg.), Régions et régionalisme en France du XVIII<sup>e</sup> siècle à nos jours, Paris 1977, S. 529–543.
- Plaisat, Bernard, Retrouver la sécurité, Paris 1985.

- Planche, Jean-Louis, Sétif, 1954. Histoire d'un massacre annoncé, Paris 2006.
- Plenel, Edwy, Ist AD in deutscher Hand? Ursprünge und Verbindungen des Terrorismus in Frankreich, in: *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 41 (1985), S. 143–151.
- Plenel, Edwy, La France et le terrorisme. La tentation du sanctuaire, in: *Politique étrangère* 51/4 (1986), S. 919–936.
- Plenel, Edwy, Le terrorisme à vocation révolutionnaire. Terrorismes et idéologie en France, in: *Études polémologiques* 38 (1986/2), S. 7–28.
- Plenel, Edwy, La part d'ombre, in: *Ders., Le journaliste et le Président*, Paris 2006.
- Plenel, Edwy/Rollat, Alain, *L'effet Le Pen*, Paris 1984.
- Pochon, Jean-Pierre, Les stores rouges. Au cœur de l'infiltration et de l'arrestation d'Action directe, 1979–1982, Paris 2008.
- Pontaut, Jean-Marie/Dupuis, Jérôme, *Les oreilles du Président*, Paris 1996.
- Porch, Douglas, *Histoire des services secrets français, Bd. II: De la guerre d'Indochine au Rainbow Warrior*, Paris 1997.
- Quadruppani, Serge, *L'antiterrorisme en France ou la terreur intégrée 1981–1989*, Paris 1989.
- Raithel, Thomas, *Das „Wunder“ der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges*, Bonn 1996.
- Raithel, Thomas, *Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre*, München 2005.
- Rajsfus, Maurice, Mai 68. Sous les pavés, la répression (mai 1968–mars 1974), Paris 1998.
- Rapoport, David C., *Terrorism: Critical Concepts in Political Science, Bd. I–IV*, London u. a. 2005.
- Rapoport, David C., The Four Waves of Modern Terror. International Dimensions and Consequences, in: Jussi M. Hanhimäki/Bernhard Blumenau (Hrsg.), *An International History of Terrorism. Western and Non-Western Experiences*, London/New York 2013, S. 282–310.
- Raufer, Xavier, *La nébuleuse. Le terrorisme du Proche-Orient*, Paris 1987.
- Rebérioux, Madeleine, *Esquisse d'une histoire du terrorisme en France*, in: *Après-demain. Journal mensuel de documentation politique* 211 (1979/2), S. 5–8.
- Redelfs, Manfred, *Investigative Reporting in den USA. Strukturen eines Journalismus der Machtkontrolle*, Opladen 1996.
- Regnault, Jean-Marc, (Hrsg.), *François Mitterrand et les territoires français du Pacifique 1981–1988. Mutations, drames et recompositions. Enjeux internationaux et franco-français*, Paris 2003.
- Renken, Frank, *Frankreich im Schatten des Algerienkrieges. Die Fünfte Republik und die Erinnerung an den letzten großen Kolonialkonflikt*, Göttingen 2006.
- Réponses à la violence. Rapport du comité d'études sur la violence, la criminalité et la délinquance, présidé par Alain Peyrefitte, tome I: Rapport général, Paris 1977.
- Requate, Jörg, *Frankreich seit 1945*, Göttingen 2011.
- Requate, Jörg/Zessin, Philipp, Comment sortir du ‚terrorisme‘? La violence politique et les conditions de sa disparition en France et en République Fédérale d'Allemagne en comparaison. 1970- années 1990, in: *European Review of History* 14/3 (2007), S. 423–445.
- Rey-Goldzeiguer, Annie, *Aux origines de la guerre d'Algérie: 1940–1945. De Mers-El-Kébir aux massacres du Nord-Constantinois*, Paris 2002.
- Riegler, Thomas, „The Battle of Algiers“ – Blueprint for Revolution/Counterrevolution?, in: Christopher Kullenberg/Jacob Lehne (Hrsg.), *Resistance Studies Reader 2008*, Gothenburg/London 2009, S. 148–156.
- Riegler, Thomas, *Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973–1985*, Göttingen 2010.
- Rigouste, Mathieu, *L'ennemi intérieur. La généalogie coloniale et militaire de l'ordre sécuritaire dans la France contemporaine*, Paris 2009.
- Rioux, Jean-Pierre/Sirinelli, Jean-François (Hrsg.), *La guerre d'Algérie et les intellectuels français*, Paris 1991.

- Robert, Jacques, Terrorisme, idéologie sécuritaire et libertés publiques, in: *Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger* 6 (1986), S. 1651–1666.
- Robrieux, Philippe, Histoire du parti communiste, Bd. III: 1972–1983. Du programme commun à l'échec historique de Georges Marchais, Paris 1982.
- Rochet, Jean, L'ampleur de la menace, in: *Les Cahiers de la Fondation du Futur* 8 (1986), S. 7–12.
- Roy, Olivier, *Le djihad et la mort*, Paris 2016.
- Royer, Jean-Pierre u. a., *Histoire de la justice en France du 18<sup>e</sup> siècle à nos jours*, Paris 2010.
- Rubin, Barry (Hrsg.), *The Politics of Counterterrorism. The Ordeal of Democratic States*, Washington, D. C. 1990.
- Rudelle, Odile, La gauche, les institutions et le gaullisme, in: Becker/Candar, *Histoire des gauches en France II*, S. 507–523.
- Ruggiero, Vincenzo, Sentenced to Normality. The Italian Political Refugees in Paris, in: *Crime, Law and Social Change* 19 (1993), S. 33–50.
- Sablier, Édouard, *Le fil rouge. Histoire secrète du terrorisme international*, Paris 1983.
- Sablier, Édouard, *L'école française du terrorisme*, Paris 1993.
- Sadoun, Marc, Gauche, in: Sirinelli, *Dictionnaire historique de la vie politique*, S. 515–517.
- Saëz, Guy, La décentralisation, intentions et résultats, in: Berstein/Milza/Bianco, *Les années du changement*, S. 668–690.
- Salais, Robert, De la relance à la rigueur, in: Berstein/Milza/Bianco, *Les années du changement*, S. 476–505.
- Sansico, Virginie, France 1944: maintien de l'ordre et exception judiciaire. Les cours martiales du régime de Vichy, in: *Histoire@Politique* 3 (2007) [www.histoire-politique.fr, zuletzt abgerufen am 17. 11. 2016].
- Sartre, Jean-Paul, Vorwort, in: Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a. M. 2008 (frz. Erstauflage: Paris 1961).
- Schmid, Alex P., *Political Terrorism. A Research Guide to Concepts, Theories, Data Bases and Literature*, Amsterdam 1984.
- Schmid, Alex P., Framework for Conceptualizing Terrorism, in: *Terrorism and Political Violence* 16/2 (2004), S. 197–221.
- Schmid, Alex P./Albert Jongman, *Political Terrorism. A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases, Theories and Literature*, Amsterdam 1988.
- Schneckener, Ulrich, *Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergründe des „neuen“ Terrorismus*, Frankfurt a. M. 2006.
- Seale, Patrick, *Abu Nidal: Der Händler des Todes. Die Wahrheit über den palästinensischen Terror*, München 1992.
- Seidman, Michael, *The Imaginary Revolution. Parisian Students and Workers in 1968*, New York 2004.
- Servier, Jean, *Le Terrorisme*, Paris 1979.
- Shapiro, Jeremy/Suzan, Bénédicte, The French Experience of Counter-Terrorism, in: *Survival* 45/1 (2003), S. 67–97.
- Sirinelli, Jean-François, Guerre d'Algérie – guerre des pétitions?, in: Rioux/Sirinelli, *La guerre d'Algérie et les intellectuels français*, S. 265–306.
- Sirinelli, Jean-François, (Hrsg.), *Histoire des droites*, Bd. I: Politique, Paris 1992.
- Sirinelli, Jean-François (Hrsg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX<sup>e</sup> siècle*, Paris 2003.
- Sirinelli, Jean-François, *Les vingt décisives. Le passé proche de notre avenir 1965–1985*, Paris 2007.
- Sommier, Isabelle, *La violence politique et son deuil. L'après 68 en France et en Italie*, Rennes 2008.
- Stein, Torsten, Die Bekämpfung des Terrorismus im Rahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (ZaöRV)* 40 (1980), S. 312–321.
- Stephan, Ina, *Aufstieg und Wandel der Parti socialiste in der Ära Mitterrand (1971–1995)*, Opladen 2001.

- Stora, Benjamin, *Histoire de la guerre d'Algérie*, Paris 2004.
- Stora, Benjamin, *Histoire de l'Algérie coloniale 1830–1954*, Paris <sup>2</sup>2004.
- Stora, Benjamin, *Les immigrés algériens en France. Une histoire politique 1912–1962*, Paris 2009.
- Stora, Benjamin, *La gangrène et l'oubli. La mémoire de la guerre d'Algérie*, Paris 1991.
- Teyssier, Arnaud, *Histoire politique de la V<sup>e</sup> République, 1958–2011*, Paris 2011.
- Thénault, Sylvie, *Une drôle de justice, Les magistrats dans la guerre d'Algérie*, Paris 2001.
- Thénault, Sylvie, *La justice dans la guerre d'Algérie*, in: Harbi/Stora *La guerre d'Algérie*, S. 77–96.
- Thénault, Sylvie, *L'OAS à Alger en 1962. Histoire d'une violence terroriste et de ses agents*, in: *Annales* 63 (2008), S. 977–1001.
- Thomas, Jean-Paul u. a. (Hrsg.), *Mai 1958. Le retour du général de Gaulle. Actes du colloque tenu au Centre d'histoire de Science Po, mardi 13 mai 2008, Rennes 2010*.
- Thomas, Jean-Paul/Le Béguet, Gilles/Lachaise, Bernard (Hrsg.), *Mai 1958. Le retour du général de Gaulle*, Paris 2010.
- Tissot, Sylvie, *L'État et les quartiers. La genèse d'une catégorie de l'action publique*, Paris 2007.
- Toubon, Jacques, *Pour en finir avec la peur*, Paris 1984.
- Tshimanga, Charles/Gondola, Didier/Bloom, Peter J. (Hrsg.), *Frenchness and the African Diaspora. Identity and Uprising in Contemporary France*, Bloomington 2009.
- Türk, Pauline, *Le contrôle parlementaire en France*, Paris 2011.
- Turpin, Pierre, *Les Révolutionnaires dans la France social-démocrate, 1981–1995*, Paris 1997.
- Unger, Gérald, Gaston Defferre, Paris 2011.
- Vadillo, Floran, L'„Élysée“ et l'exercice du pouvoir sous la Cinquième République. Le cas de la politique de lutte antiterroriste (1974–1997), unv. Diss., Sciences Po Bordeaux 2012.
- Vaïsse, Maurice, *La puissance ou l'influence? (1958–2004)*, in: Jean-Claude Allien u. a. (Hrsg.), *Histoire de la diplomatie française, Bd. II: De 1815 à nos jours*, Paris 2007, S. 427–558.
- Vaïsse, Maurice, *La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958*, Paris 2009.
- Van-Lemesle, Lucette Le/Zancarini-Fournel, Michelle, *Moderniser le travail: temps de travail, conceptions de l'entreprise et lois sociales*, in: Berstein/Milza/Bianco, *Les années du changement*, S. 531–547.
- Veil, Simone, *Terrorisme*, in: SOFRES, *L'État de l'opinion 1987*, S. 9–26.
- Vergez-Chaignon, Bénédicte, *Les Vichysto-Résistants de 1940 à nos jours*, Paris 2008.
- Villeneuve, Charles/Péret, Jean-Pierre, *Histoire secrète du terrorisme. Les juges de l'impossible*, Paris 1987.
- Vinen, Richard, *Thatcher's Britain. The Politics and Social Upheaval of the Thatcher Era*, London/New York 2010.
- Vorbach, Joseph E., *Monte Melkonian: Armenian Revolutionary Leader*, in: *Terrorism and Political Violence* 6/2 (1994), S. 178–195.
- Wahnich, Sophie (Hrsg.), *Une histoire politique de l'amnistie. Études d'histoire, d'anthropologie et de droit*, Paris 2007.
- Waldmann, Peter, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998.
- Weil, Patrick, *La France et ses étrangers. L'aventure d'une politique de l'immigration de 1938 à nos jours*, Paris <sup>2</sup>2004.
- Weinberg, Leonard B./Pedahzur, Ami/Hirsch-Hoefler, Sivan, *The Challenge of Conceptualizing Terrorism*, in: *Terrorism and Political Violence* 16 (2004), S. 777–794.
- Weinhauer, Klaus/Requate, Jörg, *Einleitung: Die Herausforderung des „Linksterrorismus“*, in: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Bielefeld 2006, S. 9–32.
- Weinhauer, Klaus/Requate, Jörg, *Terrorismus als Kommunikationsprozess: Eskalation und Deeskalation politischer Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert*, in: Dies. (Hrsg.), *Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess seit dem 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2012, S. 11–47.
- Wieviorka, Michel, *Sociétés et terrorisme*, Paris 1988.

- Wieviorka, Michel, French Politics and Strategy on Terrorism, in: Rubin, The Politics of Counterterrorism, S. 61–90.
- Wieviorka, Michel, Mouvements terroristes et action antiterroriste: l'expérience française, in: Les Cahiers de la Sécurité intérieure 1 (1990), S. 95–112.
- Wieviorka, Michel, France and Political Violence, 1968 to the Present, in: The Jerusalem Journal of International Relations 13/2 (1991), S. 95–102.
- Wieviorka, Michel, Face au terrorisme, Paris 1995.
- Wieviorka, Michel/Wolton, Dominique, Terrorisme à la une. Média, Terrorisme et Démocratie, Paris 1987.
- Wihtol de Wenden, Catherine, Les immigrés et la politique. Cent cinquante ans d'évolution, Paris 1988.
- Windrow, Martin, The Last Valley. Dien Bien Phu and the French Defeat in Vietnam, Cambridge/Mass. 2004.
- Winock, Michel, François Mitterrand, Paris 2015.
- Wirsching, Andreas, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.
- Wolin, Robert, The Wind from the East. French Intellectuals, the Cultural Revolution and the Legacy of the 1960s, Princeton/Oxford 2010.
- Woodworth, Paddy, Dirty War, Clean Hands. ETA, the GAL and Spanish Democracy, Cork 2001, S. 179–183.
- Ysmal, Colette, Union pour la démocratie française (UDF), in: Sirinelli, Dictionnaire historique de la vie politique, S. 1215–1218.
- Zamponi, Francis, L'attentat de l'Observatoire et les mauvaises fréquentations de François Mitterrand, in: Faligot/Guisnel, Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République, S. 75–77.
- Zamponi, Francis, Marcellin – le Fouché breton, in: Faligot/Guisnel, Histoire secrète de la V<sup>e</sup> République, S. 405 f.
- Zancarini-Fournel, Michelle, Aléria (1975) et Montredon (1976): deux manifestations régionalistes, in: Artières/Zancarini-Fournel, Une histoire collective, S. 719–725.
- Zancarini-Fournel, Michelle, Récit, in: Artières/Zancarini-Fournel, Une histoire collective, S. 405–443.
- Zancarini-Fournel, Michelle/Delacroix, Christian, La France du temps présent: 1945–2005, Paris 2010.



# Personenregister

*Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf Namen in den Anmerkungen.*

- Abdallah, Georges Ibrahim 141 f., 157, 194 f.,  
210 f., 229 f.  
Abdallah, Maurice 174, 230 f.  
Abdallah, Robert 174, 230 f.  
Abu Daud 57 f., 262 f.  
Abu Nidal 91 f., 139 f., 145, 155, 157, 188  
Alleg, Henri 27, 35  
Apaoloza, Martin 81  
Arafat, Jassir 56 f., 91–93, 135, 234, 253  
Argoud, Antoine 131  
Arpaillange, Pierre 223  
Asensi, François 208  
Attali, Jacques 14, 130, 132 f.  
Aubron, Joëlle 222 f.  
Audin, Maurice 34  
Audran, René 129 f., 219, 246  
Auke, Roger 192, 237
- Bachtiar, Schapur 94, 190, 238  
Badinter, Robert 35, 64–67, 69–73, 75, 79,  
82, 84 f., 98, 110–112, 117 f., 122, 127, 132,  
140 f., 145 f., 153 f., 158, 161, 177 f., 186, 244,  
256, 259, 268  
Barre, Raymond 97, 174  
Barril, Paul 113, 119 f.  
Barrionuevo, José 151  
Barsimontov, Yaakov 90, 141 f.  
Bastien-Thiry, Jean-Marie 32  
Beauvoir, Simone de 34  
Beckurts, Karl Heinz 194  
Bellon, Christian 59  
Besse, Georges 129, 220, 222, 246  
Bianco, Jean-Louis 155  
Bidart, Philippe 88 f.  
Blandin, Henri 129, 219  
Bollardière, Jacques Pâris de 27  
Bonnemaison, Gilbert 100  
Bonnet, Yves 140  
Bosson, Bernard 243  
Bouhired, Djamilia 35  
Boulouque, Gilles 231, 236, 238  
Bourgeade, Pierre 200  
Brana, Guy 129, 219  
Bréguet, Bruno 136 f., 142  
Breton, André 34  
Broussard, Robert 131–134, 156, 224  
Bruguière, Jean-Louis 2, 129, 130, 180, 221  
Buback, Siegfried 194  
Burdan, Daniel 46  
Burgat, François 274
- Calvo-Sotelo, Leopoldo 150  
Carlos s. Ramírez Sánchez, Ilich  
Carton, Marcel 191 f., 238  
Chahine, Gabriel 88  
Chalandon, Albin 169, 171, 176 f., 182 f., 187,  
197, 209  
Chariot, Stéphane 226  
Chevènement, Jean-Pierre 63, 78  
Cheysson, Claude 79, 155, 161, 210  
Chichizola, Jean 1  
Chirac, Jacques 18 f., 71, 130, 155, 158–160,  
162 f., 167–173, 176, 186–188, 191–193,  
197–199, 201, 204, 207, 209–211, 217 f., 220,  
223, 225–229, 234–236, 238 f., 241, 243,  
245 f., 248, 255, 258, 263–265, 269  
Chomeini, Ajatollah 93, 212, 214  
Cipriani, Georges 222 f.  
Cohen, Dany 245  
Cohn-Bendit, Daniel 223  
Colcombet, François 63  
Conze, Eckart 6  
Cordes, Rudolf 233  
Corm, Georges 214  
Cornea, Aurel 236  
Coudari, Marcel 191, 236  
Craxi, Bettino 147, 149  
Crettiez, Xavier 12  
Croissant, Klaus 80 f., 153, 262
- Daase, Christopher 8  
Dalla Chiesa, Carlo Alberto 131, 163  
Darida, Clelio 148  
Darnand, Joseph 22  
Dartnell, Michael 12  
Davis, Angela 55  
De Michelis, Gianni 148  
Defferre, Gaston 77, 82, 90, 107 f., 111 f., 117,  
127, 133, 135 f., 138, 145, 152, 161, 171  
Deguine, Hervé 1  
Delamare, Louis 143  
Delamare, Perrin 143  
Delebarre, Michel 120  
Deleuze, Gilles 148, 211  
Deltombe, Thomas 12, 104, 215  
Devaquet, Alain 176  
Diab, Hassan 1  
Dreyfus, Alfred 34  
Ducoloné, Guy 185, 208  
Dumas, Roland 35, 64, 80, 153, 190, 234

- Fabius, Laurent 130, 155, 191  
 Fadl el-Dani 90  
 Fanon, Frantz 34  
 Faure, Maurice 69, 73  
 Favier, Pierre 10, 86, 159  
 Féron, Jacques 197  
 Filiu, Jean-Pierre 144  
 Fontaine, Marcel 191 f., 238  
 Forni, Raymond 65  
 Foucault, Michel 6, 43, 95, 122  
 Fouce, José Amedo 152  
 Fougier, Guy 114  
 Foyer, Jean 33, 67, 71, 243 f.  
 Franceschi, Joseph 108, 111 f., 127, 171  
 Franco, Francisco 52, 55, 79, 81, 149 f., 158, 244, 257  
 Frérot, Max 129, 221  
 Furuya, Yutaka 57 f., 136  
  
 Garabedian, Varoujan 137, 194  
 Gaudin, Jean-Pierre 199  
 Gaulle, Charles de 15 f., 19, 23, 31 f., 36, 57, 61 f., 72, 76, 84, 91, 110, 116 f., 121, 131, 158, 251, 257, 259  
 Geismar, Alain 37, 39  
 Gemayel, Amin 143  
 Georges, Marion 115, 119, 124  
 Giscard d'Estaing, Valéry 1, 18 f., 44, 48 f., 51, 56 f., 62, 76, 83, 96–98, 101, 114, 122, 135, 242 f., 260, 264  
 Glucksmann, André 44  
 Godfrain, Jacques 162  
 Goikoetxea, Mikael 81  
 Goldenberg, Jo 90  
 González, Felipe 150, 152  
 Gordji, Wahid 236–238  
 Greilsamer, Laurent 95  
 Guattari, Félix 148  
  
 Habash, George 92  
 Haddad, Waddi 92  
 Halimi, Gisèle 65  
 Hallier, Jean-Edern 121  
 Hamadei, Mohammed Ali 232 f.  
 Hansen, Georges 191, 236  
 Harrison, Michael 135 f.  
 Harstrich, Jacques 52, 220  
 Hernu, Charles 125, 130  
 Hollande, François 273  
 Hussein El Omari 92  
 Hussein, Saddam 94, 139, 228  
  
 Imposimato, Ferdinando 146  
  
 Jeanson, Francis 34, 64  
 Jospin, Lionel 81, 154, 201  
  
 Jouffa, Yves 174  
 Joxe, Pierre 114, 125, 130, 141, 155, 163, 220, 233  
 July, Serge 37, 204  
 Juquin, Pierre 223  
  
 Kalak, Ezzedine 140 f.  
 Kauffmann, Jean-Paul 191 f., 234, 238  
 Khala, Lotfi Ben 232  
 Kopp, Magdalena 136 f., 142  
  
 La Rocque, François de 115  
 Lacoste, Robert 26  
 Lafay, Jean-Pierre 226  
 Langlois, Denis 185, 211  
 Laval, Michel 68  
 Le Gendre, Bertrand 124  
 Le Pen, Jean-Marie 19  
 Léotard, François 102 f., 200 f., 205 f., 208, 268  
 Lévy, Albert 104  
 Lévy, Bernard-Henri 44, 211  
 Lhomme, Denis 52  
 Limouzy, Jacques 178 f., 183  
 Linaza, Tomás 83, 150  
  
 Marcellin, Raymond 37–42, 49, 57, 59, 65, 86, 97, 122 f., 173, 176, 220, 258 f., 262  
 Marchand, Philippe 74, 98  
 Marchiani, Jean-Charles 235, 237  
 Marion, Georges 115, 119, 124  
 Marsaud, Alain 181, 231 f.  
 Marston, Kenneth 129, 219  
 Maspero, François 34  
 Massimi, Jean-Pierre 134  
 Masson, Paul III, 163  
 Massoni, Philippe 220  
 Massu, Jacques 26 f., 35 f., 201  
 Mauroy, M. Pierre 79, 82, 87, 100, 110, 120 f.  
 Melkonian, Monte 138  
 Ménage, Gilles 14, 111, 114 f., 120, 127, 130 f., 140 f., 152, 155, 159, 171  
 Mendès France, Pierre 116  
 Ménigon, Nathalie 68, 88, 129 f., 156, 222 f.  
 Merah, Mohammed 273  
 Mesrine, Jacques 133  
 Michel, Jean-Pierre 66  
 Millet, Gilles 221  
 Mitterrand, François 1, 3, 10, 13 f., 18, 20, 44, 47, 49, 55, 61 f., 64, 70, 72 f., 75 f., 78, 81–84, 86–89, 91, 94, 106–112, 114–122, 126–128, 130–132, 134–135, 137–141, 143–150, 152–159, 164, 167, 171, 176, 180, 186 f., 192, 197, 199, 205, 217, 219, 223 f., 226, 229, 235, 238 f., 241, 244, 246 f., 251, 253 f., 255, 257, 259 f., 262 f., 265, 267 f., 271

- Moro, Aldo 47, 65, 81, 146
- Naccache, Anis 94, 190, 194 f., 234 f., 238 f., 248
- Negri, Toni 148
- Normandin, Jean-Louis 192, 237
- Olivier, André 88, 129, 220 f.
- Orsoni, Guy 134
- Oussekine, Malik 176
- Overney, Pierre 52
- Pandraud, Robert 165–167, 170–174, 176, 187, 221, 225, 227, 232, 240, 245, 247, 258, 261
- Papon, Maurice 29 f.
- Pasqua, Charles 103, 125, 160 f., 163, 167, 169–176, 181, 187, 197, 218, 221, 223–226, 230, 232–235, 240–242, 247, 255, 258, 261
- Pautrat, Rémy 141
- Périer, Jean-Claude 117
- Pétain, Philippe 115 f.
- Peyrefitte, Alain 47, 52, 63, 71, 97 f., 129, 177, 221
- Peyroles, Gilles Sidney 142, 230
- Pinochet, Augusto 52, 55
- Plaisat, Bernard 206
- Planchais, Jean 201
- Plenel, Edwy 103, 115, 119 f., 123–127, 141, 177
- Poher, Alain 42
- Pompidou, Georges 19, 36, 48 f., 56 f., 62, 97, 122, 148
- Poniatowski, Michel 50, 97, 173, 199
- Prouteau, Christian 108, 112–114, 119–121, 133
- Puig Antich, Salvador 55
- Quadruppani, Serge 203
- Queyranne, Jean-Jack 199
- Raimond, Jean-Bernard 235 f., 240
- Rajavi, Massoud 235
- Ramírez Sánchez, Ilich („Carlos“) 47
- Raufer, Xavier 102
- Ray, Charles 141 f.
- Reagan, Ronald 141, 159
- Rebérioux, Madeleine 63
- Reiss, Clotilde 238
- Renan, Ernest 209
- Reza Moayeri, Ali 235
- Robert, Jacques 184
- Robespierre, Maximilien de 21
- Rocard, Michel 55
- Rochot, Philippe 191, 236
- Roson, Juan José 146
- Rouillan, Jean-Marc 52, 88 f., 120, 128–130, 132, 156, 220–223, 247, 255
- Sadat, Anwar as- 213
- Sadi Carnot, Marie François 22
- Saint-Esteben, Robert 245
- Salan, Raoul 32
- Saleh, Fouad 195 f., 212, 230–233, 236
- Sanguinetti, Sampiera 225
- Sapin, Michel 177, 184
- Sarraute, Nathalie 34
- Sartawi, Issam 139
- Sartre, Jean-Paul 27, 34, 36 f., 43, 122, 204
- Sauvargnargues, Jean 57
- Savary, Alain 117
- Savoie, Serge 41, 220, 222
- Scalzone, Oreste 148
- Schleicher, Régis 88, 181, 222
- Schleyer, Hanns Martin 204
- Schmidt, Alfred 233
- Schwartz, Laurent 34, 43
- Schweitzer, Louis 120
- Séguin, Philippe 74
- Selim Abu Salim 92
- Seurat, Michel 191 f., 216, 234
- Solé, Robert 207
- Sontag, Camille 236
- Stirbois, Jean-Pierre 102, 205 f.
- Suárez, Balthazar 51
- Teitgen, Paul 27
- Thatcher, Margaret 159
- Thomas, Isabelle 175
- Tomasini, René 161
- Torri, Paul 238
- Toubon, Jacques 162, 199, 206
- Trabal, Ramón 52
- Tramoni, Antoine 52
- Truffaut, François 34
- Vaillant, Auguste 21
- Vakili Rad, Ali 238
- Vera, Rafael 152
- Verbrugghe, Pierre 114, 130, 147
- Vergès, Jacques 35
- Vidal-Naquet, Pierre 34, 43
- Weck, Roger de 227, 229
- Wieviorka, Michel 11, 136, 203
- Winock, Michel 115
- Zenteno Anaya, Joaquín 52
- Zimmermann, Ernst 129
- Zimmermann, Friedrich 242

